C 21734 D

Betriebsratswahlen 1978 S.14

Arbeiterkampf

Jg 8 Nr. 125 20.3.78

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

2,- DM

80.000 Metaller im Streik!

Gegen Lohnraub und die brutale Aussperrung von 150.000 Kollegen kämpfen die Metaller Nordwürttembergs/-Nordbadens... siehe Artikel auf Seite 6

Hamburger Basisbündnis:
Jetzt beginnt ein bunter Wahlkampf!

Bunte Liste „Wehrt Euch" — Initiativen für Demokratie und Umweltschutz: unter diesem Namen steigt das Hamburger Basisbündis in den Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl ein. Auf einem Kongreß am 18.3. mit über 500 Teilnehmern, die teils als Delegierte, teils als Beobachter aus ihren Initiativen gekommen waren und vor weiteren mehreren hundert Gästen, wurden die gemeinsame Plattform und die Kandidatenvorschläge unter Dach und Fach gebracht. Die Stimmung nach neunstündiger Diskussion war entsprechend: der Startschuß für einen bunten, phantasievollen und kämpferischen Wahlkampf wurde gefeiert.

Fortsetzung auf Seite 7

„NSDAP"-Bande: Banküberfall

Gegen Lohnraub und die brutale Aussperrung von 150.000 Kollegen kämpfen die Metaller Nordwürttembergs/-Nordbadens... siehe Artikel auf Seite 6

„Konzertierte Aktion" beendet Druckerstreik

Nach rund einer Woche Aussperrung der Druckkollegen fast sämtlicher Zeitungen in der BRD haben sich Druckkapitalisten und DruPa-Gewerkschaftsführer in der Nacht vom 19./20.3. erneut auf einen Tarifvertrag zur Einführung neuer Techniken geeinigt. Nachdem der Vorsitzende des „deutschen Presserates", Bechtle, öffentlich von *„einer Verletzung des Grundrechtes auf Information"* sprach und Bundeskanzler Schmidt zur Intervention aufgefordert hatte, rief dieser prompt noch am selben Tage im Fernsehen zur baldigen Beendigung des Arbeitskampfes auf; die Tarifpartner trügen *„besondere Verantwortung für die Information aller Bürger"* („dpa", 15.3.78).

Dabei handelte es sich um eine wohleingefädelte „konzertierte Aktion". Noch am Vorabend hatte Schmidt eine DGB-Delegation mit Heinz-Oskar Vetter empfangen und mit dem SPD-Fraktionsvorstand beraten, um seine Stellungnahme abzusprechen (lt. „dpa" vom 14.3.). Wenige Tage später wurde dann in Anwesenheit vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, und Krisenminister Wischnewski der Abschluß der Verhandlungen verkündet. Noch in der Woche davor hatten DGB- und DruPa-Führung mächtig auf den Putz gehauen. Vetter erklär-

Fortsetzung auf Seite 5



„NSDAP"-Bande: Banküberfall und Waffenraub

Wie schon im letzten AK gemeldet, wurde am 28.2. der Nazi Lutz Wegener, Mitglied der Hamburger „Hansa-Bande", verhaftet.

Er soll am 19.12.77 in Hamburg-Bergstedt eine Bank überfallen und 60.000 DM erbeutet haben. Mit beteiligt bei diesem Überfall war ein zweiter, angeblich noch nicht identifizierter, Nazi wie Wegener mit einer MP und einer Pistole bewaffnet.

Lutz Wegener ist wahrlich kein Unbekannter: In der Nacht zum 30.5.76 verwüstete er zusammen mit zwei Mitgliedern der NPD-Jugendorganisation JN und dem Hamburger JN-Landesvorstandsmitglied Wolfgang Behrend die KZ-Gedenkstätte in Bergen-Belsen. Deshalb und wegen seiner Beteiligung an einem Nazi-Überfall auf eine Juso-Veranstaltung in Buchholz ist Wegener zu einer Jugendstrafe von 2 Jahren verurteilt worden, die auf drei Jahre „zur Bewährung" ausgesetzt wurde.

Im letzten Jahr war Wegener bis in den Herbst bei allen Aufmärschen der „Hansa"-Bande dabei: Am 15.5. in Osdorf, am 23.7. an der Mundsburg, am 20.8. „Ehrenwache" vor Kapplers Haus in Soltau usw.

Zusammen mit dem „Hansa"-Bandenchef Michael Kühnen wurde Wegener in der Nacht zum 1.9.77 festgenommen, als sie Hakenkreuze in Schaufensterscheiben ritzten. Aus dem ständigen gemeinsamen Auftreten von Wegener und Kühnen geht hervor, daß Wegener als eine Art „Adjudant" des Bandenchefs fungierte.

Nach dem 26.11.77, wo Wegener noch offiziell auf einer trotz Verboten durchgeführten Gründungsveranstaltung der Tarnorganisation „ANS" auftrat, hatte er sich sehr zurückgehalten.

Dieses „Abtauchen" erklärt sich

Fortsetzung auf Seite 5

Russell-Tribunal
Verbot nicht ausgeschlossen

Seit der Veröffentlichung des Bonner Geheimpapiers gegen das Russell-Tribunal über Repression in der BRD, das in der Woche nach Ostern erstmals zusammentreten wird, tun sich die Staatsorgane und die Parteienvertreter schwer. Zu früh waren ihre Pläne bekannt geworden, das Tribunal durch Verbote, Einreiseverweigerungen u.ä. zu verhindern.

Plötzlich sollten untergeordnete Chargen mit ihrem „Übereifer" allein die Verantwortung für diese bezeichnende Studie tragen, während Regierungsvertreter allenthalben erklärten, niemals Repressalien gegen das Tribunal erwogen zu haben. Kopfscheu hatte sie vor allem der Proteststurm gemacht, der sich gegen die geplanten Maßnahmen erhoben hatte.

Gerade das Bekanntwerden der Regierungspläne hat die Unterstützung des Tribunals noch breiter werden lassen und vielleicht schwankende Kräfte in der Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Initiative bestärkt.

Wie unglaubwürdig jedoch alle Dementis von Bundesregierung, SPD usw. sind, bewies jetzt die Veröffentlichung von Ausführungen eines Herrn Bochmann, Vertreter des Innenministeriums, auf einem Seminar über Terrorismus in Bergisch-Gladbach.

Wir übernehmen diese Ausführungen aus der niederländischen Zeitung „De Nieuwe Linie" vom 22.2.

Daraus geht eindeutig hervor, daß die Bundesregierung detaillierte Einsatzpläne – vergleichbar der versuchten Zerschlagung der Kalkar-Demonstration durch die Polizei (!) – für Repressionsmaßnahmen gegen das Tribunal erstellt hat.

Bezeichnend ist auch, daß zwei Geheimdienste an der Erstellung dieses Papiers beteiligt waren, der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz.

Gleichzeitig wird mit der Einschaltung des BND (zuständig für die „Auslandsaufklärung") belegt, daß den ausländischen Unterstützern dieses Tribunals durch die Bundesregierung nachspioniert wird. Auch dies sollte ein Fall für das Tribunal sein.

Fortsetzung auf Seite 10

Israel raus aus Libanon!

In der Nacht zum 15. März überfielen große israelische Truppenverbände den Südlibanon entlang der gesamten israelisch-libanesischen Grenze, um den lange geplanten und durch ständige Terrorangriffe auf südlibanesisches Gebiet vorbereiteten Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser und die linken libanesischen Kräfte durchzuführen.

Die jetzige verbrecherische Aktion gegen den Südlibanon wurde durch die Sadat'sche „Friedenspolitik" ermöglicht, die den Druck auf alle fortschrittlichen und nationalen Kräfte des arabischen Raumes verstärkt hat und deren vollständige Kapitulation fordert. Diese Politik garantierte den Zionisten einen freien Rücken im Süden, die es ihnen umso besser ermöglicht, im Norden gegen den Libanon loszuschlagen.

Das Ziel des neuerlichen Eroberungs- und Vernichtungsfeldzugs der Zionisten ist nicht nur die Vernichtung großer Teile der palästinensischen Kämpfer und der palästinensi-

Fortsetzung auf Seite 3

KSZE abgeschlossen

Am 9. März ging mit einer Abschlußerklärung von trostloser Erbärmlichkeit die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in Belgrad ‚Nachfolgekonferenz der KSZE von Helsinki (1975), zu Ende. Zuletzt gab es noch ein kurzes Intermezzo, als Groß- und „Super"mächte mit vereinten Kräften die Änderungsvorschläge Rumäniens und des kleinen Inselstaats Malta vom Tisch knüppelten - denn laut Vereinbarung mußte das Abschlußdokument e i n s t i m m i g verabschiedet werden. Rumänien hatte vorgeschlagen, in das Dokument auch die Einsetzung eines Expertentreffens aufzunehmen, das über die Ankündigung größerer Truppenbewegungen und eine Obergrenze für die Truppenstärke von Manövern beraten sollte. Malta hatte gefordert, daß in eine geplante Konferenz zur Situation im Mittelmeerraum auch die arabischen Staaten und Israel einbezogen werden sollten.

Das am 9. März endlich verabschiedete Papierchen sieht konkret zum einen eine weitere KSZE vor, die am 11. November 1980 in Madrid beginnen soll; zudem sind drei Expertentreffen vorgesehen: Zur Vorbereitung eines wissenschaftlichen Forums (ab 20.6.78 in Bonn), zur friedlichen Beilegung von Streitfragen (ab 31.10. 1978 in Montreux) und zu Fragen des Mittelmeerraums (Februar 1979).

Ansonsten wird in dem Papier die allgemeine „Entschlossenheit bekräftigt", die diversen Bestimmungen der ‚Schlußakte' von Helsinki *„umfassend durchzuführen"*. *„Es wurde anerkannt, daß der Meinungsaustausch in sich selbst einen wertvollen Beitrag zur Erreichung der von der Konferenz...gesetzten Ziele darstellt, obwohl über den bisher erreichten Grad der Durchführung der Schlußakte unterschiedliche Auffassungen zum Ausdruck kamen"*. Dies ist überhaupt d i e Perle des Abschlußdokuments von Belgrad - das Eingeständnis, daß außer einem „Meinungsaustausch" (richtiger: Der Konfrontation von vorher feststehenden und bekannten Standpunkten) absolut n i c h t s als Ergebnis zu registrieren ist. Bedenkt man, daß dieses Treffen über ein halbes Jahr gelaufen ist (seit 4. Oktober 1977) und daß das allgemeine Bekenntnis aller Teilnehmer zur ‚Schlußakte' von Helsinki von vornherein feststand, so bleibt nur festzustellen, daß hier ganze Horden von Diplomaten ein halbes Jahr lang absolut unnütz die Gelder ihrer Steuerzahler verfuttert und versoffen haben.

Und die Reaktionen? Am eifrigsten scheinen wieder einmal die Sowjetunion und ihre Verbündeten bestrebt, diesen Zirkus noch als Erfolg der „Entspannung" anzupreisen. So schreibt die DKPnahe „DVZ", in der der Entspannungsdunst traditionell noch um einiges wilder qualmt als in der „UZ", das Abschlußdokument sei doch **„so inhaltlos nicht, wie vor allem von Gegnern der Entspannung behauptet wird"**. Immerhin würden darin doch die „Prinzipien von Helsinki" noch einmal „bekräftigt". Und die Imperialisten seien mit ihrer *„Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder"* gescheitert. Gemeint ist die sogenannte „Menschenrechts-Diskussion". Allerdings kommt trotz optimistischer Grundstimmung nicht einmal die „DVZ" umhin, „**S t a g n a t i o n**" (=Stillstand) zu registrieren und festzustellen, *„ daß die Hoffnung auf weiterführende Beschlüsse in Richtung einer militärischen Entspannung nicht zu erfüllen waren"*. (16.3.78).

Kaum weniger optimistisch als die „DVZ" äußerte sich insgesamt auch der „Vorwärts" der SPD: Immerhin sei doch mit der „Menschenrechtsdiskussion" seit Helsinki die Sowjetunion ziemlich unter Druck gebracht worden! *„Hier wurden zwar keine Vereinbarungen erzielt. Aber daß diese Rechte mehr als jemals zuvor ins öffentliche Bewußtsein gehoben wurden, ist auch ein Ergebnis der Konferenz von Belgrad"* (9.3.78).

Zu einer weitaus negativeren Einschätzung kam beispielsweise die einst liberale Wochenzeitung „Die Zeit". Unter der Überschrift **„Am Ende Treffer für die Sowjets - Die Verhandlungsstrategie des Westens ist nicht aufgegangen"** zog sie eine sehr düstere Bilanz (3.3.78). Auf derselben Wellenlänge, nur noch etwas dramatischer, äußerte sich auch die „Rote Fahne" dervaterländischen „KPD": *„Belgrad - Sowjetunion setzt sich durch"*. *„Die KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad endete mit einem sowjetischen Erfolg auf der ganzen Linie"* (8.3.78).

Tatsache ist hingegen, daß Belgrad in erster Linie als Erfolg der imperialistischen Strategie zu werten ist. Da die Imperialisten sicher nicht ernsthaft mit der Möglichkeit gerechnet hatten, die Sowjetunion würde wirklich einer Passage in der Abschlußerklärung zustimmen, in der ihr Verletzungen der Menschenrechte vorgeworfen werden, können ihre entsprechenden Forderungen und ihr stures Beharren auf diesem Punkt nur als Versuch interpretiert werden, jedes „konstruktive" Ergebnis in Belgrad zu verhindern. So wurden auch sämtliche konkreten Vorschläge der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Belgrad ohne jede Diskussion vom Tisch gefegt und nur mit der „Menschenrechts"-Gebetmühle beantwortet. **Indessen hat Belgrad auch bewiesen, daß derzeit noch a l l e Beteiligten daran interessiert sind, den Anschein der „Entspannung" irgendwie aufrechtzuerhalten und weiterhin diesen durchlöcherten Mantel über ihr immer wilderes Wettrüsten zu breiten.**

von Belgrad - das Eingeständnis, daß außer einem „Meinungsaustausch" (richtiger: Der Konfrontation von vorher feststehenden und bekannten Standpunkten) absolut n i c h t s als Ergebnis zu registrieren ist. Bedenkt man, daß dieses Treffen über ein halbes Jahr gelaufen ist (seit 4. Oktober 1977) und daß das allgemeine Bekenntnis aller Teilnehmer zur ‚Schlußakte' von Helsinki von vornherein feststand, so bleibt nur festzustellen, daß hier ganze Horden von Diplomaten ein halbes Jahr lang absolut unnütz die Gelder ihrer Steuerzahler verfuttert und versoffen haben.

Und die Reaktionen? Am eifrigsten scheinen wieder einmal die Sowjetunion und ihre Verbündeten bestrebt, diesen Zirkus noch als Erfolg der „Entspannung" anzupreisen. So schreibt die DKPnahe „DVZ", in der der Entspannungsdunst traditionell noch um einiges wilder qualmt als in

die Imperialisten sicher nicht ernsthaft mit der Möglichkeit gerechnet hatten, die Sowjetunion würde wirklich einer Passage in der Abschlußerklärung zustimmen, in der ihr Verletzungen der Menschenrechte vorgeworfen werden, können ihre entsprechenden Forderungen und ihr stures Beharren auf diesem Punkt nur als Versuch interpretiert werden, jedes „konstruktive" Ergebnis in Belgrad zu verhindern. So wurden auch sämtliche konkreten Vorschläge der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Belgrad ohne jede Diskussion vom Tisch gefegt und nur mit der „Menschenrechts"-Gebetmühle beantwortet. Indessen hat Belgrad auch bewiesen, daß derzeit noch a l l e Beteiligten daran interessiert sind, den Anschein der „Entspannung" irgendwie aufrechtzuerhalten und weiterhin diesen durchlöcherten Mantel über ihr immer wilderes Wettrüsten zu breiten.

Faschistisches Blutbad an der Istanbuler Universität

Vorerst 5 Todesopfer, 50 Verletzte, davon 10 in akuter Lebensgefahr hat am 16.3.78 ein hinterhältiger Bombenanschlag faschistischer Kommandos auf Studenten der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Istanbuler Universität gefordert.

Der Anschlag wurde verübt, als eine Gruppe von fortschrittlichen Studenten gemeinsam das Unigebäude verließ. Gegenüber dem Unigebäude hatten zuvor Faschisten sich demonstrativ aufgebaut, um diese Studenten einzuschüchtern, waren aber von Polizisten in Schach gehalten worden.

Aus dieser Faschistengruppe löste sich der Attentäter, rannte auf die Studenten zu und warf die Bombe in die Menge. Gleichzeitig wurden von anderen Faschisten, die sich hinter parkenden Autos versteckt hatten, Schüsse auf die Studentengruppe abgegeben.

Die Verwirrung dieses Überraschungsangriffes ausnutzend, konnten die Faschisten zunächst entkommen. Der Anschlag ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß sowohl die juristische als auch die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät über zwei Jahre lang von Faschisten besetzt gehalten wurden. D.h., es konnten nur solche Leute dort studieren, die mit den Faschisten sympathisierten. Erst nach Ecevits Regierungsübernahme gelang es, die Blockade der Faschisten mit Unterstützung der Polizei zu beseitigen. (Wir berichteten darüber im „Arbeiterkampf").

Wegen dieses bestialischen Anschlags, mit dem die Faschisten für ihre „Vertreibung" Rache nehmen wollten, ist es zu breiten Protestaktionen gekommen:

- Studenten (ca. 8.000) besetzten sowohl die allgemeine als auch die technische Universität von Istanbul;
- der Senat der Universität hat aus Protest gegen diesen Überfall die Uni unbefristet geschlossen;
- in Ankara haben die Studenten am 17.3.78 an allen Unis gestreikt und eine Demonstration, an der sich ca. 20.000 Studenten beteiligten, durchgeführt;
- der Gewerkschaftsverband DISK (Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften) hat alle Mitglieder aufgerufen am 20.3.78 zu streiken;
- der Innenminister hat die Opfer des Anschlages besucht und versichert, daß alles unternommen werde, um die Täter zu fassen;
- Ministerpräsident Ecevit wiederholte, daß die Regierung mit allen zur Verfügung stehenden „rechtsstaatlichen " Mitteln die Lebenssicherheit der Bürger durchsetzen werde;
- 24 fortschrittliche Organisationen, darunter die Architektenkammer (TMMOB) und der Hochschullehrerverband (TUMED) unterstützen den Streik der DISK und fordern alle Werktätigen auf, die Arbeit niederzulegen. Darüberhinaus erklären diese Organisationen, daß die Faschisten vom Imperialismus unterstützt werden, um die jetzige Regierung zu Fall zu bringen und daß sie ihren Kampf so lange fortsetzen werden, bis alle faschistischen Vereine geschlossen sind. (Cumhuriyet, Milliyet, v. 17. u. 18.3.78).

Griechenland/Türkei-Kommission

Brutale Schikanen gegen Irmgard Möller

Am 6. März hat der Prozeß gegen Irmgard Möller in Stuttgart-Stammheim begonnen. Unseres Wissens hat es bisher – d.h. einschließlich 17.3. – zwei Verhandlungstage gegeben. Das vorläufige Ergebnis dieser Verhandlungstage ist, daß Irmgard im Krankenhaus Hohenasperg liegt!

Am ersten Verhandlungstag wurde Irmgard von m ä n n l i c h e n Vollzugsbeamten zwangsweise entkleidet und in Anstaltskleidung gesteckt (damit keine Handakten mit Pistolen und Sprengstoff übergeben werden können?). Zum einen ist die Anwesenheit von männlichen Beamten als massive Einschüchterungsmaßnahme und Demütigung zu verstehen, zum anderen wird durch die Zwangsumkleidung unterstellt, daß sowohl Irmgard als auch ihre Verteidiger Waffen schmuggeln könnten – ein Vorwurf, dem man gar nicht scharf genug begegnen kann.

Am zweiten Verhandlungstag wurde die Zwangsumkleidung von weiblichem Personal durchgeführt, allerdings mit unverminderter Brutalität. Das Ergebnis war am ersten Tag, daß Irmgard zitternd wie eine Greisin den Gerichtssaal betrat und am zweiten Tag (Donnerstag 16.3.) eine Herzattacke erlitt und mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus gefahren werden mußte.

Nach den bisher vorliegenden Informationen muß davon ausgegangen werden, daß die Narben am Herzen bzw. in der Herzgegend wieder aufgebrochen sind!

Dieser Prozeß findet übrigens statt, weil die Bundesstaatsanwaltschaft es nicht wahrhaben wollte, daß Irmgard nach Verbüßung ihrer 4 1/2-jährigen Strafe im Januar 77 freigelassen werden sollte. Sie zauberte damals kurz vor ihrer geplanten Entlassung aus Aussagen des Kronzeugen Müller eine neue Anklage gegen sie und Bernhard Braun, in der sie ihr die Beteiligung an einer ganzen Reihe von Anschlägen unterstellte, die bereits vor ihrer Verhaftung und Verurteilung begangen worden waren.

Nachdem der Stuttgarter Vertuschungsausschuß nunmehr glaubt, die Selbstmordthese lange genug wiederholt zu haben, begann der Prozeß.

Die jüngsten Terrormaßnahmen gegen Irmgard können die Zweifel an der Selbstmordthese nur noch verschärfen! Irmgard Möller ist die einzige Überlebende des kollektiven „Selbstmordes". Ihr Leben und ihre körperliche und seelische Unversehrtheit sind nur sicher, wenn sie freigelassen wird!

Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg

Jetzt Ermittlungen gegen den AK wegen Stammheim-Enthüllungen

Bereits seit Dezember '77 wird gegen den presserechtlich Verantwortlichen des ARBEITERKAMPF wegen des Artikels „Schluß mit den Selbstmorden" (in AK 117) ermittelt. Der Vorwurf lautet auf „Staatsverleumdung" (§ 90 a) und „Beleidigung" (§ 185). Die Anzeige wurde von den Staatsanwaltschaften Hamburg und Kiel gestellt – gleich doppelt. Der Artikel weist die „Selbstmord"these für den Tod von Ingrid Schubert zurück und macht darüber hinaus auf die haarsträubenden Ungereimtheiten der Stammheimer Ereignisse aufmerksam.

Angezeigt wurden von den Staatsanwaltschaften drei Passagen – die ihnen durch Fettdruck besonders aufgefallen sein mögen:

„Der ‚Selbstmord' an Ingrid Schubert stellt eine gefährliche Stufe in der Eskalation zur Vernichtung der politischen Gefangenen dar. Dieser ‚Selbstmord' deutet darauf hin, daß jetzt, unabhängig von konkreten Anlässen wie der Flugzeugentführung und der Mogadishu-Aktion der GSG 9, zügig an die Liquidierung der ‚prominentesten' Gefangenen gegangen werden könnte".

„Man muß es noch einmal ganz klar sagen: Es gibt bei klarem Verstand nicht den geringsten Grund, an einen Selbstmord der Gefangenen zu glauben! Selbst wenn man der These des Staates von einer ‚Selbstmord-Strategie' der Gefangenen Glauben schenken sollte, wäre es absurd, daß sich ausgerechnet die fünf ‚prominentesten' Gefangenen, die ‚Staatsfeinde Nr. 1', innerhalb von kaum einem Monat selbst umbringen bzw. Selbstmord versuchen würden".

„Nach dem ‚Selbstmord' an Ingrid Schubert ist jetzt auch das Leben der anderen politischen Gefangenen in höchster Gefahr. Besondere Gefahr besteht für Irmgard Möller, die einzige Überlebende der Stammheimer ‚Selbstmord'-Aktion".

Die doppelt gestellte Anzeige, abgesichert durch den Vorwurf nach zwei Paragraphen, davon einer schwersten Kalibers, deuten daraufhin, daß der westdeutsche Staatsapparat seine „Selbstmord"-Legende unter allen Umständen, auch mit gerichtlicher Repression gegen kritische Pressestimmen durchsetzen will.

Initiativkomitee ARBEITERHILFE

Wunder gibt es immer wieder ...

Wenn auch noch nicht in der Menge, so doch gewiß in der Q u a l i t ä t seiner Wunder kann Stammheim es inzwischen mit dem französischen Wallfahrtsort Lourdes aufnehmen.

Über das jüngste Stammheimer Wunder war bezeichnenderweise in der gesamten bürgerlichen Presse kaum etwas zu lesen. Nur die örtliche „Stuttgarter Zeitung" brachte dazu am 13.3. folgende in Anbetracht des Ereignisses allzu bescheiden aufgemachte Meldung.

Baader-Munition aus dem Innenministerium

STUTTGART (Reuter). Die Anfang dieses

Wunder gibt es immer wieder ...

Wenn auch noch nicht in der Menge, so doch gewiß in der Q u a l i t ä t seiner Wunder kann Stammheim es inzwischen mit dem französischen Wallfahrtsort Lourdes aufnehmen.

Über das jüngste Stammheimer Wunder war bezeichnenderweise in der gesamten bürgerlichen Presse kaum etwas zu lesen. Nur die örtliche „Stuttgarter Zeitung" brachte dazu am 13.3. folgende in Anbetracht des Ereignisses allzu bescheiden aufgemachte Meldung.

Baader-Munition aus dem Innenministerium

STUTTGART (Reuter). Die Anfang dieses
Jahres in der Zelle Andreas Baaders in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim gefundenen vier Patronen stammen aus einer Lieferung, die im August 1976 an das Innenministerium von Rheinland-Pfalz gegangen ist. Wie der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zur Klärung der Häftlingsselbstmorde in Stammheim, Rudolf Schieler (SPD), mitteilte, ergab sich dies aus Unterlagen, die der Ausschuß erst nach Abschluß seiner Tätigkeit erhalten habe. Die Unterlagen beruhten auf Ermittlungsergebnissen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft sowie auf Gutachten des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg und des Bundeskriminalamtes (BKA). Man wisse jedoch nicht, wie die Patronen abhanden gekommen und auf welchem Weg sie nach Stammheim eingeschleust worden seien, sagte Schieler. Aus den Unterlagen ergebe sich außerdem, daß der Sprengstoff und die Zündkapseln, die in Stammheim gefunden wurden, von zwei französischen Firmen stammten.

„Stuttgarter Zeitung", 13.3.78

Es handelt sich dabei um jene Munition, die seinerzeit angeblich von eigens dafür abgerichteten Polizei-Hunden in der Wand oder unter dem gegossenen Asphalt-Fußboden einer Stammheimer Zelle (die bürgerliche Presse war sich da nicht ganz einig) aufgeschnüffelt wurde. Daß es sich bei dieser Munition sozusagen um staatliches Eigentum handelt, unterstreicht zweifellos die von Minister Maihofer festgestellte „Perfidie" der Selbstmörder, ebenso wie ihren anscheinend unerschöpflichen Ideenreichtum ... Es wäre am Ende gar nicht verwunderlich, wenn sich auch noch eine der zum „Selbstmord" verwendeten Schußwaffen beispielsweise als persönliches Eigentum des GSG 9 Chefs Wegner herausstellen würde, oder wenn sich herausstellen würde, daß Baader die Waffe per Neckermann-Versand bestellt hatte. Die Zweifel an all diesen „Wundern" wird der Staat auch mit Gerichtsurteilen nicht vom Tisch bringen!

Persönliche Erklärung des AK-Presseverantwortlichen Aus gegebenem Anlaß: Etwas weniger Kaltschnäuzigkeit, bitte!

Am 6.3.78 hatten wir in Bochum einen Prozeß wegen Beleidigung eines Polizeibeamten zu bestehen. Anlaß war ein Flugblatt der Bochumer Ortsgruppe vom 9.7.77, das die Erschießung des Bochumer Fuhrunternehmers Gustav Schlichting durch den polizeilichen Todesschützen POM Dieter Haarmann als „Hinrichtung auf der Straße" kritisierte. Dabei war in dem Flugblatt fälschlicherweise der Begleiter Haarmanns, POM Theo Haake, als der Todesschütze bezeichnet worden. Theo Haake hatte prompt Beleidigungs-Anzeige gestellt. Der eigentliche Schütze, Haarmann, wurde gerade vor wenigen Wochen in einem Parallel-Verfahren zu 2.000,– DM Geldstrafe wegen fahrlässiger Tötung verurteilt – eine der wenigen Verurteilungen eines polizeilichen Todesschützen in der BRD überhaupt.

Das Flugblatt war – noch vor der im AK inzwischen bekannt gegebenen neuen Presserechtsregelung unserer Organisation – unter dem „zentralen Impressum", also mit mir als Presseverantwortlichen, erschienen. Infolgedessen mußte ich dort als Angeklagter erscheinen. Der Prozess konnte glücklicherweise für uns kurz und erfolgreich abgeschlossen werden. Wir konnten

Persönliche Erklärung des AK-Presseverantwortlichen Aus gegebenem Anlaß: Etwas weniger Kaltschnäuzigkeit, bitte!

Am 6.3.78 hatten wir in Bochum einen Prozeß wegen Beleidigung eines Polizeibeamten zu bestehen. Anlaß war ein Flugblatt der Bochumer Ortsgruppe vom 9.7.77, das die Erschießung des Bochumer Fuhrunternehmers Gustav Schlichting durch den polizeilichen Todesschützen POM Dieter Haarmann als „Hinrichtung auf der Straße" kritisierte. Dabei war in dem Flugblatt fälschlicherweise der Begleiter Haarmanns, POM Theo Haake, als der Todesschütze bezeichnet worden. Theo Haake hatte prompt Beleidigungs-Anzeige gestellt. Der eigentliche Schütze, Haarmann, wurde gerade vor wenigen Wochen in einem Parallel-Verfahren zu 2.000,– DM Geldstrafe wegen fahrlässiger Tötung verurteilt – eine der wenigen Verurteilungen eines polizeilichen Todesschützen in der BRD überhaupt.

Das Flugblatt war – noch vor der im AK inzwischen bekannt gegebenen neuen Presserechtsregelung unserer Organisation – unter dem „zentralen Impressum", also mit mir als Presseverantwortlichen, erschienen. Infolgedessen mußte ich dort als Angeklagter erscheinen. Der Prozess konnte glücklicherweise für uns kurz und erfolgreich abgeschlossen werden. Wir konnten
dem Gericht nachweisen, daß ich – trotz Angabe meines Namens als presserechtlich Verantwortlicher – mit diesem konkreten Flugblatt nichts zu tun hatte. Eine Neuaufnahme des Verfahrens gegen andere „Urheber" aber ist in diesem Fall nicht möglich, da die Angelegenheit nach dem Pressegesetz inzwischen verjährt ist. Die Kosten trägt die Staatskasse...Soweit: o.K.

Nicht o.K. allerdings, w i e dieser Prozess geführt wurde: Obwohl sofort nach Eingang der Strafanzeige derzeit von mir informiert, unternahm die Bochumer Ortsgruppe von sich aus nichts in der Sache – bis auf einen Genossen, der offensichtlich eine Akte „Bochumer Todesschüsse" führte – ohne daß daraus allerdings eine irgendwie ersichtliche Politik erfolgt wäre. Jedenfalls ist an mich keinerlei Vorschlag herangetragen worden, wie der Sache von Bochum aus politisch und juristisch zu begegnen wäre. Buchstäblich in letzter Minute mußte ich selbst von Hamburg aus direkten Kontakt mit einem Bochumer Anwaltsbüro aufnehmen mit der Bitte, die Sache auf der rein juristischen Ebene abzuschmettern. Als ich am Abend vor dem Prozess in Bochum eintraf, hatte – außer dem einen Genossen – die Bochumer Ortsgruppe keine blasse Ahnung davon, daß überhaupt eine solcher Prozess ansteht. Für Unterkunft am Ort war ich, zusammen mit persönlichen Freunden, die mich begleiteten, auf die Hilfe meines Anwaltes angewiesen. Diese Hilfe war sehr freundschaftlich. Über die Kosten der Anreise hat mich kein Bochumer befragt. Über eine mögliche Berichterstattung ebenfalls nicht. Selbst der Genosse, der in Bochum eine Akte zu dem Fall geführt hat, wies am Abend meine Frage, ob er denn zum Prozess-Termin kommen würde, als Zumutung zurück. Ich solle nicht so moralisch argumentieren. Aus der Bochumer Ortsleitung verlautete, „die Hamburger" sollten „sich nicht so anstellen"...

Erfreulicherweise zeigten sich Bochumer Genossen beim abendlichen Bier betroffen von diesen Umständen. Am nächsten Morgen verfolgten zwei den Prozess, u.a. auch derjenige, der sich am Tag vorher gegen die „moralische" Zumutung verwehrt hatte. Das gibt Hoffnung!

Unterm Strich allerdings vermittelte mir der Bochumer Prozess den beklemmenden Eindruck, als ob ich den Genossen mit „m e i n e m " Prozess und meiner Überempfindlichkeit auf den Wecker falle und als ob sie mir einen **persönlichen Gefallen** *tun, wenn sie sich – bei all ihrer Belastung – um mich „kümmern". Ein erbärmliches Gefühl!...*

Man braucht allerdings deswegen auf die Bochumer Ortsgruppe keineswegs mit Fingern zu weisen. Andere Ortsgruppen, die das zentrale Impressum benutzt haben, verhalten sich nicht anders. Auch wo nicht das zentrale Impressum benutzt wurde, sondern örtliche Verantwortliche vor Gericht müssen, ist es häufig nicht anders. Auch wo Einzelne – außerhalb jeder offiziellen Verantwortlichkeit – von der Klassenjustiz vor Gericht gebracht werden, stehen sie häufig genug allein. Der Punkt ist: Die Angriffe der Klassenjustiz werden immer noch als i n d i v i d u e l l e s Problem verstanden, gewissermaßen als die unvermeidliche Kehrseite der Politik, die man möglichst ohne große Umstände wegschiebt, statt als eine Front des demokratischen Kampfes, an der der politische Protest und die Verteidigung o r g a n i s i e r t werden muß. Darüberhinaus wird in sektiererischer Enge einfach vergessen, daß hinter den angeklagten Namen konkrete Menschen stehen, die solidarische Unterstützung brauchen.

Kai Ehlers

Israel raus aus Libanon!

Fortsetzung von Seite 1

schen Bevölkerung, sondern die Eroberung des gesamten Südlibanons.

Die Palästinenser können bei diesem erneuten Überfall der Zionisten auch nicht auf die Unterstützung Syriens bauen, das sich in Tripolis noch in die Ablehnungsfront gegen die Kapitulationspolitik Sadats eingereiht hatte. Die einzige syrische ,,Unterstützung'', die bisher erfolgt ist, ist die Anrufung des Weltsicherheitsrates. Mit einem solchen Verhalten Syriens konnte die israelische Regierung zumindest rechnen: Syrien war durch den Alleingang Sadats an die Seite der Ablehnungsfront gezwungen worden, weil Syrien sich auf diesem Wege eine stärkere Position bei der ausdrücklich angestrebten Verhandlungslösung versprach. Ebenso seit Jahren der Linie der Kapitulation folgend wie Ägypten, hatte Syrien während des Libanon-Krieges tausende palästinensischer und linker libanesischer Kämpfer ermordet und die Ausrottung vieler Palästinenser durch die Faschisten geduldet, sogar unterstützt — man denke nur an die vollständige Vernichtung des Flüchtlingslagers Tel-al-Zaatar. Israel konnte also durchaus mit einem ,,Stillhalten'' des syrischen Regimes rechnen.

Die imperialistische Offensive im Nahen Osten, die sich im Sadat-Besuch kristallisierte, hatte mit einem Schlag die opportunistischen Träume zerstört und den palästinensischen Widerstand in Richtung einer Verstärkung des politischen und militärischen Kampfes gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion gedrängt und die Richtigkeit der Einschätzung der Ablehnungsfront innerhalb der PLO bestätigt.



Mit dem zionistischen Überfall auf den Südlibanon soll ein entscheiden-

Mit dem zionistischen Überfall auf den Südlibanon soll ein entscheidender, vernichtender Schlag gegen den palästinensischen Widerstand geführt werden. Da herrscht Einverständnis zwischen Imperialisten, Zionisten und arabischer Reaktion.

Der ,,Sicherheits''berater des US-Präsidenten, Brzezinski, erklärte: ,,*Bye,bye PLO*''. Sadat erklärte: ,,*kein Wort mehr über die PLO*''. Der israelische ,,Verteidigungs''minister Weizmann will ,,*den libanesischen Süden ein für alle Mal von Terroristen säubern*''. Sie alle meinen das palästinensische Volk insgesamt. Das ist die Lösung der Palästinenserfrage, die sie anstreben: Terror, Vertreibung und Vernichtung. Sie bombardieren die Flüchtlingslager ,,*so lange bis Ruhe herrscht*'' (Weizmann).

Es sollte eigentlich für jeden Demokraten klar sein, daß das Vorgehen der Zionisten von Anbeginn an und auch jetzt wieder gegen alle Gesetze und Menschlichkeit verstößt. Die UNO hat seit Jahrzehnten immer wieder Israel für seine Eroberungskriege und Terrorangriffe verurteilt. Die UNO verurteilt jede gewaltsame Eroberung von Gebieten. Ganz Israel ist aber so entstanden. Immer wieder wurde Israel aufgefordert, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, immer wieder hat Israel neue Eroberungsfeldzüge begonnen.

Israel behauptet auch diesmal wieder, daß seine ,,Sicherheit'' bedroht sei, eine ,,Begründung'', mit der Israel schon nach der UN-Teilungsresolution 1947 noch vor der Staatsgründung 1949 weitere palästinensische Gebiete besetzte. Von Anfang an legten die Zionisten Wert auf die Feststellung, daß der Staat Israel nur auf einem T e i l des historischen ,,*Isräel Davids und Salomons*'' (Ben Gurion) gegründet sei. Entsprechend dieser Logik galt es in der Folge, planmäßig das g a n z e ,,Israel'' zu erorbern, das nach den Ansprüchen des Zionismus ,,vom Euphrat bis zum Nil'' reichen soll. Im Aggressionskrieg 1967 eroberten die Zionisten Gebiete, die mehr als doppelt so groß sind wie Israel selbst. Auch damals hieß es, man müsse einem ,,*drohenden Angriff der Araber*'' zuvorkommen, was nachträglich offen von rechtsradikalen Zionisten wie Begin und Weizmann als großartige Kriegslist gefeiert wurde.

Ihre neueste Aggression begründen die Zionisten zynischerweise sogar mit der UN-Charta, die jedem Land das Recht auf ,,*individuelle oder kollektive Selbstverteidigung einräumt*'' (Weizmann). Diese neueste Aktion zeigt wohl mit aller Deutlichkeit, wer hier wen bedroht.

Die zionistische Aggression

Die israelische Armee rückte hauptsächlich in drei Abschnitten in den Südlibanon vor: an der Küste mit Unterstützung von Kanonenbooten, im mittleren Teil des Südlibanon und im Osten an der Grenze zu Syrien mit dem Ziel, die Stützpunkte der Palästinenser und linken libanesischen Kräfte, vor allem das ganze im Osten des Südlibanon liegende Fatah-Land zunächst einzukreisen. Der Übermacht von mindestens 25.000 bis 28.000 Mann starken israelischen Truppen, die unterstützt durch Jagdbomber mit Panzern und Artillerie den Südlibanon überfielen, stehen sehr viel weniger palästinensische und linke libanesische Kämpfer gegenüber, die zudem längst nicht so gut ausgerüstet sind.

Trotzdem stießen die israelischen Truppen auf erbitterten Widerstand. Ein palästinensischer Sprecher beschrieb die Situation folgendermaßen: ,,*Wir sind nach wie vor in der Lage, von unseren Hügelstellungen aus Überfälle zu unternehmen und zur Grenze durchzuschlüpfen. Wir operieren in kleinen, beweglichen Einheiten, und wenn wir sehen, daß es hoffnungslos ist, eine Position zu halten, gehen wir zurück. Auf diese Weise ist es schwer, uns zu fassen*''. Weiter betonte er, daß die israelischen Angaben über Verluste der Widerstandskämpfer viel zu hoch seien (,,ap'', 16.3.).

Inzwischen mußten verschiedene bis dahin trotz ständiger Angriffe von Seiten der faschistischen Milizen, die massiv durch israelische Truppen und israelische Artillerie unterstützt wurden, gehaltene Orte und Stellungen aufgegeben werden. Bis zum Donnerstag waren dies die Orte Khiam, Ebel es-Saqi, Taibe im Osten, Bint Jbeil, Maroun al-Ras im mittleren Teil des Südlibanons und Naqoura und Alma esh Schab im Südwesten (,,International Herald Tribune'', 16.3.78).

Daß es nicht darum geht, einen etwa 10km breiten ,,Sicherheits''gürtel auf libanesischem Gebiet zu schaffen,

Daß es nicht darum geht, einen etwa 10km breiten ,,Sicherheits''gürtel auf libanesischem Gebiet zu schaffen, wie die israelische Regierung zur ,,Rechtfertigung'' ihres mörderischen Überfalls der Weltöffentlichkeit weismachen will, ist inzwischen allzu deutlich geworden.

— Vor allem die Zivilbevölkerung wird weit über den Südlibanon hinaus bombardiert und terrorisiert.

— Die israelischen Truppen stoßen nach und nach in den gesamten Südlibanon vor.

— Rechtsradikale Zionisten äußern immer unverhohlener ihre Annektionsabsichten.

Die israelische Regierung legt zunächst einmal Wert auf die Feststellung, daß es sich bei dieser großangelegten Mord- und Terroraktion nicht etwa um eine ,,Vergeltungsaktion'' für die bewaffnete Aktion des palästinensischen Kommandos ,,Deir Yassin'' handelt. Mit einer solchen Begründung würden sich die Zionisten auch in Worten der UNO-Charta vollends widersetzen. Der Überfall sei reine ,,*Selbstverteidigung*''. Kriegsminister Weizmann drückte aber sehr viel genauer aus, was entsprechend der zionistischen Logik unter ,,Selbstverteidigung'' zu verstehen ist: Man sei in den Südlibanon eingedrungen, um dieses Gebiet ,,*ein für alle Mal von den Terrorbanden zu säubern*''. ,,*Von wo wir die Terroristen vertreiben, dorthin werden sie nicht mehr zurückkehren*''. Ganz unverhohlen wurde außerdem von den Zionisten zu verstehen gegeben, daß die israelische Armee selbstverständlich solange im Libanon stationiert bleiben würde, bis die reguläre libanesische Armee selbst für Ordnung sorgen könne. Das heißt nichts weiter, als Okkupation des gesamten Südlibanon — auf Dauer! Mit eben diesen Begründungen, die Sicherheit des zionistischen Staates gewährleisten zu müssen, ist bisher die ständige Aggressions- und Okkupationspolitik der Zionisten ,,gerechtfertigt'' worden. Und daß es bei der Einverleibung des Südlibanons nicht bleiben soll, hat Weizmann ebenfalls in aller Unverfrorenheit angekündigt: ,,*In den 30 Jahren unserer Existenz ist es uns nie gelungen, mit einer einzigen Aktion den Terrorismus auszurotten*'' (Zitate nach ,,dpa'', 15.3.). ,,Terroristen'' — damit meinen die Zionisten das gesamte palästinensische Volk; ,,ausrotten'' — das besorgen die israelischen Terrorkommandos bekanntlich gründlich. Die leidvolle Geschichte des palästinensischen Volkes hat dies tausendfach bewiesen. Die jetzige Mord- und Terroraktion ist ein neuer blutiger Beweis.

Gezielt gehen die Zionisten gegen alle Ortschaften im Südlibanon vor, die bisher nicht in den Händen der relativ kleinen Zahl libanesischer Faschisten waren. Systematisch werden die gesamten Flüchtlingslager im Libanon bombardiert, mit dem Ziel, gerade die Zivilisten zu treffen. Besonders betroffen ist die Hafenstadt Tyrus, die durch Bombardierungen und Artilleriefeuer israelischer Kanonenboote praktisch dem Erdboden gleichgemacht wurde. Noch blutiger gingen die Zionisten in Damour, 16km südlich von Beirut vor. Hier wurde ebenfalls vor allem das Flüchtlingslager bombardiert, in dem die Überlebenden von Tel-al-Zaatar Zuflucht gefunden haben. Angeblich soll von hier aus die Kommando-Einheit ,,Deir Yassin'' gestartet sein. Ebenfalls schwer beschädigt wurden die Flüchtlingslager um Beirut, so z.B. das Lager Sabra und Burdsch el-Baradscheh.

Vollständig vernichtet wurde die Ortschaft Ouzai, südlich von Beirut. Hier sollen nach israelischen Angaben Trainingslager und Anlegestellen der Palästinenser gewesen sein. Das Vorhandensein von Anlegestellen wurde selbst von westlichen, pro-zionistischen Journalisten bestritten (,,Tagesthemen'', ARD, 16.3., 22.30 Uhr). Inzwischen sollen sechs Flüchtlingslager, von denen einzelne je etwa 20.000 Flüchtlinge beherbergen, in Schutt und Asche gelegt worden sein. Diese Taktik, gezielt die Zivilisten zu treffen, haben die Zionisten wiederholt angewendet, um die Kämpfer von der Bevölkerung zu isolieren. Dies war allerdings auch die Methode der reaktionären arabischen Regimes: blutige Beispiele sind das September-Massaker in Jordanien 1970 (20.000 Tote) und der libanesische Bürgerkrieg (40.000 Tote).

Zehntausende Menschen sind auf der Flucht, die Zahl der Opfer geht in die Hunderte, vor allem die Zivilbevölkerung ist betroffen.

Inzwischen sind die israelischen Truppen weit über den angeblichen ,,10km-Sicherheitsgürtel'' hinaus vorgestoßen. Nach Angaben der Linkskräfte haben die israelischen Truppen
,,10km-Sicherheitsgürtel'' hinaus vorgestoßen. Nach Angaben der Linkskräfte haben die israelischen Truppen die hinter dieser Linie liegenden Orte Rashaya al-Foukhar und Koukaba eingenommen (,,IHT'', 17.3.78). Beiruter Sender berichteten am Freitag morgen, daß die Truppen an vier Stellen weiter ins Landesinnere vorstoßen, an der Küste in Richtung Tyrus (hier sind auch Fallschirmjäger gelandet worden), im Gebiet von Ansar, in Richtung Hadatha-Kanaan und im Gebiet Rashaya al-Foukhar und Ibl es-Daqi. Ebenfalls weiter angegriffen wurden außer Tyrus, die Hafenstädte Damour und Sidon, ebenfalls besetzt wurde das Dorf Tara nördlich des angeblichen 10km-Streifens.

Nach Angaben der Palästinenser ist der Vorsitzende des Millitärkommandos der Palästinenser und libanesischen Linkskräfte im Kampfgebiet, Dschihad Carlos, im Kampf gefallen. Die PFLP bestätigte diese Nachricht (,,dpa'', 17.3.78).

Israelische Militärkreise erklärten, daß es vorerst keinen Rückzug aus dem Südlibanon geben werde, auf jeden Fall würden die Truppen ihre Stellungen bis zum Begin-Besuch in Washington Anfang nächster Woche besetzt halten (,,dpa'', 17.3., nach ,,Yedioth Ahronoth''). Inzwischen jedoch befestigen die israelischen Truppen ihre Stellungen und bauen weitere Straßen durch den gesamten Südlibanon, die alle Orte mit israelischen Gebieten verbinden sollen (,,Heute'', ZDF, 17.3., 19 Uhr). Dies entspricht dem bisher bekannten Vorgehen der Zionisten, vollendete Tatsachen zu schaffen, die noch nie rückgängig gemacht worden sind.

Aggression mit Einverständnis der USA

Noch vor dem irsraelischen Überfall telefonierte Begin mit Carter, um ihn zu ,,informieren''. Die Reaktio-

Fortsetzung auf Seite 4

Die Palästinenser in Libanon

Die heute 300.000 Palästinenser in Libanon befinden sich nicht freiwillig dort und es liegt auch nicht an ihrem Übermut, daß sie sich bewaffnete Einheiten geschaffen haben.

Israel hat in den Eroberungsfeldzügen von 1948 und 1967 über eine Million Palästinenser aus ihrem Land vertrieben, davon flüchteten 140.000 nach Libanon. Sie hatten dort keinerlei Rechte und leben seitdem in 15 Flüchtlingslagern.

In den vier Lagern in Südlibanon leben heute ca. 100.000 Menschen (sofern sie nicht jetzt erneut vertrieben wurden), sowohl Palästinenser als auch arme Libanesen, die durch die ständigen israelischen Überfälle aus ihren Dörfern und von ihrem Land vertrieben worden sind.

Bis 1969 hatten sie nur das Recht, sich als billige Arbeitskräfte ausbeuten zu lassen und haben somit einen großen Teil des libanesischen Staates aufgebaut.

1969 gelang es den bewaffneten palästinensischen Organisationen gewisse Rechte zu erkämpfen, die in einem internationalen Abkommen (Kairoër Abkommen) garantiert wurden: Selbstverwaltung der Lager (bis dahin nur durch die libanesische Armee, d.h. eine Art KZ), Bewegungsfreiheit auf bestimmten Verbindungsstraßen, bewaffnete Anwesenheit in Südliabanon. Die Lagerselbstverwaltung organisierte den Bau von Unterkünften und sanitären Anlagen und richtete Krankenstationen, Kindergärten und Schulen ein.

Die bewaffneten palästinensischen Organisationen sind primär dazu da, diese Rechte gegen faschistische und zionistische Angriffe zu schützen.

Die Palästinenser fordern die Errichtung eines eigenen Staates auf ihrem eigenen Land Palästina.

Angesichts der ständigen Angriffe Israels war auch die militärische Präsenz der Palästinenser in Südlibanon zuallererst eine Verteidigungsmaßnahme.

Der bewaffnete Kampf gegen die israelischen Besatzer in ihrer Heimat Palästina wurde vor allem aus den besetzten Gebieten selbst geführt. Nur Israel hat immer wieder behauptet, die Palästinenser würden von Libanon aus Überfälle verüben um ständig neue Vorwände für eigene Terrorüberfälle zu finden.



Männer, Frauen, Kinder flüchten vor dem israelischen Terrorangriff



Nach israelischem Luftangriff auf Beirut: Suche nach Überlebenden

Das palästinensische und libanesische Volk braucht unsere Solidarität nötiger denn je!

— Spendenaufruf —

Die palästinensischen Lager waren nach dem libanesischen Bürgerkrieg überfüllt. Die Flüchtlinge aus dem von Faschisten zerstörten Beiruter Stadtteil Qarantina und aus den vernichteten Lagern Dbaja und Tel al Zaatar waren zum großen Teil bis heute nirgendwo untergekommen. Die katholische Caritas hat vor kurzem mitgeteilt, daß als Folge des Bürgerkriegs 125.000 Menschen obdachlos sind und Hilfe brauchen. Nun haben die israelischen Truppen aus den Lagern und Städten weitere ca. 100.000 Menschen vertrieben. Sie zerstörten auch Lager in anderen Teilen Libanons, wie in Damour und Ouzay.

Wir rufen zu einer gezielten Spendenaktion für die Opfer des zionistischen Terrors auf. Zeigt eure Empörung und eure Verurteilung der israelischen Verbrechen dadurch, daß ihr für die, verfolgten Palästinenser und Libanesen Spenden sammelt. Die palästinensischen Widerstandsorganisationen und die libanesische Linke arbeiten in den Lagern für Erste Hilfe, Unterbringung und notdürftige Versorgung. Sie brauchen dringend einen materiellen Ausdruck unserer Solidarität.

Geldspenden unter dem Stichwort ,,Libanon'' auf das Postscheckkonto: Hmb., 240595;
Medikamentenspenden (nach der Medikamentenliste in AK 91, S.47) an den

Verlag Arbeiterkampf
Lerchenstr. 75
2 Hamburg 50

LG des KB

Fortsetzung von Seite 4

nen der USA zeigen inzwischen, daß Begin mit vollem Einverständnis und Wissen der USA den Südlibanon besetzen ließ. Zwei Tage lang kam von den USA keinerlei Kommentar, man wolle den Gesprächen Carters mit Begin nicht vorgreifen. Freitag morgen folgte dann die Erklärung des US-Außenministeriums: „*Wir erwarten, daß Israel sich zurückzieht und haben in dieser Hinsicht unsere Ansicht der Regierung von Israel mitgeteilt*". Konsultationen über „*Arrangements*" hätten begonnen. Möglich wäre der Einsatz einer UNO-Friedenstruppe. Die Bemühungen Washingtons richteten sich jetzt darauf, das Kämpfen zu beenden und „*Mittel zur Bewahrung der territorialen Integrität Libanons zu finden und sich mit den legitimen Sicherheitsbedürfnissen Israels zu beschäftigen*" – gegen die Guerilla- Attacken, versteht sich.

Die Besetzung des Südlibanons und die weitgehende Vernichtung des palästinensischen Widerstandes soll ein weiterer Schritt zur imperialistischen Lösung im Nahen Osten sein!

Syrien hält still

Während sich Ägypten recht lauthals gegen den zionistischen Überfall ausspricht, schweigt Syrien sich weitgehend aus.

Der ägyptische Außenminister Kamel erklärte: Der israelische Stoß „*zielt auf die Tötung von Palästinensern, weil sie Palästinenser sind. Mit anderen Worten, es handelt sich um einen organisierten Versuch eines Völkermords an den Palästinensern*" („IHT"., 16.3.78). Ähnlich starke Worte fand die Kairoer Regierung, die im Anschluß an den Sadat-Besuch gerade damit beschäftigt war, die Palästinenserfrage gründlich zu „lösen", während des libanensischen Bürgerkriegs, als Syrien viele Kämpfer ermordete.

Dies sind aber nur Worte, die verschleiern sollen, daß das ägyptische Regime großen Anteil an den Angriffen auf den palästinensischen Widerstand hat. Das ägyptische Regime versucht, den Schwarzen Peter anderen arabischen Staaten zuzuschieben.

Die Kairoer Presse kritisierte denn auch nicht nur die israelische Invasion, sondern mokierte sich gleichzeitig über die „gemeine Unfähigkeit" Syriens und der Tripolis-Allianz der „Standhaftigkeit und Konfrontation". Ägypten allein könne der palästinensischen Bewegung helfen, betonte „Al-Ahram". „*Verraten wurde sie ebenso von einigen palästinensischen Führern ... Ägypten wird die palästinensische Bewegung nicht nur vor seinen Feinden, sondern vor seinen angeblichen Freunden retten*".

Demagogisch fragte „Al-Ahram", weshalb denn Oberst Gaddafi nicht losstürme, um seinen in der Schlacht stehenden Palästinensern zu helfen („Guardian", 17.3.78).

Nun hätte das ägyptische Regime den israelischen Feldzug leicht zum Anlaß nehmen können, jede weitere Verhandlung mit Israel abzulehnen. Das ist jedoch nicht geschehen, sondern die Ägypter ließen im Gegenteil durchblicken, daß die „Friedens"gespräche weitergehen können.

Syrien hat bisher nichts weiter unternommen, als an die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zu appellieren, sofort zu intervenieren und Israel zum Rückzug von libanesischem Gebiet zu bewegen. Das israelische Unternehmen verdeutliche die aggressive Politik und die expansionistischen Ziele Israels – diese laue Erklärung war die gesamte Reaktion der Regierung.

Die syrischen Truppen wurden an der Grenze in Alarmbereitschaft versetzt. Inzwischen hieß es in einer Meldung von Radio Damaskus, daß die syrische Regierung es dem Irak erlaube, militärisches Material über sein Territorium an die Palästinenser zu führen, dieses Material müsse jedoch an der Grenze den Syreren übergeben werden, die es an die Palästinenser weiterleiten wollen. „*Wir sind gewillt, die Unterstützung zu leisten, die sie für ihre Hilfe für die Palästinenser benötigen*"(„dpa", 17.3.). Dieser Transportweg hatte schon während des Libanon-Krieges nicht geklappt.

Ganz offensichtlich soll durch die israelische Invasion jetzt auch Syrien an den Verhandlungstisch gebracht werden. An der Donnerstag von dem Generalsekretär der arabischen Liga, Riad, einberufenen Sondersitzung des Rates der arabischen Liga nahmen denn auch Vertreter Syriens, Libyens (!) und der PLO teil – in K a i r o , womit der Boykott Ägyptens, durch die Tripolis-Staaten beschlossen, unterlaufen war. Nicht teilnahmen hingegen die Botschafter Algeriens, des Iraks und Südjemens („dpa", 16.3.). Riad erklärte auf dieser Sitzung, daß Israel in den Südlibanon eingedrungen sei, „*um dort zu bleiben*", wenn es nicht durch Druck gezwungen würde, sich zurückzuziehen und dies sei vor allem die Sache der fünf Großmächte.

Die Haltung der arabischen Staaten zeigt, wie weit die Offensive der Imperialisten im Nahen Osten gediehen ist, bei einer Verhandlungslösung ist für die Palästinenser nichts zu erwarten.

Ganz offensichtlich hatte die israelische Regierung mit dem Stillhalten der arabischen Staaten, besonders Syriens gerechnet. Weizmann sagte nur einen Tag nach dem israelischen Überfall: „*Ich freue mich , feststellen zu können, daß die syrischen Truppen in Libanon genau so vorsichtig gewesen sind wie wir, sie haben sich nirgendwo in die Geschehnisse eingemischt*" („dpa" 15.3.). „*Ich hoffe, daß Syrien verstehen wird, d aß dies eine begrenzte Aktion in Südlibanon ist. Ich hoffe, daß die Regierung von Libanon versteht, daß dies eine vorbeugende Aktion ist*" („IHT", 16.3.78).

Reaktionen im Ausland

Einzig der schwedische Sozialdemokratenführer Olof Palme hat den israelischen Angriff „*ohne Vorbehalte*" verurteilt. Die schwedische Außenministerin Soeder sprach sich gegen den „*massiven Angriff gegen Südlibanon*" aus. „*Gewalt mit Gewalt zu begegnen, verursacht nicht nur zusätzliches menschliches Leid, es erschwert auch überdies die Friedensbemühungen*". Gleichzeitig verurteilte sie scharf die Aktion des palästinensischen Kommandos „Deir Yassin".

Dies sind jedoch die einzigen Stimmen, die überhaupt den israelischen Terrorangriff verurteilen, ausgenommen der scharfen Verurteilung der israelischen Aktion durch die revisionistischen Länder.

In Berichten und Verlautbarungen, besonders in Rundfunk und Fernsehen der BRD, wird das Vorgehen der Zionisten mehr oder minder als „V e r g e l t u n g s - a k t i o n" gegen die Palästinenser g e b i l l i g t.

Die bewaffnete Aktion des palästinensischen Kommandos war der willkommene propagandistische Aufhänger für den Vernichtungsfeldzug, und entsprechend wurde diese Aktion umgelogen.

Die bewaffnete Aktion des Kommandos „Deir Yassin"

Nach Angaben der israelischen Regierung landete das palästinensische Kommando in Schlauchbooten beim Kibbuz Maagan Michael, 70km nördlich von Tel Aviv. Nicht einmal dies ist sicher. Es ist durchaus möglich, daß das Al-Fatah-Kommando aus Israel selbst kam. Die bürgerliche Presse gab die bewaffnete Aktion, die die Befreiung politischer Gefangener in Israel zum Ziel hatte, umgehend als blutrünstiges Mordkommando aus, das das Ziel hatte, möglichst unschuldige Menschen, Frauen und Kinder abzuschlachten. Inzwischen mußte aber selbst die bürgerliche Presse zugeben, daß der von Palästinensern gekaperte Bus von israelischen Terrorkommandos zerschossen wurde. Kurz vor Tel Aviv wurde der Bus, der ungehindert schon 45 Minuten gefahren war, von israelischen Scharfschützen gestopppt, die wild auf die wehrlosen Geiseln ballerten, von denen viele dann in den Flammen des in Brand geratenen Busses umkamen („FR", 13.3., „NZZ", 15.3.).

Der „Guardian" (13.3.) gab zu allem Überfluß noch zwei Heldenstorys israelischer Killer wieder: Die Geschichte eines „wehrlosen" Businsassen, der einem „Terroristen" die Waffe entrissen hatte und zielsicher zwei „Terroristen" (??) umlegte, und die Geschichte des Einsatzleiters des israelischen Kommandos, der sich darin sonnt, mindestens drei oder gar vier „Terroristen" in dem herrschenden Durcheinander bei Dunkelheit (!) „erlegt" zu haben.

Der sich gerade in Kuwait aufhaltende österreichische Außenminister Pahr bezeichnete damals den „Terrorakt" (d.h. die bewaffnete Aktion der Palästinenser) als eine Folge israelischer Politik, was ja durchaus richtig ist. Solche Äußerungen liegen natürlich nicht auf der „Linie" der Terroristenhetze. Das israelische Außenministerium erklärte umgehend, seine Äußerungen hätten einen „Schock" in Israel ausgelöst, er habe die „Terroristen" dadurch direkt ermutigt und Israel für deren „Aggression" verantwortlich gemacht. Interessant ist der Kommentar der „Neuen Zürcher Zeitung", die nach „Richtigstellungen" Pahrs schreibt, „*Unbestritten bleibt jedoch, daß er einen Zusammenhang zwischen der israelischen Politik und dem Anschlag vom vergangenen Samstag herstellte, ohne zunächst den Terrorismus als solchen zu verurteilen*" (16.3.). Der österreichische Bundeskanzler Kreisky stellte sich jedoch weitgehend hinter seinen Außenminister und betonte, nach einer „angemessenen" Verurteilung des Terrors, daß der Terrorismus zunehmen müßte, wenn ein Staat sich weigere, die Existenz eines ganzen Volkes anzuerkennen („ap", 15.3.).

In dem hierzulande herrschenden Hetzklima gegen das palästinensische Volk mußte sich auch die Bundestagsabgeordnete L.v. Bothmer zurückpfeifen lassen. Sie sprach im „Saarländischen Rundfunk" von einer „*maßlosen Aggression*" Israels und stellte dann die Frage, warum man nicht in gleicher Weise wie bei dem Terroranschlag (gemeint ist die Aktion des Kommandos „Deir Yassin") beunruhigt sei, wenn man immer wieder höre, daß die Israeils im Libanon Zivilisten töteten und verletzten („dpa", 16.3.).

Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Jahn distanzierte sich dann auch umgehend und wies darauf hin, daß die Meinung der SPD-Fraktion durch Marie Schlei wiedergegeben sei, die den „*Terroranschlag der Palästinenser*" als Mord an israelischen Bürgern auf das Schärfste verurteilt hätte. Allerdings zeigte sich Jahn auch „besorgt", die israelische Militäraktion mit dem Ziel, Israel vor weiteren terroristischen Anschlägen zu schützen, mindere nicht die Sorgen um eine friedliche Lösung im Nahen Osten!!! („dpa", 16.3.).

Das heißt doch nichts weiter, als daß der neue Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug der Zionisten voll und ganz Zustimmung findet! In diesem Tenor waren dann auch die „Kommentare" in Funk und Fernsehen abgefaßt, in denen sogar schon im vornherein die endgültige Annektion des Südlibanon durch die Zionisten „begründet" und „entschuldigt" wurde. Während in der Sendung „Heute" (ZDF, 17.3., 19 Uhr) im Hintergrund die Zionisten in großem Maßstab Straßen bauten, erklärte der Kommentator, daß es ganz so aussähe, als richteten sich die Zionisten im Südlibanon auf Dauer ein. Aber was sollten sie auch machen, würden sie sich zurückziehen, wären sofort die palästinensischen Kommandos da!



Ohne Kommentar ...

Israel ist der Aggressor

Die bürgerlichen Kommentatoren stellen mit der „Vergeltungs"version — Vergeltungsaktionen werden im übrigen von der UN-Charta v e r u r t e i l t — die Tatsachen völlig auf den Kopf. Die Besetzung des Südlibanons war eine lange geplante und durch unzählige Terroraktionen j a h r e l a n g vorbereitete Aktion.

Immer wieder haben die israelischen Kommandos, schon vor dem libanesischen Bürgerkrieg, südlibanesisches Gebiet überfallen (die Terroraktionen im gesamten Libanon, wie die Ermordung Ghassan Khanafanis 1972 in Beirut, seien hier nicht einmal weiter erwähnt), immer wieder sind palästinensische Flüchtlingslager und südlibanesische Orte bombardiert, immer wieder ist die Bevölkerung in die Flucht getrieben worden, immer wieder hat es zahlreiche Todesopfer unter der Bevölkerung gegeben, unzählige Verletzte. Moshe Dayan hat die Ziele dieser Terrorpolitik schon vor Jahren zynisch so zusammengefaßt: „*Wir werden die Luftangriffe intensivieren, bis die Leute das Leben dort* (gemeint ist: im Südlibanon — Anm. AK) *unmöglich finden. Ihre Häuser werden zerstört sein, die ganze Region wird verlassen sein.*" Als Beispiele seien hier noch einmal aufgeführt:

— 1970: Mit 5.000 Mann, 100 Panzern, 50 Flugzeugen und massiver Artillerieunterstützung griffen die Zionisten das Fatah-Land an.

— 1972: Mit 15.000 Mann, 200 Fahr- und Flugzeugen fallen die Zionisten zu einer „Säuberungsaktion" in den Südlibanon ein, auf zuvor im Libanon — unter dem entsprechenden militärischen Schutz — gebauten Straßen. Die blutige Bilanz: 200 Tote, eine Reihe ausradierter Siedlungen.

— Houleh: Jahrelange Überfälle, bis 1975 90 Tote in e i n e r südlibanesischen Ortschaft!

— 1975: Angriff auf vier Flüchtlingslager, insgesamt wurden 60 Menschen getötet.

Während und nach dem libanesischen Bürgerkrieg verstärkten sich die Angriffe und Überfälle auf südlibanesisches Gebiet. Immer mehr Menschen wurden in die Flucht getrieben. Nach Ende des Bürgerkrieges wurden zunächst die Faschisten massiv unterstützt. Ausgebildet in Israel, ausgerüstet mit israelischen Waffen, nur so konnten sie sich überhaupt im Südlibanon halten. Gleichzeitig wurden die Ortschaften und Stellungen, die von den Palästinensern und linken libanesischen Kräften verteidigt wurden, praktisch ununterbrochen mit Artilleriefeuer von israelischer Seite belegt. Immer mehr Ortschaften wurden völlig zerstört.

Im November 1977 nahm dann die israelische Armee eine weitere große „Vergeltungs"aktion vor. Raketen von libanesischer Seite waren in eine israelische Ortschaft eingeschlagen, drei Israelis waren dabei ums Leben gekommen. Tagelang wurden die Gebiete der Küstenregion bombardiert. Ein Ort wurde dabei dem Erdboden gleichgemacht, es gab mehr als 150 Tote unter der Bevölkerung. Gleichzeitig drangen Truppen in südlibanesisches Gebiet vor.

Mord, Terror und Vertreibung, das waren schon immer die Methoden der Zionisten. Mit diesen Methoden wurde der Staat Israel aufgebaut, mit diesen Methoden wurden die Eroberungsfeldzüge geführt, mit diesen Methoden wird die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten unterdrückt — mit diesen Methoden soll jetzt der Südlibanon endgültig annektiert und den palästinensischen Widerstandskämpfern das einzige Gebiet in den arabischen Ländern genommen werden, in dem sie sich militärisch frei bewegen können und das ein wichtiger Stützpunkt in ihrem Kampf um Selbstbestimmung und Befreiung ihrer Heimat war.

Nahost-Kommission

Grohnde-Prozesse aktuell

Gross und Albrecht vor Gericht

Zum Prozeß gegen den Grohnde-Angeklagten Andreas Hanke am 17.3. waren der niedersächsische Regierungschef Albrecht und sein Innenminister Gross von der Verteidigung als Zeugen geladen.

Ihr Auftritt vor Gericht war eine einzigartige Farce, genau wie sie vorher den Pressesprecher der Landesregierung hatten erklären lassen, daß mit ihrer Vorladung die Aufmerksamkeit von den Angeklagten abgelenkt werden solle, was sie aber zu verhindern wüßten. Innenminister Gross war auch das noch nicht genug, er erklärte, daß hinter ihrer Vorladung der Versuch der Verteidigung stünde, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen.

Und hier wollten sie vor Gericht „Abhilfe" schaffen.

Zunächst einmal hatte sie sich selbst eine eingeschränkte Aussagegenehmigung ausgestellt, die alle Auskünfte über die polizeitaktischen Maßnahmen verhinderte. Dazu ließ das Gericht alle Fragen, die die politischen Zusammenhänge betrafen, nicht zu. Diese Fragen wurden schlicht für „unzulässig" erklärt!

Auf diese Weise wurden etwa zwei Drittel der von der Verteidigung gestellten Fragen abgebürstet.

Zugelassen waren überhaupt nur Fragen zum sogenannten Tatgeschehen (d.h. wie Andreas sich vor der Polizeisperre in Kirchohsen verhalten hat), wovon natürlich weder Albrecht noch Gross eine Ahnung hatten.

Obwohl eindeutig ist, daß Albrecht und Gross persönlich für den brutalen Polizeieinsatz gegen die Grohnde-Demonstranten verantwortlich sind, verhinderten sie wie vorher angekündigt und wie in offensichtlicher Absprache mit dem Gericht, daß die Vorverurteilung und die Kriminalisierung der Angeklagten überhaupt, sowie die polizeilichen Manöver zum Prozeßthema wurden. So werden tatsächlich die Tatsachen auf den Kopf gestellt! Während die Verteidigung bei dieser Art Zeugenbefragung massiv behindert wurde, bekamen Gross und Albrecht ausreichend Möglichkeit, die von ihnen betriebene Vorverurteilung der Angeklagten vor Gericht zu bringen. Albrecht wiederholte dabei seine Lüge, daß die „K"-Gruppen, insbesondere der KBW und KB, bei der Planung der Demonstration Tote und Verletzte bewußt einkalkuliert hätten! Im gleichen Atemzug behauptete er, zahlreiche schwerverletzte (!) Polizisten gesehen zu haben – in Wirklichkeit war nur einer einen Tag lang in stationärer Behandlung. Albrecht erklärte offen vor Gericht, daß der Text der Polizeidurchsage, „*wir fordern alle friedlichen Demonstranten auf, sich von den Verbrechern* (!) *am Zaun zu trennen*", von ihm selbst stamme!!

Während Albrecht vom Gericht völlig ungehindert gegen die Grohnde-Demonstranten als „Verbrecher" und „Terroristen" hetzen konnte, bekam Andreas für die Formulierung „der Albrecht" ein Ordnungsgeld in Höhe von 300 DM (ersatzweise sechs Tage Haft) aufgebrummt.

Mit diesem Prozeßtermin ist im Verfahren gegen Andreas die Beweisaufnahme abgeschlossen. Für den nächsten Termin, dem 4.4. 9 Uhr, sind daher schon die Plädoyers zu erwarten.

* * *

Gegen Jerry wurde Haftbefehl erlassen, als er bei seinem letzten Termin nicht erschien. Das Gericht beschloß, ohne ihn weiter zu verhandeln, da nicht ersichtlich wäre, daß er unverschuldet dem Termin ferngeblieben war. Sein Nicht-Erscheinen hängt eventuell damit zusammen, daß er einen neuen Bewährungsrichter bekommen sollte, der möglicherweise seine Bewährung aufgehoben hätte.

KB/Gruppe Hannover

Fortsetzung von Seite 1

„NSDAP"-Bande...

jetzt wohl durch seine „anderweitigen" Aktivitäten. Es liegt nahe, auch für den Rückzug anderer „Hansa"-Nazis, z.B. des Bankangestellten Buchmann, ähnliche Motive zu vermuten.

„Hansa"-Bande überfällt Nato-Stützpunkt!

Am 11.3. meldete als erste Zeitung die „FAZ", daß Wegener mittlerweile auch verdächtigt wird, am 5.2.78 an einem Überfall auf niederländische Soldaten auf dem Nato-Übungsplatz Bergen-Hohne beteiligt gewesen zu sein, bei dem 4 Maschinenpistolen erbeutet wurden. Mit beteiligt an diesem Überfall soll ein



Naziverbrecher Wegener

ebenfalls (lt. „Tagesspiegel" bereits seit dem 23.2.) verhafteter 24 jähriger Stabsunteroffizier der Bundeswehr gewesen sein, der wegen Mißhandlung von Untergebenen vom Dienst suspendiert ist. Auch ein Dritter, ebenfalls Bundeswehrsoldat, wird verdächtigt, befindet sich aber noch auf freiem Fuß.

Inzwischen sind die geraubten Waffen wieder in Polizeigewahrsam: Sie wurden von Uwe Rohwer über seinen Anwalt zurückgegeben. Uwe Rohwer *„gilt als Gesinnungsgenosse der beiden Verhafteten"* schreibt die „FAZ" vom 11.3.73. Rohwer ist zumindest am 15.5.77 und 26.2.78 gemeinsam mit der „Hansa"-Bande aufgetreten.

Mit der Tatsache, daß Rohwer die Waffen offensichtlich in Besitz hatte (noch steht offen, welche Rolle er bei der ganzen Sache gespielt hat), liegt ein weiterer B e w e i s dafür vor, als was derartige Nazi-Banden anzusehen sind: Sie sind Terrorkommandos der NPD, die von deren Kadern geführt werden. So ist Uwe Rohwer nicht nur „Gauführer" der „Wiking-Jugend" und Besitzer des „Wiking-Hofs" in Dörpstedt, wo paramilitärische Übungen abgehalten werden; er ist darüber hinaus auch noch Kreisvorsitzender der NPD!
Mit der Verwicklung Rohwers in diesem Überfall dürfte auch klar sein, was Kühnen mit dem Hinweis in einem Interview meinte, daß alle „ANS"-Mitglieder paramilitärisch ausgebildet würden, in Gruppen der Nürnberger Hoffmann-Bande.

Neben Rohwer ist übrigens auch der Hamburger NPD-Funktionär Timmermann zu nennen, der in der Vergangenheit wiederholt als eine Art „Betreuer" der „Hansa"-Bande in Erscheinung getreten ist.



Die Spitze des Eisberges

„Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft vermuten, daß noch mehr Waffendiebstähle, die in der letzten Zeit bei der Bundeswehr Aufsehen erregten, und auch einige Banküberfälle auf das Konto dieser und anderer, noch nicht ermittelter Verdächtiger gehen, die alle mit rechtsradikalen Aktivitäten in Norddeutschland in Erscheinung getreten sind („FAZ", 11.3.78).

Noch allerdings hat es den Anschein, als ob die Ermittlungen in diese Richtung nur zögernd aufgenommen werden. So erklärte der untersuchende Oberstaatsanwalt Reifenberg (Lüneburg) laut „FR": **„Ebenso unklar ist, welche anderen Personen zu der Bande gehören".**

Dies ist u.a. auch besonders deshalb völlig unglaubwürdig, weil der gesamte „Hansa"-Sumpf seit einem Jahr dem „Staatsschutz" bestens bekannt und unter Beobachtung ist.

Vielmehr hat es nach wie vor den Anschein, als ob von Seiten des Staates überhaupt kein Interesse bestünde, die Zusammenhänge aufzudecken: So „weiß" z.B. der Oberstaatsanwalt, der die Bandenmitglieder nicht kennen will, nur eins ganz klar: **„Ihr politischer Standort sei weit rechts von der NPD"** („FR", 13.3.78).

Daß mit solchen Äußerungen gezielt Zusammenhänge geleugnet werden sollen, ergibt sich schon allein aus der - dem Oberstaatsanwalt bekannten - Aktenlage: Wegener war zumindest bis Sommer '77 NPD/JN-Mitglied; Rohwer ist ebenfalls als NPD-Mitglied aktenkundig (in mindestens einem Fall ist ein Prozeß in Vorbereitung). NPD-Verteidiger betreuen festgenommene „Hansa"-Leute.

Der Innensenator ergreift die Flucht nach vorn

Die Art und Weise, wie diese beiden Verbrechen der „Hansa"-Bande bekannt wurden, ist äußerst interessant.

So äußerte der Hamburger Innensenator Staak nur einen Tag, nachdem seine Polizei am 26.2. in Hamburg-Lurup das „NSDAP"-Treffen mit Knüppel-Einsätzen geschützt hatte, erstmals den „ Verdacht", Nazis würden sich mit Banküberfällen finanzieren. Einen Tag später wurde Lutz Wegener verhaftet.

Gleichzeitig kündigten Staak und der SPD-eigene „parlamentarische pressedienst" (ppd) an, daß sich Mitte/Ende März der Innenausschuß des Bundestags auf Antrag aus der SPD mit dem Neonazismus beschäftigen wird. Nur eine Woche vor der Sitzung dieses Ausschusses am 16./17. März wurde dann der Waffenraub „enthüllt".

Hier soll ganz offensichtlich der demokratischen Öffentlichkeit vorgespielt werden, dem Neonazismus würde angemessen begegnet werden, während gleichzeitig weiter die schleichende Legalisierung der „NSDAP" mit Duldung und gegebenenfalls sogar aktivem Schutz von Polizei und Justiz betrieben werden soll.

Dies muß man zudem vor dem Hintergrund sehen, daß derselbe Innensenator Staak nach dem 26.2. auch erklärte, Veröffentlichungen über die Nazi-Banden seien genau das, was diese wünschen; man möge also die Nazi-Umtriebe am besten totschweigen. Im Übrigen habe die Polizei die Gruppen voll unter Kontrolle. So gut „unter Kontrolle" offensichtlich, daß selbst der sattsamst bekannte Lutz Wegener mindestens zwei bewaffnete Überfälle begehen konnte, bevor er von der Polizei aus dem Verkehr gezogen wurde! Man kann sich ausmalen, welche Verbrechen die anderen Mitglieder der Bande noch begehen könnten, bevor sie vielleicht einmal inhaftiert werden. Und übrigens: „Gelassenheit" und „Totschweigen" hat sich als glänzendes Mittel gegen die Faschisten schon vor 1933 sehr bewährt!...

Antifa-Kommission KB/Gruppe-Hamburg

Druckerstreik durch ‚Konzertierte Aktion' beendet

Fortsetzung von Seite 1

te, *„die Führungsgremien des DGB und der IG Druck und Papier seien gerade dabei, ihre Vorstellungen so zu koordinieren, daß die Intensität des Arbeitskampfes nichts zu wünschen übriglasse"* („FR", 9.3.78). Noch unmittelbar vor den Verhandlungen mit Schmidt wertete Vetter die Aussperrungsaktion der Kapitalisten als *„vollkommene Vernichtungsstrategie des Kapitals gegen die Gewerkschaften und ihre Mitglieder"* („UZ", 13.3.). In der letzten Woche vor Abschluß der Verhandlungen hatten DGB und DruPa zu Demonstrationen in verschiedenen Großstädten aufgerufen, auf denen über 30.000 Kollegen ihre Kampfbereitschaft demonstrierten. In Frankfurt und Heidelberg allein je 7.000, in Heidelberg unter Beteiligung mehrerer tausender Metallkollegen, die während der Demonstration die Arbeit niedergelegt hatten. Auch in Mannheim beteiligten sich die Metaller an der Demo. In Hamburg hatten die 3.000 Kollegen Parolen gerufen wie:
Verbot der Aussperrung!
Wer aussperrt, gehört eingesperrt!
Sozialpläne nein, Arbeitsplätze ja!
Angesichts derartiger Kampfziele der Kollegen rief Detlef Hensche in München auf der Demo aus – als schon der Abschluß vorbereitet wurde – *„und wenn die Herren auf der anderen Seite die totale Konfrontation haben wollen, so sollen sie sie haben"* (Springer-Notausgabe in Hamburg vom 16.3.). Eingeleitet hatte DruPa-Führer Hensche die letzte Phase des Streiks am 7.3. mit den Worten, es handle sich um den *„wichtigsten Streik in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung"*. Die Kapitalisten sollten *„mit Worten vorsichtig sein. Es könnte mal einer auf den Gedanken kommen zu fragen, wer denn in dieser Gesellschaft überflüssig ist"* (ebenda).

Diese klassenkämpferischen Töne sind aber nicht mehr als eine Wieder-

ist" (ebenda).
Diese klassenkämpferischen Töne sind aber nicht mehr als eine Wieder-

spiegelung der Kampfbereitschaft der Druckerkollegen. Die DruPa-Führer haben von vornherein einen Ausverkauf der Arbeitsplätze der Drucker auf Raten angepeilt. Bei ihrem ersten Abschlußversuch waren sie dabei kräftig auf den Arsch gefallen. Aufgrund des massiven Protestes mußte die DruPa-Verhandlungsführung die bereits erzielte „Einigung" mit den Kapitalisten, die einen Ausverkauf der Arbeitsplätze von bis zu 60.000 Druckern in einer fünf-Jahresfrist vorsah, wieder fallen lassen.

Mit einer Streiktaktik der warm-kalten Wechselbäder sollten sich die Kollegen mürbe kämpfen.

An einem Tag sollten die Kollegen streiken, am anderen in den Betrieb gehen, um dann wieder ausgesperrt zu werden. Einmal wurden Betriebsvereinbarungen verboten, dann wieder empfohlen, und wieder abgelehnt.

All dies Hin und Her wurde mit einem höchst „geheimen" Streikplan begründet, der nicht verraten werden dürfte, damit die Kapitalisten (die immer bestens informiert waren) nichts vorher von den DruPa-„Wunderwaffen" mitbekommen sollten.

Durch diese Verwirrungsstrategie war von vornherein eine Niederlage der Druckkollegen angepeilt.

Trotz der großen Kampfbereitschaft der Druckkollegen, die die der Tarifkämpfe in den letzten Jahren in den Schatten stellt, sind nun die DruPa-Führer angetreten, um den Abschluß trotz der Proteste der Kollegen durchzudrücken.





„Künstler an der Seite der IG Druck und Papier" -- unter diesem Motto rief der Ortsverein der DRUPA in Hamburg zu einer Solidaritätsveranstaltung mit den ausgesperrten Kollegen der Druckindustrie auf. Über 2000 Kollegen drängelten sich in den Aufgängen des Gewerkschaftshauses und im großen Festsaal, der sich als viel zu klein erwies. Dieses Haus, das an seiner Außenfassade den Bebel-Ausspruch „Waffenschmiede des Proletariats" trägt, und seit Jahrzehnten den Mief von Bürokratie und biederer Sozialpartnerschaft beherbergt, wurde zeitweise erfüllt von klassenkämperischen Parolen. Aus tausenden von Kehlen klang das alte revolutionäre Lied von der „jungen Garde des Proletariats". Schriftsteller (wie Axel Eggebrecht), Liedermacher (wie Hannes Wader und Wolf Biermann) sorgten für eine kämpferische und heitere Atmosphäre. Ein voller Erfolg also, der im wesentlichen der gewerkschaftlichen Linken zu danken ist.

Mahlein kontra Hamburger Ortsverein

Wie inzwischen bekannt wurde, hat der DruPa-Chef Mahlein den linken Hamburger Ortsvorstand in einem unverschämten Schreiben ultimativ aufgefordert, sich von Kritiken aus dem Ortsverband zu distanzieren. Nach dem Kunststück, die Aktionen der Hamburger Drucker in den Drupa-Veröffentlichungen völlig totzuschweigen, während gleichzeitig die Lüge verbreitet wird, die Gruner-Kollegen (über 20 Warnstreiks) hätten statt zu streiken, Geld vom Kapitalisten erhalten, folgt hier noch während der Kampfaktionen der erste offene Disziplinierungsversuch.

Streitpunkt ist das vom Arbeitskreis „Neue Techologie" (OCR-Arbeitskreis) in Hamburg durchgeführte Wochenendseminar, an dem auch viele Mitglieder aus anderen Ortsvereinen teilgenommen hatten (s. auch letzte Ausgabe des ARBEITERKAMPF). Beim Hauptvorstand löste die Kritik an seiner Streik-„Taktik" einigen Wirbel aus. Besonders aufgebracht hat die DruPa-Führer die Tatsache, daß die wesentlichen auf dem Seminar geäußerten Kritiken in einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau" öffentlich gemacht wurden. Schon vorher hatte es mehrere Interventionen seitens des Hauptvorstandes gegeben, um zu verhindern, daß die im Hamburger Ortsverband öffentlich ausgesprochene Kritik auf andere Bereiche der DruPa übergreifen könnte. Schon als die Gruner-Kollegen ihre Kritik am Tarifvertragsentwurf des Hauptvorstandes in der Gewerkschaft bundesweit verschickt hatten, war von „gewerkschaftschädigendem Verhalten" die Rede.



Kämpferische Hamburger Drucker-Demo

Mahleins Brief enthält die Aufforderung, Rechenschaft sowohl über die Diskussionen der Kollegen auf dem Seminar als auch über den in der „FR" erschienenen Artikel abzulegen. Gleich zu Beginn wird provokatorisch gefragt, wer eigentlich die Kosten für die Teilnehmer am Seminar getragen hätte. Eine nicht dumme Frage, da sich von den 6% der Beiträge, die dem OV verbleiben, selbst so ein großer Ortsverein wie der Hamburger kaum etwas leisten kann, so daß auch hier die Teilnehmer die Kosten selbst trugen. Darüberhinaus wollte Mahlein die Verantwortlichen für das Seminar benannt bekommen. Der OVV wird aufgefordert, die Sache „scharf zu diskutieren".

Wovon die Hamburger sich zu distanzieren hätten, unterstrich Mahlein in einer beigelegten Kopie des „FR"-Artikels.

DKP will Kniefall

Auf einer außerordentlichen Sitzung des OVV vom 9.3. wurde Mahleins Brief behandelt. Es kam zu einer scharfen Kontroverse, die sich in zwei unterschiedlichen Vorschlägen für Antwortschreiben niederschlug. Drei Mitglieder wollten lediglich erklären, daß sie für den „FR"-Artikel nicht zuständig seien. Eine Mehrheit von 6 (darunter sämtliche DKP'ler) schlugen eine eifrige Distanzierung vor. Unaufgefordert bzw. wie mit Mahlein abgesprochen, erklärten sie, daß sie es für schädlich hielten, wenn während eines Arbeitskampfes Kritiken an die Öffentlichkeit kämen (wann sollen dann Kritiken kommen? Wenn alles den Bach runter ist?). Sie distanzierten sich z.B. von folgenden Passagen des „FR"-Artikels: *„Man sehe sich nicht in der Lage, für Kampfmaßnahmen zu mobilisieren, ehe nicht der HV sein Konzept allen Betriebsfunktionären offengelegt habe und auch Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf geschaffen habe"*. Distanzieren wollte sich die DKP auch von der Passage: *„Man habe es satt, von Warnstreik zu Warnstreik und zu Proteststreiks zu stolpern"* (Zitate aus „FR", 27.2.78). Auf der anschließenden Delegiertenversammlung wurde ein DKP'ler noch deutlicher und behauptete, die „FR"-Veröffentlichung grenze *„an gewerkschaftsschädigendes Verhalten"*. Die DKP'ler, die sich schon vor der letzten Vorstandswahl im Gewerkschaftshaus häuslich einrichten woll-

schädigendes Verhalten". Die DKP'ler, die sich schon vor der letzten Vorstandswahl im Gewerkschaftshaus häuslich einrichten woll-

ten, und dann voll auf dem Bauch gelandet waren, zeigten auch hier, daß sie Ausschlüsse nicht scheuen würden, um sich beim Hauptvorstand lieb Kind zu machen.

Ernst genommen bedeutet die Haltung, nach der offene Kritik während des Arbeitskampfes gewerkschaftsschädigend sei, eine völlige Auslieferung der Gewerkschaftsmitglieder an den Hauptvorstand, bzw. werden sie im Streik zu reinen „Befehlsempfängern" gemacht. Darüber hinaus bedeutet dies eine Massenausschlußdrohung an den Hamburger Verband, in dem diese Kritik weit verbreitet ist.

In der OVV-Sitzung konnte sich zwar die DKP-Linie durchsetzen, allerdings konnte von den Linken erreicht werden, daß der Delegiertenversammlung die endgültige Entscheidung übertragen würde. Und damit war die DKP wieder einmal auf den Arsch gefallen.

Denn damit wurde nicht nur Mahleins Brief öffentlich, sondern auch der geplante Kniefall der DKP.

Auf der Delegiertenversammlung vom 13.3. forderten die Delegierten (der DKP zufolge „gewerkschaftsschädigend"), daß Mahleins Brief, ebenso wie das geplante Antwortschreiben des OVV, allen Delegierten zugänglich gemacht würde, um anschließend darüber von den Delegierten selbst zu beraten und zu entscheiden, denn die Delegierten hätten das Semimar beschlossen und somit auch zu verantworten. Allerdings ging diese Entscheidung mit 57 : 56 mehr als knapp aus.

Dies muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß Metzinger vom Landesbezirksvorstand massive Drohungen ausgestoßen hatte.

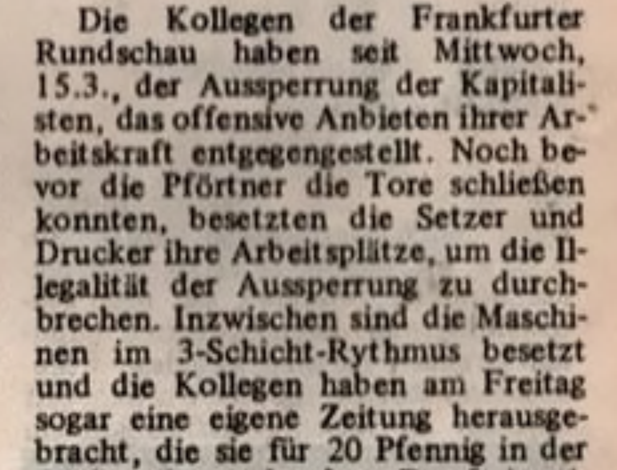
Metzinger appellierte an die „Einheit" – die Auseinandersetzung werde in jedem Fall nach der Tarifauseinandersetzung geführt werden. Was er damit meinte, bewies er mit seiner Drohung, gegen den verantwortlichen Redakteur des „FR"-Artikels (DruPa-Mitglied) eventuell gerichtliche Schritte einzuleiten.

Er erklärte, es sei eine „Schweinerei", daß Brückmann seine Anwesenheit beim Seminar für so einen Artikel genutzt hätte.

Schon 1976 waren nach dem Streik sieben Hamburger Kollegen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden, weil sie angeblich das damalige Hamburger „Streik-Info" mitherausgegeben hätten, das sich kritisch gegenüber der Streiktaktik des Hauptvorstandes geäußert hatte. Schon damals war der Ausschluß-Antrag damit begründet worden, während des Streiks habe die Gewerkschaft nur mit „einer Stimme" zu reden –, mit der Stimme des Vorstands. Trotzdem ließen sich die Hamburger Delegier-

Streiks habe die Gewerkschaft nur mit „einer Stimme" zu reden –, mit der Stimme des Vorstands. Trotzdem ließen sich die Hamburger Delegier-

ten nicht einschüchtern. Das wird Mahlein nicht ruhen lassen.



Die Kollegen der Frankfurter Rundschau haben seit Mittwoch, 15.3., der Aussperrung der Kapitalisten, das offensive Anbieten ihrer Arbeitskraft entgegengestellt. Noch bevor die Pförtner die Tore schließen konnten, besetzten die Setzer und Drucker ihre Arbeitsplätze, um die Illegalität der Aussperrung zu durchbrechen. Inzwischen sind die Maschinen im 3-Schicht-Rythmus besetzt und die Kollegen haben am Freitag sogar eine eigene Zeitung herausgebracht, die sie für 20 Pfennig in der Stadt selbst verkauften. Den Leitartikel dieser "Kollegen-Zeitung" nun im folgenden:

An die Leser der FR

Was ist geschehen, seit Sie zuletzt Ihre FR in gewohnter Qualität in Händen hatten? Der Betriebsrat als Sprecher der üblicherweise in Tag- und Nachteinsatz für Sie und Ihren Informationsanspruch tätigen Mannschaft muß wohl dazu etwas sagen.

Zunächst hatten wir einige Zeit Veranlassung, guten Glaubens anzunehmen, daß Management und Redaktionsleitung der „Frankfurter Rundschau" davor zurückschrecken würden, das Mittel der Aussperrung gegen uns anzuwenden. Nicht nur, weil wir aus Überzeugung bestreiten, daß Streik und Aussperrung „gleichgewichtige" Kampfmittel seien, sondern weil wir darauf vertraut haben, daß die Aussperrung aufgrund der Verfassungslage in Hessen und angesichts der politischen Position der „Frankfurter Rundschau" ausgeschlossen sein muß

Darin haben wir uns getäuscht. Den Rechtsweg gegen diese Maßnahme haben wir beschritten, indem wir eine Einstweilige Verfügung zur Aufhebung der Aussperrung beantragt haben.

Dieser Schritt konnte jedoch nach unserem Demokratieverständnis nicht genügen; wir sind der Meinung, daß auch ein Stück konkreter Verfassungswirklichkeit zu schaffen sei. Darum war es für uns selbstverständlich, die am späten Abend des vergangenen Dienstag für Mittwoch früh 6.00 Uhr angekündigte Aussperrungsverfügung nicht hinzunehmen.

Unmittelbar nach Verkündung der Entscheidung der Geschäftsführung berief der Betriebsrat eine Versammlung der im Hause anwesenden Belegschaft ein.

Dabei wurde beschlossen, Widerstand zu leisten und bis zur Aufhebung der Aussperrung das Frankfurter Werk der FR besetzt zu halten.

In jenen dramatischen Nachtstunden haben dann auch Setzer der FR ein Extrablatt hergestellt, um die Öffentlichkeit über den Sachverhalt zu informieren (Siehe nächste Seite).

Als dann um 6.00 Uhr die verstärkte Türwächterbesatzung anrückte, um den Zutritt zu verhindern, fand sie zu ihrer Überraschung die ausgesperrten Arbeitnehmer bereits an ihren Arbeitsplätzen. Das Verbot, die technischen Betriebsräume zu betreten, war nicht durchsetzbar!

So ist es bis jetzt geblieben; und so wird es bleiben, bis die Aussperrung aufgehoben ist!

Eine Darstellung der Situation kann nicht abgeschlossen werden ohne darauf hinzuweisen, was uns die Kraft gibt, durchzuhalten:

Es ist die beispiellose Welle der Solidarität. Nicht nur von unseren nicht ausgesperrten Angestelltenkollegen, sondern aus allen Gruppen und Schichten der Bevölkerung kommen viele Beweise der Sympathie und Ermunterung.

Es ist die beispiellose Welle der Solidarität. Nicht nur von unseren nicht ausgesperrten Angestelltenkollegen, sondern aus allen Gruppen und Schichten der Bevölkerung kommen viele Beweise der Sympathie und Ermunterung.

Dieses so hilfreiche Verständnis der Öffentlichkeit für unser Anliegen wird nicht zuletzt bekräftigt durch Leser und Abonnenten unserer FR, die den Verantwortlichen dieses Verfassungsbruchs in aller Deutlichkeit sagen, daß sie zwar Verständnis für das garantierte Streikrecht und der damit verbundenen Wirkung haben, daß sie aber nicht begreifen können, daß trotz vorhandener technischer Möglichkeiten und der Produktionsbereitschaft der Arbeitnehmer die Zeitung verweigert und dadurch das Informationsrecht einem kalkulierten unternehmerischen Arbeitskampfmittel geopfert wird! Wenn irgend etwas Aussicht hat, vom Management dieses Hauses begriffen zu werden, dann ist es die Angst vor ökonomischen Konsequenzen. Die Redakteure, Setzer und Drucker, die an der Aktion des Widerstandes beteiligt sind, danken allen, die mithelfen, diese Bewährungsprobe durchzustehen. Sie alle hoffen, Ihnen nach der unerläßlichen Durchsetzung der tariflichen Forderungen sehr schnell wieder Ihre Zeitung herstellen zu können.

H. G. Fritz

80000 Metaller im Streik

Fortsetzung von Seite 1

Seit Mittwoch, den 15.3. streiken im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden 80.000 Arbeiter und Angestellte. Im Raum Stuttgart stehen in 63 Betrieben, darunter Bosch, Daimler-Benz, Porsche, Standard-Elektrik-Lorenz, Siemens und SKF alle Räder still. An den Werktoren hängen Transparente wie „Solidarität der Millionen bricht Kumpanei der Millionäre" und „Wir kämpfen gegen die Willkür der Unternehmer". Die Kampfbereitschaft der Kollegen bekamen auch die sogenannten „Arbeitswilligen" zu spüren, als sie am zweiten Streiktag in einigen Fällen erfolgreich am Betreten der Werke gehindert wurden!

Als Reaktion auf den Streik der Metaller haben die Kapitalisten für diesen Montag Aussperrungen angekündigt. In den bereits bestreikten Werken und zusätzlich in weiteren 78 Betrieben sollen etwa 200.000 Arbeiter ausgesperrt werden.

IGM-Bezirksleiter Steinkühler reagierte darauf in der von ihm gewohnten wortradikalen Art: „Die Arbeitnehmer dieses Landes und ihre Organisation werden den Arbeitgebern im Falle der Aussperrung eine Lektion erteilen, die sie so schnell nicht vergessen" („UZ", 17.3.78).

Doch auf Vorschlag der IG-Metallführer (!) verhandeln die Tarifpartner seit Samstag (18.3.) wieder....

Massenstreiks sorgen für Schonung in der Tarifrunde

In einer seit Ende Januar nicht abgerissenen Welle von Warnstreiks und Protestaktionen haben die Kollegen deutlich gemacht, daß sie nicht länger bereit sind, den Lohnraubkurs stillschweigend zu dulden. Und daß sie entschlossen sind, dem knallharten und kompromißlosen Vorgehen der Metallkapitalisten kämpferisch entgegenzutreten.

Allein in den Tagen vor und während der Urabstimmungen beteiligten sich noch einmal über 100.000 Arbeiter an Protestaktionen.

Eine der bisher größten Kundgebungen erlebte Ulm. 12.000 Metaller zogen in langen Demonstrationszügen aus den Betrieben zum Kundgebungsplatz. Die gleiche Anzahl von Kollegen kam zu einer Kundgebung in Ludwigsburg. Am Montag, den 6.3. kam es in Gelsenkirchen zu einer eindrucksvollen Protestaktion. 3.500 Metaller aus 13 Betrieben, darunter 1.800 von Küppersbusch und Seppelfricke legten die Arbeit nieder und demonstrierten zum Hans-Sachs-Haus. Die fast ausnahmslos aus Frauen bestehende Belegschaft der Haushaltsmaschinenfabrik Krupp beteiligte sich im eigenen Block an der Aktion.

Mit der Urabstimmung stellten die Metaller dann noch einmal ihre große Kampfbereitschaft nachhaltig unter Beweis. In Nordwürttemberg/Nordbaden stimmten 90,3 % für Streik. Das ist das bisher höchste Ergebnis bei Urabstimmungen in der baden-württembergischen Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit! In Nordrhein-Westfalen stimmten 86 % für Streik, davon allein bei Opel-Bochum sogar 93,5 % und bei Ford-Köln sogar 96 %.

Dagegen wiegelten die IG-Metall-Führer, und zwar einschließlich Steinkühler, ständig ab, und sie liessen bis zuletzt nichts unversucht, einen Streik zu vermeiden. Obwohl bereits Ende Februar die Schlichtung gescheitert war, dauerte es noch bis zum 15. März, bis in Stuttgart die ersten (Schwerpunkt-)Streiks ausgerufen wurden. In der Zwischenzeit wurde ein *„letzter Einigungsversuch"* unternommen, wurde die Ausgangsforderung von 8 % auf eine fünf vor dem Komma reduziert und keine Möglichkeit ausgelassen, um zu betonen, daß die IG-Metall keinen Arbeitskampf um jeden Preis wolle. Loderer war sogar bereit, *„auf Rauchzeichen zu reagieren"!*

Der Schwerpunktstreik ist bereits ein Zugeständnis der Gewerkschaftsführer an die Kollegenschaft, weil sie die Stimmung in den Betrieben nicht total ignorieren können. Ihre Tarifpolitik ist aber nach wie vor auf „Partnerschaft" und faule Kompromisse ausgerichtet.

Dabei haben die Kapitalisten in diesem Jahr keine Zweifel aufkommen lassen, daß sie nicht ernsthaft verhandeln wollen. Gesamtmetall hat einen knallharten Kurs vorgelegt. Schon im Oktober letzten Jahres drohten sie, lieber Streiks hinzunehmen und diese mit Aussperrung zu beantworten. Sie provozierten die IG-Metall mit einem 3,5 % Angebot und beharren jetzt auf einer 4 vor dem Komma.

Für die Metallkollegen kommt es jetzt darauf an, den IG-Metall-Führern ihre Streiktaktik kräftig um die Ohren zu hauen. Vor allem die Kollegen in Nordrhein-Westfalen müssen auf die Barrikaden gehen und den Gewerkschaftsvorstand zwingen, unverzüglich den Streik auszurufen.

Andernfalls wird den Metallern zu Ostern ein ganz faules Ei ins Nest gelegt.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter

Bei den Rheinisch-Bergischen Druckereibetrieben gingen am 9.3. Düsseldorfer Bullen gegen 80 Streikposten vor, die die Zufahrt des Betriebes blockiert hatten, um Streikbrechern den Zutritt zu verweigern. *„Ein Streikposten wurde durch einen Fußtritt eines Polizisten verletzt, die Gewerkschaft will Strafanzeige stellen"* („UZ", 11.3.).

Eine halbe Hundertschaft Bullen wurde in Essen gegen Kollegen der „WAZ" eingesetzt, die eine Auslieferungsblockade organisiert hatten. Die DruPa hatte zu einem befristeten Proteststreik aufgerufen. Trotzdem ließen die Druckkapitalisten eine Notausgabe machen, deren Auslieferung verhindert werden sollte („Roter Morgen", 10.3.).

Hamburger Basisbündnis:

Jetzt beginnt ein bunter Wahlkampf!

Fortsetzung von Seite 1

„Für unsere Kandidatur zur Bürgerschaft haben wir bereits gute Ergebnisse im Rücken: 2,3% für die WGA in Hameln/Bad Pyrmont, 3% für die Bündnisliste in Wedel, 6% für die Umweltschützer in Nordfriesland und 6,6% im Kreis Steinburg." Schon in den einleitenden Beiträgen des Kongresses kam die Zuversicht zum Ausdruck, daß hier eine Sache am Entstehen ist, die sich auf eine wachsende Sympathie in der Bevölkerung stützen kann – und den etablierten Parteien mehr und mehr Sorge bereitet. Die „Gefahr für die Demokratie", die SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr und andere bürgerliche Politiker in den Kandidaturen von Bürger- und Basisinitiativen heraufziehen sehen, wird gekontert: *„Wenn Bürgerinitiativen zu Demonstrationen und anderen außerparlamentarischen Aktionen aufrufen, gelten sie als ‚Feinde unserer staatlichen Ordnung' – wenn sie parlamentarische Kandidaturen anmelden, wird das gleiche über die gesagt. Was den etablierten Parteien nicht paßt, sind unsere Bürger- und Basisinitiativen überhaupt. Ihr ‚Demokratie-Verständnis' sieht so aus, daß sie Jugendliche, die für unsere Basiskandidatur in der Stadt werben und in einer lustigen Aktion symbolisch eine 5-Prozent-Hürde überspringen, mit Hilfe der Polizei zusammenprügeln lassen. Die etablierten Parteien werden mit uns noch mehr Sorgen bekommen, als sie jetzt schon haben"* (einleitender Beitrag).

Der Kongreß hat deutlich gemacht, daß weder die Behauptung, die Bürger- und Basisinitiativen hätten nur einen beschränkten Gesichtskreis, noch die auf Spaltung und antikommunistische Abgrenzung zielende Demagogie vom „Rot-Grün-Konflikt", das Hamburger Basisbündnis treffen oder verunsichern können. Das Bündnis hat eine Plattform verabschiedet, in der Mißstände, Ungerechtigkeiten und Unterdrückung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen angeklagt werden; eine Plattform, deren Forderungen und Parolen auf den Erfahrungen und der politischen Arbeit der verschiedenen daran beteiligten Initiativen beruhen.

Der Kreis der Kongreßteilnehmer des Hamburger Bündnisses deckt ein durchaus breites Spektrum ab und unterscheidet sich von daher wesentlich von allen bisherigen Wahlbündnissen in anderen Bundesländern.

Aus dem Bereich der *Atomkraftgegner und Umweltschützer* waren die der BUU/Hamburg angehörenden Bürgerinitiativen fast vollständig vertreten, sowie auch einzelne BIs, die sich dem sogenannten „autonomen Plenum" zurechnen oder in beiden Plena mitarbeiten. Außerdem waren Vertreter der „Freunde der Erde", der „Gruppe zur Aufklärung über Umweltgefahren" (GAU) und der „Hamburger Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreier Aktion" anwesend. Insgesamt stellten die AKW-Gegner und Umweltschützer mit Delegierten aus 53 BIs bzw. Verbänden das stärkste Kontingent auf dem Kongreß. Hinzu kamen noch auswärtige Gäste aus diesem Bereich aus Lübeck, Wedel, Winsen/Luhe und Westberlin.

Aus der *Frauenaktionseinheit*, in der fast 50 Gruppen in unterschiedlicher Weise als Diskussionszirkel oder mit öffentlichen Aktivitäten mitarbeiten, waren aus dem größten Teil dieser Gruppen entweder Delegierte oder einzelne Beobachterinnen gekommen. Darüber hinaus wurde der Kongreß von einer Beobachterin aus dem Frauenzentrum Langenfelder Straße und von einer Frau aus der „Demokratischen Fraueninitiative", die traditionell im Bündnisbereich der DKP zu finden ist, verfolgt.

Jugend- und Schülerinitiativen waren auf diesem Kongreß relativ unterrepräsentiert, obwohl davon auszugehen ist, daß der Gedanke dieses Bündnisses unter den Jugendlichen durchaus weiter verbreitet ist (bzw. noch weiter verbreitet werden kann), als die Zahl der Delegierten und Beobachter aus 15 Initiativen zunächst erkennen läßt. Immerhin fanden sich aber auch hierunter z.B. der Landesausschuß Berufsbildender Schulen (mit Delegierten) und das Bambule-Plenum (mit Beobachtern) als recht wichtige Gruppen des Jugendbereichs.

Nicht „ausgeschöpft" für das Bündnis ist bislang auch der *Studenten- und Lehrerbereich*. Delegierte und beobachter kamen hier aus 14 Gruppen, darunter dem AStA der Hochschule für Bildende Künste, dem kommissarischen AStA Rauhes Haus (ev. FHS für Sozialpädagogik), der Uni-Zeitung „Blattschuß", dem Fachschaftsrat am SPZ und der „Lehrerinitiative", in der sich eigens zu dieser Wahl fortschrittliche Lehrer in einem Plenum zusammengefunden haben.

Aus dem Bereich *Betrieb und Gewerkschaft* nahmen Delegierte bzw. Beobachter aus 11 Gruppen teil, vorwiegend aus dem ÖTV- und Gesundheitsbereich (u.a. der „Arbeitskreis Transport", ein schon seit mehreren Jahren existierender und arbeitender Zusammenschluß fortschrittlicher Kollegen aus mehreren Transport- und Speditionsbetrieben). Vertreten waren aber auch z.B. die Kollegengruppe von Reynolds, die Alternative Beiersdorf und die Alternative Iduna. Die Unterstützung des Wahlbündnisses geht allerdings bereits über den auf dem Kongreß repräsentierten Kreis hinaus.

Ebenfalls anwesend waren Mitglieder aus *Kinder- und Babygruppen* und Delegierte aus 4 Mieterinitiativen. Namentlich die *Mieterinitiativen* sind in Hamburg bislang sozusagen eine Domäne der DKP, in der andere Kräfte noch wenig Einfluß haben.

Von den *politischen Organisationen* waren der KB, die „KPD", die GIM, die SOAG, der SSB/Studenten, SSB/Schüler, die EFP und die CISNU mit Delegierten bzw. Beobachtern vertreten. Die Vertreter der EFP, die von Anfang an an den Diskussionen um ein Bündnis aktiv und solidarisch beteiligt waren, erklärten bei dieser Gelegenheit, daß eine reguläre Teilnahme ihrer Partei in diesem Bündnis aufgrund politischer Differenzen nicht möglich sei, sie aber auch selbst nicht kandidieren, sondern eine Unterstützung des Bündnisses empfehlen werden. Die „KPD" hat auf diesem Kongreß schließlich den Weg zu einer offiziellen Unterstützung trotz fortbestehender Meinungsverschiedenheiten gefunden. Die GIM scheint, liest man ihre neue „Was tun", sich's auch noch mal überlegen zu wollen, hüllte sich auf dem Kongreß selbst aber in Schweigen.

Vertreten waren außerdem noch zahlreiche Gruppen außerhalb der genannten Bereiche, wie z.B. die Gefangenenselbstinitiative (GSI), die Antirepressionsgruppe in der Homosexuellen Aktion Hamburg (HAH), das Medienzentrum Fuhlsbüttel e.V., die Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender (IFK), die Initiative fortschrittlicher Filmemacher (IFF), die BI Rettet den Rundfunk und die AG Dritte Welt.

Entscheidend an dieser Beteiligung an dem Kongreß ist aber nicht eine reine Zahl von Initiativen und Gruppen, die natürlich für sich gesehen wenig aussagen. Entscheidend ist hier zunächst mal, daß überhaupt ein derart buntes Bündnis zustandegekommen ist, daß die gemeinsamen Interessen gegenüber den etablierten Parteien herausgearbeitet wurden und sich gegenseitig das Recht in diesem Bündnis anerkannt wird, die Initiativen für ihre jeweiligen Bereiche selbst sprechen und handeln zu lassen.

Heftigere Diskussionen gab es auf diesem Kongreß u.a. an der Frage, welche Stellungnahme gegenüber der DKP abgegeben werden soll, die in ihren ersten Äußerungen zu diesem Bündnis bereits auf einen „unversöhnlichen Kampf" orientiert.

Die Vertreter der „KPD" haben – teilweise nicht ohne nervende Penetranz – immer wieder eine Abgrenzung zur DKP und zur politischen Unterdrückung in der DDR usw. in die Debatte um die Plattform bringen wollen – was auch in den voraufgegangenen Sitzungen des Wahlausschusses schon zeitraubende und um Verständnis für das politische Spektrum und die politische Zielsetzung dieses Bündnisses werbende Diskussionen nötig gemacht hatte.

Der Kongreß entschied sich wie der Wahlausschuß dafür, eine spezielle Abgrenzung zur DKP aus der gemeinsamen Plattform herauszulassen, und behandelte stattdessen einen vom Sprecherrat der BUU/Hamburg beschlossenen Offenen Brief an die DKP, der vor Herausgabe in allen Basisinitiativen diskutiert und deren Zustimmung dafür eingeholt werden soll. Dieser Brief setzt sich vor allem mit den Angriffen der DKP auf das Bündnis auseinander und kritisiert deren taktisches Verhältnis zu den Menschenrechten.

Der Kongreß hat in der Behandlung dieser wie anderer Fragen bewiesen, daß das Basisbündnis fähig ist, kontroverse Auffassungen untereinander in einer Weise zu diskutieren, die zu gemeinsam tragfähigen Ergebnissen führt. Das zeigte sich auch in der Kandidatenaufstellung (siehe nebenstehende Liste).

Jetzt wird es darauf ankommen, daß die beteiligten Gruppen und Initiativen vielfältige Ideen und Aktivitäten entwickeln, um den etablierten Parteien in Hamburg wirklich einen Wahlkampf zu liefern, den sie auch einige Zeit nach der Wahl noch in Erinnerung behalten werden.

Die Bunte Liste „Wehrt Euch" hat sich das Ziel gesetzt, schon bei der für ihre Kandidatur nötigen Unterschriftensammlung (500 sind formell erforderlich) deutlich zu machen, daß sie eine tatsächliche Chance hat, die undemokratische 5%-Hürde zu überspringen.

Die Kandidaten der „Bunten Liste"



Die Kandidaten der BUNTEN LISTE „Wehrt Euch"
obere Reihe v.l.n.r.: **Rainer Trampert, Günther Hopfenmüller, Holger Strohm, Gerd Heide, Sabine Stamer**, untere Reihe v.l.n.r.: **Heidi Rothschild, Robert Gatermann, Ilona Kiene, Günther Wöckner, Roswitha Emme, Anna Johannesson, (dahinter:) Peter Schwartau, Arno Rieck, Christel Hellmann, Wolfgang Krömer.**

Die Vielfalt und „Buntheit" des Bündnisses wird auch durch die Kandidaten/innen deutlich: Es sind alles Leute, die Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Ausbeutung persönlich erfahren haben und die sich gemeinsam mit anderen dagegen zur Wehr setzen.

Die Kandidaten waren von den verschiedenen am Bündnis beteiligten Basisbereichen vorgeschlagen worden. Auf der Delegiertenversammlung wurde folgende Reihenfolge für die Kandidaten/innen beschlossen:

1. **Holger Strohm** (35 J., Schriftsteller und Gewerbelehrer, Kandidat der Umweltschutzverbände und von der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) vorgeschlagen).
2. **Christel Hellmann** (47 J., 2 Kinder, Teilzeitkraft im Büro, BI Bergedorf, Kandidatin der BUU).
3. **Peter Schwartau** (38 J., 2 Kinder, Gewerbelehrer, GEW-Mitglied, Vereinsvorstand des Kinderhauses Heinrichstraße – von der Wahlgruppe der Kinderinitiativen vorgeschlagen).
4. **Anna Johannesson** (30 J., 1 Kind, gekündigte Arbeiterin und Betriebsrätin bei Colgate, macht derzeit eine Lehre als Anwaltsgehilfin – nominiert von der Frauenaktionseinheit).
5. **Rainer Trampert** (32 J., Angestellter und Betriebsrat bei Texaco, BI Chemiekollegen – aufgestellt von den Kollegengruppen aus dem Bereich Betrieb und Gewerkschaften und der BUU).
6. **Günther Hopfenmüller** (34 J., technischer Angestellter, Sprecherrat der BUU – von dieser auch nominiert).
7. **Heidi Rothschild** (32 J., alleinstehend, 3 Kinder – vorgeschlagen von der Frauenaktionseinheit).
8. **Robert Gatermann** (20 J., Chemielaborantlehrling, Mitglied im Landesausschuß berufsbildender Schulen und in der Hamburger Schülerkammer – aufgestellt von den Initiativen des Jugendbereichs).
9. **Sabine Stamer** (21 J., Studentin – von diesem Bereich auch vorgeschlagen).
10. **Ilona Kiene** (26 J., 1 Kind, Bürogehilfin und Betriebsrätin bei Beiersdorf – von der Frauenaktionseinheit nominiert).
11. **Uwe Mäffert** (38 J., Rechtsanwalt – vorgeschlagen von der BI Hoheluft).
12. **Wolfgang Krömer** (26 J., Korrektor, Mitglied der IG Druck und Papier – Kandidat der Antirepressionsgruppe der Homosexuellen Aktion Hamburg).
13. **Arno Rieck** (52 J., Kraftfahrer, Mitglied der ÖTV und des Arbeitskreis Transport – vorgeschlagen von den Kollegengruppen des Bereichs Betrieb und Gewerkschaften).
14. **Karl-Heinz Gerlander** (Gefangener in Fuhlsbüttel II – vorgeschlagen von der Gefangenenselbstinitiative).
15. **Günther Wöckner** (29 J., Walzer, Betriebsratsvorsitzender bei Reynolds – Kandidat der Kollegengruppen aus dem Bereich Betrieb und Gewerkschaften).
16. **Roswitha Emme** (20 J., AStA der Fachschule Sozialpädagogik Altona – Kandidatin der Jugendinitiativen).
17. **Gerd Heide** (41 J., 2 Kinder, erster Berufsverbotefall in Hamburg gegen einen bereits auf Lebenszeit verbeamteten Lehrer – vorgeschlagen vom Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher).

Hamburger Bürgerschaftswahl: Will die DKP Amok laufen?

Internes DKP-Papier (Auszug)

Grüne - Liste - "Wehrt Euch"-Liste.

Eine "Neuheit" in der politischen Kräfteformierung zu den Hamburger Wahlen, sind Bestrebungen zur Kandidatur einer "Grünen"- bzw. "Wehrt-Euch-Liste".
Es handelt sich dabei um den Versuch, einzelne Bürgerinitiativen oder einzelne Personen zu einem Wahlblock zusammenzuschließen und mit einer gesonderten Liste bei den Wahlen aufzutreten.

In Niedersachsen hat es erste Versuche dieser Art bei den dortigen Kommunalwahlen im Oktober 1976 gegeben. Auch zur niedersächsischen Landtagswahl am 4.Juni 78 kandidiert eine "Grüne Liste Umweltschutz". Zu deren Initiatoren und Träger gehören Sozialdemokraten und FDP-Leute. Maoisten spielen dort keine Rolle.

Anders in Hamburg. Hier befaßt sich der maoistische KB Nord mit der Formierung einer sogenannten "Wehrt Euch-Liste".
Jedesmal wenn es zu Wahlen kommt, geraten die KB-Führer, die es vorziehen, nicht mit offenen Karten zu spielen, sondern im Trüben zu fischen, in Bedrängnis hinsichtlich der Wahlempfehlung, die sie ihren Anhängern geben sollen.

... kein Ersatz für politische Parteien oder gar eine Alternative zu ihnen sein. Sie sind eine notwendige demokratische Ergänzung, ein politisches Druckmittel der Bürger gegenüber Behörden und Regierungen".

Die Mitglieder der DKP treten dagegen auf, daß Bürgerinitiativen für wahlpolitische Zwecke mißbraucht werden.

Wir tun dies nicht aus Konkurrenzgründen oder aus engen parteiegoistischen Zielen heraus. Uns geht es darum, die Bürgerinitiativen als breite politische Bündnisse verschiedener gesellschaftlicher Kräfte - unabhängig von ihrer parteipolitischen Bindung - zu erhalten.

Die Schaffung einer "Wehrt-Euch-Liste" trägt nicht zu einer Verbreitung und Stärkung der Basisarbeit bei, wie es von den Zutreibern des KB behauptet wird, sondern führt zur Zerschlagung der Bürgerinitiativen.

Bei einem Zusammenschluß zu einer Wahlpartei, zu der die "Wehrt-Euch-Liste" werden soll, würden die politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten in dieser Bündnisbewegung zwangsläufig die Gemeinsamkeiten ersticken und damit das Bündnis auseinanderbrechen.
Das jedoch kann nur den etablierten Kräften dienlich und von Nutzen sein.

Bekanntlich zielen deren Bemühungen seit langem auf die öffentliche Diskriminierung, die Aushöhlung und mögliche Einstellung der Tätigkeit der Bürgerinitiativen ab.

So wird es verständlich, wenn bürgerliche Publikationsorgane, darunter "Die Welt", "Die Frankfurter Rundschau" und die "Hamburger Morgenpost" sehr wohlwollend über die Bestrebungen zur Schaffung einer "Wehrt-Euch-Liste" berichten.

Auch seitens der Hamburger CDU, FDP und SPD wird das Zustandekommen einer solchen Liste mit allen Kräften gefördert. So änderten diese Parteien, die gegen die DKP Behinderungen am laufenden Band aushecken, das Hamburger Wahlgesetz in einer Weise, die einer solchen Liste die Kandidatur erleichtert.

Wenn Zutreiber der KB - "Leitung", die Bürgerinitiativen für die Unterstützung der "Wehrt-Euch-Liste" zu gewinnen trachten, kein Hehl daraus machen, daß es ihnen darum geht, zu verhindern, daß mit den etablierten Parteien unzufriedene Wähler sich auf die DKP orientieren, so deckt sich das völlig mit den Wünschen der Führungen von CDU, FDP und SPD.

Und auch mit einer anderen Absicht des KB, die dieser mit einer "Wehrt-Euch-Liste" verfolgt, sind die Spitzen dieser Parteien sehr einverstanden, nämlich, insbesondere junge Wähler antikommunistisch und gegen die sozialistischen Länder zu beeinflussen.

Um diese Absichten zu durchkreuzen, ist es erforderlich, in der Öffentlichkeit die Schädlichkeit, die Hintermänner und die voraussehbaren Folgen einer solchen Wahlliste deutlich zu machen insbesondere in den demokratischen Bürgerinitiativen und Bündnissen".

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 empfahl "Die Leitung" - so nennt sich die anonyme Führungsgruppe des KB Nord - "der SPD

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 empfahl "Die Leitung" - so nennt sich die anonyme Führungsgruppe des KB Nord - "der SPD die Stimme zu geben".

Bei der Bundestagswahl 1976 wurde indessen empfohlen "eine der kandidierenden Organisationen links von der SPD" zu wählen.
Gemeint waren damit andere maoistische Gruppen, die sich an der Wahl beteiligten, die mit wirklich linken Positionen nichts zu tun haben.
Der KB-Nord - im November 1971 gebildet - versteht sich selbst als Parteiansatz einer "noch aufzubauenden wahren Kommunistischen Partei".
("Opportunismus unter 'linker' Flagge - DKP - Extra Januar 76).

Da der KB-Nord damit bisher glücklos geblieben ist, denn es gibt seit fast einem Jahrzehnt die Kommunistische Partei in der BRD, die DKP, versuchen die KB-Führer jetzt eine andere Tour, die Zusammenzimmerung einer sogenannten "Wehr Euch"-Liste.
Dabei wollen sie eine wachsende Unzufriedenheit unter den Wählern mit der CDU und den Senatsparteien SPD und FDP für eigene gruppenegoistische Zwecke und Ziele nutzbar machen.
Zuvor war der KB Nord um die Jahreswende 76/77 in das Gewand einer "Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe BUU" geschlüpft und zwar als politischer Falschmünzer. Denn die wirkliche Initiative dieses Namens in der Wilster Marsch gegründet, existierte lange bevor der KB Nord die Bewegung der Kernkraftgegner als Operationsfeld für seine Machenschaften erkannte.

Schwieriger wurde es dem KB Nord indessen, einen Bogen von der Bewegung der Kernkraftgegner zur "Wehrt-Euch-Liste" zu spannen.

Holger Strohm - als Kanidat für die Liste vorgesehen - machte sich daran, diesen Bogen zu schlagen und stellte fest:
"Wenn Kinder durch Autos angefahren werden, oder Frauen als billige Arbeitskräfte unter ungesunden Arbeitsbedingungen ausgenutzt werden, so ist es hier letztlich auch eine Frage der Umwelt".

Das die Ausbeutung der Frauen ihre Ursache im kapitalistischen Profitsystem hat, davon lenkt dieser "Theoretiker" der "Wehrt-Euch-Liste" völlig weg. Die Umwelt ist schuld, damit basta.

Das dies Zweifel bei Gruppen erweckte, die für die "Wehrt-Euch-Liste" angeworben werden sollten, ist nicht verwunderlich. So lehnte der Gruppenvorstand Hamburg der DFG - VK eine Beteiligung an der "Wehrt-Euch-Liste" mit folgender Feststellung ab:

"Kein Bürgerschaftsabgeordneter (und auch kein Kandidat) kann schweigen zu Schulfragen, zu Werftproblemen, zu Krankenhausstillegungsplänen und ähnlichem. Diese Fragen haben aber keinen Bezugspunkt zum Umweltschutz".
Zweifel kommen auf auch bei Bürgerinitiativen, die wegen der "Wehrt-Euch-Liste" angesprochen wurden. Und auch das ist nicht verwunderlich. Lassen sich doch Bürgerinitiativen nicht ohne folgenschwere Auswirkungen auf ihre Tätigkeit zu einer Wahlpartei vereinigen.
Die Hamburger Initiative "Stopp dem Atomprogramm" stellte zum Charakter von Bürgerinitiativen fest:
"Mitglieder einer Bürgerinitiative eint keine gemeinsame Weltanschauung, kein geschlossenes politisches Programm, sondern ein konkretes Sachziel. Bürgerinitiativen können deshalb auch

Zusammenfassend zur politischen Kräfteformierung zu den Hamburger Wahlen läßt sich feststellen:

E r s t e n s:

Wenngleich das Listenangebot zur Wahl am 4.Juni sich im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen merklich erweitert, so bedeutet dies für die Wähler nicht, daß ihnen damit eine größere Auswahl für ihre Wahlentscheidung geboten würde:

Denn, von den etablierten Parteien über neonazistische und maoistische Gruppen bis zur KB-gesteuerten "Wehrt-Euch-Liste" verbindet diese zur Wahl antretenden Parteien und Gruppen zweierlei:

Antikommunismus und Antisowjetismus, der sich stets zum Schaden für die Bevölkerung erwiesen hat und Feindschaft zur DKP, der einzig alternativen politischen Kraft bei diesen Wahlen.

Z w e i t e n s:

Angesichts dieser politischen Kräftekonstellation zu den Hamburger Wahlen ist es für die DKP wichtig, immer wirkungsvoller als die Kraft in Erscheinung zu treten, die entschieden die sozialen Existenzbedingungen der arbeitenden Bevölkerung und die demokratischen Volksrechte verteidigt.

Von noch größerem Gewicht erweist sich unter diesen Bedingungen des Wahlkampfes der konzentrierte, zahlenmäßig maximale Einsatz der Kräfte der Bezirksorganisation im Wahlschwerpunkt Eimsbüttel und das persönliche Gespräch mit den Wählern.

Brief der BI Eppendorfer Baum

An die
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
Hamburg - EPPENDORF

HH, den 13. Jan. 78

Liebe Freunde!

Wie Ihr sicherlich wißt, werden Bürgerinitiativen aus allen gesellschaftlichen Bereichen sich auf einer Liste an den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1978 beteiligen.
Ihr habt eine gleichberechtigte Teilnahme an dieser Basiskandidatur abgelehnt und betreibt eine Eigenkandidatur als Deutsche Kommunistische Partei.
Damit entsteht in allen Hamburger Bezirken die unangenehme Situation, daß zwei Gruppierungen des fortschrittlichen Lagers g e g e n e i n a n d e r antreten werden.
Wir bedauern diesen Zustand außerordentlich.
Darüberhinaus sind wir der Meinung, daß die demokratische Öffentlichkeit einen Anspruch darauf hat, die unterschiedlichen Vorstellungen der Bürgerinitiativen-Bewegung und der DKP kennenzulernen.
Aus diesem Grunde schlagen wir Euch in Eppendorf eine gemeinsame Podiumsdiskussionsveranstaltung vor. Diese Veranstaltung soll dazu dienen, der interessierten Eppendorfer Öffentlichkeit ein authentisches Bild der Differenzen und die Befragung Eurer und unserer Kandidaten zu bieten.
Diese Veranstaltung soll zugleich zeigen, daß beide Seiten bereit sind, miteinander ernsthaft zu diskutieren und die Auseinandersetzung offen zu führen.

Als konkrete Diskussionsthemen schlagen wir folgende Punkte vor:
-Selbstdarstellung der Arbeit und der Wahlforderungen von DKP und Bürgerinitiativ-Bewegung
-prinzipieller oder zeitweiliger Verzicht auf Atomstrom?
-Einschätzung der Anti-AKW-Bewegung
-Die Stellung der Gewerkschaftsführung zum Atomstrom
-Dürfen sich Bürgerinitiativen an Parlamentswahlen beteiligen?
Dieser Fragenkatalog ist natürlich vorläufig und sollte von Euch, durch Fragen, denen ihr politische Brisanz beimeßt, ergänzt, eventuell geändert, werden.
Wir bitten Euch zwecks genauer Absprachen mit uns in Verbindung zu setzen.

geändert, werden.
Wir bitten Euch zwecks genauer Absprachen mit uns in Verbindung zu setzen.

i.A. Reiner Link

Reiner Link
Eichenstr.56
2 Hamburg 19

Don Quichotte ?



Einen Einblick in die Realitätsbezogenheit der Hamburger DKP-führung gestattet ein Artikel der DKP-Zeitung „Hamburger Utsichten". Die DKP hat von einem anonymen *„parteiunabhängigen Team"* ermitteln lassen, daß ihre „Stammwählerschaft" von 2,6 % (Nov. 77) auf 3,9 % (Mitte Jan. 78) gestiegen sei. Weitere 1,8 % „wahlberechtigte Hamburger" konnte das „parteiunabhängige Team" noch zusätzlich ermitteln, die *„aus verschiedenen Gründen"* die DKP wählen würden, die aber bisher noch nicht davon überzeugt werden konnten, daß es die DKP diesmal über die 5 %-Hürde schaffen würde. Die 1,8 % Hamburger Wähler zu „überzeugen", sei jetzt die vornehmste Aufgabe der DKP-Mitglieder. *„Dann"* – so schwärmt der Artikel weiter – *„wird es am Wahltag schon nach der ersten Hochrechnung heißen: Bereits jetzt steht fest, daß in der neuen Hamburger Bürgerschaft Abgeordente der Deutschen Kommunistischen Partei vertreten sein werden."*

Der Artikel trägt die bezeichnende Balken-Überschrift: *„Wahlumfrage ergab: 5,7 % für DKP"*. – High sein, frei sein, DKP muß dabei sein. Prost.

In AK 122 (6. Febr., S. 4) haben wir über die ersten Reaktionen der DKP auf die Herausbildung eines oppositionellen Basisbündnisses zur Hamburger Bürgerschaftswahl berichtet. Der DKP-Bezirkskandidat Kurt Schacht hatte den Bürger- und Basisinitiativen von ihrer Bündniskandidatur abraten und die DKP gleichzeitig als deren *„Fürsprecher"* im Parlament andienen wollen, weil sich *„viele der Forderungen"* der Bürgerinitiativen angeblich *„direkt aus der Programmatik der DKP ableiten (!) lassen"*. Weniger witzig, dafür aber umso pöbelhafter bezeichnete er die angestrebte Basiskandidatur als einen *„Versuch, sie* (die BIs; Anm. AK) *für parteipolitische Ziele zu mißbrauchen"* (!), was ein *„Totengräber dieser demokratischen Bewegungen"* sei und *„den reaktionären und antidemokratischen Kräften in unserem Land direkt in die Hände"* arbeiten würde (DKP-Stadtzeitung „Utsichten", Jan./Febr. 78).

Zuvor hatte es bereits zwei zaghafte Vorstöße von DKP-nahen Kräften in ähnlicher Richtung gegeben. Die DKP-Studentenorganisation MSB hatte in einer Fachschaftszeitung verlauten lassen, daß das Basisbündnis *„politisch programmlos und dem Gegner gegenüber wehrlos"* sei. Und die Initiative „Stop dem Atomprogramm", eine eigens zur vorjährigen Itzehoe-Kundgebung (19.2.77) zusammengebastelte DKP-Schöpfung, die anschließend wieder in der Versenkung verschwand, prophezeite den über eine Kandidatur diskutierenden Bürger- und Basisinitiativen *„Spaltung"*, ein *„voraussehbares Promille-Ergebnis"* und eine *„vorprogrammierte Niederlage"*.

Das alles geschah noch vor der ersten Konferenz des Basisbündnisses am 29. Januar, an der 91 Initiativen und Gruppen mit Delegierten und 47 mit Beobachtern teilnahmen. Mag sein, daß die DKP bis dahin gehofft hatte, daß ein solches Bündnis eh nicht zustande käme. Inzwischen dürfte diese Hoffnung aber dahingeschmolzen sein; die DKP beginnt, mit der ihr eigentümlichen Mentalität, sich mit der Existenz des Basisbündnisses „abzufinden".

Mitte Februar wurde eine neunseitige, interne „DKP-Wahlinformation" angefertigt, in der die DKP ihre Wahlkontrahenten „beschreibt". Den meisten Platz widmet sie dabei dem Basisbündnis, das dort schlankweg als neuester Trick des KB vorgestellt wird, der damit aus seiner *„Bedrängnis hinsichtlich der Wahlempfehlung"* herauskommen wolle. Wir drucken diesen Teil des internen DKP-Papiers in vollem Wortlaut ab.

Wenn man dieses Papier liest, kann man berechtigte Sorgen über den Geisteszustand seiner Verfasser bekommen. Allen Ernstes wird dort

den Geisteszustand seiner Verfasser bekommen. Allen Ernstes wird dort

behauptet, daß von CDU, FDP und SPD *„das Zustandekommen einer solchen Liste* (des Basisbündnisses; Anm. AK) *mit allen Kräften gefördert"* (!!) würde – ja, daß die etablierten Parteien eigens diesem Bündnis zu Gefallen das Hamburger Wahlgesetz *„geändert"* hätten, damit *„einer solchen Liste die Kandidatur erleichtert"* würde. Die DKP-Führung muß echt 'n Rad ab haben, wenn sie ihre eigenen Mitglieder mit einem derartigen Unsinn für den Wahlkampf vorbereiten will. Darüber hinaus wirft dies abermals ein grelles Licht auf das „Demokratieverständnis" der DKP, sagt sie damit doch indirekt aus, daß sie es am liebsten sähe, wenn diese Basiskandidatur durch die etablierten Parteien v e r h i n d e r t würde.

Erstes Ergebnis dieser DKP-internen Ausrichtung auf einen abenteuerlichen Amoklauf gegen das Basisbündnis ist ein Brief der DKP-Eppendorf an die Anti-AKW-BI Eppendorfer Baum. Diese hatte schon am 13. Januar einen Brief an die DKP geschickt, in dem bedauert wurde, *„daß zwei Gruppierungen des fortschrittlichen Lagers g e g e n e i n a n d e r antreten werden"* und der Vorschlag einer gemeinsamen Podiumsdiskussion gemacht wurde. Die Antwort kam rund anderthalb Monate später, nachdem das genannte interne DKP-Papier in Umlauf war (der Brief der BI Eppendorfer Baum und die DKP-Antwort drucken wir gleichfalls in vollem Wortlaut ab).

Die DKP erklärt darin die Frauenbewegung, die Anti-AKW-Bewegung, die Antirepressionsbewegung – kurzum: alle fortschrittlichen Kräfte, die nicht in ihr Parteischema passen – als *„sektiererisch"* und kündigt ihnen ihren *„unversöhnlichen (!) Kampf"* an. Das Hamburger Basisbündnis wird sich demnach auf etliche Provokationen seitens der DKP einstellen müs-

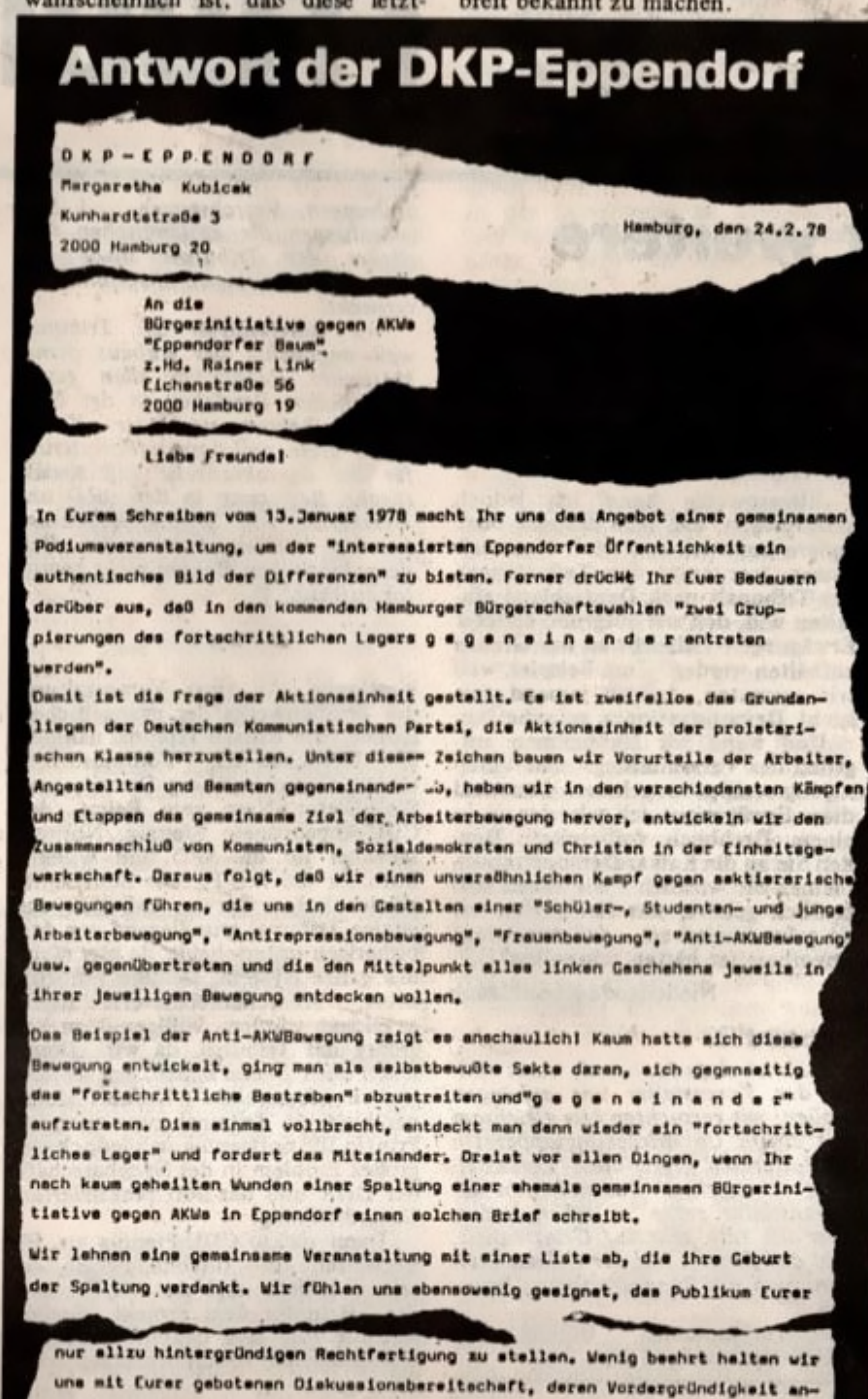
sen, denen gegenüber die bisherigen in wahrsten Sinne des Wortes einschlägigen Erfahrungen mit der DKP möglicherweise noch wie „Freundschaftsdienste" anmuten mögen.

Der Hintergrund dieser „unversöhnlichen" Kampfansage seitens der DKP ist zweifellos der, daß sie überall, wo sie bislang mit Bürgerinitiativen oder Bündnissen bei einer Wahl in Konkurrenz trat, den Kürzeren zog (Beispiel Wedel, wo eine dem Hamburger Bündnis in seiner Struktur vergleichbare Liste auf über 3 % kam und die DKP auf rund die Hälfte davon absackte). Die DKP darf gewiß sein, daß es ihr in Hamburg nicht anders ergehen wird. **Ein Amoklauf gegen das Bündnis, das können wir ihr versprechen, wird sich in jeder Beziehung schmerzhaft für sie auswirken.**

Sowohl in Wedel, als auch insbesondere in Hamburg hatte die DKP die Möglichkeit gehabt, als gleichberechtigter Partner innerhalb des Bündnisses mitzuwirken. In Hamburg hat es die DKP ohne jede Begründung vorgezogen, ihre aussichtslose Parteiladenkandidatur anzumelden und dem breiten linken Bündnis ihren „unversöhnlichen Kampf" anzusagen, vorzugsweise betrieben durch Lügen und Unterstellungen. Die DKP-Kandidatur in Hamburg hat die objektive Funktion, dem fortschrittlichen Wahlbündnis einige Stimmen „wegzunehmen", möglicherweise gerade diejenigen, die nötig werden könnten, um die undemokratische 5 %-Hürde zu überspringen. Schon das Wedeler Wahlergebnis zeigt diese Rolle der DKP im Dienste der bürgerlichen Parteien. Addiert man beide Ergebnisse, so wäre es fast gelungen, fortschrittliche Kandidaten ins Wedeler Parlament zu entsenden (über 4,5 %). Was im eher konservativen, kleinstädtischen Wedeler Klima nahezu möglich gewesen wäre, erscheint in Hamburg viel eher realisierbar.

Es scheint notwendig, im Wahlkampf selbst auf diese Rolle der DKP-Eigenkandidatur massiv hinzuweisen, daß sie nämlich nicht die allergeringste Chance hat, Kandidaten in die Bürgerschaft zu entsenden; daß dieser Umstand in der Vergangenheit zig-fach belegt wurde; daß der Einfluß der DKP in den letzten Jahren eher zurückgegangen ist; daß die DKP nicht entfernt die Chance hat, an den zu erwartenden Stimmenanteil der „Bunten Liste" heranzureichen; daß ihre Eigenkandidatur in der Konsequenz die doppelte Funktion hat, nämlich einerseits sich erneut der Lächerlichkeit in der bürgerlichen Propaganda preiszugeben und andererseits dem fortschrittlichen Wahlbündnis „Bunte Liste – Wehrt Euch" möglicherweise wichtige Stimmanteile zu entziehen, vielleicht die wenigen Zehntelprozent, die notwendig sind, um in der Hamburger Bürgerschaft künftig eine tatsächlich fortschrittliche Opposition zu installieren.

Auch wenn es – angesichts des bornierten und selbstgefälligen Sektierertums der DKP-Führung – wenig wahrscheinlich ist, daß diese letztendlich doch noch klug wird und ihre Eigenkandidatur zugunsten einer Unterstützung der „Bunten Liste" zurückzieht, so ist es doch wichtig, die Spalterrolle der DKP-Kandidatur unter den fortschrittlichen Hamburgern breit bekannt zu machen.


Antwort der DKP-Eppendorf

D K P – E P P E N D O R F
Margaretha Kubicek
Kunhardtstraße 3
2000 Hamburg 20

Hamburg, den 24.2.78

An die
Bürgerinitiative gegen AKWs
"Eppendorfer Baum"
z.Hd. Rainer Link
Eichenstraße 56
2000 Hamburg 19

Liebe Freunde!

In Eurem Schreiben vom 13.Januar 1978 macht Ihr uns das Angebot einer gemeinsamen Podiumsveranstaltung, um der "interessierten Eppendorfer Öffentlichkeit ein authentisches Bild der Differenzen" zu bieten. Ferner drückt Ihr Euer Bedauern darüber aus, daß in den kommenden Hamburger Bürgerschaftswahlen "zwei Gruppierungen des fortschrittlichen Lagers gegeneinander entreten werden".

Damit ist die Frage der Aktionseinheit gestellt. Es ist zweifellos das Grundanliegen der Deutschen Kommunistischen Partei, die Aktionseinheit der proletarischen Klasse herzustellen. Unter diesem Zeichen bauen wir Vorurteile der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegeneinander ab, heben wir in den verschiedensten Kämpfen und Etappen das gemeinsame Ziel der Arbeiterbewegung hervor, entwickeln wir den Zusammenschluß von Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen in der Einheitsgewerkschaft. Daraus folgt, daß wir einen unversöhnlichen Kampf gegen sektiererische Bewegungen führen, die uns in den Gestalten einer "Schüler-, Studenten- und Junge Arbeiterbewegung", "Antirepressionsbewegung", "Frauenbewegung", "Anti-AKWBewegung" usw. gegenübertreten und die den Mittelpunkt alles linken Geschehens jeweils in ihrer jeweiligen Bewegung entdecken wollen.

Das Beispiel der Anti-AKWBewegung zeigt es anschaulich! Kaum hatte sich diese Bewegung entwickelt, ging man als selbstbewußte Sekte daran, sich gegenseitig das "fortschrittliche Bestreben" abzustreiten und "gegeneinander" aufzutreten. Dies einmal vollbracht, entdeckt man denn wieder ein "fortschrittliches Lager" und fordert das Miteinander. Dreist vor allen Dingen, wenn Ihr nach kaum geheilten Wunden einer Spaltung einer ehemals gemeinsamen Bürgerinitiative gegen AKWs in Eppendorf einen solchen Brief schreibt.

Wir lehnen eine gemeinsame Veranstaltung mit einer Liste ab, die ihre Geburt der Spaltung verdankt. Wir fühlen uns ebensowenig geeignet, das Publikum Eurer

nur allzu hintergründigen Rechtfertigung zu stellen. Wenig beehrt halten wir uns mit Eurer gebotenen Diskussionsbereitschaft, deren Vordergründigkeit angesichts der heranrückenden Wahlen Bände spricht. Gemeinsame Sache mit Euch würde der Aktionseinheitspolitik einer selbständigen Arbeiterpartei widersprechen.

Margaretha Kubicek

Keine Zulassung von NPD und anderen Nazi-Banden zur Hamburger Bürgerschaftswahl!

In Hamburg will sich die »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) am 4.Juni an den Hamburger Bürgerschaftswahlen beteiligen. Die ANS ist die »legale« Tarnorganisation der Hamburger »Hansa«-Bande, einer der »NSDAP«-Gruppen, die mit »Reisekadern« den Aufbau und die Umtriebe ähnlicher Gruppen im ganzen norddeutschen Raum unterstützt.

Die »Hansa«-Bande rühmt sich öffentlich, die Anmeldung der ANS zur Wahl sei formal akzeptiert worden, d.h. gegen ihr Statut, Programm etc. gebe es keine hindernden Einwände der Behörden. Zu dieser ungeheuerlichen Behauptung vermißt man immer noch ein klärendes Wort der zuständigen Behörden und des Innensenators Staak (SPD). Nachdem gerade erst am 26.Februar ein von der »Hansa«-bande organisiertes bundesweites Vorbereitungstreffen zur Neugründung der NSDAP vom Hamburger Senat nicht nur erlaubt, sondern sogar mit Knüppeleinsätzen seiner Polizei gegen einige Hundert Antifaschisten geschützt und damit überhaupt erst möglich gemacht wurde, scheint es nicht einmal mehr ausgeschlossen, daß derselbe Senat auch noch die Wahlzulassung der ANS zustande bringen wird.

Inzwischen sitzt einer der führenden ANS-Aktivisten, Lutz Wegener, der auf der öffentlichen Gründungsversammlung der ANS als deren Sprecher auftrat, wegen Verdachts zweier bewaffneter Überfälle (auf eine Bank und auf ein Waffendepot) hinter Gittern - wo von Rechts wegen auch seine Kumpane hingehören würden. Die ganze ANS ist Mann für Mann identisch mit der »Hansa«-Bande, die wiederum weitgehend identisch ist mit der Hamburger »NSDAP«-Gruppe.

Inzwischen hat sich der Alt-Nazi Schönborn aus Frankfurt (»Kampfbund Deutscher Soldaten«/KDS) der ANS als Berater und »Wahlredner« angenommen. Er fungiert auch als Kontaktadresse für ihre Flugblätter. Schönborn, enger Freund von Thies Christophersen (Verfasser der antisemitischen Hetzschrift »Auschwitz-Lüge«) und dem früheren Anwalt Roeder(u.a. Verfasser des Vorworts zur »Auschwitz-Lüge«), ist im letzten Jahr vor allem als Initiator sogenannter»Auschwitz-Kongresse« hervorgetreten, auf denen der millionenfache Nazi-Mord am jüdischen Volk zynisch geleugnet werden sollte. In Nürnberg und Frankfurt wurden 1977 diese Provokationen rechtzeitig verboten. Nun plant Schönborn einen dritten Anlauf, in Hamburg, voraussichtlich am 20.Mai.

Die Zulassung der ANS zur Wahl wäre ein weiterer Skandal dieses Hamburger Senats, mit dessen Duldung in Hamburg die Zentrale und der »Kader-Stamm« aufgebaut wird.

Wahrscheinlicher ist allerdings,daß **der Hamburger Senat die ANS nicht** zur Wahl zulassen wird, um dann mit einer demagogischen Propaganda-Show von einem weiteren

Skandal abzulenken, nämlich der zweifellos beabsichtigten Zulassung der NPD zur Hamburger Bürgerschaftswahl. Die NPD ist in Hamburg jedoch, abgesehen von ihren sonstigen bundesweit gleichen Qualitäten, aufs engste über ihre Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten«(JN) mit der »Hansa«- Bande/ANS verfilzt. Hamburgs »Verfassungsschutz«-Chef Horchem hat offen eingestanden, daß die NPD gar nicht mehr »in der Lage« sei, der kriminellen »NSDAP«-Gruppen in ihren eigenen Reihen »Herr zu werden« und diese »unter Kontrolle« zu halten. Die NPD könne es sich, so Horchem, auch gar nicht leisten, sich von diesen »NSDAP«-Leuten zu trennen, da diese ihre aktivsten Mitglieder seien. Das enthält eigentlich schon das stillschweigende Eingeständnis, daß die NPD — zumindest in Hamburg — als legaler Mantel krimineller nazistischer Gruppen einzustufen ist. In diesem Zusammenhang sei auch nicht verschwiegen, daß sich u.a. der Hamburger NPD-Funktionär Timmermann, der einer der Bürgerschaftskandidaten der NPD sein wird, verschiedentlcih in sehr trauter Nähe zu Mitgliedern der »Hansa«-Bande/ANS aufgetreten ist. So war er auch bei der Gründungsversammlung der ANS zumindest als Zaungast anwesend.

Die Zulassung der NPD zur Bürgerschaftswahl wäre ein kaum geringerer Skandal als die Zulassung der ANS. Wir fordern: **Keine Zulassung der NPD und anderer Nazi-Banden zur Wahl! Strikte Einhaltung der nach 1945 erlassenen Gesetze gegen ein Wiederauferstehen des Nazismus!**


– 2 –

Bürger von Hamburg!

Deutsche Arbeiter !

Deutsche Jugend !

Am 4. Juni 1978 habt Ihr endlich die Möglichkeit, den abgewirtschafteten Parteien wie auch den kommunistischen Terroristen die Quittung zu geben !

DENKT AN DIE ARBEITSLOSIGKEIT !

DENKT AN DEN RENTENBETRUG !

DENKT AN DIE STAATSVERSCHULDUNG !

DENKT AN DIE DIÄTENERHÖHUNG !

DENKT AN DIE ROTE GEFAHR !

JETZT HILFT NUR NOCH

NATIONALER SOZIALISMUS !

Gegen kapitalistische und zionistische Ausbeutung !

Gegen kommunistischen Terror !

WÄHLT AM 4. JUNI !

AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN

ANS

Verantwortlich: Erwin Schönborn, 6000 Frankfurt am Main 56, Postf.
KAMPFBUND DEUTSCHER SOLDATEN (KDS)

GIM zur Hamburger Bürgerschaftswahl

Ausweg aus dem Diffusum ?

Seit Beginn der Formierung eines oppositionellen Wahlbündnisses („Bunte Liste") zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen hat die trotzkistische GIM viel Papier beschrieben ... gegen dieses Bündnis. Dabei wurde mit Mutmaßungen, Unterstellungen und Spekulationen ins Blaue hinein nicht gespart. So pöbelte die GIM die Hamburger Basis-Initiativen an, sie wollten bloß ein Ein-Punkt-Programm („Grüne Liste") aufstellen, so wahrsagte die GIM die Spaltung der einzelnen Basis- und Bürgerinitiativen an der Wahlfrage, später wurden sie dann zur „Vorfeldstruktur des KB" umgelogen (um die ausgebliebene Spaltung zu „erklären").

Auch die neueste Ausgabe der GIM-Zeitung „was tun" (Nr. 201, 16.3.78) präsentiert wieder zwei lange Artikel gegen die Hamburger „Bunte Liste - Wehrt Euch". In einer „*Erklärung zum Scheitern der Sozialistischen Liste*" zieht das „*politische Büro der GIM*" endgültig seinen Alternativ-Entwurf zur „Bunten Liste" zurück. In Hamburg konnte die GIM mit dieser „Alternative" buchstäblich keinen einzigen Hund hinterm Ofen hervorlocken. Das hatten wir der GIM angekündigt. Eine Alleinkandidatur der GIM hält ihr Politbüro „*gegenwärtig nicht für sinnvoll*". Eine Begründung hierfür bleibt die Erklärung dem Leser schuldig. Immerhin hatte die GIM schon früher mit solchen Alleinkandidaturen u.a. in Hamburg zur letzten Bundestagswahl (!) Verwunderung ausgelöst und den mageren Erfolg von einigen Hundert Stimmen überschwenglich als großen Erfolg gefeiert. Vermutlich geht die GIM-Führung recht realistisch davon aus, daß eine GIM-Alleinkandidatur diesmal auch nicht annähernd an frühere GIM-„Erfolge" heranreichen dürfte und daß dies innerhalb der Hamburger Linken als offener Spaltungsversuch gewertet werden dürfte, was die jetzt schon erreichte Isolation der GIM-Genossen auch nicht gerade verbessern dürfte.

Die GIM-Führung kündigt weiter an, daß „*die Diskussion um die Frage einer möglichen kritischen Wahlunterstützung für Kandidaten links von der SPD in der GIM noch nicht abgeschlossen*" sei. Ob dabei an eine „kritische Unterstützung" der „Bunten Liste" gedacht wird, muß in Zweifel gezogen werden. Im zweiten Artikel („Wehrt Euch - gegen dieses Programm!", WT, 201, S. 4) wird nämlich die Behauptung aufgestellt, daß „*das ‚Wehrt Euch'-Programm nicht über die Argumente der Gewerkschaften, ja der Gewerkschaftsführung hinausgeht*". An was für eine „Gewerkschaftsführung" die GIM bei dieser Formulierung bloß gedacht haben mag? – Immerhin behauptete die GIM bis vor kurzem noch, daß der Programm-Entwurf des oppositionellen Bündnisses „*dem Vorschlag der GIM zu einer sozialistischen Alternative sehr nahe* " komme („WT", 26.1.).

Die konkrete Kritik der GIM am Programm**entwurf** der „Bunten Liste" ist auch nicht mehr als ein magerer Knochen. Keine einzige Forderung und Parole dieses Programms wird von der GIM konkret kritisiert. Das dürfte ihr vermutlich auch ziemlich schwer fallen. Bemängelt wird dagegen, daß im Programm „*das Wesentliche fehlt*". Dieses „Wesentliche" wird dann in drei Punkten konkretisiert:

1.) Die GIM bemängelt, daß der Programmentwurf nicht ausdrücklich darlegt, daß man den „Sozialismus" (welchen auch immer) ansteuere. (Die GIM empfiehlt zu diesem Zweck den „demokratischen Sozialismus"?).

2.) Die GIM belehrt das Basisbündnis (alles Menschen, die im aktiven ausserparlamentarischen Kampf um ihre Rechte und Interessen stehen!), daß nicht „*(diffuse) Forderungen an den Staat ....., sondern nur durch Kämpfe, Aktionen ....*" was brächten.

3.) Die GIM vermißt eine Abgrenzung zur DDR und DKP (wobei die GIM nicht erklärt, wie sie diese Abgrenzung gern hätte). Der „WT"-Artikel verschweigt dabei wohlweislich seinen Lesern, daß die öffentliche Auseinandersetzung zwischen DKP und „Bunter Liste" schon begonnen hat (vergl. dazu auch Artikel in diesem AK).

Der Schluß des „WT"-Artikels „Wehrt Euch - gegen dieses Programm!", der offensichtlich die Meinung der Hamburger GIM'ler wiedergibt, nimmt am Ende dann eine überraschende (trotzkistische?) Wende, die wir hier ausführlich zitieren wollen: „*Wir sind trotz all dieser Schwächen und Fehler dieses Programms dennoch überzeugt, daß die „Wehrt-Euch" - Liste eben dadurch, daß sie faktisch repräsentiert wird von Sozialisten, von fortschrittlichen antikapitalistischen Kräften - im wesentlichen KB - für eine ganze Reihe von Aktionen, Initiativen und Forderungen steht. Dies macht gerade den widersprüchlichen Charakter dieser Kandidatur aus. Und wir würden es uns zu einfach machen, wenn wir lediglich aus einer Kritik dieses Programms unsereHaltung gegenüber dieser „Wehrt-Euch" - Liste allein bestimmen würden. Gerade weil sich für viele die Wahl der Liste eben doch mit einem Kampf gegen dieses System verbindet - im wesentlichen repräsentiert durch die Arbeit des KB in Hamburg. Und unabhängig von unseren Differenzen zum KB und seiner Politik gilt es, diesen Umstand in unserer eigenen Diskussion, wie der anderer Gruppen zu berücksichtigen*"

Ob die GIM hier doch noch die Kurve kriegt? - Zu wünschen wär's ihr, und zwar im wohlverstandenen eigenen Interesse, nämlich sich an diesem Punkt nicht auch noch von den eigenen Sympathisanten zu isolieren.

Russell-  Tribunal

Innenminister erwägt weitere Verbotsmaßnahmen

Fortsetzung von Seite 1

Im folgenden der Wortlaut der Ausführungen eines Beamten des Innenministeriums auf einem „Terrorismus-Seminar" (aus dem holländischen zurückübersetzt aus „De Nieuwe Linie", 22.2.78). Der Beamte wird zunächst nach dem berüchtigten „VS-Papier" des „Referats Öffentliche Sicherheit" (ÖS 2) befragt.

Bochmann: *„Ich kenne das Papier. Ich habe auch gehört, daß es Indiskretionen enthält. Ich weiß nicht, durch wen es an die Öffentlichkeit gelangt ist. Ich bin auch nicht verantwortlich für das Papier, es kommt von der Abteilung Radikalismus.* **Die Analyse beruht auf Informationen des Bundesnachrichtendienstes (...) und des Verfassungsschutzes ... Sie dürfen es also nicht zu leicht nehmen.**

Frage: *„Meinen Sie, daß das Tribunal eigentlich die Absicht hat, den deutschen Staat anzugreifen und also verfassungsfeindlich, gegen das Grundgesetz sein würde? Zweifeln Sie an der Ehrlichkeit des Tribunals?"*

Bochmann: *„Ja, ohne weiteres, mit aller Deutlichkeit. Ich habe jedoch nicht gesagt, daß es verfassungsfeindlich ist. Das wird die Zukunft zeigen. Wenn es das ist, dann können wir es als eine verfassungsfeindliche Organisation verbieten. Den Schritt hat jedoch noch niemand unternommen. Wohl gibt es wichtige Tatsachen, die darauf hinweisen, daß gegen diesen Staat agitiert wird, wobei man aus politischen Gründen überlegen muß, ob man es verbieten soll oder nicht. Ich will es hier nochmals sehr deutlich machen: Wohl sind verschiedene Maßnahmen erwogen worden, aber ob man davon Gebrauch machen wird, darüber ist im Moment noch kein Beschluß gefaßt worden."*

Bochmann dehnt seine Ablehnung des anstehenden Tribunals auch auf die vorherigen Tribunale aus: *„Das Vietnam-Tribunal war in der Tat schlecht informiert und hat sehr viel Schaden gebracht. Und unter diesen Bedingungen kann es auch hier viel Schaden bringen, vor allem unter Jugendlichen, die beeinflußbar sind, die sich dann unter bestimmten Umständen genauso kritiklos verhalten könnten, ohne sich von den Tatsachen zu überzeugen...".*

Frage: *„Meinen Sie nicht, daß die „Bild"-zeitung zur Rechenschaft gezogen werden müßte wegen ihrer extremen Stimmungsmacherei. Die beeinflußt die Jugendlichen doch auch? Oder ist das in Übereinstimmung mit dem Rechtsstaat?"*

Bochmann: *„In der Tat, daran kann man sehen, daß es hier eine freie Meinungsäußerung gibt".*

Auf die in dem Innenministeriumspapier diskutierten Polizeimaßnahmen angesprochen, antwortete Bochmann: **„Es wurde über Polizeimaßnahmen gesprochen. Darüber beraten wir uns noch. Aber Sie glauben doch nicht im Ernst, daß der Bundesnachrichtendienst seine Arbeit nicht gut verrichtet? Er unternimmt Nachforschungen, ob bei bestimmten Plänen verfassungsfeindliche Absichten eine Rolle spielen. Auch der Bundesverfassungsschutz ist der Meinung, daß verfassungsfeindliche Absichten eine Rolle spielen.**

... Ich kann nicht ausschließen, daß man zu dem Beschluß kommt, das Tribunal stattfinden zu lassen.

Ebensowenig kann ich jedoch ausschließen, daß man das eine oder andere unternehmen wird. Kann ich wissen, wer unter den Teilnehmern des Tribunals nach Deutschland einreisen will, den wir aufgrund anderer Erwägungen vielleicht an der Grenze aufhalten werden? Zum Beispiel, weil wir vermuten, daß so jemand versucht, Demonstrationen aufzuhetzen. ....Und wenn wir Maßnahmen aufgrund des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vornehmen, dann sind diese Erwägungen, ich gebe das zu, in einem Drehbuch vorbereitet....Denken Sie an die Kalkar-Demonstration, meinen Sie wirklich – Sie haben hoffentlich gehört, was für Waffen wir da gefunden haben – daß wir darauf unvorbereitet hätten sein sollen?....".

Niederlande-Kommission

„Absurd"??

„Es ist einfach absurd, wenn einige der Veranstalter uns anhängen wollen, wir versuchten hier gleichsam mit einem Unterdrückungsapparat a la Metternich gegen diese Veranstaltung vorzugehen. Das möchten die Veranstalter gerne so sehen lassen, aber ich rate sehr zur Gelassenheit, und auf dieser Linie der Gelassenheit wird sich die Bundesregierung bewegen."

(Regierungssprecher Bölling im „ZDF-Magazin", 15.3.)

drehungen, Verschweigen und Verleumdungen die ausländischen Mitglieder des Tribunals sowie den deutschen Beirat zu diskriminieren versucht.

Wir unterstützen das Tribunal, weil angesichts des Abbaus demokratischer Rechte in allen gesellschaftlichen Bereichen in der BRD das Aufzeigen und der Kampf gegen diese reaktionäre Formierung für die demokratische und sozialistische Bewegung in der BRD und Westberlin von großer Bedeutung ist. Wir können und werden diese demokratischen Rechte nicht kampflos aufgeben."

•••

Westberlin. An einer Veranstaltung des Studienwerks der evangelischen Kirche zum Russell-Tribunal nahmen 200 Menschen teil. Podiumsdiskutanten waren Ingeborg Drewitz und Wolf-Dieter Narr vom Beirat, der CDU-Abgeordnete Pfennig, Norbert Meissner für die SPD und William Born für die F.D.P. Die Beiratsmitglieder hoben hervor, daß sich das jetzige Tribunal grundlegend von den bisherigen unterscheide, da hier nicht das ganze System, sondern nur einzelne Menschenrechtsverletzungen angeklagt würden. William Born begrüßte das Tribunal, da wir *„Deutschen allen Grund haben, den Anfängen zu widerstehen"*. Norbert Meißner hielt ein Tribunal zwar auch im Prinzip für notwendig, sah jedoch ein großes Problem in der Nachbarschaft der DDR und der dort praktizierten Unterdrückung.

Dann rückte CDU-Pfennig an. Er bezweifelte die Unabhängigkeit, da seiner Ansicht nach das AK/FU und das SB hinter dem Projekt stünden und die Jury sich hauptsächlich aus Kommunisten zusammensetzen würde.

Auf dem Wahlkongreß zur Vorbereitung der niedersächsischen Landtagswahlen am 25./26.2.78 in Hannover wurde mit den Stimmen von AUD, GLU, vom BBU-Vorstandsvertreter, der BUU und anderen zahlreichen Initiativen eine Resolution zugunsten der Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten verabschiedet. Zugleich wurde der Beschluß gefaßt, dem Russell-Tribunal Material über die besorgniserregende Rechtsentwicklung – festgemacht an den Grohnde-Prozessen – zuzuleiten. In der Vorlage heißt es abschließend: *„Wir halten den massiven Abbau der Grundrechte, wie wir ihn in den Grohnde-Prozessen erleben, weiter für so bedeutsam, daß wir das entsprechende Material dem Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland vorlegen werden".*

•••

Mit dem aus guter alter RBJ/BDJ-Tradition bekannten Namen „Kämpfende Jugend" existiert seit Februar eine neue Jugendzeitung in Bayern, die sich wohltuend von anderen Zeitungen (wie z.B. der langweiligen „KAZ" des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD") auf dem bayrischen Markt abhebt. Die „KJ" wird vom BDP Bayern herausgegeben und behandelt in ihrer ersten Ausgabe in zwei Artikeln das Russell-Tribunal: Unter der Überschrift „Ein Staat, der ganz schön Angst haben muß", wird das VS-Papier dokumentiert; in dem anderen Artikel wird zur Unterstützung des Russell-Tribunals aufgerufen; die Leser werden aufgefordert, dem BDP Material zur Verfügung zu stellen, um es an die Jury weiterzuleiten – eine Stellungnahme, die von anderen bayrischen Organisationen (z.B. dem Arbeiterbund) auch nicht üblich ist. Ein guter Anfang!

de.

ter Anfang!

Aktivitäten

Darmstadt: Am 16.3. fand in Darmstadt eine Veranstaltung zur Unterstützung des Russell-Tribunals statt, die von 750 Leuten besucht wurde. Getragen wurde diese Veranstaltung von der ESG, dem Dritte-Welt-Laden, Dave Corner (Sänger), dem SZ, SB, AStA FHS, AStA TH, Georg-Büchner-Buchladen, Gruppe „Angst im Kapitalismus", BI Langen, Türkisches Kulturzentrum, Christen für den Sozialismus, KB und Unorganisierten. Als Redner waren Erich Fried, Sebastian Cobler, ein Vertreter der GEW Bochum und Alexander Schubart (SB, SPD) eingeladen. Erfreulicherweise sprachen sich alle Beteiligten für die Behandlung der UVBs vor dem Tribunal aus; sie meinten sogar, die UVBs dürften nicht nur im Zusammenhang mit Berufsverboten „nebenbei" behandelt werden, sondern sie müßten bei der Behandlung vor dem Tribunal einen breiten Raum einnehmen.

•••

Bielefeld: Im Januar hatten sich SHG (Gruppe Rheinische Zeitung), die Juso-Hochschulgruppe und die Judos auf Initiative des SB aus der ursprünglich einheitlichen Unterstützergruppe abgespalten. Trotz einer ausdrücklichen Kompromißbereitschaft des weiterarbeitenden Unterstützerkomitees hat, das SB die Frage der Einbeziehung der UVBs sowie der angeblichen „Selbstmorde" von Stammheim und Stadelheim zum Knallpunkt gemacht und aus „Rücksicht auf Bündnispartner" einen eigenen „Arbeitskreis" gegründet.

Bemerkenswert ist, daß bis heute der „Arbeitskreis" keine neuen Mitarbeiter gewinnen konnte – trotz der „Bündnispartner-Betontheit". Der vorgeschobene Grund, die Behandlung bzw. Nichtbehandlung der UVBs, hatte in der letzten Zeit mehr und mehr an Legitimationskraft verloren, nicht zuletzt weil sich Teile des SB in einem Brief für die Behandlung der UVBs ausgesprochen hatten.

Der eigentliche Grund für die Errichtung des „Arbeitskreises" liegt nicht in einem thematischen Dissens – denn selbst auf Angebote des Bielefelder Unterstützerkomitees, die inhaltlich nicht kontrovers waren, reagierte der „Arbeitskreis" nicht. Vorschläge zur Vorbereitung von gemeinsamen Veranstaltungen wurden ohne Begründung in den Wind geschlagen.

Höhepunkt dieser Entwicklung waren die Erfahrungen bei der Vorbereitung der Veranstaltung „Modell Deutschland" mit Erich Fried. Eine gemeinsame Durchführung lehnten die SBler „mit Rücksicht auf ihren guten Ruf" (!?) ab. Eine Juso-Delegierte im „Arbeitskreis" verstieg sich sogar zu der bisher klarsten Äußerung, eine auch nur punktuelle Zusammenarbeit mit dem Unterstützungskomitee sei für sie unmöglich. Eine Unterstützung der Fried-Veranstaltung komme nicht in Frage, weil der KB im Komitee mitarbeite. Unvereinbarkeitspolitik, wie sie im Buch steht....

•••

Westberlin: Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Filmjournalisten e.V. beschloß am vergangenen Wochenende die Unterstützung des III. Russell-Tribunals. Dieser Beschluß wurde nach einer inhaltlichen Darstellung des Tribunals durch die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz gefaßt.

Ferner forderte die Arbeitsgemeinschaft alle Kollegen auf, in ihren Medien über den Ablauf des Tribunals zu berichten und *„sich für eine unvoreingenommene Berichterstattung einzusetzen"* (nach „Tagesspiegel", 1.3.78).

•••

Husum: Am 9.3. haben sich auf Initiative des Hausparlaments des Hauses der Jugend Vertreter mehrerer Initiativen getroffen und eine Russell-Unterstützungsgruppe gegründet. Die bisherigen Träger der Gruppe sind: Die Gewaltfreie Aktion Husum, die Bürgerinitiative „Wollt Ihr den Atomstaat?", die BI gegen AKW's, der Buchladen „Ecke 13" und der KB. Mit Beobachtern waren außerdem die Husumer Frauengruppe, die Redaktion der Schülerzeitung und die DFG/VK vertreten. Sehr erfreulich ist, daß fast alle Strömungen der Husumer Linken, so insbesondere einige SPD-Mitglieder und „Gewaltfreie" großes Interesse an Russell zeigten.

Kiel: Nach der Spaltung der Kieler Russell-Initiative im vergangenen Jahr durch die damalige Mehrheit (im wesentlichen SB und GIM) bahnt sich gegenwärtig eine „Wiedervereinigung" an: Damals hatte die Mehrheit eine Plattform erarbeitet, die die Arbeit der Initiative auf einen festgeschriebenen Themenkatalog eingrenzte und Untersuchung und Öffentlichkeitsarbeit zu Fragen wie Gewerkschaftsausschlüsse ausschloß. Minderheitenpositionen durften nach dieser Plattform nicht öffentlich vertreten werden. Dadurch wurden faktisch Gruppen von der Mitarbeit ausgeschlossen.

In der Initiative (in der u.a. heute wieder KB, SB, Gim vertreten sind) ist nun die Aufhebung dieser Plattform beschlossen worden und eine Festlegung auf vier Arbeitsprinzipien erfolgt, die neben der Anerkennung der Jury auch das Recht von Minderheiten in der Initiative umfassen, zu ihnen wichtig erscheinenden Repressionsmaßnahmen eine Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Damit ist es jetzt allen fortschrittlichen Organisationen und Antirepressionsinitiativen möglich, in der örtlichen Russell-Initiative mitzuarbeiten. Besonders erfreulich ist der Beschluß der letzten Sitzung, eine Veranstaltung zur Entlassung des ÖTV-Sekretärs M. Schwanbeck und zu dessen anschließenden Cewerkschaftsausschluß zu unterstützen (siehe Artikel im ÖTV-Teil).

•••

Gießen: Auf einem Treffen linker Jura-Gruppen aus verschiedenen Städten (Marburg, Göttingen, Saarbrücken, Hamburg, Hannover, Köln und Gießen) wurde folgende Erklärung verabschiedet: *„Das Treffen..... unterstützt das Russell-Tribunal gegen alle Versuche, das Tribunal zu kriminalisieren und es in der Durchführung der Untersuchungen zu behindern. Besonders deutlich wird diese Behinderung an den Überlegungen des Innenministeriums, alle staatlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Tribunal nicht zustande kommen zu lassen. In gleicher Schärfe verurteilen wir die beiden Briefe des DGB-Vorsitzenden Vetter, der in diskriminierender Weise durch Verdrehungen, Verschweigen und Verleumdungen ...*



Bielefeld: 400 Menschen wohnten einer Veranstaltung des Russell-Unterstützungskomitees mit Erich Fried, Rolf Dressler (Stadtrat der dänischen „Venstre Sozialisterne") und Christian Vidau (Regisseur und Mitglied des französischen Komitees gegen ein deutschamerikanisches Europa) bei. Erich Fried sprach insbesondere zum Thema Zensur und befürwortete auch eine Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse. Rolf Dressler berichtete über die Unterstützung des Tribunals in Dänemark und erwähnte dabei, daß sich sofort nach dem Ausschluß der Bochumer GEW-Kollegen zahlreiche Untergliederungen der dänischen Lehrergewerkschaft solidarisiert hätten (siehe auch Kurzmeldung).

GEW-Proteste gegen Vetters Russell-Tiraden

Freiburg. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung forderte die Kreisdelegiertenkonferenz der GEW Freiburg/Emmendingen/Breisgau-Hochschwarzwald die ungehinderte Durchführung des Russell-Tribunals über politische Unterdrückung in der BRD: *„Die Überlegungen des Innenministeriums zur Verhinderung des Russell-Tribunals kriminalisieren die Teilnehmer dieser Veranstaltung und stellen ein weiteres Indiz für den Abbau demokratischer Rechte in der Bundesrepublik dar."* Gleichzeitig protestierten die Delegierten gegen das von der DGB-Führung ausgesprochene Verbot für alle Gewerkschaftsmitglieder, sich an dem Tribunal zu beteiligen. *„Auch Gewerkschaftsmitgliedern muß die autonome Entscheidung vorbehalten sein, am Russell-Tribunal teilzunehmen. Dieser Grundsatz hat sich schon bei den Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung bewährt und trug zur Entwicklung innergewerkschaftlicher Demokratie bei."*

Obwohl es in der Resolution heißt, man identifiziere sich nicht mit dem Russell-Tribunal, war doch die Versammlung von einer starken Pro-Russell-Stimmung geprägt. Die „Badische Zeitung" (6.3.) berichtete: *„In der Antrags-Debatte bezeichneten GEW-Mitglieder die beiden Vetter-Briefe als ‚unzumutbare Bevormundung der Gewerkschaftsmitglieder', die man so ‚ihrer Bürgerrechte beschneide'. Statt das ‚Tribunal zu verdammen', solle der DGB besser darüber wachen, ‚daß die Freiheitsrechte in der Bundesrepublik nicht weiter eingeschränkt werden' ".*

Bemerkenswert ist das Verhalten einiger Funktionäre: *„GEW-Bezirks-*

ausschußvorsitzender Kaspar verließ demonstrativ den Raum"; *„GEW-Kreisvorsitzender Battran erklärte nachdrücklich, daß Kritik an den Äußerungen des DGB-Vorsitzenden nicht mit einer Unterstützung des Tribunals verwechselt werden dürfe"*, und das Mitglied des DGB-Kreisvorstandes, Kurt Faller, gab Vetter *„in der Sache recht"*, da *„die bürgerlichen Freiheitsrechte in der BRD nicht bedroht"* seien (nach „BZ", 6.3.). Der Clou: **Faller ist DKP-Mitglied und selbst vom Berufsverbot betroffen!! Aus lauter Haß gegen das Russell-Tribunal gehen diese Leute tatsächlich bis zum politischen Selbstmord.**

Doch die Stimmen der Funktionäre können nicht darüber hinwegtäuschen: Die Basis ist für's Tribunal!

KB/ Gruppe Freiburg

***

Tübingen: Die anwesenden Mitglieder der GEW-Hochschulgruppe haben auf ihrer letzten Versammlung *„einstimmig beschlossen, daß das Russell-Tribunal von der GEW-Hochschulgruppe unterstützt werden sollte"* (Brief an alle Mitglieder vom 20.2.). Eine endgültige Zusage *„soll jedoch von einer Mitgliederbefragung abhängig gemacht werden"*. Zu diesem Zweck wird eine Unterschriftensammlung verschickt. Die Mitgliederversammlung ging davon aus, daß durch den Vetter-Brief *„eine Linie überschritten ist, wogegen wir einfach etwas t u n müssen"*.

Westberlin. Die Landeskommission der GEW Westberlin gegen politische Disziplinierung informiert in der „Berliner Lehrerzeitung" (3/78) über die Angriffe gegen das Russell-Tribunal. Es wird festgestellt, daß das Papier des „Referats Öffentliche Sicherheit" des Innenministeriums keineswegs „nur für den Dienstgebrauch" bestimmt war. Vielmehr habe es beim DGB die ersten Früchte getragen. Beim Rundschreiben Vetters vom 18.1. sei der Verfassungsschutz der *„Ghostwriter"* gewesen. Es sei „höchste Zeit", daß alle demokratischen Kräfte den Kampf gegen diese Kriminalisierung aufnehmen.

***

Berichtigung

Bielefeld: Im Gegensatz zu unserer Berichterstattung im AK 124 wird voraussichtlich im Mai eine Informationsveranstaltung für GEW-Mitglieder (nicht Vollversammlung) stattfinden. Eine Vorbereitungsgruppe für diese Veranstaltung bildet sich erst Anfang April; insofern ist Sebastian Cobler vom Russell-Sekretariat nicht eingeladen worden. Auf einer Mitgliederversammlung am 23.2. konnte lediglich durchgesetzt werden, daß im Ortsverbandsinfo einige Texte über das Russell-Tribunal als Vorbereitung einer künftigen Veranstaltung abgedruckt werden.

Auslandsmeldungen

Belgien. Zur Eröffnung des Stammheimer Prozesses gegen RA Klaus Croissant am 9. März fand am Vortag in Brüssel eine Großveranstaltung der „Croissant-Koordinierung" statt, die mit 2.000 Besuchern überdurchschnittlich gut besucht war.

Als Redner traten unter anderem Jean-Pierre Vigier (Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa), Michel Tubiana („Mouvement d'Action Judiciaire", Verteidiger von Croissant), Pierre Mertens (Universitätsprofessor in Brüssel), der Vorsitzende der belgischen Liga für die Menschenrechte sowie eine Westberliner Genossin vom Agit-Druck-Kollektiv,

professor in Brüssel), der Vorsitzende der belgischen Liga für die Menschenrechte sowie eine Westberliner Genossin vom Agit-Druck-Kollektiv,

eine ehemalige Mitarbeiterin im Croissant-Büro und eine KB-Genossin auf.

Anschließend beteiligten sich noch ca. 100 Menschen an einer sehr lebhaften Diskussion. Im Zentrum der Debatte stand die Frage, wie in Belgien jetzt noch zum Russell-Tribunal mobilisiert werden könne, außerdem die Lage der Gefangenen und die Standpunkte der anderen westdeutschen Organisationen zur Repression in der BRD.

Unangenehm für alle fielen die sog. „Antifa-Genossen" auf, die u.a. Jean-Pierre Vigier als einen „Kleinbürger" beschimpften, der im Kopf nicht die „Revolution" oder ähnliches hätte, sondern bürgerliche Bündnisse für die nationale Unabhängigkeit Frankreichs. Ebenso unangenehm war ihr Versuch, die Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD faktisch auf die RAF einzugrenzen.

Als wir unsererseits darstellten, für uns sei die Verteidigung der politischen Gefangenen, ob sie nun RAF, 2. Juni oder Anarchisten seien, keine Angelegenheit der politischen Identifikation mit ihren Strategien, sondern eine elementare Pflicht eines jeden Demokraten, kam von allen Anwesenden uneingeschränkter Beifall.

***

Belgien. Breite Unterstützung unter demokratischen und gewerkschaftlichen Kräften hat inzwischen ein belgischer Aufruf zum Russell-Tribunal gefunden, der u.a. einen scharfen Protest 'gegen die westdeutschen Staatsschutz-Pläne zur Verhinderung des Russell-Tribunals enthält. Er wurde unterschrieben von F.Rigaux (ehem. Vizepräsident des zweiten Russell-Tribunals), F.Houtart (Universität Leuven), P.H. Gendebien (Vorsitzender des „Rassemblement Wallons", einer nicht unbedeutenden reformistischen ‚Sprachenpartei'), Jacques Yerna (Gewerkschaftssekretär) u.a. Die wachsende Aufmerksamkeit, die in Belgien der Rechtsentwicklung in der BRD geschenkt wird, dokumentiert auch ein Leitartikel im „Combat", einer gewerkschaftlich orientierten Wochenzeitung mit 90.000 Auflage (Herausgeber: Yerna). Unter der Überschrift *„Eine Lokomotive, die Angst macht"*, heißt es dort, daß es in der BRD *„immer die Linke ist, die getroffen wird, Die Rechte und die Neonazis scheinen unter diesem Scherbengericht"* (gemeint sind die Berufsverbote – Anm. AK) *nicht zu leiden"*. Da die BRD eine Art *„wirtschaftliche Lokomotive"* sei, werde sie *„früher oder später ein politsches Modell abgeben"*. Deshalb sei *„Unruhe sehr angebracht"*. („Combat", 28.1.78)

* * *

Seine Sorge über *„bedenkliche Erscheinungen"* in der BRD brachte Anfang Februar der sozialdemokratische Bürgermeister Enschedes (Niederlande), Heiko Wierenga, in einem Brief zum Ausdruck , der – mit nur einer Ausnahme – von allen Ratsfraktionen unterstützt wurde. Der Brief war an seinen Amtskollegen

einer Ausnahme – von allen Ratsfraktionen unterstützt wurde. Der Brief war an seinen Amtskollegen

Werner Pierchalla (CDU), von der Enscheder „Partnerstadt" Münster und die Stadtverwaltung Gronau gerichtet.

Wierenga kritisierte massiv den Verlauf des Düsseldorfer Majdanek-Prozesses und die dort zu beobachtende *„unerhörte Frechheit der Angeklagten und ihres Anwaltes"*. **„Die heutige Demokratie kann man unserer Ansicht nach nur verteidigen, wenn Ihre Regierung, Ihre Justizbehörden und Ihre öffentliche Meinung dazu bereit wären, auch mit der Diktatur aus der Vergangenheit endgültig Schluß zu machen. In diesem Punkt sind wir noch sehr im Zweifel."** Das Schreiben warnt weiter vor den Bestrebungen in der BRD – Berufsverbote, Hetze gegen Links-Intellektuelle und Kontaktsperre werden genannt – *„die Kritik als Motor der Demokratie aufheben"* zu wollen, es müsse vielmehr auch den *„Mut"* aufgebracht werden, *„die Verhältnisse im Stammheim-Gefängnis zu kritisieren"*. Eine Abgrenzung vom Terrorismus und dem *„Faschismus der Linken"*, die Wierenga am Anfang des Briefes gebracht hatte, konnte Münsters Oberbürgermeister Pierchalla freilich nicht milde stimmen. Die Zweifel, ob die BRD-Obrigkeiten bereit seien, *„mit der Diktatur aus der Vergangenheit endgültig Schluß zu machen"*, müssen ihn tief (und persönlich?) getroffen haben. In bester preußischer Manier blaffte er über die Grenze: *„Unverschämtheit"*. Und:*„Sollen die sich doch um ihren eigenen Dreck kümmern"*, schließlich rede er *„auch nicht über die Molukker"*(Alle Zitate nach „WZ", 11.2.78).

***

Unter der Überschrift *„Deutsche Demokratie in Gefahr"* berichtet der Bonner Korrespondent Jan Luijten in einem fast halbseitigen Artikel der niederländischen sozialdemokratischen Tageszeitung „de Volkskrant" (25.2.) über den sechsten „Jahrestag" der Berufsverbote.

Neben der Darstellung einer Anzahl von Berufsverbotefällen geht er auf die gegensätzliche „Urteilsfindung" bei der Behandlung von NDP-lern und anderen Rechtsextremisten einerseits und den Linken andererseits ein. Dasselbe Gericht etwa verhängte ein Berufsverbot über das ehemalige KBW-Mitglied Fritz Güde und ließ das aktive NPD-Mitglied Deckert Lehrer bleiben.

„Bei diesen widersprüchlichen Urteilen der Justiz", folgert Jan Luijten, *„wird es immer schwieriger, dem in der Bundesrepublik vielgebrauchten Argument zu glauben, daß Westdeutschland eine ‚streitbare Demokratie' sein muß, um zu verhindern, daß genau wie in der Weimarer Republik die Demokratie von Extremisten zerstört wird. Die Weimarer Republik wurde letztlich durch rechte Extremisten zu Grunde gerichtet, nämlich Hitlers Nationalsozialisten. In der Bundesrepublik wird jedoch sehr viel strenger gegen die radikale Linke als gegen die Rechtsextremen vorgegangen."*

***

Schweiz: Unter dem hübschen Motto „Wer hat Angst vor dem Russell-Tribunal?" fanden letzte Woche zwei Veranstaltungen zur Unterstützung des Tribunals statt: in Zürich, von 80 Menschen besucht, und in Basel mit 40 Teilnehmern; beide Male sprach Ingeborg Drewitz. Die Veranstaltungen wurden hauptsächlich getragen von Arbeitsgemeinschaften des Demokratischen Manifests.

Themen waren vor allem die Bedeutung der Initiative zu einem Russell-Tribunal, die Entwicklung der Repression in der BRD, die Aushöhlung der Grundrechte. In der Diskussion kritisierte Ingeborg Drewitz, daß sich gewisse Kreise leider ziemlich vom Russell-Tribunal "entfernt gehalten" hätten, wie z.B. die DKP.

Offenbar könnte die Unterstützerbewegung in der Schweiz noch ausgeweitet werden. So beschwerte sich z.B. in Basel ein Genosse der POCH, daß seine Organisation gar nicht zur Veranstaltung angesprochen worden sei, sonst hätten sie auch mitmobilisiert.

***

Schweiz: Unter der Überschrift: *„BRD-Regierung fürchtet um ihren Ruf"* berichtet das politische Magazin „Focus" in der März-Ausgabe über das Tribunal. Sie veröffentlichen Teile aus dem VS-Papier des Innenministeriums und schreiben weiter: *„Die bundesdeutsche Regierung und der SPD-Vorstand scheinen mit diesem Projekt gewisse Probleme zu haben. Obwohl dieses Tribunal nichts anderes will, als zu untersuchen, wie's mit der Einhaltung der Menschenrechte steht... Die dort* (im

anderes will, als zu untersuchen, wie's mit der Einhaltung der Menschenrechte steht... Die dort (im

VS-Papier; Anmerkung AK) *genannten Maßnahmen scheinen tatsächlich keine Sandkastenspiele zu sein. Bereits sind verschiedene Leute, meist Prominente mit einem gewissen Prestige, in der Öffentlichkeit aufgefordert worden, sich vom Russell-Tribunal zu distanzieren. So etwa der Berliner Theologe Gollwitzer von keinem geringeren als Willy Brandt. Der gleiche Brandt hat auch in Umlauf zu setzen versucht, mit diesem Tribunal werde Russells Name mißbraucht. Russels Witwe hat die Behauptung dementiert."*

Auch die ORL veröffentlicht in der März-Ausgabe ihrer Zeitung „Rebell" das VS-Papier und schreibt dazu: *„Je näher der Termin der ersten öffentlichen Russell-Sitzung rückt, umso wütender werden die Angriffe*

* * *

der BRD-Regierung, der SPD, CDU und des deutschen Gewerkschaftsbundes DGB. Sie machen damit deutlich, daß sie an einem empfindlichen Nerv getroffen sind. Soll das Russell-Tribunal verboten werden? Die Vertreter des Modells Deutschland erklärten dem Russell-Tribunal den Krieg... Alle SPD-Mitglieder wurden von Brandt gewarnt, das Tribunal zu unterstützen. Man sagt ja Willy Brandt nach, er habe in früheren Jahren für den CIA gearbeitet. Nun wird offensichtlich, daß er an den Fäden des westdeutschen Staatsschutzes zappelt, denn die ab Ende September einsetzende Hetzkampagne entlarvt sich als Auftragsarbeit des Staatsschutzes."

***

Österreich: Die „Internationale kommunistische Liga" veröffentlicht in ihrer Zeitung „permanente Revolution" das VS-Papier. Ihr Kommentar: *„Dem Inhalt des Dokuments, welches wir aus dem Arbeiterkampf 120 entnehmen, ist wirklich nichts hinzuzufügen. Er beweist, daß sich die Bourgeoisie und ihre SPD Sorgen machen, angesichts des Kampfes gegen die politische Unterdrückung, der aber leider noch immer nicht konsequent und geschlossen genug geführt wird."*

In der Zeitung „A-près" aus Wien (ähnlich dem „ID") wird in der Februar-Ausgabe unkommentiert das DGB-Papier gegen das Russell-Tribunal abgedruckt.

Österreich: In der März Ausgabe des „Extrablatt" (vergleichbar mit der „konkret") befassen sich die Autoren ausführlich mit dem III. Russell-Tribunal. Zunächst wird die geschichtliche Entwicklung der bisherigen Tribunale dargestellt und auf das Selbstverständnis und die Prinzipien eines RT eingegangen. Sodann wird über die Angriffe auf das III. Tribunal von Seiten der bundesrepublikanischen Parteien und über die Widersprüche innerhalb der Unterstützerbewegung informiert. Einen breiten Raum nimmt auch die Berichterstattung zum Strategiepapier des Innenministeriums ein. Aus der Art und dem Umfang der Berichterstattung geht hervor, daß die Autoren des „Extrablatt" zumindest mit der Durchführung des Tribunals sympathisieren.

***

Dänemark. Vom 19.2. bis zum 26.2. veranstalteten der AStA der Uni Aarhus, der Verlag Modtryk und eine Gruppe des Fronthuset gemeinsam eine Woche zur politischen Unterdrückung in der BRD. Das Programm umfaßte u.a.: eine Klaus Staeck–Ausstellung, die Filme „John Heartfield, Fotomonteur" und „Zensur", Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu den Maulkorbparagraphen 88a und 130a, zum Paket der sogenannten Terroristengesetze, der Anti-AKW-Bewegung und der Basisarbeit in Westdeutschland. Auf den Veranstaltungen sprachen u.a. Peter Brückner, Rudi Dutschke und Walter Moßmann. Die Veranstalter wollten mit ihrer Initiative u.a. das dritte Russell-Tribunal unterstützen.

Auf der Abschlußveranstaltung diskutierten Vertreter von SF, VS, (die DäKP war trotz Zusage nicht erschienen), dem dänischen Berufsverbote-Komitee, der dänischen Vorbereitungsgruppe für's Russell-Tribunal, der internationalen Untersuchungskommission zur Untersuchung des Todes von Ulrike Meinhof, des dänischen Studentenrates, der linken Zeitschrift ‚Politisk Revy' über die Bedrohung Dänemarks durch das Modell Deutschland und die Möglichkeiten der Solidaritätsarbeit für die von der Repression Betroffenen.

lichkeiten der Solidaritätsarbeit für die von der Repression Betroffenen.

Norwegen: Die Zeitung der norwegischen Linkssozialisten, Ny Tid, schreibt: *„Die Entwicklung in Westdeutschland ist in den letzten Jahren immer stärker ins Rampenlicht gerückt; Berufsverbote, Terrorismus und – wie viele meinen – eine Einschränkung der demokratischen Rechte für linke Oppositionelle. Jetzt soll ein Russell-Tribunal untersuchen, ob diese Behauptungen richtig sind"*. Nach der Aufzählung einiger Jury-Mitglieder folgt ein Interview mit dem westdeutschen Gesellschaftswissenschaftler Jürgen Seifert aus Hannover.

Nachdem Seifert auf die Problematik der Berufsverbote im Öffentlichen Dienst hingewiesen hat, erklärt er: *„Neben den USA ist die BRD das Land, was sich auf dem Sektor der Datenregistrierung am weitesten entwickelt hat, und zwar dann, wenn es um den Kampf gegen sogenannte Radikale geht. Es wird heute jede Kleinigkeit registriert..."*

Auf die Frage von „Ny Tid", wer eigentlich hinter dem Russell-Tribunal stehe, wußte Seifert folgendes zu berichten: *Es „wurden viele sogenannte Unterstützungsgruppen in der BRD gegründet. Eine wurde vom Kommunistischen Bund und von Gruppierungen, die der RAF nahestehen, unterstützt, mit der Forderung, daß ein solches Tribunal durchgeführt werden sollte. Das ist nicht überraschend, weil es gerade die sogenannten K-Gruppen und auch die, die zum Umfeld der Terroristen gehören, sind, die bei einer Reihe von Gesetzesübertretungen registriert wurden. Ich finde es heute inzwischen jedoch nicht richtig, wenn die Bundesregierung ein Gleichheitszeichen zwischen dem Russell-Tribunal und den 'Opfern' setzt... Derjenige, der auf die Liste der Jury-Mitglieder sieht, muß einräumen, daß es eine boshafte Unterstellung ist, wenn das Tribunal in einen Zusammenhang mit den Terroristen und ihrem Umfeld gestellt wird"*.

Heijeijei! Da ist das „Umfeld des Terrorismus" ja wieder einmal messerscharf ausgemacht (und ausgegrenzt) worden. Muß das ausgerechnet von einem kommen, der selbst massiv bezichtigt wurde, diesem berühmten „Umfeld" anzugehören, oder schneidet sich Herr Seifert mit derlei Äußerungen nicht letzlich in die eigenen Finger?!

Seifert mit derlei Äußerungen nicht letzlich in die eigenen Finger?!



Lund/Schweden: *„Ett fjärde rike? Nej tack!" – „Ein viertes Reich? Nein Danke!"* Unter diesem Motto fand am 18.3. in Lund/Südschweden eine Veranstaltung mit ca. 100 Teilnehmern zum Russell-Tribunal statt. Veranstalter war die „Tysklandsgruppen", eine Studentengruppe, die sich zur Unterstützung des Russell-Tribunals gebildet hat. Anläßlich dieser Veranstaltung hatte die regionale Presse erstmals darüber berichtet.

Auf der Veranstaltung sprachen ein vom Berufsverbot bedrohter Lehrer aus der BRD sowie Rolf Dressler, Stadtrat der VS in Kopenhagen, der vor allem betonte, daß die Unterstützung des Russell-Tribunals mit dem Eintreten gegen die Einschränkung demokratischer Rechte im eigenen Land verbunden werden muß.

‚Das 4 1/2stündige Programm wurde ergänzt durch politische Lieder vom Hamburger Straßentheater und Texte von Steve B. Peinemann. Der abschließende Video-Film zu Brokdorf/Itzehoe führte einige Ausschnitte der Bundesdeutschen Wirklichkeit vor Augen.

Anläßlich dieser Veranstaltung hat die ‚Deutschlandgruppe' eine Broschüre mit Informationen zum Polizeiapparat in der BRD herausgegeben. Weitere Broschüren zum „Modell Deutschland" werden folgen.

Auseinandersetzung

Die DKP hat in der von ihr kontrollierten „Deutschen Volkszeitung" (DVZ) vom 9.3.78 erneut das Russell-Tribunal angegriffen. Der Artikel bewegt sich noch um einiges unter dem bisher erreichten, auch nicht gerade atemberaubenden, Niveau der DKP-Polemik gegen das Tribunal. Im Wesentlichen handelt es sich um einen erneuten Aufguß alter Tiraden, nur ergänzt durch ein paar neue „Spitzen", wie etwa: *„Die Initiatoren des Russell-Tribunals sehen nichts und hören nichts* (gemeint ist: von den Berufsverboten und von den Kämpfen der Drucker) *Sie spitzen ihre Pfeile gegen die Gewerkschaften und bleiben mit sich selbst beschäftigt"*. Besonders wütend geifert die „DVZ" dagegen, daß die Kölner Russell-Initiative sich „ i l l e g a l " die Adressen von 600 ausgeschlossenen Gewerkschaftern aus der EDV-Kartei des DGB verschafft hätte. Diese Aktion bezwecke nämlich, man höre und staune: *„die Infragestellung der Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik"*.

„Illegal" ist für diese DKP-Fans also nicht etwa die Auflistung hunderter von ausgeschlossenen Gewerkschaftern in einem mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz etc. verbundenen zentralen Computer — sondern „illegal" ist die A u f d e k k u n g dieser Praxis !!! Das ist doch wohl genau dieselbe Mentalität, mit der die „Bild" Wallraff als Verbrecher beschimpft.

Nicht fehlen dürfen in dem „DVZ"-Artikel auch Demagogien der allermiesestenMachart, wie etwa die Behauptung: *„,extralegale Strategien' der RAF-Verteidiger wurden zum Anliegen des Tribunals erklärt"*. Zur Erläuterung: „Extralegal" heißt: außergesetzlich! — Und schließlich vernimmt man aus der „DVZ" noch, das ganze Tribunal schwimme *„im Sog antikommunistischer Mentalität"*.

Ganz nebenbei erwähnt werden noch das Papier des Bundesinnenministeriums (*„lächerlich"*) und des DGB (*„kleinkariert"*), die ansonsten der ganzen DKP-Presse bisher natürlich keine Zeile wert waren.

***

Unter der Überschrift **„ ,Russell-Tribunal' - eine fragwürdige Sache"** hat die DKP jetzt auch ganz offiziell, durch ihren Parteivorstands-Pressesprecher Eberhard Weber, gegen das Russell-Tribunal Stellung genommen („UZ", 7.3.78).

Trotz des denkbar breiten Kreises der zustimmenden und unterstützenden Kräfte zum Tribunal (wahrscheinlich breiter als zu irgendeinem anderen Anlaß der letzten Jahre) hält die DKP auch in dieser Stellungnahme an ihrer albernen Behauptung fest, **„daß das geplante Russell-Tribunal der Zusammenführung der demokratischen Kräfte nicht dient"**.

Als „Initiatoren" des Russell-Tribunals bezeichnet Weber *„den maoistischen ,Kommunistischen Bund' und diverse trotzkistische Grüppchen"*, was er noch mit der geradezu wahnwitzigen Behauptung ergänzt, *„daß die Haupttätigkeit der maoistischen Grüppchen in der verleumderischen Diffamierung der DKP und der Gewerkschaften besteht"*.

Weber unternimmt sodann den artistischen Versuch, das Russell-Tribunal zur Abwechslung auch noch mal von „links" zu kritisieren: die „Initiatoren" (?) des Tribunals blieben *„hinter der Zeit, hinter der Wirklichkeit zurück. Sie wollen zum Beispiel noch prüfen, ob es Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik durch Berufsverbote überhaupt gibt. Sie gehen lediglich davon aus, daß sich die Anzeichen mehren, daß in diesem Lande Menschenrechte in Gefahr sind. Die Tatsache der Grund- und Menschenrechtsverletzungen in unserem Land ist aber längst im In- und Ausland unwiderlegbar festgestellt"*.

Eine „linke" Kritik dieser Art könnte man sich eigentlich eher in der „KVZ" des KBW vorstellen. Ausgerechnet von der opportunistischen DKP so etwas zu hören, ist grotesk. Und außerdem: Standen nicht auch die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam weltweit und unwiderlegbar fest, b e v o r sich ein Russell-Tribunal damit befaßte? Hat die DKP damals das Tribunal gegen die Kriegsverbrechen der USA kritisiert? Daran können wir uns nicht erinnern!

Die DKP läßt dann noch durch Weber mitteilen, welche außerordentlich *„konstruktiven Vorschläge"* (so steht es da wirklich!) sie in Verhandlungen mit Mitgliedern des deutschen Beirats gemacht habe. Sie habe nämlich **„vorgeschlagen, das Tribunal solange auszusetzen, bis gesichert ist, daß es ein Forum der demokratischen Bewegung der Bundesrepublik wird und nicht Gefahr läuft, Schauplatz antigewerkschaftlicher und antikommunistischer Ausfälle zu werden"**. Da außer der DKP sonst anscheinend kaum jemand derartige Bedenken hat (die „Bedenken" der DGB-Führung wird die DKP doch wohl nicht als Argument zu ihren Gunsten anführen wollen ?!) heißt dieser „Vorschlag" in Wahrheit: Verschiebung des Tribunals, bis die DKP alle ihre Vorbedingungen erfüllt sieht und ‚grünes Licht' für die Durchführung des Tribunals erteilt. An Größenwahn nehmen es diese Leute tatsächlich mühelos mit jeder „ML"-Sekte auf! Man darf vermuten, daß die „Initiatoren" und Unterstützer des Russell-Tribunals schon allesamt im Knast oder ausgebürgert wären, wenn die DKP in diesem Land nach ihren Vorstellungen von „realem Sozialismus" schalten und walten könnte.

***

Hamburg: Die Initiative „Weg mit den Berufsverboten" ist nach längeren internen Auseinandersetzungen über eine mögliche Unterstützung des Tribunals zu einem vorläufigen Schluß gekommen. In ihrem Presse- und Informationsdienst vom 21.2.78 stellen einige Mitglieder des Arbeitsausschusses fest, *„daß Gewerkschaftsausschlüsse nicht thematisiert"* würden, und *„daß das Tribunal nicht Gelegenheit geben werde, Sympathiewerbung zugunsten von RAF-Positionen zu betreiben"*. Daher steht einer positiven Unterstützung des Russell-Tribunals von seiten dieser Leute nichts mehr im Wege. *„Andere* (Ausschußmitglieder, Anm. AK) *halten eine sorgfältige Prüfung von Zielsetzung und Stoßrichtung, insbesondere hinsichtlich der Behandlung innergewerkschaftlicher Fragen und der RAF-Ideologie noch immer für erforderlich"* und fordern von Sekretariat, Beirat und Jury eine „deutlichere" Präzisierung - sprich: eine klare Abgrenzung. Die dritte Gruppe innerhalb des Arbeitsausschusses schließlich sieht aufgrund von Erklärungen des Sekretariats und des Beirats vom 10.1.78 die Stoßrichtung des Tribunals als unvereinbar mit der eigenen politischen Aktivität an.

Insgesamt kam der Ausschuß zu dem Urteil: *„Der Arbeitsausschuß als Ganzes wertet deshalb die Durchführung des Russell-Tribunals weder positiv noch negativ"*. Demnach bliebe es den Berufsverboteopfern, die in der Initiative mitarbeiten, wie auch den örtlichen Komitees der Initiative überlassen, ob sie sich am Tribunal beteiligen. Eine praktische Auswirkung (in positiver Hinsicht) hat dieser Beschluß nicht, mag er auch „liberal" klingen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß auch nur ein einziger Betroffener aus der Initiative seinen Fall dem Russell-Tribunal vortragen wird. Hier hat die DKP frühzeitig vollendete Tatsachen geschaffen. Somit hat die Initiative zwar keinen formalen Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt, in der Praxis jedoch hat sich dort wieder einmal die These 41 der DKP durchgesetzt.

(Nach: Presse- und Informationsdienst Nr. 7/78 der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" - Arbeitsausschuß).

***

„päd-extra": Das Verbot der Teilnahme von Gewerkschaftsmitgliedern am Russell-Tribunal durch die „selbsternannten DGB-Staatsschützer" („päd-extra", 15.3.78) und die damit verbundene unverhohlene Androhung von Gewerkschaftsausschlüssen hat nicht nur die Forderung nach Behandlung der UVBs im Rahmen des Tribunals verstärkt, sondern läßt auch die Argumentation derjenigen Kräfte — allen voran der DKP —die eine Unterstützung des Tribunals vom Verschweigen dieser Repressionsmaßnahmen abhängig gemacht haben — zunehmend unglaubwürdig erscheinen. So deutet Hanfried Scherer, Redaktionsmitglied und Mitherausgeber der Zeitschrift „päd-extra" den Vorwurf der DKP, die Untersuchung der Gewerkschaftsausschlüsse würde Gewerkschaftsmitglieder an der Mitarbeit hindern, als bloßes parteipolitisches Kalkül: *„Nun ist ja nicht unbekannt, daß die DKP mit den K-Gruppen nicht viel am Hut hat. ... Nur: das Tribunal hat sich ja mit Menschenrechtsverletzungen in der BRD (...) zu befassen und nicht mit der Politik der einen oder anderen linken Gruppe; schon deshalb darf es keine Ausgrenzungen vornehmen."* Als weiteres politisches Motiv nennt er die Furcht der DKP, selbst *„unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu fallen (von denen sie ja auch schon früher bedroht war), sofern sie am Russell-Tribunal teilnimmt."* Wahrlich kein schmeichelhaftes Motiv für eine Partei, die beansprucht, dem Abbau von Demokratie entgegenzutreten.

***

Angesichts der ständigen Manöver der DKP-orientierten Kräfte gegen das Russell-Tribunal ist den Frankfurter Jusos der Kragen geplatzt. Ihre geharnischte Erklärung (s.u.) macht deutlich, daß die DKP die Grenze dessen, was sie Bündnispartnern zumuten kann (die Jusos arbeiten selbst in der „Initiative: Weg mit den Berufsverboten" mit), überschritten hat:

„Mit Bedauern müssen wir Jungsozialisten feststellen, daß erneut und offensichtlich koordiniert versucht wird, das Russell-Tribunal unter politischen wie organisatorischen Einfluß zu stellen. In ähnlich lautenden Briefen an den Vorbereitungsausschuß des Russell-Tribunals haben das Hamburger Berufsverbotekomitee [als bundesweiter Koordinator der Berufsverbotekomitees], die Vereinigung Demokratischer Juristen [VDJ], der SHB und Einzelpersonen, wie die Professoren Abendroth und Stuby, in den vergangenen Monaten Druck auf das Russell-Tribunal ausgeübt, der einer Erpressung gleichkommt. Nur wenn das Russell-Tribunal bereit ist, dem Hamburger Berufsverbotekomitee ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen, sind die genannten Organisationen und Personen bereit, die Arbeit des Tribunals zu unterstützen.

Die Frankfurter Jungsozialisten fordern daher die regionalen Berufsverbotekomitees auf, sich von ihrem Koordinator auf der Bundesebene zu distanzieren und dem Russell-Tribunal mit aller Kraft zuzuarbeiten."

***

Westberlin: Für die SPD stieg auf einer Veranstaltung der Jusos und Judos Wissenschaftssenator Glotz in den Ring, um die Gegnerschaft der SPD-Führung zum Tribunal zu erklären. Da er selbstvertändlich nicht zugeben konnte, daß die SPD eine Untersuchung von 8 Jahren Regierungspolitik fürchtet, stellte er sich in der Pose des Biedermanns vor, der allein befürchtet, daß das Tribunal *„nicht.... zu einem Aufklärungsprozeß oder einer Verfassungsschutzbewegung führen wird"*, um gleich darauf den Bock zum Gärtner zu machen: allein die SPD sei in der Lage, die demokratischen Freiheiten zu verteidigen, denn *„die SPD wird mit ganzer Kraft dafür einstehen, daß wir nicht ins Rutschen kommen."*

Da staunt der Hörer! (Natürlich nicht über diese Äußerung, sondern darüber, daß jemand mit diesem „Niveau" in der Presse als intelligenter Mann aufgebaut wird). Kernargument seiner Ausführungen war, daß *„eine kleine Minderheit in unserem Land die Mehrheit vor das Tribunal zieht"*, wobei er natürlich nicht weiter erläuterte, seit wann die herrschende Klasse und die Träger des Staatsapparats in diesem Land die

Bonn betreibt Imagepflege

„Die Bundesrepublik scheint in Amerika und in Westeuropa auf einer Woge zunehmender Anerkennung zu schwimmen ", freute sich ein Klaus Scharioth in der „Zeit" vom 24.2. Woher die plötzliche Begeisterung, wo die Kritiker des „Modell Deutschland" im westeuropäischen Ausland doch beständig Zulauf erhalten? Ganz einfach: Die Bundesregierung hatte auszugsweise die Ergebnisse einer „Meinungsumfrage" vorgelegt, die sie im Spätsommer letzten Jahres bei 10.300 Personen in acht Ländern hatte durchführen lassen (USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Niederlande, Dänemark, Schweden und Griechenland). Diese „Umfrage" nun ließ das BRD-„Modell" in noch hellerem Glanz erstrahlen, als selbst *„Experten es erwartet hatten"* („Spiegel", 20.2.). Grund genug für die westdeutsche Hofpresse, die Angelegenheit so begierig wie unbesehen zu kolportieren und durch Zutaten aus der eigenen Senfproduktion gehörig aufzumotzen. Zum Verfahren dieser zweifelhaften „Meinungserhebung" fehlen allerdings selbst die bescheidensten Informationen (was kaum verwundern kann): *„ob und wann die Untersuchung veröffentlicht wird, ist noch ungewiß"* („Spiegel").

Im einzelnen wissen die im Regierungsauftrag tätigen „Meinungsforscher" beispielsweise zu vermelden, daß die Befragten je nach Nationalität zwischen 50 und 83 Prozent die Auffassung vertreten hätten, in der BRD seien die Menschenrechte *„gut geschützt"* („Zeit"). Auch in außenpolitischer Hinsicht soll die BRD den Westeuropäern eitel Freude bereiten: *„In Frankreich und in den Niederlanden wurde bei der Frage nach den Beziehungen zu ausländischen Staaten die Bundesrepublik am besten bewertet; in Dänemark und Schweden erhielt sie den zweitbesten Rang"* („Welt", 20.2.). Und selbst die *„militärische Macht der Bundesrepublik ist kein Thema mehr, das noch die Völker bewegt. In allen Ländern ist es lediglich eine Minderheit, die der Meinung beipflichtet: 'Westdeutschland ist militärisch zu stark und könnte zu einer Gefahr werden' "* („Spiegel"). Alles in allem — so soll man jedenfalls glauben — hat der BRD-Imperialismus in der Bevölkerung des westeuropäischen Auslandes mehr Freunde als Feinde. Allenfalls die Nazi-Vergangenheit sei noch ein wunder Punkt, der das Bild ein wenig trübe: *„Bei der Frage nach Vorbehalten gegenüber der Bundesrepublik rangiert die NS-Vergangenheit mit 30 Prozent an erster Stelle. In Frankreich [41 Prozent], Großbritannien [38 Prozent] und den USA [31 Prozent] sind diese Vorbehalte überdurchschnittlich hoch"* („Welt"). Dafür sei der Vorbehalt, die BRD verhänge Berufsverbote, im Durchschnitt nur von läppischen 5 Prozent gemacht worden. Auffällig darüber liegen allerdings die Ergebnisse in den Niederlanden mit 22 Prozent, in Schweden mit 16, in Dänemark mit 15 und in Frankreich mit 12 Prozent.

Auch wenn nur wenige Ergebnisse der Umfrage vorliegen und über die Untersuchungsmethode nichts bekannt ist, beweisen schon die vorliegenden Fakten, daß mit Tricks und Manipulation, wie bei derartigen „Umfragen" üblich, gearbeitet wurde, um das Bild der BRD aufzupolieren:

1. So heißt es z.B., daß nur 5% im Ausland die Berufsverbotepraxis kritisieren würden. Dagegen liegen die Zahlen in den europäischen Ländern alle über 10%. Ganz einfach: da das Umfrageergebnis auf die Gesamtbevölkerung „umgerechnet" wurde, schlagen die USA, die allein mehr Bewohner haben als die befragten westeuropäischen Länder zusammen, besonders zu Buche. Da dort wenig über Berufsverbote und andere aktuelle Repressionsmaßnahmen in der BRD bekannt sein dürfte, wird sich auch die Kritik in Grenzen halten.
2. Ebenso stark schwanken die Ergebnisse bei der Frage nach der militärischen Bedrohung. So antworteten 9% in den USA, 15% in Schweden und 20% in Frankreich, daß sie die BRD für eine Gefahr halten. Auffallend, daß die Quote in Frankreich, einem vom Hitlerfaschismus besetzten Land, am höchsten ist — die Angaben aus anderen überfallenen Ländern wurden gar nicht erst vorgelegt.
3. Die Frage danach, ob ein Land gute Beziehungen zur BRD pflegt, besagt natürlich nichts darüber, w i e die Menschen über die Beziehungen denken. Z.B. pflegt die BRD gute Beziehungen zu Brasilien, Iran, Südafrika u.ä. — nicht gerade ein Beleg für demokratische Zustände!
4. Besonderen Auftrieb bekamen die Revanchisten der „Welt" von dem Ergebnis, daß weit über die Hälfte aller Befragten angeblich für die Wiedervereinigung eintraten. Aber auch dieses Ergebnis konnte nur unter der Voraussetzung erreicht werden, daß die Frage völlig harmlos und suggestiv formuliert wurde: *„Unabhängig davon, ob Sie eine friedliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten ... in absehbarer eit für wirklich realisierbar halten oder nicht: Sind Sie persönlich für oder gegen eine Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland auf friedlichem Wege?"* Wer sagt da schon nein? Höflich, wie viele Ausländer nun einmal sind, sagen sie da halt nicht nein...

Glaubt man also dieser „Umfrage", so ist der „häßliche Deutsche", wenn nicht schon tot, so doch zumindest am Aussterben. Die Absicht derartiger kosmetischer Unternehmungen liegt auf der Hand: Mit Berufung auf eine dubiose „Umfrage" soll die im Ausland verbreitete Kritik an den BRD-Verhältnissen als unerhebliche Anpinkelei einer vorzugsweise aus Journalisten und Schriftstellern zusammengesetzten „Minderheit" abgetan werden, die nicht einmal im eigenen Land ernstgenommen würden. Derartige Denk- und Argumentationsmodelle sind der westdeutschen Regimepresse indes auf den Leib geschneidert, da sie aufgrund der tatsächlichen Zustände hierzulande ohnehin nicht in der Lage wäre, die Auseinandersetzung mit ausländischen Kritikern in anderer Weise aufzunehmen. Allzugroße Hoffnungen, mittels ihrer „Umfrage" Imagepflege im Ausland betreiben oder gar den Kritikern den Boden unter den Füßen wegziehen zu können, sollte sich die Bundesregierung allerdings nicht machen. Selbst die „FAZ" meldet — in der ihr eigentümlichen Sichtweise — Zweifel an derartigen Unternehmungen an: *„Inzwischen scheint sich in der Bundesrepublik ... eine bequeme, aber ebenso illusionäre wie gefährliche Reaktion breitgemacht zu haben. Sie lautet: Es sind die ausländischen Medien, die gegen uns ,hetzen', während die Bevölkerung gar nichts gegen uns hat. Gegen diese durch Umfragen untermauerte Behauptung, erheben sich indes ... Einwände: Erstens, historisch und politisch wirkende Imagebildung hat nichts mit jenen amorphen ,Meinungen' zu tun, die man durch statistisch kanalisierte* (sprich: manipulierte! — Anm. AK) *Erhebungen erfährt"* [„FAZ", 27.2.].

Günther Zehm von Springers „Welt" machte sich indes anderweitige Überlegungen, wie die eigentlichen Drahtzieher der „antideutschen Schreckensgemälde" unschädlich zu machen seien. Die *„meisten der Schreckensgemälde"* — so Zehm — seien *„zwar mit französischem oder niederländischem Pinsel gemalt"*, aber *„die Farben und Vorlagen"* würden *„fast immer aus Deutschland stammen. Gut erinnerlich ist noch der Aufruf des Philosophen Jürgen Habermas auf der letzten Frankfurter Buchmesse, man müsse die ausländische Presse mobilisieren, um die deutschen Zustände im linken Sinne zu beeinflussen"*. In diesem Sinne — erregt sich Zehm — würde die westdeutsche Linke schon lange verfahren. *„Ganze Staffeln von ,Widerstandskomitees' ('gegen Isolationsfolter', 'gegen Berufsverbote' usw.)"* vermutet der alte Tintenpisser in Westeuropa auf Reisen, *„um die dortigen Medien mit 'Tatsachen' aus der Bundesrepublik zu munitionieren"*. Der eigentliche „Hauptcoup" werde allerdings erst vorbereitet: *„Das 'Russell-Tribunal' vom Frühjahr 1978, das die Bundesregierung wegen der ,Verletzung der Menschenrechte in der BRD' anklagen wird"* (Zitate aus „Welt", 22.2.). Womit wir schließlich beim eigentlichen Thema angelangt wären:

Man kann mit größter Sicherheit davon ausgehen, daß diese „Meinungsumfrage" eine der vom Staatsschutz gegen das Russell-Tribunal ausgeheckten Gegenmaßnahmen ist (siehe Papier des Innenministeriums vom Spätsommer 77). Schließlich wurde bekanntlich eigens zu solchen Zwecken eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Abwehr „ungerechtfertigter ausländischer Kritiken" gebildet.

Ferner ist klar, daß man die „besten Experten" bürgerlicher „Meinungsforschung" angeheuert hat und das Ergebnis von vornherein feststand. Denn es ist erwiesen, daß man mit deren ausgefeiltem Instrumentarium praktisch jedes gewünschte Ergebnis durch entsprechende Fragestellungen usw. herbeimanipulieren kann.

Wir haben daher nicht den geringsten Grund, uns von derlei „Imagepflege" irritieren zu lassen.

Man frage im Ausland doch einmal nach, was die Bevölkerung davon hält, daß in der BRD uniformierte Nazi-Banden öffentlich unter Polizeischutz auftreten können, und die Neugründung einer NSDAP vorbereitet wird. Daß ehemalige Nazirichter Berufsverbote gegen Kommunisten und Sozialisten aussprechen; daß politische Gefangene ihrer Verteidigung beraubt werden; daß die BRD sich ein Kolonialgebiet in Afrika (OTRAG) geschaffen hat und mit Brasilien in Sachen atomarer Aufrüstung zusammensteckt !!!

Aber wer heute eine solche Umfrage auch nur erwägt, der darf sich getrost zum „Umfeld des Terrorismus" zählen ...

Mehrheit stellen. Wie in der gesamten Kampagne gegen die Kritik aus dem demokratischen Ausland wird auch von ihm versucht, mit der Lüge Stimmung zu machen, d i e Westdeutschen würden angeklagt und nicht etwa die Verantwortlichen für den Abbau der demokratischen Rechte. Und selbst wenn die Mehrheit heute hinter den Maßnahmen der Bundesregierung stehen sollte, was sagt dies über deren d e m o k r a t i s c h e Legitimität aus?

Zur Existenz des Innenministeriumpapiers fiel ihm dann nichts Besseres ein, als daß *„charakteristisch für die Bundesrepublik nicht ist, daß es diese Vorüberlegungen gibt, sondern daß die Spitze diese Überlegungen abgelehnt hat"*, wobei man sich fragt, woher er eigentlich diese Sicherheit nimmt. Schließlich spielte er sich gar als Ratgeber auf, der ein radikaldemokratisches Tribunal begrüßen würde, aber: *„Ich behaupte, daß das Russell-Tribunal genau die Unfähigkeit zeigt, an das Bewußtsein von Mehrheiten anzuknüpfen und dann dieses Bewußtsein wirklich zu verändern"*, um dann nachzustoßen: *„Ich frage euch, wie ihr nach dem nächsten terroristischen Mord der Bevölkerung erklären wollt, warum ihr gemeinsam mit dem Kommunistischen Bund, gemeinsam mit dieser oder jener Gruppe, wie mit einer derartigen Veranstaltung das Bewußtsein der Mehrheit verändert werden soll?"*

Ein hochinteressanter „demokratischer Dialog", den Herr Glotz hier anstellt. Wir können uns an keine Äußerung im Rahmen der gesamten Sympathisantenjagd erinnern, wo ein Spitzenpolitiker den Bogen von „terroristischen Morden" zum KB so gespannt hätte (!). Zufall dürfte das wohl nicht sein. Daß es gerade von Glotz kommt, zeigt auch dem Letzten, wes Geistes Kind dieser Mann ist und worauf er hinaus will.

* * *

Zu Wort gemeldet hat sich pflichtgemäß die als besonders reaktionär bekannte IG Bergbau-Führung. In der „Einheit" gibt sie den Beschluß der DGB-Führung gegen das Russell-Tribunal bekannt, um dann in den Klageruf auszubrechen, daß *„vor allem bei den K-Gruppen die Absicht, die BRD ... auf die internationale Anklagebank zu zerren..., auf Begeisterung gestoßen"* ist. Die „Einheit" zitiert im weiteren eine Passage aus dem AK, worin wir unsere Genugtuung zum Ausdruck bringen, daß alle Störmanöver der SPD bisher zum Scheitern verurteilt waren, was den Gewerkschaftsführern besonderes Kopfzerbrechen zu machen scheint, zumal der Aufruf der „Einheit" an die Gewerkschaftsjugend, dieses Tribunal *„nicht widerstandslos hinzunehmen"*, keinerlei Früchte getragen hat.

* * *

„das da": Ein neuer Verfechter der Forderung der Behandlung der Repression in „Ost und West" meldet sich mit Klaus-Rainer Röhl zu Wort. In der März-Ausgabe der „das da" schreibt er: *„Dennoch unterblieb die Einbeziehung der DDR, die besonders nach der Veröffentlichung der Oppositions-Papiere im ‚Spiegel' nahegelegen hätte. Diese Abtrennung eines Teils Deutschlands durch die unabhängige Linke ist nicht nur eine freiwillige nationale Selbstbeschneidung, sondern ermöglicht auch den Mißbrauch des Tribunals durch Gruppen und Institutionen aus der Grauzone jener Einheitsfrontpolitik, die die DKP und die Staaten des Archipel Gulag zur sozialistischen Bewegung der Welt rechnet..."*.

Wer denn, wie denn, wo denn, was denn? W e r aus der „Grauzone" der DKP hat bisher die Möglichkeit gehabt, das Tribunal zu mißbrauchen? Sicher hat Röhl recht, vor einer Unterstützung der DKP zu warnen, die, wäre sie erfolgt, wohl kaum aus „lauteren Motiven" zustande gekommen wäre. Die Frage ist nur, w i e die DKP ihre Intentionen nach Lage der Dinge (Besetzung der Jury, breite Unterstützungsbewegung) hätte bewerkstelligen können. Darüber hat sie sich selber den Kopf zerbrochen, und das Ergebnis ist bekannt. Röhl müßte sich schon etwas konkreter mit der Materie beschäftigen, sonst macht er sich mit seinen düsteren Warnungen lächerlich.

* * *

Die neueste Nummer der Hamburger Monatszeitschrift „Neue Politik" (15.2.78) befaßt sich schwerpunktmäßig mit dem Russell-Tribunal. In einer redaktionellen Erklärung heißt es dazu: *„Wir halten das Tribunal für höchst notwendig, die NP unterstützt diese Untersuchung, soweit sie kann, und sie fordert alle Leser auf, die fundiertes Material über Einzelfälle haben, in denen in der BRD die Menschenrechte [darunter auch die bürgerlichen Freiheiten nach dem Grundgesetz] mißachtet oder gebrochen werden, dem Sekretariat des IRT zuzuleiten. Das kann u.U. nicht nur zur Wiederherstellung des Rechtszustandes im speziellen Fall und zur Wiedergutmachung an Opfern beitragen, sondern auch zur Beeinflussung der gesamtpolitischen Lage im positiven Sinne"*.

Die „Neue Politik" erscheint im 23. Jahrgang und ist das Sprachrohr einer kleinen Gruppe um den Journalisten Wolf Schenke.

Die „Neue Politik" gehört zum Spektrum der „Dritte-Weg"-Gruppen. Nicht zufällig gibt es zwischen der „NP" und Gruppen wie der AUD seit langem bestehende Sympathien und Kontakte. So druckt die NP z.B. Artikel der AUD-Zeitung „Die Unabhängigen" nach.

(Schenke selbst hat sich übrigens — wie die AUD — in der Vergangenheit nicht gescheut, auch im äußersten rechten Lager Bündnispartner für seine Politik der Abkehr vom West-Kurs, der Neutralität der BRD usw. zu suchen.)

* * *

KBW: Während die „KPD/ML" neuerdings ihre „uneingeschränkte Unterstützung" des Russell-Tribunals verkündet hat, und auch die „KPD" eine mögliche Unterstützung signalisiert, verharrt der KBW (gemeinsam mit der DKP) im Schützengraben. Während sich die Bourgeoisie immer eifriger bemüht, dem Russell-Tribunal kommunistische und terroristische Unterwanderung nachzuweisen, wird der KBW seinerseits nicht müde zu enthüllen, daß es sich bei der *„seriösen Tribunalbande"* (steht die Jury nun der „Viererb a n d e" oder der „Baader-Meinhof-B a n d e" näher?) um einen *„illustren Kreis"* handelt, *„der am Imperialismus und seinen Grundfesten nichts auszusetzen hat und zudem die eigenen Arbeiter für die Konkurrenzschlacht um die Hegemonie gegen den westdeutschen Konkurrenten führen will. Es sind Ideologen der Bourgeoisie der jeweiligen Länder, deren Chauvinismus mittels der Menschenrechte sich in nichts von den Kampagnen Carters gegen die Sowjetunion oder der BRD-Imperialisten gegen die DDR unterscheidet"*. Neben den *„pazifistischen Skandinaven"*, dem *„kleinbürgerlichen Revolutionär Carvalho"* und dem *„reformistischen Atomwarner Jungk"* usw. (alles „Knechte und Ideologen der Bourgeoisie") kriegt auch der deutsche Beirat sein Fett ab. Dazu publiziert der KBW erschütternde Enthüllungen: *„Die Mitglieder des deutschen Beirats zum Russell-Tribunal (haben) offenkundig ein relativ ungebrochenes Verhältnis zur expansionistischen Tradition des deutschen Imperialismus (...). Die Pfaffen Martin Niemöller, U-Boot-Kommandant im 1. Weltkrieg (...), der 1934 ein Buch mit dem bezeichnenden Titel verfaßte 'Vom U-Boot zur Kanzel' und Helmut Gollwitzer, der sich erdreistete, in der Grabrede zu U. Meinhof tröstend zu schwätzen: 'Ulrike befindet sich bestimmt im Himmel'."* Besonders das letzte Zitat beweist ungeheuer schlagend die Bindung Gollwitzers an den expansionistischen deutschen Imperialismus...

Überhaupt ist der ganze Rummel um die Menschenrechte reaktionärer Firlefanz: *„Nachdem die Bourgeoisie die politische Macht errungen (...) hat, bekamen auch die wesentlichen Rechte auf Freiheit und Gleichheit einen vollständig reaktionären Charakter"*. Folglich ist die Berufung auf Menschen- und Grundrechte durch das Russell-Tribunal ebenfalls reaktionär. Während also der Kampf gegen die Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung reaktionär ist, ist der *„Kampf um uneingeschränkte demokratische Rechte (...) notwendig"* (z.B. *„Wahl der Lehrer durch das Volk"*). Logisch. Denn der Beweis liegt auf der Hand: *„Wer immer noch glaubt, sich in der Propagierung der Menschenrechte auf das Lied der internationalen Arbeiterbewegung, die ‚Internationale' stützen zu können, sei hier mitgeteilt: In der letzten Zeile des Refrains heißt es nicht: 'Die Internationale erkämpft das Menschenrecht', sondern '... des Menschen Recht'."* Irgendwo süß, der KBW, gell?

Mit demselben Scharfsinn hat der KBW auch ausgemacht, *„weshalb die Arbeiterklasse dieses Tribunal nicht unterstützt"*. Denn: *„Sie hat ihre W e r t u n g* (des BRD-Imperialismus — Anm. AK) *schon lange (!) getroffen auf Grundlage ihrer Interessen"* und Untersuchungen, ob hier Repression herrscht usw., sind daher total überflüssig. *„Deshalb (?) streiken jetzt z.B. die Drucker und die Metaller, um den ständigen Lohnsenkungen und der Verschärfung der Arbeitshetze ein Ende zu machen"*. D i e Methode, den politischen gegen den ökonomischen Kampf auszuspielen, ist uralt: Lupenreiner Ökonomismus und sonst nix! (Zitate aus „KSZ" Kiel vom 13.3. und „KVZ"-Bezirksbeilage Unterer Neckar).

* * *

„KPD": Die „KPD" tut sich nach wie vor schwer mit ihrem „Jein" zum Russell-Tribunal. Einerseits hätte sie halt gern ihre These vom „Hauptfeind Sozialimperialismus", in dessen *„Machtbereich – so in der DDR – heute zweifellos noch größere Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen als in der BRD herrschen"*, in der Unterstützerbewegung als „Hauptfrage" verankert gesehen.

Andererseits – nachdem sich schon bald die große Mehrheit der Unterstützerbewegung auf die Untersuchung der Verhältnisse in der BRD einigte – wollte die „KPD" nun auch nicht auf die möglichen Ansprechpartner verzichten.

Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich seither das Spektrum der Argumentationen der „KPD" und ihrer Bündnisorganisationen.

In einem Offenen Brief erklärte z.B. die Kölner „Initiative für einen Bund sozialistischer Kulturschaffender", daß die thematische Einschränkung des Russell-Tribunals auf die Repression in der BRD von der weitaus schlimmeren Unterdrückung in der DDR ablenken würde. Deshalb könne sie dieses Projekt nicht mehr unterstützen. Ebenso verkündete kürzlich die „Rote Fahne", daß die „KPD" dieses Tribunal nicht unterstützen könne, weil die DDR kein Thema sei. Demgegenüber erfuhr man allerdings von „KPD"-Führern in späteren Gesprächen, daß die Behandlung der DDR-Verhältnisse doch keine „Hauptfrage" mehr sei.

Offenbar hat die „KPD" ihre Haltung aus taktischen Erwägungen heraus wieder einmal geändert. Dies kündigte sich auch im Gegensatz zur „RF" in untergeordneten Publikationsorganen verschiedener Parteiorganisationen an.

Zwar wird nach wie vor räsoniert: *„Wer (...) heute die BRD zum ‚Hauptfeind' kürt, versucht die demokratische Bewegung zu desorientieren und vom Hauptkriegstreiber* (die UDSSR – Anm. AK) *abzulenken"* (Flugbl. d. Ortsleitung Mannheim/Ludwigshafen).

Inzwischen hält man es aber offenbar für klüger, schwerpunktmäßig bei der Auseinandersetzung um eine Behandlung der UVBs mitzumischen.

Dezent wird jedenfalls hingewiesen, daß die *„Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse (...) von zahlreichen Komitees als unverzichtbares Tribunalthema angesehen"* wird. Liegt etwa eine neue „Hauptfrage" in der Luft ? („Neue Erziehung", Nr. 2/3, 78). Das Problem der ursprünglichen „Hauptfrage" löst der BSLE, indem er zwischen nicht näher definierten kurzfristigen und sogenannten langfristigen Aufgaben der demokratischen Bewegung in der BRD unterscheidet. Zu diesen langfristigen Aufgaben, die über das Tribunal hinausweisen, gehören seiner Meinung nach *„die Zusammenhänge von politischer Unterdrückung in der BRD und DDR."* Zumindest scheint damit einer Unterstützung des Russell-Tribunals durch den BSLE kurzfristig nichts mehr im Wege zu stehen.

Am deutlichsten noch für eine wie auch immer geartete Unterstützung spricht sich – trotz aller Kritik – die Jugendorganisation der „KPD" (KJVD) in der „Kämpfenden Jugend" (März 78) aus: Denn es *„bleibt zu hoffen, daß die fortschrittlichen Initiativen auf dem Tribunal zu Wort kommen."* Diese Hoffnung – soll sie nicht leeres Geschwätz bleiben – kann nur als Verpflichtung aufgefaßt werden, innerhalb der Unterstützerbewegung und in der Öffentlichkeit für diese Initiativen einzutreten.

Für den Leser der „KPD"-Publikationen bleibt die Qual der Wahl, welche Position denn nun die richtige sei, und worauf man sich in Zukunft beziehen kann.

Auf Dauer werden wohl auch die Methoden der (neueren) chinesischen Diplomatie für die „KPD" nicht ausreichen, um diesen Widerspruch zu lösen.

* * *

Je später der Abend, umso schöner die Gäste! ... Knapp vor Eröffnung des Russell-Tribunals hat sich auch die „KPD/ML", die bisher von den Vorbereitungen gar keine Notiz genommen hatte, in den Reihen der Unterstützer eingefunden. Ganz nach Art des Hauses: Plötzlich ist sie da, kein Wort der Erklärung für ihr spätes Erscheinen ...

In einem außerordentlich höflich und sachlich gehaltenen „Offenen Brief" an die Jury und den westdeutschen Beirat erklärt die „KPD/ML", das Tribunal könne *„eine nützliche Rolle"* dabei spielen, die Unterdrückung in der BRD *„vor der Weltöffentlichkeit zu enthüllen"*. Die „KPD/ML" begrüße das Tribunal und wolle seine Arbeit unterstützen.

Die „KPD/ML" halte es aber für *„nicht richtig, daß Sie von vornherein auf die Behandlung bestimmter Bereiche verzichten"*. So sei es *„ein Fehler"*, wenn nicht die „Todesfälle" von Stammheim und insgesamt die Lage der politischen Gefangenen in der BRD untersucht würden. *„Ein schwerer Fehler"* sei es gar, nicht die Unterdrückung in Betrieb und Gewerkschaft zu untersuchen („Roter Morgen", 10.3.78).

Soweit ganz gut. Aber wird man nun nicht demnächst im „Roten Morgen" lesen: „ *...das von unserer Partei und anderen fortschrittlichen Organisationen veranstaltete Russell-Tribunal ...*" ?! ...

* * *

In einige Schwierigkeiten ist die GIM geraten. Hatte sie lange Zeit der DKP zuliebe eine Einschränkung oder zumindest Konzentrierung der Thematik auf die Berufsverbote gefordert, kämpft sie jetzt allein noch gegen die Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse. Aber auch dort arbeitet die Zeit – und vor allem die Gewerkschaftsführung – nicht gerade für die Trotzkisten. Um ihren Widerstand gegen die Behandlung der UVB's nicht allein als Opportunismus gegenüber der DKP erscheinen zu lassen, versucht sich die GIM in einer inhaltlichen Begründung. Danach gibt es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der staatlichen Repression einerseits und dem Handeln der Gewerkschaftsführung andererseits, die die staatliche Repression „nur" in die Gewerkschaften hinein *„verlängert"*, nicht aber Urheber der Repression ist. Schließlich sind nach alter trotzkistischer Weisheit sogar wieder die Arbeiter an den Gewerkschaftsausschlüssen schuld, denn *„die Gewerkschaftsbürokratie stützt sich nämlich bei der Durchsetzung der UVB's in den Gewerkschaften v o r a l l e m* (Herv. AK) *auf die Illusionen im Bewußtsein der Masse der Arbeiter selber."* („was tun", 2.3.)

Um nun nicht etwa als Abwiegler des Kampfes um Gewerkschaftsdemokratie zu erscheinen, führt die GIM eine besonders „linke" Variante gegen die Behandlung ins Feld. Danach kann der Kampf gegen die UVB's *"nur über eine Veränderung des Bewußtseins i m K a m p f"* (Herv. „was tun") erreicht werden – für was in der Welt würde das nicht gelten?

Bisher hat wohl niemand den Anspruch vertreten, mit dem Tribunal die Repression beseitigen zu können. Geradezu haarsträubend wird es, wenn die GIM der demokratischen Bewegung verbieten will, sich für die innergewerkschaftliche Demokratie einzusetzen, ja sie ist sogar der Ansicht, in diesem Kampf könne *„nicht mit noch so liberalen, aber bürgerlichen Kräften zusammengearbeitet"* werden. Aber die immer schärferen Attacken der DGB-Führung gegen das Russell-Tribunal sind auch an der GIM nicht spurlos vorübergegangen. Immerhin stellt sie in der „was tun" vom 16.2. fest, daß *„es um die innergewerkschaftliche Demokratie genauso miserabel bestellt ist, wie um die demokratischen Rechte im ganzen Land"* und hofft auf eine innergewerkschaftliche Bewegung, *„die die Zusammenhänge* (zwischen staatlicher Repression und den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie, Anm. AK) *aufdecken wird"*. Den Sprung über den eigenen Schatten, diese Zusammenhänge vor dem Tribunal zu behandeln, schafft sie jedoch nicht. Mag die GIM weiter vom innergewerkschaftlichen Widerstand r e d e n. Aufbauen werden diese Bewegung a n d e r e (die dafür auch was t u n !).

* * *

SB: In der letzten Ausgabe der „links" wirft das SB uns parteipolitische Absichten bei der (Erst-) Veröffentlichung des Geheimpapiers aus dem Innenministerium vor. Besondere Aufmerksamkeit hat bei uns dabei die Tatsache geweckt, daß dem SB nach eigenen Angaben dieses Papier schon im Dezember vorgelegen hat, sie aber auf eine Veröffentlichung verzichtet hätten, um dem Sekretariat „den Vortritt" zu lassen.

Unwillkürlich drängt sich uns die Frage auf, warum nicht einmal die Unterstützungsbewegung vom SB über diese konkrete V e r b o t s drohung informiert wurde, sondern erst dann davon erfuhr, als das Papier uns und anderen Linken ebenfalls zugespielt wurde.

Wie denn, wenn das SB Kenntnis von Verbotsvorbereitungen gegen die „K-Gruppen" erhalten würde? Kann man dann damit rechnen, von den Genossen informiert zu werden, oder müßten wir warten, bis sich die „liberale Presse" des Themas annimmt?!

Zurück zum Vorwurf der Parteipolitik. Erinnert sei in diesem Zusammenhang, daß es die „links" war, die als erste die Debatte mit einem Artikel von Andreas Buro eröffnete, in dem uns vorgeworfen wurde, wir sähen das Russell-Tribunal allein unter dem Aspekt des „Parteiaufbaus". Schon damals fehlten hierfür jegliche konkrete Nachweise.

Erinnern sollte man sich hieran jedoch bei den derzeitigen Praktiken des Offenbacher SB-Büros. So werden in der „links" für die Zeit des Tribunals (sozusagen „offizielle") Veranstaltungen mit Jury-Mitgliedern in verschiedenen Städten der BRD angekündigt, die offensichtlich von Offenbach aus organisiert werden. Tatsache ist weiterhin, daß das SB-Büro sich nachweislich in mehreren Fällen (Bremen, Nürnberg, Bonn) zur Durchführung der Veranstaltungen a l l e i n an die jeweils vom SB dominierten Unterstützergruppen wandte. In all diesen Städten gibt es jeweils zwei Unterstützergruppen, wobei in den oben genannten drei Fällen sogar die Gruppen, die das SB verlassen bzw. boykottiert hatte, die nachweislich breitere Öffentlichkeitsarbeit betrieben haben. Trotzdem wurden sie nicht einmal über das Vorhaben einer Veranstaltung in Kenntnis gesetzt. Woher nehmen die Genossen eigentlich die Unverfrorenheit, a n d e r e n Parteiladenpolitik vorzuwerfen? Diese Praktiken machen wohl deutlich, wer hier hinter den Kulissen die Fäden zieht. Man geht wohl nicht falsch in der Annahme, daß sich das Offenbacher Büro in dieser Sache noch einige unangenehme Fragen gefallen lassen muß (nicht nur von uns!), und daß dümmliche Sprüche wohl kaum als Antworten akzeptiert werden.

Diese Begleiterscheinungen sollten jedoch die Linke nicht davon abhalten, massiv für die Russell-Veranstaltungen zu mobilisieren, um dem Tribunal eine größtmögliche Öffentlichkeit zu verschaffen.

* * *

SB: Ein Marburger Kreis von SB-Mitgliedern (vornehmlich aus der Hochschulszene) initiierte eine Unterschriftenkampagne gegen die Behandlung der Gewerkschaftsausschlüsse durch das Russell-Tribunal. Erscheinen soll sie bei genügend Unterschriften in der „FR".

Vom SB-Büro Offenbach fehlt bisher jede Stellungnahme. Dazu erhielten wir einen Leserbrief, offenbar aus dem SB selbst, in dem das Auseinanderklaffen zwischen „offiziellen Positionen" (Rundschreiben des Arbeitsausschusses f ü r Behandlung der UVBs) und der Praxis von „einflußreichen Personen" im SB kritisiert wird:

„Das SB schweigt sich aus, was mit denen geschieht, die völlig SB-unverbindlich tun, was nie beschlossen wurde. Aber der Opportunismus war ja schon immer ein Zeichen für diejenigen, die mit bärenstarken Formulierungen ihre Angst überspielt und versteckt haben."

Alexander Schubart, der in dieser Unterschriftensammlung als Unterzeichner genannt wird, hat sich hiervon öffentlich distanziert. Im Gegensatz dazu vertrat er auf verschiedenen Veranstaltungen (Darmstadt, Freiburg), daß die Untersuchung der UVBs eigenständiger Bestandteil des Tribunals sein sollte.

















Betriebsratswahlen 1978

Einige Erfahrungen seit 1975

Vom 1. März bis Ende Mai sind alle Arbeiter und Angestellten in West-Deutschland dazu aufgerufen, ihre Betriebsräte neu zu wählen. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 müssen in jedem Betrieb, der mehr als fünf wahlberechtigte Beschäftigte hat, Betriebsräte gewählt werden. Schätzungen gehen davon aus, daß diese gesetzliche Vorschrift bestenfalls in jedem zweiten Betrieb erfüllt ist. D.h., daß in jedem zweiten Betrieb die ohnehin nur schwachen Möglichkeiten des Betriebsrates, die Willkür von Vorgesetzten und Kapitalisten einzudämmen, die Kollegen vor unmenschlichen Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen zu schützen und die schlimmsten Folgen von Rationalisierungen und Betriebsstillegungen abzumildern, überhaupt nicht genutzt werden können.

Allein diese Tatsache zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Rechte der Arbeiter und Angestellten nur dort beachtet werden, wo diese sich selbst dafür stark machen und immer wieder gegen den Widerstand der Unternehmer durchsetzen.

Die diesjährigen Betriebsrats–Wahlen werden – wie die 75er Wahlen und wahrscheinlich noch breiter – wieder Kristallisationspunkt sein in der Auseinandersetzung um die Frage, wie eine effektive Interessenvertretung im Betrieb aufzubauen ist.

Die Erfahrungen der Linken in diesem Bereich zeigen deutlich, daß diese Aufgabe nur unter scharfen Angriffen seitens der Unternehmer und in harter Auseinandersetzung mit den rechten Sozialdemokraten, die die Interessen der Arbeiter denen der Kapitalisten unter dem Motto der „Sozialpartnerschaft" unterordnen, anzugehen ist.

Die Betriebsrats–Wahlen '75

Die Betriebsrats–Wahlen '75

Die Betriebsratswahlen '75 zeigten deutlich die breite Unzufriedenheit und Kritik der Arbeiter und Angestellten vor allem in Großbetrieben mit den alteingesessenen rechten Betriebsrat–Cliquen: Dort, wo sich Kollegen mit neuen fortschrittlichen Vorstellungen und einer entsprechenden Kritik an der bisherigen rechten Betriebsratspolitik zur Wahl stellten, gelang es nicht selten, beachtliche Erfolge zu erzielen.

FORD–KÖLN, KLÖCKNER–HUMBOLDT–DEUTZ und OPEL–RÜSSELSHEIM – das sind Beispiele, wo Gewerkschafter ausdrücklich gegen die rechten SPD-Betriebsratsmafien kandidierten und auf einen Schlag Stimmenanteile von um die 35 % errangen. Hierbei handelte es sich allerdings keineswegs um ausgemachte linke Positionen zur Betriebsratsarbeit; z.T. grenzten sich diese Listen sogar ausdrücklich auch nach links ab (Ford-Köln z.B.). Die oppositionellen Kollegen hatten damals lediglich den Bruch mit den r e c h t s-sozialdemokratischen Vorstellungen von Betriebsratsarbeit vollzogen, ohne ihrerseits den Boden der Klassenversöhnung schon generell zu verlassen. Dies allerdings schützte sie nicht davor, wütenden Angriffen seitens des Gewerkschaftsapparates ausgesetzt zu werden; So wurden z.B. gegen sämtliche 83 Kandidaten der oppositionellen Liste bei Ford-Köln Gewerkschaftsausschlüsse beantragt!

Darüber hinaus gab es gewerkschaftliche Kollegengruppen, die in ihren Positionen über eine nur punktuelle oder persönlich gehaltene Kritik an den alten Betriebsrats-Fürsten hinausgingen und eine grundsätzliche Kritik an der Sozialpartnerschaft und an der Arbeiterfeindlichkeit einer auf die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit dem Unternehmer ausgerichteten Politik formulierten.

OPEL–BOCHUM, KLÖCKNER BREMEN, DAIMLER BENZ–UNTERTÜRKHEIM und die Hamburger Betriebe HANOMAG–HENSCHEL, REYNOLDS, COLGATE, TEXACO, BROSCHEK, PHILIPS ELECTRONIC usw. usf. wären hier beispielhaft zu nennen.

Die linken Betriebsratskandidaten dieser Betriebe konnten trotz z.T. übelster antikommunistischer Hetze, Repressalien und Gewerkschaftsausschlüssen, fristlose Kündigungen, innerbetriebliche Umbesetzungen etc. Stimmenanteile von zwischen 35 – 50% (Klöckner) für sich verbuchen.

Jetzt – drei Jahre nach der '75er Wahl – läßt sich beispielhaft für die Hamburger Betriebe sagen, daß sich Arbeit und Einfluß bei Hanomag-Henschel, Reynolds, Texaco, Broschek u.a. sowie in Betrieben, in denen die Linken 1975 geringere Stimmenanteile erreichten (wie Beiersdorf, Hamburger-Hafen-Lagerhaus Gesellschaft u.a.), halten bzw. ausbauen ließ.

Auf der anderen Seite der Bilanz, die wir heute ziehen können, steht allerdings, daß während und nach der Betriebsratswahl '75 die mehrjährige linke Arbeit in

Auf der anderen Seite der Bilanz, die wir heute ziehen können, steht allerdings, daß während und nach der Betriebsratswahl '75 die mehrjährige linke Arbeit in vielen Hamburger Betrieben, z.B. bei Hoechst, Norddeutsche Affinerie, Colgate (vor allem durch Rausschmiß der Betriebsrätin Anna W.), Philips Electronic (durch brutales Rausrationalisieren der Linken im Zuge breiter Entlassungen) weitgehend kaputt gemacht worden ist.

Wir wollen versuchen, im ersten Teil dieses Artikels einige exemplarische Erfahrungen der linken Betriebsräte aus den letzten drei Jahren darzustellen, wobei wir uns auf ausgewählte Beispiele von Hamburger Betrieben beschränken.

Außerdem sind diese Erfahrungen natürlich nicht beliebig übertragbar, da sie meist in Betrieben gemacht wurden, in denen die Linken bei den Betriebsratswahlen '75 beachtliche Erfolge erzielen konnten.

Insgesamt kann man wohl sagen, daß die Linken in diesen Betrieben (Hanomag, Reynolds, Texaco, Beiersdorf im wesentlichen) aller Voraussicht nach ihre Positionen bei den diesjährigen Betriebsratswahlen ausbauen werden. Über den konkreten Stand des Betriebsratswahlkampfs in den wichtigsten Hamburger Betrieben berichten wir im zweiten Teil.

3 Jahre Erfahrungen linker Betriebsratspolitik

Die Arbeit linker und klassenbewußter Gewerkschafter in den Betriebsräten hat die Lage in den Betrieben geändert: nicht im Sinne einer massiven Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Betrieb. Das kann ohnehin nicht durch eine veränderte, verbesserte Zusammensetzung der Betriebsräte, sondern nur durch entsprechende Kämpfe der Arbeiter und Angestelltenr selbst erreicht werden.

Verändert hat sich die Lage aber insofern, als die linken M i n d e r h e i t e n (Mehrheiten wurden unseres Wissens von den Linken in keinem Betrieb erzielt) durch eine entsprechend offensive Informationpolitik dem Dasein der Betriebsräte als „Geheimräte" ein Ende bereitet haben. Die linken Betriebsgruppen gaben Betriebszeitungen heraus: bei Texaco die „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft", bei Reynolds die Zeitung „Unsere Meinung", bei Hanomag-Henschel die „Alternative", bei Broschek die „Argumente ", bei Beiersdorf die „Alternative" – um nur einige zu nennen.

Sehr zum Ärger der besserungsunwilligen Alt-Betriebsräte standen in diesen Zeitungen sehr detaillierte Berichte von Betriebsratssitzungen mit Angaben über Wortbeiträge der einzelnen Betriebsräte, über Abstimmungen, wer in welcher Frage wie abgestimmt hat usw. Die Praktizierung der freiwilligen „Schweigepflicht", die von Rechtssozialdemokraten in der Regel über alle Vorgänge im Betriebsrat verhängt wird und demagogisch mit der im Betriebsverfassungsgesetz geforderten Schweigepflicht (die ausschließlich Geschäftsgeheimnisse und persönliche Angaben über Kollegen betrifft) begründet wird, wurde von den Linken durchbrochen. Auf diese Weise wurde die Arbeit der einzelnen Betriebsräte im Ansatz kontrollierbar gemacht.

Einen ziemlich einmaligen und absolut vorbildlichen Beschluß zur Informationspolitik des Betriebsrates setzten die vier linken Betriebsräte der Liste „Argumente" (38 % der Stimmen) bei der Hamburger Tiefdruckerei „**Broscheck**" durch: nach langen Diskussionen beschloß der elfköpfige Betriebsrat einstimmig, nach jeder Sitzung die Sitzungsprotokolle am Schwarzen Brett auszuhängen!

In diesen Protokollen werden – was auch keine Selbstverständlichkeit ist – die unterschliedlichen Standpunkte der einzelnen Betriebsräte dargestellt, so daß die Broscheck-Kollegen genau nachvollziehen können, wie die Auseinandersetzung im BR läuft.

Eine wichtige Erfahrung in diesem Zusammenhang besteht darin, daß sich das „innenpolitische" Spektrum selbst solcher Betriebsräte, in denen die Linken nur über sehr wenige Sitze verfügen, durch die Informationspolitik der Linken und die sich daraus entwickelnde Diskussion in den Belegschaften über die Betriebsratspolitik nach links verschoben hat. Eine ausschlaggebende Rolle spielen dabei natürlich die genannten Betriebszeitungen. Aber auch bereits das Auftreten einzelner fortschrittlicher Betriebsräte auf Betriebsversammlungen bzw. das persönliche Gespräch bringt hier einiges in Bewegung.

So ist es eindeutig Tatsache, daß der Betriebsrat bei „**Beiersdorf/Hamburg**", in dem nur zwei oppositionelle Betriebsrätinnen der Liste „Alternative" einer überwältigenden Mehrheit von 25 Betriebsräten anderer Listen gegenüberstehen, (18 IG Chemie, 4 der CDU nahestehende „Unabhängige" und 3 DAG-Angestellte), daß dieser Betriebsrat sich seit 1975 wesentlich schwerer tut, Kündigungen z.B. wegen Krankheit, „Leistungsmangel" usw. zuzustimmen, als zuvor. Zumindest stimmt ziemlich regelmäßig eine Minderheit von 9 bis 13 Betriebsräten gegen Kündigungen bzw. enthält sich der Stimme, was einer Ablehnung gleichkommt. Und zwar sogar bei Kündigungen, die innerhalb der Probezeit z.B. wegen „unentschuldigtem Fehlen" ausgesprochen werden. Solchen Kündigungen zuzustimmen ist absolut die Regel unter den rechten Sozialdemokraten. Daß bis zu 50% des Beiersdorf–Betriebsrates, der ansonsten einer der rechtesten in ganz Hamburg ist, sich gegen solche Kündigungen aussprechen, ist eindeutig Ergebnis der Informationspolitik der „Alternative".

Eine ähnliche Entwicklung hat sich bei „**Hanomag–Henschel**" (jetzt „**Daimler Benz**") abgespielt: das sehr gute Abschneiden der oppositionellen Liste „Alternative" (sie gewann 35 % der Arbeiterstimmen und hat damit 4 der 12 Arbeitersitze; ausserdem gehören dem Betriebsrat noch 3 Angestellte an) und die regelmäßige Berichterstattung aus dem Betriebsrat in der Betriebszeitung führten dazu, daß kaum noch Kündigungen zugestimmt wurde, wenn der betroffenen Kollege nicht vorher gehört worden war. Auch stimmte der neue BR insgesamt weit weniger Kündigungen zu, als der vorherige.

Keine Verhandlungen hinter verschlossenen Türen!

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Öffentlichkeitsarbeit der linken Betriebsräte in Fragen, die noch in Verhandlung stehen, d.h. also Mobilisierung der Belegschaft v o r Verhandlungsabschluß, was die Möglichkeit eröffnet, einen gewissen Einfluß auf die Entscheidungen des Betriebsrats zu nehmen. Regelfall ist die Verhandlung hinter verschlossenen Türen und die Bekanntgabe des Ergebnisses, wenn die Sache „gelaufen" ist. Ein gutes Gegenbeispiel hierfür gibt die Arbeit der Linken bei **Texaco, Hamburg**: Geplant wurde seitens der Geschäftsleitung die Inbetriebnahme einer Beschallungsanlage in einem neu gebauten riesigen Großraumbüro der Hauptverwaltung. Diese Beschallungsanlage war für 300.000 DM eingebaut worden und sollte durch ständige monotone Schallpegel die einzelnen Kollegen von ihren Nebenleuten akustisch isolieren, um Trennwände und andere kostspielige schallschluckende Maßnahmen einzusparen. 2 Jahre lang informierten die linken Betriebsräte (im 15-köpfigen Betriebsrat stehen die 5 Linken 7 DAGlern und 3 Betriebsräten von der IG Chemie gegenüber) in ihrer Zeitung „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft" die Belegschaft über die geplante Beschallungsanlage und die damit verbundenen langfristigen Schäden durch eine permanente Schallberieselung. Durch die Unruhe in der Belegschaft und eine Abstimmung auf einer Betriebsversammlung, auf der die Belegschaft forderte, selbst über die Inbetriebnahme entscheiden zu können, schien es der Geschäftsleitung klüger, tatsächlich eine Abstimmung über die Beschallungsanlage zuzulassen – eine Maßnahme, zu der sie kein Gesetz zwingen kann. Erfolg: 73 % der Belegschaft entschieden sich gegen die Anlage, das Superding für 300.000,- DM bleibt seither abgeschaltet.

Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten

Die Möglichkeit des Betriebsrates, seine Zustimmung zu einer geplanten Maßnahme zu verweigern und vor die vom Gesetz vorgesehene sog. „Einigungsstelle" zu gehen (ein paritätisch besetztes Gremium mit einem „unparteiischen" Vorsitzenden, auf den sich beide Parteien einigen müssen), wird selten genutzt.

Ein weiteres Beispiel von **Texaco** zeigt, daß die Ausschöpfung dieser Möglichkeit durchaus Erfolge bringen kann: Bei Texaco sind in den vergangenen 3–4 Jahren ca. 1.000 Arbeitsplätze im Angestelltenbereich wegrationalisiert worden. Der Gesamtbetriebsrat handelte einen ziemlich miesen Sozialplan aus. Der Hamburger Betriebsrat entzog dem Gesamtbetriebsrat daraufhin das Mandat, auch für Hamburg zu verhandeln, lehnte selbst den Sozialplan ab und ging vor die Einigungsstelle. Der über die Einigungsstelle erzielte Kompromiß (die Rationalisierungen selbst lassen sich natürlich im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes nicht verhindern) kann sich – vor allem im Vergleich mit dem für den Rest von Texaco ausgehandelten Sozialplan – sehen lassen:

- Der Kündigungstermin wurde für Hamburg um drei Monate rausgeschoben.
- Die betroffenen Kollegen wurden sofort von der Arbeit freigestellt, um sich eine neue Arbeit suchen zu können. Auch wenn einer sofort Arbeit fand, bekam er sein Gehalt bis zum Kündigungstermin.
- Der „Härtefond" war um 50 % höher. Hatte der Gesamtbetriebsrat 1.000 DM pro Kollege ausgehandelt, erreichte der Hamburger BR 1.500 DM.

– In Hamburg wurde eine Klausel durchgedrückt, die besagte, daß das gesamte Geld des Härtefonds auch ausgezahlt werden muß. Der GBR hatte sich dagegen darauf eingelassen, daß Texaco in dem Fall den Rest des Geldes einbehält, wo nicht genügend „Härtefälle" vorliegen (über jeden einzelnen mußte zwischen Betriebsrat und Texaco eine Einigung herbeigeführt werden).

Den Kampf gegen Kündigungen vorm Arbeitsgericht fortsetzen!

Die Erfahrungen der linken Betriebsräte zeigen, daß es sich lohnt, den Kampf gegen Kündigungen vorm Arbeitsgericht fortzusetzen. Wenn auch seltener dabei rauskommt, daß der betroffene Kollege seinen Arbeitsplatz wiederbekommt, so sind doch häufig Abfindungen von mehreren Tausend DM rauszuholen.

Das Problem dabei besteht aber in Folgendem: Nach dem BVG haben Betriebsräte bei Kündigungen nur die Möglichkeit, die Kündigung abzulehnen. Verhindern kann der BR eine Kündigung nicht, der Unternehmer kann den Kollegen trotz Widerspruch des BRs vor die Tür setzen.

Den Kampf weiterzuführen, ist dann die Sache des einzelnen Kollegen: er muß individuell einen Kündigungsschutzprozeß gegen seinen Kapitalisten führen. Allerdings entschließen sich die wenigsten – selbst wenn der BR widersprochen hat – zu diesem Schritt. Eine gewisse Scheu vor Gerichten, Prozessen usw., die Unkenntnis der juristischen Lage, Angst vor Prozeßkosten, das Fehlen von Unterstützung usw. – das sind die Faktoren, die dazu führen, daß selbst aussichtsreiche Prozesse nicht geführt werden und die Kapitalisten mit vorm Arbeitsgericht unhaltbaren Kündigungen in der Regel durchkommen.

Und hier liegen die Möglichkeiten für die Linken: sich auch nach der Kündigung um die Kollegen zu kümmern, sie juristisch zu beraten (der Rechtsschutz der DGB-Gewerkschaften ist mit äußerster Vorsicht zu genießen!) und sie im Prozeß zu unterstützen.

Ein Beispiel hierfür bei **Reynolds**: Im Rahmen der dritten Entlassungswelle im Herbst 1977 (aktuell läuft die vierte gegen 50 Kollegen – s. Artikel in dieser Ausgabe) beantragte der Unternehmer elf Kündigungen beim BR. Allen elf Kündigungen widersprach der BR; allen elf Kollegen wurde aber trotzdem gekündigt. Da die Geschäftsleitung allerdings Prozesse erwartete, bot sie von vornherein Abfindungen an, unter der Bedingung, keinen Kündigungsschutzprozeß anzustrengen, da sonst die Abfindung entfallen würde. Der Betriebsrat empfahl trotzdem den Kollegen, die vor Gericht gute Chancen hatten, zu klagen, was vier auch taten. In drei Fällen ließ sich gerichtlich sogar der Anspruch auf Weiterbeschäftigung bis zur rechtlichen Klärung durchsetzen! Eine Kollegin unter diesen dreien handelte auf der Grundlage dieser günstigen Rechtsposition eine wesentlich höhere Abfindung als die angebotene aus: fast das Doppeltel

Ein ähnlicher, noch erfolgreicherer Fall bei den **Hamburger Aluminium Werken (HAW)**: ein jugoslawischer Kollege war – trotz Widerspruch des BR – fristlos gefeuert worden, weil er aus seinem Urlaub aus Jugoslawien nicht rechtzeitig wiederkam und einige Tage „unentschuldigt" gefehlt hatte. Er ging auf Empfehlung der linken Betriebsräte vors Arbeitsgericht, vertreten durch Rechtsanwalt Uwe Mäffert, und gewann. HAW mußte den Kollegen wieder auf seinen Arbeitsplatz lassen, wo es dann ein kleines Fest gab....

An zwei anderen Fällen läßt sich zeigen, daß sich in aussichtsreichen Fällen die Höhe der Abfindung erheblich über den im Kündigungsschutzgesetz vorgesehenen Satz (ein Lohn pro Beschäftigungsjahr) anheben läßt, wenn nicht das erste Vergleichsangebot des Unternehmers akzeptiert, sondern weiterprozessiert wird:

Der **„Spiegel"**-Redakteur Werner B., der 1975 auf den sechsten Platz in den elfköpfigen Betriebsrat gewählt worden war, wurde im September 1975 gegen den Widerspruch des BR fristlos gefeuert (angeblich hatte er interne Informationen über Zensur im „Spiegel" weitergegeben). Er ging vors Gericht (die DruPa hatte ihm Rechtsschutz verweigert, weil er darauf bestand, die Schriftsätze zu lesen!) und schloß nach einjährigem Prozeß einen Vergleich ab, der ihm alles in allem zehn Monatsgehälter (ca. 30.000 DM) einbrachte (bei vier Jahren Betriebszugehörigkeit). Wenn man allerdings einmal auflistet, was es den „Spiegel" gekostet hat, daß Werner B. überhaupt prozessiert hat, dann kommt man auf knapp 100.000 DM (Gehalt von September 75 bis Oktober 76 plus 13. und 14. Monatsgehalt für 75 und für 76, plus Gewinnbeteiligung, plus Gehaltsfortzahlung von Oktober 76 bis Dezember 76, plus Abfindung von nochmal vier Gehältern).

Die Arbeiterin Anna W., die beim Frauenbetrieb **Colgate/Hamburg** 1975 auf einer oppositionellen Frauenliste kandidierte und mit 35 % der Stimmen in den Betriebsrat zog, wurde gleich zweimal fristlos gefeuert: im Herbst 1975 und im Frühjahr 1976. Der Betriebsrat hatte beiden Kündigungen zugestimmt! Trotzdem klagte Anna W. und erreichte einen Vergleich über 13.000 DM bei vier Jahren Betriebszugehörigkeit und einem Lohn von ca. 1.500 DM. Allerdings muß sie die Rechtsanwaltskosten von ca. 2.000 DM selbst tragen. Sie hatte aufgrund schlechter Erfahrungen mit der IG Chemie den Rechtsschutz dieser Gewerkschaft von vornherein gar nicht in Anspruch genommen.

Linke Betriebsräte: Gegen Rechtsentwicklung und Repression

Die linken Betriebsräte beschränkten sich in ihrer Arbeit nicht auf die sich unmittelbar aus dem betrieblichen Rahmen ergebenden Fragen. Sie nahmen in Resolutionen, in den Betriebszeitungen und auf Veranstaltungen zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, der zunehmenden Rechtsentwicklung, zum Kampf gegen Atomkraftwerke usw. Stellung. Hier nur zwei Beispiele:

– So verabschiedete der Betriebsrat der **Texaco** mit 12 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung (ein DAG-Betriebsrat lehnte es ab, an der Abstimmung teilzunehmen) eine Erklärung anläßlich des Strauß-Besuches in Chile, mit der gegen die *„profaschistischen Äußerungen"* von Strauß protestiert wurde, und in der es heißt: *„Wir rufen Euch auf, Maßnahmen zu beraten, die es dieser politischen Richtung nicht erlaubt, morgen die so gepriesenen chilenischen Verhältnisse in der BRD einzuführen. Das wäre nicht nur das Ende unserer Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit, es würde der Zustand herrschen, der jede Verfolgung Andersdenkender perfektioniert".*

Bei **Reynolds/Hamburger Aluminium-Werke** wurden Unterschriften gegen die Pro-AKW-Stellungnahme des DGB gesammelt und einige Dutzend Karten für die Veranstaltung „Gewerkschafter gegen AKWs" im Januar 1978 verkauft, auf der der Betriebsratsvorsitzende von Reynolds in einem Referat die Rolle der SPD und der Führung des DGB als Verfechter des Atomprogramms der westdeutschen Imperialisten kritisierte.

Beispiele aus der (erfolgreichen) Arbeit linker Betriebsräte und Betriebsratsfraktionen zu diesem, wie zu den anderen Themen, ließen sich beliebig fortsetzen.

Insgesamt zeigt sich, daß die Lage in den Betrieben allgemein so ist, daß linke Betriebsräte heute peinlich genau den ihnen gesteckten gesetzlichen und administrativen Rahmen beachten müssen, wenn sie nicht sofort fristlose Kündigung und damit Zerschlagung fortschrittlicher Ansätze in der Betriebs- und Betriebsratsarbeit riskieren wollen.

Diese Arbeit ist nichts für „ungeduldige" Linke. Geduld, Kontinuität, Beharrlichkeit und Aufrichtigkeit in der tagtäglichen Kleinarbeit sind heute Trumpf. Dazu kommt eine ausgewogene Bündnispolitik gegenüber solchen Betriebsräten, die begonnen haben, sich schrittweise und anfangs in Einzelfragen von einer rechtssozialdemokratischen Verwaltungspolitik – wie sie in der Regel von den DGB-Zentralen gefordert und unterstützt wird – zu lösen. Allgemein ist die Lage in den westdeutschen Betrieben heute immer noch so, daß selbst unter den Kollegen hoch geachtete und beliebte Betriebsräte von ihnen gegen (gesetzlich „berechtigte") fristlose Kündigungen nicht geschützt werden (z.B. durch Arbeitsniederlegungen etc.), wenn sie sich irgendwelcher „Verfehlungen schuldig" gemacht haben.

Umgekehrt ist es notwendig, daß linke Betriebsräte immer wieder bis an die äußerste Grenze gesetzlicher Möglichkeiten gehen und dabei auch gewisse Risiken (vorm Arbeitsgericht, der Einigungsstelle etc.) nicht scheuen dürfen, um ihre fortschrittlichen Arbeitsansätze nicht im reformistischen Sumpf versacken zu lassen und um das betriebspolitische Klima in BR, Vertrauenskörper und den Abteilungen selbst schrittweise nach links, zu einer stärker klassenspezifischen und klassenkämpferischen Haltung zu drängen.

Großer Wahlerfolg der Linken bei Reynolds Aluminium

Die Betriebsrats-Wahlen fanden diesmal vor dem Hintergrund einer geplanten Massenentlassung statt. 50 Kollegen soll es bei dieser 4. Entlassungswelle treffen, eine Schließung auf Raten ist zu befürchten. Deshalb waren die Entlassungen auch das wichtigste Thema vor der Wahl, und dies wirkte sich auch auf die Wahlbeteiligung aus. 80 % der Belegschaft wählten. Bei der Gruppe der Angestellten, von denen jeder 4. gekündigt werden soll, lag die Wahlbeteiligung bei 90 %.

Das Wahlergebnis kann insgesamt als Vertrauensbeweis für den konsequenten Kurs des alten mehrheitlich linken Betriebsrats gewertet werden. Vor allem ein Vertrauensbeweis für den BR-Vorsitzenden Günter Wöckner, der diesmal noch 100 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl bekam und damit mehr als 76 % aller Stimmen erhielt. Dies gute Ergebnis von Günter ist allerdings auch ein Schlag ins Gesicht der Hamburger IGM-Führung, die ihn vor zwei Jahren ausgeschlossen hat. Interessant wäre es geworden, wenn die IGM-Führung eine IGM-Liste gegen Günter und die anderen Linken aufgestellt hätte. Mit dem Gedanken haben sie auf jeden Fall gespielt. Sie wären ganz schön abgebürstet worden.

Fast alle Mitglieder des alten BR haben von dessen guten Ansehen profitiert, einige allerdings auch unverdientermaßen. Erfreulich ist, daß ein Betriebsrat diesmal rausgeflogen ist, und zwar einer, der im Ruf steht, das 'Ohr' der Firmenleitung' im Betriebsrat zu sein.

Dafür sind zwei Kollegen reingewählt worden, die als Linke und aktive Gewerkschafter bekannt waren und auf Betriebsversammlungen einen harten Kurs gegen die Geschäftsleitung vertreten hatten. Erfreulich ist auch, daß eine zweite Kollegin reingewählt wurde, sodaß die Frauen jetzt auch im BR besser vertreten sind.

Insgesamt sind die Linken gestärkt aus der BR-Wahl hervorgegangen und der neue Betriebsrat verspricht funktionstüchtiger als der alte zu sein.

Dieses Wahlergebnis ist auch ein klares Votum der Kollegen für einen harten Kurs gegen die geplanten Entlassungen. Der neue Betriebsrat wird gleich vor schwere Aufgaben gestellt.

Nach der kämpferischen Betriebsversammlung, die sich über zwei Tage hinzog, ist die Öffentlichkeitsarbeit schon gut angelaufen. Die Betriebsversammlung befürwortete einstimmig einen Brief an den Wirtschaftssenator Nölling, in dem er aufgefordert wurde, zum Skandal der geplanten Massenentlassung auf einer Betriebsversammlung Stellung zu nehmen. In der Hamburger, Harburger und Buxtehuder Presse sind Berichte zu den geplanten Entlassungen erschienen. Der NDR brachte einen sehr positiven Beitrag im Radio und zwei Fernsehbeiträge, in denen auf die skandalöse Reynods-Ansiedlung eingegangen wurde.

Der IG-Metall-Vertrauenskörper verteilte zusammen mit von Entlassung bedrohten Kollegen samstags an drei Orten in Hamburg, Harburg und Finkenwerder Flugblätter.

Auf heftige Empörung im Werk ist die Ankündigung von Überstunden gestoßen. Trotz geplanter Entlassungen will die Geschäftsleitung Überstunden und Sonderschichten machen lassen. Dies ist vom Betriebsrat abgelehnt worden und die Kollegen der Instandhaltung waren nicht bereit, Überstunden zu leisten. In der Produktion waren allerdings etliche Kollegen dazu bereit und hier muß noch einiges getan werden, damit ein Überstundenboykott als Waffe im Kampf gegen die Entlassungen eingesetzt werden kann.

Keine Überstunde solange Entlassungen drohen!
Heute 50 – morgen alle,
das lassen wir uns nicht gefallen!

Reynolds-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg





So laufen bei Reynolds die vom Betriebsrat organisierten Betriebsversammlungen ab. Transparente an den Wänden bringen die dringendsten Forderungen zum Ausdruck, Mikrophone im Raum stehen zur Diskussion bereit.



Reynolds Kollegen aktiv im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Stand der BR-Wahl in Hamburger Betrieben

Wir geben hier im Folgenden einen Überblick über den Stand der Betriebsratswahlen in einigen wichtigen Hamburger Betrieben. Hervorzuheben ist, daß im Vorfeld des eigentlichen Wahlkampfs die Auseinandersetzung um das Wahlverfahren (Persönlichkeitswahl oder Listenwahl) die Diskussion in den Betrieben bestimmt. In den Belegschaften wird die Persönlichkeitswahl als das demokratischere Wahlverfahren, das jedem Kollegen die Möglichkeit gibt, sich zwischen den einzelnen Kandidaten zu entscheiden, bevorzugt. Im Gegensatz dazu sieht das Gesetz auch die Möglichkeit der Listenwahl vor, bei der jeder Kollege nur eine Liste ankreuzen kann, wobei die Reihenfolge der Kandidaten, die darüber entscheidet, wer in den Betriebsrat einzieht, bereits festgelegt ist.

Bezeichnenderweise setzen sich die Linken in den Betrieben für die Persönlichkeitswahl ein, während die rechten Sozialdemokraten und Betriebsratsfürsten in der Regel alles in Bewegung setzen, um die Persönlichkeitswahl zu verhindern. Der Hintergrund dieser Auseinandersetzung ist ziemlich klar. für die Betriebsräte in Erbpacht mit z.T. über 20 Jahren Amtszeit auf dem Puckel, die über die innergewerkschaftliche Hierarchie und Verfilzung mit Posten in der SPD absolut sichere Plätze auf den offiziellen Gewerkschaftslisten gepachtet haben, ist der Ausgang einer Persönlichkeitswahl absolut nicht sicher, zumindest ist die Gefahr eines großen Imageverlustes gegeben, wenn die bisherige „Nummer eins" nur unter „ferner liefen" in den Betriebsrat einzieht . . . (s. Beiersdorf, Hanomag Henschel, Broscheck).

Daß dieses „Problem" auch von der Gewerkschaftsführung als solches begriffen wird, zeigt ein Artikel in der Januar-Ausgabe des „Gewerkschafter", der Funktionärszeitung der IGM, der extra dieser Frage gewidmet ist. Dort wird sich natürlich mit keiner Silbe mit der Frage auseinandergesetzt, welches Wahlverfahren dem Wähler größere Möglickeiten einräumt, über die einzelnen Kandidaten zu entscheiden, sondern gleich losgeholzt: die Forderung nach Persönlichkeitswahl käme immer aus der linken Ecke, das Argument „mehr Demokratie" sei vorgeschoben (??) und im letzten Moment würden die „Gewerkschaftsfeinde" dann doch noch mit eigenen Listen kommen. Für diese Behauptung wird natürlich kein Beweis gebracht, denn dafür gibt es keine Beweise!

Uns bekannte wichtige Ausnahmen in dieser Frage stellen die Betriebe Reynolds, Texaco und Lufthansa dar. Vor allem bei den beiden ersten Betrieben, bei denen nach Persönlichkeitswahl gewählt wurde, bzw. wird (bei Lufthansa steht noch ein Gespräch mit der ÖTV aus, s. unten), ist es dem Einfluß der Linken zu verdanken, daß sich die anderen Listen (IGM bzw. IG Chemie, DAG, Rechte) genötigt sahen, ihre Listen zurückzuziehen. Ein nicht unwesentlicher Gesichtspunkt für die rechten Sozialdemokraten, in den Betrieben, in denen linke Kollegen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden sind, Listenwahl zu machen, besteht darin, die Linken, die noch Gewerkschaftsmitglieder sind, entweder zu zwingen, gegen die Ausgeschlossenen zu kandidieren oder durch eine gemeinsame Kandidatur mit den Ausgeschlossenen auf einer oppositionellen Liste ihrerseits Ausschlüsse zu riskieren (Hamburger Hafen- und LagerhausGesellschaft, Beiersdorf z.B.).



Deutsche Texaco

Jetzige Zusammensetzung des Betriebsrates: DAG 7, oppositionelle Kollegen 5, IG Chemie 3.

Die oppositionellen Gewerkschafter forderten bereits im Oktober 77 in einem „Offenen Brief" alle potentiellen Kandidaten auf, einer Persönlichkeitswahl zuzustimmen. Bis auf eine zweite ,ebenfalls aus der Gewerkschaft ausgeschlossene Gruppe ging öffentlich keine der weiteren Gruppen darauf ein. Bekannt wurde, daß es im Vertrauensleutekörper der IG Chemie eine längere Debatte im Januar/Februar über die Persönlichkeitswahl gab, die schließlich von den Befürwortern der Persönlichkeitswahl für sich entschieden werden konnte. Befürworter waren sämtlichst neue IG Chemie Vertrauensleute, die damit einen Erfolg über die alte sozialdemokratische Fraktion erzielen konnten. Der Erfolg ist umso höher zu bewerten, als gedrohte Disziplinierungen von Seiten der Verwaltungsstelle wie Streichung der Unterstützung während des Wahlkampfes durchsetzen mußten.

Eine Rolle bei der letztendlichen Zustimmung der IG Chemie spielte sicherlich die Niederlage der IG Chemie bei der Abstimmung über das Wahlverfahren in der Aufsichtsratswahl: Während sich die IG Chemie für ein Wahlmännerverfahren (Wahl durch Delegierte) einsetzte, riefen die oppositionellen Gewerkschafter auf – unabhängig von ihrer prinzipiellen Ablehnung der Mitbestimmung –, für die sog. Urwahl (Wahl jedes Kandidaten durch jeden Kollegen) zu stimmen.

14% der Kollegen entschieden sich für, 86% gegen das Wahlmännerverfahren (Hauptverwaltung Wilhelmsburg und Labor). Genauso fordern die Kollegen, in der Betriebsratswahl ihre Betriebsräte namentlich wählen zu können.

Unter diesem Druck erklärte sich auch die DAG als letzte Fraktion bereit, die Persönlichkeitswahl zu unterstützen.

Inzwischen wurde eine gemeinsame Liste mit 40 Kandidaten aller Fraktionen gebildet, darunter 15 Kandidaten der IG Chemie, 11 der DAG, und 11 der oppositionellen Betriebsgruppe. Die 3 übrigen gehören keiner der genannten Gruppen an, sind jedoch im weitesten Sinne der Gewerkschaftsopposition zuzurechnen.

Damit ist Texaco einer der wenigen Betriebe, in denen die oppositionellen Kollegen eine Persönlichkeitswahl durchsetzen konnten.

gen eine Persönlichkeitswahl durchsetzen konnten.

Dieses ist allerdings auf dem Hintergrund zu sehen, daß auch in der Vergangenheit die Vorschläge der linken Betriebsräte im Betriebsrat oft von einer Mehrheit getragen wurden.

Durch eine intensive Informationspolitik durch Betriebszeitungen und das Auftreten auf Betriebsversammlungen ist es der oppositionellen Betriebsgruppe gelungen, die Kollegen weitestgehend in ihre Betriebsratsarbeit miteinzubeziehen.

Insbesondere an den Punkten Rationalisierung und „menschengerechte Arbeitsgestaltung" im neuen Bürohaus City-Nord, ist der Betriebsgruppe eine Mobilisierung der Kollegen gelungen. Auf diesem Hintergrund wurden vom Betriebsrat der Geschäftsleitung entsprechende Forderungen abgerungen (z.B. Abschaltung einer „Beschallungsanlage" im neuen Bürohaus) Dabei machte die Betriebsgruppe den Kollegen ebenfalls die Grenzen der Möglichkeiten eines Betriebsrates deutlich, blieb aber nicht bei den Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes stehen, sondern äußerte sich auch prinzipiell zu diesen Fragen:

„Prinzipiell wäre nichts dagegen einzuwenden, daß Produkte sich durch den Einsatz von Maschinen verbilligen oder Arbeitern und Angestellten die Arbeit durch Maschinen erleichtert wird. Nur häufig handelt es sich nicht um Arbeitserleichterungen, sondern um eine reine Anpassung des Menschen an die Maschinenwelt. Ganz wesentlich ist, daß Rationalisierungen zu einer gigantischen Arbeitsplatzvernichtung und damit zu Massenarbeitslosigkeit führen. Im Zentrum der Entscheidung stehen die Gewinnsteigerung, die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmers. Die Folgen trägt der arbeitende Mensch allein. Auf den Weg in die Arbeitslosigkeit oder Frührente wird ihm allenfalls eine Abfindung mitgegeben.

Welche Möglichkeiten hat ein Betriebsrat?

Da der Betriebsrat an enge gesetzliche Grenzen stößt, kann er als Gremium Rationalisierungen nicht verhindern. Seine Möglichkeiten, soziale Härten als Folge der Rationalisierungen zu beseitigen, sind ebenfalls gering.

Wir kritisieren, daß die Gewerkschaften Betriebsräte häufig allein lassen bei der Bewältigung der Lasten. Wir befürworten von den Kollegen eingeleitete und von Gewerkschaften unterstützte Kämpfe wie in der Druckindustrie, wo sich Kollegen z.Zt. gegen die Auslöschung eines ganzen Berufsstandes zur Wehr setzen müssen. Wir unterstützen auch die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, weil Unternehmer durch eine Arbeitszeitreduzierung evtl. gezwungen werden können, wieder Kollegen einzustellen oder von vornherein auf dem Arbeitsplatz zu belassen. Wir wenden uns allerdings gegen Gewerkschaftsfunktionäre, die Abstriche am Lohnausgleich machen wollen. Ohne den vollen Lohnausgleich hätten wir praktisch mit der 35-Stunden-Woche nur eine von Gewerkschaften abgesicherte Kurzarbeit.'

(Mitteiliungen, März 78, der Oppositionellen Betriebsgruppe).

Beiersdorf AG

Beiersdorf AG

Bisherige Zusammensetzung des Betriebsrates: 18 IG Chemie (von denen ein großer Teil in der rechtsaußenstehenden SPD-Betriebsgruppe organisiert ist), 4 der CDU z.T. nahestehende „Unabhängige", 3 DAG und 2 linke Betriebsrätinnen der Liste „Alternative".

Obwohl die beiden Betriebsrätinnen im BR einer relativ gefestigten und übergroßen Mehrheit von rechten Betriebsräten gegenüberstanden, gelang es ihnen, in manchen Diskussionen die Fronten aufzubrechen. Wesentlich dazu beigetragen hat die Zeitung der Betriebsgruppe „Alternative", in der regelmäßig über die Auseinandersetzungen im Betriebsrat berichtet wurde und in der auch ständig gefordert wurde, die Entscheidungen des Betriebsrates an den Interessen der Kollegen zu orientieren.

Aufgrund der positiven Resonanz, die die Arbeit der „Alternative" im Lauf der letzten Jahre in der Belegschaft fand, konnten die anderen Betriebsratsgruppen nicht umhin, sich positiv zur Persönlichkeitswahl zu äußern, als die „Alternative" ihre Bereitschaft zur Persönlichkeitswahl erklärt hatte.

Daß die anderen Gruppen sich dann sogar zu einem Treffen mit der vergleichsweise winzigen „Alternative" zum Thema Persönlichkeitswahl einfanden, kann als voller Erfolg der oppositionellen Betriebsgruppe gewertet werden!

Die Simmung in der Belegschaft ist deutlich für Persönlichkeitswahl, was sich vor allem gegen den jetzigen BR-Vorsitzenden Max Ganschow richtet, der schon jahrelang Platz 1 der Chemie-Liste belegt, bei einem großen Teil der Kollegen jedoch durch seine „gute Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung auch genausolange verschrieen ist. Beim ersten gemeinsamen Gespräch über Persönlichkeitswahl wurden von Seiten der IG Chemie Bedingungen gestellt, die das Ganze zum Platzen bringen sollte. Man verlangte rotzfrech von der ALTERNATIVE, daß sie öffentlich alle „Angriffe und Verleumdungen" ihrer letzten beiden Zeitungen auf den Betriebsratsvorsitzenden Max Ganschow und die Organisation IG Chemie widerrufen müßte!

Daß diese Argumentation lediglich vorgeschoben war, wurde sofort deutlich, als die IG Chemie weder die angeblichen „Angriffe und Verleumdungen" benanntr weiterhin nicht in der Lage war, der ALTERNATIVE eine einzige Unwahrheit zu beweisen, und Max Ganschow darüber hinaus auch das Angebot ablehnte, in der ALTERNATIVE selber dazu Stellung zu nehmen. Obwohl die ALTERNATIVE noch mehrere Versuche sowohl schriftlicher als auch telefonischer Art unternahm, um die Fraktionen an einen Tisch zu bringen, scheiterte die Persönlichkeitswahl an der Haltung der IG Chemie. Allerdings haben auch weder DAG noch „Unabhängige" irgendwelche Initiativen ergriffen – ihnen war das Scheitern wohl auch nur recht.

Die Aufstellung der Liste der IG Chemie im Vertrauensleutekörper legte dann auch Zeugnis ab vom zutiefst verfaulten Zustand der rechten IG Chemie/SPD-Clique. Als erstes wurde ein „Platzwahlsystem" durchgesetzt, d.h. jeder Platz wurde

Zustand der rechten IG Chemie/SPD-Clique. Als erstes wurde ein „Platzwahlsystem" durchgesetzt, d.h. jeder Platz wurde

einzeln abgestimmt, was bedeutet, daß eine Fraktion, die nur 1 Stimme Mehrheit besitzt, bei entsprechenden Vorabsprachen jeden Platz für sich entscheiden könnte.

Als die vordersten Plätze der Arbeiter- und Angestelltenliste gewählt wurden, gab es im Vertrauensleutekörper immer mehrere Vorschläge. Bis auf Ausnahmen traten dann immer alle Vorgeschlagenen artig zurück, so daß nur noch mit ja und nein gestimmt wurde. Jeder wußte, auf welchem Platz er „zu kandidieren" hatte. So gibt es auf den interessanten Plätzen bis auf Feinheiten keinen Wechsel auf der Arbeiterliste.

Da kandidierte z.B. ein nicht in das Schema der SPD-Gruppe passender Kollege und Betriebsrat fünf mal ohne Erfolg, eine fortschrittliche Vertrauensfrau kandidierte im Mittelfeld vier mal ohne Erfolg! – (dies zeigt, wie ernst es den Gewerkschaftsführern mit ihrer DGB-Parole „Mehr Frauen in den Betriebsrat" ist – auf der Arbeiterliste der IG Chemie kandidiert überhaupt nur eine einzige Frau, obwohl in der Produktion menrheitlich Frauen beschäftigt sind!!) Pannen für die IG Chemie-Führung gab es allerdings auch:

Max Ganschow, der konkurrenzlos für Platz 1 kandidierte (niemand wagte es, gegen ihn anzutreten und das Ritual zu durchbrechen) erlitt mit nur 40 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen einen ziemlichen Image-Verlust und auch der 2. Mann, Manfred Kiausch, bekam nur 44 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen. Die Kandidaten auf Platz 3 – 6 bekamen dann jeweils mehr Ja-Stimmen als die beiden Listenführer (57, 53, 53, und 46).

Dies macht wohl noch einmal recht deutlich, warum gerade die „Spitzenkandidaten" so vehement gegen eine Persönlichkeitswahl gearbeitet haben!

Peinlich für die IG Chemie ist es auch, daß langjährige Betriebsräte, die sich auch in den eigenen Reihen kritisch äußerten und bei den Kollegen ein relativ gutes Ansehen genossen, sich dieses Jahr nicht mehr haben aufstellen lassen. Aus Resignation über den undemokratischen Machtapparat der IG Chemie warfen sie das Handtuch.

Bei der Angestellten-Liste gab es einen „Führungswechsel" (auch hier traten in der Regel andere vorgeschlagene Kandidaten wie gewünscht zurück). Dieser ergab sich daraus, daß der ehemalige Listenführer nun auch (wie sein Vorgänger schon 1975) in die Personalabteilung abwanderte (!). Zum anderen erhofft sich die IG Chemie durch das Aufstellen eines „unverbrauchten" Spitzenkandidaten diesmal einen Einbruch bei den Angestellten.

Nicht umsonst hat die IG Chemie diesesmal ebenfalls (außer der ALTERNATIVE) für eine Gemeinschaftswahl plädiert, ein Wahlverfahren, bei dem Arbeiter- und Angestellten-Kandidaten auf einer Liste kandidieren und somit auch von Arbeitern und Angestellten gleichermaßen gewählt werden können.

Die Absicht war nämlich, dadurch der DAG einige Plätze wegzuschnappen, die bei diesem Wahlverfahren benachteiligt ist, da sie keine Arbeiterkandidaten hat.

Dieses wiederum hat die DAG veranlaßt, eine gemeinsame Liste mit den CDU-nahmen „Unabhängigen", die auch über

Dieses wiederum hat die DAG veranlaßt, eine gemeinsame Liste mit den CDU-nahmen „Unabhängigen", die auch über

Arbeiterkandidaten verfügen, aufzustellen.

Daimler Benz (ehemals Hanomag-Henschel)

1975 erlangten die oppositionellen Kollegen der Alternative-Gruppe 35 % der Arbeiterstimmen und zogen mit 4 Kandidaten in den insgesamt 15-köpfigen Betriebsrat ein. Die restlichen Sitze (Arbeiter und Angestellte) gingen an die IG Metall.

Durch eine kontinuierliche Informationspolitik und die Einbeziehung der Kollegen in die Betriebsratsarbeit konnte die Alternative-Gruppe ihren Einfluß gegenüber 1975 noch ausbauen.

Zeugnis davon, und davon, daß sich die Alternative-Gruppe insbesondere um die ausländischen Kollegen kümmerte, legt die neue Kandidatenliste der Alternative-Gruppe ab, auf der diesesmal 18 Kollegen kandidieren (1975– 7) darunter 8 ausländische Kollegen (Griechen, Türken, Jugoslaven, Italiener, Tunesier).

Außer der Alternative-Gruppe kandidieren diesmal die IG Metall mit 33 Kandidaten, davon 5 ausländische Kollegen (Griechen, Türken, Jugoslaven) und das erste mal der „Christliche Gewerkschaftsverband" CGB mit 3 Kandidaten, darunter ein Spanier. Letzterer tritt bisher lediglich mit persönlichen Angriffen gegen den alten Betriebsratsvorsitzenden Paulsen (IG Metall) und voll gegen die Alternative-Gruppe an. Ein Flugblatt wurde von ihm verteilt, in dem er auffordert, die „linken Systemveränderer nicht in den Betriebsrat zu wählen".

Mit einem „Offenen Brief" an alle Vertrauensleute eröffnete die Alternative-Gruppe Anfang Februar die Debatte um Persönlichkeits-Wahl und brachte dann auf der Februar-Vertrauensleutesitzung einen entsprechenden Antrag ein.

Aufgrund der Stimmung im Betrieb für Persönlichkeitswahl sprachen sich die führenden IG Metall-Kandidaten im Vertrauensleutekörper nicht gegen eine Persönlichkeitswahl aus, ihre Vorstellungen gingen allerdings in die Richtung, daß sie lediglich im Vertrauensleutekörper eine Liste ausschließlich bestehend aus IG Metall-Vertrauensleuten aufstellen wollten – wenn es dann keine weitere Liste gäbe, hätte man ja Persönlichkeitswahl!

Ein Antrag der ALTERNATIVE auf eine einheitliche Liste mit Zugang für jedermann wurde mit 5 zu 35 Stimmen abgeschmettert!

Großzügig wollte die IGM außer den Vertrauensleuten noch drei türkischen und einem jugoslawischen Kollegen die Kandidatur „erlauben", als Bedingung setzte sie jedoch voraus, daß diese mindestens von der Hälfte der im Betrieb arbeitenden ausländischen Kollegen eine Unterschrift als Wahlunterstützung erbringen! Eine Bedingung, die kein Gesetz vorsieht.

Als die Kollegen dann diese unverschämte Auflage erfüllt hatten, bekamen sie auf der IGM-Liste allesamt vollkommen aussichtslose Plätze: die Plätze 24, 31, 33 und 34!! Klarer läßt sich schon gar nicht mehr beweisen, wie „gut" die Interessen gerade der ausländischen Kollegen bei den rechten Sozialdemokraten bei Daimler Benz aufgehoben sind!

Im weiteren war die Taktik der IG-Metall-Spitzenkandidaten dann, mit der falschen Behauptung, sie sammelten für eine Persönlichkeitswahl, an die Kollegen heranzutreten, um der ALTERNATIVE die Unterschriften, die diese für eine Kandidatur benötigt, wegzuschnappen. Als dies nicht gelang, versuchte man es mit einer weiterren Schweinerei:

Nach einem „intensiven Gespräch" mit Betriebsräten der IG Metall zogen 2 Kandidaten der ALTERNATIVE ihre Kandidatur zurück – damit war diese Liste ungültig und die ALTERNATIVE mußte ein zweites Mal sammeln gehen.

Auch beim zweiten Sammeln bekam die ALTERNATIVE sofort ausreichend Unterschriften.

Mehrere weitere Versuche der Alternative-Kollegen die IG Metall zu einer Persönlichkeitswahl zu bewegen scheiterten am Verhalten der führenden Funktionäre.

Bemerkenswert ist noch das Klima der totalen Hetze, das von den maßgeblichen Kandidaten der „Gewerkschaftslisten" entfacht wurde:

Den Unterschreibern der ALTERNATIVE-Liste wurde mit Gewerkschaftsausschluß, mit schlechterer Arbeit, schlechterer Bezahlung gedroht, man versuchte sie einzuschüchtern, indem behauptet wurde: „Wer bei uns nicht unterschreibt, der unterschreibt bei den Roten – das werden wir uns noch merken". Auch verschaffte sich die IG Metall einen genauen Überblick, wer bei ihnen noch nicht unterschrieben hat, um diese Kollegen dann besonders zu beackern. Sämtliche dieser Machenschaften brachten im Endeffekt nichts: die „Alternative"-Liste bei Daimler Benz steht!

ternative"-Liste bei Daimler Benz steht!

Hamburger Aluminium Werk

Bei den jetzt anstehenden Betriebsratsneuwahlen haben die IG Chemie-Führer beschlossen, mit einer eigenen Liste anzutreten. Über den Weg einer eigenen Spalterliste soll verhindert werden, daß die IG Chemie wie vor zwei Jahren total abgebürstet wird.

Dazu muß man wissen, daß die IG Chemie dem Kampf der HAW-Kollegen gegen die damals gerade erfolgte Aufspaltung des Werkes in HAW und Reynolds und gegen den damit verbundenen Übergang von Metalltarifen zu den wesentlich niedrigeren Chemietarifen voll in den Rücken gefallen ist, indem sie sich für die allein zuständige Gewerkschaft erklärte. Auf dieser Grundlage war 1975 unter den Bedingungen einer Persönlichkeitswahl kein IG Chemie-Kandidat in den BR gewählt worden. IG Chemie-Sekretär Bühler machte auch dieses Mal daraus keinen Hehl, daß ihm vollkommen klar ist, daß nur eine Listenwahl für die IG Chemie überhaupt eine Perspektive eröffnet: „sonst hätte die IG Chemie bei der Wahl überhaupt keine Chance". Die Offenheit, mit der diese Leute zugeben, daß es für sie nicht um einen Betriebsrat geht, der das Vertrauen der Belegschaft genießt, sondern um Posten für den eigenen Verein, ist wirklich verblüffend.

Zur Bildung der Spalterliste fand am 9. 2. eine Mitgliederversammlung statt. Etwa 15 IG Metall-Kollegen u.a. der gesamte jetzige Betriebsrat statteten der Versammlung einen Besuch ab, um mit den Anwesenden über die Vorteile der Persönlichkeitswahl zu reden, und ihnen die Kandidatur auf einer gemeinsamen Liste in alfabetischer Reihenfolge anzubieten. Vom Sekretär Bühler wurden die Metaller als Störer beschimpft und als sogenannte Nichtmitglieder rausgeschmissen! Danach konnte man in trautem Kreise, zur Tat schreiten. Die Mehrheit sprach sich für eine eigene Liste aus, worauf Bühler seinen schon vorher ausgemauschelten Listenvorschlag aus der Tasche zog. Auf Platz 1 der Arbeiterliste wurde ein Meister (!) gesetzt. Ihm folgen weitere Vorarbeiter und Kollegen, die sich vor allem dadurch auszeichnen, daß sie bis jetzt total inaktiv waren.

Im Betrieb sind die Machenschaften der IG Chemie auf breiten Protest gestoßen. Erfreulicherweise auch bei großen Teilen der eigenen Mitglieder. Hatten schon vorher Chemie-Kollegen aus Protest eine Kandidatur abgelehnt, traten inzwischen drei weitere von der Spalterliste zurück.

Um diese Tendenz zu verstärken und einen breiten Protest zu organisieren trafen sich am 14.2. über 30 Kollegen. Als erster Schritt wurde eine Resolution beschlossen, die die IG Chemie-Führer auffordert, ihr undemokratisches und spalterisches Vorgehen rückgängig zu machen. Gleichzeitig wurde die IG Metall Ortsverwaltung – die IG Metall ist nach wie vor stärkste Gewerkschaft im Betrieb – aufgefordert, die Ausschaltung ihrer Mitglieder von der BR-Wahl nicht widerstandslos hinzunehmen. Innerhalb von zwei Tagen hatten dann schon weit über 400 Kollegen diese Erklärung unterschrieben.

Gegen die IG Chemie kandidiert die Liste „Aktive Gewerkschafter", die Kollegen umfaßt, die im Wesentlichen die bisherige fortschrittliche Betriebsratsarbeit getragen haben und maßgeblich an der Organisierung der Kampfmaßnahmen der HEW-Kollegen gegen die Verschlechterung ihrer Lage beteiligt waren.

Listenführer der „Aktiven Gewerkschafter" ist der türkische Kollege Aydin Dogruyol. Wenige Tage nun vor Abgabeschluß für die Listen wurde Aydin verhaftet und in Untesuchungshaft gesteckt. Vorgeworfen wird ihm „Rauschgifthandel"! Ein besseres Argument zur Kriminalisierung der Linken hätte den Rechten gar nicht geliefert werden können!

Die Liste „Aktive Gewerkschafter" kam sofort mit einer Erklärung heraus, in der sie zunächst klarstellt, daß bei Aydin kein Rauschgift gefunden worden ist, sondern er lediglich aufgrund der Aussage eines Festgenommenen belastet worden war. Weiter schreibt die Liste:

„Es gibt also keine Beweise, die gegen Aydin sprechen. Deshalb steht der Kollege Aydin nach wie vor auf dem 1. Platz unserer Liste. Er hat unser volles Vertrauen und kann sich auf unsere Solidarität verlassen! Wenn man Aydins vielfältige Aktivitäten früher im Reynolds-Betriebsrat, heute bei HAW und als Vorsitzender eines türkischen Arbeitervereins mit in Betracht zieht, so ist es nicht unmöglich, daß Aydin das Opfer einer politischen Intrige wurde. 1972 wurde hier in Hamburg sogar ein türkischer Gewerkschafter von türkischen Faschisten ermordet!"

Besonders in die Kerbe der Kriminalisierung der Linken werden die bei HAW auch vertretenen türkischen Faschisten der MHP („Graue Wölfe", eine in der Türkei terroristische Anschläge verübende faschistische Organisation) hauen, die die Frechheit besitzen, auf einer extra Liste zu den Betriebsratswahlen zu kandidieren.

HDW-Kiel

HDW-Kiel

e schon 1975 wird es auch dieses Mal im Arbeiterbereich eine Listenwahl geben. Neben der IGM-Liste wird eine sogenannte „Rote Liste" (Kennwort: RGO) mit drei Kandidaten auftreten.

Am 13.3. ist die Liste der IGM auf einer Vertrauensleuteversammlung verabschiedet worden. Erwähnenswert ist hierbei, daß sich an dieser Frage Vertrauensleutekörperleitung und die Ortsverwaltung der IGM zum ersten Mal seit langer Zeit nicht voll durchsetzen konnten.

Sie hatten einen gemeinsamen Vorschlag mit 46 Kandidaten vorgelegt, wobei man die alteingesessenen Betriebsräte ‚durch die Bank weg' auf den sicheren vorderen Plätze fand.

Als dann jedoch Horst Seidel, BR- und VLK-Leitung, über die Liste, die zuvor auf 50 Kandidaten erweitert worden war, gewohnheitsmäßig ohne Diskussion abstimmen ließ, gab es die erste Panne: von 182 abstimmungsberechtigten Vertrauensleuten stimmten lediglich 70 dafür, der Rest dagegen.

Für seinen „Kompromißvorschlag", die ersten 18 Vorschläge zu bestätigen, und lediglich über die restlichen Plätze abzustimmen, bekam BR Münster dann nur noch 2 Stimmen.

Schließlich setzte sich durch, daß nur zwei türkische Kollegen ihre Plätze (11 und 16) behielten, die restlichen wurden in geheimer Wahl neu bestimmt. Ergebnis. Otto Böhm, seit über einem vierteljahrhundert BR und langjähriger BR-Vorsitzender, landete z.B. nur auf Platz 8. Insgesamt hat die direkte Wahl durch die Vertrauensleute dazu geführt, daß mindestens 7 (eventuell 8) alte Betriebsräte demnächst wieder arbeiten müssen.

Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA)

Die Gruppe „Alternative" stellt sich bei der HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG, größter Hafenbetrieb der ganzen Bundesrepublik) nach dreijähriger Arbeit bei den diesjährigen BR-Wahlen gestärkt mit 12 Kolleginnen und Kollegen erneut zur Wahl. Bislang stellte die „Alternative" 4 von 27 Betriebsräten.

Sie hat inzwischen erhebliches Ansehen bei den Kollegen erzielt und ihre Arbeit ist – nicht zuletzt auch durch ihr engagiertes Auftreten im Hafenarbeiter-Streik – über die HHLA-Grenzen im Hamburger Hafen bekannt geworden. Die Schwerpunkte ihres Wahlkampfes, wie sie in ihrer Kollegenzeitung ausgeführt werden, sind: Tariffragen, Personalpolitik, Rationalisierungen und Arbeitsplatzsicherheit.

Bei der HHLA, die zu 100 % ÖTV-organisiert ist, wird traditionell nach der Persönlichkeitswahl gewählt. Doch das wird diesmal anders werden und das kommt so: Die ÖTV-Fürsten im Betrieb wollen nicht mit einem aus der Gewerkschaft Ausgeschlossenen (dem einzigen im ganzen Betrieb) auf einer Liste kandiedieren. Das wäre natürlich möglich, wenn eine einheitliche HHLA-Liste gemacht würde, d.h., wenn die Wahl als Persönlichkeitswahl stattfinden würde.

Aber diesen Weg wollen die ÖTV-Oberen nicht gehen. Hafensekretär Rumpel und die VK-Leitung bestanden auf einer Vertrauensleutesitzung am 1.3. darauf, daß *„die Organisation sich nicht preisgeben darf." „Im 100 prozentig organisierten Betrieb muß die ÖTV vertreten sein."* Diese fadenscheinigen Argumente zeigen, daß die ÖTV-Spitzen es sind, die die Persönlichkeitswahl verhindern, denn der Ausgeschlossene will auf sein Recht, zum Betriebsrat zu kandidieren, nicht verzichten und eine am Konzept der „KPD/ML" orientierten eigene „RGO" (Rote Gewerkschafts Opposition)-Liste bilden. Er hat sich aber dazu bereit erklärt, im Falle einer einheitlichen Betriebsliste auf seine Liste zu verzichten. Ein Antrag von „Alternative"-Kollegen auf dieser VK-Sitzung vom 1.3. über eine HHLA-Liste abzustimmen, wurde gar nicht erst behandelt. Stattdessen erscheint wenig später eins der seltenen ÖTV-Flugblätter, in dem gedroht wird: *„.... Wer also mit Repräsentanten solcher Feinde der Demokratie (!) zusammen kandidiert oder diese unterstützt, muß mit einem Ausschluß aus der Gewerkschaft rechnen."* In dieser Richtung wird noch einiges mehr von den Gewerkschaftsfürsten zu erwarten sein. Doch hat sich bisher noch niemand davon verblüffen lassen. Auf der VK-Sitzung am 20.3. wird die „Alternative" den letzten Versuch machen, die Persönlichkeitswahl zu retten. Aber die Haltung der ÖTV-Spitze dürfte klar sein.

Lufthansa

Der 29-köpfige Betriebsrat bei der Lufthansa Hamburg wird traditionell im Listenverfahren gewählt. Bei der diesjährigen Betriebsratswahl findet im Vorfeld des Wahlkampfes erstmals eine breite Diskussion über die Persönlichkeitswahl als demokratischere Alternativ e statt.

Bei den Angestellten hat die DAG allerdings bereits erklärt, daß sie trotz breiter Stimmung in der Belegschaft (auf einer Betriebsversammlung stimmten die Kollegen mehrheitlich für Persönlichkeitswahl), nicht bereit ist, auf eine eigene Liste zu verzichten.

Für den Arbeiterbereich ist die Frage des Wahlmodus noch nicht entschieden. Die ÖTV-Funktionäre haben sich allerdings nach massivem Einsatz einer fortschrittlichen Kollegengruppe für Persönlichekeitswahl, dazu bequemen müssen, sich ebenfalls für dieses demokratischere Wahlverfahren auszusprechen.

Auch die CDU-Liste „Alternative" mußte sich für Persönlichkeitswahl aussprechen, da sie sonst ihre Felle davon schwimmen sehen müßte.

Es ist inzwischen von der ÖTV ein Gespräch zwischen den verschiedenen Grup-

mußte sich für Persönlichkeitswahl aussprechen, da sie sonst ihre Felle davon schwimmen sehen müßte.

Es ist inzwischen von der ÖTV ein Gespräch zwischen den verschiedenen Grup-

pen zum Thema Persönlichkeitswahl angesetzt worden – ein voller Erfolg der betrieblichen Linken.

Wie seitens der ÖTV ein Wahlkampf geführt werden wird, wurde bereits deutlich: Statt sich auf die Rechten einzuschießen (deren Wahlkampf 1975 zum Teil vom reaktionären christlichen Arbeitnehmerverband – CDA – finanziert wurde), holzen sie gegen links. Nachdem die erste Kollegenzeitung „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft" erschienen war, schrieb der zuständige ÖTV-Sekretär für Luftfahrt und Flughäfen, Dieter Franke, ein Hetzflugblatt, in dem er die Zeitung als *„Nachfolgeorgan der altbekannten Postille ‚Das Leitwerk' des Kommunistischen Bundes (KB)"* qualifizierte. (...)

„Sie wollen einen Keil zwischen Mitgliedschaft und gewählte Gewerkschaftsvertreter ... treiben, demokratische Einrichtungen schwächen, um die ‚Massen für die Revolution der Arbeiterklasse' vorzubereiten. So steht es – hier sinngemäßt wiedergegeben – in ihren ‚Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften.'"

Diese Auseinandersetzungen hat die Fronten zwischen den Alt-Betriebsräten und Funktionären der ÖTV auf der einen Seite und der fortschrittlichen Kollegengruppen auf der anderen Seite deutlich gemacht. Wegen dieser und anderer Erfahrungen besteht bei den linken Kollegen auch eine berechtigte Skepsis, was die Ehrlichkeit der Äußerungen seitesns der ÖTV bezüglich Persönlichkeitswahl angeht. Auf jeden Fall haben sie sich für ein eventuelles kurzfristiges Abspringen der ÖTV – oder auch der Rechten von der Persönlichkeitswahl vorbereitet und haben eine fertige Liste oppositioneller Kollegen in der Tasche.

Möglicherweise wird diese Taktik auch die Bereitschaft der ÖTV, sich für eine Persönlichkeitswahl auszusprechen, erhöhen.

Angestellte Transport

Die höllische Rationalisierung in dem Bereich der Speditionen, Reedereien und Schiffsmakler durch die Einführung der E D V in den letzten Jahren, verstärkte unter vielen Kollegen von Klein- und Mittelbetrieben des Bereiches die Forderung nach Betriebsräten, die sich für ihren Belange einsetzen. So werden hier in ca. zehn Betrieben, wo teilweise die Ideologie der großen Betriebsfamilie noch stark verankert ist, erstmals BR's gewählt und dies vielfach gegen den massiven Widerstand der Geschäftsleitungen, die teilweise die Wahl von BR's als „betrieblichen Kommunismus" titulieren.

Aber auch in Großbetrieben wie dem Hamburger Speditionskonzern Kühne & Nagel gelang es nach 18 betriebsratslosen Jahren wieder, eine Wahl durchzusetzen. Die Geschäftsleitung hatte noch bis zum Schluß mit ungerechtfertigten Kündigungen von aktiven ÖTV'lern versucht, die Wahl zu verhindern.

Wenn die Wahlen, (die in mehreren Betrieben schon abgeschlossen sind), weiterhin so erfolgreich wie bisher ablaufen sollten, werden in diesem Bereich zukünftig zwischen 15 und 20 fortschrittliche ÖTV-Kollegen mehr in Betriebsräten vertreten sein!

Das ist nicht zuletzt ein Erfolg der mehrjährigen konsequenten Arbeit des „Arbeitskreis Transport" (AKT), von dessen Mitgliedern die Aktivitäten in Richtung BR-Wahl oft ausgingen. Obwohl in diesem Bereich nur 1% der über 20.000 Angestellten in der ÖTV organisiert sind, und die ständische DAG, nicht aber die ÖTV, Tarifpartner ist, zeigen die ÖTV-Verantwortlichen kein Interesse am Aufbau einer starken gewerkschaftlichen Organisation. Geradzu widersinnig ist es, daß der AKT als einziger seit Jahren stabiler Ansatz, der sich um die Verbreiterung gewerkschaftlicher Forderungen und Ziele bemüht, von den Gewerkschaftsführern 1975 für aufgelöst erklärt worden ist.

Auf einen öffentlichen Protest hin wurde der Kollegen, der da für den AKT verantwortlich zeichnete, aus der ÖTV ausgeschlossen. Wenn sich die Kollegen resigniert dem Willen der ÖTV-Oberen gefügt und den AKT nicht in eigener Regie fortgeführt hätten, sähe es heute in puncto gewerkschaftlicher Arbeit in diesem Bereich total finster aus.

Die Entwicklung im Transport-Angestellten-Bereich zeigt in aller Deutlichkeit was von dem immer wiederkehrenden Vorwurf der „Gewerkschaftsfeindlichkeit" an die gewerkschaftliche Linke zu halten ist.

Diejenigen, die die gewerkschaftliche Organisation der Kollegen und ihre gewerkschaftliches Bewußtsein tatsächlich schwächen, sind keine anderen, als die, die solche Demagogien verbreiten!

Die Entwicklung bei den Transport-Angestellten zeigt zum anderen, daß in den Bereichen, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad traditionell niedrig ist oder die Gewerkschaftsführer total abgewirtschaftet haben, die Chancen für eine konsequente betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit steigen.

Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime

Bei der „Vereinigung" wird es bei den diesjährigen BR-Wahlen eine Listenwahl geben. Es kandidieren: die ÖTV, GEW, DAG und die Liste „angepackt". Namentlich die ÖTV-Führer haben eine Persönlichkeitswahl aus machtpolitischen Gründen verhindert.

Bereits im Novemer letzten Jahres hatte die ÖTV-Bezirksverwaltung auf einem Mitteilungsblatt – ohne vorherige Befragung der Mitglieder – die Listenwahl verordnet' Mögliche Kandidatenmeldungen seien bis spätestens zum 20. Dezember 1977 einzureichen.

Und dann sollte es laut Schreiben schon am 10. Januar auf einer Gewerkschaftsmitgliederversammlung zur „endgültigen Wahl" der ÖTV-Liste kommen.

1977 einzureichen.

Und dann sollte es laut Schreiben schon am 10. Januar auf einer Gewerkschaftsmitgliederversammlung zur „endgültigen Wahl" der ÖTV-Liste kommen.

Was sich bis dahin abspielte, enthüllte eine Gruppe von Kolleginnen, die sich zur Kandidatur auf der ÖTV-Liste bereit erklärt hatte, in einem für die Mitgliederversammlung bestimmten Flugblatt. Die Kolleginnen kritisierten, daß die ÖTV-Führer selbstherrlich sich auf das Listenwahlverfahren festgelegt und dann die Annahme der Kandidatenmeldungen im Eilverfahren durchgezogen haben. – So werden Tatsachen geschaffen. Vor allem aber enthüllte die Gruppe der Kolleginnen, daß auf einer Vertrauensleutesitzung vor der Mitgliederversammlung vom 10.1. eine Reihung der ÖTV-Kandidaten vorgenommen wurde, bei der nur diejenigen Kollegen auf den aussichtsreichen Plätzen standen, die bekanntermaßen der Politik der DKP nahestehen. Alle anderen Strömungen im Betrieb waren dagegen auf die hinteren Plätze gedrängt worden.

Auf der Mitgliederversammlung bekamen diese Funktionäre prompt die Quittung ihrer Macht- und Mauschelpolitik präsentiert: Der selbsternannte Listenführer rutschte auf Platz sechs und die anderen Leute seiner Mannschaft auf recht weit hinten liegende Plätze. Dagegen kamen drei der Kolleginnen, die die Kritik geführt hatten, unter die ersten zehn. Drei weitere Kolleginnen aus dieser Gruppe wurden ins „Mittelfeld" gewählt.

Obwohl die Gewerkschaftführer selbst ausdrücklich festgelegt hatten, daß auf der Mitgliederversammlung die „endgültige Wahl" der ÖTV-Liste stattfinden sollte, haben sie diese zweifellos demokratische Wahl nicht anerkannt und einen zweiten Wahlgang verordnet!

In einem erneuten Mitteilungsblatt der Bezirksverwaltung wurden die ÖTV-Mitglieder der „Vereinigung" zur „endgültigen B r i e f wahl" aufgerufen. Am 8. Februar sollte dann die ÖTV-Liste „endültig" stehen.

Doch es kam immer verrückter. Anstelle eines Wahlergebnisses wurde den ÖTV-Gewerkschaftsmitgliedern der „Vereinigung" ein Schreiben der Bezirksverwaltung zugestellt, in dem zu einer dritten „endgültigen Wahl" aufgerufen wird. Die Begründung der ÖTV-Führer ist so unglaubwürdig, wie sie klingt: Durch den Hafenarbeiterstreik überfordert, hätte der Versandauftrag für die Wahlunterlagen nach außen vergeben werden müssen, *„und dabei ist es vorgekommen, daß einige ÖTV-Mitglieder die Wahlunterlagen doppelt erhalten haben.*

Aufgrund dieser Situation ist eine Wahlmanipulation nicht ausgeschlossen ..." – Das meinen wir auch.

Nur w e r manipuliert hier wohl die Wahl? Wie soll man das denn anders nennen, wenn der dritte „endgültige Wahlgang' sich als Urnenwahl entpuppt, bei der niemand anders als die Funktionäre unter den Kandidaten (!) selbst mit mit den Urnen durch die Heime gezogen sind und die Stimmzettel eingesammelt haben! ...

Wenn das keine Wahlmanipulation ist, was dann? Die oppositionellen ÖTV-Kandidaten, die sich noch einmal mit einem Flugblatt an die Mitgliedschaft gewandt hatten („Wir wollen uns engagieren!") hatten bei d i e s e r Wahl keine Chance. Von ihnen gehörte keine zum Funktionärskörper, sie hatten als Möglichkeit, den Wahlkampf beim Urnengang fortzusetzen.

Diese Liste ist bereits seit drei Jahren mit einem Kollegen im BR vertreten. Schon jetzt zeichnen sich für die Liste gute Chancen ab, in den neuen BR zwei Vertreter zu entsenden: In nur 30 Heimen (von 185 !) konnten ca. 180 Unterschriften gesammelt werden.

Für diesen günstigen Wahlauftakt gibt es nur eine Erklärung:

In rund 20 Informationsblättern (verbunden mit vielen Kollegentreffen über Elternarbeit im KTH, die „Spar"politik des' Hamburger Senats, Rationalisierungsmaßnahmen, Tariffragen und die verschiedensten Formen politischer Unterdrückung) wurden Probleme aus den Heimen, der Gewerkschaft und dem BR angesprochen.

Damit wurde das Versprechen vor der letzten Betriebsratswahl wahrgemacht, in 'der Belegschaftsvertretung keine „Stellvertreter "-politik zu machen, sondern konsequent an den Forderungen der Kollegenschaft festzuhalten und diese ständig „auf dem Laufenden" über Verhandlungen bzw. Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung zu halten.

„angepackt" – das ist nicht nur eine echte Alternative auf dem Stimmzettel bei der diesjährigen Betriebsratswahl – sondern das sollte vor allem auch als Aufforderung verstanden werden, tagtäglich den Widerstand gegen Mißstände und Ungerechtigkeiten in den Heimen der „Vereinigung" zu organisieren.

Broschek

In der Hamburger Tiefdruckerei Broscheck (ca. 620 Beschäftigte) stellte sich 1975 eine Gruppe linker Kollegen als „Liste Argumente" mit einem Programm zur Wahl, das Forderungen enthielt wie: Ablehnung von Kündigungen, Information an die Belegschaft, Umsetzungen ohne Lohneinbuße, gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Die „Liste Argumente" erhielt bei der 75er Betriebsratswahl 38 % der Stimmen, bzw. 4 von 9 Arbeitersitzen bei insgesamt 11 Betriebsratsmandaten. Sie war damit als stärkste Liste aus der Wahl hervorgegangen. Diese Tatsache wurde von den 7 Betriebsräten der anderen drei Listen respektiert und ein Betriebsrat der „Argumente-Liste" wurde zum freigestellten Vorsitzenden gewählt.

Wie kaum in einem anderen Betrieb versuchte der Unternehmer den Erfolg der Linken bei Broscheck durch Einschüchterung, Rausschmisse und eine wahre Prozeßflut noch nachträglich zu „korrigieren": Der BR-Vorsitzende wurde wegen „parteipolitischer Betätigung" fristlos gekündigt (sie hatten eine antifaschistische Resolution der Deligiertenversammlung der IG-Druck und Papier vorm Betrieb verteilt), außerdem wurde gegen ihn und einen zweiten linken Betriebsrat ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet (s. AK 124).

sche Resolution der Deligiertenversammlung der IG-Druck und Papier vorm Betrieb verteilt), außerdem wurde gegen ihn und einen zweiten linken Betriebsrat ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet (s. AK 124).

Eine weitere Kündigung und ein Amtsenthebungsverfahren laufen noch. Ein Betriebsrat hat diesem Druck nicht standgehalten und von sich aus gekündigt, ein weiterer hat sich sehr weitgehend zurückgezogen. Außerdem zettelte die Geschäftsführung weitere „Absicherungsprozesse" an wegen Beleidigung, Verleumdung, etc. , so daß jeder der linken Betriebsräte gleich mehrere Prozesse am Hals hat. Dazu kam dann noch, daß drei Betriebsräte und zwei Vertrauensleute aus der IG Druck und Papier ausgeschlossen wurden, weil sie 1976 zum Streik der Drucker ein Streikinfo herausgegeben hatten , in dem die Politik der DruPa-Führung kritisiert worden war.

Diese brutale Einschüchterungskampagne hatte zeitweilig dazu geführt, daß der Kreis der „Argumente"gruppe immer kleiner wurde und eine gewisse Isolierung der Linken zu verzeichnen war. Bezeichnend für diese Situation war die Tatsache, daß die Betriebszeitung der Linken „Argumente" fast ein Jahr lang nicht erschienen ist.

Diese Isolierung konnte aber wieder durchbrochen werden, die „Argumente" wurden wieder herausgegeben und es konnten einige kleine Erfolge erzielt werden: So hatten mehrere linke Betriebsräte die Arbeitsverträge der Frauen in der Buchbinderei bei der Geschäftsleitung eingesehen, was dazu führte, daß die Geschäftsführung von sich aus höhere Löhne zahlte, bevor die Betriebsräte veröffentlichen konnten, daß die Frauen in der Vergangenheit zuwenig bezahlt bekommen hatten. Außerdem wurde im Betriebsrat durchgesetzt, daß alle Protokolle veröffentlicht werden, auch mit Angaben über Abstimmungsergebnisse und der Wiedergabe unterschiedlicher Meinungen im Betriebsrat. Weiterhin sorgten im wesentlichen die linken Betriebsräte dafür, daß die Betriebsvereinbarungen über die Besetzung der Schichten eingehalten werden.

Die Hauptauseinandersetzung, die gegenwärtig die Diskussion im Betrieb bestimmt, dreht sich um die Frage der Persönlichkeitswahl oder Listenwahl bei den diesjährigen Betriebsratswahlen: im Februar erklärte die „Argumente"-Gruppe, daß sie sich für Persönlichkeitswahl einsetzen würde. Anfang März trafen sich knapp 20 Kandidaten und sprachen sich im Beisein der linken Ortsvereinsvorstandes der DruPa mit 10 : 8 für Persönlichkeitswahl aus. Der Verzicht der DruPa-Liste ist zu begrüßen, weil sonst DruPa-Mitglieder gegen die Ausgeschlossenen kandidiert hätten. Andererseits zeigt das Abstimmungsergebnis, daß unter den Kandidaten – im Gegensatz zur Stimmung in der Belegschaft – die Mehrheit für Persönlichkeitswahl nur knapp ist.

Auch im Betriebsrat fand der Vorschlag der „Argumente"-Gruppe, die Kandidaten in Persönlichkeitswahl nach alphabetischer Reihenfolge aufzustellen, keine große Gegenliebe: die Mehrheit sprach sich für die Vorauswahl nach dem Gesichtspunkt der Abteilungszugehörigkeit aus. Eine ganze Reihe der rechten Betriebsräte scheinen davon auszugehen, daß ihre Chancen, wieder gewählt zu werden, bei einer Persönlichkeitswahl sehr gering sind.

Auch die Geschäftsleitung hat offenbar ein starkes Interesse daran, die Persönlichkeitswahl zu verhindern: ein Abteilungsleiter zimmerte nach dem Beschluß der Kandidatenversammlung in Windeseile eine Liste zusammen, was er damit begründete, daß bei einer Persönlichkeitswahl die „falschen Leute" in den Betriebsrat gewählt würden, z.B. Kandidaten der „Argumente"-Gruppe!

Nach diesem von höchster Stelle gegebenen Startschuß für Listenwahl, zogen die rechten Betriebsräte nach. Es wird aller Voraussicht nach 4 Listen geben: drei, auf denen (jeweils auf Platz 1 und 2 sich die alten rechten Betriebsräte wiederfinden und eine, auf der die „Argumente"-Kollegen zusammen mit neuen Kollegen kandidieren, die sich die Fortsetzung der linken Betriebsratsarbeit zum Programm gemacht haben.

hageba/coop

Die hageba ist eine Dienstleistungsgesellschaft des co op Konzerns, die im Zusammenhang mit der Umorganisierung und Rationalisierung der co op Spitzenunternehmen (GeG und „Bund deutscher Konsumgenossenschaften") als sogenanntes „Profit Center" (das bedeutet, daß eine Vielzahl von ehemaligen Abteilungen in rechtlich selbständige eigenbilanzierende und Gewinn zu erwirtschaftende Gesellschaften umgewandelt wurden) gegründet wurde. Die hageba umfaßt die für das Immobilienwesen im weitesten Sinne tätigen Bereiche (Grundstücksverwaltung, -beschaffung, Bauplanung und Durchführung).

Die hageba ist heute eine 100%ige Tochtergesellschaft der co op Zentrale AG in Frankfurt.

Nach der Gründung Mitte 1974 wurde in der hageba ein linker Betriebsrat gewählt, der von Anfang an eine relativ kontinuierliche Informationsarbeit geleistet hat und bei den zutreffenden Entscheidungen die Kollegen mit einbezog.

Er äußerte sich auch öffentlich gegen das „Mitbestimmungsmodell", woraufhin sich die Kollegen an den zwei bisher stattgefundenen Aufsichtsratswahlen nicht beteiligten (das Wahlmännerverfahren ablehnten, worauf gar keine Aufsichtsratswahlen durchgeführt wurden).

Von Anfang an stand dieser Betriebsrat in Konfrontation mit der Geschäftsleitung, weil sofort nach den ersten Betriebsratswahlen 1974 ständig Rationalisierungen, Massenentlassungen und Betriebsänderungen durchgezogen wurden.

So wurde die Belegschaft innerhalb der letzten 3 1/2 Jahre von rund 130 auf jetzt etwas über siebzig Kollegen verringert.

Der Betriebsrat schaffte es allerdings, eine Reihe dieser Pläne durch geschicktes Taktieren, durch Ausnutzen aller gesetzlichen Möglichkeiten zum Teil erheblich in die Länge zu ziehen, wodurch die Kollegen mehr Zeit für die Suche nach neuen Arbeitsplätzen zur Verfügung stand, oder

Taktieren, durch Ausnutzen aller gesetzlichen Möglichkeiten zum Teil erheblich in die Länge zu ziehen, wodurch die Kollegen mehr Zeit für die Suche nach neuen Arbeitsplätzen zur Verfügung stand, oder

auch in einzelnen Fällen Kündigungen zu verhindern. Obwohl die Geschäftsleitung insgesamt ca. 50 Kündigungsanträge stellte, stimmte der Betriebsrat keinem einzigen zu. Durch diese Widersprüche bei Kündigungen erhielten die Kollegen bessere Chancen bei Kündigungsschutzprozessen, wodurch sie wenigstens Abfindungen erstreiten konnten.

In dieser Situation: Rationalisierung, Entlassungen und Drohung mit Auflösung des hageba-Betriebes, fanden die Betriebsratsneuwahlen statt.

Obwohl es in der Vergangenheit und speziell vor diesen Wahlen keine Meinungsverschiedenheiten über den Kurs des alten Betriebsrates sowohl im Betriebsrat als auch in der Belegschaft gegeben hat, war das Wahlergebnis doch überraschend: So sind nur zwei Kolleginnen des alten Betriebsrates wiedergewählt worden und der ehemalige Vorsitzende wurde abgewählt.

Vor den Wahlen hatte sich die große Mehrheit der Kandidaten auf ein Programm geeinigt, das sich an der Politik des alten Betriebsrates orientierte. Ständige Information, Einbeziehung der Kollegen, Ausschöpfung aller gesetzlichen Möglichkeiten usw., das waren die Hauptpunkte.

Eine Auseinandersetzung über die Arbeit des Betriebsrates sowie über kontroverse Vorstellungen der Kandidaten hat es nicht gegeben. So entschieden überwiegend die Sympathien der Kollegen, die auch noch durch eine völlig andere Struktur des Betriebes – durch Entlassungen und Auflösung von Abteilungen anders als bei den BR-Wahlen 1975 bestimmt waren.

Was die Abwahl des ehemaligen Vorsitzenden angeht, hat in diesem Fall eine seit mehr als zwei Jahren gegen diesen Kollegen von seiten der Geschäftsleitung inszenierte Disziplinierungskampagne ihre Wirkung leider nicht verfehlt.

Nach dem Gewerkschaftsausschluß des ehemaligen Vorsitzenden 1975 (er und ein weiterer Kollege hatten sich gegen die Rationalisierung und Entlassungen öffentlich geäußert), konnte auch die Geschäftsleitung loslegen:

Verweise wegen angeblicher parteipolitischer Betätigung, Ausschneiden von Zeitungsartikeln, die nicht unmittelbar mit der Betriebsratsarbeit zusammenhingen, Nichtgewährung von Gehaltserhöhungen, die er erst gerichtlich durchsetzen mußte usw. Insgesamt hat die Geschäftsleitung eben versucht, den Vorsitzenden stellvertretend für die Politik des Betriebsrates zu disziplinieren. Als letzten Akt hat sich die Geschäftsleitung nach der nichterfolgten Wiederwahl jetzt den Abschuß d.h. die Kündigung dieses Kollegen vorgenommen.

Obwohl auch der neue Betriebsrat einige Garantien dafür bietet, daß der bisherige Kurs nicht geändert wird, zeigt die Neuwahl, daß die Belegschaft in erster Linie nicht nach den Leistungen in der konkreten Arbeit der alten Betriebsratsmitglieder gegangen sind, sondern, daß z.T. abteilungsbezogen gewählt wurde oder schlicht Sympathien den Ausschlag gegeben haben.

Metall

Hamburger Arbeiterschaft vom VS durchleuchtet

Einer der berüchtigsten Hamburger Betriebe, das Stahlwerk HSW, ist um einen Skandal reicher. Der Geschäftsführer des 800-Mann-Betriebes, Peter Kehl, gab vor kurzem zu, daß die Belegschaft vom Verfassungsschutz überwacht wird. Kehl gegenüber der „Hamburger Morgenpost" (11.3.): *„Soweit ich übersehen kann, sind alle neueinzustellenden gewerblichen Mitarbeiter auf besonderen Formularen des Verfassungsschutzes an die Behörde gemeldet worden. Lagen Erkenntnisse vor, wurde der Betroffene vor Ablauf der Probezeit entlassen."* Und mit Krokodilstränen und Unschulds-Miene fügt er hinzu: *„Glauben Sie mir, ich bin erschüttert. Ich habe von alledem nichts gewußt!"* – Wer's glaubt, wird selig....

Mit dem erst jetzt enthüllten Skandal ist ein neuerliches Schlaglicht auf die äußerst brutale Personalpolitik dieser berüchtigten Knochenmühle gefallen. Seit der Inbetriebnahme Anfang der siebziger Jahre reißt die Liste der politischen Entlassungen nicht ab. Dem Entlassungsterror zum Opfer gefallen sind u.a. der frühere Betriebsratsvorsitzende Michael S., dessen Kündigung bis hinauf zur 3. Instanz (Bundesarbeitsgericht) für unrechtmäßig erklärt wurde – er kam trotzdem nicht mehr in den Betrieb. Ebenso erging es 1974 der gesamten fortschrittlichen Vertrauenskörperleitung, die fristlos entlassen wurde. Auch diese Kollegen gewannen alle Arbeitsgerichts-Prozesse, ohne wieder in den Betrieb zu gelangen. Reihenweise wurden Vertrauensleute gefeuert, sowie unzählige „einfache" Kollegen. Jede oppositionelle Regung wird drakonisch verfolgt. Nach der Ausschaltung ausnahmslos aller fortschrittlichen Gewerkschafter ist es der Geschäftsleitung gelungen, die betrieblichen Vertretungsorgane mit völlig willfährigen Leuten zu besetzen, die diese Personalpolitik total abdecken. Seit Jahren hat der Betrieb deshalb auch eine besonders hohe „Fluktuation."

Wie jetzt bekannt wurde, hat der Verfassungsschutz daran seinen Anteil. Nach den Worten von Geschäftsführer Kehl hat die Zahl der Bespitzelungen *„im Jahr durchaus bei etwa 100 gelegen"*, genannt wird auch die Zahl von 200 bis 400 im Jahr, in einem Zeitraum ab 1973. Die Folgen beschreibt die „MoPo" so: *„In der Tat: Für die Betroffenen hatten die Überprüfungen oft genug die Konsequenzen, die einem Berufsverbot gleichkamen. Es gibt Beispiele dafür, daß sie nach ihrer vorzeitigen Entlassung auch bei anderen Hamburger Betrieben nicht mehr unterkommen konnten."*

Trotz dieser inzwischen offenkundigen Tatsachen hatte der stellvertretende Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes H.J.Pietsch (FDP) die Unverfrorenheit, die Bespitzelungen zu bestreiten: *„Pauschale Überprüfungen hat es bei HSW nie gegeben. Nur 1973, als dort Bombendrohungen eingingen, haben wir den Betrieb (damals 1.000 Mann) einmal ganz durchgecheckt. Spätere Überprüfungen blieben Einzelfälle."*

Im Zuge der Aufdeckung dieser Bespitzelungen wurde auch bekannt, daß es in rund 100 Hamburger Betrieben „völlig normal" ist, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter vom Verfassungsschutz kontrolliert werden, in den allermeisten Fällen ohne ihr Wissen und natürlich ohne ihr Einverständnis. Auf einer vom Bundeswirtschaftsministerium erstellten Liste befinden sich als sog. „sicherheitsempfindliche Betriebe" sämtliche Versorgungsunternehmen sowie Betriebe mit Rüstungsproduktion. Dazu gehören u.a. solch bekannte Namen wie MBB, Philips, Siemens, Blohm + Voss, HDW. Vorausgesetzt, diese „Morgenpost"-Informationen entsprechen so voll den Tatsachen, werden die Blohm + Voss-Kollegen sogar durch die Betriebsleitung regelrecht getäuscht. In den letzten Monaten erfolgten innerbetrieblich zahlreiche Umsetzungen von Kollegen in den Panzerbau. Die betroffenen Kollegen mußten vorher eine „Einverständniserklärung" abgeben, daß sie eine Sicherheitsüberprüfung durch den Militärischen Abschirm-Dienst (MAD) über sich ergehen lassen würden. Nicht mitgeteilt würde den Kollegen, daß sie bereits vom Verfassungsschutz durchleuchtet worden sind. "1984"? – Schon heute!

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Duisburg: Thyssen will Drahtstraße stillegen

Rund 350 bis 500 Arbeitsplätze auf einen Schlag will der Stahlriese Thyssen vernichten. In einer Überprüfung der Thyssen Niederrhein AG sind die Konzernherren zu der Auffassung gekommen, daß die Drahtstraße III im Duisburger Stadtteil Hochfeld „unwirtschaftlich" arbeite.

Schon vor mehreren Monaten war das Ergebnis dieser Untersuchung gerüchteweise bekannt geworden und hatte zu einiger Unruhe in der Belegschaft geführt. Die Kollegen hatten gegen die von der Profitlogik diktierten Absichten am 3. November letzten Jahres mit einem Kurzstreik protestiert. Anfang des Jahres konnten die Kapitalisten vom Betriebsrat die Zustimmung zu einem fünfmonatigen Blockstillstand erreichen; sie versprachen, daß so die Arbeitsplätze gerettet werden könnten. Wieviel solchen Kapitalistenversprechen geglaubt werden kann, bewies nunmehr der Aufsichtsrat mit seinem Stillegungsbeschluß.

Mehrere hundert Kollegen protestierten am 28. Februar gegen diese Bedrohung ihrer Existenz.



Drahtstraße III muß erhalten bleiben!

Storno, Flensburg:

Teure Maties und

Storno, Flensburg:

„Teure Matjes und Erbsensuppe"

Jeweils 3400 bis 3500 DM erhalten drei der fristlos gekündigten Storno-Arbeiterinnen. Die anderen drei haben den Prozeß gewonnen und bekommen Lohnnachzahlung.

So entschied das Landesarbeitsgericht am 13. März in 2. Instanz. Die erste Instanz hatten die Kolleginnen sofort gewonnen. Doch Storno-Electronic war in Berufung gegangen.

Da während des Prozesses deutlich wurde, daß das Gericht die fristlose Kündigung zwar zurückweisen, einer fristgemäßen Kündigung jedoch zustimmen würde, nahmen drei der Kolleginnen die Abfindungssumme an. Einerseits hatten diese Kolleginnen im Unterschied zu den anderen drei keinen besonderen Kündigungsschutz, zum anderen ist eine Abfindung in dieser Höhe relativ viel, da bei solchen Prozessen Abfindungen von 500 bis 700 DM „normal" sind. Die drei Kolleginnen, die zu den BR-Wahlen im Oktober vergangenen Jahres kandidiert hatten, gewannen den Prozeß, da ihnen eine fristgemäße Kündigung wegen ihres besonderen Kündigungsschutzes nicht ausgesprochen werden kann.

Im Verlauf des Prozesses legte der Richter ein sehr eigenartiges Verhalten an den Tag. Zum einen zeichnete er sich dadurch aus, daß er, noch bevor überhaupt ein Zeuge vernommen worden war, von „Unkorrektheiten" in der Kantine sprach („Darüber brauchen wir gar nicht diskutieren, das glaub' ich ihnen sowieso nicht"). Zum anderen verhielt er sich durchweg frauenfeindlich. Die sechs Frauen waren für ihn „kleine Mädchen", eine Zeugin nannte er „klein und mickrig". Zudem stellte er einer der sechs Frauen unverschämte Fragen in Bezug auf ihr Privatleben. Z.B. wollte er wissen, wie lange ihr Mann arbeitslos sei. Als sie dies nicht sofort wußte, kommentierte er sinngemäß: „Man muß doch wissen, wie lange einem jemand auf der Pelle liegt, oder leben sie nicht mehr zusammen?"

In absehbarer Zeit wird nun für die drei Kolleginnen, die die zweite Instanz gewonnen haben, der nächste Prozeß anstehen. Denn wie schon berichtet, wurden sie am 27. Februar zum zweiten Mal fristlos gekündigt mit Begründungen wie „Geschäftsschädigung", „grober Beleidigung" und „Verleumdung". Die Kolleginnen hatten Informationsmaterial über ihren „Fall" zusammengestellt und es dabei gewagt, Storno-Electronic beispielsweise „Unternehmerwillkür" vorzuwerfen! Wie kann frau auch! 6 fristlose Kündigungen wegen Matjes und Erbsensuppe – Unternehmerwillkür?

Erfreulich ist, daß der „Fall Storno" nun auch in Schleswig-Holstein eine ihm gebührende Publizität gefunden hat. Am Abend des Prozesses wurde das Ergebnis in den Regionalnachrichten bekanntgegeben und in der Regionalsendung „Umschau am Abend" ein längerer Beitrag gehalten, der das Vorgehen der Geschäftsleitung mit „mittelalterlichen Praktiken" verglich.

Nicht zu verhehlen war auch hier die Schadenfreude, als der Redakteur meinte, ein Essen im Maxime in Paris für 300 DM sei gegen Matjes und Erbsensuppte bei Storno wirklich spottbillig, – denn die kosten Storno immerhin 20.000 DM! Inzwischen haben auch die „Kieler Nachrichten" über die Pleite der Storno-Geschäftsleitung vor Gericht berichtet.

Die nächste Runde vor Gericht wird ohne Frage noch interessanter. Die Kolleginnen brauchen dann noch mehr Solidarität!

FSG-Storno-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

beschluß.
Mehrere hundert Kollegen protestierten am 28. Februar gegen diese Bedrohung ihrer Existenz.
timmt gegen
Drahtstraße III muß erhalten bleiben!

Chemie

Erneute Beitragskampagne der IG Chemie in Hamburg

Am 22.2.78 beschloß der Verwaltungsstellenvorstand der IG Chemie, daß ab 1. April alle neuaufgenommenen Mitglieder 1 % ihres Bruttotarifeinkommens (einschließlich außertariflicher Zulagen!) als Beitrag zu zahlen haben. Damit wird einem entsprechenden Beschluß des Gewerkschaftstages 1977 Rechnung getragen. Gleichzeitig kündigt der Verwaltungsstellenvorstand an, daß auch in Zukunft weitere Beitragskampagnen gestartet werden, um dieses Ziel zu erreichen. Besonders frech wird behauptet, daß die Metall-, Hafen- und Druckkollegen nur deshalb streikbereit waren bzw. sind, weil sie einen satzungsgemäßen Beitrag zahlen würden! Die Demagogie in dieser Behauptung liegt darin, daß gerade die IG Chemie zuletzt daran denkt, dieses Jahr für höhere Löhne zu streiken, wie die bereits jetzt laufenden Geheimverhandlungen und entsprechende Äußerungen Hauenschilds (Vorsitzender der IG Chemie) zeigen (s. dazu Artikel in diesem AK).

Wir haben uns immer gegen die Beitragskampagnen der Gewerkschaftsführung gewandt, weil zum einen die Verfügungsgewalt über die Beiträge ausschließlich der Vorstand hat und diese Gelder in erster Linie verwendet werden zum Ausbau und Unterhalt des Funktionärapparates. Die „Leistungen" der IG Chemie, z.B. der Rechtsschutz oder Bildungsveranstaltungen für die breite Masse der Mitglieder sind entsprechend mies. Zum anderen werden bei der Beitragsfestsetzung soziale Gesichtspunkte wie Anzahl der Kinder etc. nicht berücksichtigt.

Bekannt ist schließlich auch, daß die Beitragskampagnen der Gewerkschaftsführung regelmäßig dazu führen, daß Mitglieder ausgeschlossen werden oder aus Protest aus der Gewerkschaft austreten. Nicht umsonst hat die IG Chemie bundesweit, aber auch in Hamburg, eine Fluktuation von nahezu einem Drittel (!) jährlich. Wir meinen, daß diese Tatsache auch nicht zur Hebung der Kampfkraft beiträgt.

Chemiekomitee

Enka-Glanzstoff Stillegung in Wuppertal-Barmen droht

Der Vorstand der Enka Werke kündigte an, man wolle die Perlon-Produktion, die z.Zt. in Barmen und in Emmen (Niederlande) besteht, auf einen Produktionsort konzentrieren. Es ist lt. „Gewerkschaftspost" („gp") der IG Chemie vom März 1978 allerdings noch nicht entschieden, wo stillgelegt wird. Allerdings hat der Vorstand des Enka-Werkes Barmen eine Meldung in die Presse lanciert, wonach in Barmen bereits Sozialplan-Verhandlungen mit dem Betriebsrat laufen würden. („gp" 3/78). Der Betriebsrat dementierte diese Meldung sofort und wies auf die Vereinbarung aus dem Jahre 1975 hin, daß die Perlonproduktion auf beide Werke gleichmäßig verteilt werden soll. Die Einstellung der Perlonproduktion in Barmen würde auf die Wegrationalisierung von 700 (!) Kollegen hinauslaufen. Insgesamt sind derzeit 1200 Kollegen in Barmen beschäftigt.

Die Vertrauensleute gaben folgende Erklärung ab: *„Die Vertrauensleute der IG Chemie-Papier-Keramik werden zusammen mit dem Betriebsrat der Entlassung von Hunderten unserer Kolleginnen und Kollegen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten."* Weiter heißt es in dieser Erklärung *„Wir sind ein Werk mit Tradition. Dies gilt auch, wenn es um den Kampf zur Erhaltung der Arbeitsplätze geht."*

Damit deuten die Kollegen an, daß sie schon einmal erfolgreich die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze verhindert haben. 1972 ist in Barmen gestreikt worden, gleichzeitig ist in den Enka-Werken in den Niederlanden und in Belgien die Arbeit niedergelegt worden. An dieser Tradition muß angeknüpft werden, um die drohende Stillegung abzuwenden, egal ob sie jetzt in der BRD oder in den Niederlanden droht.

Chemiekomitee

Tarifrunde schon wieder gelaufen?

In diesem Jahr stehen der zum 31.12.77 gekündigte Manteltarifvertrag (MTV) und die in der Zeit vom 30.3.-30.4.1978 zu kündigenden Lohn- und Gehaltstarifverträge zu Verhandlungen an. Der Arbeitsring Chemie und die Gewerkschaftsführung sind sich einig, die Verhandlungen zu koppeln. Das bedeutet, daß von vornherein „zugunsten von arbeitsplatzsichernden Maßnahmen" auf notwendige Lohn- und Gehaltsforderungen verzichtet werden soll!

In einem Interview für die Zeitschrift „Der Arbeitgeber" erklärte Esser, Spitzenfunktionär des Arbeitsringes Chemie, man würde auch zum Mittel einer breiteren Aussperrung greifen, wenn die IG Chemie nicht auf die Wünsche und Vorstellungen der Chemie-Industrie eingeht. Entsprechend lief auch die erste Verhandlung mit der Manteltarifkommission der IG Chemie ab. Die Kapitalisten trugen ganz frech die „Bitte" vor, dieses Jahr die Verträge nicht zu kündigen. Diese Provokation wies die Gewerkschaftsführung in der „gp" 1/78 zurück.

In der zweiten Verhandlung stellten die Kapitalisten ein Ultimatum. Nur bei einer 3,5 %igen Lohnerhöhung wären sie bereit, über MTV-Forderungen zu verhandeln, da sie die feste Absicht haben, die Lohn- und Gehaltstarifverträge und den Manteltarifvertrag zusammen und zentral zu verhandeln.

An dieser Stelle hat sich der Hauptvorstand höchstpersönlich eingeschaltet. In dem Spitzengespräch vom 10.3.78 boten die Kapitalisten vorab einen Tag Urlaub für das Jahr 78 und zeigten verbal Bereitschaft über „arbeitsplatzsichernde Maßnahmen" zu verhandeln, wenn dieses „Angebot" in einer entsprechend niedrigen Lohn- und Gehaltsforderung berücksichtigt wird. Dieses „Angebot" ist die Grundlage für das kommende Spitzengespräch am 30.3.78. Da soll ein „tragfähiges" Ergebnis ausgehandelt werden und den bezirklichen Tarifkommissionen zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Sind die Tarifkommissionen damit einverstanden, so wird zentral weiterverhandelt. Wird das Ergebnis als nicht „tragfähig" erachtet, führen die bezirklichen Tarifkommissionen die Verhandlungen alleine weiter. Der Bezirk Berlin hat bereits zentrale Verhandlungen abgelehnt (FR, 11.3.).

Den Weg für die Koppelung der beiden Verträge hat die Gewerkschaftsführung schon von langer Hand vorbereitet. Hier die Kernsätze aus einem Rundschreiben an alle Funktionäre der Chemischen Indu-



Die „Hauptsorge" der Gewerkschaftsführung in der diesjährigen Tarifrunde

strie: *„Wenn die Arbeitgeber bereit sind, im Rahmen der MTV-Verhandlungen Vereinbarungen zu treffen, welche der Sicherung der Arbeitsplätze dienen, sollten die bezirklichen Tarifkommissionen bereit sein, diesem Tatbestand Rechnung zu tragen. Der Hauptvorstand empfiehlt den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und den Mitgliedern der Tarifkommissionen, bei der Aufstellung ihrer Forderungen eine Grenze von 7 Prozent nicht zu überschreiten. Gleichzeitig bittet der Hauptvorstand alle Vertrauensleute und Tarifkommissionsmitglieder, energisch allen von außerhalb unserer Organisation kommenden Forderungsempfehlungen wirtschaftlicher oder politischer Institutionen und Gruppierungen entgegenzutreten. Vor allem solchen, die ausschließlich aus agitatorischen Gründen gestellt werden und keinerlei Aussicht auf Realisierung haben."*

Diese „Empfehlung" von 7 % wird auf Funktionärsversammlungen mit dem Hinweis auf die zentrale Bedeutung von „arbeitsplatzsichernden Maßnahmen" massiv verkauft, wobei sich die Tarifkommissionen noch nicht mal darüber einig sind, was eigentlich Arbeitsplätze wirklich sichert. Kritiken an den Spitzengesprächen und der „Empfehlung" werden abgetan, indem auf die eigenständigen Entscheidungen der bezirklichen Tarifkommissionen hingewiesen wird, und daß der „Vorschlag" des Hauptvorstandes ja nur eine „Empfehlung" sei.

Durch die Blume wird dann auch konkret deutlich, wo es hingehen soll:

- 4 % mehr Lohn und Gehalt,
- 2 Tage Urlaub für alle
- „arbeitsplatzsichernde Maßnahmen".

Dies soll nur eine „denkbare Vorstellung" sein, – wie aus einem Beitrag eines Gewerkschaftssekretärs auf einer Hamburger Funktionärskonferenz hervorging. Die diesjährige Tarifrunde weiß die Gewerkschaftsführung auch für Beitragserhöhungen zu nutzen. In einem Brief an alle Funktionäre wird eröffnet, daß ab 1. April nur noch Mitglieder aufgenommen werden, die satzungsgemäßen Beitrag zahlen - 1 % vom Bruttolohn. Das aktuelle Klima von Streik und Aussperrung nutzend, wird argumentiert, daß nur der kampffähig ist, der satzungsgemäßen Beitrag zahlt. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß bei Aussperrung nur Gewerkschaftsmitglieder Unterstützung bekommen.

Sicher werden einige Kollegen auf dieser Grundlage jetzt so eine „Streik & Aussperrungsversicherung" abschließen. Hoffentlich zahlt sie sich aus.



„Schnipp". Sollen so die Tarifforderungen durchgesetzt werden? Farbiges DIN A3-Plakat der IG Chemie für den „Betriebseinsatz".

Wenn die bezirklichen Tarifkommissionen das Ergebnis des kommenden Spitzengespräches am 30.3.78 annehmen, dann ist die Tarifrunde gelaufen. Wieder einmal ohne die Kollegen.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen Gewerkschaftssekretär – Und jetzt Berufsverbot?

Kiel: Am 13. März hat der Kreisvorstand der ÖTV-Kiel beschlossen, beim Hauptvorstand einen Antrag auf Ausschluß des Kollegen Manfred Schwanbeck zu stellen.

Wie wir berichteten, war Manfred am 9. 2. in seiner Eigenschaft als hauptamtlicher Sekretär der ÖTV gekündigt und mit sofortigem Arbeitsverbot belegt worden. Angeblich soll er Mitglied einer Organisation sein, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fällt. Besonderrs empörend an diesem Fall: Etwaige »Erkenntnisse« überr Manfreds »Gewerkschaftsfeindlichkeit« wurden auf Anordnung der ÖTV-Bezirksleitung (Hans Schwalbach) vom Staatsschutz über Bespitzelungen, Wohnungsdurchsuchung etc. »besorgt«.

Mittlerweile ist auch erwiesen, daß die Gewerkschaftsführung, gemäß dem Ausspruch von Schwalbach, daß Manfred nur die Spitze des Eisberges sei, weiter gegen andere Kolleginnen und Kollegen ermittelt. Die »gewünschten Ergebnisse« sind bislang jedoch ausgeblieben.

Im Zuge dieser Säuberungs- und Einschüchterungsaktion hat die Bezirksleitung angeordnet, daß im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit bis auf zwei Ausnahmen keine Kieler »Teamer« mehr eingesetzt werden.

Darüberhinaus ist bekannt geworden, daß der Kreisjugendausschuß der Kieler ÖTV im Zusammenhang mit Manfreds Fall seinen Rücktritt erklärt hat. In einer Erklärung, die dem Kreisvorstand zugegangen ist, unterstreichen die Kolleginnen und Kollegen die guten Erfahrungen, die sie in der Zusammenarbeit mit Man fred gemacht habeh. Daran schließt sich ein pauschale Distanzierung von sämtlichen Organisationen an, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen. Der Rücktritt selbst wird mit anderen Schwierigkeiten begründet, die die Arbeit zu doll belasten würden!?

Auch wenn in der Erklärung der eigentliche Rücktrittsgrund nicht ausdrücklich genannt wird, so gehen wir doch davon aus, daß der Rücktritt Ergebnis des einschüchternden Vorgehens der ÖTV-Führung ist. Offensichtlich versucht der KJA durch sein Zurücktreten und seine eilfertige Distanzierung zu verhindern, auch nur irgendwie mit der ganzen Angelegenheit in Verbindung gebracht zu werden. Auch wenn wir diese Schritte für falsch halten, so sind wir uns doch darüber im Klaren, daß die Verantwortlichkeit hierfür bei den Leuten liegt, die systematisch daran arbeiten, freie Debatten und Auseinandersetzungen in der Gewerkschaft unmöglich zu machen.

Ein weiteres Ausschlußverfahren

Der gewerkschaftliche Unterstützungskreis »Solidarität mit Manfred Schwanbeck« hat dafür gesorgt, daß eine persönliche Erklärung Manfreds vor all den Betrieben verteilt wurde, für die er als Gewerkschaftssekretär zuständig war. Eine Reaktion hierauf: Die Kieler ÖTV-Spitze hat der HBV mitgeteilt, daß ein HBV-Kollege das Unterstützerflugblatt mit der Erklärung vor dem Rathaus verteilt haben soll. Gegen den Kollegen soll ein Ausschlußverfahren eröffnet werden!

ÖTV-Rausschmiß = Berufsverbot!

Bevor Manfred seine Sekretärsstelle bei der ÖTV angetreten hatte, war ihm zugesichert worden, daß er jederzeit an seinen alten Arbeitsplatz bei der Stadt zurück könnte.

M.S. hatte nach seiner Kündigung durch die ÖTV das Angebot des Personaldezernenten der Stadtverwaltung Kiel wahrnehmen wollen und sich dorthin zurückbeworben. Mit Schreiben vom 2.3.78 erhielt er jedoch eine Absage ohne Begründung. Bekanntgeworden ist nunmehr, daß die Absage auf direkte Intervention des Verfassungsschutzes erfolgte! Außerdem hat sich Hans Schwalbach nachweislich am Morgen des 1.3.78 – also einen Tag, bevor die Absage abgesandt wurde – im Büro des Personaldezernenten aufgehalten. Es ist somit eindeutig davon auszugehen, daß M.S. auch im öffentlichen Dienst ein Berufsverbot hat! Was das bedeutet, dürfte jedem klar sein, der weiß, wie begrenzt die Möglichkeiten der Verwendung einer Verwaltungsausbildung über den öffentlichen Dienst hinaus sind« (aus einem Brief der Kieler Russell-Initiative).

Ein Fall fürs Russell-Tribunal

Insbesondere aufgrund der offenen Zusammenarbeit von Gewerkschaftsführung und Staatsschutz hat sich die Kieler Russell-Initiative entschieden, dafür einzutreten, daß der Fall vors Tribunal kommt. Ein entsprechender Bericht über die Vorfälle ist der Jury zugegangen.

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit plant der gewerkschaftlicher Unterstützungskreis »Solidarität mit Manfred Schwanbeck« für den 22.3. eine Veranstaltung zum Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie. Neben Manfred Schwanbeck wird dort auch Günther Wöckner, BR-Vorsitzender von Reynolds Aluminium, sprechen. Diese Veranstaltung wird von der Russell-Initiative Kiel unterstützt.

Hier noch mal die Adresse des Unterstützungskreises:
Gewerkschaftlicher Unterstützungskreis »Solidarität mit Manfred Schwanbeck«
c/o H.G.Schmidt
Holtenauer Straße 67 a
2300 Kiel

KB/Gruppe Kiel

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die folgenden Ausführungen hätte ich lieber persönlich an Euch gerichtet. Dieses ist mir jedoch nicht möglich, weil ich von der ÖTV eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses zum 31.3.78 und ein sofortiges Arbeitsverbot erhalten habe. Das bedeutet, daß mir am 9.2.78 mit sofortiger Wirkung untersagt wurde, Funktionen und Aufgaben auszuüben, die mir aufgrund meiner hauptberuflichen Gewerkschaftstätigkeit übertragen wurden. Ich habe also keine Berechtigung mehr, an Euren Sitzungen teilzunehmen!

Die Art und Weise, in der die Kündigung und das Arbeitsverbot erfolgt sind und die Tatsache, daß Ihr hiervon offiziell bisher nicht in Kenntnis gesetzt worden seid, lassen es jedoch als notwendig erscheinen, daß ich Euch informierw. Ihr solltet Euch dann überlegen, ob Ihr diese Maßnahmen ohne Widerstand hinnehmen wollt oder nicht.

Die Kündigung erfolgte zwar ohne Begründung - was möglich war, weil ich mich noch in der Probezeit befand - sie hatte jedoch ausschließlich politischen Charakter. Ursache der Kündigung war eine Denunziation: ich gehöre einer Organisation an, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fällt, bzw. sei für diese tätig gewesen. Um diese Aussage zu untermauern, wurden mir einige vor Jahren von mir verfaßte Papiere vorgelegt und ein handschriftliches Konzept einer Faschismusanalyse, die ich auf Beschluß der DGB-Kreisjugendkonferenz für das DGB-Kreisjugendausschuß-Info erstellt hatte.
Außerdem wurde mir vom Kollegen Schwalbach (ÖTV-Bezirksleiter Nordwest) eröffnet, daß weitere "Erkenntnisse" gegen mich vorlägen. "Seine Leute" hätten ganze Arbeit geleistet. Die Beweise seien erdrückend. Er teilte mir mit, daß ich vor meiner Einstellung überwacht worden sei. Diese "Ermittlungen" seien jedoch ergebnislos verlaufen. Man habe jedoch noch nach meiner Einstellung die Beobachtungen fortgesetzt und hier seien die bestehenden "berechtigten Zweifel" an meinen politischen Ansichten und Tätigkeiten als begründet nachgewiesen worden.

In welcher Form hier vorgegangen wurde ist zB. daraus ersichtlich, daß der Verfassungsschutz vermutlich am 6.2.78 in meiner Abwesenheit meine Wohnung aufgesucht hat, eine genaue Beschreibung anfertigte und meinen Schreibtisch durchsuchte.
Kollege Schwalbach äußerte mir gegenüber ferner, daß die "Ermittlungen" fortgesetzt wurden, gerade weil ich "offensichtlich" nur die Spitze eines Eisberges sei. Daß diese Ankündigung nicht in den Wind geschlagen war, dafür spricht zumindest ein Indiz: An meinem früheren Telefonanschluß - ich bin zwischenzeitlich umgezogen - sitzt ein bedauernswerter Mensch, der Anrufe entgegen nimmt und sich mit dem Namen "Schwanbeck" meldet. Wer das sein kann mag sich jeder selbst überlegen.

Bedenklich an der Aussage des Kollegen Schwalbach erscheint mir auch, daß sie offensichtlich so zu deuten ist, daß auch gegen andere Kollegen "ermittelt" werden soll. Wir befinden uns also eindeutig in einer Phase, in welcher der Gewerkschaftsapparat (oder zumindest Teile davon) mit dem Verfassungsschutz auf vollen Touren gegen fortschrittliche Kollegen vorgeht, um diese aus der Gewerkschaft zu entfernen. Ich bin der Meinung, daß man diesen Methoden und Entwicklungen nicht tatenlos zusehen darf, weil sie für jeden politisch bewußten Gewerkschafter unerträglich sind!
Soweit ich selbst betroffen bin hätte ich angenommen, daß man eine Einschätzung meiner Person an den Inhalten und Aktivitäten festmacht, die ich im Rahmen meiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Tätigkeit vertreten oder unterstützt habe. Meine über sechsjährige aktive Gewerkschaftsarbeit und das Urteil der Kollegen, die mit mir zusammengearbeitet haben, scheint jedoch nicht im geringsten Berücksichtigung zu finden. Wichtiger scheint vielmehr zu sein, was Denunzianten und irgendwelche Spitzel äußern!

Sowohl von den von mir betreuten ehrenamtlichen Kollegen, als auch von den hauptamtlichen Kollegen wurde bisher keinerlei Kritik an meiner Arbeit geäußert. Im Gegenteil wurde mir auch von verschiedenen hauptamtlichen Kollegen versichert, daß man mit meiner Tätigkeit sehr zufrieden sei. Die Kündigung und das Arbeitsverbot haben also eindeutig und ausschließlich politischen Charakter und kommen einem Berufsverbot gleich!
Ich bin daher der Auffassung, daß Ihr die Kündigung, das Arbeitsverbot und die Methoden, wie diese zustande gekommen sind auf das schärfste kritisieren solltet und Euch überlegen müßtet, wie Ihr dagegen vorgehen könnt.
Ansonsten sanktioniert man derartige Maßnahmen und muß sich nicht wundern, wenn weiterhin fortschrittliche Kollegen aus der Gewerkschaft hinaus"gesäubert" werden. Offensichtlich haben einige hauptamtliche Funktionäre kein Interesse an konsequenter fortschrittlicher gewerkschaftlicher Arbeit und geraten bei ihr.. "Chaoten"hetze nur allzuleicht auf einen politischen Kurs, der einer erfolgreichen Interessenvertretung durch die Gewerkschaften nicht eben dienlich ist.

Mit kollegialen Grüßen ges. Manfred Schwanbeck

Ausschluß– ,,begründung"

»Lieber Kollege Schwanbeck! ! Der Kreisvorstand hat anläßlich seiner Sitzung am 13.3.1978 beschlossen, ein Ausschlußverfahren gegen dich einzuleiten. An und für sich sind dir die Tatsachen bekannt, die den Ausschlußantrag unumgänglich machen. Wir fassen sie trotzdem noch einmal zusammen.

Zunächst einmal wurdest du innerhalb der Probezeit bei uns entlassen, wobei der Grund von dir, und nicht von der ÖTV gesetzt wurde. Deine Entlassung war Gegenstand eines Flugblattes ,Solidarität mit dem Gewerkschaftssekretär Manfred Schwarnbeck —ÖTV mit Verfassungsschutz gegen Funktionär', das von einem sogenannten ,gewerkschaftlichen Unterstützerkreis Solidarität mit Manfred Schwarnbeck' am 1.3.78 vor Arbeitsbeginn am Rathaus verteilt wurde. Dieses Flugblatt enthält eine persönliche Stellungnahme von dir. Außerdem wird zu einer öffentlichen Versammlung dieses Unterstützerkreises aufgerufen. Das Flugblatt wurde unter anderem von unserem früheren Mitglied Bosholt verteilt, der wegen Zugehörigkeit zu einer vom Unvereinbarkeitsbeschluss erfassten Organisation bereits in früheren Jahren ausgeschlossen wurde. Weiterhin erschien ein Artikel im ,Arbeiterkampf 129' vom 20.2.78, dem Zentralorgan des ,Kommunistischen Bundes', in dem Vorwürfe gegen den Hauptvorstand der ÖTV wegen deiner Kündigung erhoben werden. Damit [!] ist die Zusammenarbeit zwischen dir und Organisationen, bzw. Gruppen erkennbar, die von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen erfaßt werden. Dein Verhalten ist außerdem als gewerkschaftsschädigend anzusehen. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse waren und sind dir als langjährigem Funktionär bekannt. Du hattest ihre Einhaltung mit Aufnahme deiner Tätigkeit bei uns unterschrieben. Im Kreise von Kollegen hast du geäußert, daß in deiner Sache noch eine bundesweite Aktion folgen würde.

Vorstehendes ist die Begründung, die der Kreisvorstand zu deinem Ausschlußantrag gibt.«

Udo Knapp ,,wegen Beleidigung des Spandauer Personalrats und übler Nachrede" verurteilt!

Das nachfolgende Flugblatt, das wir auszugsweise dokumentieren, wurde uns freundlicherweise vom ,,Komitee an der FHSS (Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik) gegen Berufsverbote und politsche Disziplinierungen" zur Veröffentlichung zugesandt. Die Genoss(inn)en schreiben uns dazu: ,,*Buback und die Folgen sind immer noch aktuell, und es ist wichtig, eine breite Öffentlichkeit über diesen Fall zu informieren.*

,,1000,- DM Geldbuße für Udo Knapp!"

,,Wie bekannt, ist Udo Knapp am 13.4.77 bei der Schweigeminute des Spandauer Personalrats für den ermordeten Herrn Buback sitzen geblieben. Folgen waren:

- *ein Flugblatt der Komba (eine rechte Spaltergewerkschaft - Anm. AK), in dem die ÖTV als 'linksradikale' Gewerkschaft diffamiert und Udo Knapp als 'Terrorist und Extremist' bezeichnet wird.*
- *Die ÖTV reagierte auf das Flugblatt gar nicht und schloß stattdessen Udo Knapp auf Antrag von fünf ÖTV-Personalratsmitgliedern als Sympathisanten von Terroristen aus der Gewerkschaft aus.*
- *Wegen einer Stellungnahme, die Udo Knapp zu den Vorgängen verteilte, - die ÖTV Spandau weigerte sich zu reagieren -- stellten die gleichen fünf Personalräte Strafantrag wegen Beleidigung und übler Nachrede.*

Udo Knapp hatte in einem Flugblatt u. a. festgestellt, daß der Personalrat angeblich moralisch verwahrlost sei, gegen Gesetze und damit gegen Interessen der Kollegen verstoße.

Am 16.2.78 fand der Prozeß vor dem Arbeitsgericht Tiergarten statt. Außer Udo Kanpp und seinem Rechtsanwalt Spangenberg waren 30 Kollegen als Zuschauer und 5 Personalräte als Zeugen gegen ihn anwesend (Prosche, Hopp, Ruckpual von der ÖTV, Niegisch von der Komba, Lietzke von der DAG).

Udo Knapp hat seinen Fall dargestellt und an einigen Beispielen belegt, wie der Personalrat seiner Meinung nach gesetzeswidrig und moralisch verwahrlost arbeitet. Seine Beispiele waren korrekt, aber mit genauen Daten (wann, wo, wer mit wem) nicht versehen. Das Gericht akzeptierte aus diesem Grunde die Beweise nicht.

Daran änderte auch nichts, daß die Personalräte sich bei ihrer Vernehmung in Widersprüche verwickelten. Uns fiel auf, daß alle Personalräte ... untereinander abgesprochen auftraten. Wenn der Richter nach-

genauen Daten (wann, wo, wer mit wem) nicht versehen. Das Gericht akzeptierte aus diesem Grunde die Beweise nicht.

Daran änderte auch nichts, daß die Personalräte sich bei ihrer Vernehmung in Widersprüche verwickelten. Uns fiel auf, daß alle Personalräte ... untereinander abgesprochen auftraten. Wenn der Richter nach-

hakte, zogen sie sich auf ihre Schweigepflicht zurück und bekamen rote Köpfe. Manchmal war es richtig peinlich. Uns fiel auch auf: Die ÖTV scheint sich eher mit den konservativen Vorstellungen der Komba über die 'linksextreme' ÖTV zu identifizieren. Sie schließt ihre Mitglieder aus, anstatt gemeinsam mit ihnen diese Angriffe zurückzuweisen.

Nach zweistündiger Verhandlung schlug der Richter Udo Knapp folgende Alternativen vor:

- *zuzugeben, daß die Äußerungen strafbar waren und ein Bußgeld von DM 1000,- bezahlen; dann wird das Verfahren ohne Verurteilung, d. h. ohne Vorstrafe eingestellt,*
- *auf den Äußerungen beharren, verurteilt werden, auch 1000,- DM zahlen, aber Eintrag ins Strafregister."* Udo Knapp entschied sich für die erste Möglichkeit.

Die Kollegen, die beim Prozeß anwesend waren, haben sich spontan dazu entschlossen, für Udos Strafe zu sammeln. Spenden können eingezahlt werden auf:

Konto der Berliner Bank, Konto-Nr. 6476951800, E. Schwartz,
Sonderkonto Komitee gegen Berufsverbote
Postscheckkonto der Bank: Berlin West, 220 00 - 102, Stichwort: Udo Knapp.

P.S.: Auch der ,,Arbeitgeber" ruhte nicht: Nachdem Udo die Leitung des Ferienlagers Fallingbostel im Sommer 77 entzogen und viele Bewerber für Ferienmaßnahmen des Senats politsch überprüft und auch abgelehnt worden waren, ist Udo jetzt vom Bezirksamt Spandau in die Familienfürsorge als Sozialarbeiter versetzt worden, und zwar just mit der Wirkung seines Prozeßdatums. - Zufall? ,,*Das Bezirksamt hat nach der ersten Versetzung (von Udo Knapp - Anm. AK) in die Familienerholung in 1.Instanz beim Arbeitsgericht verloren. Damit war es verpflichtet, Udo auf seine alte Stelle als Sachbearbeiter für Politsche Bildung zurückzuversetzen. Da das Bezirksamt in Berufung gegangen ist, mußte Udo Knapp erstmal weiter in der Familienerholung arbeiten. Er hat den Stadtrat Gabriel und die Amtsleitung darauf hingewiesen, daß er noch einen besonderen Kündigungsschutz und Versetzungsschutz genießt. Dies wurde unbeachtet gelassen. Auch der Personalrat hat der neuerlichen Versetzung zugestimmt. ... Udo Knapp hat auch gegen diese Versetzung beim Arbeitsgericht Klage eingereicht*" (zitiert nach dem FHSS-Flugblatt).

Solidarität mit Udo Knapp!

ÖTV - Kommission
KB/Gruppe Hamburg

lassen. Auch der Personalrat hat der neuerlichen Versetzung zugestimmt. ... Udo Knapp hat auch gegen diese Versetzung beim Arbeitsgericht Klage eingereicht" (zitiert nach dem FHSS-Flugblatt).

Solidarität mit Udo Knapp!

ÖTV - Kommission
KB/Gruppe Hamburg

,,Erfahrungsberichte und Dokumente zur Situation Westberliner Ferienmaßnahmen einiger Bezirksämter, 1977"



Das Komitee an der FHSS hat eine Broschüre mit obigem Titel herausgebracht. Die Ferienlagerbetreuer beschreiben darin ihre Arbeit in den einzelnen Lagern und ihre Schwierigkeiten bei der Einstellung.

,,Diese Broschüre ist gedacht für zukünftige Bewerber, für die Eltern der Kinder, für alle Leute, die an Erfahrungsberichten von politischen Willkürmaßnahmen der Bezirksämter interessiert sind."

,,Wir schreiben in erster Linie über die Einstellungspraxis der Bezirksämter . . . : (wie) frühzeitiges Absenden der Bewerbungsunterlagen; intensive, unbezahlte Vorbereitung; Hinauszögern des Abschlusses des Arbeitsvertrages bis zur letzten Minute; die Überprüfung des Bewerbers auf seine Verfassungstreue und die Art und Weise, wie die Bezirksämter mit angeblich belastendem Material, die eine Einstellung verhindern, umgehen. Wir schreiben weiterhin über Probleme mit ,Vorgesetzten' (Lagerleitung), Arbeitsplatzbedingungen (Lagerplatzbeschreibung); Bezahlung; über Erlebnisse mit den Kindern und vieles mehr!!" – Es lohnt sich also! Bitte bestellen beim:
Komitee an der FHSS gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen
Goltzstraße 43/44
1000 Berlin 30

treue und die Art und Weise, wie die Bezirksämter mit angeblich belastendem Material, die eine Einstellung verhindern, umgehen. Wir schreiben weiterhin über Probleme mit ,Vorgesetzten' (Lagerleitung), Arbeitsplatzbedingungen (Lagerplatzbeschreibung); Bezahlung; über Erlebnisse mit den Kindern und vieles mehr!!" – Es lohnt sich also! Bitte bestellen beim:
Komitee an der FHSS gegen Berufsverbote und politische Disziplinierungen
Goltzstraße 43/44
1000 Berlin 30

DGB-Polizeigewerkschaft

Jetzt ist es endgültig: Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist als 17. Einzelgewerkschaft in den DGB auf-

DGB-Polizeigewerkschaft

Jetzt ist es endgültig: Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist als 17. Einzelgewerkschaft in den DGB auf-

genommen worden. Dieser ungeheuerliche Vorgang, der angesichts der Brutalität und der Gegnerschaft der Polizei gegen jede demokratische Regung jedem aufrichtigen Gewerkschafter die Schamesröte ins Gesicht treibt, wird von den DGB-Führern in ihrer Zeitung »Welt der Arbeit»auch noch als *Vorgang von historischer-Qualität* gefeiert (WdA, 16.3.78). *Als 17.Säule [!] wurde die Gewerkschaft der Polizei [GdP] in den DGB aufgenommen.* Der GdP-Beitritt sei *ein historisches Datum»! Ein Vorgang von historischer Qualität ist diese Aufnahme schon deshalb, weil das Verhältnis zwischen organisierter Arbeitnehmerschaft und Polizei aus der Vergangenheit belastet ist.»* Die Gewerkschaftsführer spielen damit auf -wie sie selbst sagen- *»eine Reihe offener Fragen an, nicht zuletzt im Zusammenhang mit Polizeieinsätzen bei Demonstrationen.»* Und auf die Sorge, *»daß Polizei gegen Streikende vorgehen könnte»* (sie schreiben »konnte» . . .).

Diese »Bedenken» wollen die Gewerkschaftsführer zerstreuen helfen. *»Unter einem gemeinsamen Dach läßt sich vorurteilsfreier [!] miteinander reden.»»Die Einbindung der GdP in den Deutschen Gewerkschaftsbund - öffnet neue Wege zur weiteren Aussöhnung[!] der Arbeitnehmerbewegung mit der bewaffneten Macht im Staat.»* Damit ist die Katze aus dem Sack. Ganz unverhohlen propagieren die Gewerkschafts-Führer die Entwicklung des DGB zur Polizeigewerkschaft! Denn diese »Aussöhnung der Arbeitnehmerbewegung mit der bewaffneten Macht im Staat» kann ja nur auf Kosten weiterer Positionen der Arbeiterbewegung gehen. Der Geist Noskes ist im DGB-Vorstand sehr lebendig!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Mitarbeiter und Jugendliche in den Wohnheimen wehren sich gegen Maulkorb

Bremen: Nachdem Ende letzten Jahres die unmenschlichen Zustände im Bremer Isenbergheim ans Licht der Öffentlichkeit gekommen waren und die Lage in den Heimen zum Gegenstand der Kritik gemacht hatten, reagierte das Landesjugendamt mit Heimbegehungen in allen Bremer Heimen. Dabei wurde in einem städtischen Heim die angeblich »einseitige« Information der Jugendlichen durch Plakate und Zeitungsartikel moniert: Plakate gegen die Neutronenbombe, die Todesanzeige von Vital Michalon in einer Fotomontage mit einem Polizisten, ein Bild Albert Einsteins mit einem Zitat zur atomaren Rüstung und zur Kriegsdienstverweigerung, ein Artikel des konservativen Weser-Kuriers über Terroristen sowie zwei einer CDU-Zeitung entnommene Gedichte von Erich Fried.

Hierüber machte das LJA flugs eine Aktennotiz, die unter anderem dem Jugendamt als Träger des Heimes zuging. Daraufhin hatte der stellvertretende Leiter des Jugendamtes, Regierungsrat Wulfken, nichts eiligeres zu tun, als persönlich »zur Überprüfung« zu erscheinen. Im Anschluss daran schrieb er einen Brief an »alle Mitarbeiter« des Heimes, in dem er folgende »Vorschläge« macht:

- Aushänge mit politischem Inhalt sollen nur in einer »Polit-Info-Ecke« erlaubt sein;
- diese sollen abwechselnd von bestimmten Gruppen gestaltet werden;
- es sollen stets Meinung und Gegenmeinung dargestellt werden;
- die Aushänge sollen namentlich gezeichnet werden und
- jeden Monat ausgetauscht werden und schließlich:
- der Heimleiter entscheidet über Aushänge!

Die Empörung unter den Kollegen über dieses freche »Angebot« war entsprechend groß, vor allem da Regierungsrat Wulfken eine Stellungnahme forderte (nach der dann eine Verordnung folgt) und »Vorschläge« erbat, *»wie nach ihrer Meinung das Ziel erreicht werden könnte«*. Das heißt, daß die Kollegen selbst Vorschläge zu ihrer Entmündigung machen sollen.

Das Wulfken-Papier wurde breit auf Mitarbeiterbesprechungen und Gewerkschaftssitzungen diskutiert und stieß bei den Kollegen auf einhellige Ablehnung. Dann wurde zusätzlich noch bekannt, daß es im Innendienst bei der Erziehungshilfe schon länger ähnliche Versuche der Amtsleitung gibt: hier werden ständig Plakate, Veranstaltungsankündigungen usw. abgerissen, es wird gefragt, wer die denn aufgehängt habe etc.

Aber so ganz einfach, wie man sich das gedacht hatte, kriegte man die Sache nicht durch. Auf einer Fortbildung des Jugendamtes, auf der ca. die Hälfte der Mitarbeiter der Heime anwesend waren, wurde in Gegenwart von Wulfken einstimmig der Beschluß gefaßt, sein Ansinnen als undemokratisch zurückzuweisen. Der Tenor war: wir sind 25 Jahre ohne Zensur ausgekommen, und wir kommen auch weiterhin ohne Zensur aus.

In der darauffolgenden Woche fand eine Teilpersonalversammlung statt, zu der auch Wulfken »geladen« war. Hier kriegte er nochmals die Empörung der Kollegen zu spüren, es wurde wieder ein Beschluß gefaßt — bei einer Enthaltung —, der die Zensurmaßnahmen zurückweist und der den Personalrat auffordert, gegen jede Anordnung Wulfkens aktiv zu werden, die in diese Richtung geht. Inzwischen hatte auch der Ausbildungspersonalrat das Wulfken-Papier und eine satirische »Übersetzung« dazu in seinem Info veröffentlicht, so daß der Brief inzwischen wohl allen 2.600 Kollegen bekannt sein dürfte. Wulfken beruft sich inzwischen auf sein Hausrecht (sogar in den Zimmern der dort lebenden Jugendlichen!) und besteht auf einer Stellungnahme der betroffenen Mitarbeiter.

Allgemein wird von den Kollegen die Lage so eingeschätzt, daß der Brief von Wulfken erst der Anfang ist, und daß Wulfken sich absichtlich den relativ isolierten Bereich der Vollheime ausgesucht hat, um hier ein Exempel für die anderen Bereiche wie Jugendfreizeitheime, Bürgerhäuser, Kindertagesheime usw. zu statuieren.

Die beste Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, ist, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzuverfolgen:

Bekanntmachung über den eigenen Bereich und möglichst auch über das Jugendamt hinaus und Solidarisierung aller Kollegen gegen solche undemokratischen Ansinnen. Wenn der Widerstand so geschlossen bleibt, wird Wulfken auch mit weiteren Angriffen nicht weit kommen.

ÖTV-Zelle
KB/Gruppe Bremen



In dieser Broschüre sind Berichte und Referate abgedruckt, die auf einer Großveranstaltung am 9. Dezember 1977 gehalten wurden. Fast 2.000 Besucher informierten sich über staatlichen und kirchlichen Heimterror, aber auch über die Gegenwehr von betroffenen Jugendlichen, Erziehern und Sozialarbeitern.

32 Seiten A 4 DM 1,50

zu bestellen über:
Kurt-Werner Hamann
Paulsenplatz 11
2 Hamburg 50
040 / 439 53 35

HBV

Im Jahr 2000 über 50% Arbeitslosigkeit

— Interview mit Holger Strohm —

In einem Informationsblatt von Kollegen der Coop in Hamburg erschien ein Interview mit Holger Strohm, welches wir nachfolgend mit dem Einverständnis Holger Strohms nachdrucken.

HBV-Komitee

Interview mit Holger Strohm

H. Strohm ist GEW-Mitglied, Sachverständiger des Deutschen Bundestages für organisatorische Reaktorsicherheit und Reaktorökonomie, Gutachter der amerikanischen Energiebehörde ERDA, und von UNO-Gremien, Preisträger der internationalen Umweltschutzmedaille und Autor oder Herausgeber von zwanzig Umweltschutzbüchern. Strohm arbeitete 1968 bis 1970 als Industrie- und Organisationsberater in Nordamerika und in der BRD an der elektronischen Rationalisierung.

Holger Strohm wurde von co op-Kollegen über die elektronische Rationalisierung befragt und möchte mit seinem Interview dazu beitragen, daß die Kollegen Klarheit darüber erhalten, wie der heutige Stand der Automatisierung ist und welche Zukunftsperspektiven uns erwarten.

Frage:
Du bist Industrie- und Organisationsberater in Nordamerika und in der BRD gewesen und du hast u.a. an der elektronischen Rationalisierung gearbeitet. Was wird die Datenverbeitung und elektronische Fertigung für Auswirkungen für die Kollegen haben?

H.S.: *In der BRD haben die Kollegen von der Gewerkschaft Druck und Papier die ersten Auswirkungen zu spüren bekommen. Man braucht sie nicht mehr, da mit Hilfe des Lichtsatzes billiger und rationeller gearbeitet werden kann. Und diese Entwicklung ist erst am Anfang. Sie wird letztlich alle Firmen und alle Bereiche erfassen, die sich gezwungen glauben, dieses Spiel mitzuspielen, um konkurrenzfähig zu bleiben.*

Frage:
In wieweit wird die Bürotätigkeit von der Datenverarbeitung verändert?

H.S.: *Nach den Setzern werden die kaufmännischen Berufe erfaßt. Die Firma „Bell System", eine große Telefongesellschaft in den USA, plant, ihre gesamte Belegschaft im Ansage- und kaufmännischen Bereich zu entlassen und durch Computer ersetzen zu lassen. Sie hat errechnet, daß sie durch das Wegrationalisieren von 33.000 Mitarbeitern jährlich 390 Millionen Dollar Gewinn macht.*

Die „National City Bank" beabsichtigt, ihr Personal mittels Datenverarbeitung auf 10% zu verringern. Kassierer, die freundlichen Damen in den Empfangshallen werden nicht mehr benötigt. Bankroboter prüfen in Sekundenbruchteilen Kennkarte des Kunden, dessen Code-Nummer, Kontostand, führen die Buchung durch oder zahlen Geld aus. Diese Bankroboter sind nicht nur billiger, auch Betrug wird sehr viel schwerer.

Frage:
Ist es möglich, auch einen Handels- und Großhandelsbetrieb mit seiner Vielzahl von Lieferanten, Importeuren usw. weitgehend zu automatisieren und gibt es dafür gegebenenfalls schon Musterbeispiele, wenn ja, wo?

H.S.: *Mit der elektronischen Datenverarbeitung kann alles erfaßt und gefertigt werden. In einem Handelsbetrieb kann mit sogenannten „integrierten Fertigungssystemen" die Terminplanung, Maschinenausnutzungspläne, Produktionsplanung, Lagerhaltung, Nachbestellen von Teilen, der Leistungsstand jedes Mitarbeiters, Marketingfragen, schlichthin alles erfaßt werden. Diese „integrierten Fertigungssysteme" werden in den USA seit über zehn Jahren angewandt. Sie funktionieren und sind kostengünstiger. An einem Beispiel der Lagerhaltung können die Vorteile für den Unternehmer aufgezeigt werden. Der Rechner registriert alle Abgänge an Teilen. Wenn eine kritische Stückzahl erreicht wird, bestellt er per Brief die nächst wirtschaftliche Stückzahl nach Preis, Lieferzeiten, Qualität usw. beim Hersteller und spuckt dafür den Brief und das frankierte Kuvert aus. An solchen Rechnern wird dann auch die gesamte Buchhaltung durchgeführt, auch die Anlagenbuchhaltung mit ihren verschiedenen Abschreibungsschlüsseln. Diese Rechner überprüfen aber auch die Qualität und Produktion der Fertigung in verschiedenen Abteilungen. Falls Qualität und Menge nachlassen, spuckt der Computer die Mitarbeiter mit dem niedrigsten Leistungssoll aus und gibt Empfehlungen zur Überprüfung der Situation, Entlassungsvorschläge usw. In den USA bezeichnet man die „integrierten Fertigungssysteme" als unerläßlich für das Top-Management, die jede Information automatisch oder auf Knopfdruck liefern können. Aber auch die Lagerhaltung kann weitestgehend automatisiert werden. Bei SKF, in Göteborg, Schweden, werden die Bestellungen per Computer abgeliefert. Aus dem riesigen Lager werden vollautomatisch alle Teile abberufen, abgebucht, verpackt, adressiert und die Rechnungen dafür ausgestellt. Keine menschlichen Arbeitskräfte sind hierfür mehr nötig.*



Moderne Arbeitsplätze – hier eine Steuerungsanlage bei den Chemischen Werken Hüls – bedeuten meist Monotonie und Nervenbelastung

Frage:
Ist auch die Fertigung von Werkzeugen usw. durch Computer möglich?

H.S. *In den USA stehen seit etwa zehn Jahren „computergesteuerte Fertigungsbänder", die vollautomatisch verschiedene Automotoren, Scheibenbremsen usw. fertigen, montieren, verpacken, überprüfen usw. An diesen Montagebändern ist nur noch der Ausfeger ein Mensch. Diese „Computergesteuerten Fertigungsbänder" haben für den Unternehmer Vorteile. Sie sind nicht nur billiger, sie beschweren sich nicht über Arbeitsbedingungen, sie wollen keine Lohnerhöhungen, keinen Urlaub, sie streiken nicht, sie arbeiten Tag und Nacht, sie stellen ein Teil wie das andere her (was beim Austausch von Ersatzteilen kostengünstig ist), die erzeugten Produkte stellen sie nicht in Frage und alle Kosten und Fertigungszeiten sind genau berechenbar und kalkulierbar.*

Frage:
Wer sind die Leidtragenden dieser Entwicklung? Braucht man in der Zukunft überhaupt noch menschliche Arbeitskräfte?

H.S.: *Die Leidtragenden sind alle Industriearbeiter und Angestellten. Facharbeiter werden in einigen Jahrzehnten nicht mehr benötigt. Auch die hochqualifiziertesten Maschinenarbeiter können durch numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen ersetzt werden. Und im kaufmännischen Bereich ist es noch viel unkomplizierter. Fast alle Tätigkeiten sind automatisierbar. Nur der Änderungsdienst für den Rechner und hochspezialisierte Arbeitskräfte werden gebraucht. Sie müssen Überstunden machen, während die anderen arbeitslos sind. Die „Ford-Foundation" rechnet für das Jahr 2000 mit 50% Arbeitslosen.*

Dieses Rationalisierungskonzept der elektronischen Fertigung benötigt sehr viel an elektrischer Energie – und Menschen, die ihre Arbeitslosigkeit widerspruchslos hinnehmen. Die Vorarbeit wird bereits heute geleistet mit dem Abbau demokratischer Rechte, wie Einschränkungen des Demonstrationsrechtes usw. Die „Terroristen-Aktivitäten" kamen sozusagen wie gerufen, um die größte Rationalisierungswelle der Menschheit politisch vorzubereiten.

Frage:
Was sollten wir tun, um für mehr Arbeitsplätze zu sorgen?

H.S.: *Mit jedem großen Atomkraftwerk werden 45.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Die Atomenergie wird bei diesem Rationalisierungskonzept benötigt, da sie große energieproduzierende Einheiten zentral stellen kann, um den hohen Energiebedarf von „computergesteuerten Fertigungsbändern" in riesigen Hallen decken zu können. Alternativtechnologien wie Sonnen- und Windenergie schaffen ein Vielfaches an Arbeitsplätzen gerade wie bei Berufsschichten wie Maurer, Elektriker, Klempner, Heizungsbauer, Isolateur, Maler, Glaser, Schweisser, Schlosser usw., also Berufe, die heute arbeitslos sind, und in der Zukunft arbeitslos werden, aber sie können die großen Energiemengen nicht zentral liefern.*

Wenn das Atomenergieprogramm gestoppt wird, kann auch das Rationalisierungskonzept nicht so schnell durchgeführt werden. Außerdem sollten wir auf Überstunden und Mehrarbeit verzichten, ein früheres Pensionsalter, längere Schulbildung, eine dreieinhalb Tage-Woche und ähnliche Maßnahmen verlangen. Nur so kann für genügend Arbeitsplätze gesorgt werden. Das setzt aber voraus, daß jeder Arbeitskollege über die Zusammenhänge Bescheid weiß, sich engagiert, Partnerschaften mit Bürgerinitiativen eingeht und sich energisch gegen jeden Abbau von demokratischen Bürgerrechten zur Wehr setzt!

Wir danken Holger Strohm für dieses Interview.

Iduna Hamburg: Schwere Zeiten stehen an

Harten Zeiten gehen die Iduna-Kollegen entgegen. Deutliche Töne sprach jedenfalls die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung am 8.3.78.

Geschickt verpackt in die Zahlenjonglierərei mit Millionen (dem obligatorischen Bericht zur Geschäftsentwicklung) war dann zu hören, daß man den Außendienst stark ausbauen, den Innendienst aber gleichhalten, möglichst abbauen wolle.

Für die Kollegen, die heute schon mit dem seit Jahren gleichen Personalstand immer mehr Verträge verwalten mußten, bedeutet dies durchaus eine neue Qualität, denn die starke Gewichtung auf den Außendienst zieht zunächst mal ganz zwangsläufig einen noch größeren Umfang an Verwaltungsarbeiten aller Art für die Innendienstkollegen nach sich.

Auf der anderen Seite sind aber die Rationalisierungspläne der Iduna in eine entscheidende Phase getreten. So soll die ganze Vertragsverwaltung der Lebensversicherung (dem absoluten Löwenanteil des Geschäfts) ganz auf EDV abgestellt werden, und zwar zum 1.7.78. Das bedeutet, daß der ganze Bereich der „Endkontrolle" der neuen Verträge, von Änderungen bestehender Verträge etc. wegfällt. Für die Kollegen dieses Arbeitsgebietes heißt das entweder, sie werden im Betrieb an neuen Stellen eingesetzt (so die Geschäftsleitung), oder sie fliegen auf die Straße.

Für die zu erwartende Unruhe unter den Kollegen, sei es durch die Versetzungen, Umgruppierungen etc. oder durch Entlassungen baut die Geschäftsleitung vor. So wurde bei einer vor kurzem durchgeführten Versetzungsaktion in den Großräumen dem BR das Recht abgesprochen, sich vor der Entscheidung im BR bei den Kollegen über ihre Bedenken zu informieren. Allein juristisch ist das schon ein Witz. Aber dieser Versuch, wie auch andere Schikanen gegen den BR zeigen, daß die Geschäftsleitung auch nicht das allerkleinste Hindernis bei der Durchsetzung ihrer Pläne dulden will. Die Geschäftsleitung will den alten, reaktionärsten Kräften des BR's wieder den Rücken für eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit" stärken, an der seinerzeit die alte Fechner-Clique den Hut nehmen mußte.

Doch die Pläne der Geschäftsleitung sind noch weitergehender. Die Bildschirmarbeit steht bei den Versicherungen von den Möglichkeiten her noch am Anfang. Jetzt soll der relativ kleine Bereich der KFZ-Versicherungen auf Bildschirmarbeit umgestellt werden, d.h. die Sachbearbeiter tippen selber die Daten von Verträgen per Bildschirm in eine „Schwebedatei" ein, wodurch letztlich der Job der „Datenerfassung" überflüssig wird. Ungeklärt sind noch die Auswirkungen auf das Archiv. Das Ganze ist zudem als erster Versuchsballon anzusehen, der bei „Erfolg" auf die anderen Versicherungszweige ausgedehnt wird. Wie man bei dieser Entwicklung das Kunststück fertig bringen will, die freigesetzten Mitarbeiter „woanders im Haus unterzubringen", ist ein Rätsel.

Erstaunlich – weil ja angeblich keine Entlassungen anstehen – ist auch die Tatsache, daß dem BR ein Sozialplan zur Abstimmung vorliegt. Man kennt die Scheu der Kapitalisten, sich auf einen Sozialplan festzulegen und hier soll mal so eben „zur Vorbeugung" einer abgeschlossen werden?!

Hand in Hand mit der Rationalisierung laufen zur Zeit Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Kollegen. An den kleinsten Punkten, die früher gang und gebe waren, werden heute Verwarnungen und Verweise ausgesprochen.

Der neueste Plan in diese Richtung sind Mitarbeiterausweise, versehen mit Namen, Lichtbild und Personal-Nr. Gleichzeitig sollen die Kantinentür verschlossen und die Ausweise als „Türöffner" eingesetzt werden. Die ganze Sache kann soweit ausgebaut werden, daß durch das Türöffnen in Verbindung mit dem Namen, der Personal-Nr. oder einem ähnlichen Code eine automatische Zeitmessung für jeden Mitarbeiter vorgenommen werden kann, d.h., eine Kontrolle darüber, wie oft und wie lange jemand in die Kantine oder außer Haus geht. Allein das Wissen um diese Möglichkeit wird viele Kollegen veranlassen, den Arbeitsplatz möglichst wenig zu verlassen.

Angesichts dieser Situation kann es für die fortschrittlichsten Teile des BRs wie z.B. die HBV-Liste, die HBV-Kollegen der „Alternative" und Teilen der DAG-Liste nur heißen, in diesen Fragen eng zusammenzuarbeiten, um gemeinsam mit den Kollegen dieser Entwicklung entgegenzuwirken, anstatt das von einigen wenigen propagierte Listen-Hickhack weiter fortzusetzen.

Iduna-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

VORANKÜNDIGUNG

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum RUSSELL-TRIBUNAL

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschlußterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandswillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

Das von uns herausgegebene Buch, das in Kürze erscheint, gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle" aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG DruPa, HBV und GEW (darunter mehrere Massenausschlüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

Das Buch wird einen Umfang von voraussichtlich 300 bis 350 Seiten haben.

GEW

LVV der GEW Westberlin

Am 2. März führte die GEW Westberlin eine außerordentliche Landesvertreterversammlung durch (über die dortige Diskussion, soweit sie das Russell-Tribunal betraf, berichteten wir bereits im letzten AK). Auf der Tagesordnung standen:

1. Klage der GEW Westberlin gegen die GEW Bundesorganisation,
2. Perspektive der GEW Westberlin.

Hintergrund dieser Thematik waren Überlegungen wie z.B.

- die gerichtlichen Schritte der GEW Westberlin gegen ihren Ausschluß aus der GEW Bund einzustellen, wenn im Gegenzug diese darauf verzichtet, auf Aberkennung des Namens „GEW" gegen die Westberliner zu klagen;
- der GEW Bund in den Satzungsauseinandersetzungen entgegenzukommen (Bejahung der Bundessatzung), um Verhandlungen mit dem Ziel einer Wiederaufnahme zu erleichtern;
- auf der anderen Seite gab es auch die entgegengesetzte Tendenz, „endlich" die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und andere Relikte aus der Zeit der Zugehörigkeit zum DGB aus der Westberliner Satzung zu streichen.

Die Hoffnungen der ersten Tendenz („Fusionisten"), mit der GEW-Führung doch noch zu einem Kompromiß zu kommen, wurden von Frister jedoch abschlägig beschieden: Er ließ noch v o r der Westberliner LVV Klage auf Namensaberkennung einreichen, wobei schon die Begründung der Klage – die GEW Westberlin werde in der Öffentlichkeit dem „Umfeld des Terrorismus" zugerechnet (!) – die enorme Verschärfung der Konfrontation aufzeigt (siehe AK 124).

So konnte sich auch auf der LVV ein Antrag, der auf eine Abschwächung der Westberliner Vorbehalte gegenüber der GEW-Bundessatzung hinauslief, nicht durchsetzen.

Die Mehrheit der Delegierten entschloß sich vielmehr im wesentlichen für eine Beibehaltung des „status quo" in der Satzungsfrage. Verabschiedet wurde schließlich ein Antrag mit folgenden Punkten:

- die langfristige Perspektive der GEW Westberlin erfordere die Mitgliedschaft im DGB;
- Satzungsänderungen dürften die Geschlossenheit der GEW Westberlin nicht gefährden. D.h. daß die eingeschränkte Anerkennung der Bundessatzung, wie sie von der GEW Westberlin seinerzeit mit großer Mehrheit vorgenommen worden war (was dann zum Ausschluß geführt hatte, da Frister eine vollständige Anerkennung forderte), durch etwaige Veränderungen der Westberliner Satzung nicht angetastet werden soll.
- Die Klage auf Feststellung der Unrechtmäßigkeit des Ausschlusses aus dem DGB wird weitergeführt;
- an dem Namen wird auch mit juristischen Mitteln festgehalten;
- rechtliche Schritte mit dem Ziel einer administrativen Auflösung der Spalter -„GEW im DGB" in Westberlin werden nicht fortgeführt;
- das Angebot zu einer sachlichen Zusammenarbeit mit der „GEW im DGB" wird aufrechterhalten;
- die GEW Westberlin verurteilt nach wie vor die UVB's des DGB (einstimmig angenommen);
- die GEW Westberlin wird die Jury des Russell-Tribunals bitten, ihren „Fall" zu behandeln (knappe Mehrheit).

Der Gesamtantrag wurde schließlich mit 143 zu 27 Stimmen bei 34 Enthaltungen angenommen.

berliner lehrerzeitung 3

A 1702 EX

herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft · GEW BERLIN · 32(47).jg. · 1.3.1978



ausländische schüler · schulgesetzänderung
AjLE-info 4 · erfolg im fall M. · Russell-tribunal
ferienarbeit? · 1. mai '78 · perspektiv-diskussion
vorklassenleiterinnen · besoldungsrunde '78

Gelungene Revanche

Hamburg: *„Peinlich"* – so hatten wir einen Artikel zu den Referendarvorstandswahlen im Oktober vergangenen Jahres überschrieben, als das bis dahin „amtierende" linke Kollektiv von einer „gewerkschaftlich orientierten" Liste abgelöst worden war. Peinlich, weil diese Niederlage mehr auf das Konto eigener Schlafmützigkeit der Linken ging, als auf eine Abwendung der Wähler von ihnen. Jetzt wurde wiederum gewählt – mit dem umgekehrten Ergebnis: ein linkes Kollektiv setzte sich mit 148 : 124 Stimmen durch, was einen Stimmenzuwachs um fast 40 Stimmen für die Linken bedeutet.

Gekennzeichnet war die VV u.a. durch einen Vorschlag des „Roten Fadens" (eine Basisgruppe mit teilweisen GIM-Sympathien), eine gemeinsame Kandidatur von dem „gewerkschatlich orientierten" Kollektiv, dem „Referendar- und Lehrerzeitungs"-Kollektiv und dem „Roten Faden" anzustreben, um die Spaltung zu überwinden. Während sich das „Referendar- und Lehrerzeitungs"-Kollektiv positiv zu diesem Vorschlag äußerte, da es durchaus sinnvoll sei, ein den politischen Verhältnissen innerhalb der Referendarschaft entsprechendes Vertretungsorgan zu bestimmen, lehnten die „gewerkschaftlich Orientierten" erwartungsgemäß ab, da einem solchen Bündnis Abgrenzungsbeschlüsse von der DKP und SPD im Wege stehen.

Ein Antrag des „Roten Fadens", per VV-Beschluß ein Bündniskollektiv zu erzwingen (was praktisch jedoch nicht möglich gewesen wäre) wurde knapp abgelehnt.

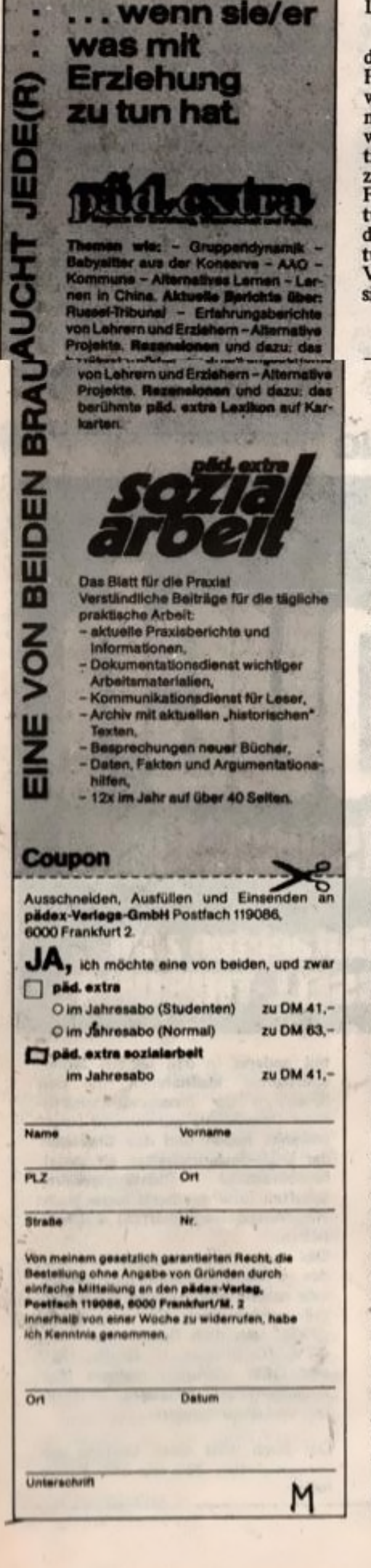
Das „Referendar- und Lehrerzeitungs"-Kollektiv bot dem „Roten Faden" daraufhin an, ein Kollektiv aus diesen beiden Gruppen zu bilden. Dazu kam es jedoch innerhalb dieser Gruppe zu Widersprüchen. Insbesondere die GIM-nahen Kräfte wollten d i e s e Einheit nicht, was de facto darauf hinausläuft, die Teilnahme der GO-Leute zur Bedingung zu machen. Die Unorganisierten im „Roten Faden" setzten sich jedoch mehrheitlich durch, so daß es dann doch noch zu einer gemeinsamen Kandidatur kam – mit dem schon oben beschriebenen Ergebnis.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

CDU-Abgeordneter für Schulbuchzensur

Cuxhaven: Der CDU-Landtagsabgeordnete Udo von Soosten (Schiffdorf) hat in einer Gemeindeverbandsversammlung der CDU in Langen (Kreis Cuxhaven) die Überprüfung und Kontrolle der Kreisfahrbücherei gefordert. *„Besorgte Eltern"* hätten ihn wiederholt angesprochen, *„daß Bücher, die das Verhältnis zwischen Schülern und Eltern oder Schule im Konflikt darstellen"* oder Bücher, die *„die bestehende Gesellschaftsordnung in Frage stellen, nicht in die Hände von Schülern gehören"!* („NZ", 3.3.78). Als Beispiele nennt er: Konrad Wünsche, „Die Wirklichkeit der Hauptschule"; Ulrich Konitzer, „Schüler machen Politik"; Joachim Fuhrmann, „Tagtäglich" (Gedichte); Peter Härtling, „Oma". Als Kreistagsabgeordneter will er sich jetzt *„für die Überprüfung der Angelegenheit einsetzen"*. Was dies bedeutet, zeigt ein Beispiel aus dem Nachbarort Hagen. Hier hatte – wie in AK 120 berichtet – ein CDU-Ratsherr erfolgreich das Verbot einer Ausstellung mit Plakaten des Heidelberger Graphikers Klaus Staeck betrieben. Die Begründung: *„Bürger müssen vor diesem Anblick geschützt werden"*. Angesichts der bekannten Haltung des Bremer CDU-Chefs Neumann zu diesem Thema stellt sich die Frage: Sollen Bücher nun „nur" verboten oder gleich verbrannt werden?

KB/Gruppe Bremerhaven



KURZMELDUNGEN

Hamburg: Im letzten AK berichteten wir von einer Anfrage der CDU in der Hamburger Bürgerschaft über *„linksradikale Indoktrination im Schulunterricht"*. Inzwischen hat der SPD/FDP-Senat in seiner Antwort deutlich gemacht, daß er zwar nicht die CDU-Einschätzung von der „wachsenden Indoktrination" teilt, aber in der Bewertung der „Vorkommnisse" mit der CDU übereinstimmt.

So hatte die CDU z.B. wissen wollen: *„Wir beurteilt der Senat die Tatsache, daß in der Klasse ... eine Englischstunde zu einer Stunde über ‚Berufsverbote' umgewandelt wurde, in der von der Lehrerin kritisiert wurde, daß eine Referendarin, die an diesem Gymnasium bislang ihren Dienst tat, nicht in den Schuldienst übernommen werden sollte?"* Die Antwort des Senats: *„Dieser Vorfall ist dem Senat durch die Anfrage bekannt geworden. Der Senat mißbilligt ihn und wird die gebotenen Maßnahmen treffen."*

Zwischen Senat und CDU besteht also Konsens darüber, daß noch nicht einmal über Berufsverbotefälle an der eigenen Schule im Unterricht gesprochen werden darf.

Auch an den anderen von der CDU angegriffenen „Indoktrinationsfällen" zeigt sich die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen CDU und Senat: So hatte die CDU die Verwendung eines „Weihnachtsliedes" von Dieter Süverkrüp im Unterricht moniert und angefragt, welche Maßnahmen hier der Senat zu ergreifen gedenke. Pflichtschuldig antwortete der Senat: *„Die Untersuchung des Falles wurde soeben abgeschlossen. Die zuständige Behörde wird das Verhalten der verantwortlichen Lehrerin beanstanden"*.

Einem Lehrer, der eine Erklärung von Horst Mahler im Unterricht behandelt hatte, wird es nicht anders ergehen. Die CDU brachte den Fall vor die Bürgerschaft und der Senat antwortete sofort mit der Einleitung einer Untersuchung.

Welche Politik der Senat damit mitträgt, wurde in der Bürgerschaftsdebatte am 8.3. deutlich. Dort hetzte die CDU voll gegen die Hamburger GEW, durch die die Lehrer – insbesondere durch die Hamburger-Lehrer-Zeitung – *„auf breitester Basis zur Agitation vorbereitet"* würden.

***

Der Diskussion um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse meint sich die GEW-Führung offenbar mit einem jetzt gefällten Urteil des Frankfurter Landgerichts entledigen zu können. Dort hatten zwei Bochumer Studentinnen, die aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der GEW ausgeschlossen worden waren, für einen Prozeß gegen den Ausschluß das Armenrecht beantragt. Dieser Antrag wurde vom Gericht wegen mangelnder Erfolgsaussicht abgewiesen, da der Ausschluß den Satzungsbestimmungen entspreche.

Verschwiegen wird in der Berichterstattung der „Erziehung und Wissenschaft" über dieses Urteil, daß es implizit den mit dem Anspruch der Einheitsgewerkschaft vertretenen Alleinvertretungsanspruch des DGB angreift: So heißt es im Urteil, *„daß es gerade im Bereich der pädagogischen Berufe eine Reihe anderer gewerkschaftlich (?) orientierter Interessenverbände gibt, die nicht unter dem Dachverband des DGB existieren und für die die angegriffenen Unvereinbarkeitsveschlüsse des DGB nicht maßgeblich (??) sind. Insoweit ist das Argument, wegen der bestehenden Einheitsgewerkschaft sei den Antragstellerinnen jeglicher Zugang zu gewerkschaftlicher Arbeit versperrt, nicht zwingend."*

Völlig neu ist die Auffassung der Richter, daß es sich bei den ständischen Philologenverbänden u.ä. um „gewerkschaftliche" Organisationen handelt – diesen Anspruch stellen diese selbst nicht einmal.

Wenn die GEW-Führer so tun, als wäre das Urteil ein Freibrief für ihre Ausschlußpraxis, so „übersehen" sie auch geflissentlich eine Stelle, in der es heißt, daß die mit dem Ausschluß verbundenen Nachteile nicht so schwerwiegend seien, daß sie eine Existenzbedrohung *„oder einen ähnlich gravierenden Einschnitt in die persönlichen und beruflichen Lebensverhältnisse"* zur Folge hätten, da die Studentinnen *„in der Wahrnehmung ihrer pädagogischen Ausbildung nicht gehindert"* würden. Zumindest bei jenen Gewerkschaftsausschlüssen, die ein Berufsverbot nach sich gezogen haten, könnte sich die GEW-Führung also nicht einmal auf dieses Urteil berufen.

***

Das verschärfte Vorgehen der Gewerkschaftsführung gegen Kollegen, die der staatlichen Repressionspolitik Widerstand entgegensetzen wollen, hat jetzt auch in der „Erziehung und Wissenschaft", dem Organ der GEW-Bund seinen Niederschlag gefunden.

Der Leser wird darüber belehrt, daß der DGB nach wie vor eine Teilnahme an der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" wegen des *„undurchsichtigen politischen Hintergrundes"* ablehnt; er erfährt, daß sich eine Teilnahme von Gewerkschafts-Kollegen am Tussell-Tribunal *„strikt gegen die Interessen des DGB auswirken"* würde; er wird vor der *„politischen Wühlarbeit der DKP-Nachwuchstruppe SDAJ"* in der Gewerkschaftsjugend gewarnt; er wird darüber informiert, daß lt. Gerichtsbeschluß des Frankfurter Landgerichts (s.u.) die Unvereinbarkeitsbeschlüsse rechtlich zulässig seien und schließlich wird er eindringlich darauf hingewiesen, daß auch Betriebsgruppen und Ortsverbände die Beschlüsse der jeweiligen Landesverbände durchzuführen hätten – offensichtlich gibt es für Frister Grund zum Klagen!

***

Nachdem die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführung mit dem Verfassungsschutz offensichtlich ist (Russell-Brief; Ausschlußlisten), bemüht sich die GEW-Spitze jetzt um eine engere Koordination ihrer Aktivitäten mit der Bundeswehr: Der 2. Vorsitzende der GEW-Bund und Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg, Vergin, wurde in den Beirat für Fragen der Inneren Führung der Bundeswehr berufen. Qualifiziert für diesen Posten hat er sich vermutlich durch seine hinlänglich bekannte Rechtsaußenposition in allen möglichen Fragen. Man sollte sich wohl nicht wundern, wenn sich die GEW-Bund demnächst explizit für Wehrkunde-Unterricht u.ä. einsetzt.

Lehrerkomitee
KB/ Gruppe Hamburg

***

München. Zwei Jahre lang mußte die bayerische GEW gegen das Kultusministerium prozessieren, um jetzt vom Verwaltungsgericht München das Recht zugesprochen zu bekommen, die Plakate „GEW-Argumente gegen Schulstreß" in den Lehrerzimmern bayerischer Schulen auszuhängen. Der CSU-freundliche

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 22

BLLV (Bayer. Lehrer- und Lehrerinnenverband) dürfte da weniger Schwierigkeiten haben. Kruzifixe und ähnliches Zeug gehören ja ohnehin zum Inventar jeder „anständigen" bayerischen Schule (nach „die tat", 10/78).

***

Die von katholischen Orden geleiteten Schulen und Internate können kaum den Ansturm von Schülern bewältigen. „*Katholische Schulen stehen im Auswind*", erklärte der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Ordensschulen und Internate, Pater Dr. Winfrid Kämpfer, unlängst bei der Jahrestagung der Vereinigung in Würzburg. Die Verhetzung vieler Eltern gegen die „Reformschule" und die Forderung nach einer reaktionären Drill-Erziehung spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Nach Kämpfer werden in rund 600 von Orden geleiteten katholischen Schulen in der BRD jährlich mehr als 130.000 Schüler verzogen. Die meisten der Schulen liegen in Bayern (wohl wegen des „gesunden Klimas"). Eindeutig sprach sich Kämpfer für die Errichtung einer Katholischen Universität in der BRD aus. Auch wenn „die finanzielle Belastung gewaltig" sei, solle der deutsche Katholizismus diese Kosten auf sich nehmen. Mit großzügigen Förderern dieses Projekts können diese Leute ja rechnen. (Nach „Bayerische Staatszeitung", 10.2.78).

KB/ Gruppe Nürnberg



ausländische Arbeiter in der BRD

„Graue Wölfe" raus aus Hamburg

„Der Graue Wolf hat in Hamburg ein neues Zuhause gefunden". So machte Springers „Hamburger Abendblatt" am 20.2. Reklame für die türkische faschistische Terrorbande „Graue Wölfe" der MHP (Partei der Nationalen Bewegung), die am 19.2. in Hamburg-Altona ihr Büro eröffnete.

Um zu beraten, was dagegen zu tun ist, trafen sich am 12.3. zehn Initiativen, Journalisten, ein SPD-Abgeordenter, Jugendzentren, Stadtteilinitiativen, Antifa-Gruppen, Kollegengruppe der Affi, Ausländerinititativen, KB-Vertreter.

Es wurden Informationen über die Praxis und die Ideologie der „Grauen Wölfe" gegeben. Sie haben seit 1974 mindestens drei Menschen in der BRD ermordet. Zahllose Prügeleien und Messerstechereien gegen türkische Kollegen, die liberale Zeitungen lesen oder gewerkschaftlich arbeiten oder einfach die Versammlungen der MHP nicht mehr besuchen wollte, gehen auf ihr Konto.

Die NSDAP dient ihnen als Vorbild (siehe AK 101). Die ihnen nahestehende Zeitung „Tercüman" hat eine Auflage von 65.000 in der BRD. Die „Grauen Wölfe" knüpfen an den schlechten Lebensbedingungen der türkischen Kollegen in der BRD an, z.B. mit Lohnsteuerberatungen.

Außerdem setzen sie an der vorhandenen religiösen Erziehung an. Der Vorsitzende der MHP Münster, Osman Deveci, ist gleichzeitig Priester in einem islamischen Verein („Vorwärts", 18.12.76). Dadurch kommen Parolen zustande, wie „Wer einen Kommunisten tötet, kommt ins Paradies". Aufgrund massiver antifaschistischer Proteste und nachdem von der türkischen Regierung politischen Organisationen Auslandsvertretungen untersagt wurden, schlossen die „Grauen Wölfe" 1976 ihre Büros. Danach haben sie dann als türkische Idealistenvereine, Moscheen usw. gearbeitet. Es scheint, sie trauen sich jetzt wieder verstärkt an die Öffentlichkeit. Auch in Bochum haben sie ein Büro eröffnet.

Auf dem Treffen wurde das Vorgehen gegen die „Grauen Wölfe" diskutiert. Von dem SPD-Mitglied wurde schon am 8.3. eine kleine Anfrage an den Bezirksvorstand gestellt. Von den Jugendzentren werden Hausbesuche unternommen, von einer türkischen Initiative Unterschriften gegen die „Grauen Wölfe" gesammelt. Eine gemeinsame Veranstaltung soll vorbereitet werden.

Wer Interesse an weiteren Informationen hat – so wurde z.B. eine Prozeßmappe über die bisherigen Taten der „Grauen Wölfe" gemacht – wendet sich an:

Antifagruppe
2000 HH 50
Postlagerkarte 005763 B.

KB/Hamburg-Altona

Hakan — 4 Jahre — Opfer ärztlicher Gewissenlosigkeit

Hakan Balbay, 4 Jahre alt, Kind türkischer Eltern aus Quickborn, starb am 1.2. nach fünftägigem Koma wegen unterlassener Hilfeleistung von Ärzten der Paracelsusklinik in Henstedt-Ulzburg. Der kleine Junge hatte am 26.1. in der Handtasche seiner Mutter eine „interessante Entdeckung gemacht" und - da er sie wohl für „Bonsches" oder ähnliches hielt, verschluckt: nach Angaben der Mutter ca. 30 Beruhigungstabletten! Die Mutter alarmierte sofort den in Bönningstedt arbeitenden Vater, der im Auto herbeieilte und den kleinen Jungen zur nächstgelegenen Paracelsusklinik fuhr.

Die Eltern, die sich gut auf deutsch verständigen können, erklärten bei der Aufnahme, was passiert war. Es dauerte daraufhin ca. eine halbe Stunde, bis ein Arzt in Erscheinung trat. Dieser Arzt erklärte den Eltern dann in aller Förmlichkeit, daß dies Krankenhaus - eine Privatklinik (allerdings mit Zulassung für Kassenpatienten) - keine Kinderabteilung habe und ihrem Sohn nicht helfen könne ...! Daß man keine Kinderabteilung braucht, um einem Kleinen, der eine Überdosis Beruhigungspillen geschluckt hat, den Magen auszupumpen, das ging in das zynische Gehirn dieses Arztes offenbar nicht hinein. Der Arzt verwies die Eltern dann auf eine andere Klinik, das Heidberg-Krankenhaus in Langenhorn. Er veranlaßte eine normale Überführung des vergifteten Kindes (also ohne Blaulicht und Eiltempo), was nochmals etwa eine Stunde dauerte. Als das Kind bereits vor den Augen des diensthabenden Arztes der Paracelsusklinik zu taumeln begann, forderte dieser Herr „Arzt" die Eltern lediglich auf, das Kind ordentlich festzuhalten...Bereits auf der Fahrt ins Heidberg-Krankenhaus wurde der Kleine bewußtlos und erwachte aus dieser Bewußtlosigkeit nicht mehr bis zu seinem Tod.

Wie in solchen Todesfällen üblich, hat sich die Staatsanwaltschaft (von Itzehoe) eingeschaltet. Ob die Staatsanwaltschaft allerdings über ihre routinemäßigen „Ermittlungen" hinausgeht, ist äußerst zweifelhaft. Die Eltern, die ihren Jungen bereits in der Türkei beerdigt haben, haben sich inzwischen einen eigenen Rechtsanwalt genommen (die Ärzte der Paracelsusklinik bestreiten natürlich die Darstellung der Eltern und behaupten, ihre Pflicht getan zu haben). Das Heidberg-Krankenhaus seinerseits verschanzt sich hinter der ärztlichen Schweigepflicht.

Engagierte Bürger aus Quickborn bemühen sich, diesem „Todesfall" die routinemäßige Selbstverständlichkeit zu nehmen und haben u.a. eine kleine Veranstaltung organisiert, zu der sie auch Vertreter der Presse und der politischen Parteien eingeladen hatten. Mit Hilfe der Öffentlichkeit und juristischer Ermittlungen wollen die Eltern die wirklich Verantwortlichen der Paracelsusklinik (die vor wenigen Monaten von einem Dr. Krukermeier aus Osnabrück ersteigert (!) wurde), und die typische Ausgeburt unseres im abbruch befindlichen Gesundheitssystems ist, zur Rechenschaft ziehen. Wir möchten diese mutigen Eltern in ihrer Absicht bestärken.

Ausländerkommission

klinik zu taumeln begann, forderte Ausländerkommission portiert

Überfall türkischer Faschisten auf offener Straße



Die Opfer des faschistischen Bombenanschlags in Istanbul werden abtransportiert

Westberlin: Am Freitag, den 17.3. haben ungefähr 20 Mitglieder des türkischen Arbeiterjugendvereins am Kottbusser Tor Flugblätter verteilt, die auf den jüngsten faschistischen Terror in der Türkei hingewiesen haben (mit Bomben und Maschinenwaffen hatten am Vortag in Istanbul „Graue Wölfe" etwa 200 Studenten angegriffen; fünf Tote und über 50 z.T. Schwerstverletzte forderte dieses Blutbad). Daraufhin erschienen 60 bekannte MHP-Mitglieder („Graue Wölfe") und beschimpften und provozierten die Verteiler. Die Linken haben Verstärkung herbeitelefoniert, es kamen ungefähr 100 andere türkische Linke (auch Revis) der verschiedensten Fraktionen. Die Faschisten mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen, weil die Linken in der Mehrheit waren. Am folgenden Tag (18.3.) haben Mitglieder des Arbeiterjugendvereins erneut Flugblätter verteilt und ihre Zeitung verkauft. Plötzlich erschienen 20 Faschisten am Leopoldplatz und versuchten ihre rechtsradikale Zeitung „Junger Freund" zu vertreiben. Daraufhin klärten die Mitglieder des Arbeiter-

ihre rechtsradikale Zeitung „Junger Freund" zu vertreiben. Daraufhin klärten die Mitglieder des Arbeiter-

jugendvereins die vorbeikommenden türkischen und deutschen Passanten über den faschistischen Verkäufer auf. Zugleich wiesen sie auf die jüngste faschistische Bluttat in Istanbul hin.

Nach ca. zehn bis 15 Minuten hitziger Diskussion zwischen Linken, überwiegend sympathisierenden Passanten und den Faschisten zogen die Faschisten plötzlich Waffen aus den Mänteln. Es handelte sich dabei um Ketten, an die Eisenspitzen geschweißt waren, Messer und dicke Gummischläuche, an denen ebenfalls Eisenspitzen befestigt waren. Mit diesen Waffen wurden die türkischen Linken angegriffen! Ein Mitglied des Arbeiterjugendvereins wurde dabei am Kopf verletzt. Mit Hilfe der jungen Westdeutschen und Türken gelang es den türkischen Linken, die Faschisten zurückzuschlagen und bis zur U-Bahn-Station Leopoldstraße zu verfolgen. Dabei konnte sechs Faschisten ein nachdrücklicher Denkzettel verpaßt werden! ...

Dieser Angriff der „Grauen Wölfe" in Westberlin auf türkische Linke ist absolut neu. Bisher ist es in dieser Stadt zu solchen Angriffen der türkischen Faschisten auf offener Straße noch nicht gekommen, ihre Aktivitäten „beschränkten" sich auf das Zusammenschlagen von Antifaschisten auf Veranstaltungen. Der Überfall am Leopoldplatz ist als Signal zum Losschlagen gegen die türkische Linke anzusehen, der man offensichtlich das Recht streitig machen will, ihre Flugblätter, Zeitungen – zu vertreiben und die damit mundtot gemacht werden soll.

Raus mit den faschistischen Verbrechern aus der BRD und Westberlin! Verbot der „Grauen Wölfe" und aller anderen faschistischen Organisationen!

Nach einem Bericht des KB/Gruppe Westberlin

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitags 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Wilhemshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 67458 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Camgen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn:
dienstags 12-14 Uhr
Mensa Nassestraße
sonnabends 10.30- 12.3-
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lisner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599701

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Mittwoch 20 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sellerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertl

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006129 B



frauen



Aktionen und Feste zum 8. März
Internationaler Frauentag

HAMBURG. Zum diesjährigen Internationalen Frauentag hatten Gruppen des Frauenzentrums Langenfelderstraße, F.R.A.U., Frauenhaus e.V. und die "Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen" gemeinsam zu einem Frauenfest im Kinderhaus Heinrichstraße eingeladen.

Ungefähr 1200 Frauen schoben sich durch die buntgeschmückten Räume des Kinderhauses und stärkten sich mit Salat und Kuchen. Die Frauengruppen boten an Büchertischen viel Informationsmaterial, Plakate und bunte Aufkleber. Vielfältig waren die Themen, die von den Frauengruppen vorgestellt wurden: Lohn für Hausarbeit, ein Frauenhaus für geschlagene Frauen, Information zur Kinderheimerziehung, Frauengruppen kandidieren mit anderen Initiativen zur Bürgerschaftswahl und vieles mehr.

Margot Schröder, Jutta Heinrich und Ulla Hahn lasen aus ihren Büchern, Peggy Parnass berichtete von einem Prozeß gegen eine Frau. Leider hat es darüber keine Diskussionen mehr gegeben.

Ein Non-Stop–Filmprogramm zog **viel Interesse auf sich: „Nicht so passiv wie man denkt" von der Kinderhaus-Frauengruppe,** „Schreien nützt nichts" von Sarah Haffner, ein Film zu Erfahrungen aus der Frauenbewegung, einer über das Amsterdamer Frauenhaus und ein Film von und mit Margot Czenki über ihren Fall.

Die "Rote Zora", Angie Dumdei und zwei Frauen aus Altona hatten heiße Lieder auf Lager. Und es gab auch Raum, um sich ungestört unterhalten zu können. Es war eigentlich relativ wenig an zentralem Programm angeboten worden, was aber von den meisten Frauen gar nicht als Nachteil empfunden wurde - es gab so viel zu gucken und zu klönen. Einige Frauen hatten sich allerdings mehr Möglichkeiten gewünscht, an vorbereiteten Diskussionsrunden und Spielen teilnehmen zu können.

Wie war das nun auf einem Fest nur für Frauen?

Friedlich und lustig! Für viele Frauen war dies keine neue Erfahrung. Aber doch für so manche Ge-

nur für Frauen?

Friedlich und lustig! Für viele Frauen war dies keine neue Erfahrung. Aber doch für so manche Ge-

nossin des KB, die bisher nur Feste zum 8. März erlebt hat, wo auch Männer kommen konnten. All den KB-Genossinnen, die leider nicht gekommen sind (noch nicht mal aus Neugier?!), die das Fest mehr oder weniger offen boykottiert und sich lieber vor den Fernseher gesetzt haben, können wir nur sagen, daß sie ganz schön was versäumt haben! Es herrschte nicht, wie so oft auf großen Festen, die Haltung vor: "So, nun setz mir mal was vor, ich konsumiere." Auch die, die das "Nur-Feiern" ablehnen, hätten nicht sagen können, das Fest sei „unpolitisch" gewesen, da das Informationsangebot so vielseitig war. Und viele Frauen waren gerade deshalb begeistert, weil die unterschiedlichen Frauengruppen Hamburgs, autonome Frauengruppen, linke Frauengruppen und sich sonstwie verstehende Frauengruppen mal gemeinsam was auf die Beine gestellt haben. Es war einfach toll, daß so viele gekommen sind!

Wir möchten uns an dieser Stelle noch einmal mit den kritischen Stimmen aus unseren eigenen Reihen auseinandersetzen.

Da stand doch tatsächlich auf dem Flugblatt *"Viele Frauengruppen laden ein zum Musik hören, Spaß haben...Schmusen..."* Na so was, S c h m u s e n auf einem Fest nur für Frauen! Das hat einigen doch ein Stirnrunzeln entlockt: so was könne frau doch nicht auf ein Flugblatt schreiben, wurde gesagt. Sicher gibt es einige, die es sich nicht vorstellen können, daß ein Mann mit einem Mann und eine Frau mit einer Frau schmusen kann und will. Bedenklich wird es allerdings, wenn man /frau allein dies Bedürfnis anderer schon als Problem sieht. Mit welchen Augen sehen diese Schmuse-Kritiker denn Menschen an, die generell für sich die Homosexualität gewählt haben...?

Es hatte darüber hinaus viel Kritik daran gegeben, daß wir ein Frauenfest mitgetragen haben, zu dem keine Männer kommen durften (s. auch AK 124). Was viele denken, sprachen einige Männer aus: wenn das nur eine F e i e r sei, könnten das die Frauen ja ruhig unter sich machen, aber wenn da i n h a l t l i c h was gemacht würde, dürfe frau die Männer doch nicht davon ausschließen. Essen und Tanzen ja, aber "Denken" ohne Männer, das geht denn doch zu weit! Die „Liberaleren" (darunter auch viele Genossinnen) vertraten, wir könnten ja ruhig reine Frauenfeste feiern, aber doch nicht gerade am 8. März! (vielleicht lieber am Muttertag?) Wir müßten doch gerade ein Interesse daran haben, daß die Männer mitkriegen, was so in der Frauenbewegung läuft, hieß es auch. Es ist ein Witz, zu behaupten, alle Genossen würden nur so darauf brennen, die aktuellsten Informationen aus der Frauenbewegung zu erfahren. Das ganze Jahr über interessiert sich kaum ein Schwanz dafür, aber dann plötzlich, wenn die Frauen beschlossen haben, allein zu feiern.

So mancher bei uns organisierte Mensch ist der Meinung, daß es als Genossinnen unsere alleinige Aufgabe und das einzige Ziel unserer Frauenpolitik sei, überall zu vertreten, der Kampf gegen die Unterdrückung der Frau könne nur mit dem Mann gemeinsam geführt werden. Das ist ein Irrtum! Natürlich werden wir uns dafür einsetzen, daß die Männer unseren Kampf unterstützen. Das ist so allgemein wie richtig. Aber dort, wo Frauen durch Männer unterdrückt werden, richten wir uns auch gegen sie. Das ist bekannt.

Es reicht uns auch nicht aus, wenn Genossen nur deshalb ein Frauenfest akzeptieren, weil es dieses Jahr ein so breites Bündnis von einladenden Frauengruppen gegeben hat.

Wir wollten allein feiern, haben es getan und werden es wieder tun, wann immer wir wollen! Hat Spaß gemacht!

Das Frauenfest hatte darüber hinaus den Vorteil, daß es grundsätzliche Widersprüche zur Frauenpolitik,

wann immer wir wollen! Hat Spaß gemacht!

Das Frauenfest hatte darüber hinaus den Vorteil, daß es grundsätzliche Widersprüche zur Frauenpolitik,

die in den Köpfen herumgeistern, ans Tageslicht gefördert hat. Wir möchten alle Leserinnen und Leser bitten, uns Leserbriefen zu diesem Thema zu schicken!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

•

Nürnberg. Am 9.März fand ein Frauenfest statt. Die Veranstaltung hatten zahlreiche Nürnberger Frauengruppen gemeinsam vorbereitet: AG Gewalt gegen Frauen aus dem Frauenzentrun, Wiso-FG, Private FG, Juso-Arbeitskreis Frauen, SPD Fraueninitiative Nordbahnhof, Babyinitiative, GIM-Frauen, KB-Frauen und mehrere einzelne Frauen. Weiterhin haben die "Bücherkiste" (pol. Buchladen) und die "Filmfabrik" aus dem Jugendzentrum "Komm" das Fest unterstützt.

Das Fest übertraf mit 600 Frauen und Männern alle Erwartungen, obwohl nur 3 Wochen Vorbereitungszeit war und es überdies mitten in der Woche stattfand.

Es wurde ein Einleitungsreferat gehalten, in dem auf die internationale Frauenbewegung und auf die internationale Solidarität mit Irmgard Möller eingegangen wurde.

Weiter wurden von der Juso-Frauengruppe Beiträge zur Frauenarbeitslosigkeit und zu ihrer Arbeit in der Frauengruppe, von einer KB-Genossin ein Referat zu Frauen und Militarisierung vorgetragen. Außerdem gab es Lieder und Sketche und einen Beitrag zu den beiden Frauenkongressen in Frankfurt und Köln.

•

Oldenburg. Das Frauenzentrum veranstaltete am 8. März einen Tag der Offenen Tür. Es wurde viel ein Bazar wurde gemacht, und eine Frau aus dem FZ zeigte einen selbstgedrehten Film über die besondere Unterdrückung der Frauen.

•

Frankfurt. Es kamen zwischen 300 und 400 Frauen zu einem Fest am 8.3. Veranstaltet wurde das Fest von Frauen aus der Vorbereitungsgruppe für den Frauen-Kongreß, der Schülerinnen-FG, Frauen aus der Russell-Initiative und der KB-Frauengruppe. Es gab einen Beitrag zum Stand der Vorbereitung der Kongresse in Köln und Frankfurt, Berichte von den Regionaltreffen; eine Chilenin sang Lieder aus ihrer Heimat und berichtete über die Situation der chilenischen Frauen heute; eine Frau aus der Gruppe spanisch sprechender Frauen schilderte ihre Arbeit. Eine spontane Geldsammlung für politische Gefangene erbrachte 106 DM. Bevor dann Tanz, Klönen und Schwof losging, wurde noch der Film von Margot Czenki gezeigt.



Lübeck. Es gab am 8.3. ein Frauenfest (auch für Männer), das vom Frauenzentrum veranstaltet wurde. Inhaltlich stand die Auseinandersetzung um das Lübecker Frauenhaus im Vordergrund. Frauen aus der Frauenhaus-Initiative berichteten über ihre Auseinandersetzungen mit der Stadt. In einem kleinen Sketch wurde die brutale Behandlung einer Frau durch die Bullen verdeutlicht. Anschließend gab's Frauenlieder, Musik und Schwof!

•

Essen. An der regionalen Frauenveranstaltung der nordrhein-westfälischen Frauengruppen und -zentren in **Essen** nahmen ca. 500 frauen teil. Leider mußten Margot Czenki, Christiane Ensslin und Alexandra Goy ihre Teilnahme kurzfristig wieder Nichtsdestoweniger war viel los: zwei Prozeßbeobachterinnen berichteten vom Verfahren gegen Margit Czenki in München, es gab einen Aufruf zu einer Spendensammlung für Irmgard Möller, und eine Rechtsanwältin aus Essen erzählte über die entwürdigenden Leibesvisitationen (bis hin zum festen Griff ins Geschlechtsteil vor Betreten des Gerichtssaales. Die Storno-Frauen aus Flensburg berichteten über die Entlassungen in ihrem Betrieb, und es gab auch einen Beitrag zur Terroristinnenhetze in den bürgerlichen Medien. Außerdem wurde viel Musik gemacht, und die Frauengedichte von Nina Schulte fanden viel Beifall. Zum Schluß führten Frauen aus dem FZ Düsseldorf noch einmal ihre Sketche von der Anti-Repressionsdemonstration auf.

Die meisten Frauen verließen die Veranstaltung wohl eher mit gemischten Gefühlen, denn die Erwartungen an die Veranstaltung waren offensichtlich verschieden: einige dachten an "mehr Information", andere an "mehr Frauenfest". In mehreren Diskussionen kam zum Ausdruck, daß es nicht allen Frauen einsichtig war, warum es zu diesem Thema eine Frauenveranstaltung gab, da die Repression doch nichts "Frauenspezifisches" sei.

Alles in allem jedoch - hauptsächlich durch das Engagement so vieler Frauengruppen - eine schöne Sache!

•

In **Düsseldorf** beteiligten sich am 4. März rund 150 Frauen an der Demonstration des Frauenzentrums gegen Repression und Gewalt gegen Frauen. Nach einem "bunten" Zug durch die Stadt gab es noch eine Kundgebung. Dabei führten die Frauen zwei Sketche auf, jeweils einen Sketch zu einer "normalen" Verkehrskontrolle und einen über die Erlebnisse, die frau erwarten, wenn sie einen Besuch im Knast machen will.

•

In **Recklinghausen** veranstaltete das Frauenzentrum am 8. März einen offenen Abend zum Klönen und Kennenlernen. In **Dortmund** veranstaltete eine Frauengruppe am 9.3. ein Frauenfest mit verschiedenen Wandzeitungen zum Thema Verhütung, § 218, Entwicklung der Kleinfamilie, und natürlich zur Geschichte der Frauengruppe selbst; Schwierigkeiten, Erfolge usw.... Ungefähr 40 Frauen waren da!

•

In **Bonn** kamen ca. 30 Frauen zu

•

In **Bonn** kamen ca. 30 Frauen zu dem vom Frauenkomitee veranstalteten Frauenfest.

•

Bielefeld. Zum Frauenfest am 7.3. kamen über 100 Frauen. Trotz mancher Pannen (so fiel unglücklicherweise gerade dann das Videogerät aus und Filme von Margit Czenki und über ein Theaterstück zum §218 konnten somit leider nicht mehr gezeigt werden) wurde viel diskutiert und gefeiert.

•

In **Göttingen** führten die Frauen des Frauenzentrums, die Anti-Repressions-Frauengruppe, die KATZ-Frauengruppe und KB-Genossinnen zusammen drei Info-Tische mit Stelltafeln u.ä. zur "Sympathisanten"-Hetze auf dem Göttinger Marktplatz durch. Abends sollte die Frauenkneipe (ein Abend in der Woche in einer normalen Kneipe nur für Frauen) neu eröffnet werden. Obwohl die Frauen mit dem Besitzer der Kneipe vereinbart hatten, daß Mittwochs keine Männer zugelassen werden sollten, hielt dieser sich nicht daran. Das offen provozierende Verhalten der Typen trug dazu bei, daß das einzige Thema des Abends gezwungenermaßen die Anmache seitens der Männer war. Gemeinsam beschlossen die etwa 50 anwesenden Frauen, sich nach einer neuen Kneipe umzusehen.

•

In **Hannover** führte die DFI (Demokratische Fraueninitiative) eine Veranstaltung zum Thema "Recht auf Arbeit für deutsche und ausländische Frauen" durch. Den ca. 400 Besuchern wurden neben Referaten Brecht- und Tucholskylieder sowie vietnamesische und griechische Folklore geboten.

Wolfsburg. Etwa 100 Leute kamen zum Fest der Frauengruppe - ein voller Erfolg! Vor Beginn des Festes wurde im gleichen Haus der Film "Rosa Winkel" von Schwulengruppen aus Braunschweig, Hannover und Wolfsburg gezeigt. Auch die Frauengruppe war dabei. Danach gab es Diskussion, Frauenlieder, einen Sketch zum §218, ein Referat zur Frauenbewegung mit Dias und gemeinsamem Singen mit den Schwulen. Dann wurde getanzt und gefeiert. Insbesondere die Schwulen haben sich sehr dufte verhalten,so daß die Frauengruppe der Meinung ist, ruhig mal wieder ein gemischtes Fest zu machen.

•

Braunschweig. Am 4. März wurde das neue Frauenzentrum im Petritorwall 1 mit einem Fest eröffnet. Es gab tolle Salate, viel Musik (von der Platte und selbstgemachte), Getränke und Tanz. Mindestens 150 Frauen waren da, haben miteinander geklönt und sich durch Wandzeitungen und Gespräche über das neue FZ informiert.

Das Frauenzentrum Braunschweig ist ein Zusammenschluß verschiedener FG's (Fraueninitiative Braunschweig (FIB), 2 Lesbengruppen, Bambule-Gruppe, Frauenbuchladen, TU-Gruppe und KB-Frauengruppe), die gemeinsam das FZ gemietet und einen Verein gegründet haben. Im Vorstand des Vereins ist jede FZ-Gruppe durch eine Frau vertreten, die von der entsprechenden Gruppe dafür bestimmt wurde. Entscheidungen über Veranstaltungen und andere wichtige politische Fragen werden vom Plenum, das immer am ersten Montag im Monat tagt und für alle Frauen (auch für die, die nicht Mitglied im Verein sind) offen ist, nach einer Diskussion entschieden. Darüber hinaus ist aber jede Gruppe im FZ autonom, d.h. sie allein bestimmt den Inhalt ihrer Arbeit.

Am 8. März wurde eine weitere öffentliche Veranstaltung mit Festcharakter im FZ durchgeführt. Trotz geringer Mobilisierung waren 60-70 Frauen ins Zentrum gekommen.

Nach Kaffee, Tee, Kuchen und

charakter im FZ durchgeführt. Trotz geringer Mobilisierung waren 60-70 Frauen ins Zentrum gekommen.

Nach Kaffee, Tee, Kuchen und

Liedersingen spielte die Theatergruppe eine Moritat zum §218. Danach führte die KB-FG einen Sketch zur Kriminalisierung von Frauenwohngemeinschaften auf, woran sich ein Referat über das Frauenbild in den Medien (im Zuge der Terroristinnenhatz) anschloß. In der langen Diskussion berichteten viele Frauen über eigene Erahrungen mit Bullen in der Schleyer-Zeit, ihre Ängste etc.

Danach zeigten Frauen der GDCF (Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft) eine Ton-Dia-Schau über den Kampf einer chinesischen Frau gegen ihren Mann, die hinterher kritisch, aber sehr solidarisch diskutiert wurde. Den Abschluß bildete eine unheimlich gute Dia-Serie über Frauen in der Werbung, die von der FIB und dem Frauenbuchladen vorbereitet worden war. Auf diesen Dias wurde die Werbung der Alltags-Realität (Frau im Betrieb, bei der Hausarbeit etc.) gut gegenübergestellt.

•

Lüneburg. Am 8. März gab es ein Frauenfest. Mit ca. 200 Teilnehmern (davon ca. die Hälfte Männer) war die Veranstaltung für Lüneburger Verhältnisse ungewöhnlich gut besucht. Ca. 80-100 Leute mußten wegen Platzmangels leider wieder nach Hause! (Wir fragen uns angesichts dieser Tatsache jedoch, warum bei einem sochen Fest nicht die Frauen vorrangig Zutritt hatten – jedenfalls ist das Abweisen von Einlaß begehrenden Frauen zu einem Frauenfest am 8.3. bei Anwesenheit von so vielen Männern nachgerade eine Provokation! – Anm. AG Frauen).

Mit kulturellen Beiträgen, d.h., Liedern, Sketchen, Info-Ständen, Verkauf von selbstgebastelten Sachen und von Männern zubereitetem Essen und Trinken, wurden verschiedene Frauenthemen dargestellt. Zu Beginn das Thema § 218. Dazu wurde u.a

ein Film gezeigt und über die konkrete Abtreibungspraxis in Lüneburg berichtet. In einer kurzen Diskussion wurde erörtert, wie es im Kampf gegen den § 218 weitergehen kann. Im zweiten Zeil der Veranstaltung wurde das Thema Vergewaltigung behandelt. Hier wurde besonders aus eigener Erfahrung der Offenen Frauengruppe zu den Methoden der Gerichte Stellung genommen. Eine betroffene Frau erzählte von den Auswirkungen einer Vergewaltigung. Danach wurde noch diskutiert, ob frau den Vergewaltiger bei der Polizei anzeigen soll und was gegen Vergewaltigung getan werden kann.

Der letzte Teil hatte die Arbeitssituation der Frauen zum Thema. Die Doppelbelastung der Frau wurde in einem ironischen Sketch dargestellt – die diskriminierende Behandlung von Sekretärinnen in einer Moritat.

•••

In Bremen machten die Rechtsfrauengruppe, die neue Theatergruppe, die Neuenabend-Gruppe, die Frauen-AE, die Kfz-Frauengruppe, die Frauengesprächsgruppe und die Freitagsfrauengruppe gemeinsam in der Innenstadt Remmi-Demmi. Die Frauen hatten ein Theaterstück eingübt, wie leicht eine Frau, die nicht ganz einverstanden mit ihrer Unterdrückung ist, kriminalisiert wird. Dieses Stück wurde auf dem Marktplatz gespielt – zusammen mit Frauenliedern. Danach sind einige Frauen mit Sandwiches zu verschiedenen Themen und mit einem Bauchladen und Flugblättern durch die Stadt gelaufen und haben mit den Passanten diskutiert. Die Freitagsfrauengruppe hat ein Flugblatt und Umhängeschilder zu Margit Czenki gemacht, Frauen aus der Frauen-AE zum Isenbergheim-Skandal, die Neuenabend-Gruppe zu ihrer Arbeit für neue Frauen im Frauenzentrum und die Frauengesprächsgruppe hat zum Teil Interviews zum Frauenzentrum gemacht. Insgesamt hat die Aktion allen Frauen viel Spaß gemacht und trotz reichlich Regen und Kälte ist die Stimmung oben geblieben. Am Abend wurde die ganze Sache gemeinsam im Frauenzentrum ausgewertet – und dabei gab es auch kleine Kontroversen um die Frage, daß bevor man direkt in die Öffentlichkeit tritt – erstmal die Probleme im Frauenzentrum selbst gelöst sein müßten. Die Mehrheit der Frauen war allerdings anderer Meinung und vertrat, daß sowohl das eine als auch das andere wichtig und notwendig sei.

Nach Berichten der Genossinnen in den einzelnen Ortsgruppen

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Der 8. März im Ausland

Frankreich. Die „Pariser Koordination der Frauengruppen" und die „Autonome Frauenbewegung" haben am 4. März nachmittags in Paris gemeinsam demonstriert. Dabei zerstörten ca. 100 Frauen beim Eindringen in ein Porno-Kino dessen Glastür. Nach Polizeiangaben waren ca. 1.800 Frauen auf der Demonstration.

Eine weitere Aktion im Rahmen des Internationalen Frauentages machte die Bezirksfrauengruppe des 15. Stadtbezirks von Paris: sie besetzten am 5.3. kurzerhand ein Haus und erklärten es zum Frauenhaus. Die Frauen haben für die folgende Woche an den Abenden mehrere Diskussionen und Veranstaltungen organisiert und appellieren an die Frauen, ihre Aktion massiv zu unterstützen.

In Lyon haben am 4. März abends ungefähr 100 Frauen in einem Fakkelzug demonstriert. Die Hauptforderung der Frauen war, nachts und tags unbehelligt von Männeranmache auf die Straße gehen zu können.
(Nach einem Bericht in „Le Monde", vom 7.3.78)

•••

Italien. „Auf unserer Haut reichen sich PCI, DC und Vatikan die Hand". So lautete eine oft gerufene Parole auf der Frauendemonstration am 8. März in Rom.
In Rom sowie auch in vielen anderen Städten kam es während der Demonstrationen zu teilweise harten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Der schwerste „Zwischenfall" ereignete sich in Genua: *„25 Genossinnen wurden auf das Polizeipräsidium gebracht, kurz nachdem sieben verhaftet wurden unter der Anklage von Widerstand und Körperverletzung gegen Staatsbeamte. Das war, nachdem die Polizisten einige zehn Pistolenschüsse und Feuerstöße aus Maschinenpistolen abgegeben hatten."* („Lotta Continua", 9.3.78)

In Rom fand vormittags eine Demonstration mit 3.000 Frauen der „Liga der Arbeitslosen" statt, mittags ein sit-in mit 6-7.000 Genossinnen und nachmittags eine Demonstration von 15.000 Frauen.

In Mailand gab es zwei Demonstrationszüge mit je 10.000 Frauen. Diese Demonstration führte u.a. vor das von der Polizei geschützte Büro der „Volksbewegung für das Leben", die wegen ihres vehementen Eintretens gegen die Freigabe der Abtreibung berüchtigt ist.

Italienkommission



England. Ihre traditionelle Frauende-
England. Ihre traditionelle Frauendemonstration aus Anlaß des 8. März ließen sich Londoner Frauen auch angesichts eines für zwei Monate bestehenden generellen Demonstrationsverbotes nicht nehmen.

700 Frauen hatten sich zur Demo versammelt. Als ihnen die Polizei mit Verhaftung drohte, falls sie die Strasse beträten, füllten sie mit ihrem Zug den Bürgersteig und marschierten mit der Parole „Ban the Public Order Act, a Woman's Right to March" (Weg mit dem „Gesetz zur Öffentlichen Ordnung", für das Demonstrationsrecht der Frauen) die Straßen entlang.

Ausgerechnet an dem Tag, an dem englische Frauen den Internationalen Frauentag feierten, verteidigten Polizisten ein ausgesprochen sexistisches Werbeplakat, denn einige Frauen hatten mit Aufklebern kundgetan, was sie davon hielten. (Nach „Socialist Worker", 13.3. 78).

•••

Schweden. Anläßlich des 8. März kam in Stockholm eine Aktionseinheit aller Frauenorganisationen zustande: Grupp 8, Arbetets Kvinnor, Svenska Kvinnors Vänsterforbund und Lesbisk Front.

Die Frauengruppen einigten sich für den 8. März auf folgende Hauptforderungen:

- 6-Stundentag bei vollem Lohnausgleich – keine Erhöhung des Arbeitstempos!
- Gute Kindertagesstätten für alle Kinder!
- Recht der Frauen auf Arbeit – Arbeit für alle!
- Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper und ihre Sexualität!

An der Demonstration in Stockholm beteiligten sich über 2.000 Menschen.

Norwegen. Zum 8. März bildete sich in Oslo eine Aktionseinheit verschiedener Frauengruppen, um eine gemeinsame Demonstration durchzuführen. Als Initiator trat die gewerkschaftliche Frauenbewegung Oslos auf.

An der Aktionseinheit beteiligten sich außerdem folgende Frauengruppen: Neufeministinnen, Brot und Rosen, die Lesbengruppen und die Norwegische Frauenvereinigung. Alle Gruppen einigten sich auf die Hauptparolen „Kein Klassenkampf ohne Frauenkampf!", „Frauen fordern Recht auf Arbeit – 6-Stundentag für alle!", „Selbstbestimmungsrecht auf Abtreibung!" und „Solidarität mit den unterdrückten Frauen weltweit!"

Neben diesen gemeinsamen Parolen hatte jede Frauengruppe das Recht, ihre Forderungen mitzutra-
gen. Zusätzlich zu dieser Aktionsein-
gen. Zusätzlich zu dieser Aktionseinheit, die auch von der „Socialistisk Venstreparti" unterstützt wurde, gab es noch ein 8. März-Komitee, das wesentlich von der vaterländischen AKP/ML getragen wurde. Insgesamt demonstrierten in Oslo am 8. März über 8.000 Menschen.

Die Zahl der Menschen, die sich in ganz Norwegen an Aktionen zum Internationalen Frauentag beteiligten, betrug ca. 21.000.

Skandinavienkommission

Dänemark. In den vergangenen Jahren hatte es am Internationalen Frauentag in Kopenhagen breite Bündnisse von Frauengruppen, linken Organisationen und Gewerkschaftsgruppen gegeben.

In diesem Jahr gelang das nicht. Die Socialistisk Folkeparti (SF) (linkssozialdemokratisch) war von vornherein ausgestiegen. Bei den Aktionseinheitsverhandlungen wurde von allen Gruppen der Vorschlag von Venstre Socialisterne (linke Abspaltung von SF) akzeptiert, sich auf gemeinsame Hauptparolen zu einigen.

Neben den folgenden Hauptparolen sollte Parolenfreiheit gelten.

- Kampf für die tatsächliche Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt!
- Für das Recht auf Arbeit und ökonomische Unabhängigkeit für alle Frauen!
- Ausbildungsrecht für alle!
- Gegen die Sparpolitik im Sozial- und Gesundheitswesen!
- Der Kampf der Frauen ist international!

Zum Knall kam es, als ‚Rödströmperbevägelsen', die landesweite Frauenbewegung Dänemarks, verlangte, daß die Parole „Lesbischer Kampf ist Frauenkampf – Frauenkampf ist Lesbenkampf" als eine der Hauptparolen zum Thema Frauenunterdrükkung aufgenommen werden sollte.

Dies war für einen Großteil der Organisationen natürlich nicht akzeptabel. Vor allem die „KP" und ihr nahestende Gruppen stiegen an diesem Punkt aus.

Venstre Socialisterne erklärte dazu, daß Lesbentum zwar für viele Frauen eine politische Alternative sei, *„doch wir haben meist Schwierigkeiten, die sozialistische Perspektive im Kampf der Lesbenbewegung zu sehen. Von der Parole: ‚Stop der Zerstörung von Mutter Erde durch die Männergesellschaft' z.B. können wir uns nur abgrenzen".*

Fazit: Zwei Frauenfeste zum gleichen Zeitpunkt und keine Demonstration. Am Fest der Rödströmper beteiligten sich u.a.: Lesbisk Bevaegelse, Öko-Feministerne, die trotzkistische Organisation RSF, Venstre Socialisterne und Socialistisk Folkepartis Jugend. Am anderen Fest: Neben der DKP und ihrer Frauen- und Jugendorganisation, die Gewerkschaft der Kinder- und Jugendpädagogen, BUPL, die Gewerkschaftsjugendorganisation, LLO, und die „ML"-beeinflußte Kvindefront. Die Parolen unterschieden sich übrigens kaum voneinander, mit Ausnahme der zum Kampf der Lesben.

In Aarhus kam es auch in diesem Jahr zu einer gemeinsamen Demo und Fest und auch in Odense fand ein gemeinsames Frauenfest statt.

Skandinavienkommission



Stellungnahme der AK-Redaktion

Die AG Frauen (KB/Gruppe Hamburg) und Frauen aus dem Hamburger Wahlbündnis haben uns mitgeteilt, daß sie über zwei Passagen im AK 124 gestolpert sind:

1. *"Die inzwischen fertiggestellte Bereichsplattform der Frauen ist nunmehr von 42 Frauengruppen...unterschrieben worden. Diese Plattform wird derzeit breit vertrieben. Geplant sind bereits eine Reihe von Stadtteilveranstaltungen zu einzelnen Themen der Frauenbewegung...Auf dem Frauenfest am 8. März wird natürlich ebenfalls weiter für das Wahlbündnis geworben."* ("Bürgerschaftswahlen in Hamburg...", S.6).
2. *"Die BUU-Vertreterin berichtete, daß die Diskussion um das Wehrt-Euch-Bündnis die Zusammenarbeit der Basis-Bereiche bereits jetzt - ganz unabhängig von den Wahlen - gestärkt hat: z. B. veranstalten die Frauengruppen anläßlich des Internationalen Frauentages ein großes Frauenfest."* ("WGA-Kongreß in Hannover", S.7).

Die Frauen haben uns erklärt, daß sie mit dieser Art der Darstellung nicht einverstanden sind, sie vielmehr als (zweifellos unbewußten) Schlag gegen ihre Arbeit und Bündnispolitik betrachten. Das Hamburger Frauenfest zum 8. März war e r s t m a l s seit den Demonstrationen gegen den § 218(1975)und in d i e s e r Breite überhaupt erstmalig durch eine Zusammenarbeit feministischer, "autonomer" etc. Frauengruppen mit organisierten linken Frauen (vor allem natürlich von KB und SSB) zustandegekommen. Die Behauptung, daß beim Zustandekommen dieses Bündnisses und dieses Frauenfestes die Diskussion um das Wahlbündnis auch nur die allerkleinste Rolle gespielt hätte, ist in der Tat für jeden Kenner der Verhältnisse lächerlich. Die linken Frauen, die es ohnehin seitens "autonomer" Frauen mit Mißtrauen zu tun haben, fürchten u.E. zu recht, daß solche Behauptungen als Versuch interpretiert werden könnten, andere Gruppen gegen ihren Willen für das Wahlbündnis einzuspannen.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so eindeutig, steht es mit der anderen kritisierten Passage, die den Eindruck erwecken könnte, als gehöre das Frauenfest zum 8. März irgendwie in die Reihe der Aktivitäten des Wahlbündnisses. Auch dieser Eindruck ist falsch.

Die KB-Frauen haben diese Passagen gegenüber den anderen Frauen im Frauenfest-Bündnis sofort richtiggestellt und erfreulicherweise scheint dies dann auch akzeptiert worden zu sein.

Frauenkongreß in Frankfurt

Vom 10. bis 12. März fand in Frankfurt der vom Nürnberger Frauenzentrum einberufene Kongreß "Frauen gegen Repression" statt.

Am Freitag Abend sprachen mehrere von der Repression betroffene Frauen auf einer Veranstaltung. Die Veranstaltung war von 600 bis 700 Frauen besucht. Es sprachen u.a. Nora Poensgen, die im Zuge der Fahndungen als "Ponto-Mörderin" verhaftet worden war. Desweiteren wurde ein Bericht über den Prozeß gegen Margit Czenki gegeben, die am selben Tag zu 3.000 DM Strafe verurteilt worden war. Auf der Veranstaltung wurde dazu eine Geldsammlung durchgeführt.

Eine Frau aus Essen berichtete von dem Prozeß gegen die Frauen, die den Frauenhof Gaiganz tragen. Der Hof wird seit längerer Zeit bespitzelt und überwacht. Die Observierer hatten versucht, die Bewohner des Dorfes dahin zu bewegen, die Frauen aus dem Dorf zu graulen. Nachdem weder Bauern noch Bürgermeister angesprungen waren, wurde die Vermieterin des Hofes unter Druck gesetzt, die schließlich mit der Begründung, die Frauen würden Unruhe ins Dorf bringen, die Kündigung aussprach. Als Beweis für die Unruhe mußte die ständige Observierung herhalten. Am Ende der ersten Prozeßrunde waren die Frauen einen Vergleich eingegangen, nachdem die Vermieterin die Prozeßkosten zu tragen hat und die Frauen den Hof im Oktober dieses Jahres räumen. Die Frau aus Essen appellierte eindringlich an mehr Solidarität aus der Frauenbewegung. Ihrer Meinung nach sei der Vergleich nur deshalb zustandegekommen, weil die Frauen mit ihrem Prozeß ziemlich allein dastanden.

Am zweiten Tag des Kongresses fand die Diskussion in Arbeitsgruppen statt. U.a. tagten folgende Arbeitsgruppen:

- Frauenbewegung zwischen Rückzug und politischem Engagement;
- Frauenbewegung und Militanz;
- Politische Gefangene;
- Frauen und Faschismus;
- zum Neochauvinismus in der Linken.

Die Arbeitsgruppe "Frauenbewegung zwischen Rückzug und politischem Engagement" fand das meiste Interesse. Wegen des starken Zulaufs mußte sie unterteilt werden in drei Arbeitsgruppen.

Im Anschluß an die Arbeitsgruppen wurden noch die Anti-AKW-Filme "Malville" und "Kalkar" gezeigt.

Am dritten Tag wurde im Plenum diskutiert. Einstieg war ein Referat von zwei autonomen Fraungruppen aus Nürnberg, gehalten am ersten Tag der Konferenz. In diesem Referat wurde der Stand der Frauenbewegung sehr resignativ beurteilt: sie habe sich ins Privatleben zurückgezogen. Diese Einschätzung stieß auf heftigen Widerspruch, und die Debatte darum durchzog bereits am zweiten Tag verschiedene Arbeitsgruppen.

Wir wollen auf die Debatte um den Standort der Frauenbewegung heute, eine ausführliche Stellungnahme des Kölner Frauenzentrums Ehrenfeld und die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen im nächsten "Arbeiterkampf" eingehen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Walpurgisnacht"

Stellungnahme aus Münster

Wir möchten jetzt unser Diskussionsergebnis für ein Vorgehen am 30.4. – Walpurgisnacht bekanntgeben. Wir bitten, unsere Ansichten dazu, sowie die Ansichten anderer KB-Gruppen breit und ausführlich im AK zu veröffentlichen.

Vorweg folgendes: Wir halten die Entscheidung vom letzten Jahr, sich nicht an der Walpurgisnacht zu beteiligen, für falsch. Soweit wir wissen, sind im letzten Jahr spontan viele Frauen zusammengekommen, um gegen Vergewaltigungen und andere Gewalttätigkeiten an Frauen zu demonstrieren. Reaktionäre „Schwanz-ab-Parolen" waren nur in wenigen Städten mit von der Partie und sind auch da, wo sie aufkamen, nicht das Bestimmende gewesen.

Bisher wurden in den Diskussionen in Nordrheinwestfalen folgende Gründe gegen eine Teilnahme an der Walpurgisnacht vorgebracht:

1. Es handle sich um unpolitische, männerfeindliche, reaktionäre Aktionen.
2. Die Walpurgisnacht sei eine Spaltung oder Ablenkung zum 1. Mai.

Beides halten wir für falsch: Wenn Frauen, Frauengruppen und Frauenzentren gegen die zunehmende Gewalt an Frauen demonstrieren, dann handelt es sich um ein berechtigten und fortschrittliches Anliegen, das unterstützt werden muß. Unsere Aufgabe als KB muß es doch dabei sein, durch Diskussionen, Vorschläge, gute Parolen etc. mehr Hintergründe und Perspektiven über die zunehmende Gewalt an Frauen aufzuzeigen. Gerade durch die Teilnahme an der Walpurgisnacht sind doch die besten Möglichkeiten geschaffen, reaktionäre Gruppierungen wie die „Schwarzen Botinnen" zu entlarven und langfristig aus der Frauenbewegung zu verdrängen.

Auch durch die Teilnahme am Kölner Kongreß haben wir gute Bedingungen, die Planung und Gestaltung der Walpurgisnacht mitzubestimmen. Wenn wir der Meinung sind, daß wir den Frankfurter und Kölner Kongreß nicht als sich wesentlich Widersprechendes betrachten, dann müssen wir das auch auf die Walpurgisnacht beziehen und aktiv daran teilnehmen.

Die Walpurgisnacht halten wir für keine Spaltung oder Konkurrenz zum 1. Mai.

Zum einen gehen wir davon aus, daß Teile der Frauen, die zur Walpurgisnacht gehen, auch zum 1. Mai in Frauenblöcken mitgehen. Viele Frauen sind zur Zeit nicht bereit, zum 1. Mai zu kommen, sind aber wohl bereit, zur Walpurgisnacht zu gehen. (Zum Teil haben diese Frauen ein berechtigtes Mißtrauen gegen die gewerkschaftlichen Demos, denn die Gewerkschaft hat für Fraueninteressen wenig über, sie rührt keinen Finger gegen den § 218, tut wenig gegen die Leichlohngruppen, Initiativen wie die Liste Frauen bei Colgate werden von den Gewerkschaftsführern boykottiert ...).

Da, wo Standpunkte wie: „1. Mai, das ist eine Mackerangelegenheit" vorkommen, müssen wir gute Überzeugungsarbeit leisten und dafür sorgen, daß die Frauenbewegung insgesamt mehr zur Vorbereitung von Frauenblöcken am 1. Mai tut. In dieser Hinsicht stehen wir noch ganz am Anfang.

Wenn z.B. die Drucker dieses Jahr am 30. April eine gesonderte Demonstration planten, um für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen, dann würden wir doch diese Demo sicher unterstützen, auch wenn Revis und Sozis versuchen sollten, mit Mitbestimmungsparolen zu desorientieren.

Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, ist doch nichts minder Berechtigtes, als die Rationalisierung im Druckgewerbe.

Im Anhang möchten wir noch einmal daran erinnern, daß am 30.4.78 der Prozeß gegen die Pfaffen beginnt, die verantwortlich für den Exorzismusmord sind, über den u.a. in AK 86 berichtet wurde.

Gerade in solch schwarzen Nestern wie Münster sollte nicht versäumt werden, die Rolle der Kirche bei Gewalt gegen Frauen (z. B. Seveso) mit anzuprangern.

Mit revolutionären Grüßen
KB-Sympathisanten in Münster



Stellungnahme einer Genossin der AG Frauen (Hamburg)

Ich bin gegen eine Beteiligung an der Walpurgisnacht, und ich will auch sagen, warum.

Wir haben im letzten Jahr vor der Tatsache gestanden, daß die Frauenbewegung wesentlich mehr als heute von einer Strömung dominiert war, die von uns als „rechts" gekennzeichnet wurde, weil sie versuchte, die Frauenbewegung in die Richtung zu beeinflussen, den H a u p t - kampf gegen d e n Mann zu führen – und das heißt dann natürlich auch, Kampf den „Mackerorganisationen", die sowieso nur die Frauen als Werkzeug oder Stimmvieh benutzen. Es gab eine gezielte Stimmungsmache gegen linke Frauen in der Frauenbewegung und oft auch z.B. von vielen Lesben gegen Frauen, die „immer noch" Freundschaften mit Männern unterhielten. Lesbisch sein als Lösung aller Probleme und als d i e Alternative war oft die Parole. Die Walpurgisnacht war damals eine Sache, die von den Frauen, die sie initiiert haben, auch genau als Bestätigung dieser Linie gedacht war und als entschiedene Absage an die Beteiligung an Demonstrationen zum 1. Mai, auch wenn manche Frauen sich wohl an beidem beteiligt haben.

Heute nun argumentieren gerade die Genossinnen und Genossen anders (also für eine Beteiligung an der Walpurgisnacht), weil viele Frauen (entgegen vielleicht manchen Erwartungen) sich an dieser Walpurgisnacht beteiligt haben, weil auch ein paar andere Transparente, als „Entwaffnet Vergewaltiger" (sprich: Kastriert sie!) getragen worden sind, und weil wir eben überhaupt mehr mit der Frauenbewegung zusammen machen wollen – und warum nicht auch die Walpurgisnacht?!

Sicherlich ist es dieses Jahr nicht so, daß rechte Strömungen die Frauenbewegung beherrschen und es dieselbe Linkenfeindlichkeit gibt wie 1977, im Gegenteil. Aber mir leuchtet nicht ein, wieso eine solche Demonstration von den Veranstalterinnen u n d i s k u t i e r t und ohne Aufarbeitung der Geschehnisse und auch Kritiken, die innerhalb der Frauenbewegung geäußert worden sind, angesetzt und befürwortet wird. Die Walpurgisnacht soll hier zu d e r zentralen Demonstration der Frauenbewegung hochgeschaukelt werden, die eben jedes Jahr – genau wie der 1. Mai der Arbeiterbewegung – stattfinden m u ß , und zum Selbstzweck wird. Gegen diese Ausrichtung wende ich mich.

Meiner Meinung nach müssen wir uns die Erfahrungen mit den Diskussionen nach der Walpurgisnacht im Vorjahr noch einmal genau vor Augen halten: Gerade innerhalb der Frauenbewegung kam viel Kritik an den sogenannten „Schwanz-ab"-Parolen, und es kam auch Kritik daran, weil implizit vielfach der Ruf nach einem starken Staat drinsteckte und die Demos von der bürgerlichen Presse auch vielfach in diese Richtung propagandistisch ausgeschlachtet wurden. Das heißt: Wenn wir Frauen nicht mehr nachts allein auf die Straße gehen können, liegt das daran, daß zuwenig Ruhe und Ordnung herrscht.... Viele Frauen kritisierten, daß dieser Gefahr nicht dadurch offen entgegengetreten wurde, indem eindeutige Parolen auch gegen mehr Bullen, gegen die Aufrüstung und den Ausbau auch des Polizeiapparats, einfach auch gegen den Staat als Urheber der Gewalttätigkeit, getragen wurden.

Darüber hinaus gab es auch Kritik, daß solche Happening-Demos, wie die Walpurgisnacht, auch nicht viel bringen und im Grunde nur frustrieren. Vielen Frauen gefiel auch nicht, daß gerade in Vergnügungsvierteln demonstriert wurde, wo ihre Demo eh nicht viel Beachtung fand oder sie nur dauernd wieder angepöbelt wurden. Wir haben damals auch diesen Punkt kritisiert und ich finde, daß das auch dieses Jahr nicht anders sein wird. Denn die Walpurgisnacht ist von der Anlage her eine Demo, die allein für die Frauen, die da demonstrieren, veranstaltet wird, und weniger für die, die ihr zusehen. Und wenn eine Demo dermaßen zum Selbstzweck wird, finde ich sie falsch.

Ich kann auch nicht verstehen, warum gerade in diesem Jahr der „krönende Abschluß" des Kölner Kongresses so aussehen muß. Ich finde die Initiative zu diesem Kongreß eine tolle Sache und ich finde auch, daß das Thema „Gewalt gegen Frauen" in der Umfassenheit, wie es von den Kölner Frauen vorgesehen ist, für jede Frau die Möglichkeit bietet, sich zu beteiligen und ihre Erfahrungen zur Diskussion zu stellen, aber ich finde es dann als Abschluß doch viel besser, wenn wir neben anderen Resolutionen und Entscheidungen auch den Beschluß fassen würden, massiv in Frauenblocks mit lila (und auch roten..) Fahnen und Parolen gegen Gewalt an Frauen (und auch inhaltlich so umfassend wie es für den Kongreß geplant ist) auf die Demos zum 1. Mai zu gehen – und allen zu zeigen, daß die Frauenbewegung nicht zu übersehen oder zu übergehen ist. Durch die Walpurgisnacht werden gerade viele aktive Frauen davon abgehalten.

Natürlich wird jetzt das Argument kommen, daß die Beteiligung am Frauenblock oder überhaupt an der Demonstration zum 1. Mai nicht davon abhängt, ob ein paar Frauen von jeder Stadt in der BRD dabei sind oder nicht, daß die örtliche Mobilisierung ausschlaggebend sein wird. Aber ich bin einfach gegen diese Trennung innerhalb der Frauenbewegung, die damit vollzogen wird – die einen gehen zum Kongreß und sind dann auf der Walpurgisnacht, die anderen bleiben zu Hause und gehen zum 1. Mai.

Insofern finde ich, daß die Walpurgisnachtdemo – nicht viel anders als im Vorjahr – in der Ausrichtung wegorientiert vom 1. Mai und von der Linie, die Männer (und auch die linken) dazu zu zwingen, sich mit uns zu beschäftigen und uns als politisch denkende Wesen ernstzunehmen. Und das nicht nur als Einzelfrauen, sondern als Frauenbewegung i n s g e s a m t.

Eine Genossin der AG Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Stellungnahme aus Bochum

Im Anschluß an den Frauenkongreß, der vom 28.4. bis 30.4. in Köln stattfindet, ist eine n a t i o n a l e Walpurgisnacht geplant (im Gegensatz zu den Aktionen im letzten Jahr, die dezentral örtlich veranstaltet wurden). Ebenso wie die Teilnahme an diesem Kongreß befürworten wir auch die Beteiligung des KB an dieser Walpurgisnacht. Dabei sollte die gesamte Palette der Themen des Kölner (wie auch des Frankfurter) Frauenkongresses in die Vorbereitung und Durchführung dieser Demonstration einbezogen werden. Sicherlich wird auch die Frage der Vergewaltigung wie bereits im letzten Jahr in der Walpurgisnacht wieder einen zentralen Stellenwert einnehmen. Natürlich sollten wir uns dagegen wehren, die Demo wie im letzten Jahr a u s s c h l i e ß l i c h auf dieses Thema zu beschränken; andererseits wäre es nicht schlecht, wenn wir uns dafür einsetzen würden, die vielfältigen gesellschaftlichen Ursachen und Hintergründe der Vergewaltigung, der sexuellen Unterdrückung überhaupt, aufzuzeigen und mit in Kongreß und Demo einzubringen. Einen guten Ansatz dazu sehe ich z. B. in dem Artikel „Zur Diskussion um das Thema ‚Frauenfeindlich' " im AK 123. Man könnte sich in diesem Sinne z. B. in Parolen, Flugblättern etc. mit den Schweinereien der Springer-Presse („Bild"!!) auseinandersetzen, die juristische Legitimation der „normalen" Vergewaltigung (Eherecht) angreifen usw.

Insgesamt scheint allein schon die Diskussion in der „autonomen" Frauenbewegung in der letzten Zeit, die Thematik der Kongresse usw. darauf hinzudeuten, daß sich die bornierte Stoßrichtung der letztjährigen Walpurgisnacht nicht wiederholt. Dazu kommt, daß sich im Zuge dieser Entwicklung für uns die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit und Einflußnahme auf die autonome Frauenbewegung verbessert haben. Demgegenüber könnte eine Abstinenz unsererseits gegenüber der Walpurgisnacht nur negativ zu Buche schlagen.

Eine Beteiligung des KB an der Walpurgisnacht läßt sich m.E. allerdings nicht nur aus den für uns günstigeren Ausgangsbedingungen (im Vergleich zum letzten Jahr) begründen. Insgesamt wäre durch eine solche Beteiligung auch unsere bisherige Position zur Walpurgisnacht in Frage oder doch zumindest neu zur Diskussion gestellt.

Wir haben im letzten Jahr das Unternehmen Walpurgisnacht insgesamt abgelehnt. Die Gründe waren:

1. Die Walpurgisnacht steht gewollt in Konkurrenz zum 1. Mai.
2. Das Thema Vergewaltigungen soll nicht als zusätzliche Dimension in den Frauenkampf eingebracht werden, sondern von gewissen Strömungen als Vehikel zur Absicherung der Stoßrichtung gegen „den Mann" schlechthin benutzt werden – unter Ablenkung von Fragen wie Leichtlohngruppen, § 218 etc.
3. Die gesamte Aktion diene damit einer erkennbaren Strategie von gewissen G pierungen, die Frauenbewegung zu entpolitisieren und das Eindringen biologistischer und faschistoider Strömungen a la „Schwarze Botin" zu erleichtern oder gar zu ermöglichen. Deshalb müsse die Aktion – „unabhängig von Absichten und Plänen einzelner örtlicher Frauengruppen" – insgesamt abgelehnt werden. (Obige Argumentation wurde wesentlich im AK 103, Seite 28 entwickelt).

Unsere konkrete T a k t i k lief damals unter der Leitlinie „Keine öffentliche Gegenpropaganda, strikte Nichtbeteiligung der KB-Frauen". Was u n s diese Taktik eingebracht hat, ist damals leider nicht mehr Gegenstand öffentlicher Diskussion gewesen ...

Unsere Befürchtungen gegenüber der Walpurgisnacht, insbesondere bzgl. der Absichten ihrer Initiatorinnen, sind sicherlich berechtigt gewesen. Fragwürdig und im Grunde sektiererisch erscheint mir allerdings unsere Taktik gegenüber dieser Aktion. Die Position „keine öffentliche Gegenpropaganda" war – zumindest gegenüber den aktiven Teilen der autonomen Frauenbewegung – von vornherein relativ witzlos. Schließlich hat der AK ja eine gewisse Verbreitung und der AK-Artikel mußte von diesen Frauen eben als „Gegenpropaganda", Demobilisierung etc. aufgefaßt werden (und wurde es auch). Damit wurden die KB-Frauen bereits im Vorbereitungsstadium der Walpurgisnacht in eine Auseinandersetzung hineingezogen, die kaum flexibel zu führen war, weil das Ergebnis ja bereits von vornherein feststand: Nichtbeteiligung, Ablehnung der Aktion ungeachtet örtlicher Besonderheiten usw. Damit wurde von den KB-Frauen letztlich verlangt, die Walpurgisnacht insgesamt wie auch örtlich als konterrevolutionär anzugreifen und dies auch zu belegen. Eine Einflußnahme in positiver Hinsicht, zumindest der Versuch, die Beschränktheit der Aktion zu durchbrechen, in Argumentation und Parolen die gesellschaftlichen Ursachen der Vergewaltigung mit durchzusetzen etc. wurde von vornherein nicht gemacht (war bei der o.a. Taktik ja auch gar nicht möglich, weil dies vorausgesetzt hätte, daß wir uns unter bestimmten Bedingungen doch an der Walpurgisnacht beteiligen). Man mag dagegen einwenden, daß eine derartige Einflußnahme in der damaligen Situation von vornherein aussichtslos erscheinen mußte. Dagegen spricht allerdings die Tatsache, daß nach der Walpurgisnacht verschiedene autonome Frauengruppen die bornierte Stoßrichtung dieser Aktion selbst (ohne unser Zutun) erkannt haben (siehe AK 107). Darüber hinaus hätten wir in der Auseinandersetzung insgesamt besser ausgesehen, wenn wir unsere eventuelle Nichtbeteiligung als Ergebnis einer konkreten Diskussion hätten darlegen können, ohne von vornherein das Unternehmen Walpurgisnacht als solches abzulehnen. Darüber hinaus wäre auch noch zu überlegen gewesen, ob wir (unabhängig davon, ob wir aufrufen oder nicht) nicht hätten versuchen sollen, auf den Demos eigene Stellungnahmen zum Thema „Gewalt gegen Frauen", Vergewaltigung usw. herauszugeben.

Das Thema „Vergewaltigung" war und ist ein wichtiges Anliegen der Frauenbewegung. Wir sollten Aktionen dagegen unterstützen, auch wenn die eine oder andere Aktion (wie die letztjährige Walpurgisnacht) ausschließlich dieses Thema aufgreift. Der Hinweis auf andere Formen der Frauenunterdrückung (Leichtlohngruppen, Frauenarbeitslosigkeit usw.) ist sicherlich richtig; ebenfalls ist richtig, daß bestimmte Strömungen wie „Schwarze Botin" u.a. von derartigen Themen wegkommen wollen, das eine gegen das andere ausspielen usw.. Allerdings sollte man sich hüten, die Dominanz solcher Themen wie „Gewalt gegen Frauen" gegenüber „Leichtlohngruppen" usw. einfach dem negativen Einfluß dieser Gruppen zuzuschreiben. Es entspricht viel eher dem vorwiegend kleinbürgerlichen Charakter der bisherigen Frauenbewegung (und den demgegenüber sehr schwach ausgeprägten Ansätzen gewerkschaftlicher Frauenarbeit z.B.), daß bestimmte Themen leicht „unter den Tisch fallen". In diesem Sinne stand und steht die Walpurgisnacht auch nur in „Konkurrenz" z.B. zum 1.Mai. Man muß davon ausgehen, daß der 1.Mai für größere Teile der Frauenbewegung tatsächlich nicht viel bedeutet, und daß dies in nur geringerem Maße auf den Einfluß rechterer Strömungen in der Frauenbewegung zurückzuführen ist.

Diese Situation läßt sich mit einer Taktik, wie wir sie im letzten Jahr eingeschlagen haben, schwerlich aufbrechen. Sie war und ist sektiererisch gegenüber den Frauen, die sich speziell oder vor allem an so „beschränkten" Themen, wie Vergewaltigung, Gewalt von Männern gegen Frauen usw., anfangen zu wehren. Im Grunde haben wir die Zusammenarbeit mit diesen Frauen von unmöglichen Vorbedingungen abhängig gemacht, nämlich:

- Die Frauen müssen erkennen, daß der Kampf gegen Vergewaltigung und gegen Vergewaltiger im Bereich der „Nebenwidersprüche" angesiedelt ist („Nicht die Hauptsache").
- Die Frauen müssen ein positives Bekenntnis zum 1. Mai ablegen. Da dies bei der Walpurgisnacht nicht gewährleistet war (diesmal wohl auch nicht unbedingt) haben wir die Frauen den „Initiatorinnen" überlassen.

Wir sollten uns fragen, ob wir anderswo auch derart rigide „Bedingungen" stellen?? Was ist z.B. mit den Ökologisten, die die „ökologische Krise" nicht für einen Nebenwiderspruch des Kapitalismus halten, sondern für d e n Hauptwiderspruch überhaupt?? Verzichten wir da auch auf gemeinsame Demonstrationen, weil die Ökologisten vom Kampf gegen den Kapitalismus „ablenken"?

Ich glaube, daß unsere totale Ablehnung der damaligen Walpurgisnacht rechten Strömungen in und außerhalb der Frauenbewegung nur genützt haben kann. Das sollte diesmal anders werden..........

KB/Studentengruppe Bochum

„Walpurgisnacht"

Das Kind mit dem Bade ausschütten?

Die vorjährige „Walpurgisnacht" (Demonstration gegen Männ ergewalt) ist heuer wieder in der Diskussion. Stellungnahmen aus der Organisation (siehe Abdruck in diesem AK) sprechen sich dafür aus, sich in diesem Jahr an entsprechenden Aktionen zu beteiligen. Darüber hinaus kritisieren sie unsere Ablehnung der „Walpurgisnacht" im vorigen Jahr und unsere damalige Nicht-Beteiligung.

Um kein verzerrtes Bild entstehen zu lassen, muß man erwähnen, daß es im vorigen Jahr gar nicht so wenige Stimmen gab, die die im AK veröffentlichte Stellungnahme zur „Walpurgisnacht" noch als zu lasch empfanden und die vor allen die nachfolgende Berichterstattung über die Aktionen als allzu wohlwollend kritisierten.

So dürfte es auch heuer kräftige Gegenstimmen gegen eine Beteiligung an einer neuen „Walpurgisnacht" geben. Es sei in diesem Zusammenhang nur erinnert an die immer noch nicht ganz beendeten Auseinandersetzungen um die „Nur"-Frauenfeste am 8. März.

In den vorliegenden Stellungnahmen (Münster, Bochum) wird aber m.E. die Tendenz sichtbar, jetzt „das Kind mit dem Bade auszuschütten". Leider wird z.T. sogar mit Unterstellungen gearbeitet, die mit unserer realen Politik nicht viel zu tun haben.

Zum ersten ist es ganz gewiß falsch, wenn es so dargestellt wird (Münster), als seien reaktionäre, männerfeindliche Parolen nur in ganz wenigen Städten „mit von der Partie" gewesen. Diese Information können die Genossen höchstens der „was tun" entnommen haben. Tatsächlich spielten solche Parolen praktisch überall eine deutliche Rolle auf den letztjährigen „Walpurgisnacht"-Umzügen. Das ist zwar allein noch kein wesentliches Argument, aber wenn diskutiert wird, sollten die Tatsachen doch stimmen.

Eine Unterstellung ist es, wenn behauptet wird (Bochum), wir hätten von den Initiatorinnen und Teilnehmerinnen ein „positives Bekenntnis zum 1. Mai" verlangt. Das wäre in der Tat idiotisch.
Hingewiesen haben wir lediglich auf die von den Initiatorinnen gewollte Frontstellung der „Walpurgisnacht" gegen den 1. Mai, die auch ausdrücklich von ihnen so formuliert worden war. Ebenfalls ist es ei-
1. Mai, die auch ausdrücklich von ihnen so formuliert worden war. Ebenfalls ist es ei-
ne Unterstellung, wenn so getan wird (Bochum), als hätten wir p r i n z i p i e l l eine gemeinsame Demonstration mit den Feministinnen abgelehnt, weil wir den Hauptwiderspruch anders bestimmen als sie. Auch das wäre völlig idiotisch. Tatsache ist aber, daß wir selbstverständlich schon früher gemeinsame Aktionen mit „autonomen" und feministischen Frauen und Frauengruppen gemacht haben, insbesondere gegen den § 218. Auch Aktionen gegen Vergewaltigung haben wir nicht p r i n z i p i e l l abgelehnt, sondern haben uns im Gegenteil schon vor der „Walpurgisnacht" an solchen Aktionen beteiligt.

Ohne auf unsere Entscheidung vom Vorjahr nochmal einzugehen und ohne mich hier in die konkrete Entscheidung zur diesjährigen „Walpurgisnacht" einzumischen, scheint mir doch ein Mißverständnis unbedingt zu diskutieren, das m.E. nicht bloß bei den Genossinnen aus Münster und Bochum vorliegt. Gemeint ist die kurzschlüssige Ansicht, das bloße Stattfinden einer Aktion mit an sich gerechtfertigtem Inhalt sei für den KB auf jeden Fall schon Verpflichtung, sich dazu aktiv zu verhalten – konkret: sich („unter fortschrittlichen Parolen" selbstverständlich) auf jeden Fall daran zu beteiligen. Es liegt auf der Hand, daß die Organisation mit einer solchen Politik überfordert wäre, und daß überdies eine solche Politik uns jeden Handlungsspielraum rauben würde. Es hat immer wieder einzelne Fälle gegeben, wo wir ausdrücklich unsere Nichtbeteiligung an bestimmten Aktionen erklärt und begründet haben (z.B. zentrale Aktionen der KBW–Komitees gegen den § 218. die revisionistisch beherrschten Demonstrationen „für Frieden und Abrüstung" u.a.m.). Allerdings hat es auch jedesmal darum einzelne Diskussionen gegeben mit dem Ziel, unsere Haltung nicht jeweils im konkreten Fall zu bestimmen, sondern den KB g e n e r e l l auf die Linie festzulegen, er m ü s s e bei all diesen Aktionen präsent sein, er m ü s s e auf jeden Fall daran teilnehmen, „um die richtige Linie hineinzutragen und die Massen nicht den Reaktionären zu überlassen". Es liegt auf der Hand, daß man dann sogar schlußfolgern könnte, der KB m ü s s e sich z.B. an solchen staatstragenden Demonstrationen wie während der Schleyer-Kampagne beteiligen, um anknüpfend an den berechtigten Bedürfnissen der Massen nach Sicherheit etc. auch dort die „richtige Linie" zu repräsentieren.

All dies k a n n im Einzelfall sinnvoll sein, sogar das Umfunktionieren so einer staatstragenden Demonstration. Aber dabei sollten wir uns schon etwas Handlungsspielraum bewahren und uns nicht selbst dogmatisch einengen nach der Devise „Keine Feier ohne Meyer". Dies ist, wohlverstanden, grundsätzlich gemeint, und geht nicht gegen eine Beteilgung an diesjährigen „Walpurgisnacht"-Aktonen, über die diskutiert werden sollte.

Ein Genosse der AK-Redaktion

Hexenjagd traditionell

Voraussichtlich am 30. März soll endlich der Prozeß wegen des „Exorzismus (= Teufelsaustreibung) von Klingenberg" beginnen. Bei dieser „Teufelsaustreibung" war die 23-jährige Studentin Anneliese Michel am 1. Juli 1976 gestorben, nachdem sie vorher monatelang mit allerlei hirnrissigem Spuk von zwei Priestern gequält worden war und nachdem sie schließlich unter deren Einfluß auch noch zu hungern begonnen hatte. Sie starb an hochgradiger Abmagerung, Schwächung und Herzversagen.

Angeklagt sind die beiden Priester, die damals die „Teufelsaustreibung" vorgenommen hatten — Ernst Alt und Wilhelm Renz. Angeklagt sind außerdem die Eltern von Anneliese Michel. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung durch Unterlassung, worauf Gefängnis bis zu fünf Jahren steht.

Bereits eingestell wurden hingegen die Ermittlungsverfahren gegen die Hintermänner der Tat: Bischof Josef Stangl (Würzburg), der die „Teufelsaustreibung" offiziell genehmigt hatte, und Jesuitenpater Adolf Rodewyk, auf dessen „Gutachten" das ganze Verbrechen zurückgeht. Sie hätten, so heißt es in der Begründung, keinen unmittelbaren Kontakt zu Anneliese Michel gehabt, seien also auch nicht für deren Tod verantwortlich zu machen.

„Teufelsaustreibungen" und ähnliche verbrecherische Dummheiten scheinen, von der Filmindustrie bereitwillig aufgenommen („Exorzismus"-Filme laufen als Kassenschlager!), überhaupt wieder mehr in Mode zu kommen:

— In Norwegen bemühen sich gleich z e h n Männer auf einmal, meist evangelische Pfarrer, einer Studentin „den Teufel auszutreiben". Der solchermaßen „Behandelten" blieben zur Erinnerung u.a. *„blaue und gelbe Flecken an den Armen"* und ein schmerzender Kiefer. Die „Exorzisten" hatten sie mit Gewalt festgehalten und ihr den Mund aufgerissen — *„um die bösen Geister ausfahren zu lassen"*. So geschehen im Februar 1978 in einem Dorf bei Bergen („Hamburger Morgenpost", 14.2.78).

— Auf einem Berg in Südbrasilien wurde die 16-jährige Elaine Babosa 72 Stunden lang an ein Kreuz gefesselt. „Bild" traf den rechten Ton für das makabre Ereignis: *„Halbnackt hängt ein 16-jähriges Mädchen an einem drei Meter hohen Kreuz ... aus ihren Handflächen tropft Blut. Das schöne Mädchen ist totenblaß"* („Bild" 15.2.78). Eigentlich hatte man das Mädchen, wie es sich gehört, regelrecht annageln wollen. Das war aber vom zuständigen Polizeipräsidenten untersagt worden. So hatte man sich damit begnügt, sich festzubinden und ihr die Handflächen aufzuschneiden, um wenigstens auf d i e s e Weise Blut fließen zu lassen. Tausende von Gaffern beobachteten das Spektakel. *„Viele von ihnen versanken dabei in Trance"* („Frankfurter Rundschau", 15.2.78).

Auch in diesem Fall ging es um eine „Teufelsaustreibung". Das Mädchen habe *„im Schlaf oft markerschütternd geschrien"*. Ihre Fingernägel seien *„in Minuten"* nachgewachsen, wenn sie abgeschnitten wurden , was selbstverständlich *„ein Teufelszeichen"* sei. Schließlich sei ihr ein „Heiliger" erschienen und habe ihr gesagt, sie könne sich vom „Teufel" nur befreien, wenn sie sich drei Tage ans Kreuz schlagen lasse (lt. „Bild", 15.2.78).

— Nicht weniger verrückt geht es offenbar auch in der BRD zu. Hier wurde mit der Leiche von Anneliese Michel eine makabre Show veranstaltet: Pfarrer Renz, einer der angeklagten „Exorzisten", hatte den Dummen im Land ein „Wunder" versprochen. Angeblich sei Anneliese Michel dreimal einer Nonne aus dem Allgäu erschienen und habe ihr verkündet, wenn man sie am 25. Februar aus dem Grab hole. werde ihre Leiche unverwest sein und „die Wundmale des gekreuzigten Christus" aufweisen. Die Eltern von Anneliese Michel, offensichtlich durch den von ihnen mitverschuldeten Tod ihrer Tochter kein Stück gescheiter geworden, beantragten daraufhin die Exhumierung (Ausgrabung) der Toten. Diese wurde tatsächlich vom zuständigen Landratsamt genehmigt. Zu dem erwarteten „Wunder" am 25. Februar hatten sich über 1.000 religiöse Fanatiker aus der BRD, Frankreich und der Schweiz eingefunden. Ganz vorn am Grab stand Pfarrer Renz höchstpersönlich, Bibel und Kruzifix in den Händen. Die Öffnung des Sarges ergab ein keineswegs wundersames bild: Die Leiche sah so aus, wie es nach anderthalb Jahren zu erwarten war („Bild" und „Hamburger Morgenpost", 27.2.78).





Kampf der Religion
und dem Aberglauben!

Die Mörder von Anneliese Michel
und ihre Hintermänner in den Knast!

Interview mit Margit Czenki - Teil 2

Wie sah dein Leben im Knast aus? Wurdest du anders behandelt als deine Mitgefangenen und wie war das Verhältnis zu diesen Frauen. Frauenknast - wie läuft die spezifische Frauenunterdrückung dort ab?

Ich habe mich nie als politische Gefangene bezeichnet, sondern habe gesagt: Ich bin eine wie jede andere da drin, weil bei jeder der Frauen, die reinkommen, die Ursache eben gesellschaftlich mitbedingt ist, und so für mich jede Gefangene eine politische Gefangene ist. Ich habe also nicht versucht, mich da zu unterscheiden.

Ich war die erste, die nach Aichach kam und von der Justiz und Polizei her als „politisch" eingeordnet war. Von daher war das erst ein fürchterlicher Auflauf; andererseits wußten sie noch nicht, wie sie mit uns umgehen sollen, da waren sie noch unsicher. Jetzt ist das von vornherein klar, jetzt werden wir von vornherein in extra Iso-Trakte gesetzt, aber damals war das noch nicht so klar.

In Neudeck, das ist ein U-Gefängnis, da war ich ja dann einen Monat oder so erstmal, und da wurde ich wie die anderen Gefangenen behandelt, außer daß ich besondere Schikanen von Wachteln (Beamtinnen) abgekriegt habe, aber eben auch, weil ich mir nicht alles gefallen ließ. Da liefen dann so Sachen, daß sie zu mir gesagt haben, ich sei eine Kommunistensau, oder eine Kommunistenhure und solche Sachen, und daß ich darüber mit ihnen unheimlich Krach gekriegt habe. Ich habe mich natürlich beschwert und unheimlich gewehrt und Terror gemacht, wenn sie so mit mir umgegangen sind. Das waren aber nicht alle, es waren auch welche, die kamen an die Zelle und haben gesagt: „Weißt, wenn du so ne Bank ausgenommen hast, das ist uns doch egal, da freuen wir uns doch auch eher. das ist doch was anderes, als wenn man uns kleinen Leuten was wegnimmt". Also, sie haben sich teilweise dann auch solidarisiert — das war so ne Mischung zwischen was besonderem sein, was sie auch ein bissel bewundern und was sie vielleicht auch gern mal gemacht hätten, und dann aber auch einer grundsätzlichen Ablehnung von jemand, die es nicht mal von sich sagt, von der ihnen aber gesagt wurde, sie sei eine Kommunistin, oder Anarchistin oder irgend sowas, die ganz krause Vorstellungen haben und genau so kraus ist dann auch die Art, wie sie das rauslassen und auf uns losgehen.

Vor allem haben wir ja Anwälte, die alles an die Öffentlichkeit bringen, wenn was ist, und da fühlen sie sich natürlich sehr kontrolliert und sind doppelt verunsichert.

In den Frauenknästen war damals auf jeden Fall noch so unheimliche Ruhe, da hatten sie halt die Frauen, die vom Strich reinkamen und sich da mal ein paar lustige Tage gemacht haben, das waren sie gewöhnt, aber grundsätzlich wars da ja unheimlich ruhig. Und wenn, dann sind Gefangene untereinander aufeinander losgegangen; es ging also selten gegen die Beamtinnen, also daß man sich gezielt gegen was gewehrt hat. Weils da eben wirklich wie in Hintertupfingen ist, in diesem Frauenknast, weils total veraltet ist.

Dann haben sie mich zum Beispiel „vergessen" beim Essenschöpfen, so Schikanen waren da, oder beim Hofgang haben sie mir die Tür nicht aufgeschlossen. Da haben sich dann die anderen Gefangenen so lange vor meine Tür gesetzt, bis sie aufgeschlossen wurde und haben dann so lange nicht gegessen, bis ich auch was gekriegt habe, also das war ganz gut.

Wir waren zu fünft dann immer zusammen in Neudeck und haben da so ziemlich alles durchgeboxt. An Stadelheim ist dieser Neudecker Knast ja angegliedert, das gehört eigentlich zusammen, verwaltungstechnisch und so, und da wußten wir halt, daß die Männer ganz andere Rechte hatten: Die hatten offene Zellen mindestens an den Wochenenden, wo man zusammen sein durfte und so verschiedene Vergünstigungen, die es im Frauenknast überhaupt noch nie gegeben hatte. Die Frauen haben sie da total dahinvegetieren lassen. Weil wir zu fünft waren und uns einig waren und die anderen waren auch einverstanden (nur waren die halt schüchterner und hätten nie was gesagt), haben wir durchgesetzt, daß wir das auch kriegen. Oder wenn sie uns vor 22.00 Uhr das Licht ausgemacht haben in der Zelle, wir hatten ja keine Schalter, also damals noch nicht, jetzt schon. Da wird der Hauptschalter um 22.00 Uhr ausgedreht, nach wie vor. Und die haben uns dann ausgetrixt und um 21.00 Uhr manchmal das Licht ausgemacht, und dann haben wir halt so lange Terror gemacht, bis es wieder an war, und halt lauter so Kleinigkeiten, um die man da jeden Tag kämpfen mußte, die einem eigentlich zustanden, die sie einem aber trotzdem streitig machen, aus Faulheit auch. Oder mit Bibliotheksbüchern, da hat frau einfach keine neuen Bücher gekriegt, oder wenn der Einkauf zu spät kam, weil sie zu faul waren, oder irgend sowas. Da haben wir uns halt dauernd gewehrt.

Und dann ist irgendwie konstruiert worden, daß ich Fluchtpläne hätte. Ich weiß auch, wie das gelaufen ist, das ist über eine Frau gelaufen, die sie als Spitzel benutzt haben, das geht natürlich leicht. Das war auch eine Kindergärtnerin, und der haben sie dann versprochen, sie lassen ein paar Sachen von ihr untern Tisch fallen, und die war halt so hin und hergerissen, denn einerseits mochte sie mich ganz gern, das haben sie ja auch ausgenützt, und andererseits hat sie halt da nicht nein sagen können, wenn man ihr was geschenkt hat und nicht nein sagen können, wenn man ihr versprochen hat, sie wird anders behandelt. Sie war auch das erste Mal im Knast und hat nicht durchgeblickt, auch mit sich selber nicht und hat sich nicht klar verhalten können bei solchen Angeboten. Ihr hat man das nämlich so hingedreht: „Schau mal, da hilfst du doch nur der Margit, das ist doch so ein nettes Mädchen, du magst sie doch auch, und die sagt halt nichts von sich, jetzt sag du halt mal was, wir wollen der ja auch nur helfen, wir wollen nicht, daß sie so weit reingerät, die ist ja nur durch die anderen Männer reingeraten, mit denen sie das gemacht hat, und wir wissen, daß die ja ganz anders ist" — und über so Geschichten hat man ihr dann Sachen aus der Nase zu ziehen versucht. Ich war unheimlich vorsichtig, habe über die Vorwürfe, die da waren, Bankraub, sowieso nicht gesprochen, kein Wort, mit niemand, weil das war für mich das absolute Tabu. Ich habe dann beim Prozeß das erstemal drüber gesprochen, wo klar war, was ich sage und was nicht. Und auch so über meine Freunde draußen habe ich nichts gesagt. Und dann habe

Fortsetzung nächste Seite

Ein dufter Erfolg

Hamburg-Altona: Am 9.März fand in Altona eine Veranstaltung statt, die von insgesamt 7 Frauengruppen getragen wurde. Thema war: Frauen und Gesundheit.

Daß die Veranstaltung, die bereits die Wahlaktivitäten des Wehrt-Euch-Bündnisses unterstützen sollte, eine toller Erfolg wurde, lag neben der (un)erwartet hohen Besucherzahl (von über 200) daran, daß es zu lebhaften Diskussionen kam. Nach der Begrüßung, einem Beitrag zum § 218 und zur besonderen Betroffenheit von Frauen durch AKW's sprach ein Gynäkologe des UKE zu Abtreibungen und dabei recht positiv über die in Eppendorf angewandte Prostaglandin-Methode. Im Anschluß an ein „Gegenreferat" der Medizinerinnen-Frauengruppe kam es zu einer langen, lebhaften Debatte.

Die Eimsbüttler Frauenärztin Dr. Armbruster-Heyer sprach danach über Verhütungsmittel und -methoden. Aufgrund der spontanen Diskussionsbereitschaft der anwesenden Frauen und Männer konnte die Veranstaltung dann nicht mehr in voller Länge durchgeführt werden und soll für die 2. Woche nach Ostern nochmals vorbereitet werden. Die Themenbereiche sind dann Schwangerschaft, Entbindung, Säuglings- und Müttersterblichkeit, medizinische Versorgung allgemein sowie Krebsvorsorge und erneutes Informieren und Mobilisieren für die "Bunte Liste".

2 Genossinnen aus Altona

Interview mit Margit Czenki

Fortsetzung von Seite 27

ich's mal gemerkt, weil sie plötzlich Namen wußte, die sie nicht von mir haben konnte und mal fragte, wie's dem eigentlich ginge und was der jetzt mache, und ich habe gemerkt, da muß sie Quellen kennen. Das hat sie dann auch zugegeben. Sie hat dann mir gesagt, sie bespitzelt mich und hat mich auch weiter bespitzelt. Da da nichts war, was sie weitersagen konnte, hat sie sich dann Sachen ausgedacht. Und eine Geschichte davon war eben, daß ein ganz konkreter Befreiungsplan vorliege.

Da bin ich dann Hals über Kopf an einem Abend ganz plötzlich weggekommen, ohne Begründung, von Neudeck nach Aichach. Und da bin ich dann erstmal isoliert gewesen, und zwar die ganzen zwei Jahre U-Haft. Das ist schon so eine Geschichte, die nicht gemacht wird mit nichtpolitisch motivierten Gefangenen, sondern die wird mit uns gemacht.

Zwei Jahre streng isoliert, Hofgang mit zwei Wachteln, weil sie alle Leute, die politisch denken, gleich von vornherein für unheimlich gefährlich halten und hinterhältig, wo man nie wissen kann, was von denen kommt. Und deswegen war halt die ganze erste Zeit eine Wachtel immer in der Tür gestanden, also ein Mann, und eine andere, eine Frau, die ist mit mir im Kreis rumgelaufen. Das ist noch harmlos, da sind jetzt welche in Aichach gewesen, da standen sie mit den Knarren drumrum und so. Damals war das halt alles noch harmloser, auch waren wir noch die letzten, die nicht wegen „krimineller Vereinigung" verurteilt wurden. Wir waren immer grad noch davor mit allen Sachen, also unsre Bank war noch, bevor da dann von der Justiz so richtig reingepowert wurde.

Aichach, das ist der größte Frauenknast in der BRD, und sicher auch der rückschrittlichste. Da gibt's also noch Sachen, die gibt's sonst nirgends. So weiße Krägelchen und Führungsstufen: Wenn man sich gut führt das erste Vierteljahr, dann wird man in die nächste Führungsstufe eingestuft, es gibt 2 Führungsstufen. Und nach diesen Führungsstufen richtet's sich dann, was frau machen darf. Ob frau mal mit basteln darf, ob frau fernsehen, ob sie bei Veranstaltungen dabei sein darf, ob frau in die Musikgruppe vielleicht mal darf; alles Sachen, durch die frau da drin überleben könnte. Das ist eigentlich mehr so Beschäftigungstherapie; es ist eh nicht toll, was da läuft, das Angebot ist eh gering und auch nicht sehr qualifiziert, aber die Sachen, auch was lernen zu dürfen z.B., hängen davon ab, wie frau sich führt. Und sich gut führen, heißt: sich anpassen, nicht auffallen, also immer so grau und unauffällig wie nur möglich zu sein. Und ich war natürlich nie in einer Führungsstufe, in den ganzen 5 Jahren nicht, kannst du dir vorstellen.

Ja, und diese ersten 2 Jahre, die waren dann so happig, weil ich keine Gelegenheit hatte, die anderen Gefangenen kennenzulernen, weil ich ja dahin verschubt war und sofort in der Isolation. Also ich hab die von der Ferne gesehen, beim Kirchgang, wo ich natürlich hin bin, damit ich überhaupt Menschen sehe. Aber das war so ne Kirche wie ein Hörsaal, ich saß ganz oben bei der Orgel zwischen zwei Bewachern und die anderen Gefangenen waren ganz unten, ich war ganz für mich immer, wenn ich schon mal wohin durfte. Beim Hofgang war ich auch allein, da war's sogar so, daß sie die Fenster noch zum Keller unten, wo die Durchgänge waren, zugestrichen haben. Wohin man auch geführt wird, muß man durch den Keller. Das ist ziemlich gespenstisch, an den Heizungsrohren wird man da entlanggeführt, man verirrt sich auch total, es sieht alles gleich aus, am Anfang weiß man lange nicht, wo man ist, man kann sich's nicht vorstellen, weil man's ja nie von außen richtig gesehen hat. Es war dann auch immer so, daß es hieß: Die Frau Czenki wird jetzt in den Hof geführt, und dann mußten alle Zellentüren zu sein und es durfte niemand von einem Saal grad in der Zeit rübergeführt werden zum andern Saal oder zum Besuch. Das war dann alles lahmgelegt und ich mußte durch einen völlig menschenleeren Knast gehen. Und zurück auch wieder, und immer so ein Theater. Das hat mit der Zeit ein bißchen nachgelassen. Es war dann keine Wachtel mehr an der Tür zur Bewachung und ich hab von der Ferne schon mal Gefangene gesehen. Aber die, die mir was zugerufen haben oder mit mir mal gesprochen haben, so drei Worte im Vorübergehen, die sind in den Bunker gewandert oder haben sonst eine Strafe bekommen. Man hat ihnen auch immer gesagt: das ist ne ganz gefährliche, laßt euch mit der nicht ein, sonst geratet ihr in Sachen rein. Die haben mich als politische Gefangene aufgebaut, die Wachteln. Also mit den Inhalten: Wenn ihr euch mit der einlaßt, dann kann nur Übles nachkommen, gehört ihr auch dazu, dann geht's euch wie der, die wird isoliert und so.

Und da gab's aber eine Freundin die ich von Neudeck her kannte, allerdings erst später. Inzwischen war der Prozeß, da war ich wieder in Neudeck bei den andern, da hab ich dann wieder welche gekannt, und bin dann zurückgekommen nach dem Prozeß und wieder isoliert. Und die paar, die ich dann von daher kannte, die haben sich nicht einschüchtern lassen, die haben mir dann schon was zugerufen und haben sich mal an die Türe gestohlen. Und es war auch so ein permanenter Widerstand von den Essensträgern. Das Essen ist mir so gebracht worden, daß nur die Wachtel an die Tür durfte, und die Essensträger mußten so auf der Seite stehen, daß sie mich nicht sehen konnten, ich sie nicht und sie mich nicht, das wird so durch die Klappe durchgereicht. Und normalerweise macht man überhaupt die Tür auf und man stellt sich hin und gibt seinen Napf raus und dann wird einem das von den Essensträgern reingeklatscht, die sagen noch: „Laß dir's gut schmecken", oder auch nicht, und dann geht man wieder rein, die Tür wird zugeschlossen. Mir ist es durch die Klappe reingegeben worden und so, daß ich die andere nicht sehen konnte und die mich nicht. Und dann haben die so einen Terror immer gemacht, bis sie richtig an die Klappe randurften, und haben mir dann einfach immer mal nen Bonbon reingeschmissen heimlich oder gesagt: Komm, laß den Kopf nicht hängen oder sowas. Irre vieles, so für Gefangene, die einen auch nicht kennen. Sie haben dann schon sowas wie nen Widerstand auch dagegen entwickelt, daß da eine so behandelt wird. Weil, die haben mich da gesehen, ich seh halt nicht gefährlich aus und man konnte sich das auch nicht vorstellen, und haben dann gesagt: „Also immerhin ist das auch eine Gefangene, und die hat auch Gefühle, und die muß auch mal ne Aufmunterung kriegen." Und das haben sie gemacht, obwohl sie dafür jedesmal eins auf den Deckel gekriegt haben, Einkaufssperre oder sowas, aber da gab's ne ganze Menge Gefangene, die da so'n Gefühl für hatten. Und zwar grad die, die lange Strafen hatten, grad so Lebenslängliche, die haben so ein Gefühl gehabt, da kann man eine net so verrotten lassen. Ja, und das waren so die einzigen Kontakte, die ich da hatte.

Und die Irmi, nachher wurde das meine beste Freundin, die habe ich von Neudeck aus gekannt, die hat mir immer die Faust gezeigt, weil sie mitgekriegt hat, daß das unser Gruß ist. Und dann ist sie zur Kommunion gegangen, und wenn sie von der Kommunion sich umgedreht hat, hat sie so gemacht, die Faust gezeigt, und da hat sie jedesmal einen Rüffel für gekriegt. Da sie verletzt ist an den Beinen und Armen, konnte man sie nicht in den Bunker tun, also hat sie nur Einkaufssperren gekriegt, aber immerhin. Das sah also immer sehr irre aus, sie geht zur Kommunion, schluckt die Hostie, dreht sich um und schmeißt die Faust hoch — die hat ja gar net gewußt, was das bedeutet, es war halt für sie ein Gruß so von Leuten wie mir.

Und dann kam ich nach 2 Jahren aus der Iso raus, und das war schon happig, also so 2 Jahre kaum mit jemand reden können. Nur lesen, schreiben, sich Sachen ausdenken, Tagträume, vor sich hinsingen, im Kreis rumlaufen. Irgendwann kannst du dann nimmer schreiben, da hängt's dir oben, kannst schon kein Papier mehr sehen. Irgendwann kannst du auch nicht mehr lesen, und dann hab ich gemalt. Das haben sie mir dann regelmäßig weggenommen, weil sie behauptet haben, das sind Fluchtpläne. Und dann ist die Schwierigkeit auch: Man könnte ja da sehr schön für sich alles mögliche aufarbeiten, seine Geschichte, die man hat oder die frau hat, die Zeit mal wirklich dafür benützen, aber das wird ja verhindert, wo sie's nur können. Wenn man dann so persönliche Sachen aufschreibt, die machen ja ständig Zellendurchsuchungen, und dann halten sie einem immer wieder vor, was man da für sich alleine aufgeschrieben hat, und dringen da total in die Intimsphäre ein. Und irgendwie will man ja auch nicht, daß die alles von einem wissen, und da kann man's eigentlich nur für sich aufschreiben und dann hinterher gleich ins Klo stecken und runterspülen, damit man überhaupt mal ne Klarheit für sich kriegt, wer man ist. Also ich habe auch, um überhaupt mal wieder zu wissen, wer ich bin und was sich so bei mir abspielt, lange Zeit meine Träume aufgeschrieben. Aber ich wollte eben nicht, daß sie die wieder in die Hand kriegen, also hab ich sie für mich aufgeschrieben, dann war mir klar, aha, so siehts jetzt bei mir aus: Ich kann mich ja an niemendem messen, ich werde auch von niemandem kritisiert außer auf so einer hämmrigen Art halt von der Anstaltsleitung, die ich ja nicht annehmen kann, die halt die totale Unterwerfung wollen.

Das ist eben auch nicht möglich, dein letzter Zipfel von Intimsphäre ist weg, da schnüffeln sie drin rum. Also ein Tagebuch führen geht halt nicht, und Briefe werden ja zensiert.

Und wenn man zum Verteidiger geht, wird man ja durchsucht, also ich mußte mich da immer nackig ausziehen in einer anderen Zelle und da hing ein Kleid, das nur da hing, und das hab ich dann angezogen und in dem mußt' ich vor, und wenn ich zurückkam, ging das Ganze wieder rückwärts.

Und am Anfang sollten sie mir dann auch immer noch in die Möse schauen, also mich zwingen, und in den Po, ich hab das aber mit mir nicht machen lassen, ich hab einen unheimlichen Terror gemacht, ich hab auch gesagt, dann geh ich nicht mehr vor. Dann bleibe ich da hinten und geh zu keinem Besuch und mach nichts mehr. Das ist total unter meiner Würde, das mache ich nicht, und ich habe mich wahnsinnig gewehrt. Die wollten mich dann auf dem Gynäkologenstuhl festschnallen, und ich hab mich aber so gewehrt, daß sie's gelassen haben. Also das habe ich mir vom Hals gehalten, aber ich weiß, daß das bei Gefangenen gelaufen ist. Auch bei Verteidigern übrigens, da in Stammheim haben sie immer in den Po geguckt, am Schluß. Deswegen ist es ja auch so toll, jetzt die Vorwürfe, was die da alles reingeschmuggelt haben sollen. Also dem bin ich entgangen, weil ich mich da unheimlich gewehrt hab. Ich bin auch dann ein paarmal einfach nicht vor, aber die können einem den Verteidigerbesuch eben doch nicht verweigern, also wenn das dann öffentlich geworden wäre, daß sie mir in die Möse gucken und ich das nicht zulasse und deshalb jetzt keinen Verteidigerbesuch mehr haben kann, zu dem Zeitpunkt damals hätte das noch einen Eklat gegeben in München, da wär das noch nicht so hingenommen worden wie jetzt.

Und die Besuchergeschichten. Bei uns haben sie noch eine optische Überwachung gemacht bei Verteidigern, was gar nicht erlaubt ist. Also die Türen zu dem Besuchsraum hatten Glasscheiben, und da saß außen ne Wachtel. Und wir hatten auch den Eindruck, daß sie abhören in den Besuchsräumen. Einmal da hatten wir sie fast erwischt, da war sie ganz aufgeregt. Ich sollte in den einen Besuchsraum, eine andre Gefangene in den andren. Wir sind in den, wo wir nicht sollten, und die hat unbedingt darauf bestanden, daß wir in den andern sollten. Das war so auffällig und so stur, wir sind dann gegangen und haben uns in den neuen Raum gesetzt, meine Anwälte und ich, und wir haben gesagt, da muß was sein und haben angefangen zu suchen. Und das hat man von außen gesehen oder sie haben's gehört. Und auf einmal ist wie ein geölter Blitz eine Wachtel herein und hat so ein braunes Päckchen, das unten am Tisch angeklebt war, weggerissen, aber direkt neben mir, wenn ich noch 3 cm weiter gefaßt hätte, ein paar Sekunden später hätte ich das Ding gehabt. Und die ist rausgerannt und hat gesagt, das hätte sie vorher hier liegenlassen, als sie hier geputzt hätte. Das war auch ne Beamtin, die da nie putzt, weil das nicht ihr Job ist, und da klebt man glaub ich auch nichts untern Tischen an. Also das war dann schon irgendwie klar und wir haben unheimlich gelacht und uns gefreut und haben dann einmal ganz ruhig reden können.

Nochmal zu diesen Isolierungsgeschichten. Was man machen kann, schreibt, nehmen sie einem ständig wieder weg. Was halt effektiv werden könnte, wird verhindert. Ist also alles ziemlich willkürlich. Ich hab mich ständig beim Richter beschwert, der da die Aufsicht hat und gesagt, daß mir da einfach die Sachen weggenommen werden, der hat sich dann immer auf den Anstaltsleiter berufen, wenn was die Sicherheit und Ordnung gefährdet, dann kann ich's halt nicht haben — Punkt. Wenn der Anstaltsleiter sagt, das sind Fluchtpläne, dann sind's halt welche, weil der muß sich halt besser auskennen — Punkt. So war das Zeug immer weg. Sie haben mir z.B. auch linke Zeitungen unterschlagen, die mir vom Richter geschickt wurden, also über die Zensur gegangen waren, die müssen sie mir ausliefern, die haben sie mir trotzdem nicht gegeben. Die lagen packenweise unten im Keller. Ich hab das dann herausgefunden und hab mich beim Richter beschwert und der hat sich dann auf die Füße getreten gefühlt, daß die nochmal nachzensieren, was sie nicht dürfen, und ihn da praktisch zensieren. Da hat er mir einen Beschluß geschickt, daß sie mir das aushändigen müssen. Und da haben sie mir noch lang nichts ausgehändigt, aber ich bin dann mit dem Beschluß vor und hab gesagt: Ich geh jetzt nicht mehr nach hinten in die Zelle, wenn ich das nicht sofort krieg. Erst auf diesen Druck hin hab ich das Zeug dann bekommen. Da haben sie gesagt, das können sie ihren Wachteln nicht zumuten, mir solche Sachen auszuhändigen.

Also so alberne Geschichten. Ich hab dann z.B. versucht, ich hab doch nur mittlere Reife, über Tele-Kolleg das Abitur nachzumachen, damit ich nicht so versacke, und das hab ich dann nach langem Hin und Her durchgesetzt, daß ich das sehen durfte. Ich durfte dann aber nicht die Kontrollbögen einsenden, woran man sehen konnte, ob man das verstanden hat, und die auch Voraussetzung sind, zur Prüfung zugelassen zu werden, weil, da hätte ich schon wieder zu viel Außenkontakt gehabt und das hätte schon wieder die Sicherheit und Ordnung gefährdet. Da hab ich geklagt nach allen Richtungen, und nach einem Jahr war dann ein Beschluß da, als das Tele-Kolleg schon fast vorbei gewesen wäre, daß ich's nicht darf.

Also ich durfte das zwar anschauen im Fernsehen und das fanden sie schon besonders toll und die Bücher haben, und die so vor mich hin lesen und vor mich hinlernen, hab ich auch gemacht, aber ich durfte das nie als Abi verwenden, also ein Abi machen. Nicht mal das ist gegangen. Männer in Straubing machen jedes Jahr Abitur oder Mittlere Reife, da geht das, aber bei 'ner Frau ? ... Ich war ja die erste, die es überhaupt wollte, die es durchgekämpft hat. Also, die war'n schon empört, daß ich das will, obwohl das doch wirklich das mindeste ist: Schulbildung. Also bei mir ist das nicht gegangen.

Und dann auch nachher, als ich aus der Isolation raus war, da kamen dann Angebote von den Fernschulen, so Freistipendien zu vergeben, und dann haben zwei bei der Akademikergesellschaft Mittlere Reife machen wollen. Da sind die natürlich nicht mit Algebra und Geometrie zurechtgekommen, und ich kann die aber im Schlaf natürlich. Im Hofgang hab ich mit denen dann immer die Aufgaben durchgerechnet, das war noch erlaubt. Und dann brauchten die aber ganz klar Nachhilfestunden, das sind halt alles Frauen, die das Lernen nicht gewöhnt sind, nie gelernt haben zu lernen, also mußte ich denen erstmal beibringen, wie sie da rangehen, sich so einen Stoff zu erarbeiten.

Auch mit den politischen Inhalten so bei Sozialkunde sind sie nicht zurechtgekommen, denn die hatten ja nie Zeitung gelesen oder selten oder die Wirtschaftssachen. Da hab ich dann durchgesetzt, daß ich, ganz selten, bei offener Tür in einem besonderen Raum, wo die davor saßen, Nachhilfestunden in Algebra geben durfte, in Sozialkunde sowieso nicht, das war ihnen schon wieder zu heiß. Es war ein Kampf um so selbstverständliche Sachen.

Also alles ist da wahnsinnig schwierig durchzusetzen, was bei Männern selbstverständlich ist. Da werden Gruppen gebildet und die zieh'n das zusammen durch und da hilft der Lehrer. Bei uns konnt' das die Lehrerin nicht, weil sie selber nur Mittlere Reife hat, die hat das ja vor 100 Jahren gemacht, war halt auf so ner Höheren Töchterschule. Die war schon sehr nett, aber die hat einfach den Stoff nicht beherrscht. Also das schon einmal: In Männerknästen sind halt Lehrer, die Abi haben und das alles können. ...

Unsere Tagessätze für Essen sind niedriger als die für Männer. Die Männer haben noch einen Extrasatz in den Knästen für Medikamente und so. Bei uns ist das mit drin in dem Tagessatz. Und jetzt gibts doch in Aichach auch Männer in einem besonderen Flügel, weil doch die Männerknäste überfüllt sind. Die kriegen echt anderes Essen als die Frauen, ein größeres Stück Fleisch, eben da, wo's drauf ankommt. Das wurde dann immer damit begründet: Die machen ja auch härtere Arbeit. Der Witz aber, daß die Männer zu dem Zeitpunkt unbeschäftigt in den Zellen herumsaßen. Also, es war schon ganz absurd. Oder warum gibt man nicht allen mehr Essen, auf die Dauer hungert man da drin nämlich schon. Es ist halt so, man kriegt viel Kartoffeln, viel Nudeln, viel Kraut und so, und auch Brot, soviel man will. Aber man kriegt so Sachen, die Gehalt haben, so gut wie nicht und wenig. Und da hat man einen dicken Bauch, wird immer fetter und wäßriger, aber man hat dauernd Hunger, so ist das dann. Von außen kann man drei Päckchen im Jahr bekommen, zum Geburtstag, zu Weihnachten und einmal zwischendurch. Damals war das Geburtstagspaket 3 kg, das Weihnachtspaket 4 kg. Und dann darfst du eben verschiedene Sachen nicht reintun, also nur haltbare Sachen und dann nichts in Gläsern, nichts in Dosen und keine Gewürze, also wenn man das so durchliest, was man darf oder nicht darf, dann weißt du gar nicht mehr, was du darfst, keine Nüsse, nichts mit Alkohol etc. Es darf auch von außen keine Wolle reingebracht werden, das muß mann innen kaufen, da muß man einen Wollzettel beantragen und lauter so Sachen. Nur wer Geld hat, kann sich das überhaupt nur leisten, wer halt von außen Geld eingezahlt kriegt, da gibt's auch eine Beschränkung, wieviel Geld nur eingezahlt werden darf.

Und wenn sie 4 Kinder draußen haben, denen sie was schenken wollen, kommen sie da nicht mit rum. Und dann hat man diesen monatlichen Einkauf für die Hälfte des Geldes, das man verdient.

Es besteht Arbeitspflicht. Zuerst habe ich in der Schneiderei gearbeitet, da wurden Kleider für die Beamtinnen umgeändert und manche neu genäht. Also der ganze Knast ist erstmal auf Eigenbedarf der Beamten abgestellt. Die Wäscherei bügelt und plättet und wäscht denen ihre Wäsche. In der Küche können sie essen, die haben besseres Essen, und können es auch für ihre Familie mitnehmen, sodaß sie zu Hause nicht kochen brauchen. Und das ist auch sehr billig und sehr gut. Im Garten können die dann billig Obst und Gemüse kaufen, wir kriegen das nicht, sondern das kriegen die Wachteln, und das ist unheimlich billig und gut, und für deren Essen wird's vor allem auch verwendet, und dann wird's noch weiter verkauft an Gärtnereien, bevor wir davon was kriegen. Und wir Gefangenen erarbeiten das.

Dann gab's da auch noch eine Strickerei, mit Maschinen, da konnten die sich unheimlich billig die tollsten Sachen stricken lassen, nach Maß.

Frau Brühne hat ja in der Zelle gestrickt, handgearbeitet, unheimlich toll, auch auf Bestellung.

Ne Zeilang gabs ein Putzkommando, das auch die Wohnung des Chefs geputzt hat, das haben wir dann aber irgendwann mal abgeschafft, weil wir das zu feudal fanden, gegen so Sachen haben wir uns halt gewehrt.

Und dann kommen Firmen von außen rein, MAN, die machen sowas mit Codes, die man in die Maschine tippen muß, wo Lagerbestände geprüft werden, oder bei Stempeluhren ausgerechnet wird, wieviel die Leute gearbeitet haben.

Und dann werden immer so die gleichen Briefe geschrieben, also Geschäftsbriefe. Also die Löhne sind gleich wie draußen, das Geld geht aber ans Justizministerium. Von dort wird uns dann unser Geld überwiesen. Das war, als ich reinkam, eine Mark oder 80 Pfennig pro Tag, und dann ist es aufgestockt worden.

Ich hab zum Schluß ca. DM 2'50 pro Tag gehabt, das war schon ein Superlohn! Und da sind die Frauen auch schlechter dran, die Männerlöhne sind höher als die der Frauen — Löhne kannst du ja sowieso nicht sagen. Und das wird dann noch geteilt, die Hälfte behalten die als Guthaben ein für die Entlassung und die andere Hälfte kriegst du zum Einkaufen, falls du nicht grad Einkaufssperre hast — du hast häufig Einkaufssperre, weil du dich ja nicht wohlverhältst; also so wohlverhalten kannst du dich gar nicht, daß du das nicht kriegst! ...

Und dann noch Schrauben und Lüsterklemmen stecken und Wäscheklammern zusammenstecken und ich weiß nicht, immer so ein komisches Zeug. Und Zuschneiden für die Wäschenäherei, da war ich dann, da haben wir Kopfkissen genäht, und zwar im Akkord. Jede Gefangene mußte 100 Kopfkissen pro Tag nähen. Dazu hat Knöpfe annähen gehört, also alle Gänge durch. Da man aber immer an einer Maschine nur saß, mußte man 1.000 gleiche Bewegungen am Tag machen, also wenn du da an der Mangel bist und das sind 18 Gefangene, dann hast du auf jeden Fall 1.800 Kopfkissen, die du mangelst. Das mußt du, das ist der Grundakkord, wenn du über den rausgehst, kriegt die Gruppe für ein Kopfkissen einen Pfennig mehr oder so. Der wird auf alle aufgeteilt, also das ist albern. Es ist so, daß die Betriebe ihre alten Maschinen da einsetzen. Da war dauernd was dran kaputt, was wir reparieren mußten.

Das war so das wesentliche, was da an Arbeit lief.

Kinder



Chemische Keule gegen Schüler

Erneut wurde in Frankfurt gegen das Verbot, das Kampfgas Chemical Mace gegen Kinder einzusetzen, verstoßen. Im Anschluß an eine CDU-Propagandaveranstaltung am 8.3. an der Ziehenschule setzte die Polizei völlig willkürlich die Chemische Keule gegen friedlich protestierende Schüler ein, wobei auch unbeteiligt herumstehende Kinder getroffen wurden, so daß sie in ambulante Behandlung gebracht werden mußten. Der Einsatz passierte, als der hessische CDU-Vorsitzende Dregger die Schule verließ und zwei Eier, die ihn allerdings nicht trafen, in seine Richtung geflogen waren. Daraufhin sprühten Polizeibeamte mit der Gaswaffe wahllos und brutal auf die Schüler, obwohl Dreggers spezialgeschulter Polizeischutz längst (und unbehelligt) eine Gasse für den CDU-Chef gebahnt hatte.

Die Frankfurter Polizei, die bereits einmal am 3.7.75 die Chemische Keule gegen Kinder eingesetzt hatte, die zusammen mit ihren Betreuern in einer Aktion auf die Verkehrsgefährdung eines Spielplatzes hinweisen wollten, reagierte mit der Arroganz der Herrschenden auf diesen Vorfall. Frech wurden die Aussagen der Betroffenen wie auch unbeteiligter Zeugen bestritten. Kinder seien angeblich nicht getroffen worden. Selbst die Aussage anwesender Journalisten (die bürgerliche Presse berichtete in den Lokalteilen sehr ausführlich) wurden in Zweifel gezogen. Die „FAZ" schrieb dazu am 10.3.: *„Fotos, die dieser Zeitung vorliegen, beweisen überdies, daß der Hauptmeister aus nächster Nähe auf eine Gruppe junger Leute eine Tränengasladung abschoß. Die meisten von ihnen bemerkten das offenbar überhaupt nicht, denn sie kehrten dem Beamten den Rücken"!* Davon hat sich der Bulle offenbar „bedroht" gefühlt!!

Um die Polizeibrutalität zu rechtfertigen, wurde schließlich eine Geschichte um eine ominöse Flasche aufgetischt. Daß auch das frei erfunden wurde, wird durch die Widersprüchlichkeit der Polizeiaussagen bewiesen: Einmal hieß es, ein Jugendlicher habe Anstalten dazu gemacht, mit einer Flasche zu werfen. Dann wiederum behauptete die Polizei, eine Flasche sei vor den Füßen eines Polizeibeamten *„zerschellt"* (nach „Frankfurter Neue Presse", 10.3.).



Frankfurt, 8.3. 1978: In Begleitung von Zivilpolizisten verläßt Alfred Dregger (dritter von links) nach einer CDU–Propagandaveranstaltung die Ziehenschule. Ohne daß Dreggers Abgang von den herumstehenden Schülern, die auf friedliche Weise ihren Protest ausdrücken wollten, behindert worden wäre, sprüht ein Beamter mit dem Kampfgas „chemical mace" wahllos in die Menge. Mehrere Jugendliche und unbeteiligte Kinder (!) wurden verletzt. Schulleiter Mann will von dem Vorfall nichts gesehen haben, obwohl er auf dem Foto rechts hinter Dregger zu erkennen ist (mit Brille).

Dagegen berichtete eine Zeugin, i h r sei von einem Polizisten mit einer Flasche auf's Knie geschlagen worden. Ein anderer Zeuge berichtete, daß ein Beamter in Zivil mit einer Flasche in der Hand auf eine Gruppe Schüler zugerannt sei.

Die heftige Reaktion der Öffentlichkeit bewirkte immerhin, daß die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Klar ist jedoch, daß man den Protesten damit nur Sand in die Augen streuen will. Auch 1975 hatte sich zum Schein die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Dieses Verfahren wurde im Dezember letzten Jahres eingestellt. Begründung: *„In jedem(!) Falle darf aber zugunsten der Beamten unterstellt werden, daß sie nicht gezielt gegen Kinder vorgegangen sind, sondern solche nur versehentlich getroffen haben".* Außerdem seien die Polizisten ja auch *„massiv"* mit *„Dreck, Sand, bzw. Steinchen und Kies beworfen"* worden!! (nach „FR", 15.12.77).

Sand und Steine sind nur der erste Schritt. Schließlich hat jeder Terrorist einmal klein angefangen. Und man soll *„nicht warten, bis der erste Polizist brennt"* – wie die Junge Union (Jugendorganisation der CDU) Frankfurt zu dem Polizeieinsatz an der Ziehenschule bemerkte...

Verbot von Chemical Mace!
Bestrafung der Verantwortlichen!
Wiederaufnahme des Verfahrens von 1975!

KB/Gruppe Frankfurt

Nach Dregger-Auftritt in Frankfurt: „Chemische Keule" gegen Kinder und Jugendliche; Dokumentation
Broschüre der Schülergenossen in der Frankfurter KB-Gruppe. Zu beziehen über S. Lissner, Koselstr. 37, 6000 Frankfurt (16 Seiten, 1,50 DM)

Kind totgeprügelt — mit Hilfe des Jugendamtes

In Landsberg prügelte eine Mutter ihren fünfjährigen Sohn zu Tode. Der kleine Siegfried W. war, seit er auf der Welt war, mißhandelt worden. Schon im August 1975 alarmierten Nachbarn das Landsberger Jugendamt – und wie lange dauert es doch häufig, bis Nachbarn sich „einmischen". Das Jugendamt ließ das Kind bei der Mutter. Einen Monat später schlugen die Nachbarn erneut Alarm. Siegfried wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht und mußte dort drei Monate behandelt werden. Durch Gerichts-
bracht und mußte dort drei Monate behandelt werden. Durch Gerichts-
beschluß wurde den Eltern zwar das Aufenthaltsbestimmungsrecht (Siegfried kam für drei Monate zu Pflegeeltern) entzogen, „es wäre aber unverhältnismäßig gewesen, den Wagners die volle elterliche Gewalt zu entziehen", so der Leiter des Kreisjugendamtes.

Ende Februar 1976 sprach das Landsberger Vormundschaftsgericht den Eltern das Kind wieder zu. Und das nach drei Monaten Krankenhausaufenthalt! Das Martyrium für den Jungen begann erneut. Der Staat hatte der „elterlichen Gewalt" Geltung verschafft (und war ein Heimkind los), das Kind mußte dafür mit dem Leben bezahlen.

Der Tod des Kindes wurde dann sogar im Bayerischen Landtag behandelt. Auf eine Anfrage der SPD-Abgeordneten Ursula Pausch-Gruber antwortete der zuständige Sekretär des Sozialministeriums u.a.: *„Am 21. Juni 1976 beantragte das Jugendamt erneut die Herausgabe des Kindes, nahm diesen Antrag aber zurück,* **nachdem keine Wahrnehmungen dritter Personen vorlagen** (hervorgehoben durch uns), *wonach das Kind nochmals mißhandelt worden sei"* („Bayerische Staatszeitung", 24.2. 78). Mit anderen Worten: Ohne Zeu-
(„Bayerische Staatszeitung", 24.2. 78). Mit anderen Worten: Ohne Zeu-
gen kein Eingreifen. Diesem menschenfeindlichen Verhalten der Behörden „verdanken" neben zahlreichen Kindern auch viele Frauen, daß sie weiter „im Schoße der Familie" mißhandelt werden.

Nachbemerkung: Der sozialpolitische Ausschuß des Bayerischen Landtages lehnte mit den Stimmen der CSU einen Antrag des FDP-Abgeordneten Flath ab, einen Bericht über die Entwicklung der Zahl von Kindesmißhandlungen in Bayern vorzulegen. Wieviele Kinder müssen noch sterben?

KB/Gruppe Nürnberg

Säuglingssterblichkeit in der BRD

Die Säugligssterblichkeit in der BRD ist seit Jahren im Vergleich mit anderen Staaten Westeuropas sehr hoch. Aber offenbar geht es jetzt „aufwärts" (wenn man das angesichts der immer noch erschreckenden Zahlen sagen kann). Starben 1970 noch 2,3% der Neugeborenen vor Vollendung des ersten Lebensjahres, waren es 1976 nur noch 1,7%. Die BRD hat sich damit unter den europäischen Ländern auf Platz 14 hochgearbeitet.

Ausgerechnet die BRD könnte man da fragen, die sich sonst der hohen Entwicklung von Technologie und sonstigen „technischen" bzw. „Wissenschaftlichen Fortschritts" brüstet, so weit hinten in dieser Statistik?

Die Antwort: Wer Millionen in die Entwicklung neuer Technologien z.B. auf dem Sektor Kernforschung steckt, Milliarden für den Ausbau des Polizeistaates bereit hat, muß woanders sparen.

Dort z.B., wo Kinder auf die Welt kommen bzw. bevor sie auf die Welt kommen – in Krankenhäusern, Mütterberatungsstellen etc.

Die hohe Säuglingssterblichkeit zeigt allerdings nicht nur, auf wessen Kosten die „Spitzenstellung" der BRD gegenüber anderen europäischen Staaten geht.

Säuglingssterblichkeit ist – wie sollte es anders sein – eine Klassenfrage. Nach einer Untersuchung des statistischen Bundesamtes ist sie am größten, *„wenn*

- *das Kind nichtehelich ist,*
- *das Kind untergewichtig ist,*
- *die Mutter noch keine 20 oder über 40 Jahre alt ist,*
- *es sich um das fünfte oder weitere Kinder handelt,*
- *seit der Geburt des letzten Kindes weniger als zwei Jahre oder mehr als zehn Jahre vergangen sind"*

(„Hamburger Abendblatt", 14.2.).

Ein Katalog, der in erster Linie auf werktätige Frauen und ihre Familiensituaton zutrifft!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Buchbesprechung: Schule unter den Nazis

Im Verlag Ehrenwirt (München) ist 1977 die erste (!) ausführlichere Darstellung der Schule unter den Nazis erschienen: Kurt-Ingo Flessau, **„Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus"** (22 Mark). In kurzen Zügen werden die Eingriffe der Nazis („Wer die Jugend hat, hat die Zukunft") ins Schulsystem beschrieben: Effektivierung der Oberschulen, Verschlechterung der Volksschulbildung (für 90 % der Schüler), Einrichtung von SS- und HJ-Eliteschulen („Nationalpolitische Erziehungsanstalten, „Adolf-Hitler-Schulen"), umfassende Verquickung von NSDAP, HJ usw. mit der Schulbürokratie. Mit allen denkbaren Kontrollen sollten die Lehrer (soweit als Kommunisten, Sozialdemokraten oder Juden nicht sowieso schon entlassen) auf Vordermann gebracht, d. h. die „nationalsozialistische Weltanschauung" an den Schulen durchgesetzt werden.

Im Unterricht wurden nicht nur neue Fächer wie „Rassenkunde" eingeführt. Alle Fächer wurden antisemitisch und chauvinistisch ausgerichtet, auch die scheinbar unpolitischen – bis hin zu einer „deutschen Physik", in der hauptsächlich „Wehrkunde" betrieben wurde. Flessau zeigt das anhand der Nazi-Richtlinien und verschiedener Schulbücher. Nur am Rande erwähnt er, daß die nazistische Schule nicht vom Himmel fiel. Beispielsweise hätten die Nazis nicht so leichtes Spiel gehabt, hätte Ihnen nicht der *„schon 1927 begründete Nationalsozialistische Lehrerbund zur Seite gestanden (...). Dem Bund gelang es (...), die überwiegende Mehrzahl der Lehrerschaft für sich, großenteil damit auch für die Partei zu gewinnen und auf diesem Wege auch Schule und Schüler zu beeinflussen"* (S. 18).

Eine Untersuchung, wie damals die Herausbildung und Entwicklung reaktionärer Lehrerverbände, die Agitation rechter Schüler- und Elterngruppierungen, das Zusammenspiel der Rechten in Schule, Parteien, Bürokratie usw. funktionierte, steht für fortschrittliche Schüler und Lehrer heute dringlich an: Denn – auch darauf geht Flessau kaum ein – mit der Niederlage des Faschismus 1945 verschwanden seine „Lehrer" und auch seine „Lehren" keineswegs. Im Gegenteil: Reaktionäre Angriffe auf fortschrittlichen Unterricht, linke Lehrer und Schüler nehmen zu, neofaschistische Umtriebe kennzeichnen auch (und gerade!) die Lage an den Schulen der BRD. In dieser Situation ist auch ein Buch wie das von Flessau ein begrüßenswerter Anstoß und eine nützliche Hilfe.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Kopfgeld für Babies macht Schule

Nachdem der Gedanke schon in Bayern praktiziert wird (s. AK 124), greifen jetzt auch „Bevölkerungspolitiker" anderer Bundesländer zur Kasse: Um den „Pillenknick" zu stoppen, setzte u.a. auch Franz Vit, SPD-Bundestagsabgeordneter und Bürgermeister von Aldenhoven (NRW), eine „Kopfprämie" von 150 DM für jedes Neugeborene in der Gemeinde aus. („Hamburger Abendblatt", 16.2.1978).

Ob neben diesen 150 DM Kopfgeld jedem Neugeborenen auch eine anständige Lebensperspektive garantiert wird, ist nicht bekannt - aber zu bezweifeln.

Pflichtfach Kernenergie

Die Gymnasiasten in Niedersachsen werden von der elften Klasse an ein neues Pflichtfach erhalten: *„Kernenergie und die wichtigsten damit zusammenhängenden Fragen"* (Hamburger Abendblatt" 14.2.1978), Die Landesregierung will bis Ende des Schuljahres 1977/78 neue Entwürfe der Rahmenrichtlinien vorlegen, *„um verstärkt für eine sachliche Aufklärung des umstrittenen Themas in den Schulen zu sorgen"* (ebenda). Die Behandlung von Konflikten wie Umweltschutz und Bürgerinitiativen soll nach Angaben des Kultusministeriums für die „Ausgewogenheit" des Lehrstoffes Kernenergie sorgen.

Werden mit dieser neuen Regelung endlich die Voraussetzungen geschaffen, wonach auch das Anti-AKW-Material der BI's kostenlos an den Schulen verteilt wird? Mitnichten! Eher ginge wohl ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß die Argumente der AKW-Gegner im Unterricht behandelt werden. Denn natürlich soll das neue Fach dazu dienen, die Schüler im Sinne des Bonner Atomprogramms zu indoktrinieren. Das wird deutlich daran, daß *„zur Vorbereitung der Fachlehrer von Hannover ausgewählte Pädagogen zu Fortbildungskursen"* geschickt werden (ebenda).

In drei einwöchigen Kursen werden diese Pädagogen von Experten der Schule für Kerntechnik in Karlsruhe und der Universität Göttingen, also von Handlangern der AKW-Betreiber, für das neue Pflichtfach „qualifiziert".

Es muß damit gerechnet werden, daß zukünftig in Niedersachsen nur ausgewählte Lehrer, bei denen der Staat sicher sein kann, daß sie einen Pro–AKW-Unterricht durchziehen, dieses Thema behandeln dürfen.

Kinderselbstmorde

Escherode (Kreis Göttingen): Ein zehn Jahre alter Junge hat sich am Ast eines Baumes erhängt. Nach einem Streit mit den Eltern war der Junge weinend aus dem Haus gelaufen. Erst nach einer Woche fanden Suchtrupps die Leiche.

Landsberg am Lech: Schlechte Zeugnisnoten haben einen vierzehnjährigen Schüler in den Selbstmord getrieben. Der Junge war bereits seit drei Wochen vermißt, ehe Kinder in einer Höhle der Stadtmauer die Leiche entdeckten.

Berlin: Eine sechzehnjährige Schülerin wurde nach einem Diebstahl in einem Warenhaus geschnappt und zum Polizeirevier gebracht. Aus Angst vor Strafe unternahm sie auf der Polizeitoilette einen Selbstmordversuch: Sie trank ein WC-Reinigungsmittel. Im Krankenhaus konnte sie gerettet werden.

Bundeswehr–Fan–Clubs: Für Nachwuchs ist gesorgt

„Riesige Heeresplakate, bunte Marinekalender, selbstgebaute Modelle von Abfangjägern" („Bild" 24.2.78) bringen sieben Gymnasiasten aus Hamburg in Stimmung für ihre Lieblingsbeschäftigung: Bundeswehr spielen. Diese jugendlichen Fans - *„alles Kameraden aus einer Klasse"* - gründeten vor einem halben Jahr einen Bundeswehr-Fan-Club. Mittlerweile gibt es in der BRD bereits 300 dieser Clubs. Das Bonner Streitkräfteamt sorgt für die großzügige Verteilung von Propagandamaterial. Mit Sicherheit wird die Bundeswehr sich in ihrer Fürsorge für diese Fan-Clubs nicht auf Verteilung von Indoktrinationsmaterial beschränken. Einladungen in Kasernen, Diskussionen mit den „Kameraden" der Streitkräfte, Essen aus der großen Goulaschkanone und selbstverständlich Schießübungen werden die nächsten Schritte sein.

Ganz sicher dienen diese „Fan-Clubs" aber nicht nur der Nachwuchswerbung der Bundeswehr, sondern auch als Ausgangsstation für „NSDAP"-Gruppen verhetzter Kinder und Jugendlicher, bei denen fast immer am Anfang ihrer kriminellen Laufbahn die Begeisterung fürs „Soldatische" steht.

Geisel-Besuch in der BRD

Um *„freundliche Aufnahme"* hatte der Chef des brasilianischen Faschisten-Regimes, Geisel, vor seinem Besuch in der BRD gebeten, eine überflüssige, weil für die BRD sowieso selbstverständliche Bitte, da der erste Besuch eines brasilianischen Präsidenten seit 100 Jahren lediglich Höhepunkt und Ausdruck der *„hervorragenden"*, *„vorbildlichen"*, *„erfreulichen"*, *„bewunderungswürdigen"* Beziehungen zwischen der BRD und Brasilien ist (Zitate „Welt" und „Kölner Stadtanzeiger", 8.3.78).

Die *„freundliche Aufnahme"* wurde dann durch besondere Sicherheitsmaßnahmen (Sicherheitsstufe eins — wie zuletzt beim Breschnew-Besuch) mit Bundesgrenzschutz, Scharfschützen und einem Riesenaufgebot an Bullen garantiert; eine Protestdemonstration in Köln wurde auseinandergeknüppelt, 7 Demonstranten wurden festgenommen, zusammengeschlagen und sollen wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt werden (siehe gesonderten Artikel).

Geisels Begleitmannschaft, bestehend aus über hundert *„hochkarätigen"* Politikern und Wirtschaftsführern und sein Besuchsprogramm machen den Zweck dieses Besuchs deutlich. Es gab Empfänge und Gespräche mit Scheel, Schmidt, Filbinger, Kohl und Strauß. Selbst die traurige Figur Willy Brandt, der als Chef der Sozialistischen Internationale durchaus von Zeit zu Zeit ein Wort der Kritik für Länder wie Brasilien findet, führte ein Gespräch mit Geisel.

Ferner gab es Besuche beim BDI und in den Atomforschungsanlagen Karlsruhe und Jülich!

Geisel erhielt die Zusage über einen 50 Mio. Kapitalhilfekredit für 1978.

Zu den Gesprächen über Einzelheiten des Atomabkommens BRD — Brasilien kam der niederländische Außenminister angereist, wohl um Möglichkeiten festzulegen, wie die Lieferungen von angereichertem Uran aus Almelo nach Brasilien ohne Hindernisse garantiert werden können (vergl. dazu „die Internationale" Nr. 29/30 „Almelo").

Und schließlich ging es um die Vorbereitung weiterer Milliardengeschäfte: Voraussichtlich im April vergibt Brasilien die Aufträge über Turbinen und Generatoren für das Wasserkraftwerk Itaipu, das das größte
schäfte: Voraussichtlich im April vergibt Brasilien die Aufträge über Turbinen und Generatoren für das Wasserkraftwerk Itaipu, das das größte
der Welt werden soll und über das Brasilien seine Vormachtstellung in Bolivien und Paraguay ausbaut.

Außerdem muß eine Hochspannungsgleichstromübertragung geliefert werden, die notwendig ist, um den in Itaipu produzierten Strom ins brasilianische Industriedreieck Rio — Sao Paolo — Belo Horizonte zu transportieren. Die westdeutschen Unternehmen liegen deswegen *„hervoragend im Rennen"*, weil Erfahrungen von Cabora Bassa in Mocambique vorweisen können („Welt", 8.3.), und weil sie (für die Generatoren und Turbinen) mit ihren Produktionsniederlassungen in Brasilien *„über 80% der einschlägigen Landeskapazität verfügen"* („Welt", 8.3.78).

Bundespräsident Scheel hob in seiner Rede auf dem Galaessen am 6.3. insbesondere die *„Vitalität"*, *„Tatkraft"* und *„Dynamik"* Brasiliens hervor:

„Die friedliche Austragung von Konflikten ist bei Ihnen gute Tradition! Der brasilianische Nationalcharakter ... zeigt eine erstaunliche Assimilationskraft: Friedfertigkeit und Hilfsbereitschaft, Höflichkeit und Taktgefühl, Humor und Würde ... Wir wissen, daß auch Ihrem Volke innere Spannungen, wirtschaftliche Schwierigkeiten und die tägliche Sorge um Recht und Gerechtigkeit nicht erspart sind. Aber das Beispiel Brasiliens hat der Welt Zuversicht in die Zukunft moderner Entwicklungsländer geschenkt. Mit bewunderungswürdiger Tatkraft baut Brasilien heute einen modernen Industriestaat auf. Wir Deutsche sind daran nicht unbeteiligt" — leider!

Geisel seinerseits dankte in seinen verschiedenen Reden für die Gastfreundschaft, insbesondere daß die BRD Verständnis für Schwierigkeiten und Probleme Brasiliens aufbringe. Denn *„nicht immer wird im Ausland die großartige Leistung der brasilianischen Gesellschaft genügend gewürdigt ... Es bestehen künstliche Barrieren fort, die der Verständigung im Wege stehen ..."*

Hier noch eine kurze Auswahl von Tatsachen — ob sich Scheels Zuversicht in die Zukunft der Entwicklungsländer darauf gründet?

— Nur in den ersten 2 Monaten dieses Jahres wurden 64 Menschen von der Todesschwadron ermordet.

— Nach den Demonstrationen an der katholischen Universität Sao Paolo im Sommer 77 waren nach Polizeieinsätzen 20 Studenten unheilbar verletzt, 9 von ihnen sind teilweise oder ganz erblindet. Die Polizei hatte Tränengas eingesetzt, dem Chemical Mace beigemischt war.

— Die Reallöhne sanken seit 1964 (Putsch der Militärs) in den Industriegebieten um mindestens 50%. Die Landarbeiter im Nordosten, wenn sie überhaupt je Arbeit bekommen, werden ohnehin 10mal niedriger als die Industriearbeiter bezahlt.

— 1960 starben von tausend Neugeborenen 60 im ersten Lebensjahr; 1977 belief sich diese Zahl bereits auf über 100. In den Elendsvierteln stirbt jedes 5. Kind, bevor es ein Jahr alt ist.

— 1,5 Mio. Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren müssen bereits wie Erwachsene arbeiten, um irgendwie zu überleben. Ein viel größerer Teil kann sich nur durch Betteln und Stehlen
— 1,5 Mio. Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren müssen bereits wie Erwachsene arbeiten, um irgendwie zu überleben. Ein viel größerer Teil kann sich nur durch Betteln und Stehlen
notdürftig ernähren: Allein in Sao Paolo (10 Mio. Einwohner) sind dies rund eine halbe Million („Stern", 2.3.78).

— Selbst in den Städten sind noch 35% der Bevölkerung über 14 Jahren Analphabeten — in den Landgebieten erheblich mehr.

— VW do Brasil hat sein 135.000 ha großes Gebiet im Amazonas-Urwald, auf dem derzeit eine riesige Rinderfarm errichtet wird, durch Abbrennen des Waldes urbar gemacht, *„der größte Brand in der Geschichte des Planeten"* („SZ", 10.7.76). Wieviele Indianer dabei umgekommen sind, wurde nicht ermittelt, dafür werden mit der Rinderfarm aber auch Arbeitsplätze geschaffen: genau 200 nach Fertigstellung des Projekts!

Lateinamerika-Kommission



Westdeutsche Bullen prügeln für Geisel

Am Abend des 9.3.78 fand in Köln der „krönende Abschluß" des Geisel-Besuchs in der BRD statt. der brasilianische Botschafter hatte 1.500 Diplomaten, deutsche Regierungsmitglieder, hohe Beamte und Kapitalistenbosse zum Stelldichein mit Geisel in den „Gürzenich" geladen.

Dies war der Anlaß für eine Protestdemonstration. Die Aktion richtete sich insbesondere gegen das faschistische Regime in Brasilien und die Zusammenarbeit der BRD mit diesem Staat auf dem Sektor der Atomtechnik, die dem dortigen Terrorregime die Möglichkeit für den Bau der Atombombe bietet. Aufgerufen hatten die Arbeitsgemeinschaft „Brennpunkt Brasilien", Stroomgroep Stop Kernenergie Nimwegen und die Kölner Bürgerinitiative gegen Atomanlagen — KKW Nein. Auch Amnesty International war beteiligt. Der KB unterstützte die Aktion.

Westdeutsche Polizisten schützten die Faschisten

Westdeutsche Polizisten schützten die Faschisten

Geisel hatte sich laut „Kölner Stadtanzeiger" vom 6.3.78 *„einen freundlichen Empfang"* gewünscht. Die westdeutschen Staatsschutzbehörden ließen sich das nicht zweimal sagen. Der Kölner Polizeirat Jürgen Sengespeik ließ verlauten, daß die Bullen mit *„höchster Gefährdungsstufe"* auf die Demonstration eingestimmt worden waren („KSTA", 10.3.78).

Nach offiziellen Angaben waren 775 Bullen um den „Gürzenich" zusammengezogen. Schon nachmittags waren die Zufahrtswege abgesperrt, die Straßenkreuzungen von Polizei besetzt. Eine Stunde lang war die gesamte Innenstadt um das Rathaus und den „Gürzenich" hermetisch abgeriegelt. Auf den Dächern und den Mannschaftswagen der Bullen waren Scharfschützen postiert („KSTA", 10.3.78). Direkt vor dem „Gürzenich" waren zusätzlich Bundesgrenzschutzeinheiten — wahrscheinlich GSG 9 — zusammengezogen. Der westdeutsche Bullenstaat war voll gerüstet, um dem brasilianischen Militärdiktator den freundlichen Empfang zu garantieren.

„Atomexport — Völkermord!"

Gegen 18.oo Uhr versammelten sich dann 500 Menschen auf dem Neumarkt, um dem provokatorischen Auftreten Geisels in der BRD eine demokratische Antwort zu geben. Die Aktion „Brennpunkt Brasilien" verurteilte in ihrer Rede besonders die wirtschaftliche Zusammenarbeit der BRD mit Brasilien, während ein Vertreter von Amnesty International gegen die eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch das Geisel-Regime protestierte. Die Kölner Bürgerinitiative gegen Atomanlagen brachte in ihrem Beitrag den Protest gegen das deutsch-brasilianische Atomgeschäft zum Ausdruck.

Hinter dem Transparent „Kein Atomgeschäft mit Folterern" bewegte sich dann ein kämpferischer Demonstrationszug zum Walraff-Platz — rings umgeben von Bullenketten!

Es wurden Parolen gerufen wie: „Völkermorde und KZ findet der Herr Geisel nett", „Amnestie für alle politischen Gefangenen" und „Atomexport — Völkermord". Die Parolen gegen das Atomgeschäft dominierten die Demonstration. Zu diesem Thema sprach auch ein Genosse des SSK Nimwegen auf der Abschlußkundgebung.

Westdeutsche Polizisten prügeln für Faschisten

Nach Beendigung der Demonstration zogen noch ca. 150 Antifaschisten, vorbei an Bullensperren, zum „Gürzenich", um die Ankunft der illustren deutsch/brasilianischen Gesellschaft zu beobachten.

Und wie der Zufall es wollte, bog nach ein paar Minuten Wartezeit Geisels Karossen-Kolonne samt schmucker weißer Motorradeskorte um die Ecke. Daraufhin ergoß sich ein
nach ein paar Minuten Wartezeit Geisels Karossen-Kolonne samt schmucker weißer Motorradeskorte um die Ecke. Daraufhin ergoß sich ein
kurzer aber heftiger Regen von Scheissebeuteln über die vorbeirauschende Kolonne.

Die Bullen nahmen das zum Anlaß, äußerst brutal auf willkürlich herausgegriffene Demonstranten einzuschlagen. Ganze Gruppen von Bullen stürzten sich auf einzelne Personen und prügelten rücksichtslos auf sie ein. So warfen sie beispielsweise einen Teilnehmer auf den Kühler eines besetzten Personenwagens und verprügelten ihn vor den Augen der Insassen. Ein anderer wurde an einem Bein 80 m weit über die Straße und Kantsteine geschleift, wobei er mehrmels mit dem Kopf auf die Straße schlug und die umstehenden Bullen wild auf ihn eintraten. Insgesamt wurden 7 Personen festgenommen und auf das Polizeipräsidium Waidmark gebracht. Dort tobten sich die Bullen dann weiter an den Festgenommenen aus.

Einer der Festgenommenen berichtet in einer persönlichen Erklärung: *„Ein Festgenommener wurde von einem Motorradpolizisten gefragt, wer ,die Scheiße geworfen' hätte. Als er antwortete, er wisse es nicht, er sei es nicht gewesen, trat ihm der Beamte erst vors Knie und dann mit großer Wucht auf die Füße. Danach schlug er Frau B., augenscheinlich ohne Anlaß, heftig ins Gesicht. Dann betrat ein Polizeibeamter das Büro, der eine Plastiktüte in der Hand trug. Er zog Wegwerf-Plastikhandschuhe an und rief laut: ,Jetzt könnt ihr mal sehen, wie das ist.' Mit diesen Worten griff er in die Tüte und schmierte Frau B., mir und einem anderen Festgenommenen Jauche ins Gesicht. Ich stand mit dem Rücken zum Fenster und wurde bei dieser Gelegenheit mehrfach mit dem Hinterkopf an die Fensterscheibe geschlagen."*

Die „Kölnische Rundschau" geiferte am nächsten Tag: „Linke Randalierer mit weiß angemalten Gesichtern nutzten ... die Demonstration
Die „Kölnische Rundschau" geiferte am nächsten Tag: „Linke Randalierer mit weiß angemalten Gesichtern nutzten ... die Demonstration
für ihre radikalen Zwecke aus."

Gegen die Festgenommenen wird Anklage wegen Landfriedensbruch, z.T. wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung, erhoben.

Es ist zu befürchten, daß den willkürlich herausgegriffenen Demonstranten abschreckende Strafen drohen.

Es ist jetzt notwendig, eine breite Solidarität mit den Angeklagten zu organisieren. Die demokratische Bewegung sollte darüber hinaus den Geisel-Besuch und die Vorfälle in Köln zum Anlaß nehmen, die internationalen politischen Geschäfte des BRD-Imperialismus wieder stärker ins Blickfeld zu rücken.

KB / Gruppe Köln

Protesterklärungen

Der *Bundesverband der Jusos* hat ebenfalls gegen den Geiselbesuch protestiert. Die Jusos fordern die Bundesregierung auf, *„alle Maßnahmen zu unterlassen, die zu einer Stärkung des diktatorischen Regimes in Brasilien führen könnten"*. Sie fordern Aufhebung von Kreditzusagen und Aufhebung der nuklearen Zusammenarbeit:

„Es ist geradezu eine abenteuerliche Politik, einer Diktatur, die zur Nutzung ihrer machtpolitischen Interessen noch nie Skrupel bei der Auslöschung von Menschenleben gezeigt hat, die radikalsten Vernichtungsmöglichkeiten in die Hand zu geben. Die Anwesenheit des Diktators Geisel in der BRD ist eine Provokation für alle Demokraten. Er sollte möglichst schnell verschwinden". (Schreiben vom Bundessekretariat der Jusos, 7.3.78).

In einer Presseerklärung vom 5.3.78 protestierte der *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* [*BBU*] insbesondere gegen das Atomgeschäft:

„Aus Anlaß dieses Besuches protestiert der BBU noch einmal auf das Schärfste gegen den unverantwortlichen Abschluß dieses Geschäfts ... Die Bundesregierung hat sich hier wieder einmal bedenkenlos zum Erfüllungsgehilfen der Atomanlagen produzierenden Großindustrie [*in diesem Fall der Fa. Siemens*] *machen lassen"*!

Amnesty International hat anläßlich des Geiselbesuchs eine Dokumentation veröffentlicht: „Zur Situation der Menschenrechte — Juristen klagen an". In einem Schreiben hat Amnesty die Abgeordneten des Bundestages auf die Situation in Brasilien hingewiesen und sie gebeten, *„ihrerseits dazu beizutragen, den Menschenrechten in Brasilien mehr Geltung zu verschaffen"* (Amnesty Pressemitteilung, 27.2.78).

Lateinamerika-Kommission

SPD läßt ihre Polizei gegen antifaschistische Jusos marschieren

Düsseldorfer Jungsozialisten mußten vor kurzem erleben, wie die SPD ihre Polizei gegen alle diejenigen aufmarschieren und in Einsatz treten läßt, die u.a. die herzliche Verbundenheit führender Regierungs- und Parteimitglieder mit diversen faschistischen Staaten dieser Erde kritisieren und ihren Protest dagegen in die Öffentlichkeit tragen.

Der faschistische brasilianische Diktator, Geisel, wurde vom nordrhein-westfälischen SPD-Ministerpräsidenten Kühn *„mit allen protokollarischen Ehren empfangen. Eine Stunde vor dem Empfang stellten Jungsozialisten vor der Staatskanzlei einen Informationsstand auf und zeigten dort Plakate und verteilten Flugblätter. Zuerst traf der Direktor der Schutzpolizei, Otto Gburek, ein und forderte die etwa 30 Jusos auf, zu verschwinden, das Plakat ,Folterer Geisel raus aus der BRD' sei eine Beleidigung eines Staatsoberhauptes. Als die Demonstranten auf das Demonstrationsrecht und das Grundrecht der Meinungsfreiheit hinwiesen, orderte der Schupo-Chef ein Überfallkommando. Es erschien im Kampfanzug, zerriß Plakate, zerstörte den Informationsstand und stellte bei einigen Jungsozialisten die Personalien fest. Ein Juso, der sich sein Plakat nicht entreißen lassen wollte, wurde an den Haaren zu einem Mannschaftswagen geschleift. Beamte teilten ihm mit: ,Eine Bewegung, dann ist was los!' Anderen Jusos wurde empfohlen, doch in die DDR auszuwandern ..."* („Extra-Dienst", 14.3.78). — Alltag für Antifaschisten in der BRD 1978!

SPD-Kommission



Amberg

In Amberg hatte die NPD im Rahmen des bayrischen Wahlkampfs zum 25. Februar einen Fackelzug, eine Kundgebung auf dem Marktplatz und eine Veranstaltung in einer Gaststätte angekündigt. Dagegen protestierten viele Gewerkschaftsgremien mit einem Flugblatt, nämlich: DGB-Kreis Amberg, DGB-Ortskartell Vilshofen, DGB-KJA Amberg, DGB-Ortskartell Sulzbach-Rosenberg, IG Metal Amberg, IG Metall-Jugend Amberg und Sulzbach-Rosenberg, ÖTV-Kreisverwaltung Amberg, IG Bau-Steine-Erden, Bezirksverband Amberg und IG Bergbau-Energie Geschäftsstelle Amberg. Ein Antrag der SPD auf Verbot der SPD-Aktionen wurde von der CSU-Stadtregierung unter Hinweis auf die „Meinungsfreiheit" abgewiesen. Etwa 130 Gegendemonstranten sorgten aber doch dafür, daß zumindest die NPD-Kundgebung auf dem Marktplatz abgeblasen werden mußte. Die Nazis zogen dann — etwa 250 bis 300 Leute laut Lokalpresse — mit Fackeln zu ihrem Veranstaltungslokal, wo u.a. NPD-Vorsitzender Mußgnug sprach.

Die Lokalpresse („Mittelbayrische Zeitung", 27.2.78) berichtete ausgesprochen wohlwollend und ausführlich über die NPD-Veranstaltung; sie schrieb, die Gegendemonstranten gegen die NPD hätten sich *„unterhalb der demokratischen Gürtellinie"* bewegt, und: *„Daß es zu keinen Ausschreitungen zwischen den sogenannten Linken und Rechten kam ... war der Zurückhaltung der ‚Rechten' zuzuschreiben."*

Delmenhorst

In Delmenhorst (bei Bremen) wollte am 18. März die NPD eine Kundgebung durchführen. Daraufhin wurde von der „Initiative gegen den Faschismus" (SPD-Mitglieder, DKP/VVN, SB, KB) Verbotsantrag gestellt. Der Antrag fand auch die Unterstützung eines SPD-Unterbezirks und der GEW. Daraufhin wurde in der Tat ein Verbot ausgesprochen, allerdings nur mit Hinweis auf die „öffentliche Sicherheit und Ordnung". Vorher war bereits ein NPD-Flugblatt verboten und die Wohnung des NPD-Ortsvorsitzenden durchsucht worden. Dieser distanzierte sich dann von dem Flugblatt: Es sei ohne sein Wissen entstanden.

Schwabach

Am 18. Februar wollte der Faschist Hoffmann in Schwabach eine „öffentliche Veranstaltung" durchführen. Aufgrund der breiten Proteste in der Bevölkerung sah sich der Bürgermeister veranlaßt, die Veranstaltung wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit" zu verbieten. Die Regierung Mittelfranken (Bezirk) sowie die Polizei hatten sich ausdrücklich gegen ein Verbot gewandt. Außerdem fand eine kleine Demonstration statt.

Lüneburg

Während der letzten größeren NPD-Veranstaltung in Lüneburg im September '76 terrorisierten NPD-Schläger Jugendliche im nahe gelegenen Lüneburger Jugendzentrum: die Jugendlichen wurden eingeschlossen, durch eingeschlagene Fensterscheiben wurde Tränengas hineingesprüht. Mit Sprüchen wie „Wir sind reinrassig deutsch, wir dürfen das!" und „Oh Klasse, wie damals die Juden im KZ!" trieb die Schlägerbande die Jugendlichen anschließend durch die Innenstadt und versuchte, einzelne herauszugreifen und zu verprügeln.

Zwei Neonazis erhielten vor Gericht für diese Vorfälle eine Gefängnis und eine Geldstrafe.

Am 17.3. wollte jetzt die NPD erneut in Lüneburg auftreten. In kurzer Zeit wurden ca. 400 Unterschriften für ein Veranstaltungsverbot gesammelt. Auch SPD-Stadträte, die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, das Jugendzentrum und andere Kräfte setzten sich für ein Verbot ein. Die haarsträubende Reaktion der Stadtverwaltung (SPD!): die NPD-Veranstaltung wurde erlaubt — das Jugendzentrum jedoch für 20 Stunden zwangsweise dichtgemacht! Auch die im Gebäude befindliche Musikschule mußte ihr Programm ausfallen lassen.

Vielleicht sollen zukünftig, falls der Naziterror zunimmt, die Jugendlichen gleich in „Schutzhaft" genommen werden?

Nicht zuletzt aufgrund dieser Skandale kam es am Tag der NPD-Veranstaltung zu den seit Jahren massivsten Protestaktivitäten: Nach einer Protestkundgebung mit knapp 200 Teilnehmern wurde eine spontane kämpferische Demonstration durchgeführt. Am Lüneburger Verkehrsknotenpunkt „Am Sande" wurde für einige Minuten mit einem Sitzstreik der Verkehr blockiert. Anschließend zog der Demonstrationszug zum Veranstaltungssaal der Faschisten. Dort wurde im Laufe des Abends eine ganze Hundertschaft Bullen aufgestellt, ausgerüstet mit Schildern, Hunden, Lautsprecher und Scheinwerferwagen. Schließlich wurde bekanntgegeben, daß die NPD-Veranstaltung aufgrund der Proteste nicht stattfinden würde. Abgeschlossen wurde die antifaschistische Aktion mit einem nächtlichen Protestmarsch durch die Innenstadt und Parolen gegen die Zusammenarbeit Polizei-Nazis.

Nazis vor Gericht

Erwin Schönborn, Chef der Nazi-Gruppe „Kampfbund Deutscher Soldaten", wurde vom Landgericht Frankfurt unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 500.000 DM oder 6 Monaten Haft untersagt, weiterhin zu schreiben, die antifaschistische Zeitung „tat" strotze *„vor Lügen über nationalbewußte deutsche Kreise"* und enthalte *„Dauerverleumdungen von Justiz, Polizei und Bundeswehr"*.

• • •

Der Hoffmann-Intimus und Verleger des rechtsradikalen Blättchens „Denk mit", Klaus Huscher aus Nürnberg, steht mit der Druckereibesitzerin Ursula Hanisch in Nürnberg vor Gericht. Ihnen wird folgendes vorgeworfen: Volksverhetzung, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Verunglimpfung des Staates, Verherrlichung von Gewalt und Aufstachelung zum Rassenhaß.

Huscher war übrigens von 1965 bis 1967 1.Kreisvorsitzender der AUD und Stadtrats- und Bundestagskandidat.

Der Prozeß wird fortgesetzt.

• • •

Ein Fürther Anhänger des Erwin Schönborn wurde jetzt von zwei Stadträten und der Polizei wegen Volksverhetzung und Beleidigung angezeigt. Er hatte englischsprachige Flugblätter des „Kampfbund deutscher Soldaten" vor dem Haupteingang des Nürnberger Messezentrums verteilt und dies anläßlich einer internationalen Spielwarenmesse. In dem Flugblatt war jeder als „Idiot" oder „Verbrecher" bezeichnet worden, der heute noch glaube, daß auch nur ein einziger Jude in einem deutschen KZ vergast wurde. Dieser Fürther Faschist war bereits von ähnlichen Verteilungsaktionen bekannt.

• • •

Während in Hamburg die Hansa-Bande bis heute weitgehend unbehelligt von der Polizei ihr Unwesen treiben kann, hat in Regensburg ein Richter sich immerhin ein Urteil gegen Mitglieder einer ähnlichen Nazi-Bande abgerungen.

Dieter Kerscher (25), Sohn des Regensburger NPD-Vorsitzenden, wegen Körperverletzung, unerlaubten Waffenbesitzes, versuchten Diebstahles, Wilderei, Widerstand gegen die
les, Wilderei, Widerstand gegen die
Staatsgewalt, eigenmächtiger Abwesenheit von der Truppe und Unterhaltspflichtverletzung vorbestraft, wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Sein 21-jähriger Bruder Armin, vorbestraft wegen Diebstahls, Sachhehlerei, Körperverletzung, Fahren ohne Führerschein, wurde zu fünf Monaten, allerdings trotz der Vorstrafen „mit Bewährung", verurteilt. Anlaß für dieses Urteil war eine Schlägerei in einer Regensburger Kneipe, bei der die Kerschner-Gang zusammen mit etwa einem Dutzend anderer Nazi-Schläger das Mobiliar zertrümmerten und die Gäste zusammenschlugen. Diese Kneipenschlägerei hatte noch nicht einmal erkennbare politische Dimension, sondern drehte sich lediglich darum, daß der Wirt nach einer Rempelei auf der Tanzfläche einen dritten Kerschner, den Sproß Michael, an die frische Luft gesetzt hatte.

Der Alltag dieser Nazi-Bande scheint allerdings eher die gezielte Demokraten- und Linkenhatz zu sein. So wurden in der Regensburger Innenstadt Bürger zusammengeschlagen, weil sie am Jahrestag der Hitler'schen Machtergreifung antifaschistische Flugblätter verteilten. In der Nacht darauf wurden Wahlhelfer der DKP offensichtlich von derselben Bande verfolgt und brutal verprügelt. Als es an den Universitäten Regensburg und München zu Überfällen von Neo-Nazis und Burschenschaftlern auf linke Gruppen kam, waren die Kerschners ebenfalls dabei.

• • •

Wegen verbotenen Uniformtragens ist Anzeige gegen eine Reihe schleswig-holsteinischer Faschisten aus dem Umkreis der NPD und „NSDAP"-Gruppen erstattet worden. Es sind dies: Hans-Herbert Hain; Dirk Heuermann; Hartmut Hildebrandt; Christian Appelt; Christoph Hartwig; Gunnar Pahl; Jürgen Peine; Uwe Rohwer; Michael Buchmann.

Die Verfahren gegen Buchmann, Peine, Hertwig, Appelt sind inzwischen mangels Beweisen eingestellt worden. Gegen Hain, Heuermann und Hildebrandt ist Anklage vorm Amtsgericht Plön wegen verbotenen Uniformtragens erhoben worden. Die drei sind seinerzeit bei paramilitärischen Übungen auf der Prinzeninsel (bei Plön) beobachtet worden, natürlich alle in Uniform. Zum Teil mit dem Totenkopfsymbol am Barett.

Die Verfahren gegen Rohwer (AZ: 2 JS 35/78) und Pahl (AZ: 2 JS 34/78) sind von den übrigen abgetrennt worden und werden weiter verfolgt.

• • •

Ein bemerkenswertes Urteil fällte kürzlich das Oberlandesgericht Karlsruhe: Bei inhaftierten Nazi-Verbrechern hat der Resozialisierungsgedanke gegenüber dem Gedanken der gerechten Schuldverbüßung zurückzutreten! D.h. die Schuld ist hier so überwältigend und unvergleichbar groß, daß auf Nazi-Mörder die Grundsätze etwaigen Reformstrafvollzugs, mit dem Leitgedanken der „Wiedereingliederung des Straftäters in die Gesellschaft', nicht anzuwenden sind. Konkret wurde dieser Fall, als ein in Singen gefangener Nazi, der des eigenhändigen Mordes an acht Juden und des elffachen Beihilfemordes an 18.900 Menschen überführt ist, Urlaub auf Ehrenwort beantragte. Zunächst wurde ihm das vom Justizministerium Baden-Württemberg versagt, dann jedoch gab das Landgericht Konstanz Zustimmung für den Urlaub. Aus welchen Gründen auch immer nun die übergeordnete Instanz, eben das OLG Karlsruhe, diesen Bescheid mit der erwähnten Begründung aufhob — es gibt auf jeden Fall, auf solche Urteile zu verweisen, gerade nach unserer Erfahrung mit dem Fall Rosenbaum in Hamburg.

• • •

Am 10.3.78 berichtete Heiner Lichtenstein im „Freitagsmagazin" des NDR, daß er bei seinem Besuch in Israel mit Knesseth-Abgeordneten über den Majdanek-Prozeß in der BRD gesprochen hat. Am 14.3.78 hat die Knesset daraufhin eine Sitzung anberaumt, in der sie folgende Themen behandeln will:
— NS-Prozesse in der BRD
— Antisemitismus
— „Ausschwitz-Lüge"
— Lischka & Co.

Nazi-Aktivitäten

Ist das Münsterland eines der antisemitischen Zentren der BRD? — So fragt die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und antwortet darauf mit einer Statistik, die das sprunghafte Ansteigen nazistischer Aktivitäten seit 1977 beweist (dargestellt in der „Münsterschen Zeitung", 1.3.78):
— *Anfang 1977: erstmals Hakenkreuzschmierereien an der Münsterschen Synagoge;*
— *Sommer 1977: Hakenkreuze am Rathaus; in der Bundeswehrkaserne Rheine-Gellendorf grüßen sich die Wachen mit dem Hitlergruß;*
— *Herbst 1977: starke Zunahme von Hakenkreuzschmierereien und Friedhofsschändungen, anonyme Drohbriefe;*
— Dezember 1977: Verwüstungen von Gräbern auf dem jüdischen Friedhof; jüdische Geschäfte werden mit Parolen beschmiert wie „Kauft nicht bei Juden — wir sind wieder da, NSDAP Gau Westfalen Münster"; Hakenkreuze und SS-Runen an der Universität;
— 1978 dasselbe: Hakenkreuze, anonyme nächtliche Telephon-Pöbeleien, Drohbriefe.

Wie ernst und wörtlich Faschisten der Bundesrepublik ihre Parole „Juda verrecke" meinen, wurde jüngst in Kamen bei einer Dichterlesung des jüdischen Schriftstellers Edgar Hilsenrath erschreckend deutlich. Edgar Hilsenrath hatte in Kamen auf Einladung der dortigen Volkshochschule auf einer literarischen Veranstaltung sprechen wollen. Das jedoch wollte eine Bande von etwa 20 jungen und alten Nazis, mit Schlagstöcken, Fahrradketten und anderen Metallgegenständen ausgerüstet, verhindern. Sein Vortrag konnte Hilsenrath schließlich nur unter Polizeischutz halten.

Der besondere Skandal in dieser an sich schon fürchterlichen Sache liegt darin, daß einen Tag später Hilsenrath tatsächlich von derselben Nazi-Bande am Reden gehindert wurde und eine Veranstaltung mit ihm vollends aufgelöst wurde und in eine Privatwohnung verlegt werden mußte. Das passierte, weil die zuständige Polizeiverwaltung der Ortschaft Bönen bei Kamen es trotz der Erfahrungen von Kamen abgelehnt hatte, die Veranstaltung unter Polizeischutz zu stellen. Einziger Kommentar der Polizeiverwaltung: „Wenn was passiert, dann können Sie uns ja noch immer anrufen." Als Hilsenrath in Bönen seinen Roman „Der Nazi und der Frisör" vorstellen wollte, drang dieselbe Bande wie in Kamen in die Veranstaltung ein und beschimpfte den jüdischen Schriftsteller, beleidigte und bedrohte Zuhörer und rief Nazi-Parolen. Der Leiter der Volkshochschule, Gunther Kurrasch, bezeichnete die Vorfälle von Kamen und Bönen als „extrem schlimm". „Alle demokratischen Kräfte müssen sich deutlich gegen die zunehmenden faschistischen Tendenzen wehren."

Interessant an diesem Skandal ist auch schon der Hintergrund: Während das Buch Hilsenraths im Ausland schon Auflagen in Millionenhöhe erzielt hat, war hierzulande bis zu den Ereignissen von Kamen wahrscheinlich kaum jemandem der Name des Schriftstellers bekannt. Sein Buch fand hier jedenfalls keinen größeren Verleger, weil für solche Romane in der Bundesrepublik „kein Interesse bestehe". (Nach „ED" 19/XII, 7.3.78).

• • •

Fürth: Mit Hakenkreuzen und SS-Runen haben Unbekannte die Synagoge, die Umfriedung, Wege und Grabmäler des israelischen Friedhofs und Wohnhäuser von jüdischen Mitbürgern beschmiert. Der Bürgermeister hat Anzeige erstattet und für die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 5000 DM ausgesetzt.

• • •

Nordheim: Der jüdische Friedhof im unterfränkischen Landkreis Rhön-Grabfeld wurde von Unbekannten verwüstet. Sie stürzten 37 Grabsteine um und zerschlugen 19 Grabtafeln.

• • •

Rodgau/Offenbach: Das Rathaus und andere Gebäude wurden mit Hakenkreuzen, SS-Runen und der Parole „Deutschland erwache" beschmiert. Schon vorher waren in der Gemeinde antisemitische Hetzflugblätter verteilt worden („tat", 17.3.78).

• • •

Schiltigheim/Straßburg: Vor einem Kino verteilte ein F. Muller Flugblätter der „NSDAP". In dem Kino wurde ein antifaschistischer Film gezeigt („tat", 17.3.78).

• • •

Auch in diesem Jahr kam der Fasching in der Umgebung von Sigmaringen seiner braunen Tradition nach. Wurde letztes Jahr die Bevölkerung in Steinhilben mit einem „Hitler-Umzug" beglückt, so war es heuer ein Wagen in Bingen/Sigmaringen, auf dem ein Galgen mit Henkerbeil zu sehen war und der groß die Aufschrift trug: „Nur ein toter Terrorist ist ein guter Terrorist". Bezeichnend für die schwarz-braune gegend ist, daß gerade dieser Wagen viel Beifall erntete.

Antifaschisten aufgepaßt !

Göttingen. Die NPD will es erneut versuchen! Am 15.4.78 will die NPD-Jugendorganisation JN (Junge Nationaldemokraten) eine Kundgebung auf dem Marktplatz abhalten.

Celle. Am 25.3.78 will die NPD im Rahmen ihrer Niedersachsen-Kampagne hier eine Kundgebung veranstalten.

Hameln/Rinteln/Bückeberg: Am 1.4.78 soll in diesem Raum eine NPD-Kundgebung stattfinden.

HIAG—Treffen:

22.4.78: Treffen der ehemaligen Angehörigen der „Hohenstauffen" in Altenkirchen. Eine antifaschistische Demonstration wird bereits vorbereitet.

29.4.78: SS—Division „Nord" trifft sich in der Rhön.

28.4.78: Die „Tigerkompanie" und ehemalige Angehörige der SS—Division „Das Reich" treffen sich im Raum Paderborn.

Im Frühjahr (genauer Termin nicht bekannt) „Bundestreffen" ehemaliger SS-Helferinnen in Hamburg.

Nassau/Lahn, 15.Mai: Pfingsten trifft sich in der Stadthalle in Nassau die HIAG („Leibstandarte Adolf Hitler"). Seit 15 Jahren verfügen die Faschisten dort über ein eigenes „SS—Ehrenmal" in der Nähe des Ortes auf einem kommunalen Friedhof. Im letzten Jahr fand erstmals eine Demonstration statt, die jedoch auf den Unwillen der Bevölkerung stieß. Für den 15.Mai, 15.00 Uhr, ist eine Kundgebung vorbereitet, an der neben Widerstandskämpfern aus dem In- und Ausland auch SPD-Vertreter und die Jusos Rheinhessen/Nassau teilnehmen werden. Auf einer Stadtratssitzung, bei der über das Treffen der HIAG entschieden werden mußte, bezeichnete der CDU-Vertreter das bevorstehende Treffen als ein „Kamerad-weißt-du-noch-Treffen". Als Begründung für seine Zustimmung zur Vergabe der Stadthalle erklärte Hans-Joachim Stamp, daß er dem Treffen zustimme. Er kenne die schwere Last des Krieges, in dem Verbrechen begangen worden seien, aber in dem auch „Heroisches" geleistet worden sei („Lahn-Zeitung", 25.2.78).

Hamburg. Am 20.5.78 will Schönborn gemeinsam mit der „Hansa"-Bande seinen 1977 in Nürnberg und Frankfurt verbotenen „Auschwitzkongreß" durchführen! Auf diesem Kongreß soll „wissenschaftlich bewiesen" werden, daß es keine Judenvergasungen gegeben habe.

„Hansabande" und europäische Nazis in Antwerpen

Ein Treffen von mehreren Hundert Neofaschisten der provokativsten Spielart aus ganz Westeuropa veranstaltete die „Flämische Militante Ordnung" (VMO) am 4. März. Anlaß war das 10jährige Bestehen der VMO.

Stiefel, Uniformen, Heil-Hitler-Rufe, Hakenkreuzabzeichen und ähnliche Nazi-Dekorationen bestimmten das Bild. Auf die Einladung der VMO, deren Mitglieder mit Hitler-Gruß, Odalsrune, grau-schwarzen Uniformen usw. auftreten, waren u.a. Faschisten der französischen „Groupe Nationaliste Révolutionnaire" (die der „Front Nationale" angegliedert ist), der englischen „Nationalen Front" und der „British Movement" erschienen (zu der der Nazi Roeder Kontakt hält). Weitere Gruppen gleichen Schlags kamen u.a. aus Belgien (so die radikale Abspaltung „Voorpost" der Gruppe „Were Di"; auch die „Flämische Volkspartei" — geführt von einem Senator der ersten Kammer (!), der aus der ohnehin rechten „Volksunion" ausgetreten ist) und die altfaschistische Gruppe „Rex"; aus Holland, aus Spanien — und, natürlich, aus der BRD (sicher 100 Teilnehmer).

Das Treffen war bereits Wochen vorher vom „Stahlhelm" und von dem Nazi Christophersen in seiner Zeitung „Bauernschaft" bekanntgegeben worden (mit dem Angebot, eine gemeinsame Fahrt nach Antwerpen zu organisieren), und die Hamburger „Hansa"-Bande hatte in ihrem Nazi-Blatt „Sturm" ihr Erscheinen (zusammen mit der „Wiking-Jugend") angekündigt. Tatsächlich fielen „Neonazis aus Westdeutschland in schwarzen Hemden" besonders auf („Guardian" 6.3.78). Als Organisationen traten die „Wiking-Jugend" (NPD-nahe, zum Neonazi-Kreis um „National-Zeitung"-Herausgeber Frey gehörend) mit ihrem französischen und niederländischen Ablegern sowie die „Hansa"-Bande auf — diese unter ihrem Tarnnamen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS). Auch der „Stahlhelm" hatte Vertreter geschickt. Nach Aussagen eines Faschisten soll das Treffen eine Zusammenkunft einer „Internationalen Union der Nationalsozialisten" gewesen sein („Guardian", s.o.). Sollte sich hierunter nicht ein neuer Zusammenschluß verbergen, dürfte damit die „Weltunion der Nationalsozialisten" (WUNS) gemeint sein, die seit Jahren internationale Kontakte zwischen verschiedenen offenen „NSDAP"-Gruppen — u.a. in USA, England, BRD — herstellt, (Christophersen ist übrigens einer der Verbindungsmänner der WUNS).

Während der Veranstaltung überfiel vor dem Gebäude ein Faschisten-Trupp ein Kamera-Team des belgischen Fernsehens. Die massenhaft anwesenden Zivilbullen verhinderten hier Schlimmeres.

Gegen das Nazi-Treffen hatten Antifaschisten, jüdische und Widerstandskämpfer-Organisationen protestiert und sein Verbot gefordert. Die Antwerpener Stadtverwaltung lehnte das Verbot jedoch mit der Begründung ab, es sei nicht bewiesen, daß die VMO und ihre Gäste Nazis seien!

Eine Mobilisierung in der Linken und von Antifaschisten zur Verhinderung der Nazi-Veranstaltung blieb aus, weil zur gleichen Zeit in Gent eine Pro-Abtreibungs-Demonstration stattfand. So konnte die Nazi-Provokation ablaufen, ungehindert von Antifaschisten und beobachtet von der Polizei.

(Informationen nach „Guardian" und Mitteilungen des „Dokumentatiecentrum Oud en Nieuw Rechts".)

Belgien-Kommission
KB / Gruppe Bremen und
Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg


Faschisten überfallen ein Kamera-Team



„Nationalzeitung" schließt „Hansa"-Bande in die Arme

„Drei Ursprünglichkeiten gibt es für ein „NSDAP"-Mitteilungsblatt: Wenn nicht ein Psychopath am Werk war, der aber im Verhältnis zu den Baader-Haag-Killern harmlos wie ein Lämmchen sein dürfte, könnte es ein antideutscher Trick irgendwelcher ausländischer Agenten sein, oder linke Roßtäuscher wollen den Staat in seinen Verfassungsschutzbemühungen auf eine falsche Fährte lokken. Eine Möglichkeit aber bleibt ausgeschlossen. Daß es nämlich heute noch eine „NSDAP" gäbe, mitsamt eigener Publizistik. Sie existiert nur in der Phantasie einiger zu spät gekommener Antifaschisten". — So versuchte noch am 6.10.77 die „National-Zeitung" (NZ) des Dr. Gerhard Frey sich von den Umtrieben der „Hansa"-Bande und anderer „NSDAP"-Gruppen zu distanzieren.

Ganz anders klingt es heute, wenn die NZ über das bundesweite „NSDAP"-Treffen vom 26.2.78 in Hamburg-Lurup berichtet: *„Aufgrund der polizeilichen Zurückhaltung gelang es dem linken Mob, einen jungen Freiheitlichen von seinen Kameraden abzudrängen und mit Schlagwerkzeugen bewußtlos zu prügeln"* (NZ, 10.3.78). Im Originalton der NZ sind „Freiheitliche" üblicherweise Neofaschisten der frey'schen Spielart, vornehmlich Anhänger und Sympathisanten der „Deutschen Volksunion"! ...

Der von der NZ erwähnte „junge Freiheitliche" ist übrigens Mitglied einer „NSDAP"-Bande in Tönning (Nordfriesland), die von dem NPD-Mitglied Ernst-August Möller organisiert wird. Der Jungnazi ist schon einmal im Sommer '77 beim Schmieren von Nazi-Parolen erwischt worden.

Angeführt war der Nazi-Trupp in Hamburg-Lurup übrigens durch Uwe Rohwer, „Gauführer" der „Wiking-Jugend", der zusammen mit der DVU in Frey's „Freiheitlichem Rat" sitzt.

Nun, bei nächster Gelegenheit wird Frey erneut das Ammenmärchen von den „erfundenen" Nazis bzw. Ostagenten auftischen. Daß er sich inzwischen offen zu den „NSDAP"lern und deren kriminellen Umtrieben bekannt hat, sollte man nicht vergessen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kirche kontra „NSDAP"

Am 9.3. fand in der Auferstehungsgemeinde in Hamburg-Lurup ein „aktueller Gemeindeabend" aus Anlaß des „NSDAP"-Treffens vom 26.2. statt. Die Veranstaltung war für Luruper Verhältnisse mit ca. 120 Menschen erfreulich stark besucht. Die Presse war benachrichtigt worden und die Ortsvereine der Bürgerschaftsparteien waren aufgefordert, Vertreter zu senden.

Fünf kirchliche Vertreter, der bekannte Antifaschist Ari Goral, ein FDP-Vertreter und der ehemalige SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Schorsch Ehrlich hielten kurze Referate. Sehr erfreulich waren dabei die Stellungnahmen der Luruper Pastoren, die alle auf die große antifaschistische Verantwortung der Kirche hinwiesen, da diese vieles aus der Geschichte wiedergutzumachen habe. Pastor Ode z.B. erinnerte an die „traurigen Dokumente des Versagens der staatstragenden Kirche dem Nazi-Regime gegenüber". Pastor Kottmeyer, der am 26.2. spontan ein Informationsflugblatt über die Neo-Nazis mitgestaltet hatte, sagte, es sei Aufgabe der Kirche, gerade über den Neo-Faschismus zu informieren. Ähnlich äußerte sich ein Vertreter der Jungen Kirche.

Dieses erfrischende Bild wurde leicht dadurch getrübt, daß ein kleiner Teil der Veranstaltungsteilnehmer ständig versuchte, den „roten Faschismus" oder „Faschismus von links und rechts" zum Thema des Abends zu machen. Dieses Bestreben — teils wohl Ausdruck der heute allzu bekannten Abgrenzungshysterie gegenüber der Linken, teils gezielte Provokation — wurde besonders von Ari Goral scharf zurückgewiesen. Mit den Worten: „Ich weigere mich hinzunehmen, daß hier links- und rechtsradikal in einen Topf geworfen werden!", verwies er darauf, daß gerade diese Gleichsetzung den Nährboden für das Aufkommen faschistischer Tendenzen bildet. Dafür erhielt Ari Goral begeisterten Beifall vom deutlich größeren Teil der Anwesenden.

Dies hinderte jedoch einen gewissen Herrn Wolfram nicht daran, auch im folgenden Diskussionsteil die „Rechts-gleich-Links-Leier" fortzuführen. Herr Wolfram ist bezeichnenderweise Mitinitiator einer „Bürgerinitiative" gegen die Vergabe einer freien Pastorenstelle an den ehemaligen ESG-Pastor Wiedemann.

Im großen und ganzen war aber gerade dieser Diskussionsteil sehr erfolgreich. Man kam in einzelnen Arbeitsgruppen zu folgenden Ergebnissen:

- Die Aufklärung über den Faschismus muß verstärkt in die kirchliche Jugendarbeit aufgenommen werden.
- Es wurde der Aufbau eines Informationsnetzes über die Aktivitäten der Neo-Nazis angeregt.
- Die Gründung einer Antifa-Gruppe Lurup ist geplant, sowie deren Zusammenarbeit mit anderen Antifa-Gruppen.

KB/Hbg.-Altona

Noch einmal: Nazis bei Kapplers Beerdigung

Wie in AK 123 berichtet, „störten" zwei Nazis die würdige Trauerfeier für den SS-Massenmörder Kappler am 13.2. 78 in Soltau. Sie erwiesen ihrem „Kameraden" mit Hitlergruß die „letzte Ehre".

Einer der beiden ist jetzt identifiziert: Werner Edgar Geiss aus Harburg-Nenndorf. Geiss, der als Beruf „freier Journalist" angibt, ist Haus- und Hofphotograf der Bande um Roeder, Christophersen und Schönborn. Er ist Mitglied der „Deutschen Bürgerinitiative" Roeders, seine Fotos werden in der „Bauernschaft" Christophersens veröffentlicht und seine Beziehungen zu Schönborn hat er gerade in den letzten Wochen wieder „aufgefrischt". Geiss selbst war in der letzten Zeit Teilnehmer sämtlicher Veranstaltungen der Hamburger „Hansa"-Bande („ANS"):

- So am 26.11. 77 in Hamburg, wahrscheinlich als Vertreter der in der damaligen Einladung als Mitveranstalter genannten „Deutschen Bürgerinitiative".
- so am 19.2. 78 als Fotograf eines „AMS"-Aufmarschs in Hamburg;
- so am 26.2. 78 als Teilnehmer einer verbotenen Nazi-Veranstaltung in Buchholz („ANS" und Schönborn);
- so am 26.2. 78 beim bundesweiten „NSDAP"-Treffen in Hamburg-Lurup.

Gegen Geiss laufen — nach seinen eignen Angaben — sechs oder sieben Ermittlungsverfahren. Eine Strafe ist uns nicht bekannt.

Zu seinem Auftritt in Soltau paßt, daß es die „Hansa"-Bande war, die mehrere „Ehrenwachen" (20.8. 77 und 3.12. 77) vor Kapplers Haus organisierte.

So würde es uns überhaupt nicht wundern, wenn Geiss' Kumpan beim Hitlergruß, lt. Pressemeldungen ein „64-jähriger Braunschweiger", sich als Paul Otte herausstellen würde, der in Braunschweig eine Nazi-Gruppe organisiert und als Verteilerstelle für „NSDAP"-Material aktenkundig ist.

Aktenkundig ist, daß Otte Aktivist einer „Stillen Hilfe" ist (mit Konto in der Schweiz!), die Rechtshilfe für Neonazis betreibt und dazu vorzugsweise in der „Bauernschaft" inseriert.

Und — welch Zufall! — in der neuesten Nummer des Blatts der „Hansa"-Bande wird ebenfalls für die „stille Hilfe" geworben!

Zusammen mit der Presseinformation, daß es sich bei diesem Braunschweiger Nazi um ein Mitglied der faschistischen „Legion Condor" handeln soll (u.a. verantwortlich für das Massaker von Guernica), liegt die Vermutung nahe, daß hier eine Nahtstelle zwischen alten und neuen Nazis sichtbar wird. Man wird hoffentlich auch in diesem Fall bald klarer sehen?! — Sachdienliche Hinweise erbeten ...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg


Bei der Beerdigung des Kriegsverbrechers Kappler sorgte Geiss (vorn) mit Hitler-Gruß für die rechte Stimmung.

Schönborn geifert gegen ARBEITERKAMPF

Einem Rundbrief des in letzter Zeit eng mit der „Hansa"-Bande kooperierenden Alt-Nazi Schönborn (vom Trio Schönborn — Roeder — Christophersen) ist zu entnehmen, daß aus diesen Kreisen kriminelle Provokationen zum 22. April in Köln vorbereitet werden, wo sich VVN und internationale Verbände von Nazi-Verfolgten zu einer Kundgebung treffen wollen: Er führe *„vorbereitende Gespräche für die gemeinsame Aktion aller nationalen Kreise"* (am 22.4. in Köln). Außerdem wiederholt Schönborn seine Absicht, in Hamburg — nach Mißerfolgen in Nürnberg und Frankfurt — einen „Auschwitz"-Kongreß durchzuführen. Anscheinend rechnet er sich angesichts der inzwischen über Hamburgs Grenzen hinaus bekannten Praxis des Hamburger Senats hier größere Chancen für sein Vorhaben aus.

In seinem Brief ereifert sich Schönborn auch über den „bolschewistisch-zionistischen „Arbeiterkampf"". Womit man also wieder bei der alten Nazi-Phrase von der „jüdisch-bolschewistischen Verschwörung" wäre. Na, wir empfinden das nicht als Beleidigung. Ganz im Gegenteil.



Nazis raus aus Hildesheim!



Nazi-Kundgebung wird durch Bullen geschützt

... unter dieser Parole marschierte am 11. März der Zug von über 300 meist jugendlichen Antifaschist(inn)-en auf den Hildesheimer Paul-v.-Hindenburg-Platz, wo die NPD eine Kundgebung durchführen wollte. Zur gleichen Zeit riegelten etwa zwei Hundertschaften der Polizei das Podium der NPD ab. Aus riesigen Lautsprechern tönten alte Arbeiterlieder mit faschistischen Texten. Ca. 25 bis 30 Faschisten, die zum überwiegenden Teil auch schon in Braunschweig, Göttingen und Hannover aufgetreten waren, hatten sich dort versammelt.

Es ergoß sich ein wahrer Eierregen auf die Faschisten, Tomaten und sogar Jauchebeutel sorgten dafür, daß die Faschisten zum Schluß „wie die Schweine" stanken.

Auf ca. 700 wuchs die Zahl derjenigen an, die den Nazi-Auftritt nicht hinnehmen wollten. Mit einem großen Aufgebot an Trillerpfeifen, durch rhythmisches Klatschen und mit nie endenden, ständigen Sprechchören („Nazis raus", „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!") wurde

durch rhythmisches Klatschen und mit nie endenden, ständigen Sprechchören („Nazis raus", „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!") wurde

fast zwei Stunden lang gegen die Faschisten protestiert.

Die Polizei, die von der örtlichen Presse ein Lob für ihr „besonnenes Auftreten" bekam, zeigte gleich sehr praktisch, für und gegen wen sie eingesetzt war. Kaum hatten die Demonstranten um das Podium eine Kette gebildet, schlug gleich ein Greiftrupp der Polizei gezielt zu: Der wegen der Grohnde-Demonstration angeklagte Christian Gehrke wurde grundlos und mit brutaler Gewalt herausgeprügelt und festgenommen. Noch weitere fünf Antifaschisten griff die Polizei während der Aktion heraus.

Wäre nicht das massive Polizeiaufgebot gewesen, es hätte schlimm für die Faschisten ausgesehen. „Die hätten die NPD abgeräumt", meinte ein Polizist lt. „Hildesheimer Allgemeiner Zeitung".

Aber auch wenn es uns diesmal noch nicht gelungen ist, den Nazi-Auftritt zu verhindern, so ist doch die ganze Aktion ein großer Erfolg und ein Auftrieb für die antifaschi-

noch nicht gelungen ist, den Nazi-Auftritt zu verhindern, so ist doch die ganze Aktion ein großer Erfolg und ein Auftrieb für die antifaschi-

stische Bewegung. Besonders die Schüler haben zum Gelingen beigetragen, sie stellten den größten Teil der Demonstranten; z.T. kamen ganze Schulklassen geschlossen an.

Nach Ende der Kundgebung zogen noch knapp 300 zum „Huckup", wo eine kurze Rede gehalten wurde und von dort dann gleich weiter (ca. 200) zum Polizeipräsidium, wo man darauf wartete, bis auch der letzte Festgenommene Antifaschist wieder freigelassen wurde. Einem festgenommenen Antifaschisten wollen die Bullen, ähnlich wie nach der Grohnde-Demonstration, eine Eisenstange andichten.

Aufgerufen zur Demonstration gegen die NPD-Kundgebung und zum organisierten Protest hatte eine zwei Tage zuvor gebildete Aktionseinheit bestehend aus: „Anspitzer", „Pusteblume", „Andreaner" (Schülerzeitungen), „Sozialistische Liste", Studentengruppe an der FHS Sozialpädagogik, Abteilungsstudentenrat FHS Sozialpädagogik, „Antifaschistische Schüler/innen" an der Robert-Bosch-

tengruppe an der FHS Sozialpädagogik, Abteilungsstudentenrat FHS Sozialpädagogik, „Antifaschistische Schüler/innen" an der Robert-Bosch-

Gesamtschule, KB, SAG, KBW, KJB sowie Mitglieder der Anti-AKW-BI und viele Antifaschisten Hildesheims.

Zu dem vorbereitenden Aktionseinheitstreffen, zu dem auch ein Mitglied der „Hildesheimer Initiativzeitung" (HIZ) aufrief, war außer den genannten Gruppen auch die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) erschienen. Ein VVN-Vertreter erklärte, daß sie in der Aktionseinheit nicht mitarbeiten würden, weil der DGB als wichtige Kraft fehlen würde. Der DGB, der wie auch die VVN immerhin noch einen (nicht angenommenen) Verbotsantrag stellte, wollte die Rechten „sich selbst überlassen". Nicht aktiv wurden leider auch DKP, Jusos, MSB, SHB, SPD. Nicht gemeint sind natürlich einige Mitglieder dieser Gruppen, die sich an den Protesten beteilig ten.

Als Begründung für die politische Passivität der genannten Gruppen mußte vor allem das Argument herhalten, der DGB sei nunmal der entscheidende Bündnispartner und ohne den DGB könne nichts laufen.

Es ist natürlich richtig, die Gewerkschaften für einen konsequenten antifaschistischen Kampf zu gewinnen, d.h. aber noch lange nicht, daß man sich der Politik des DGB vollkommen anpaßt und unterordnet, statt sich darum zu bemühen, nötigenfalls auch den DGB an einer antifaschistischen Aktion mitarbeiten zu lassen und somit letztendlich die Kräfte gegen die Neo-Nazis zu stärken. Wir meinen, daß um diese Frage noch eine öffentliche Auseinandersetzung geführt werden muß!

Eine inhaltliche Auseinandersetzung über Faschismus, Neonazismus, „Hitler-Welle", „Meinungsfreiheit für Faschisten" usw. ist jetzt dringend erforderlich. Eine Antifaschistische Woche (ähnlich wie in Kassel) scheint jetzt genau das richtige zu sein.

KB/Sympathisantengruppe Hildesheim



Faschisten schützen sich mit ihren Schildern vor dem Eier- und Tomatenbombardement.

Nazis raus aus Kassel !

...Unter diesem Motto demonstrierten am 11.3. ca. 1.000 Antifaschisten gegen den Landesparteitag der NPD in Kassel. Nach der Abschlußkundgebung, auf der u.a. VVN-Präsidiumsmitglied E. Carlebach und Dr. W. Hallwachs von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit sprachen, wurde ein Kranz am Mahnmal für die Opfer des Faschismus niedergelegt. Ca. 500 Antifaschisten gingen nach der Kranzniederlegung wieder in die Innenstadt und beteiligten sich an lautstarken Protesten gegen eine Kundgebung der NPD. Trillerpfeifen und Sprechchöre machten den Nazis das Sprechen ziemlich schwer und zwang sie so zum vorzeitigen Abbruch ihrer Kundgebung. Am Nachmittag kamen noch einmal ca. 350 Besucher zu dem antifaschistischen Film „Nazis — gibt's die noch?".

Aufgerufen und vorbereitet hat die Protestaktionen der „Antifaschistische Arbeitskreis" (VVN, SB, KB, Stadtschülerrat, Unorganisierte u.a.), der auch schon die antifaschistische Woche im Dezember '77 erfolgreich organisiert hatte. Diesmal war es gelungen, neue Kräfte in das Bündnis miteinzubeziehen: z.B. GEW-Funktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute, die Kasseler Stadtzeitung, Jusos, bis hin zu zahlreichen Hochschulprofessoren und Einzelpersönlichkeiten.

Die antifaschistische Demonstration wurde vom Ordnungsamt nur mit Auflagen genehmigt, die bisher für Kassel einmalig sind:

- Plastiktüten und Schultaschen durften auf der Demonstration nicht mitgenommen werden.
- Transparentstangen über 50 cm waren nicht erlaubt.
- Motorradhelme ebenso.
- Zwischenkundgebungen während der Demonstration waren nicht gestattet.

Mit diesen Auflagen hat die Stadt von Anfang an deutlich gemacht, wer für sie die „Schläger" und „Gewalttäter" sind: nicht die NPD, sondern die Antifaschisten. Gleiche Auflagen für die öffentlichen Auftritte der NPD sind nicht bekannt geworden! Wen wundert's da noch, daß während der Demonstration ein massives Polizeiaufgebot zum Schutze der NPD aufgeboten wurde.

„Friedlich demonstrieren oder provozieren?" - so steht die Frage nicht

Bei den Vorbereitungsgesprächen zu den Aktionen, an denen bis zu 120 Leute teilnahmen, stand die Frage, wie der NPD entgegenzutreten ist, im Mittelpunkt der Diskussion. Der Vorschlag des KB, Möglichkeiten zu überlegen, wie wir die öffentlichen Auftritte der NPD verhindern bzw. stören können (z.B. durch passives Umstellen ihrer Stände oder durch Lärm), wurde von einer breiten Mehrheit abgelehnt. Sie wollte auch nur den geringsten Anschein einer direkten Konfrontation mit der NPD vermeiden, da sonst die Aktion in der Bevölkerung nach dem Motto „Linke gegen Rechte" abgetan werde. Um den friedlichen Charakter der Demonstration besonders zu dokumentieren, schlug die VVN vor, daß die antifaschistische Demonstration nicht an der NPD-Kundgebung vorbei gehen sollte. Stattdessen wollte sie vor der NPD-Kundgebung in eine Seitengasse abbiegen. Der VVN-Vorschlag wurde mit einer guten 2/3-Mehrheit angenommen. Der friedlichen Orientierung fiel auch eine öffentlichkeitswirksame Kundgebung zum Opfer. Sie fand schließlich an einer Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus, fernab jeder Öffentlichkeit, statt.

War die VVN eine derjenigen Kräfte, die mit am lautesten vor „Provokationen" gewarnt hatte, traute man seinen Augen nicht, als man die „tat" vom 17.3.78 las. Da kann man lesen: „die Demonstranten" verhinderten, daß die NPD Gehör fand!

Nach einer gelungenen Aktion fällt es immer leicht, sein Fähnchen danach auszurichten. Was wäre gewesen, wenn der Versuch, die NPD-Kundgebung zu stören, in Auseinandersetzungen mit der Polizei geendet hätte? Was würde dann in der „tat" stehen? Vielleicht: „chaotische Gruppen haben Schlägerei provoziert"? ...

KB / Gruppe Kassel

Nazi-Provokation gegen VVN-Treffen geplant

Am 22.April soll auf Initiative der VVN (Vereinigte der Verfolgten des Nazi-Regimes) in Köln ein großes internationales Treffen von Verfolgten des Faschismus stattfinden.

Wie jetzt bekannt wurde, planen Nazi-Gruppen aus der BRD, England, Frankreich und Belgien Provokationen gegen dieses Treffen, *»wenn es nicht gelingen sollte, bei der Stadt Köln ein Verbot der als kommunistische Provokation empfundenen Veranstaltung der VVN und anderer prokommunistischer Verbände zu erreichen«*. Sie wollen für diesen Fall zum 22.April in Köln *»eine Demonstration aller nationalen europäischen Parteien, Verbände und Einzelpersönlichkeiten organisieren«*.

Einen entsprechenden Appell haben folgende Nazi-Gruppen unterschrieben:

- Aktionsgemeinschaft Nationales Europa (BRD, Chef ist Schönborn vom KDS).
- Aktionsfront Nationaler Sozialisten (Tarnname der Hamburger »Hansa«-Bande, Chef ist Michael Kühnen).
- British Movement (England).
- Deutsch-Arabische Gemeinschaft (BRD, ein weiterer Tarnclub Schönborns).
- Europäische Kameradschaft ehemaliger Soldaten (BRD, wahrscheinlich ebenfalls Schönborn).
- Groupes Nationalistes-Revolutionaires (Frankreich).
- Kampfbund Deutscher Soldaten (Chef ist Schönborn).
- Rex National (Belgien).
- Vereinigung Verfassungstreuer Kräfte (BRD, den Schönborn-Clubs nahestehend, wenn nicht gar mit diesen identisch).
- Vlaamse Militante Orden (Belgien).
- Wiking-Jugend (BRD, militante faschistische Jugendorganisation).

Insgesamt steht bisher hinter dieser Provokation nicht viel, was vor allem durch die Häufung der diversen Tarnclubs von Schönborn kaschiert werden soll. Schönborn ist auch der eigentliche Initiator dieses Vorhabens. Es ist zweifelhaft, ob die Urheber dieses Aufrufs wirklich damit rechnen, nennenswerte Mengen von Rechtsradikalen - außer dem engen Kreis ihrer eigenen Terrortrupps - nach Köln mobilisieren zu können. Wahrscheinlicher ist, daß es ihnen nur darum geht, den Behörden eine Handhabe für das Verbot des VVN-Treffens zu bieten - unter dem bekannten Vorwand, man wolle »Zusammenstöße zwischen Rechts- und Linksextremisten verhindern«.

Angeklagt sind wir alle !

Angeklagt sind wir alle !

Am 8. März wurde in Würzburg die zweite Berufungsverhandlung in einem der makabersten Prozesse gegen Antifaschisten in den letzten Jahren beendet.

Waren gegen die vier angeklagten Zigeuner – Vater und drei Söhne – in der ersten Instanz Haftstrafen zwischen sechs und neun Monaten verhängt worden, nachdem das Verfahren gegen drei Mitangeklagte mit Geldbußen zwischen 300 und 1.000 DM eingestellt worden war, wurde in der zweiten Instanz aufgrund fadenscheiniger neuer Beweisstücke und Zeugenaussagen die Urteile erheblich verschärft! Der Vater erhielt statt sechs Monaten neun Monate mit Bewährung; die Geldstrafe von 1.500 DM wurde erlassen, dafür hat er jetzt die Prozeßkosten (ein Vielfaches der vorherigen Geldstrafe) zu tragen. Zwei seiner Söhne wurden statt vorher zu neun Monaten zu zwölf und 15 Monaten o h n e B e w ä h r u n g verurteilt, der minderjährige Sohn wurde erneut vom Gericht „verwarnt".

Ausgangspunkt des Prozesses ist ein im September 76 stattgefundenes Treffen der Waffen-SS-Divisionen „Horst Wessel" und „Charlemagne", im offiziellen Veranstaltungsprogramm der Stadt Würzburg als „Suchdienst und Kameradentreffen" getarnt, das trotz massivster Proteste nicht verboten wurde.

Gegen diese faschistische Provokation demonstrierten damals ca 120 Menschen vor dem Versammlungslokal der Nazi-Verbrecher, wobei einige SSler ein paar Hiebe einzustekken hatten.

Von der Polizei wurden daraufhin die Personalien von sieben Demonstranten (sechs Zigeuner und eine Frau) festgestellt und die Anklage eingeleitet. Im Verlaufe des Prozesses verwickelte sich der ausführende Polizeibeamte allerdings in erhebliche Widersprüche.

Weder der Bulle, noch die SSler konnten mit Bestimmtheit sagen, wer der Beklagten nun wirklich zugeschlagen hätte, aber sicher sei auf alle Fälle, daß sie geschlagen hätten.

„Kein Wort über die Greueltaten der SS"

Nachdem die Widersprüche des „Kronzeugen" und der Waffen-SSler allzu deutlich wurden, sah sich der Staatsanwalt Elmar Fischer zu einer „persönlichen Erklärung" veranlaßt, in der er sein „Verständnis" für die Angeklagten ausdrückte – das skandalöse Verfahren einzustellen, war er trotz seines „Verständnisses" nicht bereit. Was von dieser „verständnisvollen" Erklärung des Staatsanwaltes zu halten ist, erweist sich darin, daß, obwohl das Gericht zudem zugeben mußte, daß jede SS-Nachfolgeorganisation verboten werden müßte, aber die Rechtmäßigkeit des SS-Treffens niemals in Frage gestellt worden ist, geschweige denn, daß über die Vergangenheit der anklagenden SSler gesprochen wurde, denn, so meinte das Gericht laut einer Stellungnahme des RA Jochum: „Über die Gewalttaten der SS sei kein Wort zu verlieren"!

Der Vorwurf der Verteidigung, daß es kein Zufall sei, daß ausgerechnet nur Zigeuner angeklagt sind, obwohl „bereits die Ermittlungen ergeben hatten, daß auch andere Personen – Nichtzigeuner – zugeschlagen haben", wurde vom Gericht energisch zurückgewiesen.

Weiterhin wurde gegen Frau Sobeck, seit 14 Jahren als Beaufragte der Deutschen Bischofskonferenz in der Zigeunerseelsorge tätig – eine Rüge erteilt, da sie die nach wie vor bestehende Diskriminierung dieses Volkes betonte. (Der Polizeizeuge sprach von „Landfahrern", ein SSler sogar davon, daß alle Zigeuner „Streuner" seien).

Allein die Tatsache, daß Antifaschisten angeklagt werden, wenn sie sich gegen faschistische Provokationen wehren, ist ein Skandal – allerdings ein für die BRD alltäglicher.

Der Würzburger Prozeß steigert diesen Skandal ins Unerträgliche: Wieder stehen sich Zigeuner und SS gegenüber, und wieder sind die Zigeuner die „Angeklagten". Und müssen die Zigeuner nicht befürchten, daß sie und ihre Kinder erneut zu Aussätzigen, die verfolgt und vernichtet werden, erklärt werden? Ein Großteil der Verwandten und Bekannten der Angeklagten sind von den Nazis gefoltert, verschleppt und ermordet worden.

Selbst die Kleinsten der Familie wurden nicht verschont. Einer der Angeklagten war in dem selben Gebäude, in dem jetzt der Prozeß stattfand, von den Nazis eingekerkert. Bewacht und gefoltert von der SS, die, als bei einem Luftangriff das Gebäude zerstört wurde und er und sein Vater sich aus dem in Schutt gelegten Gebäude retten wollten, sie mit Maschinenpistolen wieder in die brennenden Gemäuer zurücktrieben! Nur der Tatsache, daß er dennoch unerkannt entfliehen konnte, ist es zu verdanken, daß diese Menschenschlächter nicht auch ihn ermordet haben.

KB/Gruppe Nürnberg

Ziesel und die Nazis

Im AK 124 haben wir die Titelseite der Ausgabe 1, Januar 1969, des Mitteilungsblattes der „Gesellschaft für freie Publizistik", „Das freie Forum", abgedruckt, wo der SS-Verbrecher Erich Kernmayr als Gründungsmitglied der GfP aufgeführt wird. Wir wollten das unseren Lesern nicht vorenthalten, deutete doch alles auf eine spannende Auseinandersetzung zwischen Ziesel und GfP hin. Schließlich hat Herr Ziesel ja eine eidesstattliche Erklärung gegen den AK abgegeben, in der er bestreitet, daß Kernmayr (ebenso wie Ziesel selbst) Gründungsmitglied der GfP war.



Nun, Herr Ziesel, wir müssen Sie rügen. Sie haben sich in dieser Sache bisher nicht zu Wort gemeldet. Es ist doch sonst nicht Ihre Art, mit einstweiligen Verfügungen so sparsam umzugehen? Oder ist Ihnen die – öffentliche – Erinnerung an „alte Zeiten" auf den Magen geschlagen? „Das freie Forum" benennt ja außer Kernmayr auch andere Alt-Faschisten, die sich zur Gründung der GfP zusammengefunden hatten. Hier ein kleiner Blick auf den Lebenslauf der im GfP-Mitteilungsblatt genannten Personen:

– **Peter Kleist**

Ab 1931 Mitglied der NSDAP, später Mitglied der SS. 1938 wurde er dem Stab der SS beigeordnet. 1940 Leiter der Ost-Abteilung der Dienststelle Ribbentrop. 1941 SS-Sturmbannführer, später SS-Obersturmbannführer. K. war Sendeleiter des „Reichssenders Saarbrücken". 1941 Beauftragter des faschistischen „Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete" beim kommandierenden General der Sicherungstruppe und Befehlshaber im Heeresgebiet Nord. Kleist ist als Leiter der Einsatzgruppe A für verbrecherische „Germanisierungsmaßnahmen" in Litauen, Lettland und Estland verantwortlich.

Etwa 1950 Mitglied im rechtsradikalen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes e.V.", Mitarbeiter der neonazistischen Zeitschrift „Nation Europa", Wahlredner der rechtsradikalen „Deutschen Reichspartei", Redaktionsmitglied der „Deutschen Wochenzeitung", Mitarbeiter der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten", Mitglied der NPD, Inititator der „Aktion Widerstand". Angeblich Gründungsmitglied der GfP.
(„dokumentation der zeit", Berlin, 12/1971, S. 34).

– **Helmut Sündermann**

Mitglied der NSDAP und der SS (Stab des Hauptamtes). Ab August 1931 in der Reichspressestelle der NSDAP tätig. 1932 Sonderberichterstatter Adolf Hitlers bei dessen sogenannten „Deutschlandflügen". Ab Januar 1933 Schriftleiter bzw. Hauptschriftleiter der „Nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz". Ab September 1934 Amtsleiter der pressepolitischen Abteilung der Reichspressestelle der NSDAP. 1937 SS-Hauptsturmführer. Sündermann war im März/April 1938 mit der faschistischen „Neuordnung" der österreichischen Presse beauftragt. Juli 1942 bis 1945 stellvertretender Pressechef der Nazi-Regierung. Publizierte in wichtigen Nazi-Zeitungen.

Juni 1949 Verurteilung durch ein Münchner Gericht als Hauptschuldiger an den faschistischen Kriegsverbrechen zu drei Jahren Arbeitslager und Vermögenseinziehung. Seine publizistische Tätigkeit nach seiner Freilassung begann bei „Nation Europa". Seit 1952 Leiter des Druffel-Verlages. Teilnehmer an den Jahrestagungen des rechtsradikalen „Jungeuropäischen Arbeitskreises". Veranstalter eines Treffens in Passau zur Vorbereitung einer europäischen Faschistenorganisation. Mitgesellschafter des „Nation Europa-Verlags", Coburg. Mitarbeiter der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten". Angeblich Gründungsmitglied der GfP.
(„ddz", 12/1971, S. 33).

– **Herbert Böhme**

1935 bis 1937 Tätigkeit als Hauptschriftleiter in der Reichspropagandaleitung der NSDAP; Mitglied
pagandaleitung der NSDAP; Mitglied
des Kulturkreises der Obersten Führung der SA; 1938 Obersturmführer der SA. Wurde Senator der „Nationalsozialistischen Akademie der Dichtung". Seit 1951 Präsident des „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes e.V.". Gründer, Mitinhaber und Verlagsleiter des Türmer-Verlages. Gründete 1955 den rechtsradikalen „Schillerbund deutscher Jugend", den als erste die „Wiking-Jugend" als korporatives Mitglied beitrat. Böhme wurde Gründer des „Arbeitskreises Volkstreuer Verbände", zu dem seit 1964 u.a. AKON („Aktion Oder-Neiße"), der „Bund Heimattreuer Jugend" und „Stahlhelm" angehören. 1970 Mitbegründer der neonazistischen „Aktion Widerstand e.V." in München. Angeblich Gründungsmitglied der GfP.
(„ddz", 12/1971, S. 34 - 35).

– **Heinrich Härtle**

Früher persönlicher Referent des Nazi-Chefideologen Alfred Rosenberg. Nach dem Krieg war er führender Funktionär der „Deutschen Reichspartei" (DRP) und zeitweilig Chefredakteur der DRP-nahen „Deutschen Wochen-Zeitung". Später NPD-Funktionär. Er leitete auch die DRP-Zeitung „Der Reichsruf". Heute ist er u.a. Autor der neofaschistischen Zeitschrift „Mut". Angeblich GfP-Gründungsmitglied.

– **Kurt Vowinckel**

Verleger von Nazi-Büchern vor 1945. Inhaber des Vohwinckel-Verlages, in dem u.a. Bücher des NPD-Ideologen Kosiek erscheinen. Hauptbetätigungsfeld des Verlages ist Kriegsliteratur. In den 50er Jahren unterstützte Vohwinckel aktiv Neo-Nazis z.B. durch Geldspenden. 1963 wurde er GfP-Vorsitzender. Angeblich GfP-Gründungsmitglied.

– **Dr. Holle Grimm**

Tochter des verstorbenen führenden Nazi-Dichters Hans Grimm (Verfasser von „Volk ohne Raum"). Sie ist, im Sinne ihres Vaters, Aktivistin des DKEG („Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes"), einer Propagandazentrale des Rechtsradikalismus. Angeblich GfP-Gründungsmitglied.

– **Otto Schmidt/Hannover**

War enger Vertrauter von Hugenberg auf dem extrem rechten Flügel der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) und letzter DNVP-Vorsitzender im Weimarer Reichstag. Nach dem Krieg baute er die „Deutsche Reichspartei (Konservative Vereinigung)" mit auf. Seine Nominierung zum Vorsitzenden wurde von den britischen Behörden wegen seiner politischen Vergangenheit allerdings nicht genehmigt.

– **Dr. Hjalmar Schacht**

Bankier, Verbindungsmann der Nazis zum Großkapital. Hitler machte ihn zum Reichsbankpräsidenten und Minister. Nach 1945 hatte er Verbindungen u.a. zum neofaschistischen Naumann-Kreis (Werner Naumann war Staatssekretär von Goebbels). Der Kreis flog auf, als der britische Geheimdienst aufdeckte, daß Naumann und die um ihn versammelten Nazis die FDP unterwandern wollten. In seinen Nachkriegsschriften verteidigte Schacht wesentliche Teile der Nazi-Politik, vor allem deren Wirtschaftspolitik, das Verbot von Streiks und Gewerkschaften, sowie den Arbeitsdienst.

– **Dr. Hans W. Hagen**

Angehöriger des Propagandaministeriums von Goebbels als Kulturreferent. Als „NS-Führungs-Offizier" spielte er eine Rolle bei der Vereitelung der Widerstandsaktion am 20.
lung der Widerstandsaktion am 20.
Juli 1944 gegen Hitler. Hagen hatte in den 50er Jahren Verbindungen zur „Bruderschaft" (Nazi-Untergrundorganisation), zum Naumann-Kreis und zu verschiedenen Nazi-Gruppen im Ausland. Nach Erscheinen der „Deutschen National-Zeitung" im Jahre 1953 war er verantwortlich für den Kulturteil. Im Juli 1954 stellte die „DNZ" ihr Erscheinen ein. Einige Wochen später erschien eine neue Wochenzeitung, „Die Nation". Einer der Mitbesitzer war Hagen, zusammen mit anderen Nazis und Militaristen. Hagen war ebenfalls Kultur-Redakteur bei der „Deutschen Soldaten-Zeitung" (1954/55), deren Herausgeber Erich Kernmayr war.

– **Dr. h.c. Reichenberger**

Er hatte Verbindung zur „Europäischen Sozialbewegung" (ESB), gegründet 1951. Die ESB ist die Dachorganisation für alle Neonazi-Organisationen, die sich „sozial" nennen, z.B. MSI aus Italien.

So nahm er 1956 an einer ESB-Veranstaltung in Salzburg teil. Das Thema der Veranstaltung: „Europas Elite von morgen". Anwesend waren zahlreiche international bekannte Faschisten. R. ist Autor in der neofaschistischen Zeitung „Nation Europa".

– **Willi Vesper**

Mitglied der Nazi-Reichskulturkammer, war der Spitzendichter der Nazis („Blut und Boden"). Er gehörte zum DKEG-Dichterkreis, 1962 gestorben.

Dr. Dr. h.c. E.G. Kolbenheyer

Mitglied der Nazi-Reichskulturkammer, war der Spitzen-Dichter der Nazis („Blut und Boden"). Er gehörte zum DKEG-Dichterkreis. 1962 gestorben.

– **Bruno Brehm**

Während der Nazi-Zeit verherrlichte er in seinen Schriften den Krieg. Auch nach Zerschlagung des Faschismus bleibt er nationalsozialistischer Schriftsteller. Er hat u.a. als Autor in „Nation Europa" geschrieben und gehört zu den DKEG-Dichtern.

– **Heinz Steguweit**

Sah seine Aufgabe darin, den verlorenen 1. Weltkrieg zum Mythos zu verwandeln und zu einer völkischen Idee zu machen. Er war Landesvorsitzender der Nazi-Reichskulturkammer. Nach 1945 erschien ein Buch von ihm im Dürer-Verlag in Buenos Aires, der von geflohenen Nazis wie Rudel, v. Oven und v. Leers gemanagt wurde.

– **Prof. J.O. Plassmann**

Ehemaliger Abteilungsleiter von „Ahnenerbe". „Ahnenerbe" war 1939 von der SS organisiert worden, um „Erbe und Geist" der „nordischen Rasse" zu erforschen. 1942 war „Ahnenerbe" zu Morden übergegangen, um seine Schädelsammlung zu vervollständigen. Nach dem Krieg wurde Plassmann aus seiner Stellung in der Uni Bonn entlassen, setzte aber seine „Forschung" fort und publizierte weiter.

– **Frederick John Veale**

Britischer Schriftsteller, gegen die Verurteilung von Nazi-Verbrechen. Mindestens eines seiner Bücher ist verlegt worden im Damm-Verlag, München, der spezialisiert ist auf Literatur, die die Nazi-Zeit beschönigt. Außerdem ist mindestens eines seiner Bücher im Schlichtenmayer-Verlag verlegt worden, der besonders völkischen Autoren und Erinnerungen von Militärs herausgibt. **1961 ist in diesem Verlag auch Kurt Ziesels Buch „Der Rote Rufmord" erschienen.** V. war auch Autor in „Nation Europa". Inzwischen hat er das Zeitliche gesegnet.

– **Prof. Paul Rassinier**

War französischer sozialistischer Abgeordneter und Widerstandskämpfer. Er war zwei Jahre in Buchenwald interniert.

1950 trat er in einem Buch mit der Behauptung an die Öffentlichkeit, in Buchenwald hätte es keine Greueltaten der Nazis gegeben. Dieses Buch wurde in Frankreich verboten. Seine zentralen Lügen sind:
– Gaskammern sind nicht zur Ermordung von Juden gebraucht worden;
– statt 6 Millionen seien höchstens 350.000 bis 500.000 Juden „umgekommen".

Sein Buch ist in der BRD zuerst im Verlag des Nazis Karl-Heinz Priester erschienen. Inzwischen ist R. verblichen.

– **Hans Heyck**

Gehört zum DKEG-Dichterkreis.

– **Prof. D. Hoggan**

Ist „Erfolgs"-Historiker der Neo-Nazis aus den USA. Seine zentrale These: Nazi-Deutschland habe keine Schuld am Krieg gehabt. 1964 hat H. den Leopold-von-Ranke-Preis für sein Buch „Der aufgezwungene Krieg" bekommen (10.000,- Mark), verliehen von der „Gesellschaft zur Förderung geschichtswissenschaftlicher Forschung". Die „Gesellschaft" ist gegründet worden von Alt-Nazis.

– **Dr. Emil Franzel**

1938 Kulturschriftleiter des NS-Gau-Organs „Die Zeit" im Sudetenland. Der inzwischen verstorbene F., Anti-Sozialist und Anti-Gewerkschaftler, ist Mitgründer des „Komitees zum Schutz der Bürger gegen Diffamierungen durch die Links-Presse". **Weitere Mitgründer waren Kurt Ziesel und Walter Becher** (früher SA-Führer, heute CSU). Dieses Komitee wurde im Herbst 1960 zur GfP ausgebaut.

– **Prof. Dr. Cysarz**

Völkisch-nationalistischer Literaturprofessor, führender Germanist unter den Nazis. C. ist heute u.a. regelmäßiger Artikelschreiber in der NPD-nahen „Deutschen Wochen-Zeitung", die von v. Thadden und Kernmayr (!) geleitet wird.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Keine Solidarität mit den

Keine Solidarität mit den „Solidaristen"!

Seit einiger Zeit gehören sie zu den seltsamen Erscheinungen in Umweltschützerkreisen: Die „Solidaristen", die „Solidaristische Volksbewegung" (SVB). In ihrem Organ „Sol" und im theoretischen Blatt „Junges Forum" verbreiten sie eine „Weltanschauung", die weder kapitalistisch noch kommunistisch, sondern etwas Drittes, eben „Solidarismus", sein soll.

Schwerpunkt „Umweltschutz"

Unter den „Schwerpunkten unserer praktischen Arbeit", so das SVB-Blatt „Sol" im November 75, nimmt der Bereich Umweltschutz den allerersten Platz ein: „*Die Lebensschutz-Arbeit, also der gesamte Bereich der Umweltschutz-Initiativen, welche auch Ansatzpunkte für weiterführende Aktivitäten sein können und uns einem weiten Personenkreis bekannt werden lassen, der ursprünglich nicht zu politischer Aktivität verfügbar ist. Wir haben besonders hier die Möglichkeit, unsere Theorien praktisch unter Beweis zu stellen und gleichzeitig die organisatorische Basis zu verbreitern*". Getreu diesem Leitfaden sind die SVB'ler mit allen möglichen Umweltschützern vertraut: Im September 1976 war bei einer SVB-Veranstaltung in Hamburg zum Thema „Kernkraftwerke/Energieproblem" der bekannte Atomgegner Walter Soyka als Redner zu Gast. Soyka ist Anhänger der rechtsradikalen Ludendorff-Sekte (vgl. AK 107).

Weiter sind von dem früheren bayrischen WSL-Vorsitzenden – damals wie heute AUD-Spitzenmann – Harleß, freundliche Kontakte zu den „Solidaristen" bekannt (AK 102).

Bei den Vordiskussionen über ein Wahlbündnis für die Hamburger Bürgerschaftswahlen waren die SVB'ler (darunter führende Leute wie Lothar Penz und Ulrich Behrenz) auch wieder mit von der Partie. Dort propagierten sie die niedersächsische „Grüne Liste Umweltschutz", deren Hauptaktivist Beddermann seinerseits sich in Hamburger Gesprächen für die SVB stark machte.

Woher kommen die „Solidaristen"?

Was die „Solidaristen" heute als „Dritten Weg" anzubieten versuchen („Volksbewegung jenseits von rechts und links"), ist in der rechtesten Ecke ausgebrütet worden.

Nach der Aufschwungphase der NPD (1968/69) und der kurzlebigen „Aktion Widerstand" sprangen etliche unzufriedene Aktivisten 1970 von der NPD ab und bildeten Gruppen wie „Partei der Arbeit", „Außerparlamentarische Mitarbeit" oder „Solidaristische Offensive". 1972/73 kam es dann zum Eklat: v. Thadden mußte als NPD-Vorsitzender abtreten, und der Randalier-Nazi Mußgnug nahm seinen Platz ein. Die noch radikaleren Faschisten spalteten sich unter Pöhlmann (Chef des bayrischen Landesverbandes der NPD) als „Aktion Neue Rechte" (ANR) ab. Deren aktivster Flügel gründete im März 1974 die „National-Revolutionäre Aufbau-Organisation". Kurz danach spaltete sich die NRAO in die „Sache des Volkes – NRAO" und in die im Herbst '74 von dem Hamburger Lothar Penz u.a. gegründete „Solidaristische Volksbewegung" (SVB).

Lothar Penz, einer der Chefideologen der SVB, ist seit den 50er Jahren einschlägig aktiv: 1957 Mitglied einer antikommunistisch-rechtsradikalen „Legion Europa" in Hamburg. 1964 Gründer des Arbeitskreises „Junges Forum" (Hamburg), der 1965 zur Wahl der NPD aufrief. 1973 Schulungsleiter eines „Arbeitskreises für politische Bildung" bei der „Aktion Neue Rechte".

1974 beim Gründungskongreß der NRAO dabei.

Glänzende Kontakte zur rechtsradikalen Szene!

Die „Solidaristen" behaupten, sie seien keine Faschisten. Einige behaupten sogar, sie seien Antifaschisten. Nun, konkret sieht das so aus: Da wird in der SVB-Zeitung „Sol" für die „links"-faschistische „Unabhängige Arbeiterpartei" (Essen) geworben; da inseriert das Faschistenblatt „Unabhängige Nachrichten" (in dem u.a. der Nazi Roeder zu Wort kommt und dessen Spezialität antisemitische Hetze ist.) Und das sind beileibe keine Jugendsünden, die überwunden sind! Die letzten uns vorliegenden Nummern der SVB-Zeitung „Junges Forum" (2-3/77 und 4/77) empfehlen u.a. folgende Schriften: Eine „Studie" der Konrad-Adenauer-Stiftung über die KSZE aus dem rechtsradikalen Seewald-Verlag; die „Thesen zum Nationalismus" der NPD-Jugendorganisation JN; verschiedene Broschüren aus dem rechtsradikalen Vowinckel-Verlag, u.a. von dem NPD-Chefideologen Kosiek; eine Broschüre der NPD zum „Problem Gastarbeiter". Darüberhinaus wird deutlich, daß die „Solidaristen" auch im Ausland wissen, wo sie ihre Freunde zu suchen haben: So empfehlen sie beispielsweise eine Schrift des französischen Rassistenzirkels G.R.E.C.E.. Weiterhin empfiehlt die „Solidaristen"-Zeitschrift das Studium der Rede eines italienischen Neofaschisten der MSI, herausgegeben von der MSI-Tarnorganisation „Oltreconfine" in der BRD. Im übrigen sind die „Solidaristen" auch traditionelle Teilnehmer an einem der größten europäischen Nationalisten- und Faschistentreffen, der „Ijzerbedevaart" in der Gegend von Diksmuide, Belgien. Zu den Teilnehmern 1977 gehörten z.B. auch die HIAG, Nazis wie Roeder, Mitglieder der Hamburger „Hansa"-Bande und ähnlicher „NSDAP"-Gruppen. In solcher Umgebung fühlen sich die SVB'ler offenbar herzlich wohl.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Geplante „Kontrolle der Nachrichtendienste"? – aber nicht doch!

Der dem Bundestag am 16.3. 78 vorgelegte Gesetzentwurf zur parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes ist in wesentlichen Punkten gegenüber dem ersten Entwurf vom Oktober 77 „entschärft" worden, d.h. die ohnehin schmalen vorgesehenen Kontrollmöglichkeiten wurden noch weiter eingeschränkt,

Seit in der letzten Zeit immer mehr illegale Lauschoperationen des VS, MAD und des BND bekannt geworden sind, stießen diese bisher rechtlich nicht abgesicherten Schnüffel-Praktiken der Geheimdienste in einer breiteren Öffentlichkeit mehr und mehr auf Empörung. Seitdem war in den bürgerlichen Parteien wieder einmal verstärkt die Rede von der Notwendigkeit einer parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste.

Dabei geht es weniger um eine Kontrolle, als langfristig darum, für die Geheimdienste **„endlich die gesetzlichen Grundlagen für Lauschoperationen zu schaffen"** („Welt", 7.2.).

Sollte noch im ersten Entwurf, den die FDP einbrachte und der von der SPD unterstützt wurde, die Bundesregierung verpflichtet werden, einer parlamentarischen Kontrollkommission „umfassend" über die Tätigkeiten der Geheimdienste zu berichten, so unterrichtet nach dem jetzt vorliegenden Entwurf die Bundesregierung „umfassend" nur noch über „allgemeine (!?) Tätigkeiten", und zwar „über Vorgänge von besonderer Bedeutung".

Sollte die Kommission bisher noch „uneingeschränkt" einen Anspruch auf Informationen über Geheimdienstoperationen haben, so reduziert sich dieser Anspruch nunmehr auf eine „entsprechende" Unterrichtung.

Wer immer noch der Auffassung ist, daß vielleicht doch noch etwas kontrollierbar sein könnte, muß sich sagen lassen:

„Zeit, Art, und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzuganges durch die politische Verantwortung der Bundesregierung bestimmt" („FR", 8.3.). Das heißt nichts anderes, als daß die Bundesregierung jederzeit ganz legal die Praktiken ihrer Geheimdienste decken kann, wenn diese ihr zu heikel erscheinen.

Auch beim Hamburger Entwurf für ein Verfassungsschutzgesetz, der zur 3.Lesung ansteht und von der FDP großsprecherisch als „Meilenstein in unseren Bemühungen um die Demokratisierung des Staates" ausgegeben wurde, geht es nicht darum, den zweifelhaften Techniken des Verfassungsschutzes auf die Spur zu kommen. Auch hier sieht es so aus, daß bestimmte VS-Tätigkeiten durch eine scheinbare Kontrolle legitimiert werden sollen.

Der Hamburger SPD-Abgeordnete Voscherau meinte denn auch, daß sich „kein verständiger Mensch in den Geheimdiensten" durch den vorgelegten Entwurf verprellt fühlen könne, denn die Rechte des Kontrollausschusses reduzierten sich ja nur **„auf ein Antragsrecht gegenüber dem Senat"** (Tagesspiegel, 8.2.77). Recht hat er: Zwar war im ersten Entwurf noch vorgesehen, ‚dem Kontrollausschuß das Recht einzuräumen, jederzeit die Einrichtungen der Verfassungsschutzbehörde zu betreten, sämtliche Akten einzusehen und Verfassungsschutzbeamte als Zeugen oder Sachverständige zu hören. Sollten einem solchem Verlangen aber das „Staatswohl" und/oder „gesetzliche Vorschriften" entgegenstehen, könne der Senat eine Aktenvorlage verweigern bzw. als oberster Dienstherr seinen VS-Beamten eine Aussagegenehmigung verweigern. SPD und FDP wollten „Verfassungsschützer", die als Zeugen vor den Ausschuß geladen werden könnten, auch nur als „Anhör-Personen" verstanden wissen die **„weder eine Pflicht zum Erscheinen haben noch die Wahrheit sagen müssen"** („Welt", 3.3.77)

Im zweiten Gesetzentwurf wurde folgerichtig auf die „Pflicht zur Akten„vorlage" und das Zutrittsrecht" jedes Mitgliedes der Kontrollkommission zur VS-Behörde verzichtet!

AntiFa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Antifaschist Hansen (SPD) unter schwerem Beschuß

Seitdem der Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen, bekannt als SPD „Linker" (der u.a. gegen die „Anti-Terror"-Gesetzgebung der Koalition stimmte), im Februar die Bundesregierung öffentlich beschuldigte, Nazis bewußt zu decken, steht er unter schwerem Beschuß.

Als am 7.3. die SPD-Fraktion versammelt wurde, um über Hansen zu Gericht zu sitzen, „kam Progromstimmung auf" („Spiegel" 11/78).

Zur Erinnerung: Am 22.2. 78 strahlte das englische Fernsehen, BBC, eine 50-minütige Sendung aus, die den Neofaschismus und die zahlreichen Versuche der Rehabilitierung des Nazifaschismus in der BRD zum Thema hatte. In diesem Film sagte Hansen: *„Tatsache ist, daß die Bundesregierung nicht wünscht, daß diese Dokumente zur Enttarnung ehemaliger Nazis benutzt werden, nicht in Verlegenheit gebracht werden will durch die Zugänglichmachung gewisser Dokumente für eine breite Öffentlichkeit"* („ED", 10.3. 78).

Diese schlichte Feststellung löste Reaktionen bei der Bundesregierung aus, als wolle Hansen ans Bonner Eingemachte. In der Bundesdeutschen Presse setzte ein wahrhaft dröhnendes Sperrfeuer auf Hansen ein. Helmut Schmidt fühlte sich „persönlich beleidigt" („FR", 9.3. 78), einige SPD-Abgeordnete sprachen von „Amoklauf" und **„ es stelle sich langsam die Frage nach Hansens Zurechnungsfähigkeit"** („Hamburger Abendblatt", 22.2. 78). Schmidt: **„Das muß Konsequenzen haben"** („Spiegel", 11/78).

Neben Attributen wie „vaterlandslos", „koalitionsschädigend", „unverantwortlich", „dümmlich", „absolut abwegig" wurde auch laut überlegt, wie man sich auf möglichst elegante Weise der „Viererbande" (Hansen und drei weitere linke SPD ler) entledigen könne.

Weitgehend verschwiegen hingegen wurden die übrigen Teilnehmer der so heftigen angefeindeten BBC-Sendung:

– **Robert Kempner (ehemaliger Ankläger der USA in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen)** Kempner berichtete, *„er habe dem Bonner Justizministerium belastende Dokumente gegen etwa 1.000 Kriegsverbrecher übergeben. Das Justizministerium habe daraufhin jedoch keine weiteren Schritte unternommen"* („tat", 10.3. 78).

– **John McCloy (ehemaliger Hochkommissar für die amerikanische Besatzungszone).** McCloy erklärte, er sei während des Kalten Krieges genötigt worden, *„sogar deutsche Kriegsverbrecher laufenzulassen. ‚Ich tat es auf Knien. Ich wurde dazu gezwungen' "* („FR", 1.3. 78).

– **Bernt Engelmann (Vorsitzender des deutschen Schriftstellerverbandes).** *„Die Adenauer-Regierung wollte verläßliche Leute im Falle eines Krieges mit Rußland und meinte, daß die verläßlichsten Antikommunisten die Nazis sein würden"* („UZ", 1.3. 78).

– **Daniel Simon (Major a.D., Direktor des Document Center in Berlin)** : *„Nun, ich denke, es leben noch eine Menge Leute, die Mitglieder der SS oder der Nazipartei waren. Ich weiß nicht, wo sie sind. Aber ich bin sicher, wenn man ihre Namen mit ihren früheren Aktivitäten in Verbindung bringen würde, würde sie das selber, aber auch die Bundesregierung in Verlegenheit bringen"* („ED", 10.3. 78).

Weiter wurden in der BBC-Sendung ein paar „prominente" Alt- und Neonazis befragt:

– Ludwig Bock (Verteidiger im Majdanek-Prozeß, Rechtsbeistand der DVU) konnte in guter „NSDAP"-Manier der Öffentlichkeit erneut die „Auschwitzlüge" auftischen – ungestraft und ungerügt. Bock, auf die Frage, ob es Gaskammern in Majdanek gab: *„Vielleicht wurden sie nach dem Krieg gebaut. Doch wenn es dort eine Gaskammer oder zwei Gaskammern gab (... ist es) möglich, daß diese Gaskammern zur Kleiderreinigung benutzt wurden"* („Tagesspiegel", 26.2. 78).

– Ernst Heinrichson (Leiter des französischen Durchgangslagers Drancy, SS-Unterscharfführer, in Frankreich in Abwesenheit zum Tode verurteilt, lebt heute als Rechtsanwalt und Bürgermeister in Miltenberg bei Frankfurt).

– Herbert Hagen (ehemaliger SS-Sturmbandführer, in Frankreich in Abwesenheit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, lebt heute in der BRD).

Er sagte, „er sei überzeugt gewesen, daß Hitler die Juden nach Auschwitz deportieren ließ, ‚um später mit ihnen einen jüdischen Staat in Palästina zu gründen' " („Tagesspiegel", 26.2. 78).



Tatsache ist, daß Hansen mit

Tatsache ist, daß Hansen mit seiner Kritik an der Bundesregierung nicht allein steht, sondern seine Kritik gerade von denjenigen geteilt wird, die sich direkt mit der Sache befaßt haben.

Doch nicht Kempner, nicht Engelmann, nicht Simon müssen die Regierungsprügel ertragen, sondern allein Hansen ist es, der seinen Kopf hinhalten soll. Warum?

Hansen gehört zu den vier Abgeordneten, die u.a. gegen die „Anti-Terror"-Gesetzgebung gestimmt haben. Damals wurden die ersten Rufe laut, die von „Abweichlern" sprachen; es gab Drohungen, Gegenkandidaten im eigenen Wahlkreis der vier einzusetzen. Und nun kommt wieder Hansen und rührt an das größte Tabu der Regierung: die Nicht-Verfolgung von Nazi-Verbrechern, ja, deutlicher noch: der Schutz ehemaliger Nazi-Größen, die heute im öffentlichen Leben stehen.

Das auch noch vor 30 Millionen ausländischen Fernsehzuschauern – das ist schon peinlich!

Bevor Hansen an die Öffentlichkeit ging, hat er fünf Vorstösse in Sachen Berlin Document Center unternommen: 1970, 1974 zweimal 1976 und 1977. Eine Antwort auf seine Anfrage, wann die Bundesregierung das Archiv von den Amerikanern übernehmen werde, hat er jedoch bis heute nicht bekommen.

Was macht nun das Document Center so brisant? Warum sperrt sich die Bundesregierung so gegen eine Übernahme?

Im Document Center sind 10,7 Millionen Karten der NSDAP-Zentralkartei, gut sortiert. Dazu: Akten des Obersten Parteigerichts, Akten des Rassen- und Siedlungshauptamtes, ein Reichsärzteverzeichnis, Mitgliederverzeichnisse von SA und SS, Akten über „Blutrichter" und Verfahren am „Volksgerichtshof" u.a. („Kölner Stadtanzeiger", 1.3. 78).

Dieses Archiv wird von den Amerikanern verwaltet, die seit 1967 der Bundesregierung anbieten, es zu übernehmen. Um Hansens Vorwürfe zu entkräften, wird gesagt, Zutritt habe jede bundesdeutsche Behörde, jedes einschlägig befaßte Gericht, die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, eine besondere Arbeitsgruppe des Generalstaatsanwalts beim Westberliner Kammergericht, Wissenschaftler, wenn sie sich mit bestimmten Themenstellungen befassen.

Im Klartext: die BRD bräuchte das Document Center gar nicht zu übernehmen, denn es werde auch so schon genutzt. Die Sache hat allerdings zwei Haken: 1. kann z.B. die Ludwigsburger Zentralstelle nur Einblick nehmen, wenn bereits ein Tatverdacht gegen eine Person besteht, d.h. das Archiv wird nicht systematisch ausgewertet. 2. Auskunft des Center: *„Private Anfragen beantworten wir nicht und sind auch bemüht, die Presse hier herauszuhalten" („KStA", s.o.).*

Hier liegt der springende, politisch brisante Punkt: Die interessierte „Öffentlichkeit", der es ja nicht allein um die Aufhellung von Nazi-Untaten und ihrer Urheber im borniert „gerichtsverwertbaren" Sinn geht (wie der „extra-dienst", 14.3. 78, hervorhebt), wird an das Center eben n i c h t herangelassen. Ganz im Gegenteil werden alle, die das Center benutzen wollen, einem „Sicherheitsverfahren" unterzogen. Folgende Personenkreise erhalten danach keinen Zugang zu den Akten: Wer früher dem SDS (Sozialistischen Deutschen Studentenbund) angehörte; wer schon einmal an Demonstrationen teilgenommen hat (!), wer keine „Sicherheit" dafür gewährt, Stillschweigen zu wahren.

Verantwortlich für die „Sicherheitsüberprüfung" sind US-Stellen, aber auch BRD-Behörden (na, wer wohl?). (KStA, 1.3. 78).

Die Frage der Zugriffsberechtigung würde jedoch zweifellos in die Diskussion geraten, wenn die Regierung das Archiv übernehmen würde.

Als Hansen 1970 seinen ersten Vorstoß in dieser Angelegenheit unternahm, stand er nicht allein da. Eugen Kogon (Verfasser von „Der SS-Staat") und Simon Wiesenthal (Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums über NS-Verbrechen) unterstützen ihn.

Wiesenthal sagte damals, *„der Rückzug hinter den amerikanischen Archiv-Sperriegel habe sich schon vor Jahren für manchen Politiker als höchst nützlich erwiesen: für jene nämlich, deren Namen aus politischen Gründen auf eine Geheimliste gesetzt worden seien, sodaß auch im Document Center ‚niemand an die NS-Unterlagen über diese Herren herankam'. Namentlich nannte Wiesenthal die Herren Globke und Kiesinger".* („KStA", s.o.).

Wahrscheinlich hat die „Washington Post" recht, wenn sie davon ausgeht, daß das Dokumentationszentrum frühestens 1990 übernommen wird. *„Dann nämlich sei mit Sicherheit der letzte noch belastbare NS-Funktionär gestorben"* („FR", 1.3. 78).

Offensichtlich ist es der Bundesregierung äußerst peinlich, daß Hansen gerade jetzt, wo der Neo-Nazismus in der BRD im Ausland wieder diskutiert wird, wo sich HIAG-Aufmärsche häufen, „Judenverbrennungen" in der Bundeswehr „gespielt" werden, der Majdanek-Prozeß läuft, die Diskussion um die anstehende Verjährungsfrist von NS-Verbrechen (1979) beginnt, dieses heiße Eisen angepackt hat.

Der Mut, den man offenbar in der BRD schon wieder braucht, um die Wahrheit auszusprechen, hat Adalbert Rückerl, Leiter der zentralen Ermittlungsstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, schon vor der Sendung verlassen. Er hat vorsichtshalber schon einen Rückzieher gemacht, bevor die Kritik einsetzen konnte: Er warf dem Reporter von vornherein „Subjektivität" und „Voreingenommenheit" vor – und verweigerte ein Interview („Guardian", 23.2. 78).

Doch diese Distanzierung reichte Rückerl offenbar noch nicht aus. In einer Stellungnahme der „Zentralstelle" heißt es inzwischen: *„Die Zentralstelle hat sich seit 1959 in Zehntausenden von Fällen an das Document Center mit der Bitte um Überlassung von Kopien aus den dortigen Beständen gewandt. Die erbetenen Auskünfte und Dokumente wurden in jedem Fall zur Verfügung gestellt"* („Welt", 11.3. 78).

Wie Rückerl selbst mitteilt, muß man aber vorher schon bestimmte Hinweise ermittelt haben, um dann in den Akten das Document Center eventuell „die Bestätigung" zu finden („tat", 3.3. 78). Wieviele völlig „unverdächtige" Nazis in den Unterlagen des Center schlummern, bleibt bei diesem Verfahren ein ewiges Rätsel... Rückerls Einsicht in die Notwendigkeit, so viele NS-Verbrecher wie möglich hinter Schloß und Riegel zu bringen, scheint nicht ganz klar zu sein.

In Anbetracht der Tatsache, was mit Leuten wie Hansen geschieht, ist es eine blanke Unverfrorenheit von Bundespräsident Scheel, bei der Eröffnung der „Woche der Brüderlichkeit" in Würzburg zu fordern, „man müsse eine umfassende wissenschaftliche Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Zeit" leisten. „Zu wenige wissen davon" und „die Älteren müßten den Jüngeren klarmachen, welche Verbrechen die NS-Diktatur begangen und wie sie Millionen Mitbürger in einen furchtbaren Tod getrieben habe", („FR", 6.3. 78).

Wer freilich nach der B e s t r a f u n g dieser Verbrecher fragt, muß sich heute wieder sagen lassen, er schade dem „deutschen Ansehen im Ausland" und sei „unzurechnungsfähig"!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Jährlich 6 Milliarden Mark für ehemalige Nazi-Beamte

Eigentlich mehr zufällig kam es an die Öffentlichkeit: Der für Beamtenangelegenheiten zuständige Wehner-Stellvertreter in der SPD-Bundestagsfraktion, Karl Liedtcke, wies Forderungen der CDU/CSU nach einer Ausweitung der staatlichen Versorgungsleistungen für sogenannte „131er" (ehemalige Nazi-Beamte) zurück. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man durch eben diesen SPD-Abgeordneten, welche ungeheuren finanziellen Leistungen alljährlich für die Versorgungsansprüche dieser Leute aufgebracht werden: Runde sechs Milliarden Mark pro Jahr!

Die „131er" haben ihren Namen vom Grundgesetzartikel 131 her, wo es heißt: *„Die Rechtsverhältnisse von Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen* (sprich: wegen ihrer Nazi-Vergangenheit) *ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, sind durch Bundesgesetz zu regeln ..."*

Auf diese Weise werden die Ansprüche der bei Kriegsende brotlos gewordenen Beamten und Angestellten der Nazidiktatur an die Bundesrepublik anerkannt, weil sich die BRD als „Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches" versteht. Wer nicht eh wieder eingestellt wurde oder wer nicht ausdrücklich durch Gerichtsurteil seine frühere Rente verlor – das sind die allerwenigsten – muß deshalb bis auf den heutigen Tag für seine Tätigkeit im Dienste der Faschisten von den bundesdeutschen Steuerzahlern ausbezahlt werden. Derzeit sind das immer noch 249.091 Personen.

Darunter befinden sich z.B. alle Richter und Staatsanwälte des Mordregimes, soweit sie nicht ohnehin weiter „Recht" sprechen konnten und – soweit heute pensioniert – aus den normalen staatlichen Pensionskassen befriedigt werden. Selbst die Hinterbliebenen von höchsten Nazi-Würdenträgern erhalten auf diese Weise Pensionen, die in der Regel das Mehrfache einer durchschnittlichen Arbeiter- und Angestellen-Rente betragen.

Ins Bild paßt dabei, daß ein Beamter – auf die Verfassung von Weimar vereidigt –, der es 1933 abgelehnt hat, Hitler zu dienen und somit „freiwillig" aus dem Staatsdienst ausgeschieden wäre, heute keine Ansprüche geltend machen könnte (nach „ed" 20/XII, 10.3.78). SS-Mörder Kappler, der seinem „Führer" ja treu diente, dürften – nach dieser „131"er Regelung – einige Summen zustehen; und nach seinem Ableben der treusorgenden Witwe ...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

VDA — „Grauzone" zwischen CDU und Neonazis

Mit Bernhard Mihm (CDU) hat der CDU-Rechtsaußen und Bürgermeister Wallmann einen Mann als Bildungsdezernent in Frankfurt eingestellt, der vom „Deutschtum im Ausland", speziell in Chile, Südafrika, aber auch in Süd-Tirol, etwas versteht. Schließlich ist Mihm, wie der Frankfurter SPD-Landtagsabgeordneter Hartmut Holzapfel enthüllte, Mitglied im Verwaltungsrat der „**VDA - Gesellschaft für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland**" („Frankfurter Rundschau", 2.3.78). Er ist zuständig für die Finanzen des „Deutschtum-Vereins" und arbeitet als Kontaktmann zu den kommunalen Spitzenverbänden.

Holzapfel drückt sich sicher noch reichlich vorsichtig aus, wenn er die Frage stellt, ob Mihm „die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten". Er ordnet den Verein einer „Grauzone" zu, „**an der der deutschnationale Rand der CDU/CSU ununterscheidbar in den Rechtsextremismus übergeht**".

Zum Beweis führt er folgende Punkte an:

– Der VDA begrüßt die „*Jubelveranstaltung für das faschistische Pinochet-Regime*" (Holzapfel) und den StrauSS-Besuch in Chile anläßlich des 125. Jahrestages deutscher Kolonisation in Chile.

– Der VDA *verstehe sich als „Propagandist der Rassentrennung und der Unterdrückung der schwarzen Mehrheit durch die Regierung in Südafrika, der der Verein in einer offiziellen Broschüre eine „umsichtige Politik" bescheinige*" (Holzapfel).

– Der VDA lädt den Rassisten Helmut von Lichtenfeld aus Kapstadt in die BRD ein.

– Der VDA pflegt Verbindungen zum rechtsradikalen „Witiko-Bund", dem auch NPD-Mitglieder angehören. VDA und „Witiko-Bund" organisieren gemeinsam einen Schüleraustausch mit Chile.

– Der ehemalige Vorsitzende des VDA, Aschenauer, ist u.a. Mitarbeiter vom NPD-Faschisten Peter Dehoust herausgegebenen Zeitschrift „Nation Europa".

– Aschenauer - noch als Vorsitzender der VDA – nahm zusammen mit bekannten Rechtsradikalen wie Gert Sudholt, Austin App, Wilfried von Oven, Peter Dehoust („Nation Europa") und Heinz Mahncke („Arbeitskreis Volkstreuer Verbände") am Kongreß „Die Deutschen in der Welt" der „Gesellschaft für freie Publizistik" im Mai 1977 in Stuttgart teil.

„*Nach Ansicht Holzapfels ist Frankfurts Bildungsdezernent Mihm damit Mitglied des Vereins, ‚der die offene Kumpanei mit Neo-Nazis und Rechtsextremisten betreibt' und eine ‚aberwitzige völkische Deutschtümelei' wieder zu beleben versuche*" („FR", s.o.).

Dem gleichen Verein gehört auch Dr. Günther Ossmann an. Er ist sogar Mitglied des Vorstandes des VDA.

Ossmann ist zugleich Vorstandsmitglied der CDU-nahen „Deutschland-Stiftung". Und nun wird's interessant: Denn just dieser Verein prozessiert gegen den ARBEITERKAMPF. Als Anwalt der „Stiftung" ist ebenfalls Ossmann tätig. Trotz unvermeidlicher genauer Kenntnis der Aktivitäten des von ihm mitgeleiteten VDA und einzelner Mitglieder erwirkte Ossmann als Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied der „Deutschland-Stiftung" eine Einstweilige Verfügung, die dem AK zu behaupten verbietet, die DS habe Verbindungen zu „rechtsradikalen Gruppierungen". Wie lange das wohl gut geht?!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Faschist in den Reihen der „KPD/ML"

Ende letzten Jahres konnte sich in Kiel für längere Zeit der stadtbekannte Faschist Ulrich Hühn (Franziusallee 127, Kiel 14) in die Reihen der „KPD/ML" herumtreiben, obwohl die „ML"er von seinen Nazi-Aktivitäten wußten. Bezeichnenderweise wurde diese abenteuerliche Episode auch nicht durch einen Rausschmiss beendet, sondern durch den Rückzug des Faschisten.

Vor seinem Zwischenspiel in der „KPD/ML" war Hühn bei folgenden Anlässen aufgefallen:

– 26.6.77: H. nimmt als Delegierter am Landesparteitag der NPD in Kiel teil. Er ist Zeuge, als drei Antifaschisten von Nazis überfallen werden. Einer der Antifaschisten wird dabei krankenhausreif geschlagen.
– 22.7.77 Die berüchtigte „Hansa"-Bande provoziert in Hamburg bei der Podiumsdiskussion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?". Sie schmieren Parolen: „Klarsfeld in die Gaskammer", „Rotfront verrecke, SA Hamburg" und „Juden raus". H. ist daran beteiligt.
– 13.8.77: H. fährt den Wagen bei einer JN-Kundgebung zum „Mauerbau" in Kiel.
– 14.9.77: H. verteilt zusammen mit Stolp (damals JN-Vorsitzender), Stubbemann („Hansa"-Bande), Teufert („Hansa"-Bande, JN, BVJ beteiligt am Überfall auf die drei Antifaschisten am 26.6.) in Kiel ein Flugblatt der NPD-Jugendorganisation JN.
– 8.10.77: H., Stolp, Stubbemann und andere Nazis bedrohen AK-Verkäufer.
– Nov. 77: In Kiel findet ein Prozeß gegen „KPD/ML"er bzw. deren Sympathisanten statt, die einen NPD-Stand abgeräumt hatten. H. wird von uns im Zuschauerraum erkannt. Es stellt sich heraus, daß H. jetzt regelmäßig die „Rote Garde"-Treffs der „KPD/ML" in Kiel besucht. Die „ML'er werden von uns über H.s Nazi-Aktivitäten unterrichtet. Öffentlich haben sie zum Fall Hühn bis heute nicht Stellung genommen. In Gesprächen mit uns ließen sie jedoch verlauten, H. habe sich g e ä n d e r t. Es sei eine Unverschämtheit von uns, auf H.s Vergangenheit herumzuhacken.

Wie sich H. „geändert" hatte, sollte sich bald herausstellen:



Jungnazi Hühn immer noch der Alte: Hühn (vor dem Wasserwerfer, Mäntelchen mit Kapuze) beim „NSDAP"-Bundes-Treffen in Hamburg-Lurup am 26.2.78, vorn rechts die Nazis Kötter (mit Bart) und Worch (mit Schlips). Zwei Plätze links von Hühn steht „Hansa"-Nazi Teuffert (Hände auf dem Rücken). Ganz links (z.T. durch eine Hand verdeckt) ist der Kopf von Rohwer zu sehen.

19.2.78: Die „Hansa-Bande" versammelt sich in Hamburg. Stubbemann und H. treten in Uniform auf. Ebenfalls dabei sind die bekannten Nazis Thies Christophersen und Erwin Schönborn.

26.2.78: H. nimmt an einem bundesweiten „NSDAP"-Treffen in Hamburg teil. Neben der „Hansa"-Bande, Christophersen und Schönborn ist auch die Hoffmann-Bande aus Nürnberg anwesend. Ein großes Bullenaufgebot schützt das „NSDAP"-Treffen gegen 800 Antifaschisten.

11.3.78: Beim AK-Verkauf in der Kieler Innenstadt treffen wir den „ML"er, der nach eigener Auskunft vor etwa einem Jahr von H. angesprochen wurde. Er habe von Anfang an von H.s. faschistischer Vergangenheit gewußt, ihm aber geglaubt, daß er sich von seinen ehemaligen „Kameraden" getrennt habe. Er habe den Kontakt zu H. gepflegt, weil dieser Interesse an einer „antihegemonialistischen Arbeitsgruppe" geäußert habe. Nach Befragen eines „KPD"-Verkäufers stellt sich heraus, daß H. auch zur „KPD" Kontakt gesucht hat. Hier soll die Zusammenarbeit allerdings nicht über einige lockere Gespräche hinaus gediehen sein.

Ulrich Hühn ist keineswegs der einzige braune Fleck auf der roten Weste der „KPD/ML": In Kiel gibt es noch den Fall Eduard Möske (Radsredder 12), der jahrelang den „Arbeitertreff" der „KPD/ML" besucht hatte und jetzt bei der JN aktiv ist.

In Hamburg tritt der Ex-„KPD/ML"er **Michael Borchard** als „Faschistische Front" auf.

Die „MLD", eine Abspaltung der „KPD/ML", arbeitet inzwischen offen mit den Tübinger Partnern der Hoffmann-Bande, dem HTS zusammen.

Im Fall des Nazis Hühn kann sich die „KPD/ML" nicht herausreden, Opfer einer Täuschung geworden zu sein. Selbst die Tatsache, daß Hühn sich weigerte, vor Gericht und Polizei gegen seine „Nazi-Kameraden" auszusagen, war für die „ML"er kein Grund zum Rausschmiß.

Wir fordern von der „KPD/ML": Restlose Offenlegung ihrer Kontakte zu Nazis und ihrer Informationen über Nazi-Umtriebe früherer „ML"-Mitglieder!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

Fragen an den KBW Lübeck

Im Dezember 77 wurde im „Stadtblatt" (Lübecker Alternativzeitung) und in der „KVZ" (Regionalbeilage Schleswig-Holstein) über Repressionen gegenüber dem Soldaten Thomas Pawils berichtet. Gegen ihn hatte am 11.11.77 der Kommandeur des Lübecker Jägerbataillons 172 eine Disziplinarstrafe von 21 Tagen verschärfter Ausgangssperre verhängt, da er „Unterschriften für die Forderung der Soldaten nach Lohnfortzahlung in der Armee, Kündigungsrecht und Volksbewaffnung" gesammelt hatte („Stadtblatt", 1/77). Am 13.12. wurden gegen ihn 12 Tage Bundeswehrknast verhängt, d.h., er sollte auch über Weihnachten keine Ausgangsmöglichkeiten erhalten. Die Haft wurde aufgeschoben, nachdem er Widerspruch gegen diese Disziplinarstrafe eingelegt hatte (nach: „Stadtblatt", 4-5/77). Sogar die „unehrenhafte Entlassung" aus der Bundeswehr wurde ihm angedroht.

Hatte Thomas Pawils schon damals eng mit dem „Soldaten- und Reservistenkomitee" des KBW zusammengearbeitet, so tritt er inzwischen öffentlich für den KBW in Erscheinung. Dies veranlaßt uns zu einigen Fragen an den KBW, denn **Thomas Pawils hat eine Vergangenheit als bekannter F a s c h i s t !**

Über ihn wurde in der 1975 vom KB (Landesgruppe Schleswig-Holstein) herausgegebenen Broschüre „Schleswig-Holstein - braun durchdrungen" berichtet:

„*Zunächst war Pawils Mitglied der Jungen Nationaldemokraten. Er brachte es bis zum Kreisvorsitzenden und war damit auch gleichzeitig Mitglied im Landesvorstand der NPD." Als ihm die Linie der NPD nicht mehr brauchbar schien zur Gewinnung der Jugend für seine antikommunistischen Vorstellungen, trat er aus. Er nahm dann Kontakt zur 'KPD' auf. Diese war ihm zu 'stalinistisch', so daß er kurze Zeit später die Lübecker Gruppe der NRAO gründete. Die führenden Mitglieder der 'Nationalrevolutionäre' auf Bundesebene wie Alexander Epstein oder Hartwig Singer sind früher Mitglieder der JN (NPD), der ANR und der 'Aktion Widerstand' gewesen.*" (Die Nationalrevolutionäre treten mit „links" aufgemachter, dennoch aber klar faschistisch durchtränkter Propaganda auf).

Soldat Thomas Pawils hat also eine recht bewegte Vergangenheit hinter sich und man sollte eigentlich annehmen, daß da besondere Vorsicht in der Zusammenarbeit an den Tag gelegt wird. Nicht so beim KBW: Er schlug die Warnungen in den Wind und läßt Thomas Pawils inzwischen sogar nach relativ kurzer Zeit der Zusammenarbeit offenbar im KBW mitarbeiten. Wir schließen einen Gesinnungswandel bei (früheren) Faschisten – und auch bei Thomas Pawils – nicht aus, aber einige Fragen haben wir dennoch an die Adresse des KBW:

– Ist die politische Vergangenheit von Thomas Pawils wirklich ernsthaft durchleutet worden? Was hat er dazu beigetragen, für fortschrittliche, antifaschistische Menschen mehr Licht in die trübe braune Szene zu bekommen? Welche Möglichkeiten bieten sich an, daß Thomas Pawils ausführlich über seine Erfahrungen in faschistischen Kreisen ö f f e n t l i c h berichtet? D a s verstehen wir – u.a. – als Bruch mit der politischen Vergangenheit.
– Wie schnell kann ein früherer Faschist Mitglied im KBW werden? Genügt das bloß verbale Bekenntnis zum Programm des KBW und zu einzelnen Forderungen (der "SRK" z.B.) oder welche Kriterien legt der KBW zu Grunde? Welche Möglichkeiten hat Thomas Pawils, die Arbeit der doch recht kleinen KBW-Ortsgruppe im Überblick kennenzulernen?

Wir müssen diese Fragen an den KBW umso entschiedener und mit Nachdruck stellen, weil ein weiterer uns bekannter früherer Reaktionär längere Zeit im KBW (Lübeck) mitgearbeitet hat. **Es handelt sich um Jörg Lorenzen, der noch 1975 als Schulsprecher-Kandidat der Jungen Union (CDU) in der St.Jürgen–Realschule in Erscheinung getreten war.** Im Sommer 1976 bekam er Kontakt zum KBW und konnte anscheinend ebenfalls recht fix Funktionen für den KBW wahrnehmen. N a c h w e i s l i c h hatte Jörg Lorenzen gegenüber einer Zeugin erklärt, er wolle sich „mal beim KBW umhorchen, mal sehen, ob da was rauszukriegen ist". Zu diesem Zeitpunkt bezeichnete er sich gegenüber dieser Zeugin noch als JU-Mitglied. Inzwischen ist Jörg Lorenzen seit ca. Oktober 1977 vom KBW zur „KPD/ML" (Rote Garde) übergewechselt. Die darauf angesprochene „Partei" erklärte lediglich, die Vergangenheit sei bekannt ... Jörg Lorenzen sei wegen Widersprüchen in der Frage der "Drei-Welten-Theorie" vom KBW zur „KPD/ML" gegangen.

Es gibt noch einen dritten Lübekker KBWler, der ebenfalls über eine recht bewegte politische Vergangenheit verfügt. Es handelt sich um Walter E., der früher einmal Mitglied der SDAJ, dann eine Weile lang der „KPD/ML" (alles in Lübeck) war und dann als Soldat in Mannheim zum KBW überwechselte, als solcher tauchte er wieder in Lübeck 1976/77 auf. Aus der „KPD/ML" Ausgetretene berichteten uns gegenüber schon im Sommer 1977, daß die „KPD/ML" Walter E. gegenüber bestimmte, nicht ausgeräumte Bedenken gehabt hatte, bevor dieser später zum KBW überwechselte!

Da die hier genannten Personen ca. die Hälfte der vom KBW in Lübeck gewonnenen Menschen ausmachen (alle anderen sind importiert), finden wir, daß der KBW doch öffentlich auf unsere Fragen antworten sollte.

KB / Gruppe Lübeck



Militarismus Antimilitarismus



Bonner Parteien für die Neutronenbombe Im Ausland starke Kritik

Während in anderen westeuropäischen NATO- Ländern - so in Holland, Dänemark und Norwegen - der Widerstand gegen die Einführung der Neutronenbombe wächst, haben sich in Bonn CDU und FDP schon eindeutig für die Neutronenbombe entschieden. SPD und Bundesregierung haben sich aus taktischen Gründen noch nicht in dieser Eindeutigkeit für die Stationierung dieser Waffe in der BRD ausgesprochen, doch kann es keinen Zweifel geben, daß auch sie dafür sind.

Bislang hat sich die amerikanische Regierung Carter mit endgültigen Stellungnahmen über die Einführung und Produktion dieser Waffe zurückgehalten. Offiziell befindet man sich noch im Stadium der »Pfüfung«. Ursprünglich hätte die Carter- Regierung so getan, als ob vor der Entscheidung über die Einführung der Neutronenbombe darüber erst einmal ausführlich die Verbündeten in der NATO gehört werden sollten. Doch hat es hier vor allem in den kleineren NATO-Löndern mehr Widerstände gegeben, als sie wohl ursprünglich erwartet wurden. So wollte die holländische Regierung unbedingt vermeiden, daß sich das holländische Parlament gegen die Einführung ausspricht. Die Schwierigkeiten, denen sich die holländische Regierung gegenübersieht, sind schon deutlich geworden, als der holländische Verteidigungsminister Kruizinga wegen seiner Gegnerschaft zur Neutronenbombe von seinem Posten zurücktrat.

Die skandinavischen Länder Norwegen und Dänemark sind ebenfalls nicht dafür, daß die neue Massenvernichtungswaffe auf ihrem Gebiet stationiert wird. Diese Widerstände innerhalb der westeuropäischen NATO-Partner haben Carter nun veranlaßt, zu erklären, daß die USA sich auch dazu entscheiden könnten, auch ohne öffentliche Entscheidung der europäischen NATO-Partner die Neutronenwaffe zu produzieren. (»Frankfurter Rundschau«, 4.3.78) Bisher sei die US- Regierung nämlich davon ausgegangen, daß der Beschluß, Neutronenbomben herzustellen, auch bedeute, sie in Westeuropa zu stationieren. Jetzt hofft die US- Regierung, daß die Westeuropäer mit ihrer Entscheidung über die Stationierung der Neutronenbombe nachziehen. Diese Erklärung der Carter-Regierung macht deutlich, wie entschlossen die USA sind, diese Neutronenbombe auf alle Fälle einzuführen. Ihre Position in der NATO und die zu erwartende Unterstützung durch die Bundesrepublik lassen befürchten, daß diese Rechnung der US-Regierung aufgeht. Es ist nicht das erste Mal, daß sich westeuropäische NATO-Länder erst nach einigem Widerstand und unter Druck dazu bereiterklärten, Atomwaffen auf ihrem Gebiet zu lagern.

In dieser Situation fällt natürlich der BRD eine entscheidende Rolle zu. Sie wird das Land sein, das die meisten Neutronenbomben lagern wird, das auf Grund ihres ökonomischen und politischen und militärischen Potentials auch nicht ganz unwesentlich über die Art und Weise des Einsatzes dieser Waffe mitentscheiden wird, wenn auch über den Ersteinsatz der US-Präsident befindet. Bisher hat sich kein westeuropäisches Land so eindeutig für die Einführung der Neutronenbombe entschieden wie die BRD.

In einer Erklärung vom 21.2.78 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Regierung aufgefordert, gemeinsam mit den USA die neue Waffe in der NATO einzuführen. Auch die FDP Fraktion hat sich im Grundsatz dafür ausgesprochen. Ihre sog. Einschränkungen betreffen diese grundsätzlich positive Entscheidung nicht. Die FDP-Fraktion hat eindeutig erklärt, daß sie sich einer positiven Entscheidung des US-Präsidenten anschließen werde. Die Neutronenbombe solle in der BRD nur dann stationiert werden, wenn sie auch in anderen Ländern der NATO eingeführt werde, was natürlich auf gut deutsch heißt, daß notfalls auch der entsprechende Druck auf diese Länder ausgeübt werden soll. Weiter soll nach ihren Vorstellungen die Waffe zunächst in die Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion eingebracht werden, was heißt: wenn die Sowjetunion sich in diesen Verhandlungen nicht erpressen läßt, dann wird sie eingeführt. Selbst in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 23.2.78 wird der FDP-Standpunkt als ein durch Vorbehalte und Konditionen kaum verschlüsseltes Signal an die amerikanische Regierung bezeichnet, die Waffe in Bau zu geben.

Demgegenüber halten sich SPD und Bundesregierung mit offiziellen Stellungnahmen zurück und betonen immer wieder, die Entscheidung liege allein beim Präsidenten der USA. Erklärungen von Bahr und dem Abrüstungsexperten der SPD, Pawelczyk, zeigen aber deutlich, daß die SPD keine grundsätzliche Kritik an der FDP- Entscheidung hat.

Die Bundesregierung will sich aussenpolitisch die Hände freihalten. Sie formuliert am deutlichsten einen Standpunkt, der darauf abzielt, der Sowjetunion dafür die Verantwortung in die Schuhe zu schieben, wenn die Neutronenbombe eingeführt wird. Die Neutronenbome ist in ihren Augen das Trumpf- As in Abrüstungsverhandlungen. Es geht nach der Devise, wenn die Sowjetunion nicht von sich aus auf ihre sogenannte Panzerüberlegenheit verzichtet und in dieser Hinsicht bei den MBFR- Gesprächen in Wien nicht entscheidende Zugeständnisse macht, dann werden die Westmächte die Neutronenbombe einführen müssen. Einen weiteren Aspekt in der Taktiererei der Bundesregierung benennt die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, vom 17.2.78: Bei der Sondergeneralversammlung der UNO zur Abrüstung, die demnächst bevorsteht, möchte sich die BRD nicht auf die Anklagebank setzen lassen.

Im nächsten ARBEITERKAMPF werden wir die Diskussion um die Neutronenbombe in der Presse und innerhalb der Militärs zusammenfassen und auf ihre propagandistische Funktion näher eingehen.

Antimilitarismus- Kommission

Belgien: Berufssoldaten demonstrieren



Demonstration von 20.000 Berufssoldaten in Brüssel

Demonstration von 20.000 Berufssoldaten in Brüssel

Über 20000 Berufssoldaten, zumeist Unteroffiziere, demonstrierten am 4. März z.T. mit Frauen und Kindern in Brüssel für mehr Sold und den Rück tritt des Verteidigungsminisers Van den Boeynants, den sie als Verantwortlichen für ihre soziale Misere anklagten. Eine der Parolen lautete (auch ohne Übersetzung verständlich): »Wel geld voor raketten - maar niet om te fretten«; sie bezieht sich auf die geplante Anschaffung vom Hawk-Raketen für 4 Milliarden belgische Francs im Rahmen einer forcierten Modernisierung und Aufrüstung.

Zu der Demonstration aufgerufen hatte die »Gemeinsame Gewerkschaftsfront« von sozialdemokratischen, christlichen und liberalen Gewerkschaften sowie der ständisch orientierten Soldaten- Gewerkschaft Syndic.

Vorausgegangen waren bereits 2 Demonstrationen in Leuven und Liege, hier immerhin auch schon mit 6000 Teilnehmer. Die Organisationsgrad unter den Berufssoldaten liegt inzwischen bei 80%! Hauptgrund der hier deutlich werdenden, nicht unbeträchtlichen Unzufriedenheit ist die krasse Benachteiligung der Berufssoldaten der Steitkräfte gegenüber denen der »Rijkswacht« und den Beamten. Ausgangspunkt war dabei die Solderhöhung von '72, wo die »Rijkswacht« deutlich bevorzugt wurde, und seitdem systematisch zu einer gut bewaffneten, gut indoktrinierten und gut bezahlten Spezialtruppe zur »Unruhen- Bekämpfung« ausgebaut wurde.

Inzwischen verdienen die Berufssoldaten bis zu 10000 bfr. (ca. 600 DM) weniger als ihre »Kollgen« von der »Rijkswacht«, die übrigens in voller Ausrüstung, mit Wasserwerfern usw. entlang der Demoroute für »Ruhe und Ordnung« sorgten.

Belgien-Kommission

Die Kämpfe der belgischen Zivildienstleistenden

Die Kämpfe der belgischen Zivildienstleistenden

Unterhosen-Demonstration belgischer Zivildienstleistender in Brüssel

Ein etwas ungewöhnliches Bild bot am 8.3. die Einfahrt zum Place des Palais in Brüssel (siehe Foto). Etwa 20 Zivildienstleistende demonstrierten in Unterhosen, um auf ihre miese finanzielle Situation hinzuweisen. Dies ist nur die jüngste einer Reihe von Kampfaktionen, mit denen die belgischen Zivildienstleistenden seit Sommer letzten Jahres ihre finanzielle Situation zu verbessern versuchen.

Es gibt in Belgien augenblicklich etwa 1000 ZDLer. Die meisten leisten ihren Dienst in einzelnen sozio-kulturellen oder medizinischen Einrichtungen ab, die anderen sind in Kasernen des »Zivilschutzes« zusammengefaßt und machen eine Arbeit, die unserem »THW« ähnelt. Die freie Wahl der Dienststelle, die augenblicklich noch existiert, soll nach jüngst bekannt gewordenen Plänen des Innenministeriums abgeschafft werden, eine Zusammenfassung aller ZDLer in »Zivilschutz-Zentren« ist im Gespräch (»BPA-Bulletin«135).

Laut Gesetz vom 3.7.75 sollen die ZDLer finanziell den Soldaten gleichgestellt sein, tatsächlich erhalten sie im Durchschnitt nur 57% von deren Mindestbezügen, das sind rund 400DM. Grundlage dafür ist, daß die Regierung immer noch nicht die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz verabschiedet hat und auch weiterhin versucht, die ZDL-er hinzuhalten. Hiergegen wandten sich zahlreiche Protestaktionen, organisiert und koordiniert von der »Verenigden aktiegroepen gewetensbezwaarden«, der Dachorganisation der belgischen ZDLer:

- Im Juni letzten Jahres wurden Einrichtungen und Dienststellen des Zivildienstes besetzt;
- im Oktober folgte eine Streikwoche, die von den Behörden mit Soldkürzung beantwortet wurde . Die Forderung nach Rücknahme aller Sanktionen gegen Streikende ist daraufhin mit in den Vordergrund der jetzigen Aktionen gerückt.
- Ein Hungerstreik von 10 ZDLern Ende Februar in Brüssel fand die Unterstützung von zahlreichen Jugendorganisationen und bewirkte auch einige Parlamentsanfragen und Presseberichte.
- Parallel dazu traten ZDLer zweier »Zivilschutz-Abteiluneen« in den Streik

Die Aktionen sollen noch verstärkt werden.

Belgien-Kommission

Da schmunzelt der Antimilitarist

Eine peinliche Geschichte für den Verfassungsschutz kam im Disziplinarverfahren gegen den hannoverschen Reserveleutnant Ingo H. ans Licht: Ingo H. ist angeklagt, 1973 vor der Wilhelmstein- Kaserne in Hannover eine »Zersetzungsschrift« verteilt zu haben. Vor Gericht stellte sich jetzt heraus, daß bei der Herstellung der besagten Soldatenzeitschrift »Rührt Euch« der Verfassungsschutz und dessen einstiger Geheimagent Hans F. die Finger mit im Spiel gehabt haben. Von den Methoden ihres Spitzels, der damals auf linke Bundeswehrkreise angesetzt war,hat sich das zuständige niedersächsische Ministerium des Innern inzwischen distanziert, offenbar ist er bei seinen Aktivitäten über das Ziel hinausgeschossen. So bescheinigt ihm das Ministerium in einer amtlichen Auskunft vom 29.12.77: *»Die Zusammenarbeit mit F. war problematisch. Entgegen Hinweisen seiner Führungsbeamten entwickelte er bei der Bundeswehr häufig besonders verfassungsfeindliche [!] Aktivitäten. So heftete er zum Beispiel ein Flugblatt der SDAJ an die schwarze Tafel und half bei der Hestellung der Druckschrift 'Rührt Euch'«* (»Neue Hannoversche Presse« vom 14.3.78)!

Inzwischen will das Bundesverwaltungsgericht wissen, welche Rolle das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz bei der damaligen Herstellung der Soldatenzeitschrift »Rührt Euch« gespielt hat. Das niedersächsische Ministerium des Innern bedauert allerdings, keine Zeugen für den Hergang benennen zu können, da die betreffenden Verfassungsschützer noch »operativ tätig« seien. Abzuwarten bleibt, ob das Verfahren gegen Ingo H. niedergeschlagen wird, damit in dem Prozeß nicht noch mehr über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes an die Öffentlichkeit gelangt.

KB Hannover

Größter Waffenexport in der Geschichte der BRD

Anfang März wurden Einzelheiten über das größte Rüstungsexportgeschäft in der Geschichte der BRD bekannt: Ungeachtet des Exportverbotes in »Spannungsgebiete« sollen Waffen für mehr als 10 Mrd.DM an das faschistische Schah-Regime im Iran geliefert werden! (»Frankfurter Rundschau«, 1.3.78).

Ein Vertrag über den Bau von 6 U-Booten der Klasse 209 im Werte von 1,2 Mrd. DM ist bereits perfekt! Der Bundessicherheitsrat, in dem Ministeriumsvertreter für Verteidigung, Wirtschaft, Auswärtiges und der Bundeskanzler sitzen, hat bereits die nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz notwendige Genehmigung erteilt! (»Berliner Tagesspiegel«, 2.3.78). Neben diesen 6 U-Booten umfaßt das geplante Exportgeschäft u.a. 9 Fregatten Klasse 122, 19 Minenjagdboote, 18 Schnellboote, weitere 10 U-Boote Klasse 209 sowie den Aufbau einer kompletten Marineschule unter westdeutscher Anleitung. Einzelheiten werden von einer westdeutschen Delegation mit der Regierung in Teheran z.Z. ausgehandelt (»Frankfurter Rundschau«, 1.3.78).

Dieses Exportgeschäft sprengt - wenn es so zustande kommt - die bisherige Größenordnung westdeutschen Waffenhandels: Den offiziellen Zahlen der Bundesregierung zufolge beträgt der BRD- Waffenexport seit Jahren relativ konstant nur 0,3 - 0,4% des Gesamtexportes von mittlerweile rund 230 Mrd. DM (»Zeit«, 28.10.77) Demnach wäre das jetzt geplante Geschäft größer als alle in der Geschichte der BRD getätigten Waffenexporte zusammengenommen! Auch wenn diese Rechnung nicht ganz stimmt, weil die offiziellen Zahlen der Bundesregierung viel zu niedrig angesetzt sind, so kann doch festgestellt werden, daß der geplante Waffenexport eine neue Marke in der imperialistischen Einflußnahme der BRD darstellt.

Iran — mit westdeutschen Waffen zum Bollwerk gegen die Befreiungsbewegungen ausgebaut

Iran — mit westdeutschen Waffen zum Bollwerk gegen die Befreiungsbewegungen ausgebaut

Interessant ist vor allem die Auswirkung des Waffenexports auf die militärstrategische Bedeutung des Iran: Hier zeichnet sich nämlich immer deutlicher ab, daß die Imperialisten den Iran zum Bollwerk gegen Befreiungsbewegungen im Golfraum auszubauen bestrebt sind! *»Wir sehen es als unsere Pflicht, uns auf den Zugang zum Indischen Ozean vorzubereiten«* - so der persische Kaiser (»Spiegel«, 6.3.78) In der »Wehrtechnik« - dem Sprachrohr der westdeutschen Rüstungsindustrie - wird die politische Funktion des Iran wie folgt umrissen: *»Der Schah legte Präsident Carter im vergangenen Herbst in Washington Geheimdienstberichte vor, nach denen die Sowjets mit kubanischer und DDR-deutscher Hilfe große Waffen- und Ausrüstungslager anlegen - mit dem Ziel, dort eine militärische Intervention ,füttern' zu können. Froschmänner werden ausgebildet zum Einsatz von Schiffen und Hubschraubern aus, keineswegs in Küstennähe, sondern auch im offenen Meer; an die Versenkung von westlichen Tankern scheint gedacht, wobei beunruhigt: würde einer im Golf von Oman auf Grund geschickt, wäre der Tankerverkehr, der sich dort in 10- bis 15-minütigem- Abstand vollzieht, für Monate lahmgelegt - mit allen Folgen, die das für Westeuropas Energieversorgung, also Sicherheit, hätte? Auch die Ausbildung von Elitetruppen zur Zerstörung abgelegener Wüsten- Pipelines ist bekannt geworden.*

In solcher Lage beruhigt hier, daß der Iran mit Zustimmung der Saudis den gesamten Golfraum unter seine See- und Luftkontrolle genommen hat. Die Golfstaaten bahnen eine still schweigende Verteidigungsallianz an. Ein gemeinsames Marine- Kommando soll im Gespräch sein« (»Wehrtechnik«, 3/78).

»See- und Luftkontrolle« des »gesamten Golfraumes« durch ein »gemeinsames Marine Kommando« um »Westeurpoas Energieversorgung« zu sichern - diese Pläne sollte man im Kopf haben, wenn der BRD- Imperialismus die Flotte des Irans mit modernsten Seekriegswaffen ausrüsten und darüber hinaus sogar die personelle Ausbildung durch den Aufbau einer Marineschule übernehmen will! Diese Komplizenschaft hat Tradition: Schon seit Jahren werden persische See- Kadetten in 30- Monate- Lehrgängen bei der Bundeswehr geschult! (»Berliner Tagesspiegel«, 2.3.78). Bei den z.Zt. laufenden Verhandlungen in Teheran ist bezeichnenderweise bereits der Ausbildungsreferent im Führungsstab der westdeutschen Marine, Kapitän zur See, Werner, mit von der Partie! (»Frankfurter Rundschau«, 1.3.78).

Beschränkung des Waffen-Exportes — eine Farce!

Jeder Export von westdeutschem Kriegsmaterial muß nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz von dem dafür zuständigen Bundessicherheitsrat genehmigt werden. Offizielles Kriterium für dieses Gremium ist ein Kabinettsbeschluß aus dem Jahre 1971, der u.a. Waffenexporte außerhalb der NATO und insbesondere in »Spannungsgebiete« untersagt.

Diesem Kabinettsbeschluß entsprechend war vor 4 Jahren noch beispielsweise der Export des Kampfpanzers »Leopard I« in den Iran abgelehnt worden, da dieser zu den »Spannungsgebieten« gezählt wurde (»Spiegel«, 6.3.78). Permanenter Druck seitens der Opposition, der Rüstungsindustrie und ihrer Wasserträger unter den SPD- Betriebsräten gegen diese Exportbeschränkungen, haben eine Situation geschaffen, in der die Bundesregierung glaubt, nun offen gegen diesen Kabinettsbeschluß verstoßen zu können: Urplötzlich ist der Iran kein »Spannungsgebiet« mehr, obwohl der Schah unverhohlen seine Großmachtpläne zum Besten gibt und seine faschistische Herrschaft nach innen nur durch blutigen Terror aufrechterhalten kann! (siehe AK 124) Und dieser Fall ist keine Ausnahme! So wurden alleine im letzten Jahr vom Sicherheitsrat in aller Stille u.a. folgende Exportanträge genehmigt:
- 2 U- Boote nach Indonesien;
- 4 Schnellboote ins Scheichtum Abu Dhabi und nach Ghana;

So wurden alleine im letzten Jahr vom Sicherheitsrat in aller Stille u.a. folgende Exportanträge genehmigt:
- 2 U- Boote nach Indonesien;
- 4 Schnellboote ins Scheichtum Abu Dhabi und nach Ghana;
- 3 Schnellboote nach Nigeria; und
- 2 Landungsschiffe und 1 Fregatte ebenfalls nach Nigeria!

Ein U- Boot- Geschäft mit der faschistischen Regierung Argentiniens sicherte die Bundesregierung sogar mit einer 340 Mio- DM- Bürgschaft ab! Mit Ausnahme Chiles hat die BRD in den letzten Jahren praktisch alle reaktionären Marionettenregierungen in Lateinamerika mit Seekriegswaffen versorgt! (»Spiegel«, 6.3.78). (Eine ausführliche Aufstellung aller Seekriegswaffen- Exporte der BRD seit deren Bestehen sowie die Abnehmerländer sind nebenstehender Statistik zu entnehmen).

Trotz dieser Fakten entblödet die Bundesregierung sich nicht, offiziell ihr Festhalten am Kabinettsbeschluß von 1971 zu behaupten - so zuletzt auf der SPD- Fraktionssitzung am 14.3.78 geschehen!

Die Tricks der Kriegstreiber

Neben den offenen und damit genehmigungspflichtigen Waffenexporten gibt es noch eine Reihe weiterer mehr oder weniger verschleierter Formen des Waffenhandels:

Besonders beliebt ist dabei die gemeinsame Waffenproduktion mit einem anderen Land, in dem keine Exportbeschränkungen bestehen, so daß der Verkauf offiziell über dieses Land läuft, während der Profit geteilt wird. So erhielt beispielsweise die brasilianische Militärregierung im August '77 die ersten in deutsch- französischer Kooperation hergestellten »Roland«- Flugabwehrraketen, montiert auf rein westdeutschen »Marder«- Fahrgestellen (»Spiegel«, 6.3.78).

Nicht minder beliebt ist der Export ganzer Waffenproduktionsanlagen: So errichtet die westdeutsche Firma Heckler und Koch eine komplette Waffenfabrik auf dem Peleponnes in Griechenland, wo u.a. Schnellfeuergewehre hergestellt werden sollen (»Spiegel«, 5/78). Meldungen der brasilianischen Zeitung »Ultima Hora« zufolge, sollen sogar in Brasilien westdeutsche »Leopard«- und »Marder«- Panzer hergestellt werden (»tat«, 4.2.77). Fest steht beispielsweise, daß der in Italien in Lizenzbau hergestellte »Leopard II-« Panzer u.a. weiter in den Export geht (»Frankfurter Rundschau«, 3.4.76). Und in Indonesien wird schon seit Jahren der Hubschrauber BO - 105 in einer von MBB aufgestellten Montagefabrik produziert (»Zeit«, 7.5.71).

Im Rahmen der NATO- Militärhilfe kommt es ebenfalls zu umfangreichen Waffenlieferungen der BRD. So bekam alleine Griechenland aus Überbeständen der Bundeswehr Waffen im Werte von ca. 100 Mio. DM (»ami«, 8.9.76).

Weiterhin vergibt die BRD offiziell Ausrüstungs-, Polizei- und Militärhilfe an rund 20 Staaten der »3. Welt«. (»Süddeutsche Zeitung«, 9.3.76). Im Rahmen dieser »Hilfe« hat die BRD teilweise den gesamten Aufbau des Polizeiapparates dieser Länder übernommen!

Nicht zu vergessen sind schließlich die illegalen Waffengeschäfte: So hatte beispielsweise Gerhard Mertins (Chef der Bonner Exportfirma »Merex« und Daimler- Benz- Vertreter in Saudi- Arabien) in den Jahren 1965-1967 Waffen im Werte von 95 Mio. DM nach Pakistan, Indien und Saudi- Arabien verschoben! Die vom Bonner Landgericht erhobene Klage, *»er habe gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen, das Waffenlieferungen in Krisengebiete untersagt«*, endete mit Freispruch (!), da sich im Prozeß herausstellte, daß diese Geschäfte vom damaligen Bundeskanzler Erhard und dem Ex-BND-Chef Gehlen gebilligt waren! (»PDI-Hintergrunddienst«, 15.10.77).

Diese Beispiele geben nur einen sehr kleinen Ausschnitt der gesamten westdeutschen Waffengeschäfte wieder.

Eindeutig festzustellen ist, daß die BRD wieder zu einem der größten Waffenlieferanten der Welt aufgestiegen ist!

Festzuhalten ist weiterhin, daß westdeutsche Waffen nicht hin und wieder mal, sozusagen aus Versehen, in dieses oder jenes »Spannungsgebiet« geraten sind, sondern daß die betreffenden Länder eindeutig zu den Hauptabnehmern westdeutscher Rüstungskonzerne gehören!

Festzustellen ist schließlich, daß diese Waffengeschäfte von der Bundesregierung nicht nur geduldet und durch Schweigen gedeckt, sondern immer wieder auch noch durch Bürgschaften etc. gefördert werden! Das Geschäft mit dem Krieg im Dienste des Imperialismus muß von den Antiimperialisten in der BRD wesentlich mehr als bisher an die Öffentlichkeit gebracht und bekämpft werden! Dabei gilt es insbesondere, linke Sozialdemokraten an ihrem fortschrittlichen Anspruch zu packen und zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen!

Die Zeit drängt, denn neben dem Iran-Geschäft planen die BRD-Imperialisten bereits weitere Waffenlieferungen großen Ausmaßes:
- **Fregatten an Argentinien,**
- **17 Schnellboote an Australien,**
- **zahlreiche Erdkampfflugzeuge vom Typ „Alpha Jet" an Ägypten etc. pp. („Spiegel", 6.3.78)**

Schluß mit der Kriegstreiberei! Solidarität mit den unterdrückten Völkern!

Antimilitarismus-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Kriegsschiffexporte deutscher Werften seit 1954

Unterseeboote

Baujahr	Anzahl	Klasse	Bauwerft	Deplacement t	Geschwindigkeit kn	Bewaffnung
Argentinien						
72/74	1	SALTA	HDW, Kiel	1100 ↑	21 ↓	8TR
78	1	KA*	TNSW, Emden	1400 ↑	KA	KA
Kolumbien						
74/76	2	TAYRONA	HDW, Kiel	1100 ↑	21 ↓	8TR
Ecuador						
75/77	2	HUANCAVECA	HDW, Kiel	1300 ↑	21 ↓	8TR
Griechenland						
70/72	4	GLAVKOS	HDW, Kiel	1000 ↑	21 ↓	8TR
75/76	4	U-209	HDW, Kiel	1100 ↑	21 ↓	8TR
Norwegen						
63/67	15	KOBBEN	TNSW, Emden	370 ↑	17 ↓	8TR
Peru						
74/78	2 + 4	ARICA	HDW, Kiel	1100 ↑	21 ↓	8TR
Indonesien						
77/78	2	U-209	HDW, Kiel	1300 ↑	21 ↓	8TR
Türkei						
74/77	2 + 2	SALDILAY	HDW, Kiel	1100 ↑	21 ↓	8TR
Venezuela						
75/77	2	SABALO	HDW, Kiel	1300 ↑	21 ↓	8TR

Schnellboote und Patrouillenboote

Baujahr	Anzahl	Klasse	Bauwerft	Deplacement t	Geschwindigkeit kn	Bewaffnung
Indonesien						
77/78	2	U-209	HDW, Kiel	1300 ↑	21 ↓	8TR
Türkei						
74/77	2 + 2	SALDILAY	HDW, Kiel	1100 ↑	21 ↓	8TR
Venezuela						
75/77	2	SABALO	HDW, Kiel	1300 ↑	21 ↓	8TR

Schnellboote und Patrouillenboote

Baujahr	Anzahl	Typ	Klasse	Bauwerft	Deplacement t	Geschwindigkeit kn	Bewaffnung
Abu Dhabi							
77/	4	Schnellboot	JAGUAR II	Fr. Lürssen Werft	254	40	KA
Argentinien							
73/75	2	Schnellboot	INTREPIDA (JAGUAR II)	Fr. Lürssen Werft	265	38	1-76, 2-40, 2 TR 53,3
Belgien							
53/56	6	Patrouillenboot	LIBERATION	Hitzler, Regensburg	28	20	2-MG
Kolumbien							
64/66	3	Patrouillenboot	CARLO E. RESTREPOS	Schürenstedt, Bardenfleth	85	26	1-20
55	1	Patrouillenboot	GENERAL VASQUEZ COBO	Fr. Lürssen Werft	150	22	2-40, 2-WaboW
Ecuador							
54	6	Patrouillenboot	LP 1 - 6	Schürenstedt, Bardenfleth	64	20	Keine
70/72	3	Schnellboot	MANTA	Fr. Lürssen Werft	132	35	1-40, 2-TR 53,3
74/77	3	Schnellboot	QUITO	Fr. Lürssen Werft	254	40	4-MM 38, 1-76, 1-2/35
Ghana							
76/78	2	Schnellboot	JAGUAR II, FPB 45	Fr. Lürssen Werft	254	40	2-76, weiteres?
78/78	2	Schnellboot	JAGUAR III, PB 57	Fr. Lürssen Werft	410	36,5	2-76, weiteres?
75/76	2	Patrouillenboot	SAHENE	Ruthof, Mainz	160	KA	2-40
Indonesien							
58/60	8	Schnellboot	ANOA	Fr. Lürssen Werft	170	40	2-40, 4-TR 53,3
Iran							
69/71	3	Fischereischutzboot	ZOHREB	A & R, Lemwerder	70	27	Keine
Israel							
57	1	Zollkreuzer	YARDEN	Burmester, Bremen	109	22	2-20
Nigeria							
73/74	2	Fischereischutzboot	YOLA	A & R, Lemwerder	90	20	Keine
77/	3	Schnellboot	JAGUAR III	Fr. Lürssen Werft	410	36,5	KA
Saudiarabien							
69/70	3	Schnellboot	ADAMMAN	Fr. Lürssen Werft	170	41	2-40, 4-TR 53,3
Schweden							
52/57	11	Schnellboot	PLEJAD	Fr. Lürssen Werft	170	38	2-40, 6-TR 53,3, Minen
Singapur							
72/74	2	Schnellboot	SEA WOLF (JAGUAR II)	Fr. Lürssen Werft	270	40	5-Gabriel, 1-57, 1-40
Spanien							
73/75	1	Patrouillenboot	BARCELO	Fr. Lürssen Werft	150	36	1-40, 1-20, 2 MG
74/76	1	Schnellboot	LAZAGA (JAGUAR III)	Fr. Lürssen Werft	400	29,5	1-76, 1-40, 2-20, 6 UTR 32,4, 2 WaboW
Südafrika							
61/63	2	Patrouillenboot	P 1551/52	Krögerwerft, Rendsburg	82	30	Keine
Türkei							
60/62	10	Polizeiboot	J 12 - 21	Schweers, Bardenfleth	70	29	1-40, 1-20
65/69	9	Schnellboot	KARTAL	Fr. Lürssen Werft	190	42	4 Penguin 2-40, 4 TR 53,3, Minen
75/70	1	Schnellboot	DOGAN (Jaguar III)	Fr. Lürssen Werft	410	36,5	8 Harpoon, 1-76, 1-2/35/90
76/78	1	Schnellboot	SAR 33	A & R, Lemwerder	190	40	4 Penguin 2-40
Uruguay							
57/58	1	Patrouillenboot	PR 11	Fr. Lürssen Werft	70	25	1-20

Sonstige Kriegsschiffe

Baujahr	Anzahl	Typ	Klasse	Bauwerft	Deplacement t	Geschwindigkeit kn	Bewaffnung
Brasilien							
69/75	6	Minensuchboot	ARATU	A & R, Lemwerder	280	24	1-40
Griechenland							
59/60	1	Netzleger	THETIS	Krögerwerft, Rendsburg	680	12	1-40, 4-20
Indonesien							
54/57	5	Minensuchboot	PULAU RENGAT	A & R Lemwerder	140	24	1-40, 2-20
Portugal							
69/76	3	Korvette	JOAO COUTINHO	Blohm + Voss	1 365	23	2-76, 2-40, 2 WaboW, 1 Wabo Ger, 1HC
Türkei							
60/61	1	Netzleger	AG 6	Krögerwerft, Rendsburg	680	12	1-40, 4-20
Nigeria							
77	1	Fregatte	MEKO 300	Blohm + Voss	KA	KA	KA
	2	Landungsschiffe	Ro-Ro 1300	HDW, Kiel	KA	KA	KA

Außer diesen aufgelisteten Kriegsschiffen wurden zahlreiche Hilfsschiffe für Marinezwecke gebaut und exportiert, wie Schlepper, Tanker, Versorger, Segelschulschiffe, Forschungsschiffe, Vermessungsschiffe, Bojenleger usw.

* KA = Keine Angaben

Diese Liste aus der Zeitung „Wehrtechnik" (2/78) gibt einen Überblick über das Ausmaß des Kriegsschiffexportes. Dabei sind die zahlreichen „Hilfsschiffe" für Marinezwecke noch nicht einmal mit eingerechnet. Deutlich wird vor allem, daß der BRD-Imperialismus sich nicht nur nicht an seine eigenen Versprechungen, keine Waffen in „Spannungsgebiete" zu liefern, gehalten hat, sondern im Gegenteil: Der BRD-Imperialismus mischt gerade in „Spannungsgebieten" tatkräftig mit!

Volkshochschulmitarbeiter suspendiert ... und wieder eingestellt!

Bremen. Am 3. März suspendierte der Senator für Wissenschaft und Kunst, Horst-Werner Franke, zwei Sozialpädagogen der VHS mit sofortiger Wirkung vom Dienst. Begründung: In Collagen, die arbeitslose Jugendliche auf einer Bildungswoche angefertigt hatten, sei *„das Andenken Verstorbener verunglimpft"* worden. Den Sozialpädagogen wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, nicht unverzüglich pädagogisch eingegriffen und damit die „Schwierigkeiten ... vergrößert" zu haben.

Für die inkriminierten Collagen hatten die Jugendlichen u.a. auch Bilder von Buback und Schleyer verwendet. Nach der Bildungswoche waren sie in dem Aufenthaltsraum der Jugendlichen in der Weserburg ausgehängt worden. Daraufhin erhielt Senator Franke aus Kreisen der VHS einen Hinweis und die Angelegenheit nahm ihren gewohnten Gang:

1.3.: Beschlagnahmung der Collagen durch die Staatsanwaltschaft.

3.3.: Suspendierung der beiden Sozialpädagogen o h n e vorherige Anhörung.

4.3.: Öffentliche Brandmarkung der beiden Betroffenen in den beiden Bremer Tageszeitungen „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten". Die suspendierten VHS-Mitarbeiter nehmen in einer Erklärung zu ihrem Fall Stellung. Darin heißt es u.a.: *„Die beschlagnahmten Collagen ... sind Teil eines nicht-reglementierten Selbstdarstellungs- und Mitteilungsvorganges der Jugendlichen ... Die Intervention der Polizei hat sowohl den Jugendlichen als auch den Sozialpädagogen die Gelegenheit genommen, am konkreten Gegenstand die Diskussion aufzunehmen bzw. fortzusetzen ...*

- Die Beschlagnahme sowie die unverzügliche Suspendierung der sozialpädagogischen Gesprächspartner legen ... den Verdacht nahe, daß die Interessen der Jugendlichen nicht von ihnen selbst, sondern administrativ durch den Senator festgelegt wurden und bereits vorher durch Polizeieinsatz wahrgenommen wurden. In dieser Verhaltensweise, die sich den Vorwurf gefallen lassen muß, ein Schritt hin zu einer Art ‚Polizeipädagogik' zu sein, liegt unseres Erachtens die wirkliche Bedrohung der Jugendlichen .."

6.3.: Die überwältigende Mehrheit der VHS-Mitarbeiter beschließt einen „Offenen Brief" an den Senator, in dem die sofortige Aufhebung der Suspendierung gefordert wird und die Vorwürfe Frankes zurückgewiesen werden. Die betroffenen Jugendlichen verfassen eine Protestresolution.

7.3.: Die CDU benutzt den Konflikt, um die g e s a m t e VHS in die Schußlinie einer reaktionären Kampagne zu bringen: „*...Nach Ansicht des Hochschulsprechers der CDU, Dr. Bert Schulte zu Berge, habe die Suspendierung der beiden Sozialarbeiter deutlich gemacht, wie sehr sich der Konflikt in der Bremer VHS um die Tätigkeit verfassungsfeindlicher Dozenten bereits zugespitzt habe .. Sollten die von der CDU aufgeworfenen Fragen nicht zufriedenstellend beantwortete werden, fordert die CDU für diesen Fall die sofortige Abberufung von Karlheinz Schlosser* (VHS-Leiter; Anm. AK) *und eine ‚gründliche Überprüfung' der Dozentenschaft"* („BN" 7.3.).

15.3.: Lt. „Weser-Kurier" hat Senator Franke die Suspendierungen nun zwar aufgehoben, bleibt aber dabei, *„daß den beiden VHS-Mitarbeitern pädagogische Fehler unterlaufen seien."* Aus *„dem ‚ärgerlichen Vorfall' müßten alle Beteiligten ihre Lehren ziehen."*

In einem Brief an die VHS ordnete Franke dann Verhaltensmaßregeln für die Zukunft an, die eindeutig auf eine Beschneidung der Eigenständigkeit hinauslaufen.

Dieser neue Fall politischer Disziplinierung muß in direktem Zusammenhang mit den Ereignissen in Bremen seit Ende letzten Jahres gesehen werden: Damals hatte der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bremer Bürgerschaft, Bernd Neumann, im Zuge einer von ihm angeleierten Hetzkampagne gegen eine Lehrerin, die Fried-Gedichte im Unterricht besprochen hatte, quasi zur Verbrennung dieser Texte aufgerufen. Bei den darauffolgenden öffentlichen Auseinandersetzungen hatte CDU-Hochschulsprecher Schulte zu Berge auch die VHS mit ins Gespräch gebracht. In der Bürgerschaftsdebatte vom 9.12.77 beschwerte er sich über die politische Linie der VHS-Dozenten, warf ihnen fachliche Inkompetenz vor und forderte schließlich Säuberungen.

Es ist davon auszugehen, daß sich diese Kampagne trotz der Zurücknahme der Suspendierungen der beiden Sozialpädagogen in Zukunft noch verschärfen wird. Trotzdem ist dies ein schöner Erfolg für das geschlossenen Auftreten von Kollegen und Jugendlichen, der auch auf die große Öffentlichkeit zurückzuführen ist, die von den Kollegen angesprochen wurde.

ÖTV-Zelle,
KB/Gruppe Bremen



DKP-Funktionäre als Zeugen geladen

Seit dem Frühsommer 77 läuft gegen den Hamburger Lehrer Hans-Peter de Lorent ein Berufsverbotsverfahren. Vorgeworfen wird ihm Mitgliedschaft im MSB Spartakus, DKP und im Referendarvorstand. In einem Gespräch mit Schulsenator Apel gab de Lorent seine Mitgliedschaft in der DKP offen zu. Trotzdem gelangte Apel zu der Auffassung, daß es an de Lorents Verfassungstreue keine Zweifel gebe. Der Beamtenernennungsausschuß lehnte trotzdem seine Ernennung zum Beamten ab. Hiergegen klagte de Lorent vor dem Verwaltungsgericht in Hamburg. In der dritten Verhandlung am 16.2.78 hatte sich die Behörde nun einige Besonderheiten ausgedacht, die das Gericht entgültig von der Verfassungsfeindlichkeit des Klägers überzeugen sollten. Die Behörde machte de Lorent zum Vorwurf, daß er im Röderberg-Verlag eine Schrift mit dem Titel „Bin ich ein Verfassungsfeind" herausgegeben habe und damit öffentlich politische Agitation betreibe. Die Richter, die die Schrift alle studiert hatten, stellten einige Interpretationsfragen, konnten jedoch nichts Belastendes daran finden.

Im zweiten Teil der Verhandlung wollte die Behörde de Lorents besondere Gefährlichkeit belegen, indem

Psychologen untersuchen Auswirkungen

Die „Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie" will die psychoso-

Bei einer Befragung der gewerkschaftlich organisierten Wissenschaft-

sungsfeind" herausgegeben habe und damit öffentlich politische Agitation betreibe. Die Richter, die die Schrift alle studiert hatten, stellten einige Interpretationsfragen, konnten jedoch nichts Belastendes daran finden.
Im zweiten Teil der Verhandlung wollte die Behörde de Lorents besondere Gefährlichkeit belegen, indem
sie versuchte, ihm Funktionärstätigkeiten im Kreisvorstand der DKP Altona sowie als Delegierter in der Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP nachzuweisen. Hierzu hatte sie als Zeugen den Kreisvorsitzenden der DKP Altona, seinen Stellvertreter und als „sachverständigen Zeugen" den Oberregierungsrat Harro Heger aus der Behörde für Inneres benannt.

Die geladenen DKP-Funktionäre verweigerten die Aussage mit dem Hinweis, die geforderte Befragung verletze Parteiinterna und verstoße außerdem gegen das grundgesetzlich garantierte Parteienprivileg. Sie erklärten, daß sie als Gegner der Berufsverbote nicht gegen Opfer der Berufsverbotepraxis aussagen würden. Erich Röhlek, selbst Opfer staatlicher Repressionsmaßnahmen, sagte zum Abschluß: *„Es ist eine unabdingbare Tradition in der Arbeiterbewegung, die auch der Behörde bekannt ist, daß Kommunisten gegen Kommunisten keine Aussagen machen."*

Das Gericht sah sich nicht in der Lage, ad hoc über das Zeugnisverweigerungsrecht zu entscheiden, da hier unterschiedliche Rechtsauffassungen darüber bestehen, ob dies durch einfachen Beschluß oder durch Zwischenurteil zu geschehen habe. Der Oberregierungsrat aus der Behörde
keine Aussagen machen."
Das Gericht sah sich nicht in der Lage, ad hoc über das Zeugnisverweigerungsrecht zu entscheiden, da hier unterschiedliche Rechtsauffassungen darüber bestehen, ob dies durch einfachen Beschluß oder durch Zwischenurteil zu geschehen habe. Der Oberregierungsrat aus der Behörde
für Inneres kam an diesem Verhandlungstag erst gar nicht mehr zu Worte, da die Behörde auf die Vernehmung der DKP'ler verzichtete und beantragte, ihre Belastungszeugen zurückzuziehen.

Bevor die vierte Verhandlung stattfindet, muß das Gericht klären, ob die Zurückziehung der Zeugen möglich ist, da hiermit gleichzeitig die von der Behörde vorgebrachten Vorwürfe zurückgezogen werden müßten.

Außerdem muß das Gericht eine Entscheidung über das Zeugnisverweigerungsrecht der Zeugen fällen.

Insgesamt ist die Position der Behörde bei der Zurückziehung der Belastungszeugen oder auch bei positiver Entscheidung des Zeugnisverweigerungsrechts ziemlich schlecht. Es ist damit zu rechnen, daß Hans-Peter de Lorent in der 1. Instanz Recht bekommt. Hiermit wäre zumindest seine Weiterbeschäftigung als Angestellter gesichert, da der Einigungsausschuß seiner Weiterbeschäftigung bei einer positiven Gerichtsentscheidung in der 1. Instanz zustimmen will. Die Behörde dürfte sich damit jedoch nicht zufrieden geben und wahrscheinlich das Verfahren in der 2. Instanz weiterführen.

Berufsverbote-Kommission
gung bei einer positiven Gerichtsentscheidung in der 1. Instanz zustimmen will. Die Behörde dürfte sich damit jedoch nicht zufrieden geben und wahrscheinlich das Verfahren in der 2. Instanz weiterführen.
Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Psychologen untersuchen Auswirkungen

Die „Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie" will die psychoso-zialen Auswirkungen von Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbotepraxis in der BRD untersuchen. Die Gesellschaft sammelt zur Zeit Material über Berufsverbote in den eigenen Reihen (bei 80 % der Diplom-Psychologen ist der Staat Arbeitgeber) und über das Verhalten (noch) Nicht-Betroffener (nach „Vorwärts", 2.3.78).

„Die Psychologen sehen bereits Auswirkungen in der eigenen Arbeit: Berufsverbote betreffen auch den Bereich der psychosozialen Versorgung, indem sie ein allgemeines Klima der Einschüchterung und des Mißtrauens erzeugen, von denen auch das Verhältnis zu den Klienten nicht ausgenommen bleibt ...

Offensichtlich sind weiterhin die Auswirkungen der Berufsverbote auf die Freiheit von Forschung und Lehre" (ebenda).

Bei einer Befragung der gewerkschaftlich organisierten Wissenschaft-lern der Universität und der Pädagogoschen Hochschule Münster zeigte sich, daß fast alle Befragten Angst vor politischer Repression haben und von Verunsicherung bei Studenten und Dozenten berichteten:

„Fast zwei Drittel der Befragten hatten deutlich abnehmende Bereitschaft der Studenten beobachtet, in Seminaren über politische Fragen zu diskutieren, die nicht unmittelbar mit dem Thema zusammenhängen. Zwei Drittel hatten zumindestens von Gerüchten gehört, wonach politische Äußerungen gewisser Studenten und Dozenten protokolliert werden, ein Drittel glaubte sogar, konkrete Hinweise auf Denuziationen zu haben" (ebenda).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU sanktioniert Ausbildungsverbot

Die CDU-regierten Bundesländer wenden sich inzwischen offen gegen den im Berufsverboteurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.75 enthaltenen Passus, nach dem der für die Beendigung der Ausbildung (bei Lehrern und Juristen) notwendige Zugang zum Vorbereitungsdienst nicht verwehrt werden darf. In der Praxis wurde dieser Passus sowieso schon von den meisten westdeutschen Gerichten nicht beachtet. Sogar das BVG selbst setzte sich mit seinem Urteil gegen die Übernahme des Juristen Michael Empell (s. AK 117) in den Vorbereitungsdienst über sein eigenes Grundsatzurteil hinweg. Weshalb sollten sich dann die Behörden noch daran halten?

Im Zusammenhang mit einem Tübinger Berufsverbotefall heißt es in einem Schreiben des Stuttgarter Kultusministeriums folgerichtig, daß die Zulassung des Betreffenden noch aufgrund der Praxis erfolgt sei, die sich am BVG-Urteil vom 22.5.75 orientiert habe. Entgegen diesem BVG-Urteil sei jedoch inzwischen *„nach eingehender Erörterung auch mit den anderen CDU-Ländern durch Kabinettsbeschluß festgelegt, daß der Vorbereitungsdienst für Lehrberufe keine Sonderbehandlung mehr erfordert"*. Damit ist für die Zukunft in den CDU-Ländern ein offener Rechtsbruch sanktioniert. Wann zieht die SPD nach?

KURZMELDUNGEN

Speyer: Mit prominenter Beteiligung fand kürzlich in Speyer eine Veranstaltung gegen die Berufsverbote statt. Anlaß zu dieser Veranstaltung war die Überprüfung durch den VS von 700 Unterzeichnern einer Solidaritätserklärung mit der vom Berufsverbot betroffenen Lehrerin Uta B.

Auf der Veranstaltung, an der laut „UZ" ca. 350 Menschen teilnahmen, sprachen u.a. der stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende Otmar Schreiner, der Hamburger Verfassungsrechtler Norman Paech (SPD) und die Jugendbildungssekretärin des DGB Rheinland-Pfalz. Letztere erklärte: *„Die Berufsverbote und ‚schwarzen Listen' für Gewerkschafter stehen in unmittelbarer Nähe"*. Es bleibt abzuwarten, ob sie wegen dieser Äußerung nicht Schwierigkeiten mit dem DGB-Vorstand bekommt.

Stuttgart: Wegen ihrer Kandidatur für die DKP bei Kommunalwahlen soll die Lehramtskandidatin Heidi K. von der baden-württembergischen Landesregierung Ausbildungs- und Berufsverbot erhalten. Heidi K. hatte kürzlich die 1. Lehramtsprüfung abgeschlossen und wollte danach für die Realschullehrerprüfung weiterstudieren. In diesem Zusammenhang wurde ihr bei der „Anhörung" eröffnet, daß sie nur dann weiterstudieren könne, wenn sie sich von der DKP distanziere.



Hamburg: Der Maschinenbauingenieur und technische Bundesbahnoberinspektor Hans-Dietrich S. wurde mit Wirkung vom 1.März 1978 zum Beamten auf Lebenszeit ernannt. Gegen S. lief seit April 1975 ein Berufsverboteverfahren wegen vermuteter DKP-Mitgliedschaft. S. mußte sich in vier „Anhörungsverfahren" zu diesem „Vorwurf" äußern. Mit S. hatte sich u.a. die belgische Eisenbahnergewerkschaft solidarisiert.

Freiburg. Ca. 3.000 Demokraten unterschrieben einen Aufruf gegen das Ausbildungsverbot für den Studenten Günter R. an der katholischen Fachhochschule Freiburg (Günter R. war vor einigen Wochen von der Hochschule mit der Begründung relegiert worden, er habe MSB-Flugblätter verteilt.). Auf einer Vollversammlung der Fachhochschule beschlossen die

Köln: Die Landesschülervertretung von Nordrhein-Westfalen hat sich auf einer Delegiertenkonferenz mit den Opfern der Berufsverbote solidarisiert.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 39

Studenten, am ersten Studientag im Sommersemester über einen Streik gegen die Ordnungsrechtspolitik an der KFH zu beraten.

Hannover. Das Verwaltungsgericht Hannover hat jetzt entschieden, daß der Verfassungsschutz einen 1975 angelegten Vermerk über die Anmelderin einer öffentlichen Veranstaltung von „amnesty international" vernichten muß. Der Vermerk war damals mit der Begründung angelegt worden, die Anmelderin sei *„in staatsabträglicher Weise in Erscheinung getreten"!!!* Später weigerte sich der VS, die Akte zu vernichten. „Begründung": Der Vorgang habe sich durch zahlreiche Veröffentlichungen zu einem „Fall der Zeitgeschichte" entwickelt – nun brauche man den Vermerk zu „Dokumentationszwecken". Offensichtlich ist den VS-Schnüfflern kein Spruch dumm genug.

Bayern. Wegen „ungerechtfertigter Diffamierung" sollen nach Ansicht der „Jungen Union" Unterfranken diejenigen bestraft werden, die für Berufsverbote so „sachfremde Ausdrücke wie ‚Berufsverbot' " brauchen.
Brav die Lektion gelernt!

Düsseldorf. Auf eine parlamentarische Anfrage hin führte die NRW-Landesregierung aus, daß sie *„keine Veranlassung"* sähe, Personen zu überprüfen, die sich für die Einstellung eines Bewerbers in den öffentlichen Dienst einsetzen, *„gegen den staatlicherseits Zweifel an der Verfassungstreue gemacht worden sind"* („FR", 10.3.78). Die Landesregierung will sich mit dieser Stellungnahme gegenüber der rheinland-pfälzischen Regierung profilieren, die bekanntlich 700 Speyerer Bürger durch den VS überprüfen ließ. Ob sich der VS dieses Versprechen der NRW-Regierung zu eigen machen wird, darf allerdings getrost bezweifelt werden.

Westberlin. 68 Berufsverbote-Opfer haben einen „Offenen Brief" an den Regierenden Bürgermeister Stobbe geschrieben, in dem sie ihn aufforderten, die *„Warnung vor der Zerstörung der Demokratie durch die politischen Überprüfungen"* sehr ernst zu nehmen. Stobbe solle daher die Berufsverbotepolitik sofort beenden. Die Initiative, zu diesem Brief geht wohl von SEW-nahen Kreisen aus und wird bisher von 2091 Unterzeichnern unterstützt.

Unter den Unterzeichnern des „Offenen Briefes" befinden sich zahlreiche Persönlichkeiten wie Böll, Grass, Ingeborg Drewitz, Enzensberger, Wallraff, Gollwitzer u.a.(„Tagesspiegel").

Westberlin: Auf Antrag des TU-Präsidenten Berger hat die Personalkommission die Entlassung von A. Mlynczak, einem wissenschaftlichen Assistenten, zum 31.3.78 ausgesprochen.

Als Begründung wurde angegeben leitende Mitgliedschaft im KBW, gegen A.M. eingeleitete oder schon abgeschlossene Strafverfahren um Vorfälle wie die Raumvergabeverfahren gegenüber dem KBW und ungebührliches Verhalten (!) gegenüber der Dienstaufsicht ...

Der Personalrat an der TU hat der Entlassung nicht zugestimmt. Außerdem haben sich Beschäftigte der TU und Studenten in Briefen gegen die Entlassung ausgesprochen („KVZ"-Extra, 20.2.).

Parteiausschluß bei der CDU

Im Ak Nr. 124 wurde berichtet, daß der CDU-Kreisvorsitzende des Kreises Pinneberg Rittscher fordert, daß 27 Lehrer und Erzieher Berufsverbot bekommen sollen. Anlaß ist eine Unterschriftensammlung gegen Berufsverbote, an der sich die Betroffenen beteiligt haben.

Mit einer erneuten Unterschriftensammlung haben bereits über 300 Bürger gegen diesen Vorstoß Rittschers ihren Protest geäußert. Was im „Pinneberger Tageblatt" jetzt erneut für Schlagzeilen sorgte, war die nicht alltägliche Tatsache, daß Regine Kitzerow, Listenkandidatin der CDU für die Gemeindevertretung in Hetlingen, auf dieser Liste erschien – mit dem Zusatz „CDU-Mitglied".

Prompt wurden mit sofortiger Wirkung alle Mitgliedsrechte und -pflichten der Hausfrau aufgehoben, ein Parteiausschlußverfahren ist eingeleitet. In der Begründung wird hervorgehoben, sie habe sich *„im Verein mit Kommunisten, Sozialisten, Liberalen (!!) und anderen"* an der Unterschriftenliste beteiligt (nach „PT", 11.3.78)!

KB/Gruppe Pinneberg



Der Rechts-Staat muss Heil bleiben!

„Im übrigen waren bei der Urteilsfindung auch generalpräventive Gesichtspunkte zu berücksichtigen, da an einigen Universitäten in den letzten Jahren die Rechtstreue empfindlich gelitten hat."
Zitat aus einem Urteil gegen eine angeklagte Studentin (9 Monate auf 2 Jahre Bewährung)

Prozeß gegen 3 Tegeler Dachbesteiger

Am Sonntag, dem 1. Mai 77 stiegen drei Gefangene der JVA Tegel aufs Dach. Sie kündigten an, nur lebend wieder herunterkommen zu wollen, wenn folgende vier Forderungen erfüllt werden:

1. Die Gefangenen Uwe Drowski, Hans Sonntag und Karl-Heinz Neuendorf, die wegen Herstellung und Verbreitung der illegalen Knastzeitung »Durchblick« in die Untersuchungshaftanstalt Moabit verschleppt worden waren, sollten zurückverlegt werden,
2. Ein umfangreicher Forderungskatalog, den die Dachbesteiger erarbeitet hatten, und der die Verwirklichung des seit dem 1.1.77 geltenden Strafvollzugsgesetzes — d.h. der für Gefangene Erleichterungen und mehr Rechte versprechenden Passagen — zum Inhalt hatte, sollten in den Massenmedien veöffentlicht werden,
3. Der sich liberal gebärdende Justizsenator Baumann sollte mit ihnen über ihren Forderungskatalog diskutieren,
4. Keiner von ihnen sollte wegen der Dachbesteigung gemaßregelt werden.

Die drei Gefangenen, die damals auf dem Dach standen, waren Bernd Brzozowski, Jürgen Ische und Gert Brall. Der Leiter des Hauses II der JVA Tegel — ein gewisser Herr Maier — gab sein Ehrenwort, Bernd Brzozowski dürfe nach einem Vermittlungsgespräch mit einem Rechtsanwalt wieder aufs Dach gehen. Er durfte nicht! Die anderen beiden wurden in einem Großeinsatz von Polizei und Feuerwehr vom Dach geholt.

Ende Februar wurden sie wegen der Dachbesteigung vor Gericht gestellt. Sie erläuterten dort, warum sie zu solch einem Mittel greifen mußten.

Jürgen Ische:

Der Auslöser war für ihn der »Selbst«-mord von Horst Rackow. Horst hatte fünf Jahre in U-Haft gesessen, davon 4 1/2 in strenger Einzelhaft. Als er körperlich und seelisch gebrochen war, zog er sich eine Plastiktüte über den Kopf, nachdem er in einem Brief seinen »Frei«-tod begründet hatte (es gibt darüber eine Dokumentation bei der AG SPAK, Friesengasse 13, 1 Berlin 61). Auf eine Strafanzeige wegen Mordes an Horst Rackow antwortete die Justizpressestelle zynisch, er habe sich die lange-U-Haft selbst zu verdanken, weil er alle Rechtsmittel ausgeschöpft habe!

Gert Brall:

Er hatte ein Jahr zuvor in einem westdeutschen Knast Messer und Gabel geschluckt — der Anstaltsleiter wollte keine Verantwortung für sein Leben übernehmen und Gert wurde nach Berlin geflogen. Er sah dort keinen Arzt. Als er daraufhin einen Teller zerschlug, wurde er verprügelt und in den Keller verschleppt. Nach v i e r Tagen wurde er operiert. Nach weiteren vier Tagen wurde er, weil er nach frischer Wäsche verlangt hatte, im Knastkrankenhaus erneut zusammengeschlagen.

Nach der Dachbesteigung wurde er dermaßen verprügelt, daß man ihn 2 Wochen verstecken mußte, damit keiner ihn sehen konnte. Die einzige ärztliche Behandlung bestand in kreislaufanregenden Spritzen. Dann bekam er zur Strafe 3 Wochen Bunker und 6 Wochen Isolation.

Bernd Brzozowski:

Er führte aus, daß entgegen dem Resozialisierungs»gedanken« des Strafvollzugsgesetzes der Gefangene keinerlei Rechte hat und nicht als Mensch behandelt wird. Er nannte zwei Beispiele: wie ein Gefangener, der fast tot war, durch Mund-zu-Mund-Beatmung von einem anderen Gefangenen zu retten versucht wurde und eine Sanitätsbeamter ihn wegstieß mit der Bemerkung, es solle ein Sauerstoffgerät kommen — es kam nach 10 Minuten, in denen nichts getan wurde, und es kam zu spät.

Ein anderer Gefangener wurde nur gefesselt zur Beerdigung seines Bruders gelassen, obwohl er laut Gesetz urlaubsfähig war. Nach einem Nerven zusammenbruch und Krankenhausaufenthalt, kam er in eine Einzelzelle, obwohl Mitgefangene bereit waren ihn aufzunehmen. Nach 14 Tagen hielt er es nicht mehr aus und steckte seine Zelle in Brand. Dafür bekam er 5 1/2 Monate Bunker!

Rasierklinge verschluckt

Inzwischen wurde bekannt, daß Gert, der den Antrag gestellt hatte, an einer therapeutischen Gruppe teilnehmen zu können, mit einem Beamten Ärger bekommen hat, weil dieser seinen Antrag verschlampt hatte. Als Gert sich darüber aufgeregt hatte, wurde über seinen Antrag gleich entschieden!! Daraufhin drohte er dem Beamten, ihn aufzumischen. Der tolle Beamte ließ sich nicht wieder blicken — statt dessen kamen 15 andere!

Am 3.3. schluckte Gert Brall eine zerbrochene Rasierklinge. Nach 6 Tagen »lebte« er immer noch mit den Splittern im Körper (nach Berichten der Knastgruppe Wedding, einer Presseerklärung des Rechtsanwalts Zeiger und der Presseerklärung der Dachbesteiger).

IKAH Hamburg

Zweierlei Maß

Anfang der zwanziger Jahre mußte Prinz Eitel-Friedrich von Hohenzollern vor den Schranken eines deutschen Gerichtes erscheinen. Der Sproß des letzten deutschen Kaisers hatte 300.000 Mark ins Ausland verschoben – die Monarchie war abgeschafft worden, und der deutsche Hochadel sah zu, wie er seine ergaunerten Millionen über den Winter retten konnte. Nun mußten kaiserliche Hoheit also vor Gericht erscheinen – und wenn ein Adliger (auch ein abgedankter) zu Gerichte geht, besser: schreitet, dann handelt es sich nicht um irgendeine Verhandlung, sondern schon eher um einen Staatsbesuch. Das Gericht war nicht direkt beflaggt, ansonsten war aber alles bestens für den hohen Besuch hergerichtet. Die Richter hatten sich am Verhandlungstage besonders fein hergerichtet und auch das letzte Fusselchen von der Robe gesammelt. Die Öffentlichkeit erschien an diesem Tage nicht auf der öffentlichen Gerichtsverhandlung. Man wollte unter sich bleiben und Majestät Peinlichkeiten ersparen, und hatte einfach keine Eintrittskarten verteilt. Der Angeklagte durfte neben seinen Verteidigern sitzen, und alles war in sehr aufgeräumter Feiertagsstimmung. Die Richter, die die Ehre hatten, mit Kaiserlicher Hoheit die gleiche Luft zu atmen, hatten dann auch einen besonders gütigen Tag und belegten Ihro Gnaden mit einer Buße von 5.000 Mark. Mit anderen Worten: Sie verstanden es, die Lücken des Gesetzes mit voller Wucht zur Geltung zu bringen. Nicht mal die Zinsen des Hohenzollernschen Vermögens wurden durch dieses Urteil angegriffen. Es ist zwar nicht überliefert, aber es ist anzunehmen, daß anschließend im Gerichtssaal gesammelt wurde, um kaiserliche Hoheit nicht mit Kleinigkeiten zu belästigen.

Damals wie heute wird in den Gerichtssälen der juristische Grundsatz „In dubio pro reo" (zu deutsch: im Zweifel für den Angeklagten) folgendermaßen übersetzt: Je höher das Einkommen und das Ansehen, umso größer die Zweifel. In dieser Frage sind sich die deutschen Gerichte durch Monarchie, Weimarer Republik und Faschismus hindurch bis heute treu geblieben: Maßstab für die Urteilsfindung ist der Kontoauszug des Angeklagten. Seit Eitel-Friedrich sind tausende von Urteilen in diesem Sinne gefällt worden. Einer dieser Eitel-Friedrichs ist Herr Dr. Harald Pieper, ehemaliger Senatsdirektor der Freien und Hansestadt Hamburg. Der hohe Herr, dem der gesamte Hamburger Strafvollzug einmal unterstand, und unter dessen Oberhoheit zahlreiche Strafgefangene in ihrer Verzweiflung Selbstmörd begangen haben, dieser Herr Pieper ist dadurch bekannt geworden, daß er in einer Oben-Ohne Bar im Hamburger Stadtteil Eppendorf den Barkeeper des Etablissements im besoffenen Zustand mit seiner Dienstpistole abknallen wollte. Es war zu Differenzen über die Rechnung gekommen, und Pieper wollte das gleich standrechtlich klären. Eine Ladehemmung rettete dem Gastronomen das Leben, und Pieper mußte vors Gericht. Sieht man sich das Urteil an, so muß bei der Verhandlung Kaiserwetter geherrscht haben, wie beim Hohenzollern-Prozeß: Das durch die Zweite Instanz gemilderte Urteil beläuft sich inzwischen auf neun Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung plus 4.500 Mark Geldstrafe. Pieper wurde nicht mit Schimpf und Schande aus seinem Amt gejagt, sondern befördert – in eine andere Behörde, wo er jetzt für „Sonderaufgaben" zuständig ist. Wer damit gerechnet hatte, daß dieser Mordversuch das Ende der Dienstfahrt des Herrn Pieper sein würde, und daß er seinen Strafvollzug mal in der Praxis kennenlernen würde, mußte sich über die Flexibilität der Gerichte und die Dehnbarkeit der bürgerlichen Gesetze eines Besseren belehren lassen. Und jetzt stelle man sich mal vor, ein arbeitsloser Klempner hätte auf den Barkeeper angelegt. Schrecklich, nicht wahr?!

Gegenwärtig läuft also Piepers Bewährungsfrist – und er ist kräftig dabei, sich zu bewähren. Einen Monat nach dem „Urteil" rammte Pieper mit seinem Mercedes ein parkendes Auto und versuchte abzuhauen. Beherzte Passanten setzten den wiederum besoffenen Pieper fest. Die Polizei kam und schickte ihn – nach Hause. Nett, nicht wahr? Pieper darf seinen Rausch zu Hause ausschlafen, ein normal Sterblicher wäre in einer Ausnüchterungszelle traktiert worden. Wie geht es nun wohl weiter mit Pieper? Sicherlich wird man ihm weiterhin Rosen auf den Weg streuen, sicher wird er auch weiter seinen Sonderaufgaben nachgehen dürfen. Da werden die Richter ihrem Kollegen Pieper bestimmt Amtshilfe leisten. Das ist wie in einer Herde schwarzer Schafe: Die schwachen Tiere werden von den anderen schwarzen Schafen in Schutz genommen. Das ist nun die großartige Justiz und ihre vorurteilslose Gerichtigkeit.

Die Richter kommen einem immer mehr wie Vertreter für Schlüpfergummi vor: „Sehen Sie mal, wie dehnbar...".

Am anderen Ende des Gummibandes ist es vorbei mit der juristischen Güte. In Würzburg bewiesen kürzlich einige Exemplare des Richterstandes, was man alles mit neun Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung bestrafen kann. Dort standen vier Zigeuner vor Gericht, Angehörige einer Sippe, deren größter Teil in den Konzentrationslagern der Nazis umgebracht worden waren. Als in Würzburg im September letzten Jahres ein „SS-Kameradschaftstreffen" abgehalten wurde, gingen die vier in völlig verständlicher Wut gegen die Mörder-Kameradschaft los und verprügelten einige Nazis kräftig. Die Zigeuner wurden verhaftet, die Mörder konnten weitermachen. Vor Gericht begründeten die vier Zigeuner ihren Protest damit, daß sich die Angehörigen einer Mörderorganisation unbehelligt treffen könnten, und verwiesen auf das Schicksal ihrer Angehörigen. Den Richter interessierte das nicht weiter. Er verurteilte die vier; das mildeste Urteil waren neun Monate auf Bewährung, das härteste 15 Monate Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Dieses, in Revision ergangene Urteil ist noch höher, als das zuerst ergangene. Da werden die Buchstaben des Gesetzes bis ins letzte ausgepreßt und angewendet. Bei Pieper, dem die Revionsverhandlung ein milderes Urteil bescherte, sieht man das alles nicht so dramatisch.

Um das richtig zu beurteilen, hat der Richter ja seine Vorurteile – Beamte sind verläßlich, Zigeuner mogeln wo sie können. Das Ganze ist so skandalös, daß es typisch für die Rechtsbrechung durch die deutschen Gerichte ist.



Ein Genosse

Quellen: Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke Bd. 3 (Rowohlt)
„Hamburger Abendblatt",8.3.78
„Frankfurter Rundschau", 10.3.78

Der Fall Dickmann: Klassenjustiz contra Pressefreiheit

Das Landgericht in Frankfurt/Main hat den Erlaß einer Einstweiligen Verfügung abgelehnt, mit der die Rundfunkreporterin Barbara Dickmann versucht hatte, dem Vorsitzenden der Frankfurter Staatsschutzkammer, Schäfer, die Wiederholung der Behauptung zu untersagen, sie habe ihre journalistische Sorgfaltspflicht verletzt („FR", 23.2.78). Auch die Berufungsinstanz, das Oberlandesgericht, lehnte die Einstweilige Verfügung ab. Schäfer darf also weiterhin in der Öffentlichkeit behaupten, daß Frau Dickmann *„nachlässig recherchiert und ihre Informationspflicht verletzt"* habe. Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen „Beleidigung" gegen Frau Dickmann eingeleitet.

Ein „RAF"-Prozeß, das Urteil – und ein kritischer Kommentar

Am 29. November letzten Jahres verurteilte die Staatsschutzkammer am Frankfurter Landgericht den 26 Jahre alten Volker S. zu zwei Jahren und fünf Monaten Freiheitsstrafe, weil er angeblich Sprengstoff für die „RAF" nach Westberlin transportiert hatte. Bei ihrem Urteil berief sich die Staatsschutzkammer auf den „Kronzeugen" und Denunzianten Gerhard Müller.

Darüber berichtete Frau Dickmann in der Magazinsendung „Passiert-notiert" des Hessischen Rundfunks. Sie kritisierte in diesem Bericht, daß das Gericht die Zweifel der Verteidigung an der Glaubwürdigkeit Müllers völlig ignorierte.

Frau Dickmann charakterisierte diesen Vorgang mit dem Satz: *„Das Gericht aber fand dennoch ein Hintertürchen für die Verurteilung"* – gemeint sind die Aussagen Müllers.

Das Gericht fällte das Urteil trotz vorhandener Entlastungszeugen, die eine völlig andere Darstellung abgaben (S. habe keine Kenntnis davon gehabt, daß er Material für die „RAF" transportiert habe), der Aussage des „Kronzeugen" mehr „glaubte", und S. daraufhin verurteilte. Dazu Frau Dickmann in ihrem Bericht:

„Irgendjemand muß sich ja irren, entweder der Zeuge M. oder die beiden anderen Zeugen. Da aber, wie das Gericht meinte, vieles für die Schuld (des Angeklagten) spreche, schenkte man dem Kronzeugen M. eben mehr Glauben... Also nicht ... in dubio pro reo – im Zweifel für den Angeklagten – sondern in diesem Prozeß hier im Zweifel gegen den Angeklagten."

Diese realistische Kennzeichnung des Prozesses rief nun den Staatsschutz auf den Plan, der ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung der Justiz gegen Frau Dickmann einleitete.

Justizkritik – unerwünscht

Noch am Tage der Rundfunksendung bekam der Vorsitzende der Staatsschutzkammer, Schäfer, einen Wink von *„zuverlässigen Personen"* (?), daß er im Hessischen Rundfunk der „Rechtsbeugung" bezichtigt worden sei. Schäfer setzte sofort den für Pressedelikte (!) zuständigen Oberstaatsanwalt Klein in Kenntnis. Mit der Begründung, daß der Vorwurf der Rechtsbeugung, *„objektiv der schwerste Vorwurf"* gegen einen Richter sei, schritt Klein zur Tat: Ohne die Legitimation eines Strafantrages und ohne Prüfung der Vorwürfe, lediglich auf der Basis der Behauptung von misteriösen „zuverlässigen Personen" beantragte und erhielt Klein am 13.Dezember einen Beschluß des Frankfurter Amtsgerichts, durch den der Hessische Rundfunk zur Herausgabe der Aufzeichnung der Magazinsendung verpflichtet wurde.

Mit dem Beschluß als Druckmittel zwang der Oberstaatsanwalt den Hessischen Rundfunk zur Herausgabe des Manuskripts. Am 20. Dezember lag dann der Strafantrag wegen Beleidigung des Landesgerichtspräsidenten Kuck gegen die Redakteurin vor. Dieser begründete dann auch den Antrag: *„Jede Gewalt im Staate soll ihre Kompetenzen bis zur Grenze ausüben,"* aber daß da *„die gerichtliche Prüfung einsetzen müsse, wo die Kompetenzen überschritten werden"* („Zeit", 6.1.78).

Auch der Oberstaatsanwalt sagte, worum es geht: *„Auf der einen Seite der breite Raum, den die Presse für sich in Anspruch nehmen darf und muß, auf der anderen Seite die Grenzen, die Schwellen, die nicht überschritten werden dürfen"* („Zeit", 6.1.78). Dem Staatsschutz geht es offensichtlich darum, die gesetzlichen Normen der Pressefreiheit noch weiter einzuengen. Es geht darum, Zustände gesetzlich vorbereiten zu lassen, wo Presseberichterstattung gänzlich in den Büros des Staatsschutzes gemacht oder zumindest „abgewogen" – sprich – zensiert und kontrolliert wird.

Interesse „bis in die höchsten Regierungskreise"

Wie die „FAZ" vom 24.Januar zu berichten wußte, fand der Fall vor allem beim hessischen Justizministerium Interesse. *„Einen Einfluß auf die Staatsanwaltschaft, so beteuern der ermittelnde Oberstaatsanwalt Klein und Referent Suchan vom Justizministerium, habe das Ministerium nicht ausgeübt".*

Dafür ist eine „konzertierte Aktion" unbestreitbar: Nach dem Strafantrag durch Landesgerichtspräsident Kuck, protestierten der Hessische Rundfunk, die Rundfunk-Film-Fersehn-Union im DGB (RFFU) und die Deutsche Journalisten Union (DJU) im DGB. Im Gegenzug pöbelte der Richterrat beim Frankfurter Landgericht, daß mit diesen Erklärungen versucht werde, *„bereits zu Beginn des Verfahrens Druck auszuüben"* („FAZ", 24.1.78). Der Richterrat sprach schon , ohne die Mühe einer Beweis-Führung von dem Dickmann-Bericht, dieser habe den *„schweren Vorwurf der Rechtsbeugung"* enthalten und treffe die Integrität der Rechtssprechung.

Am 4.Januar, 5 Wochen nach der Sendung, stellten nun auch die drei Berufsrichter und zwei Tage später auch die Laienrichter der Staatsschutzkammer Strafantrag gegen Frau Dickmann. Vorsitzender Schäfer begründete dies mit dem *„ in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck, als habe der Landgerichtspräsident in falsch verstandener Fürsorgepflicht gegen unsere Interessen Strafantrag gestellt".* Eine Begründung für ihre Strafanträge weigerten sie sich aber zu veröffentlichen („FAZ", 24.1.78).

Fragen dahingehend, ob Schäfer vor Formulierung seines Strafantrages Kontakt mit dem Justizministerium gehabt habe, beantwortete Schäfer mit dem bezeichnenden *„Ich will mich in dieser Geschichte wirklich nicht äußern"* („FAZ", 24.1.78).

Barbara Dickmann erklärte zu der ganzen Auseinandersetzung: *„Die Reaktion auf meinen kritischen Bericht ist symptomatisch dafür, was heute das gesamte Klima ausmacht. Die Angst davor, Politiker oder Institutionen einer kritischen Kommentierung auszusetzen, hat sich immer weiter ausgebreitet"* („Zeit", 6.1.78). Ihre Anwälte sehen die Pressefreiheit bedroht von *„Maulkörben, die der Presse und dem Rundfunk umgehängt werden"* sollen.

Neu an diesem Fall ist, daß der Staatsschutz offensichtlich einen Musterprozeß führen will, um eine schärfere gesetzliche Handhabe gegen kritischen Journalismus zu erzielen.

Solidarität mit Barbara Dickmann!

Einstellung des Ermittlungsverfahrens!

Medienkommission

Das lange Sündenregister des Richters Somoskeoy

Köln. Am 19.12.77 wurde Hartmut S. wegen übler Nachrede und Beleidigung des Richters Henry de Somoskeoy zu DM 600,-- Geldstrafe, ersatzweise 60 Tage Haft verurteilt.

Hartmut zeichnete presserechtlich verantwortlich für eine Broschüre der »Roten Hilfe« über die Tätigkeiten von Somoskeoy als Richter am Kölner Landgericht. Die Strafe für »üble Nachrede« und »Beleidigung« des Richters Somoskeoy (»Kölner Stadtanzeiger« - »KStA« vom 20.12.77) handelte sich Hartmut S. vor allem wegen der in der Broschüre gebrauchten Begriffe »Gesinnungsjustiz« und »ausländerfeindliches Rassedenken« sowie die aus der französischen Zeitung »Combat« zitierten Bezeichnung »Nazirichter« ein.

Sogar der »Stern« ließ sich übrigens dazu hinreißen, de Somoskeoy als »Mann von internationalem Verruf« zu bezeichnen. (lt. »FR«, 14.1. 78).

Der ‚unpolitische ' Richter

Hierzu nur einige Beispiele aus seiner bemerkenswerten Laufbahn:

- 1974 wurde die Antifaschistin Beate Klarsfeld zu 2 Monaten ohne Bewährung verurteilt, weil sie versucht hatte, Kurt Lischka, den »Vorgänger Adolf Eichmanns und später Gestapochef im besetzten Paris« (»Spiegel«, 29/74) nach Frankreich zu bringen und somit seiner gerechten Bestrafung zuzuführen. (Lischka war 1950 in Abwesenheit von einem französischen Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden wegen seiner Verantwortung für die Vergasung von 200.000 französischen Juden).

Frau Klarsfeld wollte durch ihre Aktion gegen die Nicht-in-Kraftsetzung eines 1971 zwischen Frankreich und der BRD abgeschlossenen Abkommens protestieren, das die BRD-Justiz verpflichtet, in Frankreich in Abwesenheit verurteilte Nazi-Verbrecher wie Lischka auch in der BRD zu verfolgen.

Die 4-jährige Verschleppung der Ratifizierung des Abkommens bis 1975 (!!) ist übrigens dem FDP-Abgeordneten Achenbach zu verdanken, der *»von 1940 bis 1944 im besetzten Paris der dritte Mann an der deutschen Botschaft «* war (»Spiegel« 29/74).

Somoskeoy bestraft doch keine Gesinnung

- Das nächste spektakuläre Urteil des ‚unpolitischen' Richters de Somoskeoy 1974 waren mehrmonatige Haftstrafen gegen 5 Kölner Antifaschisten wegen angeblicher »gemeinschaftlich begangener schwerer Körperverletzung« anläßlich einer ca. 3 — 5-minütigen Schlägerei zwischen Antifaschisten, NPD'lern und mehreren Streifenwagenbesatzungen, die sich abgespielt hatte bei dem Protest der Antifaschisten gegen eine NPD-Aktion in Köln-Nippes.

Nebenbei verhängte Somoskeoy während des Prozesses noch 129 Tage Ordnungshaft gegen Angeklagte und Zuschauer. Die Angeklagten (alle nicht vorbestraft) wurden verknackt, obwohl sie mit Ausnahme eines Angeklagten *»von keinem der Zeugen als einer der Täter identifiziert werden konnten«*(aus dem Urteil). Zwar hatten also zumindest 4 von ihnen nicht »das Tatbestandsmerkmal der körperlichen Mißhandlung verwirklicht«, trotzdem wurde ihnen die Mittäterschaft wegen »psychischer Unterstützung« zugerechnet. Zeugen der Verteidigung wurden natürlich durchweg abgelehnt, während einem NPD-Zeugen bescheinigt wurde, *»daß es ihm gelang, die Hauptverhandlung aufzulockern, indem er ausführte, er sei, da auch er kräftig zugeschlagen habe, vorübergehend ... festgenommen worden. Jemand habe jedoch zu dem Polizisten ... gesagt, ‚das ist doch einer von uns', daraufhin habe man ihn wieder laufenlassen«*(zit. bei H. Böll im »Stern« 18/77). 28 Monate für im wesentlichen nicht nachgewiesene Taten - die nachgewiesenermaßen beteiligten NPD-Schläger nach wie vor auf freiem Fuß. Kein Gesinnungsurteil?

- Im Mai 1975 verurteilte de Somoskeoy den durch die Ford-Streiks bekanntgewordenen Türken Baha Targün wegen »räuberischer Erpressung und gefährlicher Körperverletzung« zu 6 Jahren Gefängnis (!). Auch hier wieder Merkwürdigkeiten über Merkwürdigkeiten: Außer dem »Entführten« Asöcal selbst — einem führenden Mitglied der faschistischen türkischen MHP — gab es keinen einzigen Tatzeugen. Undurchsichtige und lasche Polizeiermittlungen taten ein übriges. Selbst eine Aussage eines V-Mannes, die den Angaben von Asöcal völlig widersprach, wurde von Somoskeoy schlichtweg ignoriert usw. usf. Strafverschärfend für Baha Targün: »seine Motivation« als »Marxist-Leninist«, die *»zu einer Denkhaltung und Bewußtseinslage geführt [habe], die ihm ein gesetzmäßiges Verhalten innerlich schlechthin unmöglich mache«* (aus dem Urteil).



- Im Januar 1976 wurden 4 Türken von Somoskeoy der Bildung einer »kriminellen Vereinigung« für schuldig befunden, die den bewaffneten Umsturz in der Türkei plane. Beweismaterial: vor allem »allgemeinzugängliche Klassiker des Marxismus-Leninismus, von Lenin bis Ho Tschi minh« (Radiokommentar zum Urteil, WDR III, 30.1.76). Aus dem Besitz und der Übersetzung derartiger Literatur folgerte Somoskeoy phantasievoll: *»die Gruppe sah ihre Aufgabe darin, alles theoretische Wissen insbesondere über Guerilla und Sprengstoffe zu sammeln, auszuwerten und für den in Aussicht genommenen besonderen Bedarf neu zusammenzustellen«.* Also, so Somoskeoy: *»Wer lesen kann, kann loslegen«.* Urteil: 1 1/2 bis 2 Jahre für die Angeklagten - und dann die Abschiebung.

...und ausländerfeindlich ist er auch nicht

Genauso, wie es strafbar ist, obige Somoskeoy-Urteile als »Gesinnungsjustiz« zu bezeichnen, so teuer kann es werden, folgendes als »ausländerfeindliches Rassedenken« zu charakterisieren:

- Auf der einen Seite Freispruch (!) für einen deutschen Kraftfahrer, der zwei Türken erstochen und einen dritten lebensgefährlich verletzt hatte, weil einer von ihnen seiner Frau und seiner Stiefschwester »etwas erheblich Beleidigendes« (»Wie ist es mit Liebe«) nachgerufen hatte. Somoskeoy dazu: könne ihm *»auch ein Irrtum über die Gefährlichkeit der* (ihm zugebilligten) *Nötwehrsituation nicht etwa als Fahrlässigkeit angelastet werden«* - also Freispruch (nach »KStA«, 6.4.76). Andererseits 6 Jahre wegen »versuchten Totschlags« für einen Portugiesen, der seinen Nachbarn, einen Polizisten, mit dem Messer verlet.. hatte (der Staatsanwalt hatte auf 1 Jahr (!) mit Bewährung plädiert).

Somoskeoy - härter im Geben als im Nehmen

Während Somoskeoy nicht nur in seinen Urteilen recht kräftig austeilt, sondern auch in den Prozessen selbst - vorsichtig ausgedrückt - ziemlich eigenwillig mit Angeklagten, Verteidigern und Zuschauern umspringt, wenn sie ihm nicht passen (siehe Kasten), ist er selbst ausgesprochen empfindlich, wenn ihn selbst Kritik trifft.

So bekam auch Heinrich Böll, der sich erdreistete, Somoskeoys Urteil im Antifaschistenprozeß (s.o.) im »Stern« kritisch zu kommentieren, gleich ein Verfahren wegen »Beleidigung«, »übler Nachrede« und »Verleumdung« an den Hals. Dieses Verfahren wurde jedoch von der Hamburger Staatsanwaltschaft niedergeschlagen, da *»zwar die von Böll gewählte Formulierung eine Beleidigung enthalte, dem ganzen Schriftwerk nach aber gerechtfertigt sei«*

> *»Lernen sie erst einmal Anstand«*
> *»Wir sind hier nicht in der Klippschule, schön setzen!«*
> *»Sie sind mir zu grün hinter den Ohren«*
> *»Was ist denn hier los, Kindergarten, ja?«*
> *»Wir sind hier nicht in einem Basar des vorderen Orients«*

Somoskeoy–Stilblüten

(»Süddeutsche Zeitung«, 11.1.78). Woraufhin die »Welt« vom 16.12.77 prompt einen weiteren Fall von »Rufmord« gegen einen Juristen »von herausragendem Format«, der u.a. »fünf rote Rowdies« erfolgreich abgeurteilt habe, konstatierte.

Und nun 600 DM Geldstrafe für die Herausgabe einer Broschüre, die im wesentlichen aus Urteilsauszügen, Faksimiles von Zeitungsmeldungen und Zitaten aus Somoskeoy-Prozessen besteht und anhand dieser Fakten zu Einschätzungen wie »Gesinnungsjustiz« und »ausländerfeindliches Rassedenken« kommt. Damit ist die von der »Frankfurter Rundschau« am 14.1.78 aufgeworfene Frage, *»wann die Justiz Kritik an der Justiz unter Strafe [stellt]«* leider schon fast beantwortet.

KB/Gruppe Köln

Freilassung von Günter Sonnenberg!

Seit dem 2.3.78 findet im Gerichtssaal zu Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen Günter Sonnenberg statt. Er wird verdächtigt, an der Erschießung Bubacks beteiligt gewesen zu sein. Am 3.5.77 wurde er zusammen mit Verena Becker in Singen gestellt. Dabei kam es zu einer Schießerei mit 6 Polizisten. Daher der 6fache Mordversuch, den die Staatsanwaltschaft ihm vorwirft.
Der Prozeß gegen die beiden wurde in zweifacher Hinsicht nach dem „holländischen Modell" rationalisiert. Einerseits wurde keineswegs das Verfahren wegen Buback eröffnet, weil das schlechter zu beweisen ist, noch wurden beide Angeklagte in e i n e m Verfahren vor Gericht gestellt. Durch die Verurteilung von Verena Becker zu lebenslang ist der Ausgang des Prozesses schon vorprogrammiert.

Das einzige Hindernis ist noch die schwere Verletzung Günters, er hat von den Kopfschüssen noch 5 Splitter übrig behalten. Entsprechende Sorge machte sich das Gericht um seine Verhandlungsfähigkeit: Sie beauftragten 6 (sechs) Gutachter.

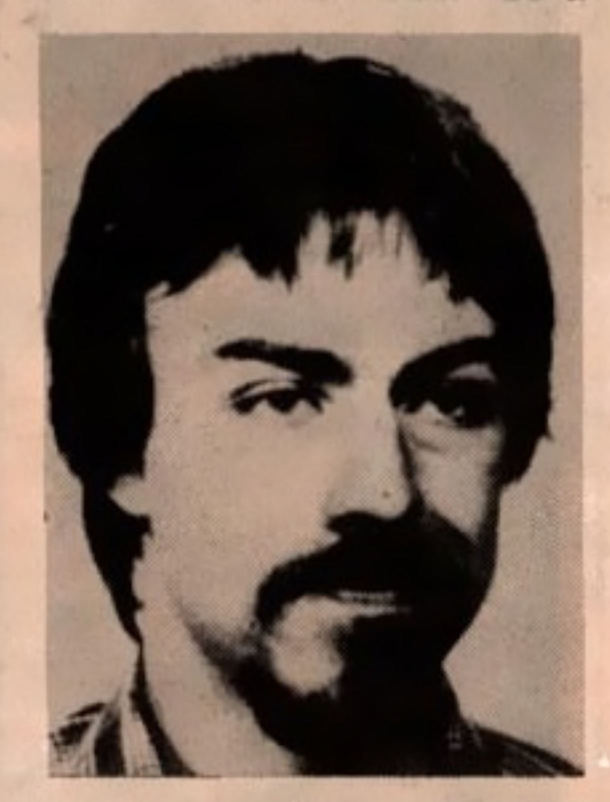
Zwei von ihnen (Hugo Krott und Wilhelm Driesen) halten Günter für beschränkt verhandlungsfähig — 2 Tage in der Woche.

Die anderen vier — Erich Wulf, Wilfried Rasch, Walter Müller und Achim Mechler — halten ihn für *verhandlungsunfähig*. Er hat wegen seiner *„magelhaften Gedächtnisleistungen niemals einen vollen Überblick"* und könne sich deshalb weder *„optimal"* noch immer *„hinlänglich"* verteidigen. Er sei *„allenfalls in ein bis zwei Jahren"* verhandlungsfähig. *„Was andere erklären, wird er nur teilweise aufnehmen und vor allem nur lückenhaft speichern können."* Man müsse erwarten, daß er den Prozeßverlauf *„weit über das normale Ausmaß wieder vergißt."* Zu Prozeßbeginn stellte Verteidiger Heinisch den Antrag, das Gericht solle — wenn überhaupt schon verhandelt wird — wenigstens einen Sachverständigen teilnehmen lassen, der über Günters Verhandlungsfähigkeit wacht. Jedoch der Vorsitzende Fischer des 5. Stuttgarter Strafsenats setzte sich über 4 Gutachter hinweg und meinte, *„der persönliche Eindruck des Senats"* vom *„Gesamtverhalten des Angeklagten in der Hauptverhandlung"* (d.h. in der ersten Stunde) bestätige, daß Sonnenberg *„bedingt verhandlungsfähig sei"* (Zitate nach „Stern" 11).

Verteidiger — Hose runter !

Wie es sich im Augenblick in einigen Prozessen — besonders in Stammheim — einzubürgern scheint, werden die Verteidiger menschenunwürdigen „Kontrollen" unterzogen:

Beim Betreten des Gerichtsgebäudes muß der Verteidiger in einem gesonderten Raum seine Taschen ausleeren, der gesamte Inhalt wird genauestens untersucht. Dann wird er



von einem Beamten sorgfältig abgetastet und mit einer Metallsonde sorgfältig abgesondet. Will der Verteidiger mit seinem Mandanten sprechen, muß er auch vorher die Hose aufmachen, wenn die Sonde bei einem Metallreißverschluß ausschlägt. Die Verteidigerakten werden durchblättert (auf dem Kopf, damit der Kontrolleur nichts lesen kann) und allesamt in unhandliche Plastikdinger umgeschaufelt.

„Die Verteidigung von Günter Sonnenberg ist der Auffassung, daß unter derart unwürdigen Bedingungen, die in der Bundesrepublik und Westberlin einzigartig sind, kein Verteidiger verteidigen kann. Sie hat daher beantragt, die Vertreter der Bundesanwaltschaft und des Oberlandesgerichts Stuttgart denselben Kontrollen zu unterwerfen; über den Antrag ist bis dato (7.3. — Anm. IKAH) noch nicht entschieden worden" (aus der Presseerklärung der Anwälte Faensen, Häusler und Heinisch).

Wer war denn dieser Freissler ?

Nachdem das hohe Gericht Günter Sonnenberg überflüssigerweise nach seinem Namen gefragt hatte, begann dieser, eine persönliche Erklärung vorzutragen, in der er ausführte, daß er

— verhandlungsunfähig sei,
— daß er sich als Kriegsgefangener fühle und gemäß der Genfer Konvention behandelt werden wolle und
— die Tatsache, daß dieser Prozeß überhaupt stattfinden könne, zeige, daß sich das Gericht in der Tradition eines Freissler befinde.

Das mochte Richter Fischer gar nicht hören. Er meinte, der Angeklagte habe zunächst ja sachlich argumentiert, nun bringe er aber Wertungen mit hinein. Er halte ihm jedoch zugute, daß er nicht wisse, wer Freissler gewesen sei! Deshalb müsse er ihm das Wort entziehen. Bei der Gelegenheit sprangen einige politische Freunde Günter Sonnenbergs auf und demonstrierten mit Transparenten und Sprechchören für Günters Freilassung und Solidarität mit der RAF — bis sie unsanft rausgeworfen wurden.

A propos Wertungen: Nach einem Antrag der Verteidigung, die die Überprüfung des Haftbefehls gefordert hatte sowie eine exakte Überprüfung, welche Hirnsubstanz Günter verloren hat, erlaubte sich Bundesanwalt Lampe die Feststellung zu machen, der Antrag müsse abgelehnt werden — es sei ja Tatsache, daß *„Sonnenberg natürlich Gehirn verloren hat. Es genügt aber, wenn er noch soviel Hirnsubstanz hat, daß er am Prozeß teilnehmen kann."*

Und daß Gutachten von renommierten Ärzten diesbezüglich ein wertloses Blatt Papier sind, wurde schon ausgeführt.

Drei Jahre und drei Monate für Rolf Pohle

Der Prozeß gegen Rolf Pohle in München ging am 10.März vor dem



Landgericht zu Ende. Der Staatsanwalt hatte 6 (sechs!) Jahre wegen räuberischer Erpressung gefordert. Das Gericht hatte dann eine 3 1/4 Jahr hohe Strafe ausgesprochen. Die Pflichtverteidigung hat eine Revision beim Bundesgerichtshof beantragt. Rolf Pohle, der z.Zt. eine 6 Jahre lange Freiheitsstrafe in München verbüßt, hatte damals bei der Lorenz-Entführung zusammen mit vier anderen (Horst Mahler war im letzten Moment ausgestiegen) den Flug mit 120.000 DM angetreten. Ihm wurde jetzt zur Last gelegt (räuberische Erpressung), daß er trotz des Ausstiegs von Horst Mahler die vollen 120.000 DM kurz vor dem Abflug gefordert hat. Angeblich seien nur je 20.000 DM pro Person vereinbart gewesen.

KB/Gruppe Nürnberg

Detlev Schulz ist frei!

Der Mordvorwurf gegen Detlev Schulz und Johannes Roos, der schon vor dem Prozeß reichlich hergeholt war, konnte sich während des Prozesses immer weniger behaupten (vgl. AK 123 und 124).

Der Polizist Sippel war im Mai 77 durch Kopfschuß aus einer Pistole mit Kaliber 7.65, wie sie bei der Polizei verwendet werden, getötet worden, als er und sein Kollege einen angeblichen Exhibitionisten überprüfen wollten.

Weder mittels Belastungszeugen noch mit anderen Mitteln gelang es, belastendes Material zu finden.

Da sich ein hinreichender Tatverdacht nach Ansicht des Gerichts nicht aufrecherhalten läßt, wurde Detlev freigelassen. Gegen Johannes ist noch ein weiterer Haftbefehl in Kraft: Auf ihn wartet noch ein Prozeß wegen Zugehörigkeit zu einer „kriminellen Vereinigung" vor der Staatsschutzkammer Düsseldorf.

Prozeß gegen Albartus, Schwall, Schlehuber

Nach dem letzten uns vorliegenden Bericht (21.2. — 24.2.) zerfiel das belastende Material gegen Hans-Joachim Schlehuber, der wegen Unter-

lutionären Zellen" gegeben, der am selben Tag in derselben Stadt (Düsseldorf) abgestempelt wurde, wo Ennos Auto einen Strafzettel bekommen

beginn stellte Verteidiger Heinisch den Antrag, das Gericht solle — wenn überhaupt schon verhandelt wird — wenigstens einen Sachverständigen teilnehmen lassen, der über Günters Verhandlungsfähigkeit wacht. Jedoch der Vorsitzende Fischer des 5. Stuttgarter Strafsenats setzte sich über 4 Gutachter hinweg und meinte, *„der persönliche Eindruck des Senats"* vom *„Gesamtverhalten des Angeklagten in der Hauptverhandlung"* (d.h.
reißverschluß ausschlägt. Die Verteidigerakten werden durchblättert (auf dem Kopf, damit der Kontrolleur nichts lesen kann) und allesamt in unhandliche Plastikdinger umgeschaufelt.
„Die Verteidigung von Günter Sonnenberg ist der Auffassung, daß unter derart unwürdigen Bedingungen, die in der Bundesrepublik und Westberlin einzigartig sind, kein Verteidiger verteidigen kann. Sie hat
verloren hat, erlaubte sich Bundesanwalt Lampe die Feststellung zu machen, der Antrag müsse abgelehnt werden — es sei ja Tatsache, daß *„Sonnenberg natürlich Gehirn verloren hat. Es genügt aber, wenn er noch soviel Hirnsubstanz hat, daß er am Prozeß teilnehmen kann."*
Und daß Gutachten von renommierten Ärzten diesbezüglich ein wertloses Blatt Papier sind, wurde schon ausgeführt.
Prozeß gegen Albartus, Schwall, Schlehuber
Nach dem letzten uns vorliegenden Bericht (21.2. — 24.2.) zerfiel das belastende Material gegen Hans-Joachim Schlehuber, der wegen Unter-
stützung der „terroristischen Vereinigung Albartus/Schwall" angeklagt ist, zu Staub. Was blieb, war nur die Ankündigung, die Enno Schwall ihm gegenüber mal gemacht hatte, er werde bei ihm bald mal kurz was unterstellen — nämlich eine Kiste von Umzugsgütern. Das Gericht regte die Abtrennung des Verfahrens gegen Hans-Joachim an — was wohl auf eine Einstellung hinauslaufen wird (zum bisherigen Prozeßverlauf AK 121 und 124).

Der Auftritt des LKA

Der LKA-Beamte Bongers gab u.a. eine Kostprobe, wie sich seine Behörde eine Beweisführung vorstellt. Gegen Kinos, die den Entebbe-Film gezeigt hatten, hatte es in 12 Städten Aktionen gegeben — von Stinkbomben bis hin zu Brandsätzen. Nun hat es einen „Bekennerbrief" der „Revo-
lutionären Zellen" gegeben, der am selben Tag in derselben Stadt (Düsseldorf) abgestempelt wurde, wo Ennos Auto einen Strafzettel bekommen
hatte! Das sagt wohl alles.

Angemerkt werden muß noch, daß Bongers, obwohl er als Zeuge auftrat, die Anklageschrift vorher gekannt hat. Auf die Frage, woher er sie denn hatte, gab er zur Auskunft: *„Ja, vom Himmel wird sie bestimmt nicht gefallen sein!"*

Desweiteren gab er zum Besten, ein Gefangener habe Gert über seine Haltung zu Israel und zu den „Revolutionären Zellen" ausgefragt. Davon war in den Gerichtsakten nichts aufgetaucht. Auf die Frage, wo denn das steht, Bongers: *„in gesonderten Akten und die befinden sich auf meiner Dienststelle."* Dummerweise war gerade auf seiner Dienststelle Mittagspause und es konnte niemand dort entscheiden, ob das Gericht die Akten kennenlernen darf (lt. Bericht des Prozeßbüro Albartus/Schwall/Schlehuber).

IKAH Hamburg

Kontaktadresse des IKAH
Initiativkomitee Arbeiterhilfe
Methfesselstr. 41
2000 Hamburg 19
Tel.: 040/49 12 849

Bürostunden:
Mo. - Fr. 20 - 22 Uhr
Sa. - So. 13 - 16 Uhr

„Bommi" Baumann-Verleger verurteilt

Das Buch „Wie alles anfing" freigesprochen.....

Am 31.1.78 hat das Landgericht München die beiden Geschäftsführer des Trikont-Verlages Gisela Erler und Herbert Röttgen wegen der Veröffentlichung des Buches „Wie alles anfing" von Michael Baumann zu je DM 1.500,– Geldstrafe verurteilt, dazu kommen ca. DM 50.000 (!) Prozeßkosten. Die Beschlagnahmung des Buches wurde gleichzeitig aufgehoben. Die Verteidigung hatte vier Sachverständige benannt: Prof. Dr. Iring Fetscher, Lehrstuhl für pol. Wissenschaften in Frankfurt, den Hamburger Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Klaus Briegleb, den Bielefelder Soziologen Prof. Dr. Ottheim Rammstedt und den Prof. Dr. Peter v. Oertzen, ehemaliger Kultusminister von Niedersachsen, die vor Gericht fast übereinstimmend aussagten, daß das „Bommi" Baumann-Buch ein „zeitgeschichtliches Dokument", eine Autobiographie sei. Im mündlichen Urteil war das dann die Begründung des Richters Wawak der weiteren Veröffentlichung „zuzustimmen".

Gisela Erler und Herbert Röttgen aber hätten trotzdem gegen den § 140 verstoßen (öffentliche Billigung von Straftaten), sie hätten sich mit den in dem Buch geschilderten Gewalttaten identifiziert und dadurch den „Rechtsfrieden" gestört.

Im November 1975 wurde das „Bommi"-Buch das erste Mal beschlagnahmt und verboten, weil es Straftaten billige und verherrliche. Der Trikont Verlag legte Revision ein.

1976 gaben 380 Personen, Schriftsteller, Schauspieler, Regisseure, Lehrer, Professoren, Rechtsanwälte und Verlage den „Bommi" Baumann neu heraus. 25.000 Exemplare waren binnen kurzer Zeit verkauft. Diese 2. Auflage wurde nicht verfolgt, ebensowenig die Herausgeber. Im Oktober folgte dann der Freispruch für den Trikont Verlag und die Aufhebung der Beschlagnahmung. Ein Jahr später widersprach der Bundesgerichtshof in Karlsruhe und befahl Wiederaufnahme vor dem Landgericht in München.

Und wie es sich am 31.1.78 herausstellte, ging es nicht um ein Verbot oder Veröffentlichung des Baumann-Buches, sondern um die Gesinnung der beiden Herausgeber. Während des dritten Verfahrens tauchte plötzlich ein Prospekt aus dem Jahre 1975 auf, der Romane, Autobiographien und Reportagen über Revolutionäre und Untergrundkämpfer vorstellte. In dem Text heißt es: *„Der kompromißlose Haß braucht keineswegs in Fanatismus und Verbissenheit zu enden. Er kann gepaart sein mit Phantasie, etwa in den antiautoritären Stadtguerillaaktionen von Michael Baumann..."* Das wurde als „Identifikation" mit Gewalttaten (§ 140) ausgelegt und bestraft. Der Staatsanwalt Gehring forderte neun Monate Gefängnis für G. Erler und zwölf Monate für H. Röttgen. Da für die Angeklagten „nur" eine Geldstrafe herausgekommen ist, geht Gehring jetzt in Revision. Gisela Erler und Herbert Röttgen distanzierten sich nicht von dem Prospekt und werden gegen das Gesinnungsurteil in Revision gehen.

Relativ gut war die Reaktion der Tageszeitungen. Fast eine Woche lang berichteten die „Frankfurter Rundschau", die „Süddeutsche Zeitung" und die „FAZ" ausführlich über den Prozeßverlauf. Der NDR berichtete und meinte, daß der „Bommi" als Unterrichtsmaterial in den Schulen eingesetzt werden könne.

Unterstützen wir den Trikont Verlag, indem wir eine breite Öffentlichkeit über diese nun schon zweieinhalb Jahre laufende Verfolgung von den Trikont Verlegern schaffen!

Kollektiv Arbeiterbuch

Die Münchner Justiz - Ein „sauberer" Laden

Alfred Nusser, 1973 Bezirksvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten" in Oberbayern, 1974 JN-Bezirksvorsitzender von Niederbayern und Stellvertretender JN-Landesvorsitzender, hat sich für die militante neonazistische „Volkssozialistische Bewegung" bei den Münchener Kommunalwahlen als Oberbürgermeisterkandidat beworben. Bei dieser Vereinigung handelt es sich um eine Abspaltung der NPD, da diese den Gründern der „Volkssozialistischen Bewegung" zu wenig radikal war. Nusser ist in München Justizbeamter (nach „PDI", 1.3.78).

KB/Gruppe Nürnberg

Tragen von Gewerkschaftsabzeichen auf der Baustelle verboten

Jeder Kollege auf dem Bau trägt einen Schutzhelm. Oftmals ist der Name der Firma drauf zu lesen. Manch einer hat aber auch das Abzeichen der IG Bau-Steine-Erden aufgeklebt. Das war den Westdeutschen Quarzwerken Dr. Müller GmbH zuviel. Sie ließen den Schrank eines Kollegen aufbrechen (!), um das Abzeichen zu entfernen und gingen vor Gericht.

In erster Instanz wurde das Persönlichkeitsrecht und die Koalitionsfreiheit über das Eigentumsrecht der Firma (der die Helme gehörten) gestellt, das Tragen der Abzeichen also erlaubt.

Das Urteil der zweiten Instanz, das nun das Tragen des Abzeichens verbot, macht deutlich, daß es um die Einschränkung gewerkschaftlicher Betätigung geht. Aus der Begründung (alle Informationen und Zitate aus ‚Grundstein' 2/78):

Die Embleme der IG Bau-Steine-Erden sind *„weithin sichtbar und daher geeignet, Neugier und Aufmerksamkeit von Arbeitskollegen auf sich zu ziehen und zu veranlassen, den Träger des Emblems anzusprechen, was alles sich nachteilig auf die Arbeissicherheit, Arbeitsintensität und Arbeitsqualität auswirken kann"! „Wenn das Beispiel ... Schule macht, so könnten sich zwischen den organisierten und unorganisierten oder zwischen den bei verschiedenen Gewerkschaften organisierten Betriebsangehörigen zum Schaden für das Betriebsklima und Betriebsfrieden Spannungen und Gegensätze auftun."*

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf!

Wohnungskommission

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr.75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.

Auflage: 17.500

Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Achtung! Einem Teil dieser Auflage liegen Prospekte des Verlag J. Reents bei!



USA

Bergarbeiterstreik in USA:

Präsident und Kapital beißen sich die Zähne an den Kumpels aus

Anläßlich des 100. Streiktages haben sich die Tarifhändler mal etwas Neues einfallen lassen: Sie legten am 15. März den vierten Entwurf für einen Tarifvertrag vor! Zuvor waren zwei „Ergebnisse" schon in der gewerkschaftlichen Tarifkommission abgelehnt und ein dritter Vertragstext war am 5.3. mit Zweidrittel-Mehrheit von der Mitgliedschaft zurückgewiesen worden. Der jetzt vorliegende Entwurf wird am 19.3. von der Tarifkommission und – falls diese ihn gutheißt – in der folgenden Woche von der Mitgliedschaft abgestimmt. Gegenüber den ersten Vorlagen sind zwar einige Verbesserungen enthalten, aber eine Zustimmung der Kumpel ist ungewiß. Wesentliche Punkte sind:

– Die Bergarbeiter erhalten im Laufe der nächsten drei Jahre eine Lohnerhöhung von 2,40 Dollar, das sind bei einem heutigen Durchschnittslohn von 7,80 Dollar pro Stunde runde 30%, genau wie in den vorigen Entwürfen.

– Für die Krankenfürsorge müssen die Bergarbeiter einen Eigenanteil von bis zu 200 Dollar pro Jahr zahlen (vorheriger Entwurf 700 Dollar), Rentner bis zu 150 Dollar (450 Dollar). Der ausgelaufene Tarifvertrag sah keine Eigenbeteiligung vor, aber auch keine garantierten Beiträge der Unternehmer.

– Gesundheits- und Rentenfonds werden von den Unternehmern garantiert, aber auch teilweise von ihnen verwaltet – bisher waren sie unabhängig.

– Die Rentner erhalten anstelle der bisherigen Höchstrente von 250 Dollar sofort (höchstens) 275 Dollar, die vorigen Entwürfe sahen eine Steigerung im Laufe der nächsten drei Jahre vor („International Herald Tribune", 15.3.78).

Taft-Hartley – auch das noch!

Das Taft-Hartley-Gesetz wurde 1947 erlassen, als Massenstreiks in den USA die Grabesstille des Kalten Krieges störten. Es sieht die Ermächtigung des Präsidenten vor, selbständig in Tarifkonflikte einzugreifen und die Streiks für eine „Abkühlungsperiode" von 80 Tagen auszusetzen. Bisher wandten die US-Präsidenten das Gesetz 34 Mal an. Auch jetzt gingen die Ansichten der Kumpels und des Präsidenten über die „Arbeitsverpflichtung" etwas auseinander. Nachdem der Beschluß eines Bundesrichters am 13.3. an alle tariffähigen 1.450 Gruppen und Personen verteilt war, tat sich recht wenig – und die Streikenden noch weniger: Nur 151 Gruben nahmen die Arbeit wieder auf, davon elf gewerkschaftlich organisierte („IHT", 16.3.78).

Mulmig wird es auch den Gewerkschaftsführern: Nach dem Ausfall von Beiträgen in Höhe von 560.000 Dollar pro Monat seit dem 6.12.77 droht der UMWA-Chef Miller für Ende März mit dem Bankrott ... („IHT", 13.3.78).

Und den Vogel schoß der 83-jährige Häuptling des US-Gewerkschaftsbundes (dem die UMWA nicht angehört), George Meany, ab: *„Trotz alldem ist das Taft-Hartley Bestandteil der Gesetze unseres Landes. Wir mögen es nicht. Aber wenn der Präsident meint, daß es seine einzige Alternative ist, dann werden wir ihn nicht kritisieren"* („Workers World", 24.2.78).

Mit solchen Vögeln im Rücken wird ein Streik zum Zweifrontenkrieg. Doch die Kumpel sind entschlossen, diesmal nicht in die Knie zu gehen. Und breite Solidarität hilft ihnen. So kamen am 7.3. Farmer in einem 1,5 km langen Autokorso nach Central City, Kentucky, um (während einer Kundgebung von 7.000 Menschen) unter den Kumpels u.a. Mehl und Käse zu verteilen. In vielen Autofabriken haben sich Solidaritätskomitees gebildet. So halten die Kumpel durch und lassen nicht nach in ihrem militanten Kampf gegen Staat, Kapital und Gewerkschaftsbürokratie („Workers World", 10.3.78).

USA-Kommission



Gefangengenommene Kumpel in Rockport, Indiana



Nationalgarden-Terror gegen streikende US-Kumpel

Isolation und Psychiatrisierung von Widerstandskämpfern in den Gefängnissen

Wir veröffentlichen hier einen Brief von Leonhard Peltier an die Akwesasne Notes (eine Zeitung der indianischen Widerstandsbewegung). Der Brief stammt aus der neuesten Akwesasne Notes von Anfang dieses Jahres. Leonhard Peltier gehört zum Stamm der Turtle Mountain Chippewa. Ihm wird neben anderen „Verbrechen" ein Mord an zwei FBI-Agenten in die Schuhe geschoben. Dieser „Mord" geschah in einer Zeit verstärkter Auseinandersetzungen der Indianer mit dem US-imperialistischen Regime. Die „Mord"konstruktion beruht darüber hinaus noch auf einer Zeugenaussage einer FBI-Agentin.

Der „Fall Peltier" steht heute mit im Brennpunkt der indianischen Widerstandsbewegung. Der Brief des Gefangenen Peltier hat folgenden Wortlaut:

„Grüße an alle meine Schwestern und Brüder!

Ende Juni wurde mir eine Zelle in der Strafanstalt bei Marion in Illinois zugewiesen...

Sie nahmen meinen Namen und versuchten ihn durch eine Nummer zu ersetzen: 89637-137. Dies hier ist ein Versuchszentrum der Regierung zur Verhaltensänderung für politische Gefangene. Es ist ein ‚Nummer-1-Sicherheitslager'. Das schlimmste, das sie haben. 500 Gefangene werden hier unter schärfsten Sicherheitsbedingungen, die je vom Teufel im Menschen erfunden wurden, gehalten. Egal wo du hingehst, du bist immer in Sichtweite deiner Wächter. Überall sind Fernsehkameras. Zweiweg-Mikrophone nehmen jedes Wort von dir auf. Eine verrückte Sache, sich daran zu gewöhnen ... Vollständige Kontrolle.

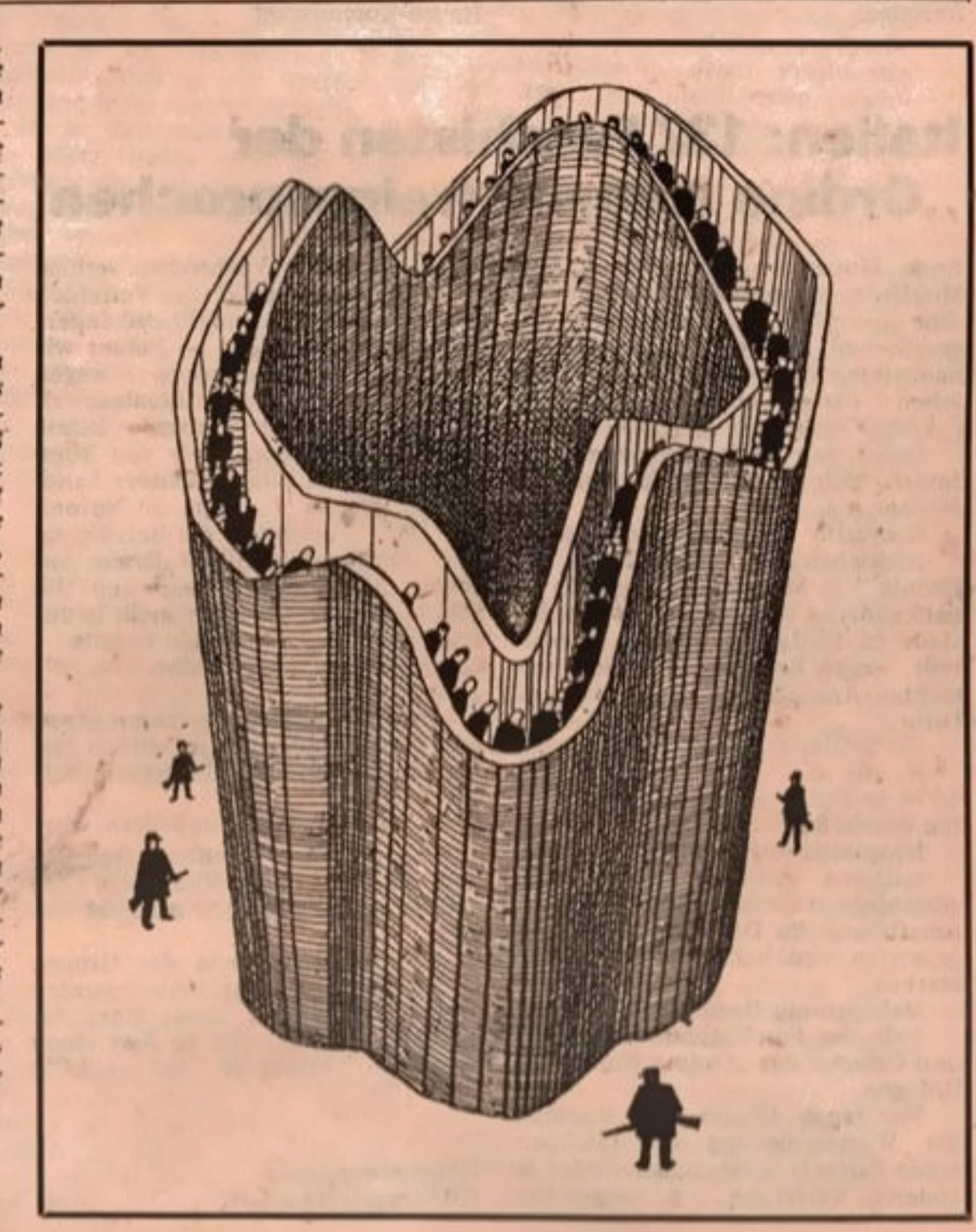
Die Gefangenenliste hört sich an wie eine Widmungsliste aus ‚Prairie Fire' (Zeitung einer gleichnahmigen Befreiungsorganisation der Indianer). Ich bin zusammen mit Rafael Cancel Miranda, dem Puerto-ricanischen Nationalisten, der die Auszeichnung hat einer der ‚ältesten' politischen Gefangenen in der modernen amerikanischen Geschichte zu sein (seit nunmehr 24 Jahren! – Anm. AK). *Außerdem sind noch sechs indianische Brüder mit mir hier. Einer von ihnen, Alfred Smith, ist in der gefürchteten Kontrolleinheit. Die Kontrolleinheit hat ungefähr 70 Tigerkäfige, viele davon haben eine geschlossene Stahlfront, sodaß sie nahezu schallisoliert sind. Das sind Kammern für sensorische Deprivation und sie werden dazu benutzt, um menschliche Organismen für lange Zeit aufzubewahren.*

Brüder werden aus dem ganzen staatlichen System in diese Käfige zu Versuchen in Gehirnveränderung geschickt. Hiller Hayes ist seit 5 1/2 Jahren in Einzelhaft in der Kontrolleinheit. Das sadistische an dieser Art der Einzelhaft ist, daß du für 23 1/2 Stunden im Käfig bist. Allein. Menschen werden da verrückt. Einige begehen Selbstmord. Andere verstümmeln sich. Die Gefangenen führen einen Prozeß am Bundesgerichtshof, um zu sehen, ob die Richter meinen, daß derartige Methoden der Verwahrung gegen die Verfassung sind. Eine Entscheidung ist bald fällig. Wir hoffen, daß das Gericht diese drakonischen Maßnahmen verbieten wird und unsere Brüder zu uns zurückkehren werden...

Gefängnisse sind keine schönen Aufenthaltsorte, und wir sollten uns erinnern daß Tausende unseres Volkes in Gefängnisse sitzen, dafür daß sie Widerstand gegen eine Politik des Völkermordes der USA geleistet haben. Vergessen wir nicht Leute wie Johnson Warledo, Mike Sturdevant, Dick Marshall, Herb Powless, Skyhorse und Mohawk, um nur einige zu nennen. Alle indianischen Menschen sind politische Gefangene, ob sie es wissen oder nicht.

Die USA glauben, daß sie unsere Bewegung aufhalten können, indem sie uns einsperren; da irren sie sich aber. Wir werden mit unserem Leben Widerstand leisten gegen den offenen Mord, den Landdiebstahl, die Zwangssterilisation – wir werden Recht bekommen anstatt mehr Lügen, Betrug und gebrochene Verträge. Wir werden unseren Kampf für vollständige Unabhängigkeit – nichts weniger als eine eigene Nation – weiterführen. Und solange Mutter Erde uns versorgt und der Grosse Geist uns führt, gibt es keine Kraft auf der Erde, die uns hindern kann.

Im Geist von Crazy Horse
Gwarth-ee-laas
Leonhard Peltier"



Kurzmeldungen

Indianer starten Protestmarsch

Am Abend des 11. Februar saßen 24 Indianer auf der Insel Alcatraz. In einer gemeinsamen Zeremonie leiteten sie einen Marsch quer durch den Kontinent ein, der sie bis nach Washington bringen soll. Dort wollen sie im Congress gegen die Einschränkung der allen Indianern in den Verträgen zugesicherten Jagd- und Fischfangrechte protestieren (IHT, 13.2.78).

***

Schwulenunterdrückung auch in Kanada

Wie in den USA nehmen auch in Kanada die Übergriffe gegen Schwule rasant zu.

Im Oktober stürmten Bullen mit Maschinenpistolen eine Schwulen-Bar in Montreal und verhafteten 146 Männer. — Als in der folgenden Nacht 2.000 lesbische und schwule Demonstranten auf Kanadas größter Schwulenkundgebung protestierten, griffen die Bullen wieder an. Doch diesmal wehrten sich die Verfolgten entschieden.

Am 30. Dezember 77 stürmten Beamte der Torontoer Sittenpolizei gemeinsam mit Polizisten der Provinz Ontario die Räume einer fortschrittlichen Schwulenzeitschrift, »Body Politics«. Unter dem Vorwand, Beweise sichern zu wollen — dafür, daß hier *»die Post zur Übermittlung und Auslieferung obzöner, ekelhafter, unmoralischer oder abwegiger Dinge benutzt«* wurde, nahmen die Bullen mit, was sie konnten:
— Abonnentenkartei,
— Kundenkartei,
— Anzeigenkartei,
— Finanzunterlagen etc.
— und das gesamte Photoarchiv.

Am 5.Januar wurde »Body Politics« wegen »Obszönität« angeklagt.

Da durfte unsere liebe Anita Bryant mit ihrer »Save our Children GmbH« natürlich nicht fehlen. Prompt traf sie am 15.1. in Toronto zur Eröffnung einer Bekehrungskampagne ein und wurde von den Reaktionären freudig begrüßt: Immerhin gibt es hier viel zu retten — das »Schutzalter« für Schwule liegt in Kanada bei 21! (»Workers World«, 20.1.78).

***

... und weiter grünes Licht für die US-Nazis!

Nach dem Freibrief für die Nazis in Chicago mitHakenkreuzfahnen durch jüdische Viertel demonstrieren zu können, hat ein weiteres Urteil die Antifaschisten und Antirassisten der USA voll ins Gesicht getroffen: *»Wir wollen den Krieg aller Weißen gegen Juden und andere Nichtweiße! ... Schluß mit den illegalen nichtweißen Einwanderern! ... 5.000 Dollar an jeden, der einen Nichtweißen umlegt ...«* (»Workers World«, 27.1.78). Eine Telefonansage mit diesem Text, die von der American Nazi Party in Houston seit Anfang Dezember zu hören war, wurde nach einer Anzeige eines jüdischen Einwohners von einem Gericht in Houston untersagt — bis sie jetzt vom Obersten Gerichtshof von Texas wieder zugelassen wurde! Mit der Begründung: Schließlich habe sich die Telefonansage nicht gegen den Ankläger persönlich (!) gerichtet. Und wieder war es die korrupte Bürger»rechts«organisation ACLU, die die Nazis vor Gericht verteidigte. (40.000 Austritte sind inzwischen die Quittung für die ACLU-Rassisten).

***

Heißer Empfang für Anita

Ausgerechnet beim erzreaktionären Nationalen Religiösen Rundfunk war die schwulenfeindliche Hetzerin Anita Bryant eingeladen. Das ließ den Schwulen in Washington keine Ruhe. Und so war am 22.1. ein Empfangskomitee aufmarschiert, um lautstark auf die Forderungen der Schwulen hinzuweisen. Dabei sprach u.a. der Pastor David Eaton:*»Aufgrund meiner schwarzen Haut steht der Kampf gegen Rassismus für mich an erster Stelle. Aber überall, wo Menschen unterdrückt werden, ist es meine Pflicht, sie in ihrem Kampf zu unterstützen«* (»Workers World«, 10. 2.78). Und Dave Clark, Stadtrat von Washington: *„Solange irgendeiner Minderheit Rechte vorenthalten werden, sind die Rechte aller in Gefahr."*

***

Faschisten kommen aus den Löchern

Ebenso wie in Chicago haben die US-Nazis in zahlreichen anderen Städten inzwischen völlig offen Läden und Versammlungslokale eröffnet, an deren Außenfront Hakenkreuze und Hetzparolen »leuchten«. Um diesen kriminellen Vereinigungen entgegenzutreten, haben die Antifaschisten fast überall kleine aber wirkungsvolle Aktionen durchgeführt. So in Detroit am 19. und 23.12. und in Arlington, Virginia am 10.12., wo anschließend vier Nazis die Ruhe eines Krankenhauses benötigten.

Als in Minneapolis zehn Streikposten der Stahlarbeiter vor der Revere Co. wachten, erdreisteten sich sieben Nazis, ihnen mit Gegenparolen Gesellschaft leisten zu wollen. — die Arbeiter boten den Nazis zwei Perspektiven: 1. Verschwinden; oder 2. »eure Schädel werden Matsch« (»Challenge«, 5.1.78). Die Nazis wählten die erste Perspektive.

USA-Kommission

Italien

5 Referenden fällig im Juni

Die geringsten Schwierigkeiten beim „Zusammenraufen" der Christdemokraten (DC) mit der PCI gab es in der Frage der Ablehnung und weitestmöglichen Verhinderung der „acht Referenden".

Ein Referendum ist in Italien die Möglichkeit, eine Gesetzesänderung durch Volksentscheid zu erzwingen, wenn es gelingt, in einer bestimmten Zeit 500.000 Unterschriften zu sammeln. Das bedeutsamste Referendum der letzten Jahre war das von der DC erzwungene Referendum über das Scheidungsgesetz, bei dem die DC eine deutliche Niederlage erlitt.

Seither sind die bürgerlichen Parteien, in trauter Eintracht mit der PCI,vorsichtiger geworden: Einem Referendum über das Abtreibungsgesetz hat man 1976 Neuwahlen und kleine gesetzliche Änderungen vorgezogen und dadurch verhindert, daß — wie vorgeschrieben — innerhalb eines Jahres eine Volksabstimmung durchgeführt werden mußte.

Man wartet heute noch ...

Die von der Radikalen Partei initiierten „8 Referenden" wurden im Juni 77 dem Obersten Gerichtshof mit 700.000 Unterschriften übergeben, d.h. daß bis Juni dieses Jahres eine Entscheidung erfolgen muß.

Was besagen diese Referenden ? Im Einzelnen geht es um folgende Referenden:

1. Referendum gegen das aus der Zeit des Faschismus stammende „Konkordat" zwischen katholischer Kirche und italienischem Staat (vom Obersten Gerichtshof n i c h t zugelassen).
2. + 3. Antimilitaristische Referenden (wurden ebenfalls von vornherein für unzulässig erklärt).
4. Reform der parlamentarischen Untersuchungskommission.
5. Referendum über die repressiven Normen des Strafrechts.
6. Gegen die öffentliche Finanzierung der Parteien.
7. Referendum gegen das berüchtigte „legge Reale" von 1975, das eine Übernahme und Verschlechterung faschistischer Gesetze über die „Öffentliche Sicherheit" darstellt.
8. Referendum gegen die Anstalten für Geisteskranke; die Gesetze hierzu stammen von 1904.

Die fünf zugelassenen Referenden sowie die noch nicht gelaufene Abstimmung über die Abtreibung bringen DC und PCI nun in arge Verlegenheit. Andreotti hat bereits Überlegungen angestellt, nur das Referendum über die Parteifinanzierung zuzulassen und überhaupt gleich die Gesetze so zu verändern, daß die Durchführung von neuen Referenden praktisch unmöglich gemacht wird (nach „Lotta Continua", 17.2.78).

Italien-Kommission

Italien: 132 Faschisten der „Ordine Nuovo" freigesprochen

Ende Januar wurden in Rom 132 Mitglieder der neofaschistischen „Ordine Nuovo" („Neue Ordnung") freigesprochen. Sie waren wegen Wiederherstellung der verbotenen faschistischen Partei angeklagt worden. („Lotta Continua", 25.1.78).

Unter den Freigesprochenen befinden sich bekannte faschistische Mörder, u.a.
– Giancarlo Rognoni, Chef des Faschistenzirkels „La Fenice" („Der Phönix") in Mailand. Er wurde in einem anderen Verfahren in zweiter Instanz zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, wegen Beteiligung an dem versuchten Anschlag auf den Zug Rom-Turin;
– die Brüder Euro und Marco Castori, die u.a. beschuldigt werden, 1974 in Bologna und anderen Städten Bomben geworfen zu haben;
– Massimiliano Fachini, dem die Beteiligung an dem faschistischen Anschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank im Dezember 1969 vorgeworfen wird, bei dem 12 Menschen starben;
– Mercantonio Bezicheri, Rechtsanwalt des Faschistenführers Freda und Gründer der „Ordine Nuovo" in Bologna.

Nur gegen 19 der vom Vorwurf der Wiedergründung der faschistischen Partei freigesprochenen wird in anderen Verfahren, u.a. wegen der oben genannten Verbrechen verhandelt. So wurde am 1.2. das Verfahren gegen Pierluigi Concutelli und andere bekannte Faschisten – Führer wie Graziani und Massagrande – wegen Mordes an dem Römer Staatsanwalt Occorsio eröffnet. Occorsio leitete die Untersuchungen über den Bombenanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank. Er hatte im November 1973 – nachdem die Beteiligung von „Ordine Nuovo" an diesem Anschlag nachgewiesen war und die Schuld den Linken nicht mehr in die Schuhe geschoben werden konnte – die Auflösung von „Ordine Nuovo" gefordert.

Auch in anderen Verfahren gegen Faschisten ließen die Gerichte in den letzten Wochen über alle Maßen „Milde" walten:
– 36 von 37 MSI-Mitgliedern wurden in Acca Larentino freigelassen, die sich mit der Polizei ein halbstündiges Feuergefecht geliefert hatten;
– 62 Festgenommene der Gruppe „Avanguardia Nazionale" wurden wieder freigelassen, unter ihnen der Faschist Piccolo, der in Bari einen Genossen ermordet hat („LC", 25.1.78).

Italienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Prozeß gegen die „Brigate Rosse" — Aldo Moro entführt

Am Vormittag des 16.3.78 wurde der christdemokratische Spitzenpolitiker Aldo Moro auf offener Straße entführt. 4 seiner Leibwächter wurden erschossen.

Aldo Moro, mehrere Jahre Aussenminister sowie in zwei Regierungsperioden Regierungschef Italins, ist der bisher prominenteste Entführte in der italienischen Nachkriegsära. Dieser italienische Fall Schleyer ereignete sich genau zur Stunde, als im Parlament die nach Monaten zustande gekommene Regierungsbildung bekanntgemacht und das neue Regierungsprogramm verlesen werden sollte. Sofort nach Bekanntwerden der Entführung Moros vertagte das Kabinett seine Sitzung, um mit allen Parteien eine Sondersitzung abzuhalten, auf der ein Krisenstab gebildet wurde.

Kurz nach der Entführung meldete sich bei der Nachrichtenagentur Ansa ein anonymer Anrufer und teilte mit: „Wir haben den Angriff in das Herz des Staates getragen. Moro ist bloß der Anfang!" Er teilte weiter mit, daß die Brigate Rosse („Rote Brigaden") die Verantwortung für diese Entführung übernehmen.

Auf einer Sondersitzung der Spitze der drei Gewerkschaften CGIL-UIL-CISL wurde ein „Generalstreik" für alle Bereiche Italiens ausgerufen (mit Ausnahme der Verkehrsbetriebe und Zeitungen).

Die Fahndung mit bisher nie dagewesenem Einsatz von Polizei und Heereskräften läuft in ganz Italien und inzwischen auch in Europa auf Hochtouren.

Im italienischen Parlament haben sich die Stimmen nach Forderung der Todesstrafe vermehrt; der Chef der Republikaner, La Malfa, verlangte die Einführung des Kriegsrechtes und die Verhängung der Ausgangssperre auf der Grundlage eines Sondergesetzes. Die Faschisten der MSI forderten die sofortige Ablösung des Staatspräsidenten Giovanni Leone, die Übernahme des Innenministeriums durch einen Militär und die Wiedereinführung der Todesstrafe.

Die Entführung Moros findet vor dem Hintergrund des größten „Antiterror"-Prozesses gegen 49 Mitglieder der Brigate Rosse und der Nuclei Amati Proletari NAP (»Bewaffnete Proletarier-Kerne«) statt.

So lautete auch die Forderung eines zweiten Anrufs nach der Entführung Moros bei der Nachrichtenagentur ANSA, daß die 15 in Turin im Gefängnis sitzenden Mitglieder der Brigate Rosse sowie die 5 inhaftierten NAP-Mitglieder freigelassen werden sollten, wenn die Regierung nicht den Tod Moros riskieren wolle.

Der Prozeß gegen die Brigade Rosse

Nach bereits zwei gescheiterten Versuchen im Mai 1976 und im April 1977 findet seit dem 9. März in Turin der Prozeß gegen die Brigate Rosse statt. 15 der Angeklagten sitzen im Turiner Gefängnis, 5 sind untergetaucht, der Rest ist noch auf freiem Fuß. Kurz nach Beginn des Prozesses, in dem sämtlichen Angeklagten die „Bildung einer kriminellen bewaffneten Vereinigung" vorgeworfen wird, wurde im Juni 1976 der Staatsanwalt Coco erschossen.

Der Prozeß wurde daraufhin ausgesetzt.

Nach der Wiederaufnahme im Mai '77 wurde der Vorsitzende der Anwaltskammer, Croce, erschossen aufgefunden, was die Laienrichter und Geschworenen derart in Angst versetzte, daß sie ihre Mandate niederlegten. Da die Angeklagten der Brigate Rosse den Prozeß nicht anerkennen, weigern sie sich auch, Anwälte die Verteidigung übernehmen zu lassen. Nachdem sie bereits vor dem ersten Prozeß sämtlichen Vertrauensanwälten das Mandat entzogen hatten, lehnten sie auch die inzwischen bestimmten Pflichtverteidiger ab. Nach dem Tod des Anwalts Croce weigerten sich sämtliche Pflichtverteidiger und Beisitzer des Gerichts, weiterhin an diesem Prozeß teilzunehmen. Neue Pflichtverteidiger und Beisitzer des Gerichts mußten berufen werden, die jedoch wiederum (nach einem Überfall auf den Vize-Chefredakteur der „Stampa" in Turin, Carlo Casalegna, im November '77) ihre Teilnahme am Prozeß verweigerten.

Von insgesamt 137 berufenen Beisitzern und Verteidigern blieben zur Wiedereröffnung des Prozesses zunächst nur 11 übrig. Unter ihnen die Vorsitzende der Radikalen Partei, Adelaide Aglietta, die durch mehrere Anrufe mit Morddrohungen nicht davon abzubringen war, ihre „staatsbürgerliche Pflicht" zu tun.

Die beiden ersten Prozeßtage vergingen allein mit der Frage der Bestellung von Beisitzern und Verteidigern, als erneut ein Attentat für Aufschub sorgte: Am 10.3. wurde der Chef des „Inneren Sicherheit.. Turins, Rosario Berardi, erschossen aufgefunden. Nach zunächst verschiedenen Anrufen bei der ANSA erklärte die Brigate Rosse in einem Kommuniqué: „Diese Aktion soll nicht als direkt auf den Prozeß bezogen gewertet werden. Sie ist vielmehr ein Sieg, der sich einreiht in die Linie der Anschläge auf die neuralgischen Zentren des imperialistischen Staates und damit eine Episode des revolutionären Klassenkampfes ..." („Corriere della Sera", 12.3.).

Nach wie vor ist jedoch nicht die tatsächliche Verantwortlichekeit dieses Attentats auf Berardi geklärt, denn zum einen waren die Angeklagten im Knast von dieser Aktion nicht informiert, zum anderen gab es mehrere Anrufe, die sich von dieser Aktion distanzierten.

Der Staat will diesmal auf jeden Fall den Prozeß durchziehen, um nicht völlig das Gesicht zu verlieren.

Nachdem sich nun doch 3 Verteidiger und einige Beisitzer gefunden haben, hat der Vorsitzende des Gerichts, Barbaro, offiziell die Anklage verlesen und den Prozeß eröffnet. Neben dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung werden den Angeklagten mehrere Raubüberfälle, Entführungen und Morde zur Last gelegt. Am 20.3. soll es nun zur ersten Zeugenvernehmung kommen — so jedenfalls der Plan, durch den die Entführung Moros allerdings wohl erst mal wieder einen Strich machen wird.



Ort des Anschlags auf A. Moro in Rom – ein erschossener Polizist liegt auf dem Pflaster

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 44

Klima der Repression verschärft sich

Nachdem inzwischen am 17.3. im Kabinett die Bildung einer Bullensondertruppe à la MEK beschlossen wurde, ist jetzt der Ausnahmezustand für sämtliche Teile Italiens ausgerufen worden.

Propagandistisch unterstützt werden diese Maßnahmen durch die PCI, die besonders in Turin selbst für eine Verschärfung des Klimas sorgte. Hatten sich die Arbeiter der Fiat-Werke sowie anderer großer Firmen der Umgebung bei den bisherigen „Solidaritätskundgebungen" mit den „Opfern des Terrors" nicht sonderlich betroffen gezeigt, und waren sie auch dem Streikaufruf und der Beerdigungszeremonie von Anwalt Croce nicht gefolgt, so hat die PCI diesmal besser vorgesorgt: In über 300 Betriebsversammlungen zum Thema Terrorismus sollten die Turiner Arbeiter auf den Prozeß gegen die Brigate Rosse eingestimmt werden.

Mehrere 100.000 Flugblätter hat die PCI an Turiner Schulen und auf öffentlichen Plätzen verteilt.

In der Woche vor dem Prozeß veranstaltete sie zwei Großveranstaltungen mit Berlinguer persönlich.

Ein erster Erfolg dieser Hetzkampagne wurde deutlich an der wesentlich höheren Beteiligung bei der Beerdigung Berardis sowie einem „Streik gegen den Terror", der diesmal auch von Teilen der Fiat-Arbeiter unterstützt wurde.

Darüber hinaus fällt der Prozeß nicht zufällig in die Phase zahlreicher neuer „Anti-Terrorgesetze".

Der Staat hat bereits fertige Pläne zur Einführung von Militärgerichtsprozessen gegen Terroristen in der Schublade, die bei Weigerung der Angeklagten, ein normales Gericht mit Anwälten und Verteidigern anzuerkennen, realisiert werden sollen.

Vor diesem Hintergrund und der realen Gefahr ständig neuer repressiver Maßnahmen des Staates gegen politische Gefangene stößt die Taktik der Angeklagten der Brigate Rosse auch in fast allen Kreisen der linken und revolutionären Kräfte Italiens auf Kritik und teilweise scharfe Ablehnung, was auch zu beschämenden Erscheinungen wie während der Distanzierungs-Hysterie nach der Schleyer-Entführung in der BRD führt.

Italien-Kommission

Italien: Frauen gegen „Terrorismus"

In Italien hat in diesen Tagen der Prozeß gegen 49 Mitglieder der „Brigate Rosse" (Rote Brigaden), einer bewaffneten Gruppe, begonnen. Die BR haben zum Auftakt des Prozesses in Turin einen Polizei-Offizier, der wesentlich an der Verhaftung von BR-Mitgliedern beteiligt war, erschossen. Richter und Geschworene des Prozesses haben Todes-Drohungen erhalten. Fast alle Teile der Linken haben sich genötigt gesehen, sich immer schärfer von den BR zu distanzieren.

Vor diesem Hintergrund ist eine Erklärung bekannter Frauen der Linken (außerhalb der KP) zu sehen, die u.a. unterschrieben wurde von Petra Krause (die selbst in der Schweiz und in der BRD wegen „terroristischer Verbrechen" angeklagt ist), Rossana Rossanda („il manifesto"), Lisa Foa („Lotta Continua") und Adele Faccio (Radikale Partei, Bewegung für die Befreiung der Frau). Weitere Unterzeichnende sind u.a. Franca Rame, Giancarla Codrignani, Camilla Cederna und Dacia Maraini. Die Erklärung lautet (nach „il manifesto", 12.3.78): „*Wir müssen klar und entschieden sagen, daß der Terror als politische Waffe, die Tötung des Polizeioffiziers Berardi, die gezielten Todesdrohungen gegen Adelaide Aglietta* (eine der Geschworenen im BR-Prozeß, führende Vertreterin der Radikalen Partei — Anm. AK) *und die allgemeineren Drohungen gegen alle Richter des Turiner Gerichtshofs, von wem sie auch kommen mögen, Rote Brigaden oder sonstwem, nichts zu tun haben mit uns als Frauen und Feministinnen, daß sie nichts zu tun haben mit den Traditionen der Befreiungsbewegung aller Unterdrückten; sie haben nichts zu tun mit den Hoffnungen der Masse der Frauen und Männer, die im Kampf für eine Gesellschaft stehen, bei der der Mensch das Maß aller Dinge ist.*

Die unterschiedslose Gewalt, der Terrorismus, sich zum Richter und Henker über das Leben anderer aufzuspielen, das waren stets die Methoden, die von den autoritären Staaten angewendet wurden, von den Mächtigen, von Faschismus und Nazismus, um ihre eigene Autorität gegen das Volk durchzusetzen. Deshalb drücken wir unseren Schmerz, unsere Empörung und unsere Verurteilung für die Drohung aus, die gegen Adelaide Aglietta gerichtet wurde, die in diesem Moment, jenseits unserer Meinungsverschiedenheiten, uns alle vertritt, als Frauen, als Demokratinnen. Adelaide Aglietta oder die anderen Frauen zu treffen, die in diesem Prozeß als Geschworene oder Verteidiger (gemeint sind die von den Angeklagten abgelehnten Pflichtverteidiger — Anm. AK) *fungieren, das heißt heute, die Kämpfe zu treffen, die jeder von uns, zuhause, auf der Straße, auf den Plätzen, in den Gefängnissen, in den Gerichten, in den Institutionen persönlich führt. (...) Daher rufen wir alle Frauen auf, sich um die Genossin Adelaide Aglietta zu scharen, ebenso wie um die anderen Frauen, die als Richter (Geschworene) und Verteidiger in diesem Prozeß stehen, zur Verteidigung ihrer Autonomie, ihres Lebens, ihrer gemeinsamen Hoffnungen auf Befreiung, die heute nicht nur vom Staat in Frage gestellt werden, sondern auch von Männern, die sich zum Staat machen, die sich als Richter, Rächer und Henker aufspieen*".

Bedenkt man, daß ein großer Teil der Unterzeichnerinnen sich als Marxistinnen versteht, so lassen die offensichtlichen politischen Dummheiten dieser Erklärung (prinzipielle Absage an den Terror als politische Waffe; Idealisierung des Staatsapparats und der Klassenjustiz als Summe mitleidenswerter Menschen, die um ihre „Autonomie" etc. kämpfen) sich nur so interpretieren, daß derzeit mehr dem Druck einer allgemeinen Haß-Kampagne (die von KP und Gewerkschaften mitgetragen wird) in der italienischen Linken ähnlich wie in der BRD nach der Schleyer-Entführung das Distanzierungs-Fieber grassiert. Hätten die Frauen vom marxistischen Standpunkt aus zur Frage des Terrorismus Stellung nehmen wollen und hätten sie sich nur mit einer bedrohten fortschrittlichen Frau solidarisieren wollen, so hätte sich das zweifellos auch erheblich klarer ausdrücken lassen.

Dänemark: Kriminalisierung der Mieterkämpfe

Vor dem Kopenhagener Stadtgericht läuft seit dem 6.3. der Prozeß gegen 2 angebliche „Rädelsführer" der Straßenkämpfe, mit denen die Bewohner des Stadteils Nörrebro die Räumung der Kindertagesstätte in der Todesgade verhindern wollten. Im August letzten Jahres konnten die Räumungskommandos trotz massiver Unterstützung durch die Hunde und Knüppel der Polizei nur einen kleinen Teil der Gebäude entfernen. Seitdem wurde für die Wiedereröffnung gearbeitet; zum Jahresbeginn sollte es in eigener Regie weitergehen.

Am 10. Januar dieses Jahres nun wurde die erneute Blockade der Bewohner durch mehrere Hundert Polizisten gebrochen und die damals geretteten Räumlichkeiten endgültig abgerissen.

Damit und mit dem nun laufenden Prozeß soll den in Dänemark breit entwickelten Mieterkämpfen ein schwerer Schlag versetzt werden. Den beiden Angeklagten wird vorgeworfen, durch „Rufe, Schreie oder ähnliches Auftreten die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört" zu haben („Politiken", 5.3.). Die Anklage stützt sich dabei auf ein Rundschreiben des Justizministeriums, das nach den Kämpfen bei den Betrieben Info und Baekkelund herauskam und mit dem physische Blockaden, ein in Dänemark übliches Kampfmittel der Arbeiter, kriminalisiert wurden.

Daß es bei dem harten Vorgehen gegen die Bewohner von Nörrebro darum geht, ein Exempel zu statuieren, wird immer deutlicher. Denn Voraussetzung für den Abbruch sollte sein, daß das Gelände unmittelbar danach für einen Neubau benutzt wird. Doch bislang liegt noch nicht mal ein lokaler Bebauungsplan vor und auf dem Grundstück passiert gar nichts. Die Blockade war also Notwehr zur Verhinderung von ungültigen Beschlüssen. Anklage und Verteidiger betrachten das Ganze als „farceartigen Schauprozeß", denn das Gericht hat die Vernehmung von Pelle Jarmer (Sozialbürgermeister von Kopenhagen und verantwortlich für die Sanierungspläne von Nörrebro) und des ehemaligen Justizministers Orla Möller (verantwortlich für das erwähnte Rundschreiben) als Zeugen abgelehnt („Information", 7.3.78).

Während die Angeklagten im Gerichtsgebäude die Aussage verweigerten, demonstrierten am 6.3. 500 Menschen vor Gericht. Aufgerufen hatten mehrere Gewerkschaftsgruppen und Mieteraktionen. In einigen Betrieben fanden Solidaritätsstreiks statt.

Parallel zu diesen Ereignissen läuft z.Zt. in Randers ein umfassender Prozeß gegen 100 (!) Mieteraktivisten. Sie wurden verhaftet, als sie im Oktober/November letzten Jahres an einer Blockade gegen die Blitzmodernisierung eines Wohnkomplexes zwecks Umrüstung zu Eigentumswohnungen teilnahmen („Information", 6.3.).

Skandinavienkommission

Skandinavien

Kurzmeldungen

Landesweiter Gefangenenstreik in Dänemark

Bereits am 9.1. hatte ein Streik von ca. 50 ausländischen Gefangenen gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen und den Hunger„lohn" stattgefunden.

Am 6.3. wurde auf Initiative der Gefangenen in Horsens ein neuer landesweiter Streik ausgerufen, der überall im Land – mit Ausnahme von 3 Gefängnissen – befolgt wurde. Die Forderungen der Gefangenen richteten sich gegen die enormen Preissteigerungen und den damit verbundenen „Lohn"rückgang. Ihr Wochenlohn beträgt nur 84,80 dkr. (knapp DM 30). Sie fordern 125 dkr. pro Woche.

***

Schwedischer Protest gegen sowjetische Atom-U-Boote in der Ostsee

Schweden hat bei der sowjetischen Regierung gegen die Stationierung ihrer atomwaffentragenden U-Boote in der Ostsee protestiert. Die Begründung für ihren Protest war, daß kein nordisches Land Atomwaffen hat und daß Schweden keine Atomwaffen in seiner Nähe haben will.

Die Stationierung dieser U-Boote ist der schwedischen Regierung aber schon seit über einem Jahr bekannt. Auf die Frage, warum man dann nicht schon früher protestiert hätte, wurde geantwortet, man hätte vorher nicht gewußt, warum diese U-Boote in der Ostsee seien. (nach „Dagens Nyheter" vom 1.3.78)

Dänemark: Entscheidung über AKWs rückt näher!

Auf Anfang Mai ist jetzt von der dänischen Regierung die Folketingsdebatte über die Ausbeutung der Naturgasvorkommen in der Nordsee angesetzt worden. Das ist insofern interessant, als eine Entscheidung über die Einführung der Atomenergie dann getroffen werden soll, wenn das Folketing über die Naturgasgewinnung entschieden hat.

Trotz verstärkter Versuche, der dänischen Bevölkerung die Atomenergie schmackhaft zu machen, hat die Regierung – auch nach der letzten Meinungsumfrage – nicht gerade die besten Karten. Diese Meinungsumfrage ergab wiederum ein klares NEIN zu AKWs!

***

Giftgaswolke über Sprengstoffwerk in Schweden

Bei einem Unglück in den Nobelwerken in Karlskoga entstand über dem Werk eine Giftgaswolke. Etwa 50 Personen mußten in Sicherheit gebracht und die Bewohner der umliegenden Werke evakuiert werden.

Das Unglück geschah durch ein Leck in einem Tankwagen. Hochgiftige Schwefelsäuredämpfe entwichen, die die Lungen angreifen. Das ist nicht das einzige Unglück, das in letzter Zeit in diesem Sprengstoffwerk passiert ist. Erst vor einigen Wochen bestand bei einem Brand höchste Explosionsgefahr. In letzter Zeit gab es mehrere Sprengstoffunglücke mit zahlreichen Opfern. (nach „Dagens Nyheter" vom 1.3.78)

Bestrafung wegen AKW-Abschaltung

Aus Protest gegen die Unterbesetzung der verschiedenen Schichten im AKW Ringhals/Schweden stoppten zwei Ingenieure im Sommer letzten Jahres das zweite Aggregat. Daraufhin erfüllte der Betreiber dieser Anlage, der schwedische Konzern Vattenfall, sofort die Forderungen der beiden Angestellten. Die Schichten wurden verstärkt. Erst jetzt, fast ein Jahr später, wurden die beiden Ingenieure mit Lohnentzug für einen Monat bestraft, da der Betrieb der Anlage damals unterbrochen wurde. Zynische Begründung des Gerichts: „*Es lag keine Gefahr für die Sicherheit vor!*"

***

EAP in Schweden für AKWs aktiv

Die EAP („Europäische Arbeiterpartei"), auch in der BRD wegen etlicher Provokationen bekannt, beginnt in Schweden als Befürworter von AKWs ihr Unwesen zu treiben. Die EAP hat in Schweden nur einige zehn Mitglieder. In ihrer Zeitung läßt diese angebliche „Arbeiterpartei" wilde faschistoide Hetztiraden sowohl gegen AKW-Gegner und Linke als auch gegen Sozialdemokraten los. So wird Olaf Palme als „*verrückter Mörder*" und als „*maoistischer CIA-Agent*" bezeichnet. Eines ihrer Flugblätter trägt die Überschrift „*Werft die maoistischen Ratten in den Yang-tse Kiang*". (nach „Miljötidningen" 2/78)

Skandinavien-Kommission

Zypern

Wird Zyperns Unabhängigkeit jetzt verschachert ?

Seit Amtsbeginn des sozialdemokratischen Regierung Ecevit sind verstärkt Bemühungen festzustellen, über Gespräche mit der griechischen Regierung den »weichen Bauch der NATO«, die Süd-Ost-Flanke, zu festigen. Das Stichwort ist: *»Reaktivierung des Verteidigungsvermögens«*.

Hierzu hatte der türkische Ministerpräsident Ecevit der griechischen Regierung in verschiedenen Noten mitgeteilt, daß er ein Treffen mit Karamanlis für notwendig hielte.

In der Zeit zwischen dem 9. und 11. März trafen sich die beiden Politiker im schweizerischen Montreux. Karamanlis und Ecevit haben dabei versucht, der *»Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß sie ihre beiderseitigen Probleme am besten ohne Einbeziehung anderer lösen könnten«* (Tagesspiegel, 12.3.78). Man kann dies auch anders sehen: sie wollten nicht den Eindruck vermitteln, daß sie von den Imperialisten regelrecht an den Tisch gesetzt wurden.

So entschied sich Karamanlis zu dem Treffen, nachdem er im Januar die Hauptstädte der EG-Imperialisten bereist hatte. Auf Ecevit lastet andererseits der Staatsbankrott, der nur über die imperialistischen Länder zu sanieren ist, und diese wollen bekanntlich für jede Mark ihre politischen Bedingungen erfüllt sehen.

„Reaktivierung des Verteidigungsgefüges"

Zur angestrebten »Reaktivierung des Verteidigungsgefüges« gehört zum einen die Teilung Zyperns und damit die Zerschlagung der Unabhängigkeit dieses Landes. Damit soll Zypern endgültig als unversenkbarer Flugzeugträger im Nahen Osten für die US- und EG-Imperialisten operieren.

Die Bedeutung für die Imperialisten wurde gerade angesichts der letzten Ereignisse im Nahen Osten deutlich.

So sieht der türkische Plan einen Rückzug aus lediglich fünf Prozent des besetzten Teils Zyperns vor, der derzeit 38 % umfaßt. Außerdem peilen die Türken eine Konföderation von zwei unabhängigen Gebieten an, deren Gemeinsamkeit nur noch durch eine politisch machtlose Zentralregierung besteht, deren Präsidenten alle zwei Jahre durch einen griechischen oder türkischen Zyprioten wechselweise bestimmt wird.

Wenn auch dieser Plan sich in Griechenland auf Grund der starken anti-imperialistischen Stimmung nicht durchsetzen läßt, so ist er in der Grundsache für die Imperialisten optimal. Hier kann aber noch um Gebietsprozente gefeilscht werden.

Obwohl beide Seiten betonen, Zypern wäre ein Problem der Zyprioten, ist nicht zu übersehen, daß die Imperialisten auf ihre Lakaien in Griechenland und in der Türkei setzen. Die Interessen der Zyprioten stehen nicht zur Debatte.

Während der Druck der Imperialisten auf Griechenland darauf hinausläuft, Konzessionen in der Zypernfrage zu machen, damit die Teilung durchgesetzt werden kann, werden die politische Konzessionen der Türken wesentlich im Ägäis-Bereich liegen.

Daß Karamanlis und Ecevit ihre Eigenständigkeit gegenüber den Imperialisten in Montreux betonen mußten, ist ein gutes Zeichen dafür, daß die anti-imperialistischen Kräfte in der Türkei und vor allem in Griechenland und Zypern den Ausverkauf ihrer Interessen erkannt haben. An diesem Widerstand sind bisher alle Putschversuche, Invasionen und Verhandlungen gescheitert. Deshalb müssen sich die Zyprioten auf neue Auseinandersetzungen einstellen. Gerade sie kennen den Kreislauf von Verhandlungen und militärischen Interventionen.

Griechenland/Türkei-Kommission



nahost

Israel

Verfolgung fortschrittlicher Juden

In der letzten Zeit verstärkte sich die Verfolgung gegen zwei fortschrittliche Juden in Israel. Im November letzten Jahres wurde gegen die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer Berufsverbot für Militärgerichte verhängt, im Januar wurde der Journalist Hans Lebrecht zusammen mit dem Zyprioten Panayotis Paschalis verhaftet.

In allen Fällen werden tatsächliche oder angebliche Kontakte zur PLO zum Anlaß genommen, um mit den Argumenten *„Sicherheitsrisiko"* oder *„staatsfeindliche Umtriebe"* die Verhängung eines Berufsverbotes oder die Verhaftung zu „begründen". Tatsächlich geht es um nichts anderes, als fortschrittliche Juden mundtot zu machen, die, wie Felicia Langer und Hans Lebrecht, seit Jahren die Verbrechen des zionistischen Regimes gegen die Palästinenser vor aller Weltöffentlichkeit anprangern, und sich konkret für die Belange der palästinensischen Bevölkerung einsetzen.

Prozeß gegen fortschrittliche Journalisten

Am 19.2.78 begann der Prozeß vor dem Bezirksgericht in Tel Aviv gegen den fortschrittlichen jüdischen Journalisten Hans Lebrecht und seinen zypriotischen Kollegen Panayotis Paschalis. Lebrecht und Panayotis wurden am 17.1.78 in einem Hotel in Tel Aviv mit der Begründung *„staatsfeindlicher Umtriebe"* von israelischen Sicherheitskräften verhaftet. Den beiden Journalisten wird vorgeworfen, Informationen für *„palästinensische Terroristenorganisationen"* gesammelt und gegen die Sicherheit Israels agiert zu haben („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 27.1.78). Daß es sich hierbei um nichts weiteres als um eine Provokation handelt, mit der die fortschrittlichen Journalisten eingeschüchtert und kriminalisiert werden sollen, wird daran deutlich, daß gegen Lebrecht bisher keinerlei konkrete Vorwürfe erhoben werden konnten und daß bei Panayotis die „Beweise" mehr als konstruiert sind. Letzterem wird nämlich vorgeworfen – er ist akkreditierter Journalist
Letzterem wird nämlich vorgeworfen – er ist akkreditierter Journalist und Pressefotograph – Bilder von Kinos, Hotels und Märkten geknippst zu haben. Wie die Anklage ausführt: Bilder von *„für feindliche Terroraktionen empfindlichen Plätzen"*!!! („Neues Deutschland", „ND", 21.2.78). Beiden wird außerdem der Vorwurf der „Spionage" gemacht, abgeleitet aus Kontakten zur PLO.

Mit dem Vorwurf der „Spionage" waren schon im Dezember 1972 60 israelische Kommunisten (sowohl arabischer als auch hebräischer Abstammung) verhaftet worden, die zu den antizionistischen Gruppen „Rote Front" und „Revolutionärer Kommunistischer Bund" gehörten. Die Anklage diente dazu, gegenüber der hebräischen Bevölkerung Israels jede politische Zusammenarbeit mit Arabern als „Landesverrat" zu diffamieren und von einer solchen Zusammenarbeit abzuschrecken. Die Gerichtsprozesse endeten damals mit Terrorurteilen von bis zu 17 Jahren Gefängnis (vgl. AK 35).

Lebrecht und Panayotis enthüllten schon seit Jahren als Korrespondenten revisionistischer Zeitungen die Verbrechen der Zionisten gegen die palästinensische Bevölkerung. Dies ist der wirkliche Grund für die Verfolgung der beiden Journalisten.

Hans Lebrecht ist Jude, in Ulm geboren, und lebt seit 1938 als Verfolgter des Nazi-Faschismus in Palästina.

Er ist Mitglied des ZK der israelischen revisionistischen KP und arbeitet als Korrespondent für mehrere revisionistische Zeitungen in Europa, darunter „L'Humanite" (Paris), „Unita" (Rom), „Neues Deutschland", „Unsere Zeit" und des DDR-Rundfunks. Sein Kollege Panayotis arbeitet zur Zeit – und zum wiederholten Male – in Israel als ständiger Pressefotograph für Zentralbild und DDR-Fernsehen, sowie als Korrespondent der zypriotischen Zeitung „Haravghi" (Organ der AKEL, Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns).

Die Haftbedingungen der beiden wurden als *„schwere Provokation und großer Skandal"* von der Fortschrittspartei Zyperns „AKEL" scharf verurteilt („ND", 14.2.78). So bewilligte man Hans Lebrecht, der in Isolationshaft gefangen gehalten wurde, bis zum 24.1.78 keinen Besuch eines Anwaltes oder eines Familienmitgliedes („UZ", 24.1.78). Sein gesundheitlicher Zustand verschlechterte sich aber der-



Hans Lebrecht

art, daß man ihn nach 14 Tagen Untersuchungshaft gegen eine Kaution von 100.000 israelischen Pfund (etwa 15.000 DM) auf freien Fuß setzte. Dies ist sicherlich auch ein Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit, so wurden Proteste von der israelischen kommunistischen Partei, dem Generalsekretariat der Internationalen Journalistenorganisation (IOJ) und Journalistenverbänden der CSSR und der DDR breit veröffentlicht („ND", 15.2.78). Im Gegensatz zu dem 62 jährigen Hans Lebrecht sitzt Panayotis weiter in U-Haft. Obwohl er selbst, wie auch seine Familie, in Hungerstreik trat, haben sich seine Haftbedingungen nicht verbessert. So berichtete die israelische fortschrittliche Rechtsanwältin Felicia
So berichtete die israelische fortschrittliche Rechtsanwältin Felicia Langer: *„Er ist in einer kleinen Zelle mit Kriminellen zusammengepfercht muß auf dem Boden schlafen und wird in der „Freistunde" von Kriminellen beschimpft und attackiert"* („ND", 18./19.2.78). Die zyprische Regierung wandte sich daraufhin mit einem scharfen Protest an die israelische Regierung und erklärte *„dem eingekerten Paschalis ihren Rechtsberater als Rechtsbeistand zur Verfügung zu stellen" („UZ", 18.2.78).* Die Stellungnahme der zyprischen Regierung ist sicherlich auch ein Ausdruck der Demonstrationen in der zyprischen Hauptstadt Nikosia, die die unverzügliche Freilassung von Paschalis forderten („UZ", 17.2.78).

Die KP Israels (RAKACH) forderte die Öffentlichkeit kurz vor dem Prozeßbeginn auf, *„ihre Stimme gegen die Bedrohung der Pressefreiheit, die Gefahr für die demokratischen Freiheiten und gegen die Gefahr des Faschismus in Israel zu erheben"* („ND", 11./12.2.78).

Panayoitis Paschalis übersandte folgende Erklärung an die Presse: *„Ich weiß, daß ich inhaftiert bin, weil ich meine Pflicht gegenüber einem unterdrückten Volk ausübe – dem palästinensischen Volk, dessen gerechte Sache ich in der ganzen Welt in Schrift und Bild Vertrete ..."* („ND", 11./12.2.78).

Es bleibt abzuwarten, mit welchen Strafen die beiden Journalisten verurteilt werden. Der Prozeß ist bis zum Anfang Mai verschoben worden.

Berufsverbot für die fortschrittliche israelische Rechtsanwältin Felicia Langer

Am 22. November wurde der fortschrittlichen israelischen Rechtsanwältin Felicia Langer der endgültige Bescheid über den Entzug ihrer Sonderlizenz, vor Militärgerichten aufzutreten, die für Soldaten zuständig sind, zugestellt. Anfang des Jahres war Felicia Langer die Lizenz entzogen worden, jetzt lehnte das Oberste Gericht ihren Einspruch ebenfalls ab. Begründet wurde der Lizenzentzug mit den Kontakten F. Langers zur PLO und ihren Verbindungen zu sozialistischen und kommunistischen Staaten, wodurch sie ein „Sicherheitsrisiko" darstelle. Dies ist allerdings eine sehr vorgeschobene Begründung.

Tatsache ist, daß Felicia Langer, die Mitglied des ZK der revisionistischen israelischen KP (RAKACH) und Mitglied der israelischen Liga für Menschenrechte ist, damit faktisch ein Berufsverbot erhalten hat.

Der Entzug der Sonderlizenz – F. Langer besaß als einzig fortschrittliche Rechtsanwältin eine solche Lizenz – bedeutet nicht nur, daß sie keine israelischen und drusischen Soldaten mehr vor Miltärgerichten vertreten kann. (In den letzten Jahren ist es z.B. immer häufiger vorgekommen, daß fortschrittliche israelische Soldaten den Kriegsdienst in den besetzten Gebieten verweigert haben, ebenfalls viele Drusen, die in Israel Kriegsdienst leisten müssen. Viele dieser Kriegsdienstverweigerer sind von F. Langer verteidigt worden.)

Der Verteidigungsminister kann ihr jetzt, da sie keine Sonderlizenz mehr besitzt, mit Hinweis auf „Sicherheitsrisiken" das Erscheinen vor j e d e m anderen israelischen Gericht (Militärgerichte, vor denen politische Prozesse verhandelt werden, Zivilgerichte) verbieten. Eine solche Vorschrift gibt es im israelischen Recht (vergl. Interview mit Felicia Langer im „3. Welt-Magazin", 11/12, 77).

Erstmals angewandt wurde diese „Vorschrift" gegen F.Langer, als sie die beiden Deutschen Thomas Reuter und Brigitte Schultz vor Gericht vertreten wollte (B. Schultz und Th. Reuter waren zusammen mit drei Palästinensern im Januar 1976 in Nairobi, Kenia, verhaftet worden, mit der Beschuldigung, einen Anschlag auf eine El Al-Maschine verüben zu wollen. Kurz darauf sind sie nach Israel (!) ausgeliefert worden, mit Sicherheit auf entsprechenden Druck und Erpressungen von zionistischer Seite. (Wir berichteten im AK 103 darüber). Mit dem Hinweis auf einen Brief des damaligen Verteidigungsministers Peres wurde ihre Verteidigung abgelehnt, da es sich um ein Geheimverfahren handeln solle, zu dem nur Rechtsanwälte mit einer Sonderlizenz zugelassen sind.

Dieser Prozeß, der scheinbar bisher immer noch nicht stattgefunden hat, kann allerdings nur als ein willkommener Anlaß angesehen werden, F. Langer ein faktisches Berufsver-



Felicia Langer

bot zu erteilen. Der wahre Grund ist in ihrer gesamten bisherigen Tätigkeit zu suchen. F. Langer hat nicht nur in vielen Prozessen Kriegsdienstverweigerer und politische Gefangene (von PFLP-Genossen bis zu drusischen Notablen) verteidigt, sie ist immer wieder öffentlich gegen die Menschenrechtsverletzungen durch die Zionisten in den besetzten Gebieten und durch die israelischen Gerichte aufgetreten, so. z.B. in vielen Interviews mit ausländischen Zeitungen, mit Aussagen vor Menschenrechtskommissionen, und nicht zuletzt in ihrem jetzt in deutscher Sprache vorliegenden Buch „Mit eigenen Augen", in dem sie an Hand vieler konkreter Beispiele aus ihrer Verteidigerarbeit berichtet und dadurch umfassend die Verbrechen der Zionisten aufzeigt.

Aus diesem Buch wird deutlich, daß es sich bei den in Nairobi gekidnappten und in Israel vor Gericht gestellten beiden Deutschen und den drei Palästinensern keineswegs um eine neue Variante zionistischer Unverfrorenheit handelt. Kidnapping im Ausland und anschließende „Verwaltungshaft" in Israel wird schon seit Jahren gegen Palästinenser praktiziert. Seit März 1972 gibt es sogar einen neuen Artikel im israelischen Strafgesetz (2a), der besagt: *„Israelische Gerichte sind berechtigt, jeden nach israelischem Recht vor Gericht zu stellen, der außerhalb Israels Taten begangen hat, die in Israel strafbar sind und die dem Staat Israel, seiner Sicherheit, seinem Eigentum, seiner Wirtschaft oder seinen Nachrichten- und Verkehrsverbindungen mit anderen Ländern schaden oder schaden sollten".* Unter Anwendung dieses „Gesetzes" wurden – nur eines von vielen Beispielen – z.B. zehn Araber aus dem Südlibanon zu je 6 Jahren Gefängnis verurteilt, die dort bei einem Überfall der Zionisten im September 1972 gefangengenommen und nach Israel verschleppt worden waren (F. Langer, Mit eigenen Augen, pdw-Verlag, 1977, S. 137 ff).

Die Feststellung des Obersten Gerichtes, daß F. Langer ein „Sicherheitsrisiko" darstelle, bedeutet auch eine sehr viel höhere persönliche Gefährdung. Schon bisher war F. Langer Repressionen, Drohungen und Angriffen ausgesetzt. Im Interview sagt sie: *„In Israel in solcher Weise klassifiziert zu werden, das heißt praktisch, die Straße zur Lynchjustiz auffordern. Denn Sicherheit steht noch höher als Gott"* („3.Welt-Magazin", 11/12.77). Der Lizenzentzug bedeutet aber vor allem, daß die Weltöffentlichkeit jetzt noch weniger als bisher über die Unterdrückungsmaßnahmen der Zionisten in den besetzten Gebieten, die ständigen Menschenrechtsverletzungen und die miserable Lage der politischen Gefangenen erfahren wird.

Schluß mit dem Gerede von „Verschwörung"

Im Artiekl über den ägyptischen Terror-Anschlag auf Zypern (AK 124, S. 50) wurde über den "Verdacht" von Revisionisten und PLO-Führung berichtet, daß *"imperialistische und zionistische Geheimdienste für den Anschlag verantwortlich sind."* (PLO-Chef Arafat). Zur "Untermauerung" dieser Verschwörer-These wird folgendes vorgetragen:

● *Der ermordete Jussuf al Sebai sei Gegner von Sadats Politik gewesen.* In Klammern steht dabei: *"Darüber existieren allerdings unterschiedliche Angaben."* In der Tat, auch über die Frage, ob z.B. der Schah von Iran ein fortschrittlicher Mensch ist, existieren unterscheidliche Angaben. Nach unserem Wissen stellt von der deutschsprachigen Presse nur der "Berliner Extradienst" Spekulationen ohne echten Beweis darüber an, daß Sebai ein fortschrittlicher Brückenkopf in der reaktionären Sadat-Regierung gewesen sei. Selbst das "Neue Deutschland" vermeidet bezeichnenderweise jede Aussage über die Person Sebais und seine politische Einstellung. Andererseits ist sein Lebenslauf selbst der schlagendste Gegenbeweis. Nasser machte Sebai 1957/58 zum Chef der AAPSO, *"um den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen"* (1). Sebai war nicht absetzbar von Seiten der AAPSO. 1967 war Sebai z.B. mit *"der Entfernung linksgerichteter Autoren"* vor dem zweiten arabischen Schriftstellerkongreß beschäftigt (2). Sadat säuberte nach seiner Machtübernahme 1971 alle noch verbliebenen Kommunisten aus dem Staatsapparat (3) und führte z.B. nach den Studenten- und Arbeiterunruhen 1973 erneute Säuberungen durch (4), dabei wurde Sebai 1973 Kultusminister und 1976 Präsident der Regierungszeitung "Al Ahram" und damit oberster ägyptischer Zensor (5). Er war entsprechend verhaßt. Das mag hier genügen, wir haben weitere Fakten(6).

● *Die Ägypter wüßten, daß die entführte Maschine nach Larnaka zurückkehren würde. Es gäbe intensive Kontakte zwischen ägyptischen, zionistischen und US-Geheimdiensten auf Zypern.* Zu beiden Argumenten ist zunächst mal zu sagen, daß dies Beweise dafür sind, daß der ä g y p t i s c h e Ü b e r f a l l das Ergebnis einer Zusammenarbeit von Ägypten, Zionisten und USA war, und das ist sicher richtig. Dies beweist jedoch gar nichts darüber, ob die E n t f ü h r e r imperialistische Agenten waren. Es ist typisch für Revisionisten, diese absolut verschiedenen Dinge durcheinanderzuwerfen. Für sie sind Gegner von links immer "objektiv" identisch mit rechten Reaktionären. Die Zionisten hatten schon ganz zu Anfang ihre "Hilfe" angeboten und waren von der zypriotischen Regierung entschieden abgewiesen worden. Es liegt auf der Hand, daß sie dann die Ägypter mit Nachrichten versorgten und in den Kampf schickten.

● *Unter den Geiseln seien vier PLO-Führer gewesen.* Das war in der Tat sehr peinlich für die PLO-Führung, ein Beweis für die Verschwörer-Theorie ist es nicht, auch wenn sich die PLO-Führung sehr anstrengt, es so hinzustellen, um von der Peinlichkeit abzulenken, daß sie bei einem Techtelmechtel mit einem ägyptischen Palästinenserfeind durch ein palästinensisches Kommando aufgescheucht worden war.

Vergegenwärtigen wir uns nun noch einmal die Ereignisse:

Im besten Luxushotel Nikosias findet ein revisionistisches Solidaritätskonferenztheater statt. Zwei Palästinenser stören die schleimige Athmosphäre, erschießen den Präsidenten der Versammlung, einen berüchtigten konterrevolutionären ägyptischen Hetzpropagandisten und erwischen in seiner Gesellschaft gleich noch einen ganzen Haufen rechter PLO-Führer. Denen wird ein tüchtiger Schrecken eingejagt, und am Ende läßt man sie ungeschoren und blamiert laufen. So vom Anschein her doch eigentlich eine "saubere Aktion", oder!? Jedenfalls liegt sie klar in der Logik des radikalen Flügels des palästinensischen Befreiungskampfes. Und schließlich sorgt der blutige ägyptische Überfall auch noch dafür, daß ganz klar wird, wie das reaktionäre Sadat-Regime zur Souveränität Zyperns und zur palästinensischen Revolution steht.

Revisionisten und PLO-Führer sind da natürlich anderer Ansicht.

Die PLO-Führung befürchtete vor allem, durch die Operation von Nikosia könne der Eindruck enstehen, *"die PLO habe keine Kontrolle über das palästinensische Volk"* (7). Auf Deutsch gesagt, der Alleinvertretungsanspruch der rechten PLO-Führer im Gegensatz zu den Kräften der Ablehnungsfront war in Gefahr.

Die Revisionisten konzentrieren sich bezeichnenderweise nicht auf eine Verurteilung des ägyptischen Überfalls, sondern auf die beiden Palästinenser: *"Verbrecherischer Überfall auf die Tagung der AAPSO...feiger Mord an Sebai...Diese Machenschaften leisten den Kräften des Imperialismus und der Reaktion Vorschub, die mit allen Mitteln die sich ständig festigende weltweite Solidaritätsbewegung zu spalten versuchen."* ("Neues Deutschland", u.a. 21.2. und 27.2.; "Neue Zeit", Nr.9/78 und "Horizont" 10/78). Der "Berliner Extradienst" (24.2.) führt diese Theorie aus: *"Der ermordete Jussuf al Sebai war...die letzte Verbindung zwischen der ägyptischen Staatsführung und der sowjetischen Regierung."* Es sei *"die Funktion des Attentats"* gewesen, diese Verbindung abzuschneiden. Die Revisionisten begreifen also den Angriff auf die Kapitulationspolitik in der Person Sebais deshalb als Angriff auf sich selbst, weil es ihr Interesse ist, bei der Kapitulationspolitik mitzumachen. Nur zu ihrem großen Bedauern hat sich Sadat die USA als Weggefährten ausgesucht.

Wenn Revisionisten sagen, daß irgendwelche militärischen Aktionen "der Reaktion in die Hände arbeiten" und daß es sich um "Agenten" handele, dann sollten Genossen sehr mißtrauisch sein.

Der schlagende Beweis für die politischen Interessen, die hinter der Verschwörertheorie stehen, liegt inzwischen vor: Ganze drei Wochen, nachdem sie die Aktion in Nikosia verurteilt hat, hat die PLO-Führung selbst die Aktion auf der Straße von Haifa nach Jaffa in Gang gesetzt, die auch nicht annähernd so politisch klar ist, wie die Aktion von Nikosia. Doch bei dieser Aktion sind nun auch plötzlich die Revisionisten dafür. Bei der Ablehnung der Aktion von Nikosia ging es diesen Herrschaften also vor allem darum, eine Aktion abzulehnen, die sich gegen ihre eigene Kapitulationspolitik richtete.

Ein Genosse der Nahost-Kommission

Anmerkungen :

(1) Abdel Malek: Ägypten, Militärgesellschaft, S.288
Die AAPSO (Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität) wurde in der Nasser-Ära gegründet und steht heute stark unter revisionistischem Einfluß. So wurden auf der Präsidiumstagung in Nikosia z.B. Beschlüsse über die "Tätigkeit der Sowjetunion und der anderen Friedenskräfte für Abrüstung und Sicherheit" und gegen die "Pläne der USA für die Produktion der Neutronenbombe" gefaßt. Zum Nahen Osten wurde der Abzug Israels auf die Grenzen von 1967 gefordert. Die ägyptische Politik wurde nur in der Form verurteilt, daß Separatfriedenspläne und die Rolle der USA abgelehnt wurden ("Neues Deutschland", 22.2.). Die AAPSO ist ein Dachverband nationaler afro-asiatischer Solidaritätskomitees ("Horizont", 10/78).
(2) ebendort, S.495 (Anm.36)
(3) Tibi: Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, S.339
(4) ebendort, S.346
(5) "The Guardian", 20.2.78
(6) insbesondere ein Artikel in "Afrique-Asie" Nr.156 (6.3.78)
(7) die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA, 20.2.78

„Iran verdient wirklich den ersten Platz in der Hierarchie des Terrors"

Der Vorstand der Conföderation iranischer Studenten (CISNU) schickte uns folgende Presseerklärung:

„Eine Gruppe von iranischen Studenten (Mitglieder der CISNU) drang am Dienstag, dem 28.2.78, in die Sitzung der Menschenrechtskommission der UNO in Genf ein.

Die Forderungen der Demonstranten waren:

1. Ausschluß der Vertreter des Schah-Regimes;
2. Verurteilung des faschistischen Schah-Regimes wegen seiner andauernden Menschenrechtsverletzungen;
3. Entsendung einer Delegation von Demokraten in die iranischen Gefängnisse;
4. Redezeit in der Kommission für die Anwältin, Frau Lafue-Veron, die im Dezember 1977 im Iran Nachforschungen über die Situation der politischen Gefangenen anstelle.

Die Teilnehmer der Kommission unterbrachen ihre Sitzung und verfolgten die Reden der Demonstranten über die letzten Massenmorde in Täbriz und anderen Städten Irans. Mit der Leitung der Kommission wurde vereinbart, daß die Anwältin, Frau Lafue-Veron, vor der Menschenrechtskommission von ihren Erfahrungen im Iran berichten wird.

Frankfurt, 28.2.78 Vorstand der CISNU"

Die Rechtsanwältin Madeleine Lafue-Veron, Mitglied der Pariser Anwaltskammer, besuchte den Iran unter der Schirmherrschaft der internationalen Vereinigung katholischer Juristen vom 28.11. bis zum 11.12. 77, unmittelbar nach den großen Versammlungen und Demonstrationen in Teheran während und nach dem Schah-Besuch in den USA, die von SAVAK, Armee, Polizei und erstmals auch in größerem Stil von aufgestellten faschistischen Banden niedergemetzelt wurden. Rechtsanwältin Lafue-Veron hatte während des algerischen Befreiungskampfes die Kämpfer der F.L.N. verteidigt und in den verschiedenen Jahren Untersuchungen in Argentinien, Chile und der Türkei durchgeführt.

Die Reise der Rechtsanwältin Lafue-Veron hatte vor allem das Ziel, politische Gefangene zu besuchen, die besonders alt oder in schlechtem Gesundheitszustand sind oder an den Folgen der Folter leiden. Von vielen ist überhaupt nicht bekannt, ob sie noch am Leben sind:

- Safar Ghahremani, 1947 zu lebenslangem Gefängnis verurteilt wegen Unterstützung der Autonomiebewegung in Aserbeidschan;
- Vida Hajebi, Ex-Mitglied der CISNU, zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt;
- Manuscher Hamedi, Mitbegründer der CISNU, 1974 illegal in den Iran zurückgekehrt, seit 1976 verschwunden;
- Schirin Moazed, Mitglied der Volks-Fedayin, 1974 auf offener Straße verhaftet, seitdem verschwunden;
- Ayahtollah Taleghani und Ayahtollah Montazeri, religiöse Führer, zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie den Familien der Modjahedin geholfen hatten;
- Schokrollah Paknejad, beim illegalen Grenzübertritt zum Irak gefangengenommen (er wollte sich dem palästinensischen Widerstand anschließen), zunächst zum Tode, dann zu lebenslanger Haft verurteilt;
- Masud Radjavi, Jurist, ebenfalls zunächst zum Tode, dann zu lebenslanger Haft verurteilt;
- Hossein Rezeai, Student, mit RA Heldmann (Vertreter von amnesty international) als Übersetzer in den Iran zurückgekehrt, zu 8 Jahren verurteilt;
- Fatemeh Saidi Shayegan ("Genossin Mutter"), Mitglied der Volks-Fedayin, zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, drei ihrer Enkel sind von der SAVAK umgebracht worden.



Rechtsanwältin Lafue-Veron erhilet während ihres AUfenthaltes keinerlei Gelegenheit, die Gefangenen aufzusuchen. Sie hatte aber - bevor sie sich offiziell an die iranischen Behörden wandte - Gelegenheit, mit ungefähr 40 Personen zu sprechen: mit den Familien der politischen Gefangenen, den fortschrittlichen Schriftstellern, mit religiösen Kämpfern und politischen Führern.

Der Bericht von Rechtsanwältin Lafue-Veron liegt inzwischen auch in deutscher Sprache als Sondernummer der "Resistance" vor (CISNU, 6 Frankfurt 16, Postfach 16247). Er schildert sehr eindringlich die Unterdrückung der Meinungsäußerungsfreiheit im Iran, wo selbst Autoren wegen schon zensierter (!) Bücher von der SAVAK verfolgt werden, wo es verboten ist, sich zu mehr als zu dritt zu versammeln, um über Literatur zu sprechen, wo Menschen verurteilt werden, weil sie Bücher ausleihen (wie z.B. Darvishyan). Für die SAVAK gehört, wer Bücher leiht oder ausleiht zu einer "Gruppe" und ist damit verdächtig.

Der Bericht schildert weiter anhnd der Ereignisse im November die neue Qualität der Repression, die in dem organisierten Einsatz bewaffneter, angeblich ziviler Schlägertrupps besteht, die Demonstranten und Versammlungen angreifen, wie z..B. am 22.11.77 in einem Vorort von Teheran. Dort hatten sich etwa 1000 Menschen zur Feier eines muselmanischen Festes auf einem Privatgrundstück versammelt. Sie wurden von etwa 600 Schlägern überfallen, die mit Knüppeln und mit Ketten auf sie einschlugen. 300 der Teilnehmer wurden zum großen Teil schwer verletzt.

Rechtsanwältin Lafue-Veron berichtet, daß diese Schläger inzwischen perAnzeige in iranischen Zeitungen gesucht, rekrutiert und inzwischen gezielt eingesetzt werden. Die Aufstellung faschistischer "ziviler" Schläger- und Mordtrupps ist typische CIA-Handschrift; diese Methode in Ergänzung staatlicher Repression ist vom US-Imperialismus auch in den meisten lateinamerikanischen Diktaturen durchgesetzt worden.

Der Bericht legt offen, daß immer mehr ausgebildete Richter durch Militärs ersetzt werden, und daß deshalb viele Richter die Konsequenz gezogen haben und von ihrem Richteramt zurückgetreten sind, da sie nicht mehr ehrlich ihr Amt wahrnehmen können. Festgenommene sind oft Monate oder ein Jahr in Haft ohne daß die Familie Nachricht erhält. Gefangene, die ihre Strafe abgesessen haben, werden oft nicht freigelassen sondern erneut verurteilt.

Immer häufiger werden Geistliche verfolgt, inhaftiert und verurteilt. Die populärsten religiösen Führer sind entweder im Exil, wie Khomeini, im Gefängnis oder unter Folter gestorben. Immer häufiger läßt das Schah-Regime Moscheen schließen, wenn der Mullah den Anweisungen der Diktatur nicht folgt.

Rechtsanwältin Lafue-Veron schreibt am Schluß ihres Berichtes: *"Nach Persien gehen bedeutet eine Reise in ein Land der Angst. 24 Jahre kontinuièrliche repression haben mehr sichtbare Spuren hinterlassen, als daß sie die geistige Herrscjaft angetreten hätten. Ich habe vor allem gemäßigte Nationalisten getroffen, und trotzdem waren nur wenige Gesprächspartner darunter, die keine Jahre Gefängnis hinter sich hatten oder Folterspuren auf ihren Körpern trugen...*

Weder in Chile, gerade nach dem Staatsstreich 1973, weder im Griechenland der Generale, weder in der Türkei, kurz nachdem der Ausnahmezustand verhängt war, und selbst nicht in Argentinien, wo man nachts Polizeikommandos und Militärs in Zivil begegnete, die dabei waren, die Entführungen und Verschleppungen ihrer Opfer durchzuführen, wo Leute ohne Unterlaß verschwinden, habe ich eine solche Angst verspürt wie im Iran. In Buenos Aires kamen die Leute, die entführt oder gefoltert waren und die Familien der Verschwundenen zu mir ins Hotel, ohne sich zu verstecken. Die Kollegen, die politische Gefangene verteidigten und die die Repression angriffen, ergriffen weniger Vorsichtsmaßregeln.

Iran verdient wirklich den ersten Platz in der Hierarchie des Terrors..."

Nahost-Kommission

Tunesien führt faschistischen Arbeitsdienst ein

Zwei Monate nach den aufstandsähnlichen Unruhen während des Generalstreiks wurde am 7.März von der tunesischen Nationalversammlung ein Gesetz angenommen, mit dem ein Arbeitsdienst geschaffen wird. Das Gesetz sieht vor, daß jeder Tunesier zwischen 18 und 30 Jahren der nicht nachweisen kann, daß er in einer Beschäftigung oder Schul- bzw. Berufsausbildung steht, zu einem als „Zivildienst" umschriebenen von unbegrenzter Dauer herangezogen werden kann. Offiziell hat dieser Zivildienst das Ziel, *„die Jugendlichen in die soziale Gemeinschaft einzugliedern und sie zum Arbeiten anzuhalten, um ein bescheidenes Einkommen und eine Berufsausbildung zu erlangen, damit ihre Eingliederung in den Produktionsapparat erleichtert wird"*. Zum anderen soll durch diese Zwangsverpflichtung ein verfügbares Arbeitskräftepotential für solche Bereiche geschaffen werden, wo Arbeitskräfte Mangelware werden, wie in der Landwirtschaft, im Wasserbau und Straßenbau und besonders zur Erfüllung des letzten 5-Jahresplanes; die Auswanderung und Landflucht soll damit zwangsverhindert werden.

Es ist vorgesehen, daß die Rekrutierten nach dem gesetzlichen Minimallohn bezahlt und unter den gleichen Bedingungen wie Straßenbauarbeiter untergebracht werden, wohl aber in größeren Einheiten und militärisch bewacht. Es läuft also darauf hinaus, daß die tunesische Bourgeoisie einen großen Teil der Arbeiterjugend versklaven will, in KZ-ähnlichen Bewahranstalten, weit entfernt von den großen Städten und den sozialen Bindungen der Jugendlichen, dieselben zu schwerer Zwangsarbeit zu Hungerlöhnen zwingen will.

Das Gesetz sieht vor, daß der Zivildienst nach 1 Jahr unterbrochen werden kann, wenn der Betreffende eine „akzeptable Beschäftigung" nachweisen kann, nach den Kriterien des Sozialministeriums! – Ein Hohn angesichts der realen Massenarbeitslosigkeit (20%) . Es ist kein Wunder, daß dieses Gesetz, das seit 1966 anvisiert und seit 2 Jahren „geprüft" wurde, jetzt – 2 Monate nach dem ersten Generalstreik in Tunesien nach der Unabhängigkeit – verabschiedet wurde. Ungefähr die Hälfte der 20% Arbeitslosen sind Jugendliche, die noch nie gearbeitet haben; eine große Zahl der Jugendlichen fällt aus dem selektiven Schulwesen heraus und ist schon früh arbeitslos. Von daher bildeten die Jugendlichen einen grossen Teil derjenigen, die am 26.Januar im Generalstreik auf die Straße gingen und ihre Unzufriedenheit mit dem tunesischen Regime ausdrückten. In diesen Jugendlichen besteht für die Regierung ein ständiger Unruheherd, der durch die Einrichtung des Arbeitsdienstes praktisch im Keim erstickt werden soll.

Dieses Gesetz bietet auch die Möglichkeit, sich politschen „Unruhestiftern" an den Universitäten, den Schulen oder in den Fabriken zu entledigen. Bisher genügte es, sie auszuschließen oder zu feuern. Jetzt kann die Regierung auf sie das neue Gesetz anwenden, wenn sie die Oppositionellen hinauswirft und dann als „untätig" bezeichnet.

Zynisch hören sich die Bemerkungen des Premierministers Hedi Nouira zu diesem Gesetz dann an: Diese Einrichtung bilde *„keine Zwangsoperation, die darauf abzielt, die Leute in Konzentrationslagern zusammenzupferchen. Ich denke nicht, daß dieses Projekt in irgendeiner Weise die Freiheit des einzelnen verletzt, weil es ja die untätigen Bürger betrifft, die eine Beschäftigung haben wollen und die so zum Nutzen der Gemeinschaft arbeiten werden"* („Le Monde", 9.3.78).

Nahost-Kommission



afrika

„Interne Lösung" in Zimbabwe

Mit der am 3.3.78 ausgehandelten „internen Lösung" versucht das Rassistenregime in Salisbury, sein Terrorregime „demokratisch" aufzuschminken. Nur zwei Tage später ließ der „gewandelte Smith" („FAZ",10. 3.) seine Truppen nach Sambia einmarschieren. Nach offiziellen sambischen Angaben fanden 22 Menschen den Tod, vier rhodesische Flugzeuge konnten abgeschossen werden. Diese Aggression gegen das als „gemäßigt" geltende Sambia zeigt, daß Smith die „interne Lösung" als Rückendeckung für eine Eskalation der faschistischen Kriegshandlungen gegen die „Terroristen" und ihre „Sympathisanten" (die Frontstaaten, von denen aus die Befreiungskämpfer operieren) benutzen wird.

Für jederman deutlich sichtbar, hat sich das Regime in Salisbury nicht um einen Grad geändert. Folter, Überfälle, Massenmord und Zwangsumsiedlungen sind der Alltag in Rhodesien, die Zahl der Flüchtlinge ins benachbarte Botswana hat nach Aushandlung der „internen Lösung" eine neue Höchstmarke erreicht. An einem Wochenende (11./12.3.) trafen über 500 Flüchtlinge in den hoffnungslos überfüllten Lagern in Botswana ein (nach„ Guardian", 15.3.). Das imperialistische Lager samt seiner Hofpresse indessen wird nicht müde, mit äußerstem Wohlwollen die „gestiegenen Chancen" für eine „friedliche Lösung" zu preisen.

Mit dem schmutzigen Geschäft der „internen Lösung" scheint ihnen der Traum von einem neokolonialistischen Zimbabwe zum Greifen nah zu sein: *„Es ist gelungen, majority rule – also die Rechte der Schwarzen – zu garantieren und gleichzeitig die Interessen der Weißen sicherzustellen. Zum erstenmal in der Geschichte Afrikas könnte jetzt eine gemischtrassige Gesellschaft entstehen"* jubelt die Chefredakteurin der liberalen (?) „Zeit", Gräfin Dönhoff, in der Ausgabe vom 10.3.78.

Doch die offenherzigen Sympathien markieren zugleich die Befürchtungen: Wird der Befreiungskampf den Imperialisten einen Strich durch die Rechnung machen? Gräfin Dönhoff will daher von vornherein die Patriotische Front aus jeder Lösung heraushalten und propagiert damit die Vernichtung der Befreiungskämpfer. Auf der Linie der englischen Konservativen und der westdeutschen CSU schreibt sie: *„Schon einmal, 1949, in der Endphase des Bürgerkrieges in China, verlangten die Amerikaner, die Nationalchinesen sollten mit den Kommunisten gemeinsam die Regierung bilden – das war dann das Ende Tschiang Kaischeks. Man kann nur hoffen, daß die Europäer den Direktiven Youngs nicht folgen, sondern alles tun, um den neuen Vertrag abzustützen" (ebenda).*

Während die aktuelle politische Entwicklung die liberalen und sozialdemokratischen Schreiber (vergl. „FR", 4.4.78) zwingt, Farbe zu bekennen, so gilt dies nur in abgeschwächter Form für die Rechtskonservativen in diesem Land. Sie haben aus ihrer Sympathie für den weißen Faschismus nie einen Hehl gemacht. Um ihn zu erhalten, wird heute jede Taktiererei gegenüber der „Patriotischen Front" als „schwächlich" verdammt und von der Durchsetzung eines neokolonialen Zimbabwe Signalwirkung für den ganzen Kontinent erhofft:

„Das demokratische (?!) Zimbabwe wäre nicht nur ein Modell für ein demokratisches Namibia (Südwestafrika), es würde nicht nur Ausstrahlungen auf die Entwicklung zwischen Schwarz und Weiß in Südafrika haben, sondern sein Gelingen könnte eine Kursänderung auf dem gesamten Kontinent einleiten. Die bisher vorherrschende Vorstellung von der Zwangsläufigkeit der sozialistisch-kommunistischen Machtübernahme wäre überwunden, der Nord-Süd-Konflikt könnte sich auflösen. Es wäre eine historische Katastrophe, wenn diese Chance von den westlichen Regierungen vertan würde" (Söldner-Freund H. Germani in der „Welt" v. 9.3.78).

Einen ähnlichen offenen Kriegskurs steuert die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (10.3.), die eine harte Haltung der Imperialisten gegenüber der„Patriotischen Front" fordert: *„Die Vorzugsbehandlung (!), die Briten und Amerikaner den Führern der „Patriotischen Front" angedeihen lassen ... ist ...kaum noch zu verstehen. ... Immerhin hat der amerikanische Außenminister den Hauptsprecher der gemäßigten Schwarzen in Rhodesien, Bischof Muzorewa, erstmals zu einem Gespräch empfangen. Wenn jetzt noch mehr Distanz zur „Patriotischen Front" hinzukäme, deren Anspruch auf die Alleinvertretung aller schwarzen Rhodesier eine Anmaßung ist, könnte eine Lösung unter Beteiligung aller Partein, wie sie Briten und Amerikaner anstreben, vielleicht noch zustandekommen. In diesem Sinne müßte sich auch die angeblich immer aktivere deutsche Afrika-Politik zusammen mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft betätigen."*

In der Tat ist hier die diplomatische Linie skizziert, auf der gegenwärtig der Imperialismus operiert.

Nach außen hält der englische und der US-Imperialismus an einer Lösung „aller Beteiligten" fest, hat sich de facto aber längst zugunsten der „Internen Lösung" entschieden, wohlwissend, daß diese für die Patriotische Front auf keinen Fall zu akzeptieren ist. So schlugen London und Waschington am 10.3. scheinheilig vor, neue gemeinsame Gespräche mit schwarzen Marionetten und der PF in Gang zu setzen („Le Monde", 13.3.78):

„Wir erachten die Vereinbarungen von Salisbury als ein Stadium im laufenden Prozeß des politischen Wandels in Rhodesien. Vieles bleibt noch zu definieren. Wir werden weiterhin mit allen Parteien zusammenarbeiten – mit denen in Salisbury und mit denen außerhalb des Landes –, um eine gesamte Lösung voranzubringen" („Welt", 1o.3.78).

Natürlich hat die PF Gespräche mit den schwarzen Marionetten abgelehnt, gleichwohl beharrt Nkomo darauf, daß London die Initiative ergreife für Verhandlungen, die *„die Modalitäten für eine wirkliche Unabhängigkeit Zimbabwes"* festlegen („Le Monde", 11.3.). Nach wie vor scheint die PF auf Verhandlungen auf Grundlage des britisch/amerikanischen Plans zu drängen – so z.B. Nkomo in New York („Welt", 9.3.78 und „Guardian", 15.3.78). Dieser Plan sah die Stationierung von UNO-Truppen in Zimbabwe und die Verschmelzung der Befreiungskämpfer mit der weißen Faschistenarmee vor. Heute aber steht für die Imperialisten nicht einmal mehr diese Variante ihrer Intervention zur Diskussion. Für sie geht es darum, die PF bzw. Teile von ihr in die neokoloniale Lösung zu integrieren oder bei einem (zu erwartendem Scheitern dieses Vorhabens) die PF zu isolieren und die militärischen Anstrengungen gegen den Befreiungskampf über Smith und seine Agenturen zu vervielfachen. Es ist kennzeichnend: Seit dem die „interne Lösung" perfekt gemacht wurde, sprechen die Imperialisten nicht mehr von ihrem „anglo/amerikanischen Plan", sondern nur noch von einer *„Erweitung der bisherigen internen Rhodesienlösung"*, so zitiert die „Welt" (10.3.) den englischen Außenminister nach seiner Unterredung mit Carter. Und in Bezug auf die verbalradikalen Bemerkungen des US-Sonderbotschafters Young konnte sich Owen folgendes gegen die „Interne Lösung" nicht verkneifen: *„Die amerikanische Außenpolitik wird von Mr. Vance und vom Präsidenten gemacht, und mit denen herrscht völlige Übereinstimmung"* (ebenda).

Damit wurden die politischen Positionen von Young (anglo-amerikanischer Plan etc.) wieder einmal als Bluff enthüllt.

Wie weitgehend der Imperialismus inzwischen auf die „interne Lösung" setzt, mußte er auf der jüngsten UNO-Sicherheitsratssitzung eingestehen. Bei der Verurteilung der „internen Lösung" waren funf imperialistische Staaten nicht anwesend und dokumentierten damit, daß ihre Sympathien auf der Seite der schwarzen Marionetten um Muzorewa, Sitholé und Chirau sind.

Gegen die „interne Lösung" haben sich nach den uns vorliegenden Informationen folgende afrikanische Staaten ausgesprochen: Mosambik, Angola, Tansania, Sambia, Botswana (alles Frontstaaten), VR Benin, Nigeria, Kenia und Obervolta. Die „interne Lösung" ist so stark vom Rassismus und Imperialismus geprägt, daß auch proimperialistische afrikanische Staaten wie Kenia diese zunächst verurteilen müssen.

Außerdem ist die PF die einzige von der OAU anerkannte Befreiungsbewegung. Nichtsdestoweniger verhandelt gegenwärtig Sithole mit dem malawischen Diktator und Empfänger umfangreicher BRD-Hilfe, Banda, der auch zur RSA gute Beziehungen unterhält.

Es deutet sich bereits heute an, daß die Haltung zur „internen Lösung" längerfristig wieder zu einem Prüfstein für fort- bzw. rückschrittliche Positionen in Afrika wird.

Neues zur BRD-Kolonie in Zaire

In AK 121 hatten wir über Cruise-Missile-Tests des BRD-Imperialismus im OTRAG-Territorium im Südosten Zaires berichtet. Die Tatsache dieser Tests wurde zuerst von dem ehemaligen diplomatischen Korrespondenten der „New York Times", Tad Szulc, enthüllt. Einige Fakten einer Vorveröffentlichung seines Artikels für die März-Ausgabe des US-Magazins „Penthouse" fanden Mitte Dezember Eingang in die internationale Presse. Nunmehr ist die Ausgabe an den Kiosken erhältlich.

Da seinerzeit nur winzige Bruchstücke des Szulc-Artikels zitiert worden waren, bringen wir nunmehr die wichtigsten Passagen im Wortlaut.

Zur Person Tad Szulc - der auch hier seine Informanten nicht nennt - sei noch erwähnt, daß er 1975 die „Kissinger-Geheimstudie" von '69 aufdeckte, die damals die US-Unterstützung der afrikanischen Minderheitsregime und der portugiesischen Kolonialpolitik festschrieb. Hervorhebungen im Text stammen von uns.

Afrika-Kommission

Mit dem Wissen und der Zustimmung der Vereinigten Staaten, testet Westdeutschland heimlich die Cruise Missile – möglicherweise die tödlichste Waffe des Nuklearzeitalters – und die „Intermediate Range Ballistic Missile" (IRBM, Ballistische Mittelstreckenraketen) auf einem riesigen Testgelände in Ost-Zaire im Herzen Afrikas. (...) Beamte der Carter-Administration haben privat bestätigt, daß die Central Intelligence Agency und der Bundesnachrichtendienst (BND), ihr westdeutsches Gegenstück, eine entscheidende Rolle bei diesem Projekt gespielt haben, indem sie in Amerika ausgebildete Wissenschaftler angeworben und die politische Koordinierung zwischen Kinshasa, Bonn und Washington durchgeführt haben.

(...)

Offiziell werden die deutschen Operationen (...) von einer, wie Bonn es ausdrückt, „privaten Firma" für rein wissenschaftliche Zwecke durchgeführt. Aber es gibt massive Hinweise, daß der gesamte militärisch-industrielle Komplex Westdeutschlands hinter diesem Unternehmen steckt und daß die Bonner Regierung letzlich über die in Zaire produzierten Raketen verfügt.

(...)

Bonn hat seit langem eigene Cruise-Missile angestrebt (Frankreich und Großbritannien sind bereits in einem fortgeschrittenen Stadium der Entwicklung von Cruise-Missile), aber da die Vereinigten Staaten bislang nicht bereit waren, die Cruise-Missile-Waffen selbst an Deutschland zu liefern, haben sich die Deutschen entschlossen, sie eigenständig zu entwickeln (....).

Die Situation in Zaire ist eines der am meisten behüteten Geheimnisse in Washington, D.C. Obwohl amerikanische Offizielle öffentlich zugeben, daß Westdeutschland in Afrika mit „Raketen" experimentiert, schließen sie sich der offiziellen Bonner Version an, daß das Zaire-Projekt nichts weiter als Forschungen für Wetter-Satelliten beinhaltet. Eine US-Beteiligung wird offiziell nicht zugegeben. Dieser Artikel basiert auf Informationen aus privaten Unterredungen mit höchstverläßlichen Kreisen, die Zugang zu wichtigsten Quellen, sowohl in Washington als auch in Westeuropa haben.

(...)

Die gegenwärtig in Zaire laufenden Arbeiten sind ganz offensichtlich dazu bestimmt, Westdeutschland mit den ausgereiftesten Raktensystemen sowohl für konventionelle, als auch für atomare Sprengköpfe auszurüsten.

(...)

Die Testversuche in Zaire und die Lieferung leichter Waffen durch Westdeutschland an Mobutu haben Frankreich Mitte der 70-iger Jahre veranlaßt, diese Probleme sehr dringlich und auf höchster Ebene in Bonn zur Sprache zu bringen. Paris hatte Bonn aufgefordert, die Natur der Aktivitäten in Zaire klar darzulegen; es ist jedoch bekannt, daß französische Offizielle nicht von der Bonner offiziellen Version der Wettersatelliten überzeugt sind.

(...)

Amerikanische Experten bezweifeln, daß ein Gelände von der Größe Colorados notwendig ist, um Wettersatelliten zu testen. Die Cruise-Missile allerdings und besonders die IRBM benötigen ein sehr großes Operationsgebiet, um nach dem Abschuß im Testgebiet selbst wiedergefunden zu werden.

Interessanterweise sind Bonn einige Widersprüche unterlaufen, die die offizielle Version in Frage stellen. So wurde 1977 auf der Luftfahrtschau in Le Bourget, in der Nähe von Paris, eine Fotografie eines Cruise-Missile-Abschusses ausgestellt. Es gab keine Erklärung dafür, wie, wann und wo die Deutschen eine Cruise-Missile produziert hatten. Amerikanische Spezialisten, die das Foto studierten, sind jedoch zu dem Schluß gekommen, daß die Rakete offensichtlich über einem afrikanischen Gebiet flog.

Informanten in Washington kaufen im privaten Gespräch die offizielle deutsche Version nicht ab. Man hat mir klipp und klar gesagt, daß die Cruise-Missile in Zaire getestet wird und daß Vorbereitungen für IRBM-Abschüsse laufen. **Offizielle Kreise teilten ferner mit, daß Westdeutschland bereits vier oder fünf Cruise-Missile-Prototypen entwickelt hat, die bereits über der Shaba-Enklave geflogen sind.**

(...)

Die Identität der technologischen Unterstützer von OTRAG und die ihrer tatsächlichen Kunden macht sehr klar, was die Deutschen in Shaba machen.

Die hauptsächlichen Konsortien, die an der Produktion der in Zaire getesteten Raketen beteiligt sind, sind die deutsche Luftfahrtgesellschaft Dornier, die die Außenteile liefert; die deutsche Gesellschaft Messerschmitt ,..., die die Maschinen liefert und die französische Thompson-CSF, die die Navigations- und Steuerungssysteme für die westdeutschen Raketen liefert. (...).

Nach Aussagen hochgestellter westeuropäischer Informanten produziert OTRAG die Cruise-Missile und die IRBM für das westdeutsche Konsortium Messerschmitt-Bölkow-Blohm, den wichtigsten Auftragnehmer im Bereich der westdeutschen Verteidigung. Man nimmt an, daß die Raketen zu einem gegebenen Zeitpunkt den westdeutschen Streitkräften ausgehändigt werden.

... Obwohl Bonn behauptet, OTRAG sei eine Privatfirma, genießt sie volle Steuerbefreiung in Westdeutschland. ..„Sie ist merkwürdigerweise in drei Sektionen unterteilt. Das „Hauptquartier" liegt in Neu-Isenburg.. Nach verläßlichen Informanten ist es dieses Hauptquartier, das direkt mit dem BND, dem westdeutschen Geheimdienst, in Verbindung steht und mit ihm zusammenarbeitet. Hier wird die gesamte Operation in Zaire koordiniert.

Bei einer Neuorganisierung von OTRAG 1976 .. wurden zwei getrennte Sektionen eingerichtet. Die eine war die OTRAG AG mit dem Schwerpunkt Operationen und Forschungsarbeiten, die andere OTRAG, S.A. – Africa mit einem Büro in Vaduz (Lichtenstein). Vaduz ist ein Steuerparadies für multinationale Konzerne und sicherlich ein geeigneter Kanal für den geheimen Fluß von Geldern für das Zaire Projekt.

Der Präsident von OTRAG .. ist Dr. Lutz T. Kayser, eine mysteriöse Figur, die als Top-Raketenspezialist beschrieben wird. Dr. Kayser hat erwiesenermaßen in den 60-iger Jahren für die NASA gearbeitet, auf dem Höhepunkt des Raumfahrtprogramms, aber diese Tätigkeit ist in den laufenden NASA-Berichten nicht verzeichnet .. CIA-Offizielle haben sich geweigert, irgendwelche Hintergrundinformationen über Dr. Kayser zur Verfügung zu stellen, obwohl die CIA routinemäßig Ordner über ausländische Raketenexperten anlegt. Ein CIA-Beamter erklärte die Weigerung privat so: „Diese Sache ist zu empfindlich, um sie zu diskutieren". (...)

Amerikanische Offizielle haben privat angedeutet, daß die Vereinigten Staaten Westdeutschland die benötigte Technologie für die Cruise-Missile und die IRBM-Projekte im Rahmen des sogenannten „Program of Cooperation" (POC, Programm der Zusammenarbeit) zugänglich gemacht haben. Dabei handelt es sich um ein Geheimprogramm (das in die späten 50-iger Jahre zurückgeht) mit dem hochentwickelte militärische Technologie an die NATO-Verbündeten weitergegeben wird, einschließlich Westdeutschlands. Allgemein gesagt, hat der Eintritt Westdeutschlands in die zairische Szene einige Probleme der Vereinigten Staaten bei der Aufrechterhaltung des Mobutu-Regimes gelöst. Wegen der Konstellation im Kongreß wurde die amerikanische Militärhilfe für Zaire auf ein kleines Volumen begrenzt...

1977 haben Westdeutsche Transportflugzeuge, die einer „Privatfirma" gehörten (ein amerikanischer Offizieller kommentierte, daß diese Gesellschaft ebenso „privat ist, wie die ‚Air America' der CIA in Vietnam") mehrere Millionen Schuß 9 mm-Munition und eine unbestimmte Anzahl von Maschinengewehren nach Zaire geflogen. Auf dem Höhepunkt dieser Luftbrücke ungefähr im September 1977 wurden dreimal wöchentlich Flüge dieser Art ausgeführt.

(Anmerkung AK. Hierbei handelt es sich ganz offensichtlich um die von der OTRAG-Tochter ORAS im Auftrag des Auswärtigen Amts ausgeführten Transport-Flüge zur Lieferung „humanitärer Hilfsgüter" ins Shaba-Aufstandsgebiet. Szulc belegt hiermit ein weiteres Mal die direkte Beteiligung des BRD-Imperialismus an der Shaba-Aufstandsbekämpfung in Form von Waffenlieferungen.)

(...)

Die Investitionen für die Einrichtungen des Shaba-Testgeländes – Landebahnen, Abschußrampen, Gebäude und ein Krankenhaus für das OTRAG-Personal – werden auf ungefähr 300 Mio. Dollar geschätzt, das meiste davon kommt direkt oder indirekt aus dem westdeutschen Verteidigungshaushalt (auch wenn das Budget dies nicht verzeichnet).

(...)

Die Frage ist jedoch, ob die westliche öffentliche Meinung bereit ist, angesichts dieser außerordentlichen, neuen Dimension der westdeutschen Aufrüstung und der amerikanischen Beteiligung daran, stillzuhalten.

Kurzmeldungen Zaire

Putschversuch gegen Mobutu?

Das belgische Zaire-Komitee verfügt über Informationen, daß eine Gruppe dissidenter Offiziere der zairischen Armee für den Zeitpunkt des Europa-Aufenthalts von Mobutu Anfang Februar einen Putsch vorbereitet hatten, der jedoch vorzeitig aufflog. Daraufhin wurden etwa 250 Offiziere verhaftet, denen jetzt die Todesstrafe droht. Unter den Verhafteten befinden sich einige der höchsten Militärs des zairischen Regimes, u.a. der Leiter der Shaba-Operation des letzten Jahres („Tanz. Daily News", 2.3./4.3.78).

Massaker in Zaire bestätigt

Die Informationen des belgischen Komitees über ein Massaker zairischer Truppen an 2000 Dorfbewohnern in Kwilu/Bandundu (vgl. AK 124) wurden inzwischen vom belgischen Außenminister Simonet bestätigt. Er erklärte gegenüber der „Royal Africa Society": *„Es kann sehr wohl eine Art gewaltsamer Bewegung in Kwilu gegeben haben, die dann von der zairischen Armee unterdrückt wurde."* Ökonomische und soziale Schwierigkeiten seien die Ursache für die Unruhen in Zaire. Deshalb müsse Belgien zur ökonomischen Gesundung in ihrer ehemaligen Kolonie beitragen. Den vom Zaire-Komitee aufgedeckten Putschversuch konnte er nicht dementieren. Er äußerte lediglich: *„Was den Putsch angeht, so gibt es darüber noch keine offiziellen Verlautbarungen"* („Tanz. Daily News", 4.3.78).

Weitere Massaker und Terrormaßnahmen gegen die zairische Opposition

Das Komitee hat auf seiner Pressekonferenz folgende zusätzliche Fakten zur augenblicklichen blutigen Repressionswelle in Zaire bekanntgemacht:

– Im Januar 1978 wurden in dem Dorf Mulembe (ebenfalls in dem Gebiet Idiofa-Kikwit-Gungu) eine noch unbekannte Anzahl Frauen und Kinder ermordet, nachdem die Geheimpolizei Kenntnis über ein Treffen von Widerstandsgruppen erhalten hatte.

– Ebenfalls im Januar nahmen Fallschirmjäger aus Kikwit Massenverhaftungen in umliegenden Dörfern vor, in den Widerstandsgruppen unterstützt werden. Mehrere der Verhafteten wurden hingerichtet.

– Im Februar wurden ungefähr 20 Menschen im Dorf Banda von Mobutu-Truppen exekutiert.

Das Komitee forderte den belgischen Außenminister Simonet auf, eine internationale Untersuchungskommission über die Vorfälle in der Idiofa-Region einzurichten. Simonet weigerte sich unter dem Vorwand, daß das *„Komitee keine ausreichenden Beweise für seine Anschuldigungen habe"* („Tanz. Daily Mail", 4.3.78).

Militärische Erfolge der FLNC

„Afrique-Asie" berichtet in ihrer neuesten Ausgabe (6. - 19. März) über verschiedene Aktionen der FLNC in Südzaire, die sich vor allem gegen militärische Einrichtungen der zairischen Armee richteten. So konnten bei einem Angriff auf den Armeestützpunkt Malonga am 22.2. über 30 Mobutu-Soldaten getötet und erhebliche Waffenbestände erbeutet werden. Am 24. Januar flog die Sprengstoff-Fabrik Afridex bei Likasa nach einem Anschlag der FLNC in die Luft. Ein Sprecher der FLNC-Delegation in Europa teilte mit, daß die zairische Armee fieberhaft aufgerüstet wird und den Umfang von 100.000 Mann erreichen soll. Neben der Rekrutierung auf dem Söldnermarkt würden auch Truppen von UNITA, FLEC und FNLA in die Armee integriert: *„Es gibt heute in Kolwezi wahrscheinlich bereits 2 - 3000 Mitglieder der UNITA. Man muß auch feststellen, daß die FNLA- und FLEC-Mitglieder bereits in die Mobutu-Truppen integriert sind, in den Basen Songolo, Matadi, Kitona, Kasongo-Lunda und Kabemba"* („Afrique-Asie", 6.3.78).

Afrika-Kommission



Militante der FLNC

Die Linksunion zur nuklearen Zusammenarbeit Frankreich — Südafrika

Die nukleare Zusammenarbeit des französischen Imperialismus mit Südafrika nahm ihren Anfang bereits zu Beginn der 60-iger Jahre. Sie umfaßt vor allem die Weitergabe von nukleartechnologischem Know-how und die Ausbildung südafrikanischer Wissenschaftler durch französische Experten. Im Januar 1978 begannen 40 südafrikanische Atomtechniker eine 18-monatige Ausbildung in Frankreich. 1976 gelang es der französischen Industrie gegen die holländische und bundesdeutsche Konkurrenz den Auftrag für die Lieferung von zwei AKW's nach Südafrika zu erhalten.

Wie stellt sich die französische Linksunion zu dieser Nuklearkooperation, die mit zur Atombombe in den Händen der Rassisten beiträgt?

Verbal am radikalsten gegen das Atomgeschäft hat sich die PCF ausgesprochen. Auf einer Pressekonferenz Ende Januar '78 erklärte ihr außenpolitischer Experte Jean Kanapa: *„Wir fordern von der französischen Regierung, daß sie sofort jegliche militärische und nukleare Kooperation mit den rassistischen Regimes einstellt ..."* (Afrique Asie, 6.März '78). Auf der gleichen Pressekonferenz kam der PCF-Sprecher allerdings in arge Schwierigkeiten, als die Journalisten genauer wissen wollten, ob diese Forderung auch für eine Regierung der Linksunion gelte. Sie wollten wissen, ob die PCF die Lieferung der Südafrika versprochenen AKW's stoppen werde. Kanapa erklärte daraufhin, daß die PCF keine Einwände gegen die Lieferung nuklearer Ausrüstung an Südafrika für friedliche (!) Zwecke habe. Es ginge in diesem besonderen Fall nur darum, *„von der südafrikanischen Regierung feste Garantien zu erhalten, daß das Material nicht für militärische Zwecke verwendet wird, und diese Garantien kann man bekommen"* (nach „Amandla", holl., März 1978) !!!

Die PS hat sich bislang zu diesem Thema nur durch ihren Vertreter Lionel Jospin offiziell geäußert, der verlauten ließ, daß die Lieferung der AKW's *„neu untersucht werden muß und [die PS] sich verpflichtet, das Problem in einer linken Regierung zur Diskussion zu stellen"* („Afrique-Asie", 6. März 78). Wesentlich deutlicher ist da schon die Weigerung des PS-Vorsitzenden Mitterand, in einem internationalen Komitee gegen die nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika mitzuarbeiten („Amandla", s.o.) Ein Journalist der südafrikanischen „Financial Mail" konnte nach einem Gespräch mit Führern der PS seinen Eindruck wiedergeben, daß die nukleare Zusammenarbeit mit Frankreich auch unter einer Regierung der Linksunion weitergehen werde. Er beschrieb die Haltung der PS zu dieser Frage als „flexible approach" zu deutsch: flexible Herangehensweise (ebenda)!

Recht originell auch die an der Linksunion beteiligte liberale MRG Robert Fabres. Sie sprach sich für eine Annullierung der Lieferungen aus, wenn es gelingt, Südafrika Vertragsbrüchigkeit zu beweisen („Afrique-Asie, s.o.). Diese Haltung der Linksunion steht in direktem Gegensatz zur Aufforderung der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC, jegliche atomare Zusammenarbeit mit dem Rassisten-Regime zu verhindern und läßt einige Rückschlüsse auf den Grad der Ernsthaftigkeit der von PS und PC vertretenen Boykottforderungen gegen Südafrika in den übrigen Bereichen zu.

Afrika-Kommission

Wahlen in Senegal

eine Farce im Auftrag der „Sozialistischen Internationale"

Am 26. Februar haben im reaktionären Senegal erstmals seit 1963 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattgefunden, an denen mehr als ein Kandidat und mehr als eine Partei teilnehmen konnten. In der bürgerlichen Presse wurden diese Wahlen als Vorbild für die übrigen neo-kolonialen Regimes in Afrika dargestellt.

Die Einrichtung eines „Mehrparteiensystems" nach westlichem Muster war die Vorbedingung der Sozialistischen Internationale (S.I.) für die Aufnahme Senghors und seiner flink in „Sozialistische Partei" umbenannten senegalesischen Staatspartei in den illustren Club Ende 1976. Senghor wurde damals als erster Afrikaner zu einem der Vize-Präsidenten der S.I. ernannt. Senghor stimmte der kosmetischen Operation bereitwillig zu, besonders da der ständig wachsende Protest gegen sein Regime im Innern nicht länger in der Staatspartei integriert werden konnte und die Notwendigkeit zum Aufbau von Scheinalternativen zur Kanalisierung des Unmuts wuchs. Senghor kreierte den sogenannten „Tripartisme", ein Drei-Parteien-System, das im April 1976 durch einen Verfassungszusatz offiziell verankert wurde. Nach diesem Modell sollen sich die von Senghor persönlich ausgemachten „drei großen geistigen Strömungen" im Senegal je einer Partei zuordnen. Diese Strömungen sollen sein: die „sozialistische Demokratie", die „liberale Demokratie" und der „Marxismus-Leninismus". Die im Senegal existierenden Parteien mußten sich beim Obersten Gericht um eine Anerkennung als Vertreter einer dieser Strömungen bewerben. Erwartungsgemäß wurde die Partei Senghors gemäß wurde die Partei Senghors als Repräsentant des „Demokratischen Sozialismus" auserwählt. Die Parti Democratique Senegalais (PDS, demokratische Partei des Senegal) unter Abdoulaye Wade, die *„eine praktikable, nicht aber eine perfekte Demokratie"* fordert, hatte sich ebenfalls um das Prädikat „Demokratischer Sozialismus" beworben, mußte sich aber mit der „liberalen Demokratie" zufrieden geben. Als Vertreter des „Marxismus-Leninismus" wollte die in Verbindung mit der französischen PCP stehende Parti Africain d'Independence (PAI, Afrikanische Unabhängigkeitspartei) gelten; ihrem Antrag auf Legalisierung wurde jedoch nicht stattgegeben. Stattdessen wurde eine Abspaltung, die PAI unter Majmout Diop, eine völlig unbedeutende und damit für Senghor ungefährliche Gruppe, zum Repräsentanten des „Marxismus-Leninismus" auserkoren. Selbstredend hat sie nichts mit revolutionärer Politik zu tun, sondern schwimmt auf etwa derselben Wellenlänge wie ihre Konkurrenten von der sozialistischen und liberalen Demokratie.

Als zusätzliche Garantie für den französischen Imperialismus, daß im Senegal alles beim alten bleibt, sieht der im April 1976 verabschiedete Verfassungszusatz vor, daß Senghor selbst seinen Nachfolger bestimmt. Da aber zu einem „richtigen" Mehrparteiensystem eben doch eine „Opposition" gehört, will Senghor nach den Wahlen eine „Vierte Partei" zulassen: Er erklärte 1976: *„Drei linksgerichtete (!) Parteien sind ausreichend, aber es gibt immer noch Platz für eine oder sogar zwei rechtsgerichtete Parteien"*. Es solle dem *„senegalesischen Konservativen, ja Reaktionären ermöglicht werden, sich offen zu erklären"* („Africa", Februar '78). Echte sozialdemokratische Politik!

Die einzige Partei, die dem Senghor-Regime wirklich gefährlich werden konnte, das im Februar 1976 gegründete links-nationalistische Rassemblement National Democratique (RND, Nationale Demokratische Bewegung) unter Cheik Anta Diop stellte ebenfalls einen Antrag auf Legalisierung für die Wahlen, weigerte sich jedoch, das Prädikat „Marxismus-Leninismus" anzunehmen, weil es keine „kommunistische" Organisation sei, sondern der moslemische Glaube eine erhebliche Rolle spiele.

In Ermangelung einer wirklich revolutionären Alternative erfreut sich das RND offensichtlich einer relativ großen Unterstützung der senegalesischen Bauernbewegung, Teilen der städtischen Arbeiterklasse.

Der RND-Antrag beim Obersten Gericht wurde Anfang Januar 1978 mit der fadenscheinigen Begründung einer zu späten Bewerbung endgültig abgelehnt. Die Zusammensetzung dieses Obersten Gerichts wirft ein äußerst bezeichnendes Licht auf die „unabhängige" Gerichtsbarkeit im Senegal. Vorsitzender seiner Zweiten Kammer, die über den Antrag entschied, ist seit 1969 ein Franzose, der von der französischen Regierung bezahlt, im Rahmen der „technischen Hilfe" im Senegal tätig ist. Neben seiner Funktion beim höchsten senegalesischen Gericht ist dieser Herr gleichzeitig im Sekretariat Senghors als dessen juristischer Berater tätig! Ein weiterer französischer Staatsbürger war bei dieser Verhandlung Generalstaatsanwalt. Mit anderen Worten: Der französische Imperialismus selbst sucht sich die Teilnehmer am *„großen demokratischen Experiment"* des „Tripartisme" aus.

Auch als Präsidentschaftskandidat konnte RND-Führer Anta Diop nicht in Erscheinung treten, da der Verfassungszusatz vorsieht, daß Kandidaten für dieses Amt von 50 Bürgern, darunter zehn Abgeordneten des (Senghor-) Parlaments, vorgeschlagen werden müssen.

Das politische Eingreifen des RND auch ohne eigene Kandidatur während des Wahlkampfes wurde während des Wahlkampfes wurde durch ein eilig verabschiedetes Gesetz weiter behindert, daß *„private Versammlungen politischen Charakters"* untersagt („Afrique-Asie", 23.1.78). Dennoch gelang es ihm, das Thema der französischen Intervention gegen die POLISARIO von senegalesischem Boden aus zu einem der Hauptthemen des Wahlkampfs zu machen. Bezeichnenderweise wagte keine der drei offiziellen Parteien, das senegalesisch-französische Militärabkommen, das einen französischen Luftwaffenstützpunkt in der Nähe von Dakar beinhaltet, in Frage zu stellen.

In welchem repressiven Klima der Wahlkampf ablief, zeigt u.a. die Inhaftierung von Mam Less Dia im September 1977, Chefredakteur der satirischen (bürgerlichen) Monatszeitschrift „Le Politicien", der erst wieder freigelassen wurde, als er öffentlich erklärte, daß er von dem *„ernsten Wunsch des Präsidenten nach Demokratie"* überzeugt sei („Africa", Februar 78).

Angesichts dieser offensichtlichen Wahl-Farce riefen das RND und die illegale PAI, sowie kleinere linke Gruppierungen zum Wahlboykott bzw. zur Stimmenthaltung auf. Obwohl uns die genauen Endergebnisse der Wahlen noch nicht vorliegen, scheint diese „Wahlempfehlung" der Linken auf ein überwältigendes Echo der Senegalesen gestoßen zu sein. „Afrique-Asie" vom 6. bis 19. März 78 macht in einer ersten Analyse von Teilergebnissen bekannt, daß in einzelnen Regionen der Wahlboykott über 50% betrug. In einer Vorstadt von Dakar mit über 500.000 Einwohnern haben sich nur etwa zehn Prozent der Wahlberechtigten überhaupt registrieren lassen („Afriqu-Asie" 9.-22.1.78).

Die Wahlen (Senghor wurde erneut zum Präsidenten gewählt, die PDS von Wade scheint nach den ersten Ergebnissen in „Afrique-Asie" etwa 30% der Stimmen erhalten zu haben) werden der senegalesischen Bourgeoisie jedoch nur eine kurze Verschnaufpause verschaffen, denn es ist zu offensichtlich, daß sie nicht vorhat, irgendeines ihrer vielen Wahlversprechen einzulösen. (Quellen: „Africa", Februar '78, „Afrique-Asie" Nr. 152, 153, 154, 156).

Afrika-Kommission

Alphabetisierungs-Erfolge in Guinea-Bissao

Große Alphabetisierungserfolge erzielte die PAIGC in Guinea-Bissao. Während des portugiesischen Kolonialismus waren über 90 % der knapp eine Million Einwohner Guinea-Bissaos Analphabeten und jährlich wurden nur 6.000 Kinder neu eingeschult. Bereits ein Jahr nach der Unabhängigkeit 1974 konnte die PAIGC 25.000 Kinder auf Schulen schicken, inzwischen besuchen mehr als 100.000 Kinder, d.h. über die Hälfte aller Schulpflichtigen, eine Schule. Durch zusätzliche Erwachsenenbildung beträgt die Analphabetenrate heute nur noch 75% (ADN, zitiert nach „Extradienst" v. 7.März '78).

Afrika-Kommission



lateinamerika

Argentinien-Solidarität zur WM

Boykott ja oder nein?

„Die WM mit ihren 35.000 erwarteten Touristen und den mehr als 1.500 Mio Fernsehzuschauern hilft dem Ansehen Argentiniens mehr als Hunderte von politischen und diplomatischen Erklärungen" – so die sehr berechtigte Einschätzung von General Merlo, dem Organisator der WM, über die Bedeutung der WM für die argentinische Junta. Diese breite Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit für Argentinien zu nutzen, um über die Unterdrückung, staatlichen Terror und Folter zu informieren, dem Ansehen des derzeitigen Argentinien so kräftig wie möglich zu schaden – das ist die Aufgabe der linken und demokratischen Kräfte.

In Frankreich, Schweden, Holland ist es gelungen, die Beteiligung an einer WM, die zwischen KZ's und Folterlagern ausgetragen wird, massiv in Frage zu stellen. In Holland wurde z.B. schon vor drei Monaten die Forderung nach einem Boykott der WM von zwei Kabarettisten in die Diskussion gebracht, in Schweden kam die Boykottforderung bereits auf, als Argentinien als Ausrichterland für die WM festgelegt wurde. In allen drei Ländern sind die Boykottforderungen und damit die Zustände in Argentinien sehr breit in der Diskussion. Der holländische Ministerpräsident van Agt hielt es für geraten, in einem Fernsehinterview bekanntzugeben, daß er einem Boykott der WM durch die holländische Nationalelf nicht unsympatisch gegenüberstehe. In Frankreich haben zahlreiche Organisationen, darunter auch Teile der Gewerkschaften, LCR und PSU den Aufruf des COBA unterstützt (COBA = Kollektiv für den Boykott der Weltmeisterschaft in Argentinien). Alle Linksorganisationen sahen sich gezwungen, zur Boykottfrage Stellung zu nehmen. Vertreter von PCF und CGT sprachen sich gegen Boykott aus, die PS war zunächst dafür, bis Mitterand persönlich Anfang Februar klarstellte: *„Die Würfel sind gefallen. Jetzt muß man hingehen"* („was tun", 2.3.78). Zwölf sozialistische Jugendorganisationen gaben einen gemeinsamen Boykottaufruf heraus (Frankreich, Spanien, Niederlande, Dänemark, Irland, Portugal, Belgien, Großbritannien, Österreich).

Insgesamt ist dies eine sehr erfolgreiche Kampagne, die – nach allen vorliegenden Berichten – die bisher größte Öffentlichkeit über die Terrordiktatur in Argentinien seit dem Putsch vor zwei Jahren geschaffen hat.

Vor dem Hintergrund dieser Erfolge schlägt die GIM jetzt seit kurzem auch für die BRD vor, die Argentinien-Solidarität an der Boykottforderung aufzuziehen, weil nur über eine solche „provozierende" Forderung eine breite Öffentlichkeit erreicht werden könne. Das Ziel sei nicht, daß der amtierende Weltmeister tatsächlich zu Hause bleibt, das sei natürlich unrealistisch. Aber die Erfahrungen aus Frankreich, Holland usw. würden beweisen, was mit dem richtigen „Zünder" bewirkt werden könne (vergl. „was tun", Nr. 198/199). Unserer Ansicht nach geht diese Position völlig an der Situation in der BRD vorbei.

Im „Modell Deutschland" reicht es eben leider nicht, daß ein paar Lateinamerikagruppen und linke Organisationen eine provokative Forderung aufstellen, und dann entzündet sich daran eine breite öffentliche Diskussion. Eine Boykottforderung hätte bereits vor Monaten aufgestellt und dann auch über anerkannte Organisationen und Persönlichkeiten getragen und von ihnen verbreitet werden müssen. Und selbst dabei stellt sich noch die Frage, ob eine solche Forderung im BRD-Klima überhaupt die Chance gehabt hätte, anders als mit einem Achselzucken abgetan zu werden. Das Spektrum demokratisch-liberaler Öffentlichkeit, Zeitungen, Sportreportern – das in Frankreich und Schweden bereit ist – das die Diskussion um die Zustände in Argentinien aufnehmen könnte, fehlt in der BRD oder ist zumindest so schmal, daß die Chancen, sich gegen den Gleichschaltungsapparat durchzusetzen, äußerst gering sind. Erinnert sei an das Schreiben von Neuberger an den Saarländischen Rundfunk, in dem er sich kritische Bemerkungen zur WM in Argentinien in einem Wort zum Sonntag verbittet, und der Saarländische Rundfunk akzeptiert das selbstverständlich (vergl. AK 124).

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Natürlich ist es unsere Aufgabe, immer wieder und mit allen Mitteln um breitere Öffentlichkeit, breitere Information und gegen die Gleichschaltung zu kämpfen. Natürlich gehört eine WM in Argentinien weltweit boykottiert. Aber die Boykottforderung scheint uns in der BRD besonders zum jetzigen Zeitpunkt für denkbar ungeeignet, weil sie es erleichtert, die Argentinien-Solidarität als unrealistische Spinnerei unter der nur der Fußball-Fan zu leiden hat, abzutun. Die argentinischen Linken haben sich unseres Wissens zurückhaltend zur Frage Boykott ja oder nein verhalten. Montoneros und PRT haben geäußert, daß es Sache jedes einzelnen Landes sei, wie diese Frage entschieden wird, daß sie aber alle Aktionen begrüßen, die dazu beitragen, die Junta zu entlarven. Die Montoneros haben darüber hinaus auf einer Pressekonferenz in einem PCI-Lokal (!) in Rom betont, daß sie keinerlei bewaffnete Aktionen gegen die WM und die WM-Zuschauer planen, daß es aber begründeten Anlaß gibt, zu vermuten, daß die Junta selber Provokationen plant.

Hauptziel der Mononeros bei der WM ist, die weltweite Anklage gegen die Junta voranzutreiben. In diesem Sinne laden sie *„alle Länder der Erde zur Teilnahme an der Fußballweltmeisterschaft 78 ein, damit sie die argentinische Junta anklagen"* („Lateinamerika-Nachrichten", Nr. 56, 2.2.78). Diese Möglichkeit sehen wir allerdings skeptischer. Die Junta hat sich massiv gegen kritische Journalisten und Besucher abgesichert und wird sich die *„einzigartige Gelegenheit, sich in höchst günstigem und positiven Licht darzustellen"* nicht entgehen lassen (vergl. Kasten). Auch 1936 im faschistischen Deutschland hatte kaum ein Tourist oder Sportjournalist etwas von blutiger Repression zu sehen bekommen.

Argentinien-Solidarität in der BRD

Die Gruppen, die in der BRD bisher die Argentiniensolidarität zur WM vorbereiten und tragen, haben sich – bis auf die GIM – insbesondere wegen des zu späten Zeitpunkts gegen die Aufnahme der Boykottforderung ausgesprochen.

Zur Zeit läuft die Unterschriftensammlung, die unter anderem von der Bundesregierung fordert, mindestens 500 argentinische Gefangene in der BRD aufzunehmen (siehe AK 122). Die ersten Unterschriftenlisten sollen am 23.3. übergeben werden, am gleichen Tag findet eine Pressekonferenz in Bonn statt, um über die Zustände in Argentinien und die geplanten Solidaritätsaktionen zu berichten.

Parallel dazu läuft eine weitere Unterschriftensammlung (initiiert vom Hamburger COSAL) gegen Kredit- und Waffenlieferungen der BRD an die Junta. Geplant sind weiter eine Reihe von Aktionstagen in verschiedenen Städten, Veranstaltungen, eine Anzeigenkampagne ähnlich wie die der Westberliner und Hamburger GEW-Lehrer, Agitation vor den Fußballstadien der Bundesliga, eine Fotoausstellung wird in zahlreichen Städten der BRD gezeigt usw. Am 22.3. findet in Köln eine Großveranstaltung statt, auf der unter anderen Helmut Frenz und Cela Guevara (Schwester von Che) sprechen werden.

Genauere Informationen, Material, Unterschriftenlisten, Aufkleber können angefordert werden über die Lateinamerikakommission des KB oder ila, Informationsstelle Lateinamerika; Römerstr. 88, 53 Bonn 1

Lateinamerikakommission

„Gesunde Mädchen begleiten die Journalisten"

Hier einige Beispiele, wie die argentinische Junta die *„einzigartige Möglichkeit"*, die die WM für ihre Imagepflege bietet, zu nutzen weiß.

Die US-Werbefirma Burson-Marsteller wurde schon im vorigen Jahr beauftragt, die günstigsten Propagandamaßnahmen auszuarbeiten. Folgende Tips wurden empfohlen und zum größten Teil bereits umgesetzt:

– Es wurde eine lange Liste von Presseleuten aus acht Ländern zusammengestellt, die bevorzugt behandelt werden müssen. Sie bekommen einen blauen Presseausweis – alle anderen einen roten (!).

– In einer Pressekonferenz, die acht Tage dauern soll, sollen die Journalisten mit *„den positiven Aspekten des Landes"* bekannt gemacht werden.

– Im übrigen werden die Journalisten *„mit Mädchen der attraktiven und gesunden Jugend bekannt gemacht, die als Begleiterinnen und Führerinnen während der Ereignisse 78 dienen"* – kein Zitat von Goebbels 1936, sondern aus der Studie von Burson Marsteller.

– Argentinier, die ausländische Gäste aufnehmen wollen, mußten dies bis Dezember letzten Jahres beantragen und wurden dann dementsprechen überprüft.

– Die Eintrittskarten werden nur in Serien, für je sechs Spiele, verkauft und kosten so viel, wie der monatliche Mindestlohn eines Industriearbeiters ausmacht –das garantiert ein erlesenes einheimisches Publikum. Trotzdem wurden noch elektronische Suchgeräte, mit denen jeder Stadionbesucher kontrolliert werden kann, bestellt – bei Siemens in der BRD!

– Die Mechanikerschule von Buenos Aires, eines der berüchtigsten und grausamsten Folterzentren wird renoviert, ebenso wir das Gefängnis von Villa Devoto (bekannt geworden durch Briefe von gefangenen und gefolterten Frauen, die herausgeschmuggelt werden konnte) umgebaut. Sicherlich werden die internationalen Presseleute vorbildliche Gefängnisse zu sehen bekommen.

– Die Kosten für die WM werden auf rund 400 Mio. Dollar geschätzt, eine Investition einzig und allein für das Image der Junta.

Lateinamerikakommission

Argentinien — „taktische Differenzen" ...

Seit zwei Jahren ist in Argentinien eine Militär-Junta unter General Videla an der Macht. Am 24. März 1976 putschten die argentinischen Militärs die Reste der zweiten Ära Peron hinweg.

Seit zwei Jahren wird der legale und der „inoffizielle" Terror gegen die linke Opposition Argentiniens perfektioniert und ausgeweitet. Ein wahrer Ausrottungsfeldzug – vor allem gegen die militante Linke – ist auch heute noch in vollem Gange.

Seit zwei Jahren werden die noch verbliebenen demokratischen Freiheiten systematisch Stück um Stück demontiert. Die politischen Parteien und Organisationen, die Gewerkschaften sind heute praktisch in die Illegalität gedrängt. Streiks sind verboten und die Presse unterliegt der Zensur.

Kurz: die Militär-Junta ist seit zwei Jahren mit der schrittweisen Verwirklichung einer faschistischen Diktatur befaßt.

Und quasi „ ... in Anerkennung treuer Dienste ..." mit dem Ziel der politischen Aufwertung des argentinischen Militär-Regimes werden auf Veranlassung des internationalen Kapitals die in diesem Sommer fälligen Fußball-Weltmeisterschaften in Argentinien stattfinden.

In diesem Zusammenhang ist eine argentinische Besonderheit von Bedeutung. Im Gegensatz zu Chile etwa hat es die argentinische Militär-Junta von Anfang an recht geschickt verstanden, untergeordnete taktische Differenzen innerhalb der die Herrschaft ausübenden Militär-Führung zu dramatisieren und zur Desorientierung von Teilen des antifaschistischen demokratischen Widerstandes innerhalb und außerhalb des Landes zu benutzen. Wie gefährlich und absurd die Überbetonung taktischer Differenzen innerhalb der herrschenden Militärs ist, wird besonders an den „Theorien" der argentinischen Revisionisten deutlich.



Einige Positionen der „K"P Argentiniens

Gironimo Arnedo Alvarez, seit 1938 Generalsekretär der „K"PA, erläuterte vor einiger Zeit vor DDR-Journalisten die Position seiner Partei.

„Die Regierung der Streitkräfte unter Jorge R. Videla, ..., sei sehr heterogen, wobei nach Auffassung der Kommunisten zwei Strömungen nebeneinander bestehen: Eine Strömung setzt sich aus jenen Kräften in der Regierung zusammen, die unter General Videla für die in der Verfassung niedergelegte bürgerliche Demokratie eintreten, während ein gleichfalls von maßgeblichen Vertretern der Streitkräfte gebildeter Flügel eine Diktatur nach dem Muster Pinochets befürwortet..." (dies und die folgenden Zitate aus: „Horizont", 2/1978.). „ *Es bestehe auch heute die „Gefahr eines offenen volksfeindlichen Putsches der ‚Pinochetistas'"*).

Diese willkürliche Konstruktion zweier „Fraktionen", die angeblich so verschiedenartige politische Vorstellungen haben, führt dann auch zwangsläufig zu verfälschenden Darstellung der argentinischen Wirklichkeit.

„Obwohl heute in Argentinien die Tätigkeit der politischen Parteien untersagt ist, können sie ... dennoch politisch aktiv sein... Allerdings ... nur in jenen Gebieten des Landes, in denen progressive Militärs die Macht innehaben. In anderen Gebieten, in denen reaktionäre Militärs regieren, richtet sich der faschistische Terror gegen Kommunisten und alle Demokraten, werden aufrechte Kämpfer ermordet, eingekerkert, nach chilenischem Vorbild „verschleppt", ohne daß je wieder etwas von ihnen in Erfahrung gebracht werden kann").

Es ist einfach nicht wahr, daß die „demokratische" Videla-„Fraktion", die „in der Verfassung niedergelegte Demokratie" veteidigt. Die Suspendierung der politischen Parteien, die Illegalisierung der Gewerkschaften, die Zensur der Presse (und deren teilweises Verbot) etc., d.h. die Liquidierung der „in der Verfassung niedergelegten Demokratie" wird ganz offiziell im Namen der Videla-" Fraktion" betrieben.

Es ist ebenso wenig wahr, daß der faschistische Terror nur in bestimmten Gebieten des Landes betrieben wird.

Die mörderische Repression – insbesondere gegen die militante Linke – wird landesweit und unter maßgeblicher Beteiligung der „demokratischen" Videla-„Fraktion" durchgeführt.

Die Übertonung von bestehenden taktischen Differenzen zwischen den Herrschen ihre Unterstützung zu propagieren und die „demokratische" Videla-„Fraktion" der Arbeiterklasse als Bündnispartner zu empfehlen:

„ Es gilt, die progressiven Bestrebungen der Regierung Videla ... zu unterstützen ... Die Kommunisten betrachten es als ihre Aufgabe, alle demokratischen und patriotischen Kräfte in der Bevölkerung und auch in der Armee in einer breiten Front zur Erneuerung der Demokratie zu vereinen."

Hinter diesen Vorstellungen über die Möglichkeit eines Bündnisses mit den „demokratischen", „progressiven" Militärs steht die bei den Revisionisten verbreitete Illusion auf Arrangements und Kompromisse bis weit in die Reihen des Klassenfeindes hinein.

Zu einigen Vorstellungen von Lateinamerikagruppen der BRD

Auch COSAL (Komitee zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamrika) Hamburg und Lateinamerika - Nachrichten Westberlin schätzten ein: *„Die innerhalb der argentinischen Militärstreitkräfte momentan stattfindenen Auseinandersetzungen sind ohne Beispiel in Lateinamerika heute."* (Dies und die folgenden Zitate aus: Cosal-Info, Juli 1977 und „Lateinamerika-Nachrichten", Nr. 51)

Die Genossen sehen im Gegensatz zur „K"PA drei Fraktionen in den Streitkräften. Anders als die Revisionisten bemühen sich die Genossen ernsthaft, diese drei Fraktionen auf politökonomische Unterschiede und Interessengegensätze innerhalb der argentinischen Bourgeoisie sowie des ausländi-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 50

schen imperialistischen Kapitals zurückzuführen.

„Die Fraktion der Kompromißlosen Mörder

Die ‚Rechtsaußen' innerhalb der argentinischen Streitkräfte, die mit Begriffen wie ‚gorilas', ‚pinochetistas', ...oder einfach ‚Faschisten' belegt werden, vertreten heute am konsequentesten die Interessen der Großgrundbesitzer des Landesinneren. Dieser reaktionärste Flügel der Militärs wird traditionell von der Marine und einigen Teilen des Heeres gestellt."

„Die Fraktion der sog. Gemäßigten

Repräsentant der Fraktion der sog. Gemäßigten ist heute Staatspräsident J. R. Videla, Oberbefehlshaber des Heeres. Er vertritt die kombinierten Interessen der nationalen großgrundbesitzenden Industriellen sowie der ausländischen Konzerne. Mit der Fraktion der kompromißlosen Mörder hat er ein wichtiges Ziel gemeinsam: Die Ausrottung der ‚Subversion'. Doch während nach den ‚duros' der zur Zeit ausgeübte Staatsterror auf ewig festgeschrieben werden soll, sehen die Videlas diesen nur als notwendige Durchgangsphase zur Säuberung des Landes von den Marxisten an."

„Das internationale Image spielt ... bei der Videla-Fraktion eine große Rolle."

„Die ‚linke' Militärfraktion

Im Verhältnis zu den ‚duros' und der Videla-Gruppe, die in etwa gleich stark sind, befindet sich die ‚peruanische' Fraktion (genannt nach dem peruanischen Modell 1968-1974) in einer klaren Minderheit. Es handelt sich um Offiziere, die weder mit dem Ausverkauf der Nation an die ausländischen Konzerne noch mit dem Zurückschrauben Argentiniens auf den Zustand ein eines Agrarstaates einverstanden sind."

Als einen Vertreter der ‚linken' Militärfraktion zitiert COSAL den Ex-General Guglialmelli:

„Ein Land, das keine Schwerindustrie hat und sich nicht selbst mit Energie versorgen kann.....ist ein kastriertes Land. Unsere Anstrengungen werden durch einige multinationale und einflußreiche Kreise in den USA blockiert, die Argentinien mit Hilfe einiger inländischer Technokraten im Namen der sog. ‚internationalen Arbeitsteilung' zum Vorteil der Industrienationen auf Landwirtschaft beschränken wollen. Der Wohlstand, auf den unsere Gesellschaft Anspruch hat, wird dadurch verhindert. Die Folgen sind Unzufriedenheit und soziale Unruhe" (nach „SZ" vom 11.8.1977).

Die Genossen versuchen nicht, ihre Vorstellungen zur Herleitung einer unsinnigen und fadenscheinigen „Bündnis-Politik" zu mißbrauchen, wie das bei den Argentinischen Revisionisten der Fall ist. Vielmehr grenzen sich die Genossen explizit von der Praxis der „K"PA ab. *„Es kann nicht darum gehen, den Videla-Flügel - so wie es die argentinische KP tut - gegen die ‚pinochetistas' in Schutz zu nehmen und dadurch praktisch den ‚offiziellen Staatsterror' gutzuheißen und nur den ‚illegalen' zu verurteilen. Die Menschen- und Gewerkschaftsrechte werden nicht nur von den faschistischen Banden mit Füßen getreten, sondern offiziell von*
und Gewerkschaftsrechte werden nicht nur von den faschistischen Banden mit Füßen getreten, sondern offiziell von
einer Regierung, der Videla als Präsident vorsteht."

Die Genossen stellen dennoch ausdrücklich die Frage nach den Folgerungen, die sich aus den innenmilitärischen Widersprüchen - so wie sie diese sehen - für eine politische Strategie der Linken in und außerhalb Argentiniens zu ergeben hätten.

Leider bleiben die Genossen eine Antwort schuldig. Denn sowohl der Hinweis auf eine besondere äußere Abhängigkeit der Videla-Regierung, als auch der Hinweis auf die Nützlichkeit internationaler Solidarität zur Unterstützung des nationalen Kampfes scheinen uns keine zwingenden Folgerungen aus der „Theorie der drei Fraktionen" des argentinischen Militärs zu sein.

Ansonsten verzichten die Genossen darauf, aus der Theorie der Widersprüche in den Streitkräften Folgerungen für die zentrale Frage zu formulieren: Für den Kampf in Argentinien selbst.

Die Theorie der drei Fraktionen und der Widersprüche in den argentinischen Streitkräften scheint uns eher geeignet, von der sich immer deutlicher abzeichnenden Tatsache abzulenken, daß die argentinische Bourgeoisie und der US-Imperialismus bei der Verfolgung ihres derzeitigen Gesamt-Interesses – der Festigung und Ausweitung der offenen, brutalen Diktatur – sehr geeint und entschlossen vorgehen.

Die Genossen scheinen uns die Lage insofern falsch einzuschätzen, als sie glauben, die Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse Argentiniens und der Imperialisten seien derzeit dominierend.

Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß die argentinische Militär-Junta z. Zt. - leider - keine Destabilisierungstendenzen zeigt.

Lateinamerikakommission

Argentinien 2 Jahre nach dem Putsch

Fußball und Folter



15.000 „erlegte Subversive"; 6 - 8.000 politische Gefangene; 10.000 Verwundete

Der Putsch vom 24.3.76 in Argentinien war ökonomisch und propagandistisch von langer Hand vorbereitet worden, um von vornherein **einer internationalen Protestwelle wie beim Putsch in Chile den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dies** ist leider weitgehend geglückt.

Der Putsch selber wurde als *„unblutige"* Machtübernahme gefeiert, als *„präzise Arbeit der Militärs"* in einem Land, in dem es keinen anderen Ausweg mehr aus wirtschaftlichem Chaos und „terroristischer Gewalt" gebe. Daß es sich bei der Videla-Diktatur um die wohl blutigste der letzten 30 Jahre handelt – und das argentinische Volk hat in diesem Zeitraum einiges an Militärregimen überstanden – ist weltweit heruntergespielt worden.

Das revisionistische Lager hat im Gegensatz zu Chile keinerlei Protestkampagne gegen die argentinische
Das revisionistische Lager hat im Gegensatz zu Chile keinerlei Protestkampagne gegen die argentinische
Junta unterstützt geschweige denn initiert, die völlig verkommene KP-Argentinien unterstützt Videla gegen eine angeblich noch „reaktionäre und gefährlichere" Fraktion der Militärs (siehe Artikel in diesem AK) Die UdSSR und die VR China treiben beide intensiven Handel mit der argentinischen Junta. Selbst Kuba stellt angebliche Unterschiede zwischen Videla und Pinochet fest. Videla wird ohne großes Aufsehen **nach Venezuela eingeladen, eine Einladung, die Venezuela mit Rücksicht auf sein Image als eins der** letzten demokratischen Länder Lateinamerikas gegenüber Pinochet nicht aussprechen könnte und würde. Der argentinische Wirtschaftsminister Martinez de Hoz, verantwortlich für die völlige Verelendungspolitik der Bevölkerung, konnte ebenfalls ohne irgendein Aufsehen zweimal die BRD besuchen. Eine Delegation nordamerikanischer Kongreßabgeordneter konnte bei einem Argentinienbesuch in diesem Januar fröhlich verkünden, daß der Hauptzweck der Reise wirtschaftlicher Natur sei und die Breite der Delegation *„ein Symbol (sei) für die Bedeutung, die der amerikanische Kongreß Argentinien beimißt"* („International Press Service", 4.1.78)

Die Vorstöße der USA im Rahmen ihrer Menschenrechtspolitik sind mager und es gilt schon als recht außergewöhnlich, daß die sozialistische Internationale (Vorsitz Willi Brand) kürzlich einen Aufruf gegen Menschenrechtsverletzungen in Argentinien veröffentlicht hat. Diesem Klima ist es zu verdanken, daß Argentinien relativ widerspruchslos die Ausrichtung der Fußball-WM zugesprochen bekam.

... und in der Wirklichkeit

Tatsache ist, daß es nach Mindestschätzungen von amnesty international 6 - 8OOO politische Gefangene, 1O OOO „Verschwundene" und 15 OOO *„erlegte Subversive"* (Originalton eines argentinischen Generals, „SZ", 8.8.77) gibt. Nach einem Bericht des US-State Department, den Außenminister Vance als eine seiner Menschenrechtshandlungen im November Videla übergab, sind die Zahlen erheblich höher. Danach gibt es 18 OOO politische Gefangene, von denen *„über 80 % keinerlei politische Vergehen begangen haben"*. (19 % dieser Gefangenen wird Zusammenarbeit mit bewaffneten Regimegegnern vorgeworfen, bei **37 % handelt es sich um Freunde, Verwandte, Anwälte von Terrorismus-Verdächtigen) („UPI", 13.1. 78).**
Verwandte, Anwälte von Terrorismus-Verdächtigen) („UPI", 13.1. 78).

Der Terror der staatlich gelenkten AAA ist nach wie vor ungebrochen. In ständigen Kommuniques gibt das Regime seine *„Erfolge im Kampf gegen die Subersion"* bekannt. Fast täglich wird über die Liquidierung von „Subversiven" bei sogenannten Gefechten berichtet, dabei handelt es sich fast ausnahmslos um die Ermordung von Gefangenen, wie es sich im Fall Käsemann selbst in der BRD-Presse nicht totschweigen ließ. Ein General sagte: *„Für jeden der von uns fällt legen wir 12 von euch um"* (FdCL „Fußball und Folter" S. 85)

Die Inflationsrate betrug nach offiziellen Angaben für das Jahr 1977 160,4 % („International Press Service", 6.1.78), nach inoffiziellen Zahlen im Juli '77 262 %. Innerhalb nur eines Jahres (bis Anfang 77) waren die Reallöhne bereits um die Hälfte gesunken.

Der Widerstand gegen die Dikatur

Die traditionell besonders kampf**starke argentinische Arbeiterbewegung war nach dem Putsch nur kurze Zeit gelähmt. Bereits ein** knappes halbes Jahr nach dem Putsch begannen die ersten Sabotage- und Widerstandsaktionen und Streiks. Nach den breiten Streiks von 70 000 Automobilarbeitern im Herbst 76 gegen die wirtschaftliche „Schockpolitik" und weiteren Streiks bis März, kam es von September bis Ende 77 zur nächsten größeren Streikwelle: Streiks wurden durchgeführt von den Elektrizitätsarbeitern in Buenos Aires, dann von Eisenbahnarbeitern in Buenos Aires, Rosario und Cordoba. Das Personal der U-Bahnen streikte im Oktober für 100 % mehr Lohn. 346 der 360 Piloten von der staatlichen Fluglinie AEOR-LINEAS ARGENTINIAS drohten mit gemeinsamer Kündigung, falls ihre Lohnforderungen nicht erfüllt werden, das Bodenpersonal der Flughäfen von Buenos Aires führte einen Dienst nach Vorschrift durch. Es folgten Streiks im Metallbereich und bei weiteren Elektrizitätsbetrieben in Rosario und Villa Constiticion. Begleitet wurden diese Kämpfe von verstärkten Sabotageakten und bewaffneten Aktionen

Im wesentlichen richteten sich alle Aktionen gegen die wirtschaftliche Verelendungspolitik der Junta, für höhere Löhne und gegen Repressionsmaßnahmen – wie Entlassungen – gegen die Streikenden. Die Regierung antwortete auf die Welle des Widerstandes mit Zuckerbrot und Peitsche: Teilweise wurden die Lohnangebote geringfügig bis mäßig erhöht. Die Eisen- und U-Bahner erhielten z.B. Lohnerhöhungen zwischen 40 und 43 % gegenüber dem vorherigen „Angebot" von rund 35 %.

Außerdem wurde eine weitere Lohnerhöhung für Januar 78 zugesagt. Das Personal der Post- und Telefongesellschaft erkämpfte sich sogar eine 80 % ige Lohnerhöhung. Teilweise gelang es auch, angekündigte Entlassungen und Repressialien zurückzuweisen. Andererseits setzte das Regime aber seinen Repressionsapparat in Gang. Bei der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft SEGBA wurde der Arbeiter Juan Bonggio vom Staatssicherheitsdienst entführt, bei einer Massenversammlung in Buenos Aires wurde ein Arbeiter erschossen. Den Eisenbahn- und U-Bahn-Arbeitern wurde in alle 15 Minuten wiederholten Rundfunkansagen Entlassung und Haftstrafen bis zu 10 Jahren bei Fortsetzung ihres Streiks angedroht. Entlassungen wurden doch in verschiedenen Bereichen vorgenommen..

Der Erfolg dieser Aktionen der Arbeiterbewegung liegt unserer Ansicht nach darin, daß die argentinische Arbeiterklasse trotz blutigster Repression ihre Kampfbereitschaft und Kampfkraft teilweise aufrechterhalten konnte. Durch die Aktionen wurde außerdem das staatliche Lohndiktat teilweise - durchbrochen, und das Regime mußte trotz Illegalisierung aller Streiks, trotz Verbots jeglicher gewerkschaftlicher Betätigung einige Verhandlungen eingehen.

Die Besonderheit der argentinischen Arbeiterbewegung zeigt sich seit Jahrzehnten immer wieder darin, daß sie weder durch demagogische Zugeständnisse (Regierung Peron) noch durch blutige Unterdrückung an die staatliche Leine gelegt werden konnte. Das macht ihre Stärke aus. Die Schwäche liegt aber darin, daß es
an die staatliche Leine gelegt werden konnte. Das macht ihre Stärke aus. Die Schwäche liegt aber darin, daß es
zwar immer wieder gelungen ist, die Regierungen zu „kippen", aber niemals das kapitalistische System und den Einfluß des Imperialismus grundlegend anzutasten. Es ist bisher nicht gelungen, d i e p o l i t i s c h e Stärke und Geschlossenheit zu erringen, die über den Wechsel von Regierungs f o r m e n und Personen hinaus, den Imperialismus und seine einheimischen Helfer ins Wanken bringen konnte. Als eine wesentliche Ursache dafür haben wir immer die Bindung an die klassenunspezifische peronistische Ideologie benannt.

Über solche Fragen, inwieweit z.B. nach dem Abwirtschaften der letzten peronistischen Regierung auch die i d e o l o g i s c h e Überwindung des Peronismus vorangetrieben wird, inwieweit es der revolutionären Linken gelingt, die Perspektive des Sozialismus breiter zu verankern, darüber liegen uns kaum Informationen vor. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die argentinischen Arbeiter und Revolutionäre unter den schwierigsten Bedingungen des Faschismus kämpfen, das heißt diese Fragen nur im Rahmen der begrenzten und schwierigen Möglichkeiten gestellt werden können.

Montoneros und CGTR

Im folgenden ein sehr grober Überblick über vorliegende Aussagen von Montoneros und PRT:

Der wesentliche politische (nach außen sichtbare) Schwerpunkt der Montoneros scheint neben der Fortführung von bewaffneten Aktionen die Arbeit in der Gewerkschaft CGTR zu sein.

Die CGTR (CGT im Widerstand) wurde im August 76 von den Montoneros gegründet. Sie wurde von anderen linken Organisationen, namentlich der PRT, zunächst abgelehnt, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil es in der derzeitigen Situation darauf ankomme, **die Arbeiter in den bestehenden Gewerkschaften, also der GGT, zu gewinnen. Die CGTR sei im Lande dezentralisiert, und relativ schwach, spiele also keine große Rolle (vergl. AK 101).**

Dies war eine Fehleinschätzung oder hat sich wesentlich geändert. Die letzten Streikaktionen wurden entscheidend von der CGTR beeinflußt und wohl auch getragen, und die CGTR hat sich – nach allen vor**liegenden Informationen – zu einem wesentlichen Organisator des Widerstandes in den Betrieben ent**wickelt. Sie wird inzwischen von allen revolutionären Organisationen unterstützt und getragen (laut „Lateinamerika-Nachrichten", **Nr. 56). Zum Selbstverständnis der CGTR betonte einer ihrer Sekretäre in einem Interview.**

„Zuerst muß man mal klarstellen, daß die CGT-R kein alternativer Vorschlag oder eine parallele Organisation zur historischen und traditionellen Organisation der argentinischen Arbeiterklasse, der CGT, ist. Bei der CGT-R handelt es sich um eine organisatorische und politische Antwort auf die Aggression des Feindes. Solange die CGT und die Gewerkschaften nicht existieren, bleibt die Bedeutung der CGT-R bestehen. Die natürlichen Organisationen der Arbeiter müssen wir zurückerobern.Die Hauptziele der CGT-R sind:

1. den Kampf der Arbeiter anzuführen und zu vereinigen
2. die Gewerkschaftsfreiheit zu erreichen."

In demselben Interview werden die letzten Kampfmaßnahmen und die Perspektive des Widerstandes sehr vorsichtig und ausgewogen bewertet:
die Perspektive des Widerstandes sehr vorsichtig und ausgewogen bewertet:

„*zuerst* (unmittelbar nach dem Putsch, der Welle von Entführungen, Morden, Verhaftungen, Anm. AK) *nahmen die Massen eine defensive Haltung ein. Nach unseren ersten politischen Analysen meinten wir, daß dies längere Zeit, vielleicht Jahre, anhalten würde. Aber die Wirklichkeit sah anders aus, die Vorkommnisse zeigten, daß das argentinische Volk schneller auf die Unterdrückung reagiert als es der Feind erwartete, besonders was die Arbeiter betrifft. Vom August 76 an, nach 5 Monaten Diktatur, begann die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Lohnsenkungen und die beabsichtigte Desorganisierung der Gewerkschaften..."*

„Noch für lange Zeit wird unsere Situation defensiv bleiben... Wir müssen langsam aber sicher vorangehen, mit kleinen Siegen unsere Kräfte vereinheitlichen..."

Das bedeutet den Einsatz vielfältiger Kampfmethoden wie

– *Traurige Arbeit* (begrenzte Minderung der Produktion)



Streiks trotz Unterdrückung in Argentinien

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 51

- *Krankheitsausfälle* (möglichst organisiert in Gruppen)
- *Überstundenverweigerung/ Dienst nach Vorschrift*
- *Sabotage* nicht gegen Maschinen, sondern gegen die Produkte, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden
- *Versammlungen* und plötzliche Treffen in den Betrieben

- *Streik.*

Die CGTR legt ihren Schwerpunkt als gewerkschaftliche Organisation notwendigerweise auf den Kampf um wirtschaftliche Forderungen und gewerkschaftliche Freiheit. Allerdings klingt zum Teil an, daß sie sich durch die Ausdehnung und Zusammenfassung dieser Kämpfe die Entwicklung zum grundlegenden Angriff gegen das System verspricht:

Der Schwerpunkt der Kämpfe müsse den schwächsten Punkt der Diktatur angreifen:„*Ihre Wirtschaftspolitik und ihren Wirtschaftsminister Martinez de Hoz. Der Kampf um einen menschenwürdigen Lohn greift damit die U r s a c h e n an: Die vom Weltwährungsfond auferlegte Wirtschaftspolitik*" (Hervorhebung AK)

„.... *Die Novemberkonflikte* (s. oben) *der Eisenbahner, U-Bahner, Kraftwerker etc. waren Kämpfe, die die Standfestigkeit von Martinez de Hoz ernsthaft in Frage stellten, die Grundlage der vom IWF auferlegten Wirtschaftspolitik angriffen und das deutlichste Beispiel für einen massenhaften nationalen Konflikt mit starkem politischen Inhalt geben*" („Lateinamerika- Nachrichten",Nr. 56, S. 38).

Noch deutlicher wird diese Position in einem Interview mit Mario Eduardo Firmenich, Chef der Monteneros, wenn er sagt:

„ *Die Streitkräfte beraten heute über ihren Rückzug. Sie haben weder den Widerstand zerbrechen können, noch besitzen sie wirtschaftliche Lösungen zur Krisenbewältigung. Im nächsten Jahr (*also 1978, AK) *müssen sie notgedrungenerweise mit einer Rückzugsstrategie beginnen*"(Madrid 30.7.77 nach "Lateinamerika-Nachrichten", Nr. 51).

Hier wird die von der CGTR noch recht vorsichtig formulierte These von der Angreifbarkeit der Wirtschaftspolitik zum bevorstehenden Sturz der Diktatur überspitzt und gerät in offenen Widerspruch zu der Einschätzung einer noch länger andauernden Defensive der Arbeiterbewegung.

dauernden Defensive der Arbeiterbewegung.

Grundlage für diesen Widerspruch scheint zu sein. Einerseits die Bedingungen und Erfordernisse der praktischen politischen Arbeit in Argentinien heute und andererseits die Unterschätzung der Widersprüche im Militär und zwischen Militärs und Imperialismus. Eine Rolle spielt wahrscheinlich ebenso die nach wie vor vorhandene Konzeption der Monteneros vom „peronistischen Sozialismus", d.h. Erringung der nationalen Unabhängigkeit und Aufbau eines „Sozialismus", der die nationalen Teile der Bourgeoisie, die kleinen und mittleren Unternehmen einschließt, der im Grunde auf ein radikal-demokratisches aber kein sozialistisches System hinausläuft. Dazu Firmenich:

„ *Der Peronismus ist die politische Identität, der besondere Ausdruck des revolutionären Nationalismus des Volkes in einem Land, das die Phase der nationalen Unabhängigkeit noch nicht abgesichert hat und außerdem unter einem abhängig monopolkapitalistischen System lebt. In einem Land, in dem Abhängigkeit und Kapitalismus zusammentreffen, verschmelzen die Interessen für nationale und soziale Befreiung*" (Lateinamerika-Nachrichten", Nr. 56).

PRT/ERP

Die PRT hatte offenbar schwer zu kämpfen, um die Verluste und Schläge durch die Diktatur aufzufangen. Die Zeitung der PRT El Combatiente wird aber weiterhin herausgegeben und von einer Zerschlagung der Organisation – wie sie die Militärs propagieren – kann keine Rede sein.

Unmittelbar nach dem Putsch hatte die PRT zu „*Bildung einer nationalen patriotischen Front*" mit allen Kräften, die gegen die Junta sind, aufgerufen.

Dieser Aufruf wurde im Laufe des letzten Jahres erneuert. Es soll ein „*Demokratischer Pakt*" geschaffen werden, an dem die 98 % des Volkes, die gegen die Diktatur sind, beteiligt sein müssen, „ *dazu gehören auch die Unteroffiziere und Offiziere der Streitkräfte, die die finsteren Ziele der Kommandos an der Macht nicht unterstützen*" („Lateinamerika-Nachrichten", 1.9.77 und „Denuncia", Dezember 77).

Schon im AK 101 hatten wir festgestellt, daß die PRT im Gegensatz zur immer sehr differenzierten Bündnispolitik des chilenischen MIR keine Angaben darüber macht, m i t w e m eine breite Front geschaffen werden soll, und daß sie möglicherweise die Kräfte, die für ein Bündnis gegen die Diktatur zu gewinnen sind, überschätzt. Dies scheint sich - zumindest in den letzten vorliegenden Aufrufen – zu bestätigen, wenn Teile des Militärs, faktisch die gesamte Bourgeosie und – wie der französische „Etincelle" berichtet – auch die KPA in das Bündnis einbezogen werden sollen (die KPA läßt Videla „kritische Unterstützung " zukommen!).

Möglicherweise spitzfindig, aber doch auffällig ist die Tatsache, daß die PRT im Gegensatz zum MIR vom Faschismus in Argentinien spricht. Der MIR hat den Begriff Faschismus für die Diktaturen in Lateinamerika deswegen abgelehnt, weil daraus notwendig eine Bündnispolitik mit der Bourgeosie nach dem Muster der KP Chiles folgen müsse. Der KB dagegen hat den Begriff zur Kennzeichnung

Chiles folgen müsse. Der KB dagegen hat den Begriff zur Kennzeichnung

der grausamsten und brutalsten Unterdrückung der Arbeiterbewegung benutzt, ohne davon bündnispolitische Konsequenzen abhängig zu machen. In Bezug auf die PRT in Argentinien scheint der vom MIR konstruierte Zusammenhang – Einschätzung der Junta als faschistisch und Bündnispolitik mit a l l e n Klassen und Schichten – allerdings Realität zu sein.

In der Solidaritätsarbeit in Europa tritt die PRT – abgesehen von einigen Pressekonferenzen – zur Zeit nicht offen auf. Ihr ausschließlicher Schwerpunkt scheint auf dem Kampf für die Menschenrechte in Argentinien zu liegen.

Lateinamerika- Kommission



Der Putsch in Argentinien am 24.3.76 war Teil des Gesamtkonzepts der USA für ihr „natürliches" strategisches Hinterland Lateinamerika: Nach den Niederlagen des US-Imperialismus in Indochina und Afrika war das Ziel, die lateinamerikanischen Länder wieder fest an sich zu binden und die maßlose Ausplünderungspolitik – verbunden mit der völligen Verelendung der lateinamerikanischen Massen durch brutalste politische Unterdrückung abzusichern. Dieses Konzept ist inzwischen leider weitgehend aufgegangen (siehe Karte).

Heute gilt es, ein „gefälligeres" Bild vom lateinamerikanischen Kontinent herzustellen, indem man die blutigen Diktaturen demokratisch aufpoliert, um die bestehenden politischen Strukturen zu festigen und gegen oppositionelle Strömungen in den lateinamerikanischen Ländern selber, aber auch im Ausland zu stabilisieren. In diesem Jahr finden (bzw. fanden bereits) „Wahlen" statt, Spektakel, die durchweg nicht einmal etwas mit bürgerlicher Demokratie zu tun haben.

Chile
Führerin des MIR verhaftet und verschwunden

Nach einem Bericht der italienischen Zeitung „Lotta continua" vom 14.3. 78 wurde am 16. Januar Dr. Haydee Palma Donoso, Führerin des MIR, zusammen mit ihrer Mutter und ihrer Schwester verhaftet. Ihre Verhaftung wurde von den Behörden offiziell nicht zugegeben. So reiht sich ihr Name ein in die lange Liste von über 2.500 Personen, die „verschwunden" sind, d.h. die entweder ermordet wurden oder die in einem geheimen Folter-Lager festgehalten werden.

Lateinamerika-Kommission

Mexico: USA bekräftigen ihre Vorherrschaft

Durch den Stop der Kreditzahlungen an Mexiko für den Bau einer Erdgasleitung in die USA, um so die Preissenkung des mexikanischen Erdgases zu erzwingen, hat der US-Imperialismus nachdrücklich klar gemacht, daß er auch weiterhin Mexiko im festen Griff der totalen wirtschaftlichen Abhängigkeit hält.

Die USA sind vor der BRD mit Abstand der wichtigste Handelspartner Mexikos. Dorthin gehen 70 - 80% der mexikanischen Ausfuhren. 26% aller Gewinne in Lateinamerika machen die US-Multis in Mexiko, und für einen investierten Dollar sind in den letzten 20 Jahren 10 Dollar zurückgeflossen (Wirtschaftsinstitut der UNO).

Nachdem sich die USA wie auch in Venezuela die weitgehende Kontrolle über das mexikanische Öl gesichert haben – Mexiko verfügt über riesige Ölvorkommen (mindestens 60 Mrd. Barrel) in der Größenordnung des Irans und Kuwaits, und exportiert schon heute den größten Teil zu niedrigem Preis an den großen Nachbarn – lassen sie sich jetzt den großen Gas-Brocken natürlich nicht entgehen. Als bei Ölexplorationen unerwartet große Gasvorkommen in Tabasko und Chiapas entdeckt wurden, wurde sogleich der Bau einer 1.183 km langen Gasleitung nach Texas beschlossen, durch die ab 1979 Erdgas im Wert von anfangs 2,5 Mio. bis später 5 Mio. Dollar pro Tag in die USA gelangen soll („Nachrichten für Außenhandel", 22.6. 77).

Mexiko ist aber weder in der Lage, die über eine Mrd. Dollar Investitionskosten aufzubringen, noch kann die Stahlindustrie die entsprechend großen Rohre herstellen. Wie beim Ölboom, steht auch beim Gasgeschäft schon im vornherein fest, daß Mexiko vom großen Kuchen nur die Krumen bleiben werden.

Ein mexikanischer Journalist machte die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den USA dadurch deutlich, daß er die Erdgasleitung als „*Mexikos Panamakanal*" bezeichnete („ila-info" 10).

Eine große US-Bank gewährte Mexiko sofort einen 590-Mio.-Dollar-Kredit für den Bau der Pipeline, und ein Konsortium von sechs amerikanischen Gasgesellschaften will sich durch Vorrauszahlung für noch zu lieferndes Gas an der Finanzierung beteiligen („Herald Tribune", Oktober 77) !

Auch die Röhren kommen zum größten Teil aus den USA. Nachdem die staatliche mexikanische Ölgesellschaft Pemex die Bedingungen des amerikanischen Konzerns US-Steel nicht akzeptierte, vergab sie jetzt einen zweiten Großauftrag zur Herstellung von 170 km Röhren an die deutsche Mannesmann AG („SZ", 12.12. 77), die diese Lücke bereitwillig ausfüllte und so den Einfluß des westdeutschen Kapitals weiter ausbaute.

Das offene US-Diktat über Mexiko wurde jetzt aber wieder vollends deutlich. Die amerikanische Regierung strich die Dezemberrate des 590-Mio.-Dollar-Kredits, um Mexiko zu zwingen, den Gaspreis für schon laufende Lieferungen von 2,60 Dollar auf 2,10 Dollar (pro 1.000 Kubikfuß) zu senken („FR", 14.1. 78).

Die mexikanischen Proteste gegen diese Erpressung waren wie üblich sehr wortradikal. Präsident Lopez Portillo nannte es „*eine ernste Maßnahme, wenn ein mächtiges Land sein Kreditsystem dazu benutzen würde, um Preisreduzierungen bei Rohstoffen durchzusetzen*" („FR", 14.1. 78).

Traditionell versuchen die mexikanischen Regierungen immer wieder Unabhängigkeit und eine antiimperialistische Politik zu demonstrieren. So nahm L. Portillo z.B. nicht an der Unterzeichnung des Panamakanalvertrages in Washington teil. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Portillo nicht weniger als sein Vorgänger Echeverria dem US-Einfluß etwas entgegensetzen kann und will. Hat er z.B. doch den Bau der Erdgasleitung persönlich angeordnet. Auch sein Besuch beim Militärdiktator Geisel in Brasilien, mit dem er jetzt auf einen neuen Pakt u.a. mit Venezuela hinsteuert, zeigt die enge Verbundenheit mit der imperialistischen Politik.

Lateinamerika-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



»Beleidigung von Staatsbeamten«

Göttingen: Unwillkürlich drängt sich den Besuchern bei der Eröffnung des „Buback-Prozesses" am 6. März vor dem Göttinger Landgericht ein Vergleich auf: stammheimliche Verhältnisse nun auch in der Provinz? Als Beitrag eigener Art zur öffentlichen Auseinandersetzung um den Nachruf auf S.B. hatte der vorsitzende Richter vier Hunderschaften Bereitschaftspolizei auffahren lassen, die das Gerichtsgebäude hermetisch abriegelten und ihm *„den Anblick einer Festung"* („FR", vom 14.3.) verliehen. Sämtliche Besucher des mit 45 Plätzen ohnehin kleinen Gerichtssaals mußten mehrere Kontrollen und Leibesvisitationen über sich ergehen lassen. Gesucht (und gemeinerweise nicht gefunden) wurden *„Waffen, Wurfgeschosse u.ä."*; in den Fluren wurden scharfe Hunde auf und ab geführt.

Als am 2. Verhandlungstag die Angeklagten und ihre Verteidiger gegen die Durchsuchung ihrer Taschen erneut protestierten (RA Golzem: *„Ich komme mir vor, als ob ich feindliches Territorium betreten müsse"*) ließ der Vorsitzende Richter Staron, seine „Unbefangenheit" aufleuchten. Er habe die „Sicherheitsmaßnahmen" bereits am 27.2. verfügt und: *„Damals war mir noch keiner der Anwälte oder Angeklagten persönlich bekannt, und ich sehe auch jetzt keinen Grund, diese Verfügung aufzuheben."*

Richter Staron fühlte sich offenbar inmitten der vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei und der martialischen Begleitmusik als eine Art „Mini-Prinzing", der felsenfest davon überzeugt ist, daß auf der Anklagebank leibhaftige „Sympathisanten des Terrors" Platz genommen

Art „Mini-Prinzing", der felsenfest davon überzeugt ist, daß auf der Anklagebank leibhaftige „Sympathisanten des Terrors" Platz genommen

haben. Die „persönliche Kenntnis" der Angeklagten – von denen einer in der ESG und der „Gewaltfreien Aktion" mitarbeitet – ließ bei Staron nicht den geringsten Zweifel aufkommen: in dem Prozeß geht es um potentielle „Gewalttäter" und nicht etwa um einen Artikel und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Der Antrag eines Angeklagten, Staron wegen offensichtlicher Befangenheit abzulösen, wurde dementsprechend behandelt: er wurde abgelehnt.

Aber es kam noch toller. Nicht genug damit, daß alle Zuhörer sich die Durchsuchung gefallen lassen mußten; offenbar wollte der Staatsschutz auch genau wissen, w e r von seinem Recht auf Teilnahme an einer öffentlichen Gerichtsverhandlung Gebrauch macht. Am dritten Verhandlungstag wies RA Golzem darauf hin, daß sämtliche Zuhörer vor Betreten des Gerichts z.T. versteckt fotografiert würden, wodurch die „Sicherheitskräfte" rechtswidrig nachrichtendienstlich tätig wären . . .

Nun begann ein Schauspiel, das fast komische Züge annahm. Die verantwortlichen Polizeioffiziere behaupteten frech: Es wird nicht fotografiert, es werden *„nur Messungen in bezug auf die Belichtung"* vorgenommen. Diese auch für einen Polizeioffizier nicht gerade intelligente L ü g e wurde prompt entlarvt, als Journalisten beobachteten, wie einer Kamera gerade ein Film entnommen wurde . . .

Aufgrund dieser nicht zu vertuschenden Tatsachen und nach einem Bericht über diese lächerlichen Ausflüchte sahen sich Gericht und Staatsanwaltschaft derart in die Enge gerieben, daß sie einem Antrag der Anwälte entsprachen, sämtliche illegal erstellten Filme zu vernichten. Wer allerdings geglaubt hatte, die Staatsschützer würden sich richterlichen Anweisungen beugen, der hatte nicht mit der Verschlagenheit der Schnüffler gerechnet. Scheinbar pflichtgemäß lieferten sie drei Filme an das Gericht aus mit der biedermännischen Erklärung, mehr Aufnahmen seien nicht gemacht worden. Die Sache hat nur den berühmten Haken: Nachweislich – durch Aufnahmen eines Zuhörers belegt – waren mindestens fünf Kameras im Einsatz. Drei Filme in fünf Kameras?

Dem äußeren Bild eines „Terroristenprozesses" entsprachen die Vorgänge in der Verhandlung selbst. Gleich zu Beginn warteten die Staatsanwälte mit einer Überraschung auf, indem sie die Anklage erweiterten. Jetzt will die Staatsanwaltschaft die Angeklagten auf Grund des Staatsschutzparagraphen 90a hinter Gitter bringen: Verunglimpfung des Staates. Danach wird *„mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe be-*

schutzparagraphen 90a hinter Gitter bringen: Verunglimpfung des Staates. Danach wird *„mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe be-*

straft", wer die *„Bundesrepublik Deutschland . . . oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht. . ."*. Und wann fühlt sich dieser Staat durch Kritik nicht „verunglimpft"?! Der Angeklagte K.L. erklärte zu diesem Manöver:

„. . . Die Anklageschrift ist ein glattes Ablenkungsmanöver, eine hinterhältige Taktik, die der ganzen Kampagne würdig ist. Man muß sich das einmal vorstellen: Monatelang wurde uns von der ‚Öffentlichkeit' und anderen höchst offiziellen und kompetenten Instanzen entgegengeschleudert: ‚Ihr verherrlicht das Buback-Attentat!', ‚Ihr seid Volksverhetzer!', eine massive Vorverurteilung fand statt. So verkündete Bundesjustizminister Vogel im ZDF-Magazin, nach den Konsequenzen gegen den Verantwortlichen befragt: ‚Selbstverständlich wird es Verurteilungen geben'. Und selbstverständlich haben wir – die Verteidigung und die Angeklagten – uns auf die Verteidigung gegen diese schließlich in juristische Form gekleideten öffentlichen Anschuldigungen vorbereitet. Und nun kommt die Staatsanwaltschaft mit einem ganz anderen Vorwurf, der in der öffentlichen Diskussion nie aufgetaucht ist – das bezeichne ich als hinterhältiges Manöver, und das Gericht spielt dieses Spiel gelassen mit. Es ist nicht nur hinterhältig – wäre es das nur, brauchte man nicht soviel Aufhebens davon machen, weil man das von der Staatsanwaltschaft, zumal der Göttinger, gewöhnt ist. Hinter der Einführung des Paragraphen 90a steht nämlich folgendes: die Staatsanwaltschaft weiß, daß sie weder mit dem Vorwurf nach § 130 (Volksverhetzung – d.Red.) *noch nach § 140* (Billigung von Straftaten – d. Red.) *eine Chance hat, eine Verurteilung zu erreichen, also muß etwas anderes gefunden werden, das neben dem im Vergleich zu der Kampagne lächerlichen Vorwurf der ‚Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener' zwei Voraussetzungen erfüllen muß: a) ein Tatbestand, der eine höhere Strafe fordert, v.a. aber auch eine Gefängnisstrafe; und b) ein Tatbestand, der den ganzen Wirbel, den Einsatz der geballten Staatsmacht gegen einen Artikel in einer Studentenzeitung mit 5.000er Auflage legitimiert.*

Man kann sich vorstellen, wie die Staatsanwälte sich die Hirne zermartert haben, wie diese Aufgabe am besten zu bewältigen ist. Resultat dieser geistigen Selbstmarterung: die Anklage nach § 90a. Der Artikel ist demnach eine staatsgefährdende, staatsverunglimpfende Schrift; also muß sich der Staat mit allen Mitteln zur Wehr setzen."



Szene aus der „Volksverhexer-Revue", aufgeführt auf dem Göttinger Solidaritätskongreß am 9.3. von einigen Bremer Herausgebern der Buback-Nachruf-Dokumentation, Göttinger Studenten und Walter Mossmann.

Szene aus der „Volksverhexer-Revue", aufgeführt auf dem Göttinger Solidaritätskongreß am 9.3. von einigen Bremer Herausgebern der Buback-Nachruf-Dokumentation, Göttinger Studenten und Walter Mossmann.

Die Farce dieser Gerichtsverhandlung zeigte sich am deutlichsten am vierten Verhandlungstag, als das Gericht sämtliche (!) von der Verteidigung beantragten Gutachter ablehnte. Die Gutachter (Prof. Jens, Vorsitzender des PEN-Clubs; Prof. Gottschalch; Prof. Seifert; Peter Glotz; Pädagogik-Profs aus Göttingen) sollten den Buback-Nachruf einer eingehenden wissenschaftlichen Untersuchung unterziehen, die Intentionen des Autors und die Wirkungsweise des Artikels in der Studentenschaft aufzeigen. Das Gericht schmetterte die hierzu vorgebrachten Beweisanträge auf Antrag der Staatsanwälte ab. Begründung:

- das Gericht besitzt selbst genügende Sachkenntnis;
- Analysen des Artikels seien für die strafrechtliche Würdigung des rtikels irrelevant;
- die Gutachter könnten über die subjektiven Gedankengänge und Motive des Mescaleros keine Angaben machen, weil sie ihn nicht persönlich kennen.

Die Ablehnung der Gutachter ist nichts anderes als die Ausschaltung der Verteidigung der Angeklagten. Denn eine Waffe der Verteidigung ist im Buback-Prozeß die wissenschaftliche Analyse des Artikels, die in jedem Fall die dünne Decke der Anklage zerfetzt hätte. Das weiß das Gericht. Deswegen setzen Gericht und Staatsanwälte alles daran, die inhaltliche Diskussion um den Buback-Nachruf aus dem Gerichtssaal rauszuhalten, um allein auf der Grundlage einiger Halbsätze und Begriffe (z.B. „Killervisagen") die Angeklagten hinter Gitter zu bringen. Der Prozeß ist wahrlich aus dem gleichen Holz wie die gesamte Hetzkampagne um den „Nachruf" geschnitzt.

Am fünften Verhandlungstag schlug die Verteidigung dem Gericht allerdings ein Schnippchen. Einige Gutachter wurden als Zeugen der Verteidigung geladen, so daß das Gericht wohl oder übel vorurteilsfreie Begutachtungen des „Buback-Nachrufes" zur Kenntnis nehmen mußte. Den Versuchen des Richters und der Staatsanwaltschaft, eine Diskussion um den Artikel und die Pressekampagne um ihn im Gerichtssaal zu unterbinden, steht das breite Interesse entgegen, das dieser Prozeß in der Öffentlichkeit findet. Ein offizieller Prozeßbeobachter von Amnesty International (Holland) als Delegierter der Londoner Zentralstelle von AI (er konnte über die ihm gebotene „deutsche Rechtsstaatlichkeit" nur den Kopf schütteln) und auch Vertreter der regionalen und überregionalen Presse dürften Richter Staron zusätzliche Kopfschmerzen bereitet haben, zumal die Presse im Gegensatz zu ihrer damaligen Hetzkampagne gegen den Artikel („FR": *„blanker Faschismus")* relativ objektiv und teilweise sogar „besorgt" über das seltsame Prozeßgeschehen berichtete. Diese Haltung der Sympathisantenjäger von einst kann uns zwar nicht beruhigen, aber ermutigen.

Der vom Göttinger AStA veranstaltete Solidaritätskongreß zum Buback-Prozeß am 8. und 9.3. zeigte, daß die „Sympathisantenhetze" in den Wochen nach den Anschlägen auf Buback, Ponto und Schleyer – und eine Verurteilung der Angeklagten bedeutet eine weitere juristische Sanktionierung dieser Treibjagd – noch lange nicht ihr Ziel erreicht hat. In einer breiten Palette von Diskussionsveranstaltungen und Arbeitsgruppen nahmen teilweise

jagd – noch lange nicht ihr Ziel erreicht hat. In einer breiten Palette von Diskussionsveranstaltungen und Arbeitsgruppen nahmen teilweise

über 1.000 Studenten die Gelegenheit wahr, mit Erich Fried, Hochschullehrern und Mitherausgebern des Artikels aus Bremen, Oldenburg und Westberlin sowie Vertretern der Presse über den Buback-Artikel, über politische Prozesse, über „Volksverhexer" und Fragen der „deutschen Pressefrechheit oder das Medienmonster" zu diskutieren. Ganz besonders hervorzuheben ist dabei die solidarische Zusammenarbeit von fortschrittlichen Studenten u n d Hochschullehrern. Der Kongreß war sicherlich ein guter Auftakt dazu, daß *„Bürger diese Prozesse zum Protest gegen eine Entwicklung benutzen, die auf ein Gesinnungsstrafrecht, auf staatliche Zensur und freiwillige Selbstzensur, auf die Wiedereinführung einer Klasse von Staatsfeinden und die Wiederherstellung des ‚deutschen Blicks' in politischen Meinungssachen hintendiert"* (aus dem Aufruf des Unterstützerkreises für die Herausgabe des „Buback-Nachrufs" vom 22.2.1978).

Erste „KAStrA"-Wahlen – Teilerfolg für die Linke

Tübingen: Am 14./15. Februar 78 fanden in Tübingen die ersten Wahlen zum Großen Senat nach dem neuen LHG statt, die den Studenten jetzt statt des bisherigen AStA einen „KAStrA" von Filbingers Gnaden bescheren sollen.

Einigkeit bestand unter dem größten Teil der Linken darin, an den Wahlen teilzunehmen, um den KAStrA nicht den Rechten in die Hände fallen zu lassen, sondern ihn durch eine linke Einheitsliste zu blockieren. Als linke Liste mit diesem Anspruch war die LAUS angetreten („Liste zum Aufbau der Unabhängigen Studentenschaft"). Ziel dieser Liste ist es, über die Wiederbelebung der alten Satzung von 1970 (mit imperativem Mandat, Wahl des Studentenrates über die Fachschaften, Vollversammlung als oberstes Entscheidungsgremium) einen „staatsunabhängigen Studentenausschuß", kurz USTA, aufzubauen, der neben dem blockierten KAStrA die eigentliche politische Vertretung der Studenten sein soll. Unterstützung findet diese Bestrebung vor allem in den linken Fachschaften, zum Teil in der ehemaligen LdF (Liste der Fachschaften), SZ (Sozialistisches Zentrum) und etwas halbherzig bei den Jusos und linken Spontigruppen.

Bei ca. 20 % Wahlbeteiligung erhielt die LAUS 40,79 % und damit 4 von 7 Sitzen. Die übrigen drei Sitze fielen an die Rechten, je einer an RCDS (19,35 %), F.I.T. (rechte Fachschaftsliste, 17,2 %) und SLH (14,82 %).

Zwar konnte damit zunächst eine Machtergreifung der Rechten verhindert werden, jedoch besteht für die Linken nicht allein Grund zum Jubeln, denn die Rechten haben im Vergleich zu früheren Wahlen prozentual hinzugewonnen und erhielten zusammen das erste Mal über 50 %. Zweifellos wurden die Rechten dadurch begünstigt, daß das reaktionäre LHG geradezu eine Aufforderung an die rechten Wähler ist, ihren Positionen jetzt in den studentischen Organan zum Durchbruch zu verhelfen. Hingegen hatten die Linken zunächst einmal Schwierigkeiten, ihre Wähler bei der Stange zu halten, und die geringe Wahlbeteiligung läßt vermuten, daß ein Teil der Linken den Sinn einer Beteiligung an den KAStrA-Wahlen nicht sieht und ihnen enttäuscht den Rücken kehrte.

Begünstigt wurde dieses Verhalten auch durch das Eingreifen der MRI (Marxistisch-Reichistische Initiative), die zum Wahlboykott aufrief, weil der KAStrA *„ein geknebeltes und kompetenzloses Feigenblattorgan"* ist, das *„nicht einmal das Recht auf Meinungsfreiheit besitzt"*. Deshalb würde eine Beteiligung an den Wahlen nur eine Absegnung dieses „Feigenblattes" bedeuten (*„Jede Stimme für Filbingers AStA ist eine Stimme für das LHG"*). Durch Wahlboykott könne man zeigen, *„daß außer ein paar Herrensöhnchen und Vollidioten niemand hinter Filbingers Zwangsorgan steht"*. Gefährlich wird diese Boykottlinie allerdings, wenn es nicht gelingt, sie mehrheitlich unter der Linken zu verankern, d.h. überhaupt keine reale Aussicht besteht, die Wahlen durch massenhaften demonstrativen Boykott in ein Votum gegen das LHG zu verwandeln. Unter radikalen Sprüchen wird dann den Rechten das Feld überlassen.

Auch MSB und KBW mochten sich nicht mit den Vorstellungen der LAUS befreunden. Der MSB ist zwar für einen USTA, aber nur mit *„gewerkschaftlicher Politik als Grundlage der Interessenvertretung"*. Da er mit seinem geringen Einfluß keine Möglichkeit hatte, dies durchzusetzen, beteiligte er sich nicht an den Wahlen.

Der KBW mußte mal wieder seine Extrawurst braten. Zusammen mit dem KAB„D" kandidierte er auf einer eigenen „Liste für die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft" – nicht ohne lautstark die LAUS zur „Einheit" aufzufordern. Er selbst konnte sich jedoch nicht mit dem USTA-Gedanken befreunden, weil die Studenten auf gar keinen Fall darauf verzichten dürften, *„selbständige, vom Staat als solche anerkannte Vertretungsorgane . . . aufzubauen."* Solche Flausen wie „staatliche Anerkennung" dienen dem KBW immer wieder dazu, seine Extratouren zu begründen, und trotz seines Schwätzens von der „Einheit" stellt er sich damit immer wieder gezielt gegen die studentische Linke. Nur seine Einflußlosigkeit verhindert, daß er mit seinen Spaltungsmanövern größeren Schaden anrichtet. Er erreichte sagenhafte 2 %. Damit erhielt auch die KAB„D" eine peinliche Quittung für diesen Flirt mit dem KBW.

Rechtsradikale abgeschmettert

Erstmals beteiligten sich auch wieder die Burschenschaften an der Wahl, nachdem sie der Uni-Präsident zu aktiver Beteiligung an der Hochschulpolitik aufgefordert hatte. Sie kandidierten auf einer „Verbindungsliste" – allerdings ohne Erfolg. Dem rechten Schlägertrupp HTS (der enge Verbindungen mit dem Faschisten Hoffmann pflegt) waren die Burschenschaftler nicht radikal genug, und so versuchte er es mit einer Eigenkandidatur. Erfreulicherweise blieb er unter 1 %.

Unterstützungskreis gegründet

Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, der Theologe Helmut Gollwitzer und der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation", Julius Poesner, haben einen „Unterstützungskreis für die Herausgeber des ‚Buback-Nachrufes' " gegründet und dazu aufgerufen, Initiativen für die Verteidigung der Herausgeber zu entwickeln und zu koordinieren. Die Adresse ist:

**c/o Ästhetik und Kommunikation
Bogotastr. 27,
1000 Westberlin 37;
Tel.: 030/8028789**

**Spenden und Unterstützungsbeiträge an
Institut für Kultur und Ästhetik
Sonderkonto Unterstützungskreis
Berliner Bank (BLZ 100 200 00)
Konto-Nr. 4622534001**

CA von 2000 Bullen geräumt

Heidelberg. Im AK Nr. 123 berichteten wir über die Kündigung des Collegium Academicum für die Studenten. Die Kündigung war zum 28.2.78 ausgesprochen worden, obwohl die Hauptverhandlung in dem von den Studenten angestrengten Prozeß noch nicht stattgefunden hat. Bereits vor dem 28.2. hatten mehrere Verteidiger-Plenen von CA-Bewohnern, Benutzern und Unterstützern stattgefunden, auf denen man sich jedoch nicht auf ein einheitliches Vorgehen hatte einigen können. Im großen und ganzen hatten sich drei Positionen herauskristallisiert: Der dem SB nahestehende Teil der Bewohner und Benutzer vertrat die Position, das CA sei nicht mehr zu halten, was sich konkret in Demobilisierung auswirkte, der KBW orientierte verbalradikal auf eine militante Verteidigung; außerdem gab es noch die Position, über eine politische Stellungnahme in der Stadt und Presse, über eine breite Mobilisierung möglichst viele Leute zu gewinnen, um das CA solange wie möglich demonstrativ zu besetzen. Letztere Position, im Rahmen der Unterstützerbewegung sicher die große Mehrheit, wurde von großen Teilen der Spontis, Unorganisierten und von uns getragen.

Chronologie der Ereignisse

28.2. CA-Verteidigungsfete mit über 1000 Leuten. Von einigen Leuten werden die Fenster mit Bettgestellen „verbarikadiert", um einen Überraschungsangriff mit Gasgrananten zu verhindern, von auf sofortige Aufgabe des CA.s eingestellten Leuten werden diese wieder abgebaut; dies einige Male im Wechsel, bis sich die erstere Gruppe durchsetzt. Auf dem Fest formiert sich eine Demo von ca. 3oo Leuten, die zum Theater ziehen, um dort ihren Protest auszudrücken. Sie werden dort aber nicht eingelassen und ziehen unverrichteter Dinge wieder ab. Auf dem Rückweg geht die Scheibe einer „Filiale des Kapitals" zu Bruch, was am nächsten Tag von der Presse zum Anlaß wilder Hetztiraden genommen wird.

1.-3.3. Täglich finden Verteidiger-Versammlungen statt, auf denen die oben dargestellten Positionen immer wieder vorgetragen werden, im wesentlichen aber keine Einigung erzielt wird, stattdessen sich die Fronten immer mehr verhärten und Diskussionen hauptsächlich von Polemiken des Sponti- gegen den KBW-Block und umgekehrt beherrscht werden. Es werden Wachen an den Autobahnausfahrten und ein Telefonrundruf-Wanrsystem organisiert. Während dieser Zeit wurden auch Info-Aktionen in der Stadt gemacht.

4.3. Für diesen Tag war eine Demo angemeldet und verboten worden; zur Durchsetzung dieses Verbots erschienen 1000 Polizisten zu Fuß, zu Pferd und mit Wasserwerfern; die Demo war jedoch bereits am Vortage vom Verteidigerplenum fallengelassen worden.

4. und 5.3. Man einigt sich auf Aktivitäten (Filmvorführungen, Basar usw.), um so das CA mit Inhalten zu füllen.

6.3. Um 4 Uhr wir das Telefonwarnsystem in Gang gesetzt, um 4.30 Uhr haben sich bis zu 3oo Leute im CA eingefunden. Als die Polizei mit Flutlichtanlage und Spezialkommandos anrückt, versammelt man sich im Innenhof, nachdem der KBW in dieser Situation nochmals eine Kampfabstimmung durchführen ließ, ob man das Tor verbarrikadiert oder nicht. Nachdem ca. die Hälfte der Anwesenden dagegen war, versuchte er dies gegen deren Willen durchzusetzen, wurde jedoch daran gehindert. Nach der 2.Aufforderung durch die Polizei, das CA zu verlassen, verließen die Anwesenden unter den Kameras des VS den CA-Hof und machten noch eine Demo durch die Stadt.



Mit brutalem Einsatz ihrer Macht räumte eine Polizei-Armada in Heidelberg das von Studenten selbstverwaltete Collegium Academicum und knüppelte anschließend jeden Widerstand nieder.

Nachmittags um 17 Uhr unter den Augen von 2000 Polizisten, einschließlich BGS, SEK, nochmals der Versuch einer Demo von ca. 1oo Leuten, die jedoch von BGS und SEK mit langen Holzknüppeln brutal zusammengeknüppelt wurden. Dabei wurden 8 Demonstranten zum Teil schwer verletzt, einige festgenommen. Die Spezialeinheiten machten in ihrem Eifer auch vor Passanten nicht halt, so daß auch diese ihren Teil abbekamen.

7.3. 30 Polizisten überfallen ein Studentenwohnheim in der Brunnengasse, zerschlagen in leerstehe Zimmern das Mobiliar, damit d. , nicht von CAlern als Treffpunkt genutzt werden können. Am nächsten Tag gibt es einen gerichtlichen Beschluß, daß dieses Wohnheim nicht geschlossen werden darf.

9.3. Besetzung der Peterskirche durch CAler, die den Erfolg brachte, daß die Presse und die Tagesschau sich auch einmal mit dem Anliegen der Studenten beschäftigten.

11.3. Nochmalige Demo mit 250 Teilnehmern; 20 Spontis fühlten sich zu einer „Gegendemo" bewogen, auf der ein CA-Pappmodell auf einer Bahre symbolisch zu Grabe getragen wurde.

12.3. Auszug aus der Peterskirche, nachdem der Kirchenrat eine Fortführung der Verhandlungen um Wohnraum zugesichert hatte.

Fazit: Das CA ist weg, ca. 80 ehemalige Bewohner ohne Wohnraum. Die Linke in Heidelberg hat sich selbst in diesem wichtigen Punkt der gemeinsamen Betroffenheit nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können; KBW und Spontis haben es stattdessen zu so sektiererischen Kapriolen gebracht, getrennte Diskussionsplenen durchzuführen. Auf diese Weise waren die Chancen auf einen Erfolg gegen den mit einer Armee auftretenden Staatsapparat von vornherein sehr gering. Zusätzlich zu dieser Schwäche der Linken ist es weder den CAlern noch Außenstehenden gelungen, mit einer guten Bündnispolitik liberale und demokratische Kräfte zu öffentlichen Stellungnahmen zu bewegen, um so der Kündigung und Räumung auf diesem Wege Druck entgegenzusetzen. Auf diesem Gebiet hätte sicherlich „mehr dringelegen".

Genoss(inn)en des KB in Heidelberg

Scheibe einer „Filiale des Kapitals"
zu Bruch, was am nächsten Tag von der Presse zum Anlaß wilder Hetztiraden genommen wird.

1.-3.3. Täglich finden Verteidiger-Versammlungen statt, auf denen die oben dargestellten Positionen immer wieder vorgetragen werden, im wesentlichen aber keine Einigung erzielt wird, stattdessen sich die Fronten immer mehr verhärten und Diskussionen hauptsächlich von Polemiken des Sponti- gegen den KBW-Block und umgekehrt beherrscht werden. Es werden Wachen an den Autobahnausfahrten und ein Tele-

anschließend jeden Widerstand nieder.

Nachmittags um 17 Uhr unter den Augen von 2000 Polizisten, einschließlich BGS, SEK, nochmals der Versuch einer Demo von ca. 1oo Leuten, die jedoch von BGS und SEK mit langen Holzknüppeln brutal zusammengeknüppelt wurden. Dabei wurden 8 Demonstranten zum Teil schwer verletzt, einige festgenommen. Die Spezialeinheiten machten in ihrem Eifer auch vor Passanten nicht halt, so daß auch diese ihren Teil abbekamen.

7.3. 30 Polizisten überfallen ein

die Chancen auf einen Erfolg gegen den mit einer Armee auftretenden Staatsapparat von vornherein sehr gering. Zusätzlich zu dieser Schwäche der Linken ist es weder den CAlern noch Außenstehenden gelungen, mit einer guten Bündnispolitik liberale und demokratische Kräfte zu öffentlichen Stellungnahmen zu bewegen, um so der Kündigung und Räumung auf diesem Wege Druck entgegenzusetzen. Auf diesem Gebiet hätte sicherlich „mehr dringelegen".

Genoss(inn)en des KB in Heidelberg

BaFöG-Entzug wegen Streiks

Hamburg: Als erstes Bundesland fordert in Hamburg die Behörde für Wissenschaft und Kunst von allen Bafög-Empfängern eine Erklärung, ob sie im vorangegangenen Bewilligungszeitraum die Ausbildung unterbrochen – sprich gestreikt – hätten. Die „Rechtsgrundlage" für dieses Vorgehen bildet § 20 Bafög: *„Der Förderungsbetrag ist für den Kalendermonat oder den Teil eines Kalendermonats zurückzuzahlen, in dem der Auszubildende die Ausbildung aus einem von ihm zu vertretenden Grunde unterbrochen hat"!*

Betroffen sind zunächst die Studenten, die Anfang März einen Antrag auf Verlängerung der Förderung gestellt haben. Sie mußten eine Erklärung unterzeichnen, in der sie entweder ankreuzen konnten, daß sie an allen Tagen an den vorgesehenen Studienveranstaltungen teilgenommen haben (was natürlich niemand konnte, da für 14 Tage der normale Lehrbetrieb boykottiert wurde), oder Sie mußten sowohl den genauen Zeitraum der Unterbrechung der Ausbildung als auch die Gründe für diese Unterbrechung angeben. Hiervon sind zunächst1000 bis 1500 Studenten betroffen, jedoch werden die übrigen durch Bafög Geförderten später zu einer ähnlichen Erklärung aufgefordert werden, und das sind dann immerhin 13 000 Studenten, fast die Hälfte aller Studenten aus Hamburg.

Diese Maßnahme ist eine Reaktion auf den Streik der Studenten im Wintersemester. Der Präsident der Universität, Fischer-Appelt, hatte schon im Verlauf des Streiks öffentlich entsprechende Rückforderungsmaßnahmen gefordert. Neben dem Mittel der Einschüchterung durch Androhung von Strafanzeigen gegen streikende Studenten wird nun auf breiter Ebene jeder zweite Student mit der Drohung der Finanzentziehung konfrontiert. Das Studentenwerk hat gegen dieses Vorgehen der Hochschulbehörde protestiert, und sich dagegen verwahrt, *„daß das Studentenwerk und seine Mitarbeiter angewiesen wurden, ihre dienstlichen Kenntnisse über Streikaktivitäten in die Ermittlungen einzubeziehen"* (Erklärung des Studentenwerks vom 6.3.78), denn dies wäre nötig, um überhaupt jemanden die Abwesenheit n a c h z u w e i s e n.

In einem Radiointerview hat ein Sprecher der Hochschulbehörde die Studenten „eingehend davor gewarnt", die Erklärungen unrichtig auszufüllen, denn dann hätte sich der betreffende Student einer bewußten Falschaussage schuldig gemacht, und dies würde strafrechtlich geahndet.

Da es der Hochschulbehörde trotz umfangreicher Spitzelmaterialien nicht gelingen wird, jedem Studenten „Versäumnisse" nachzuweisen, zielt dieser Vorstoß offenkundig in erster Linie auf die massive Einschüchterung hin. Weiterhin ist zu befürchten, daß die Hochschulbehörde die Tatsache der im Augenblick noch „unzureichenden" Kontrolle der Anwesenheit der Studenten zum Argument aufbaut, verstärkt in den nächsten Semestern Anwesenheitslisten und andere Möglichkeiten der Kontrolle einzusetzen.

Gleichzeitig wird über den BAFöG-Entzug den Studenten generell das Streikrecht abgesprochen. Dies gilt es im kommenden Semester zurückzuweisen, ebenso wie jegliche Anwesenheits- und Spitzellisten zu verhindern.

SSB/Hamburg

VDS-MV: MSB/SHB sind enttäuscht

Herbe Enttäuschung über den Verlauf der diesjährigen VDS-Mitgliederversammlung sprechen aus den Zeilen, die die SHB-Vorsitzende Mechthild Jansen für die „Deutsche

Tribunal insbesondere – zumindest „objektiv" – gegen die Revis zu richten, während die Billigung der Inhaftierung Bahros offenbar ein besonders schwerer Schlag für die BRD-Bour-

VDS-MV: MSB/SHB sind enttäuscht

Herbe Enttäuschung über den Verlauf der diesjährigen VDS-Mitgliederversammlung sprechen aus den Zeilen, die die SHB-Vorsitzende Mechthild Jansen für die „Deutsche

Volkszeitung" vom 9.3. zu Papier gebracht hat. *„Die spontaneistischen Basisgruppen, die an vielen Hochschulen ein immer engeres Bündnis mit den maoistischen K-Gruppen eingehen"* würden, hätten zusammen mit der Mehrheit der Juso-Fraktion dafür sorgen können, daß MSB/SHB diesmal ihre Ziele für die VDS-MV nicht erreichten. Die von den Revis ausgegebene Orientierung auf eine „Novellierung" des HRG blieb auf der MV ebenso erfolglos wie die von ihnen betriebene Isolierung der Basisgruppen. Dieses Ergebnis ist für die GOler umso überraschender, als die Jusos noch kurz zuvor im Zusammenhang mit ihrem spektakulären Rückzug aus dem VDS-Vorstand durchaus ähnliche Positionen wie sie vertreten hatten („Novellierung" der Hochschulgesetze, Verhandlungen mit der SPD, Abrechnung mit den Basisgruppen).

Ihren politischen Frust über diese Entwicklung kompensiert M. Jansen mit platter Polemik: Demnach hätten die Basisgruppen *„den Studenten außer Antikommunismus (!) nur Perspektivlosigkeit zu bieten"* gehabt. Die *„politsche Auseinandersetzung"* um das (bei den Revis!) *„bekanntermaßen umstrittene"* Russell-Tribunal sei *„lediglich zur Diffamierung der gewerkschaftlich orientierten Kräfte genutzt"* worden. Daß dann auf der VDS-MV auch noch Forderungen wie die nach der Freilassung des in der DDR einsitzenden R. Bahro diskutiert wurden, veranlaßt M. Jansen schließlich zu der Feststellung, *„der Kampf gegen die 'Unterdrückung in den sozialistischen Staaten'"* habe *„dann überhaupt zum Programm erhoben werden"* sollen. *„Mit dieser Vorgehensweise"* – so Jansen – *„befinden sich die Basisgruppen im Einklang mit dem ideologischen Konzept der herrschenden Klasse (!), so daß sich der RCDS und andere Rechtsgruppen auf dieser VDS-MV ihre Auftritte sparen konnten".*

Die schrägе Logik dieser „Argumentation" spricht für sich selbst. Demnach scheint sich das Russell-

Tribunal insbesondere – zumindest „objektiv" – gegen die Revis zu richten, während die Billigung der Inhaftierung Bahros offenbar ein besonders schwerer Schlag für die BRD-Bour-

geoisie sein muß. Es fehlt eigentlich nur noch die Behauptung, daß sich *„RCDS und andere Rechtsgruppen"* ebenfalls für das Russell- Tribunal ausgesprochen hätten ...

Hervorstehchend und in dieser Form neu ist die Schärfe, mit der M. Jansen über traditionelle GO-Bündnispartner wie die Juso-Hochschulgruppen herzieht, die diesmal mehrheitlich die Basisgruppen unterstützt hatten (während lediglich die „Stamokap"-Jusos den Revis brav die Stange hielten). *„Die Basisgruppen"* – so giftet sie – *„konnten ihr Spiel allein deshalb treiben, weil es die aktive Unterstützung der Mehrheit der Juso-Hochschulgruppen fand".* Und daraus schließt Jansen hurtig: *„ ... das alles bedeutet nichts anderes als den Versuch, einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung den Rücken freizuhalten (!!) und die Studenten an rechtssozialdemokratische Politik anzubinden".* Ein kühner Gedankensprung! Die „Anbindung an rechtssozialdemokratische Politik" zeigt sich wohl besonders deutlich an der Untersützung des Russell-Tribunals, daß ja bekanntlich der Bundesregierung „den Rücken freihält" ... Tatsächlich ist es jedoch so, daß sich die Jusos des ungeteilten Beifalls von MSB/SHB sicher sein könnten, würden sie sich an den (wirklich rechtssozialdemokratischen!) Abgrenzungsbeschluß des SPD-Vorstandes gegen das Russell-Tribunal halten (Zitate aus „DVZ", 9.3.).

Ein kühner Gedankensprung! Die „Anbindung an rechtssozialdemokratische Politik" zeigt sich wohl besonders deutlich an der Unterstützung des Russell-Tribunals, daß ja bekanntlich der Bundesregierung „den Rücken freihält" ... Tatsächlich ist es jedoch so, daß sich die Jusos des ungeteilten Beifalls von MSB/SHB sicher sein könnten, würden sie sich an den wirklich (rechtssozialdemokratischen!) Abgrenzungsbeschluß des SPD-Vorstands gegen das Russell-Tribunal halten (Zitate aus „DVZ" 9.3.)

MSB-KHB: »beispielhaft« - für wen?

Unter dem Titel *„Ein Jahr Aktionseinheit im AStA Uni Regensburg"* bilanzierte die „KAZ" des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" in ihrer Ausgabe vom 21.2. die Zusammenarbeit ihres „Kommunistischen Hochschulbundes" (KHB) mit dem MSB. Die Zusammensetzung des Regensburger AStA, in dem u.a. MSB u n d KHB vertreten sind, sei – so die „KAZ" – *„beispielhaft, sicher nicht nur für alle Unis in der BRD, sondern auch für viele Menschen, die meinen, eine Aktionseinheit mit der DKP herzustellen wäre unmöglich, man braucht es gar nicht mehr zu versuchen".* Damit ist die „KAZ" wieder bei ihrem Lieblingsthema angelangt: Bekanntlich haben „Arbeiterbund" und KHB seit geraumer Zeit ihre gesamte Politik darauf abgestellt, mit der DKP ins Geschäft zu kommen. Nennenswerte Erfolge dieser Politik sind allerdings bislang ausgeblieben. Obwohl „Arbeiterbund" und KHB der DKP in schon penetranter Weise hinterherkriechen und mittlerweile in wesentlichen Fragen bereits Standpunkte r e c h t s von der DKP bezogen haben („Fall Biermann", „Abrüstung", anfänglich Position zu Russell-Tribunal), haben ihnen die Revisionisten in schöner Regelmäßigkeit die kalte Schulter gezeigt oder gar nicht erst Notiz von ihnen genommen.

Angesichts dieser Situation ist das Regensburger AStA-Bündnis tatsächlich eine merkwürdige Besonderheit: Es gibt unseres Wissens bislang keinen vergleichbaren Fall, wo sich der MSB, entgegen seiner durchgängigen Abgenzungspolitik, mit „Maoisten" einer „K-Gruppe" in einen AStA gesetzt hätte. Was die Revis – neben der Unmöglichkeit, den AStA allein zu stellen – zu diesem bislang einzigartigen Schritt bewegt haben könnte, läßt sich aus dem „KAZ"-Artikel unschwer erahnen. Auch wenn sich der KHB euphorisch gibt (*„Trotz grundlegender Differenzen: Die Aktionseinheit kann erkämpft werden!"*) lohnt es sich, genauer zu untersuchen, auf welcher politischen Grundlage die gemeinsame AStA-Politik tatsächlich basiert, und wie es um die angeblich „grundlegenden Differenzen" bestellt ist. Der in der „KAZ" auszugsweise zitierte Rechenschaftsbericht des Regensburger AStA enthält als wesentliche Themen der gemeinsamen Arbeit:

- *„Beteiligung am bayernweiten Streik gegen das HRG",*
- Kampf gegen die Berufsverbote und Beteiligung an der (DKP-dominierten) *„zentrale(n) Demonstration gegen die Berufsverbote am 3.12.77 in München",*
- Verteidigung der studentischen Vertretungsorgane,
- Demonstration mit Schülern und Arbeiterjugendlichen für *„Arbeit und Ausbildung",*
- Widerstand gegen neofaschistische Provokationen.

Dies sagt über die dort vertretenen Inhalte freilich nichts aus. Es wäre daher umso interessanter, Genaueres darüber zu erfahren, ob es zu politischen Differenzen zwischen KHB und MSB gekommen ist, und – wenn ja – w i e die Auseinandersetzung darum speziell vom KHB vorangetrieben wurde. Z. B. Kampf gegen die Berufsverbote: Züge der DKP-Politik speziell auf diesem Sektor sind hinreichend bekannt! Berufsverboteopfern, die sich nicht zum Grundgesetz bekennen, wird in aller Regel die Solidarität verweigert, für den gemeinsamen Kampf gegen den „Radikalenerlaß" macht die DKP das Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Grundordung" zur Voraussetzung. Bedauerlicherweise – und dies sicherlich nicht zufällig! – schweigt sich die „KAZ" zu derartigen Fragen vollständig aus. In dem gesamten Artikel wird überhaupt nur e i n e Differenz zum MSB benannt. Dabei geht es dem KHB darum, klarzustellen, daß die Studenten auch *„im Widerspruch zur Arbeiterklasse"* stehen, während der MSB *„der Auffassung ist, die Studenten neigen sowieso automatisch zur Arbeiterklasse hin".* Es liegt allerdings im gesamten politischen Verständnis von „Arbeiterbund" und KHB begründet, daß sie stets derartige (ungemein „neue") „programmatische" Positionen hochspielen, um die in der Praxis vorhandene Nachtrabpolitk gegenüber den Revisionisten zu übertünchen. So darf man getrost davon ausgehen, daß die „Einzigartigkeit" der Regensburger AStA-Koalition speziell dem MSB zugute kommt, dem es kaum schwerfallen dürfte, den KHB in sein politisches Konzept zu integrieren. Für diese These spricht im übrigen auch das Auftreten des KHB in den VDS, wo er stets den „Essentials" revisionistischer Studentenpolitik („bundesweite Aktionstage", "Sozialkampf" etc.) seine Zustimmung gegeben hat. Welch verheerende Konsequenzen eine derartige Ausrichtung für den KHB selbst hat, läßt sich bislang am deutlichsten am Beispiel der Uni München dokumentieren, wo die „Arbeiterbund"-Studenten von einer einst ernstzunehmenden politischen Kraft mittlererweile selbst gegenüber dem MSB zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind.

Stalinismus contra Maoismus?

Aus gegebenem Anlaß, nämlich *„zum 25. Todestag J.W. Stalins"*, veröffentlichte der „Rote Morgen" der „KPD/ML" einen Artikel mit der recht harmlos klingenden Überschrift **„Verteidigt Stalins Lehren über den Klassenkampf!"** („RM", 3.3.78).

Es handelt sich jedoch nicht, wie man meinen könnte, um den x-ten Aufguß der zu solchen Anlässen üblichen stinklangweiligen Jubelartikel, sondern um eine kleine Sensation in der „ML"-Szene: Unter dem scheinheiligen Vorwand, sich mit den Auffassungen „einiger Opportunisten" (genannt werden „KPD", KBW und KB) zur „Stalinfrage" auseinanderzusetzen, **führt die "KPD/ML" ihren ersten direkten Angriff auf die „Mao-Tse-Tung-Ideen", auf die von den chinesischen Genossen Anfang der 60er Jahre entwickelten Thesen** *„zur Generallinie der kommunistischen Bewegung"* **und auf die Inhalte der Großen Proletarischen Kulturrevolution!**

Im Original-Ton liest sich das im „Roten Morgen" ganz kurz und knackig so: „... **Stalin, so sagen diese Leute, habe zwar vieles richtig gemacht, aber er habe schwere Fehler begangen. So habe er die Existenz von Klassen und Klassenkampf im Sozialismus geleugnet. Er habe weiterhin Widersprüche im Volk so behandelt, als seien es Widersprüche zum Feind gewesen. Stalin habe zugleich sich nicht auf die Massen gestützt, ja er habe ihnen gegenüber sogar zu Terrormaßnahmen gegriffen. Solche und ähnliche Behauptungen gehören z.B. in unserem Land mehr oder weniger allen opportunistischen und revisionistischen Gruppen wie GRF („KPD" – Anm. AK) KBW und KB Nord zu den Standardverleumdungen gegen Stalin".**

Es ist offensichtlich, daß die in der Materie sicherlich nicht auf den Kopf gefallenen Verfasser dieses Artikels in Wirklichkeit nicht auf irgendwelche „opportunistischen Zirkel" abzielen, sondern direkt auf die Auffassungen der chinesischen Genossen zur „Stalinfrage". So findet man die beschriebenen *„Standardverleumdungen gegen Stalin"* fast wörtlich wieder in dem Artikel **„Zur Stalinfrage"** („Remnin Ribao", 13.9.63), der Bestandteil der von der KP Chinas unter Führung des Genossen Mao veröffentlichten **„Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung"** (Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1965). Dort heißt es nämlich: „*... Während sich Stalin als großer Marxist-Leninist und proletarischer Revolutionär große Verdienste ... erwarb, beging er auch in der Tat einige Fehler .... In seiner Denkweise wich Stalin in einigen Fragen vom dialektischen Materialismus ab und verfiel in Metaphysik und Subjektivismus. Dadurch entfernte er sich manchmal von der Wirklichkeit und von den Massen. Im inner- und außerparteilichen Kampf verwechselte er zu gewissen Zeiten und in gewissen Fragen die zwei verschiedenen Arten von Widersprüchen – Widersprüche zwischen dem Feind und uns und Widersprüche im Volke – sowie die verschiedenen Methoden zur Lösung dieser zwei Arten von Widersprüchen. Als er die Unterdrückung der Konterrevolution leitete, wurden viele Konterrevolutionäre, die bestraft werden mußten, in gerechter Weise bestraft, aber zur gleichen Zeit wurden auch manche unschuldigen Leute zu Unrecht verurteilt. So ist man 1937 und 1938 bei der Unterdrückung der Konterrevolution zu weit gegangen. In Partei- und Staatsorganisationen befolgte Stalin nicht in vollem Maße den proletarischen demokratischen Zentralismus, oder verletzte ihn in gewissem Grad ...*" (S. 137 – es folgt dann noch ein Hinweis auf Fehler Stalins in der internationalen kommunistischen Bewegung).

Außer diesen eigentlich doch eher zaghaften Kritik-Ansätzen der chinesischen Genossen greift der „Rote Morgen" aber auch direkt die 'Mao-Tse-Tung-Ideen', die von Mao entwickelten theoretischen Grundlagen zur Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus an. Im Originalton: **„Noch deutlicher zeigt sich die Schädlichkeit der Theorie der Opportunisten über den Klassenkampf in der Frage der richtigen Führung des Kampfes innerhalb der Partei ... Nach der Theorie, auf die diese Opportunisten sich berufen, gibt es nämlich angeblich im Sozialismus nicht nur ständig Proletariat und Bourgeoisie als Klassen, sondern auch innerhalb der Kommunistischen Partei gäbe es immer zwei Linien, die Linie des Proletariats und die Linie der Bourgeoisie, die ständig im scharfen Kampf miteinander lägen. Auch dies ist eine durch und durch faule und im Grunde genommen klassenversöhnlerische Theorie".**

Die These, daß es in der Kommunistischen Partei ständig zur Konfrontation „zweier Linien" kommt, als Widerspiegelung des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, wurde in erster Linie von Mao Tse-Tung entwickelt und durch die KP Chinas in praktische Konsequenzen umgesetzt. Das ist so banal, daß es selbstverständlich auch die Verfasser des „Roten Morgens" wissen. Und diese These betrifft nicht irgendeine Nebenfrage, sondern sie ergibt sich aus den von Genossen Mao entwickelten theoretischen Grundsätzen. So schrieb er bereits in „Über den Widerspruch" (1937), das heute geradezu zu den „Klassikern" des dialektischen Materialismus gehört: **„Ständig kommt es innerhalb der Partei zur Gegenüberstellung und zum Kampf verschiedener Ansichten, und das ist eine Widerspiegelung der in der Gesellschaft vorhandenen Widersprüche zwischen den Klassen, zwischen dem Alten und dem Neuen in der Partei. Gäbe es in der Partei keine Widersprüche und keinen ideologischen Kampf zur Lösung dieser Widersprüche, dann würde das Leben in der Partei aufhören"** (Peking, 1968 S.16).

Es fällt nicht schwer, diese Ausführungen mit der im „Roten Morgen" angegriffenen **„Theorie der Opportunisten"** zu identifizieren.

Was ist der Zweck dieser Angriffe?

Der Artikel im „Roten Morgen" muß als bewußter Angriff auf Auffassungen Mao Tse-Tungs und der von ihm geführten KP Chinas verstanden werden. Es ist bekannt, daß die „KPD/ML" sich jahrelang als alleinige Vertreter und Interpreten der 'Mao-Tse-Tung-Ideen" kostümiert hat, und daß der „Rote Morgen" sogar noch nach dem Tode des Genossen Mao schrieb, sein „Werk" sei *„unsterblich"*, Mao sei *„der größte Marxist-Leninist der heutigen Zeit"* gewesen, sein „Werk" stehe *„in einer Reihe mit den Klassikern des Marxismus-Leninismus"*. „KPD/ML"-Chef Aust legte gar auf einer Trauerfeier am 10.9.76 feierliche Treueschwüre ab (*„Genosse Mao Tse-Tung, der Du uns lehrtest ... , wir schwören Dir: ..."*) eine opperettenhafte Wiederholung der ebenso rasch gebrochenen Treueschwüre vieler revisionistischer Parteiführer am Grabe Stalins 1953! (Zitate aus „RM", 18.9.76).

Man sagt zu recht, daß die „KPD/ML" Schnupfen kriegt, wenn es in Albanien regnet. Das gilt natürlich auch umgekehrt: Wenn die „KPD/ML" verschnupft ist, kann man mit einiger Wahrscheinlichkeit auf Regen in Tirana schließen. Anders gesagt: Der „Rote Morgen" würde einen derartig schwerwiegenden und folgenreichen Schritt, wie es der Angriff auf die 'Mao-Tse-Tung-Ideen' und die von Mao geführte KP Chinas nun einmal ist, nicht ohne Ermunterung oder zumindest Billigung der albanischen Führung tun.

Daher dürften hinter diesem plötzlichen Angriff im Wesentlichen zwei Motive stehen:

1. Die Partei der Arbeit Albaniens hat im Grunde nie die Kritik der KP Chinas an Stalin akzeptiert. Sie wahr vielmehr immer bestrebt, selbst noch so zaghafte Kritik an Stalin einzuschränken und zurückzuweisen, um Stalins Bild noch leuchtender und fleckenloser zu polieren.

Das betrifft nicht nur die theoretische Beantwortung der „Stalin-Frage", sondern betrifft auch deren Konsequenzen. So hat die Partei der Arbeit Albaniens sich niemals ernsthaft die von der KP Chinas unter Führung des Genossen Mao entwickelten Methoden der innerparteilichen Auseinandersetzung zu eigen gemacht, sondern hat stets die geradezu klassische „stalinistische" Methode angewendet – die „Liquidierung" widersprechender Auffassungen, einschließlich der physischen „Liquidierung". Auch die Kulturrevolution hat sich in Albanien als politische Methode nicht durchsetzen können.

2. Schon auf dem 7. Parteitag der PdAA (November 1976) wurde eine Absage an die 'Mao-Tse-Tung-Ideen' deutlich. Wir bemerkten damals: *„In der von der PdAA angestrebten 'marxistisch-leninistischen' Internationale sollen anscheinend die Mao-Tse-Tung-Ideen keine besondere Rolle mehr spielen ... Rasch entschlossen hat diesmal Aust sofort das Mäntelchen nach dem Wind gehängt ..."* (AK 95, Dez. 1976, S 44).

Dies entwickelte sich zunächst so, daß Mao Tse-Tung immer häufiger bei der Nennung der „Klassiker" ausgelassen wurde, daß man seinen Beitrag zur kommunistischen „Generallinie" unter den Tisch fallen ließ usw. Mit der Polemik im „Roten Morgen" dürfte jetzt die zweite Phase dieser Entwicklung eingeläutet sein.

Unsere damalige Einschätzung, kurz nach dem Tode Mao Tse-Tungs, erweist sich somit als goldrichtig: **„Dieses verfaulte Gesindel, daß weiß man mittlerweile, würde sogar den Genossen Mao Tse-Tung verraten, wenn es sein müßte!"** (AK 92, 1.11.76).

Diese Entwicklung wird weiterreichende Konsequenzen haben: Die um die PdAA versammelte Opperetten-„Internationale" wird in absehbarer Zeit immer stärker nicht nur die jetzige chinesische Führung angreifen, sondern sich auch gegen die Politik der KP Chinas unter Führung des Genossen Mao absetzen bzw. offen gegen diese polemisieren. Es wird sich praktisch eine neue Strömung herausbilden, die sich nicht mehr auf die „Polemik über die Generallinie" und auf die Große Proletarische Kulturrevolution bezieht, sondern die sich ausschließlich an einem von der albanischen Führung ausgehenden „Neo-Stalinismus" orientiert. Dies freilich nur unter der Voraussetzung, daß die jetzige albanische Führung die wahrscheinlich anstehenden inneren Auseinandersetzungen heil übersteht.

Was bedeutet der „Neo-Stalinismus"?

Der keineswegs sensationellen Einsicht, daß in der Sowjetunion unter Führung Stalins auch Menschen zu Unrecht „liquidiert" wurden, kann man sich schwerlich verschließen. Dies geht sogar aus der offiziellen „stalinistischen" Geschichtsschreibung hervor, wenn man nämlich weiß, daß viele der eifrigsten Säuberer und Liquidierer kurz darauf selbst als „Konterrevolutionäre" dargestellt und gleichfalls „liquidiert" wurden. Prominentester Fall dieser Art ist der Geheimdienstchef Jagoda, der u.a. die ersten „Moskauer Prozesse" organisierte und der 1938 selbst vor Gericht stand – als Angehöriger *„einer der Abteilungen der faschistischen Provokateure und Kriegsbrandstifter, die in der internationalen Arena tätig sind"* (lt. Anklageschrift) – und zum Tode verurteilt wurde. Ebenso wie er wurden damals dutzende kleiner „Jagodas" auf lokaler Ebene „liquidiert". Sollte man nicht annehmen, daß zumindest sie viel unschuldiges Blut an ihren Händen hatte? Die chinesischen Genossen haben auch Äußerungen Chruschtschows zum Thema „Säuberungen" zitiert. So tobte er z.B. am 6. Juni 1937 auf der V. Moskauer Gebietsparteikonferenz: *„Unsere Partei wird unbarmherzig die Verräterbanden zerschlagen und den ganzen Abschaum der rechtstehenden Trotzki-Clique von der Erde hinwegfegen .... Wir werden die Feinde völlig vernichten, bis auf den letzten Mann, und ihre Asche in den Wind streuen"* („Die Polemik über die Generallinie...", Peking 1965, S.146). Sollte man nicht vernünftigerweise annehmen, daß auch Chruschtschow und die hunderte kleiner „Chruschtschows" überall in der Sowjetunion ehrliche Revolutionäre und Kommunisten „von der Erde hinweggefegt" haben? Die einfachen Tatsachen beweisen, daß Chruschtschow und seine Gruppe – die alle schon lange vor Stalins Tod in die höchste Parteiführung aufgestiegen waren! – ganz gewiß vor Stalins Tod erheblich mehr politische Gegner „ausgeschaltet" und „liquidiert" haben als danach. Das erklärt vielleicht auch, warum die Entwicklung nach Stalins Tod 1953 und dem 20. Parteitag 1956 so relativ reibungslos und unblutig verlief, gemessen an den Gemetzeln der 30er Jahre.

Es kennzeichnet die Mentalität der Verfasser des „Roten Morgen", daß sie angesichts dieser für jeden Kommunisten schwerwiegenden Fragen nur in ihrem hirnlosen Blutrausch schwelgen und das massenweise „Liquidieren" aller möglichen „Feinde der Partei" als revolutionäre Politik bejubeln. Im Grunde geht es

Politik bejubeln. Im Grunde geht es

dabei um den altbekannten Widerspruch: Werden solche Widersprüche hauptsächlich mit den Methoden der politisch-ideologischen Auseinandersetzung gelöst, oder „löst" man sie durch das „Liquidieren" jeder entgegenstehenden Strömung? Bekanntlich ist die KP Chinas unter Führung des Genossen Mao für die erste der beiden Alternativen eingetreten und hat das auch so praktiziert – mit dem Erfolg, daß es Super-Prozesse wie in der Sowjetunion der 30er Jahre in China niemals gab und daß es keine „Liquidierungen" von politischen Führern gab, die im Kampf zweier Linien unterlegen waren.

Die Sowjetunion war freilich das erste Land, in dem der Aufbau des Sozialismus unter zudem schwierigsten Bedingungen (imperialistische Einkreisung und Kreigsdrohung) begonnen wurde. Es gab kaum ähnliche Erfahrungen, auf die man hätte zurückgreifen können. Die chinesischen Genossen haben gerade diesen Punkt bei ihrer Kritik zur „Stalin-Frage" immer sehr betont. Es liegt auf der Hand, daß man heute nach den Erfahrungen in China und insbesondere nach der Großen Proletarischen Kulturrevolution, klüger ist als damals in der Sowjetunion unter Führung Stalins. Der Gipfel an Idiotie und Böswilligkeit jedoch ist es, die damalige „Liquidierungs"-Politik in der Sowjetunion auch heute noch als einzig richtigen Weg zu bejubeln und demgegenüber den 'chinesischen Weg' als „opportunistisch" anzugreifen.

Es ist im übrigen mehr als naiv, wenn man annimmt - wie es die Verfasser des „Roten Morgen" tatsächlich tun! - daß bei einer derartigen „Liquidierungs"-Politik ganz automatisch „das Gute" siegen müßte, daß dabei also „die Parteifeinde" aus der Partei (und am besten gleich

„KPD/ML": Intern noch wilder gegen Mao

Die „KPD" berichtet in ihrer "Roten Fahne" vom 15.3. über eine interne „Stellungnahme des ZK der KPD/ML" vom Februar dieses Jahres, in der die Angriffe gegen den Genossen Mao und gegen Theorie und Praxis der chinesischen Revolution noch erheblich umfassender und vor allem deutlicher formuliert sind als im „Roten Morgen". In diesem Papier heißt es (lt. „Rote Fahne"): **Seit der Gründung unserer Partei haben wir Mao Tse-tung immer als Klassiker betrachtet ... Damals wie auch später erkannten wir jedoch nicht die Fehler und Abweichungen, die in den Lehren Mao Tse-tungs enthalten sind. Wir haben in der Vergangenheit viele der falschen Auffassungen Mao Tse-tungs propagiert und teilweise verteidigt. Da es sich nicht um einzelne Irrtümer handelt, sondern um schwerwiegende Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, haben wir die Pflicht, uns ein klares Verständnis über sie zu verschaffen. Ohne die Kritik der falschen Auffassungen Mao Tse-tungs können wir den Kampf gegen die neuen Revisionisten, die sich auf Mao Tse-tung berufen, nicht umfassend führen"** (Hervorhebungen von uns).

In dem internen Papier finden sich des weiteren Behauptungen wie etwa, **„daß Mao Tse-tung wie auch die KP Chinas kein umfassendes Verständnis des modernen Revisionismus hatten und in vielen Auffassungen selbst mit dem modernen Revisionismus übereinstimmten", und „daß Mao Tse-tung in grundlegenden Fragen des Kampfes gegen den Imperialismus von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus abgewichen ist"** Diese Behauptung wird damit begründet, daß Mao Tse-tung die sog. „Theorie der drei Welten" „mitentwickelt und die von ihr abgeleitete Politik getragen und unterstützt hat". Für diese infame Unterstellung, für die sie natürlich nicht einmal den Schatten eines inhaltlichen Belegs anführen können, ist den Häuptlingen der „KPD/ML" allerdings der Beifall der „KPD" sicher.

Es ist beachtlich, mit welcher Rotznäsigkeit die „KPD/ML", die bis heute nicht darüber hinausgekommen ist, die wechselnden Thesen dieser oder jener „großen Bruderpartei" nachzuplappern, plötzlich darüber befinden will, daß der Genosse Mao von den Prinzipien (!) des Marxismus-Leninismus „abgewichen" sei (wie vom Pfade der Tugend) oder daß er „kein umfassendes Verständnis des modernen Revisionismus" gehabt habe. Daß dies ausgerechnet die „KPD/ML" zum besten gibt, die jahrelang nur die Revisionismuskritik der chinesischen Genossen aus der „Polemik und Generallinie" abgeschrieben hat, ohne diese Abschrift auch nur ansatzweise mit den konkreten Bedingungen der BRD verbinden zu können, ist wahrlich makaber.

Wir sind sicher, daß eine derartige neue Strömung, wie sie hier formiert werden soll, international keine Zukunft haben kann. Diese Strömung, die keck die wesentlichen Theorien der chinesischen Genossen über Bord wirft, unter deren „Banner" sie ursprünglich angetreten war (der Ausdruck „Banner" bezeichnet in der Tat recht gut den rein theatralischen, politisch völlig unernsten Bezug dieser Strömung zu den Theorien Mao Tse-tung!), und deren ganze Ideologie jetzt ein arg vergröberter und Flohzirkus-artig verkleinerter „Stalinismus" sein soll, dürfte in kurzer Zeit jämmerlich zugrunde gehen. Hauptgewinner bei diesem Abgang wird die Strömung der Vaterlandsverteidigung sein, die aber ihrerseits einem Zersetzungsprozeß entgegengeht, der derzeit vor allem durch die Herausbildung eines international organisierten rechtsradikalen Flügels gekennzeichnet ist, dessen treibende Kraft die portugiesische „PCP/ML" ist, dessen Zentrum jedoch – trotz aller demokratischen und linken Oberflächenerscheinungen – die „KPD" ist.

aus dem Leben) „hinausgesäubert" würden und jeweils „die richtige Linie" siegen würde. Gerade die sowjetische Erfahrung zeigt, daß eine solche „Liquidierungs"-Politik vielmehr ganz automatisch zu einer Art blindem „Wild-West" wird, wo keineswegs unbedingt „das Gute" siegt, sondern derjenige, der als erster die Hand am Colt hat. Mag auch Stalin der reine Heros gewesen sein, als den ihn die „ML"er an ihren Lagerfeuern besingen, so bleibt doch die Tatsache, daß die Ausführung der „Liquidierungs"-Politik vielfach in den Händen der Jagodas, der Chruschtschows etc. lag, also in den Händen von Vertretern der „falschen Linie". In einer Situation, wo die Frage „richtig oder falsch" kaum noch inhaltlich diskutiert wurde, aber dafür sehr schnell das Etikett „Parteifeind", „feindlicher Agent", „trotzkistischer Schädling" etc. irgendwem aufgeklebt wurde, konnte es überhaupt nicht anders sein.

Die Nutzanwendung dieser Politik für die „KPD/ML" und ähnliche neo-„stalinistische" Sekten liegt auf der Hand: Sie entziehen sich damit vollständig der Notwendigkeit, überhaupt noch über „richtig oder falsch" einer politischen Linie sich öffentlich auseinanderzusetzen. Dies gilt zum einen gegenüber anderen Organisationen, die bezeichnenderweise gern mit dem „stalinistischen" Vokabular als „trotzkistische Schädlinge", „konterrevolutionäre Trotzkisten" etc. benannt werden. Mit ihnen will man so verfahren, wie es Ernst Aust in einer seiner vielbelachten Reden gegenüber der „KPD" ankündigte: **„Lebten wir in einem sozialistischen Land, wir würden sie zur Umerziehung für zehn Jahre ins Bergwerk schicken, hier aber bleibt uns nichts anderes übrig, als sie zu erdulden"** (RM, 9.10.76). Und beim Bergwerk würde es wohl nicht bleiben. So drohte die „KPD/ML" in einem in Hamburg verteilten Flugblatt einem namentlichen genannten Genossen des KB (Mitbegründer des „Roten Morgen") an, er würde im Sozialismus **„bekommen, was er verdient: den Strick oder die Kugel!"**.

Mittlerweile weiß man, daß diese Mentalität des „Rübe ab" und „Aufhängen" nicht auf die „KPD/ML" begrenzt ist, sondern sich auch innerhalb des KBW einer gewissen Beliebtheit erfreut. Zum Glück wird die Arbeiterklasse diesen wildgewordenen Kleinbürgern niemals die Gelegenheit geben, ihre politischen Wichs-Phantasien zu verwirklichen!

Auch inner-organisatorisch hat der Neo-„Stalinismus" für Sekten wie die „KPD/ML" eine erhebliche Bedeutung, als Zusammenhalt ebenso nach außen (außerhalb der Organisation ist die ganze Welt voller „Parteifeinde") wie nach innen. Hier sieht es nämlich so aus, daß es stets eine „richtige Linie" gibt, die unveränderlich durch bestimmte Chef-Figuren und ihre Clique vertreten werden. Gibt es gegen deren Politik Widerspruch, so ist das dann mit Sicherheit die „falsche Linie", die „liquidiert" und „hinausgesäubert" werden muß. In diesem Sinn kann z.B. ein Ernst Aust heute zur Vaterlandsverteidigung aufrufen, während er schon morgen das Gegenteil sagt; er kann heute leidenschaftlich den Empfang von F.J. Strauss in China begrüßen, während er denselben morgen schon als Verrat geißelt; er kann heute noch die „unverbrüchliche Einheit zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und der KP Chinas" preisen, während er davon morgen schon nichts mehr wissen will; er kann heute noch behaupten, die „KPD" stünde der „KPD/ML" politisch am nächsten, während er kurz darauf dieselbe „KPD" als Bande intellektueller Strolche beschimpft, die man am besten alle erschießen oder ins Bergwerk stecken sollte; er kann sich heute noch als der Welt größter Maoist aufspielen, während er morgen schon über Mao herfällt, usw. usf. Er und seine Clique hat immer „recht" und wer widerspricht, vertritt selbstverständlich die „bürgerliche Linie". Übrigens spricht die Erfahrung dafür, daß vielleicht die besonders harten, neo-„stalinistischen" Töne in dem zitierten Artikel des „Roten Morgen" damit in Zusammenhang stehen, daß wieder einmal eine „bürgerliche Linie" aus der „KPD/ML" „hinausgesäubert" werden soll.

Vor diesem Hintergrund wird auch klar, warum der „Rote Morgen" so wutentbrannt gegen die schlichte Erkenntnis um sich schlägt, daß es in der Kommunistischen Partei einen ständigen „Kampf zweier Linien" gibt. Nicht um diese Erkenntnis geht es dabei letztlich, denn die kann niemand bestreiten und die erkennt hinten herum sogar der „Rote Morgen" an, sondern es geht um die Frage, w i e dieser Widerspruch zu l ö s e n ist.

Was diese Frage angeht, so hat nicht erst Mao, sondern schon Lenin (wahrscheinlich der nächste „Opportunist", den die „KPD/ML" von ihren Altären fegen wird) immer darauf bestanden, die den Widersprüchen zugrunde liegenden Meinungsverschiedenheiten so klar und umfassend wie möglich ö f f e n t l i c h herauszuarbeiten und darzustellen. Dies gewiß nicht aus „kleinbürgerlichem Pluralismus"! Wenn die „KPD/ML" dagegen tobt, daß eine bürgerliche Linie in der Partei *„nicht geduldet werden"* dürfe, daß sie *„vernichtet", „liquidiert"*, „hinausgesäubert und für ihre Verbrechen bestraft, wenn nötig mit dem Tode" werden müßte, so meint dies ganz schlicht die geläufige Praxis der „KPD/ML", politische Widersprüche nicht inhaltlich und schon gar nicht öffentlich auszutragen, sondern sie wie Widersprüche zum Feind zu behandeln, weshalb die Vertreter der „falschen Linie" logischerweise auch bezeichnet werden als „**Feinde, die sich in die Reihen der Partei eingeschlichen haben**". Es ist bezeichnend, daß sich die neuen chinesischen Machthaber exakt dergleichen Sprachregelung bedienen, wenn von der „Viererbande" und ihren „Anhängern" die Rede ist.

Der Neo-„Stalinismus" ist eine internationale Strömung, und er ist keineswegs eine n e u e Erscheinung. Das zeitweise opportun erscheinende Lippenbekenntnis zur Politik der chinesischen Genossen unter Führung Mao Tse-tungs hat den eigentlichen Charakter dieser Strömung nur zeitweise verdeckt. Tatsache ist aber, daß die wesentlichen Elemente des Maoismus - die Frage der innerparteilichen Demokratie, das Verhältnis Partei-Massen, die Bündnispolitik u.a.m. - zu k e i n e m Zeitpunkt von diesen Organisationen angenommen wurden. Es handelt sich dabei in erster Linie um Organisationen, deren Führer direkt aus den revisionistischen Parteien hervorgegangen sind und die sich aus Gründen der Opportunität zweitweise als Anhänger Mao Tse-tungs ausgaben, um von dem großen Ansehen der chinesischen Revolution, der KP Chinas und des Genossen Mao zu profitieren. In Wirklichkeit haben sie aus wohlverstandenem Eigeninteresse ebenso wie aus politischer Verkalktheit die Vorstellungen der chinesischen Genossen zur Funktion und zum Aufbau der Kommunistischen Partei bekämpft. Zu dieser Strömung gehören in erster Linie die MLPÖ von Strobl (Österreich), die PCd'I (ml) der Gebrüder Dinucci (Italien) und eben die einheimische „KPD/ML".



Mensch Ernst, alter Junge, ich hab' grad gelesen, wie du es den Maoisten besorgt hast... Einfach klasse

Der historische „Stalinismus" (ein Ausdruck, der erst von den Gegnern des Kommunismus erfunden wurde) ergab sich aus bestimmten historischen Bedingungen und aus den konkreten Schwierigkeiten, mit diesen Bedingungen fertig zu werden. Insofern betrachten wir den „Stalinismus" nicht als „Zwillingsbruder des Faschismus" oder etwas ähnliches, sondern als einen Bestandteil der Geschichte und Entwicklung der Arbeiterbewegung. Für das Treiben von Sekten wie der „KPD/ML" und ihre neo-„stalinistischen" Mätzchen kann diese Einschätzung jedoch keinesfalls gelten. Sie entnehmen dem historischen „Stalinismus" lediglich die Tendenz zur Rigidität und die Legitimation zur „Liquidierung" dieser oder jener von ihnen gerade momentan für falsch gehaltenen Anschauung. Sie entnehmen ihm die Berechtigung ihres größenwahnsinnigen „Führungsanspruchs" und gewisse Methoden der Demagogie und Verleumdung, die tatsächlich zu den schlechtesten Beigaben des historischen „Stalinismus" gehören.

Anmerkungen zum Außenhandel der VR China

Vom „pragmatischen Kurs" der chinesischen Politik nach dem Hua-Putsch (Oktober 1976) versprach sich das internationale Kapital u.a. auch eine schwunghafte Belebung seiner Handelsgeschäfte. Das „Modernisierungs"-Programm der neuen chinesischen Führung verspricht den Kapitalisten verstärkte Exportchancen für Stahl und Stahlprodukte, Maschinen und komplette Fabrikanlagen. Besonders der geplante verstärkte Import von Anlagen und Technologien aus dem kapitalistischen Ausland, der zum größten Teil mit chinesischen Rohstoffen (Erdöl, Kohle, eventuell auch Metalle) bezahlt werden soll, soll ein Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen mit der „Viererbande" habe den Import kompletter Anlagen aus dem Ausland unter Hinweis auf die Parole „sicht auf die eigenen Kräfte stützen" abgelehnt. Ebenso habe sie die Bezahlung dieser Einfuhren mit chinesischen Rohstoffen als „Ausverkauf von Chinas Ressourcen" kritisiert.

Die VR China hatte schon 1973/74 in großem Ausmaß komplette Fabrikanlagen und Maschinenparks aus der EG und aus Japan importiert bzw. entsprechende mehrjährige Lieferverträge abgeschlossen, darunter als größtes Objekt u.a. ein von der BRD geliefertes Stahlwerk in Wuhan (Wert der Lieferungen aus der BRD: ca. 650 Mio. Mark, lt. „Frankfurter Neue Presse", 14.4.76), das inzwischen fertiggestellt ist.

Diese Entwicklung wurde 1975/76 stark gebremst. Abgesehen von den prinzipiellen Auseinandersetzungen um diese Politik dürfte dabei auch eine Rolle gespielt haben, daß Chinas Handelsbilanz 1973 und 1974 im Gegensatz zu 1972 ein wachsendes Defizit aufweis, der Export also mit dem Import nicht mehr Schritt halten konnte. Da Chinas Exporte nicht ohne weiteres entsprechend gesteigert werden konnten, antwortete die chinesische Führung zunächst mit einer Drosselung der Importe. So lagen die Importe 1976 um 15 bis 20% unter denen von 1975 — mit dem Ergebnis, daß Chinas Handelsbilanz insgesamt wieder positiv war, nämlich einen Überschuß von ca. einer Mrd. Dollar aufwies (lt. VWD/NfA, 11.2.77). 1975 hingegen hatte Chinas Handelsbilanz noch ein Defizit von rund 1,5 Mrd. Dollar gehabt (lt. VWD/NfA, 4.11.76).

Die Drosselung der Importe und die Stabilisierung der Handelsbilanz wurde auch nach dem Rechtsputsch zunächst weiter verfolgt. So kommentierte die „Welt" (20.8.77): *„Kenner des China-Geschäftes rechnen nun frühestens für 1978 mit nennenswerten Auftragsvergaben durch die VR China. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres ist die deutsche China-Ausfuhr auf etwa 500 Millionen Mark zurückgefallen, gegenüber einer Milliarde Mark im ersten Halbjahr 1976".* — Japan, Chinas erster Handelspartner, registrierte im selben Zeitraum einen Rückgang seines Handelsvolumens (Einfuhr plus Ausfuhr) mit der VR China um zehn Prozent (lt. jugoslw. Nachrichtenagentur „Tanjug", 9.8.77 — nach „Monitordienst", 11.8.77).

Zugleich war klar, daß dieser Rückgang der chinesischen Importe gerade auf den für das „Modernisierungs"-Programm besonders wichtigen Sektoren nur als zeitlich eng begrenzte Maßnahme zu verstehen war. Schon sehr rasch nach dem Rechtsputsch und gerade rechtzeitig zur Kantoner Herbstmesse (Treffpunkt hunderter von ausländischen Kaufleuten) hatte das Ministerium für die Leichtindustrie im November 1976 in der „Renmin Ribao" einen Aritkel unter der Überschrift *„Sich auf die eigenen Kräfte stützen, ausländische Dinge in den Dienst Chinas stellen"* veröffentlicht. Darin heißt es: *„Wirtschaftlicher und technischer Austausch zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sind ganz normale Aktivitäten, wenn sie im Einklang mit den Prinzipien der gegenseitigen Achtung für Souveränität, Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzen dazu beitragen, die Bedürfnisse beider Seiten zu befriedigen und ihre eigenen schwachen Punkte zu überwinden, indem man von den starken Punkten des Partners lernt. Das hat nichts zu tun mit dem Import ausländischen Kapitals oder gar damit zum Abladeplatz für ausländische Ladenhüter zu werden.*

Beispielsweise hat China in den letzten Jahren einige neue Techniken und Ausrüstungen importiert und schwungvoll seine Ölindustrie entwikkelt. Das hat uns geholfen, unser eigenes industrielles System zur Verarbeitung von Rohstoffen zu schaffen, uns neue Möglichkeiten für die Verwendung von Rohstoffen in der Leichtindustrie zu eröffnen und China davon zu befreien, daß es auf importierte Rohstoffe angewiesen ist. Importe dieser Art sind gerade notwendig, um Chinas Wirtschaft auf die solide Basis von Unabhängigkeit und Verlaß auf die eigenen Kräfte zu stellen..." (lt. „hsinhua", engl. 22.11.76 — nach SWB, 25.11.76). Diese Nachricht wurde von der Kapitalisten-Presse sehr schnell aufgenommen und verstanden: *„Grünes Licht in China für Technologie-Einfuhr — Aber überstürzte Kaufentscheidungen nicht zu erwarten"* („BfA/NfA", 26.11.76).



Kessel einer unter Beteiligung von BASF in der VR China gebauten Kunststofffabrik. Wert des Auftrages: 60 Mio. DM.

Da die VR China es bisher nach wie vor ablehnt, Kredite im Ausland aufzunehmen (trotz großer Anstrengungen diverser ausländischer Banken) und da andererseits die sonstigen chinesischen Exporte ins kapitalistische Ausland (vor allem Lebensmittel, tierische und pflanzliche Rohstoffe, z.T. auch Textilien) nur mit Schwierig keiten zu steigern sind, und da außerdem China seine Gold-Reserven schon erheblich für Getreide-Käufe beansprucht hat, bleibt für den geplanten „Technologie-Import" als Ausgleich nur der forcierte Export chinesischer Rohstoffe. Im Vordergrund stehen dabei Erdöl (China besitzt *„nach Saudiarabien die größten in der Welt bekannten Lager"* — lt. „Spiegel", 10.11.75) und Kohle (die chinesischen Vorkommen sind *„mit die größten der Welt"* — lt. „Süddeutsche Zeitung", 30.11.76).

Der „große Brocken" — Handelsabkommen mit Japan

Das bisher mit Abstand größte Geschäft dieser Art konnte im Februar nach langwierigen Verhandlungen zwischen der VR China und Japan unterzeichnet werden. Das auf acht Jahre festgelegte Handelsabkommen sieht u.a. vor, daß Japan innerhalb der nächsten fünf Jahre für mindestens zehn Mrd. Dollar Öl und Kohle aus der VR China importieren wird. Jährlich sollen zehn Millionen Tonnen Rohöl und fünf Millionen Tonnen Kohle geliefert werden („FR", 4.5.77).

Zu den vereinbarten japanischen Lieferungen gehört ein „gigantisches" Stahlwerk, das bei Schanghai entstehen soll, sowie Fabriken für Kupfer, Kunstleder, Traktoren, Fernsehröhren, Kunstdünger u.a.m.

Das Stahlwerk bei Schanghai soll bereits in zweieinhalb Jahren die Produkion aufnehmen können und soll eine Kapazität bekommen, die etwa einem Viertel der gesamten derzeitigen

chinesischen Stahlproduktion entspricht (Angaben lt. „Tagesspiegel" Westberlin, 15.2.78).

Japan ist seit langem der wichtigste Handelspartner der VR China: 1976 war der Anteil Japans am gesamten chinesischen Außenhandel insgesamt 28,5%. Zum Vergleich: EG insgesamt 21,3%. RGW-Länder insgesamt 9,6%. USA 3,2% (lt. „Spiegel", 13.2.78). 1976 lag das Handelsvolumen China-Japan bei 3,03 Mrd. Dollar („Tanjug", 9.8.77 — nach „MD", 11.8.77). Zum Vergleich BRD-China 1976: 900 Mio. Dollar (lt. „Tagesspiegel", 26.1.78) — die BRD ist nach Japan der zweite Handelspartner der VR China.

Der größte Posten der chinesischen Einfuhren aus Japan ist Stahl: Schon 1975 machte Stahl 35% der chinesischen Einfuhren aus Japan aus. Damit war die VR China der größte Stahlabnehmer Japans („Handelsblatt", 3.8.76).

Es ist daher kein Wunder, daß Inayama, Präsident des vom japanischen Kapitalistenverband Keidanren 1977 gegründeten „Komitee für den Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens mit China", zugleich Präsident des größten japanischen Stahlkonzerns, der Nippon Steel, ist. Gleichzeitig ist Inayama auch noch Direktor der Gesellschaft International Oil Trading, die den Erdölimport aus der VR China kontrolliert („Le Monde", 12.10.77). Der Präsident des Keidanren, Doko, fungierte in dem Komitee als „Berater" von Inayama. Doko war es auch, der im März 1977 in der VR China die Vorverhandlungen zu dem jetzt abgeschlossenen Abkommen führte (ebenda). Herbert Kremp kommentierte dazu in der „Welt": *„Das Ölgeschäft ... ist ein reiner Geniestreich der japanischen Stahlindustrie. Sie gibt in Japan ja den Ton an und sucht auf Biegen und Brechen Märkte für die Auslastung ihrer Überkapazität"* (18.2.78).

Vorgesehen ist, daß bis 1986 die jährliche Liefermenge Öl an Japan auf 46 Mio. Tonnen gesteigert werden soll (ebenda). Das wäre eine enorme Steigerung gegenüber den bisherigen jährlichen Liefermengen: 8,3 Millionen Tonnen in 1975 („FAZ", 9.4.76), rund 6,8 Mio. Tonnen in 1976 („Handelsblatt", 3.8.76). Andere Angaben sprechen davon, daß bis 1980 eine Steigerung der chinesischen Ölexporte nach Japan auf 30 Mio. Tonnen beabsichtigt sei, was zehn Prozent des japanischen Bedarfs dekken würde („Le Monde", 12.10.77).

Der Anteil des Erdöls am gesamten Export der VR China nach Japan hat sich schon in den letzten Jahren rasch gesteigert: von 3,3% in 1973 auf 48% in 1975 („Handelsblatt", 3.8.76). Die nunmehr vereinbarten Lieferungen werden diesen Anteil zweifellos weiter erhöhen.

Chinas Erdöl-Produktion belief sich 1976 nach verschiedenen Schätzungen auf 90 bis 100 Mio. Tonnen im Jahr. Die Produktion konnte in den letzten Jahren sehr rasch gesteigert werden (+ 20% jährlich!). Für 1980 wird von bürgerlicher Seite die chinesische Erdölförderung auf 160
gert werden (+ 20% jährlich!). Für 1980 wird von bürgerlicher Seite die chinesische Erdölförderung auf 160
bis 180 Mio. Tonnen geschätzt („VWD/NfA", 14.1.76). Da die chinesischen Reserven sehr groß sind und die jährliche Fördermenge erheblich über dem Eigenverbrauch liegt, scheint die Rechnung — Erdöl gegen Anlagen und Technologien, die dann u.a. wieder zur weiteren Steigerung der Erdölproduktion dienen — aufzugehen. Ähnlich verhält es sich mit der Kohle.

Entsprechende Geschäfte auch mit der EG werden allerdings erheblich dadurch erschwert, daß zum einen Kohle und Erdöl aus China wegen der längeren Transporte und höheren Transportkosten für Europa nur beschränkt konkurrenzfähig wären (im Gegensatz zu den relativ kurzen Verbindungen China-Japan). Verschärft wird das Transportproblem dadurch, daß Chinas Häfen nicht für „Super-Tanker" eingerichtet sind. Außerdem ist das chinesische Öl von minderer Qualität (hoher Parafin-Gehalt) und braucht besondere Bearbeitung. Denkbar wäre aber, daß chinesische Kohle für BRD-Stahlwerke etwa in Asien gekauft werden könnte.

Handelsabkommen mit der EG

Anfang Februar dieses Jahres wurde ein auf fünf Jahre befristetes Handelsabkommen zwischen der VR China und der EG geschlossen. Dieses Abkommen gilt allerdings nur als Rahmenvertrag und ist erheblich unkonkreter als das Abkommen China-Japan. So sieht das Abkommen nur in allgemeiner Form vor, das derzeitige Handelsvolumen von rund zwei bis 2,5 Milliarden Dollar weiter zu steigern. Ebenso allgemein wird in dem Abkommen die Absicht bekräftigt, für eine ausgewogene Handelsbilanz zu sorgen. Die EG soll schrittweise mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen gegenüber chinesischen Waren abbauen — jedoch ebenfalls ohne verbindliche Festlegungen.

Der Gedanke liegt nahe, daß dieses Abkommen, dessen Sinn selbst die bürgerliche Presse trotz zum Teil triumphierender Überschriften nicht recht anzugeben vermochte, vor allem als politischer Ausdruck des von der neuen chinesischen Führung verstärkt verfolgten Kurses der „Einheitsfront" mit den Imperialisten zu verstehen ist. Immerhn ist die VR China (außer Jugoslawien) das einzige „sozialistische" Land, das (seit 1975) förmliche diplomatische Beziehungen zur EG unterhält. Die RGW-Länder haben sich überdies bisher geweigert, ähnliche kollektive Handelsabkommen mit der EG (statt bilateralen Abkommen mit den einzelnen EG-Ländern) zu schließen. Hinzu kommt schließlich noch die grob völkerrechtswidrige Einbeziehung Westberlins in das jetzt geschlossene Abkommen EG-China. Die chinesische Propaganda begleitete diesen Schritt mit verstärkten Beschwörungen, die EG möge sich zusammenschließen, ihre „Verteidigungsfähigkeit" erhöhen usw.usf. Die sowjetische Propaganda andererseits reagierte mit recht vagen Vorwürfen, das Handelsabkommen sei „antisowjetisch" und eröffne China den „Zugang zu nuklearer und elektronischer Technologie", sowie zu
na den „Zugang zu nuklearer und elektronischer Technologie", sowie zu
den „NATO-Arsenalen" (lt. „Tagesspiegel", 5.2.78), obwohl diese Dinge mit Sicherheit nicht Gegenstand des Vertrages sind.

Baustelle des mit BRD-Beteiligung (Demag/Mannesmann und Schloemann-Siemag) bei Wuhan gebauten Stahlwerks

Wirtschaftlich betrachtet ist das China-Geschäft für die EG-Imperialisten bisher nur eine geringe Größe: Nur ein Prozent der Gesamtausfuhr der EG geht nach China, nur ein halbes Prozent der EG-Einfuhr kommt aus China („Tagesspiegel", 9.2.78). Für die BRD lag China 1974 an 43. Stelle bei den Einfuhren (0,2%) und an 32. Stelle bei den Ausfuhren (0,4%). Selbst im westdeutschen „Osthandel" hatte die VR China 1974 nur den sechsten Platz unter elf Handelspartnern — auf China entfiel nur sechs bis sieben Prozent des westdeutschen „Osthandels" („VWD/NfA", 12.6.75). Inzwischen hat China immerhin im „Osthandel" den vierten Platz hinter DDR, Sowjetunion und Polen erreicht.

Umgekehrt ist die BRD nach Japan der zweite Handelspartner der VR China. Ein reger Besuchsverkehr zeigt, daß man mit China wirtschaftlich wie politisch im Geschäft bleiben will (Liste unvollständig):

— April '75 Besuch einer „Expertengruppe der BRD-Industrie" unter Leitung des damaligen hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik, Karry, in China.

— September '75 Eröffnung der westdeutschen Industrieausstellung „Technogerma" in Peking durch Bundeswirtschaftsminister Friderichs. Gleichzeitig China-Besuch einer Delegation der Dresdner Bank unter Leitung ihres Vorstandsvorsitzenden Ponto.

— November '75 Bundeskanzler Schmidt und Gefolge besuchen China.

— März '76 Besuch von Forschungsminister Matthöfer „mit einer Delegation aus Wissenschaft und Wirtschaft" in China.

— April '76 Besuch von Rohwedder, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, in China.

— Juni/Juli '76 Besuch einer Delegation chinesischer Erdölfachleute in der BRD. Weitere Besuche wurden vereinbart. Man will *„die Möglichkeiten für eine wissenschaftlich-technologische Kooperation zwischen beiden Ländern erkunden"* („VWD/NfA", 1.7.76).

— November '76 Besuch einer Delegation des westdeutschen Einzelhandelsverbandes in China.

— Juni '77 Besuch chinesischer Geologen und Beamter des Ministeriums für Bergbau etc. in der BRD.

— August/November '77 Besuch einer Delegation westdeutscher „Kohlefachleute", begleitet von Beamten des Bundeswirtschaftsministeriums und Vertretern „maßgeblicher Industriefirmen" in China. Es sollen *„die Möglichkeiten für eine wissenschaftlich-geologische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf dem Gebiet der Kohleprospektion und -geologie, der Kohleverwendung und der Bergtechnik geprüft werden"* („VWD/NfA", 31.8.77).

— Oktober '77 Besuch von Außenminister Genscher, begleitet von Bundesbank-Vizepräsident Pöhl und diversen „Spitzenmanagern", in Chi-
Bundesbank-Vizepräsident Pöhl und diversen „Spitzenmanagern", in Chi-
na.

Der springende Punkt bleibt aber nach wie vor, wie die von den Imperialisten der BRD und der EG insgesamt angestrebte Ausdehnung ihrer Exporte in die VR China finanziert werden soll. Da das chinesisch-japanische Kompensationsgeschäft aus den genannten Gründen nicht ohne weiteres auf die EG übertragbar ist, besteht die Hauptorientierung der EG-Kapitalisten und -Politiker nach wie vor darin, die VR China doch noch dazu zu bringen, daß sie einen größeren und längerfristigen Kredit akzeptiert. Indessen lassen einige Vorverhandlungen und der Besuchsverkehr zwischen BRD und China (u.a. mehrfache Besuche von „Kohle-Experten" o.ä. darauf schließen, daß es zumindest zwischen BRD und China auch auf der Kohle-Basis zu einer größeren Übereinkunft kommen könnte.

Atomkraft — ja danke?...

Interessiert sich die VR China für die Entwicklung eines eigenen Atomenergie-Programms? Will sie Lieferverträge für Atomkraftwerke abschließen? Dafür gibt es inzwischen in der Tat so viele Hinweise, daß selbst die „KPD" — die früher damit geworben hatte, China werde im Gegensatz zur Sowjetunion keinesfalls AKWs bauen bzw. erwerben — inzwischen schon einen vorbeugenden Rückzieher gemacht hat. Die Entwicklung eines chinesischen Atomenergie-Programms könnte u.a. auch das Ziel verfolgen, andere Energiequellen (Erdöl, Kohle) in höherem Maß für den Export freizusetzen.

Spätestens seit 1975 ist die westdeutsche Atom-Industrie bemüht, mit der VR China ins Geschäft zu kommen. Regierungspolitiker ebenso wie Oppositionspolitiker haben als Sprecher der Atom-Lobby entsprechende Angebote in Peking vorgetragen. Ihr wichtigster Konkurrent ist die französische Atom-Industrie, die derzeit die Nase vorn zu haben scheint. Hier eine Übersicht über die bisherigen Vorgänge:

— April '75 Beim Besuch einer „Expertengruppe der BRD-Industrie" bietet Delegationsleiter Karry (hessischer Minister) der VR China AKWs an („Stern", 4.9.75).

— November '75 Im Gefolge Helmut Schmidts bei seinem China-Besuch befindet sich auch der Atomphysiker von Weizsäcker. Ebenso gehört er zur Maihofer-Delegation im März '76 („Hamburger Abendblatt", 18.10.75).

— Die CDU-Politiker Marx und Dregger bringen das Thema bei ihrem China-Besuch im Februar '76 zur Sprache: Dregger *„regte auch eine wissenschaftliche Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie an, wie sie zwischen China und Frankreich schon besteht"* („FAZ", 21.2.76).

— März '76 Chinabesuch des Bundesministers für Forschung und Technologie, Matthöfer. Zu seinem Gefolge gehören u.a. v. Weizsäcker, Prof. Beckurts (Wissenschaftl. Geschäftsführer der Kernforschungsanlage Jülich) und Prof. Mandel (Vorstandsmitglied des AKW-Betreibers RWE). Die Delegation kann zwar das Atom-Institut bei Peking besuchen, nicht jedoch — trotz Drängen Matthöfers — einen Atomreaktor bei Lanchow („FAZ", 3.3.76). China verfüge bisher nicht über AKWs, erklärt Matthöfer den Journalisten. Er habe die chinesischen Gesprächspartner *„mehrfach auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie bei Leichtwasserreaktoren hingewiesen, wie zum Beispiel der brasilianische Großauftrag gezeigt habe"*. An einem der Gespräche habe auch der Leiter des Pekinger Atominstituts, Tschien San-tschiang, teilgenommen, *„der bei dieser Gelegenheit zugleich sein Interesse an ‚Großabkommen' zwischen Bonn und Brasilia bekundet hat"* („FAZ", 9.3.76).

— Juni '76 In Peking akkreditierte ausländische Journalisten können das Atom-Institut bei Peking besuchen und werden u.a. vom Leiter, Tschien, empfangen („Vorwärts", 8.7.76).

— November '77 Prof. Schopper, Direktoriumsvorsitzender des Deutschen Elektronen-Synchroton (DESY) in Hamburg, besucht die VR China. Er wird u.a. vom Stellvertretenden Direktor der Akademie für Wissenschaften, Fang Yi, empfangen („Welt", 8.11.77). Er teilt später mit, daß ab Anfang 1978 eine sechsköpfige Gruppe chinesischer Wissenschaftler *„an den Vorbereitungen und Experimenten des Speicherrings ‚PETRA' teilnehmen werden"* („Welt", 26.11.77).

— Dezember '77 Zum Besuchsprogramm des chinesischen Handelsministers Li Chiang in Frankreich gehört auch das AKW Bugey („Le Monde", 9.12.77).
ministers Li Chiang in Frankreich gehört auch das AKW Bugey („Le Monde", 9.12.77).

— Dezember '77 „Mitglieder einer bundesdeutschen Wirtschaftsdelegation, die sich gegenwärtig in Peking aufhält", teilen im Fernsehen mit, daß die VR China in der BRD anderen kapitalistischen Staaten Kernkraftwerke kaufen wolle („UZ", 13.12.77).

— Januar '78 Frankreichs Ministerpräsident Barre besucht die VR China. In seiner Begleitung befinden sich die Vertreter der Atomfirmen Framatome und Alsthom-Atlantique, Boulin und Loygue. „Le Monde" meldet, die VR China habe schon 1974 Interesse an französischen AKW-Anlagen gezeigt. In den letzten Monaten hätten die chinesischen Stellen verschiedenen französischen Besuchern ihr Interesse an der Entwicklung eines eigenen Atomenergie-Programms erläutert. Auch die Siemens-Filiale KWU, westdeutscher AKW-Betreiber, sei von chinesischer Seite angesprochen worden. „Le Monde" verweist darauf, daß Frankreich für ein solches Geschäft mit der VR China zum einen die Zustimmung des US-Konzerns Westinghouse benötige, auf dessen Lizenz die französischen AKWs gebaut sind. Außerdem sei die Zustimmung des 1950 eingerichteten amerikanisch-europäischen „Komitee zur Kontrolle strategischer Exporte in Länder des sozialistischen Blocks" nötig. Das mögliche französische Atomgeschäft mit der VR China hänge also, so die Schlußfolgerung von „Le Monde", ganz vom guten Willen der USA ab. Der stärkste Druck werde aber vermutlich von der Sowjetunion kommen, obwohl diese ihrerseits ausgezeichnet auf atomarem Gebiet mit Frankreich zusammenarbeite („Le Monde", 5.1.78).

Die „Welt" meldete während Barres China-Besuch: *„Frankreich ist bereit, China beim Bau eines Kernkraftwerk-Zentrums zu unterstützen ...Die französische Bereitschaft, beim Bau eines Kernkraft-Zentrums behilflich zu sein, kommt den Wünschen der Chinesen, auf Schlüsselgebieten möglichst rasch in den Besitz modernster Technologien zu kommen, entgegen"* („Welt", 23.1.78).

— Januar '78 Die jugoslawische Nachrichtenagentur „Tanjug" meldet unter Berufung auf Tschien San-tschiang, Leiter des Pekinger Atom-Instituts, es seien in China *„auch Kernkraftwerke in der Planung und im Bau"*. Konkrete Angaben habe er nicht gemacht („Süddeutsche Zeitung", 27.1.78).

— Tschien San-tschiang trifft mit einer Delegation zu einem einmonatigen (!) Besuch in Rom ein („Welt", 9.3.78).

In der VR China wird offen von einer „Stromknappheit" gesprochen. *„Durch die Beeinträchtigung und Behinderung von Lin Biao und der ‚Viererbande' in den vergangenen Jahren konnte der Staatsplan für die Entwicklung von Kraftwerken nicht erfüllt werden"*. AKWs dürften allerdings auch in absehbarer Zukunft in China nur eine Nebenrolle spielen. Die Hauptorientierung geht auf den beschleunigten Bau von Wasserkraftwerken (u.a. wegen der Vorteile: keine Umweltverschmutzung, relativ geringe Betriebskosten), Maßnahmen zur Energie-Einsparung sowie Verwendung von minderwertiger Kohle, die bisher nicht genutzt wurde („Peking Rundschau", 24.1.78, Seite 18,19,20).

NATO-Waffen für China?

Mit der Intensivierung und Ausweitung der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der VR China und den kapitalistischen Staaten, stellt sich auch die Frage nach dem Erwerb „westlicher" Waffen durch die VR China. Erstmals tauchten entsprechende Gerüchte 1973/74 auf, also in der Phase, wo China zum ersten Mal größere Anlagen-Käufe mit dem kapitalistischen Ausland abschloß. Sorgfältig gepflegt und entsprechend aufgebläht wurden diese Gerüchte jedesmal von der revisionistischen Propaganda. Tatsächlich wurde 1973/74 keine der gerüchteweise behaupteten Kaufabsichten der VR China realisiert. Mit der Forcierung der Beziehungen Chinas zum kapitalistischen Ausland nach dem Rechtsputsch vom Oktober 1976 stellt sich die Frage allerdings erneut. Dies umso mehr, weil die chinesische Führung davon spricht, daß die Armee der VR China (VBA) „rückständig" in ihrer Ausrüstung sei (ebenfalls durch Verschulden der „Viererbande") und daß sie „modernisiert" werden müssen. Schwelgerisch schrieb 1977 die französische Militärzeitschrift „Revue de Defense Nationale", *„für die internationale Rüstungsindustrie eröffne China eine Aussicht, ‚die gewisse Lieferanten zum Träumen bringen kann'"* („Welt", 5.7.77).

China will allerdings keine großen Mengen ausländischer Waffen erwerben, sondern nur kleine Stückzahlen,
China will allerdings keine großen Mengen ausländischer Waffen erwerben, sondern nur kleine Stückzahlen,
um diese Waffen dann selbst in Lizenz zu produzieren. Dadurch soll eine Abhängigkeit vermieden werden. Hier ein Überblick über den bisherigen Stand:

Schweden:

Zu Schweden bestehen seit längerem Beziehungen auf militärischem Gebiet. So besuchte der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte im Oktober 1977 die VR China. Er erwiderte damit den Besuch einer chinesischen Militärdelegation in Schweden im Oktober 1975. Die chinesische Delegation hatte unter Leitung eines stellvertretenden Generalstabschefs der VBA gestanden („hsinhua", engl., 27.10.75 und 16.10.77). Chinesische Militärs sollen Interesse am schwedischen Jagdflugzeug „Viggen" gezeigt haben, das auch einmal als Nachfolger für den „Starfighter" in einigen NATO-Ländern im Gespräch war („Welt", 9.11.77).

Japan:

China beabsichtige, *„zur Modernisierung seiner Streitkräfte Waffen und Technologien aus anderen Ländern einzuführen"*. Das erklärte Deng Hsiao-ping im Oktober 77 einer Gruppe japanischer Ex-Generäle (lt. „Tagesspiegel", 8.10.77). Der Gruppe gehörte u.a. General Mitsuoka, ehemaliger Kommandant der japanischen Bodenstreitkräfte, an („Le Monde", 12.10.77). Ebenfalls 1977 hatten eine Reihe weiterer japanischer Militärs die VR China besucht:

— Iwashima, Instrukteur an der japanischen „Verteidigungsakademie", im April '77.

— Fünf Offiziere der japanischen Marine, darunter drei alte Admiräle, im Mai '77 („Le Monde", 12.10.77).

— Hideo Miyoshi, bis 1976 Stabschef der japanischen Boden-„Selbstverteidigungkräfte" (lt. japan. Nachrichtenagentur „Kyodo", 9.6.77 — nach „MD", 13.6.77). Bei diesem Besuch soll vereinbart worden sein, regelmäßige Besuche von japanischen Militärs in der VR China zu fördern (ebenda).

Die japanische Verfassung erlaubt nur eine zahlenmäßig recht begrenzte Armee, die sogenannten „Selbstverteidigungskräfte". Diese sind inzwischen jedoch längst über das in der Verfassung zugelassene Maß hinaus ausgebaut worden. Hiergegen ebenso wie gegen den US-japanischen „Sicherheitspakt" hat es in Japan immer wieder breite Massenbewegung gegeben. Auch die VR China hat in früheren Jahren sehr scharf gegen die Remilitarisierung in Japan Stellung genommen.

England:

Mit England hat die VR China den bisher einzigen Handelsvertrag mit einem kapitalistischen Land auf dem Rüstungssektor abgeschlossen: Im Dezember 1975 wurde mit der Firma Rolls Royce ein Lizenzvertrag geschlossen, der es China erlaubt, Flugzeug-Triebwerke dieser Firma für eigene Militärflugzeuge nachzubauen. Wert des Abkommens: 150 Millionen Dollar („Le Monde", 13.11.77).

Im November '77 äußerte der Stellvertretende chinesische Ministerpräsident Wang Tschen gegenüber einer „Gruppe britischer Industrieller", China sei daran interessiert, den Senkrechtstarter „Harrier", der u.a. auch bei der US-Marineinfanterie verwendet wird, zu kaufen bzw. in Lizenz nachzubauen. Zu der britischen Delegation gehörte auch Geoffrey Tuttle, ehemaliger Manager der britischen Luftfahrtgesellschaft BAC, jetzt Berater der British Aerospace. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß Stanley Hooker, technischer Berater von Rolls Royce, bereits am 13. Oktober mit Wang Tschen zusammengetroffen war („Tagesspiegel", 8.11.77; „Le Monde", 6.11.77; „Le Monde", 13.11.77).

USA:

1974 hieß es gerüchteweise, China wolle von den USA Hubschrauber vom Typ S-61 N kaufen, wie sie auch in Vietnam eingesetzt wurden (z.B. vom Typ S-61 N kaufen, wie sie auch in Vietnam eingesetzt wurden (z.B. „FR", 18.1.74). — Im August '77 meldete die „Washington Post", die USA würden eventuelle Waffenlieferungen an die VR China nicht ausschließen. Die Zeitung berief sich dabei auf den ehemaligen Chef der US-Kriegsmarine, Admiral Zumwalt, der im Juli '77 die VR China besucht hatte („Neue Presse", Frankfurt, 24.8.77). Schon im Juni '77 hatte die „New York Times" ein Geheimdokument veröffentlicht, in dem die Auseinandersetzungen in der US-Regierung um mögliche Waffenlieferungen an die VR China dargestellt wurden. Zugleich behauptete die „New York Times", China sei *„vor allem an Computern, Ausrüstungen zur Nachrichtenübermittlung, Kernreaktoren, Laser-Technik sowie Hubschraubern, Flugzeugen und Panzerabwehrraketen interessiert"* (lt. „Welt", 25.6.77). In erster Linie scheint die VR China derzeit von den USA hochentwickelte Geräte erwerben zu wollen, die sich „zivil", aber auch militärisch einsetzen lassen. So etwa Horchgeräte für die Erdölsuche, die aber auch für die U-Boot-Jagd verwendet werden könnten, sowie ein Computer-System.

Frankreich:

Bereits 1975 dementierten China und Frankreich Gerüchte über eine beabsichtigte Lieferung des Düsenjägers „Mirage" an China (lt. französ. Nachrichtenagentur AFP, 29.10.75).

Während des China-Besuchs des französischen Generalstabschefs Guy Mery im Juni '76 sollen chinesische Militärs *„ihr Interesse an französischen Panzern, Kampfflugzeugen und Raketen zum Ausdruck gebracht"* haben. Speziell sei man an Mirage-Triebwerken und am französischen Amphibienpanzer AMX-30 interessiert („SZ", 15.6.76).

Dieser Kontakt wurde vertieft, als im September '77 eine große chinesische Militärdelegation aller Waffengattungen unter Leitung des Stellvertretenden Generalstabschefs Yang Tscheng-wu Frankreich besuchte und sich das modernste Gerät auf dem militärischen Sektor vorführen ließ. Die Presse meldete, *„daß sich das Interesse der chinesischen Militärdelegation ganz besonders auf eine Reihe von Waffen richtete, die in Zusammenarbeit zwischen deutschen und französischen Firmen hergestellt werden"* („SZ", 27.9.77). Das besondere Interesse der chinesischen Militärs habe elektronisch gesteuerten panzerbrechenden Waffen gegolten („Welt", 20.1.78).



Beim Probeflug im Hubschrauber BO 105: MBB-Chef Ludwig Bölkow und der chinesische Botschafter Wang Shu



Volleyball-Spieler unter sich? Brigade-Kommandeur Oberst Walter überzeugt einen chinesischen Sportsfreund beim Besuch im Bundeswehrstandort Augustdorf von den Vorzügen seines „Leopard".

Auf einer Pressekonferenz in Peking während seines China-Besuchs im Januar '78 teilte Frankreichs Ministerpräsident mit, es sei auch über *„alle Fragen der Rüstungsimporte nach China"* gesprochen worden, wobei er allerdings wie üblich keine Einzelheiten bekannt gab („Welt", 23.1.78).

BRD:

BRD:

1977 gab es geradezu eine Inflation westdeutscher Generäle und „Militärexperten" in China.

— Den Reigen eröffnete vom 12. bis bis 25.9.77 General a.D. Steinhoff, ehemaliger Luftwaffeninspekteur der NATO, später Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Inzwischen ist er Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des BRD-Rüstungskonzerns Dornier' (Flugzeuge und Raketen) (lt. „UZ", 19.11.77).

— Vom 20.9. bis 8.10.77 besuchte Manfred Wörner, Vorsitzender des „Verteidigungsausschusses" des Bundestages und CDU-„Wehrexperte", die VR China. In seinem Gefolge befanden sich: General a.D. Trettner (ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr); General a.D. von Kielmansegg (ehem. NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte); Admiral a.D. Poser (bis 1973 Abteilungsleiter des NATO-Geheimdienstes in Brüssel); Hans Rühle (Leiter der Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung („Welt", 25.9.77 und 6.9.77).

— Im November besuchte der langjährige CSU-„Wehrexperte" Zimmermann, Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die VR China.

Die chinesische Seite revanchierte sich mit dem Besuch einer Militärdelegation in der BRD im März '78. Angekündigt war diese Delegation als „Volleyballmannschaft", die im Rahmen des Internationalen Militärsportverbandes CISM zum Zwecke „sportlicher Begegnungen" und „kultureller Veranstaltungen" die BRD besuche (siehe z.B. „Welt", 31.1.78).

Tatsächlich stand diese „Volleyballmannschaft" unter Leitung eines VBA-Generals und interessierte sich insbesondere für den BRD-Spitzenpanzer „Leopard", der ihr bei einem Besuch in Augustdorf gründlich vorgeführt wurde (siehe Bericht in der „Welt" vom 9.3.78).

Noch vor dem Hua-Putsch — nämlich im Juni 1976 — wurden die geschäftlichen Beziehungen zwischen der VR China und dem eng mit der CSU-Spitze verfilzten Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) fruchtbar: China kaufte zunächst vier Exemplare der „zivilen Version" des Hubschraubers BO 105, der auch in einer anderen Version für den Kriegseinsatz produziert wird. Stückpreis 1,5 Mio. Mark. Über die Lieferung von weiteren 16 Stück sollte noch verhandelt werden („Neue Presse", Frankfurt, 8.6.76). Schon 1975 hatten MBB-Manager sich gerühmt: *„1974 war der chinesische Botschafter hier, ... im Frühjahr war eine Regierungsdelegation mit dem stellvertretenden Außenhandelsminister zu Gast, und zwei Delegationen haben sich für Oktober angesagt — wir stehen in pausenlosem Kontakt"* („Spiegel", 29.9.75). Im Februar '(wurde berichtet, daß nun auch über die Lieferung von 30 Militärhubschraubern der MBB an China verhandelt werde („SZ", 1.2.78).

schraubern der MBB an China verhandelt werde („SZ", 1.2.78).

Weitere Kooperationsobjekte zwischen China und MBB sind angepeilt: Im U- und S-Bahn-Bau, wo MBB „Know-how" anbieten kann; im Waggonbau (lt. „Spiegel", 29.9.75); über den Bau von Satelliten sollen laut MBB-Geschäftsführer Hort inzwischen Verhandlungen begonnen haben („Welt", 8.6.76); laut „UZ" (25.8.77) hat im Oktober 77 eine Gruppe chinesischer Experten für Nachrichtensatelliten die BRD besucht; außerdem deutet die „UZ" auch eine künftige Kooperation MBB–China auf dem Raketen-Sektor an.

Einige Konsequenzen

Die engeren Handelsbeziehungen der VR China zum „Westen" wie insbesondere auch sich abzeichnende Geschäfte auf dem Rüstungssektor werden von der Sowjetunion und ihren Verbündeten schärfstens angegriffen. Diese Polemik ist nicht ohne Komik, wenn man bedenkt, daß die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit der Sowjetunion mit dem „Westen" um ein Vielfaches größer ist als die der VR China. So behaupteten die sowjetische Führung und ihre Nachbeter beispielsweise: *„Peking versucht offenbar, durch den Kauf von nuklearem Know-how aus der Bundesrepublik, ... sein Atomwaffenpotential zu vergrößern"* („UZ", 13.12.77). Auf der anderen Seite liefert die Sowjetunion angereichertes Uran für westdeutsche AKWs und ist um die Ausweitung dieses Handels bemüht, wofür sich folglich auch die DKP kräftig ins Zeug legt. Auch über den möglichen Export westdeutscher AKWs in die Sowjetunion wurde schon gesprochen. Die sowjetische Führung bestätigt also nur ein weiteres Mal ihren chauvinistischen Standpunkt, daß bei anderen Staaten Verrat und Verbrechen sein soll, was sie selbst schon viel länger und in viel größerem Maßstab als diese praktizieren. Die sowjetische Führung stellt auch ihre „ehrbaren Absichten" bloß, wenn sie auf der einen Seite China der Verschwörung mit dem Imperialismus verdächtigt – auf der anderen Seite aber ausgerechnet die Imperialisten vor China w a r n t, China als Gefahr für a l l e Staaten der Welt (einschließlich der imperialistischen!) in den schrecklichsten Farben malt und gar allen Ernstes mahnt: „Mit der Entsendung seiner Generale nach Westeuropa will Peking nicht nur neue Elemente der Unruhe in das politische Leben des Kontinents hineintragen, sondern auch die Positionen der westeuropäischen Länder in Asien, einem Raum, den die Maoisten als das erste Objekt ihrer Expansion betrachten, unterhöhlen" (Nachrichtenagentur ‚Nowostj', Moskau, 11.10.77, nach ‚MD', 13.10.77). – Von den antisowjetischen Tiraden der chinesischen Führung und der Internationale der Vaterlandsverteidiger unterscheiden sich derartige Erklärungen im Tonfall kaum noch!

Wenn die revisionistische Polemik gegen die Außenpolitik der VR China auch einen klar demagogischen, verlogenen Charakter hat, so bleibt doch noch die Frage nach einer Einschätzung dieser Entwicklung aus k o m m u n i s t i s c h e r Sicht. Hierzu nur einige Diskussionsanstöße:

Macht die VR China sich auf tech-
Hierzu nur einige Diskussionsanstöße:

Macht die VR China sich auf technisch -wissenschaftlichem Gebiet vom Imperialismus abhängig? – Dies scheint b i s h e r nicht der Fall zu sein, da China so weit wie möglich nicht Maschinen etc., sondern das Know-how zu importieren versucht, um dann die Maschinen e i g e n s t ä n d i g nachzubauen. Diese Importe orientieren sich offenbar bisher daran, daß in absehbarer Zeit alle Funktionen von Chinesen ausgeübt werden können, daß keine Abhängigkeit von Ersatzteillieferungen oder Reparatur-Spezialisten aus dem Ausland verfestigt wird.

Verschleudert China seine Rohstoffe? – Es könnte sich in der Tat in diese Richtung entwickeln. Derzeit kann man aber wohl kaum so argumentieren. Tatsächlich besteht gezwungenermaßen der chinesische Export in die entwickelten kapitalistischen Länder zum größten Teil aus Rohstoffen, wobei bisher tierische und pflanzliche Produkte überwiegen, vor allem Güter des Lebensmittelsektors. Dies scheint absurd angesichts der Tatsache, daß China riesige Mengen anderer Lebensmittel, nämlich Getreide, i m p o r t i e r e n muß, darunter nicht bloß Reis, sondern z.B. 1977 sogar große Mengen von Sojabohnen, einem traditionellen chinesischen E x p o r t gut! Es läßt sich vor diesem Hintergrund schwerlich prinzipiell dagegen argumentieren, wenn der Anteil der tierischen und pflanzlichen Produkte am Export zukünftig etwas zugunsten mineralischer Rohstoffe (Öl, Kohle, Erz) gesenkt werden sollte.

Andererseits ist es falsch, wenn man – wie die chinesische Führung in ihrer Polemik gegen die „Viererbande" – nur damit argumentiert, daß Chinas Exporte an Öl und Kohle doch nur minimal sind, gemessen am Volumen des Welthandels oder an den Reserven im chinesischen Boden. Für ein Land, das nach eigenen Angaben unter einer aktuellen Knappheit von Energie leidet, bedeutet der Export von Öl und Kohle doch einiges. Das hat unmittelbare Folgen für die Situation der Arbeiterklasse, wenn beispielsweise jetzt die verstärkte Nutzung minderwertiger Kohle – notwendigerweise unter erhöhtem Einsatz menschlicher Arbeitskraft – propagiert wird, um bessere Kohle für den Export freizumachen.

Fällt Chinas Preispolitik den Völkern der Dritten Welt in den Rücken? – Speziell die Sowjetunion behauptet weithin, die VR China sei während des Erdöl-Boykotts der arabischen Staaten und danach den erdölexportierenden Ländern der Dritten Welt in den Rücken gefallen, indem sie ihr Öl unter dem von diesen festgesetzten Preis verkauft habe. Einen solchen Vorwurf hat „seltsamerweise" offenbar keines dieser Länder s e l b s t gegen die VR China erhoben. Tatsächlich scheint China sein Öl etwas unter dem Weltmarktpreis zu verkaufen, was sich aber ohne weiteres aus den erwähnten Qualitätsmängeln erklären läßt. Rein mengenmäßig war der chinesische Erdöl-Export (vor allem nach Japan) zudem bedeutungslos, gemessen am Weltvolumen, also ohnehin nicht entfernt in der Lage, die Rolle eines „Preisbrechers" zu spielen.

Bedeutet die Modernisierung der chinesischen Armee eine Abkehr vom Konzept des Volkskrieges? – Auch dies kann man d e r z e i t noch **chinesischen Armee eine Abkehr vom Konzept des Volkskrieges?** – Auch dies kann man d e r z e i t noch nicht behaupten. Beispielsweise sind elektronisch gesteuerte panzerbrechende Waffen oder Luftabwehr-Raketen auch in einem Volkskrieg wohl am Platz. Sicher ist allerdings, daß diese Modernisierung der Armee den Anteil der Rüstung am Nationaleinkommen vergrößern wird, also von den Massen zusätzliche Opfer verlangt. Außerdem deuten die Einschränkung der Rolle der Volksmiliz ebenso wie die Verlängerung der Armee-Dienstzeit nicht unbedingt in eine gute Richtung.

Insgesamt scheint es so, daß die P r a x i s der chinesischen Außenpolitik noch w e i t hinter den reaktionären theoretischen Konzepten und Sprüchen zurückbleibt, die deren äußeres Bild bestimmen. Diese Kluft könnte aber in Zukunft überwunden werden, vielleicht sogar relativ rasch.



Aus der Welt des »realen Sozialismus«

Nach Verbüßung von acht Monaten einer auf zwei Jahre lautenden Haftstrafe ist die sowjetische Geologin Malva Landa (58), Mitglied einer Moskauer „Bürgerrechtsgruppe", aus der Haft entlassen worden („Tagesspiegel", 3.3.78).

***

Einer Dokumentation von amnesty international zufolge sind seit September 1977, als der Weltpsychiaterverband (mit knapper Mehrheit) die Sowjetunion wegen politischen Mißbrauchs der Psychiatrie verurteilte, weitere 14 politisch unbequeme Personen in psychiatrische Kliniken eingewiesen worden. Es soll sich dabei um Arbeiter handeln, die aufgrund von Beschwerden über ihre Vorgesetzten in die Anstalten gesperrt wurden.(„Querulantentum" ist in der Tat selbst nach offiziellen sowjetischen Angaben ein häufiger Einweisungsgrund!!). In der Dokumetation von „ai" heißt es außerdem, daß sieben sowjetische Psychiater „gemaßregelt" worden seien, weil sie sich gegen den politischen Mißbrauch der Psychiatrie gewehrt hätten. Zwei von ihnen seien inhaftiert worden. Besonders hervorgehoben wird der Fall des Arztes Anatoli Barabanow, der 1976 wegen seiner Weigerung, sich an derartigen Praktiken zu beteiligen, verhaftet worden sei und jetzt in einer psychiatrischen Klinik eingesperrt sei.

***

Dem sowjetischen „Dissidenten" Pjotr Grigorenko, der sich seit Dezember vergangenen Jahres in den USA aufhält, ist durch Erlaß des Obersten Sowjets die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen worden. („FR", 11.3.78)

Diese Entscheidung vom 13. Februar wurde dem ehemaligen General der Roten Armee erst Anfang März, nach Unterzeichnung des Schlußdoku ments der Belgrader Konferenz, mitgeteilt. („FAZ", 13.3.78)

Grigorenko hatte im November des vergangenen Jahres ein auf ein halbes Jahr befristetes Ausreisevisum in die USA erhalten, um sich dort einer Operation zu unterziehen.

Pjotr Grigorenko ist eine der bekanntesten Gestalten der linken Opposition in der Sowjetunion. Als Mitglied der KPdSU seit den zwanziger Jahren nahm er als Offizier am Krieg gegen Japan und gegen die deutschen Faschisten teil; nach dem 20. Parteitag 1956 wurde er zum General befördert, aber bereits 1961 aus dem aktiven Dienst entlassen, nachdem er sich auf einer Parteikonferenz für die „Demokratisierung der Partei, obligatorische Rotation der führenden Kader, Reduzierung der hohen Gehälter der Spitzenfunktionäre " eingesetzt hatte (zitiert nach Lewytzky, Politische Opposition in der Sowjetunion 1960 - 1972, München 1972).

Kurz nachdem er mit Freunden einen „Kampfbund für die Wiederherstellung des Leninismus" gegründet hatte, wurde er 1964 verhaftet und für kuze Zeit in eine psychiatrische Klinik eingewiesen. Nach weiteren zahlreichen Aktivitäten, u.a. bei der Unterstützung der Bewegung der Krimtartaren für die Rückkehr in ihre Heimat, wurde er 1969 erneut verhaftet und rund vier Jahre in psychiatrischen Kliniken festgehalten.

Wenn auch Grigorenko in seinen Stellungnahmen Ende der sechziger Jahre wiederholt A. Solschenizyn den „hervorragensten gegenwärtigen Sowjetschriftsteller" nennt, so ist er in seiner politischen Programmatik und auch in seiner Praxis von den heutigen Positionen Solschenizyns meilenweit entfernt. Über den „Kampfbund für die Wiederherstellung des Leninismus" schrieb er 1963: *„Unser Ziel war nicht der Sturz der Sowjetregierung, sondern die Beseitigung aller Entartungen der Doktrin Lenins, die Wiederherstellung der leninschen Normen des Parteilebens und die Rückgabe der Macht an die Räte der Arbeitervertreter"* (zit. nach Kohl, Die neue Opposition in der UDSSR, Köln 1975).

In einem Brief an die Generalsekretäre der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Englands vom November 1975 fordert er diese auf, zu den politischen Vorgängen und Widersprüchen innerhalb der UDSSR nicht zu schweigen. *„Fordert als unbedingte Voraussetzung der Einheit die Einstellung aller Verfolgungen wegen Meinungsdelikten, die Errichtung der vollen Freiheit des Empfangs und der Verbreitung von Informationen in einem Land, das eine klassenlose Gesellschaft aufgebaut hat, die freie Auseinandersetzung mit allen Standpunkten und Ereignissen im Land selbst und außerhalb, die Handlungen des Staats- und Parteiapparats inbegriffen."* (Zit. nach Sozialistisches Osteuropakomitee, 1977).

Während der kurzen zwei Monate in den USA bis Anfang Februar - während welcher sich Grigorenko nach seinen eigenen Worten jeglicher politischen Stellungnahme enthalten wollte (eine derartige Stellungnahme ist uns auch nicht bekannt) – soll nun Grigorenko „Systematisch Handlungen begangen (haben), die mit der Staatsbürgerschaft der UdSSR nicht vereinbar sind" – so jedenfalls die offizielle, von L.I. Breschnew unterschriebene Begründung für Grigorenkos Ausbürgerung..."

***

Die polnische Polizei versucht weiterhin, durch Schikanen und Übergriffe die oppositionelle Vorlesungsreihe der sogenannten „Fliegenden Universität" zu behindern und zu überwachen. Anfang März wurden wieder mehrere Wohnungen durchsucht (die Vorlesungsreihe findet in Privatwohnungen statt) und mehrere Personen festgenommen. In Breslau soll die Polizei in die Wohnung des Mathematikdozenten Boleslaw eingedrungen sein, wo sich der Sohn des Dozenten und 27 Mitglieder eines 'Studentischen Solidaritätskomitees' befanden. Alle wurden vorübergehend festgenommen. („Tagesspiegel", 7.3.78)

***

Neues vom DDR-Chilehandel

Anfang Februar hielt sich Eberhard Riemann, Handeslvertreter der DDR in Chile auf, um mit dem Faschisten-Regime „die Form der **Erweiterung des Handelsaustausches** zwischen beiden Staaten zu erörtern..." („Welt") und um „Möglichkeiten für die Errichtung einer **Handelsmission des SED-Staates in Chile**" zu prüfen.

„Freilich betreibt Ost-Berlin entgegen offizieller Darstellung regen Handel mit dem 'faschistischen Regime' in Santiago de Chile, das der ‚DDR' für den Warenaustausch jährlich einen **Kredit** in Höhe von **3,35 Millionen US-Dollar** gewährt." (ebenda) Das lautstarke Gerede der DDR-Revisionisten über ihre internationalistische Solidarität mit dem chilenischen Widerstand ist eben nur klapprige Fassade...

„Sag' mir, wer deine Freunde sind, und ich sag' dir, wer du bist...". (Lenin)

ger Jahren nahm er als Offizier am Osteuropakomitee, 1977). (Lenin)

Leserbriefe

Der Bericht von Arie Goral zum 100. Geburtstag Martin Bubers hat mich sehr beeindruckt. Ich fände es gut, wenn im AK häufiger solche Berichte über bedeutende Menschen kämen und dabei noch vertiefend auf das eingegangen würde, was sie zu sagen hatten oder haben. Manchmal habe ich das Gefühl, wir Jungen sind etwas eingleisig. Um den richtigen Standpunkt zu finden, muß man doch wohl auch die Standpunkte anderer kennenlernen. Der AK sollte aus Bubers Schriften oder auch aus Schriften anderer Denker Auszüge bringen. Ich meine, auch aus der Auseinandersetzung mitAndersdenkenden können wir lernen. Und wie viele von uns lesen solche Bücher überhaupt? Vielleicht regt man durch Abdruck von Auszügen den Genossen zum Lesen und Mitdenken an.

R.

•

Eine linke Tageszeitung für die BRD? (AK 122)

Euer Beitrag war mehr hinderlich als förderlich. Genauer gesagt, habe ich diesen Beitrag als abwieglerisch verstanden. Ohne Zweifel ist es gut und richtig, eine linke Tageszeitung zu machen. Etwas verdammen und zu verneinen, weil es in anderen Ländern nicht so recht klappte (?), erscheint mir sehr mäßig. Danach dürfte man vieles nicht tun (unter anderem die Revolution), weil sie nicht – irgendwo – klappte oder deformierte. Diese Argumentation halte ich für falsch. Nachherein zu sagen, wenn' s klappen sollte, ist gut, allerdings auch recht einfach. Anscheinend ist dem KB der Mut am Wagnis abgekommen (nicht zum ersten Mal). Wie ein paar KB-Genossen in Lübeck sagten: Versucht es, es ist nicht unser Geld. Und das ist richtig! Sollte es scheitern, dann wird das Projekt abgeblasen und nicht dogmatisch festgehalten, sinnlos Geld reingesteckt. Ein Versuch kann nicht – erst recht heute (lieber KB) nicht schaden, angesichts der Gleichschaltung der Medien. Also: Wiegelt lieber auf, als ab! . . . Mit lieben Grüßen, ein (nicht-KB) Genosse (aus Lübeck-Travemünde).

•

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich stimme mit euch überein, was die Bedenken gegen ein Projekt ‚Linke Tageszeitung' angeht. Vertrieb und Finanzierung wären sicher ein dicker Brocken.Es kann auch keinen Sinn haben, „nur zur Selbstverständigung der Linken" beitragen zu wollen. Ich verstehe eure Argumentation als Warnung bzw. Kritik an den Jubeleinschätzungen á la Stroebele.

Kurz gesagt finde ich, das ist aber nur die halbe Wahrheit. Ihr drückt euch um die Frage, ob heute die Möglichkeit besteht, ein solches Projekt erfolgreich anzugehen bzw. Schritte zu dessen Verwirklichung zu nennen. Beteiligt ihr euch auf zentraler Ebene an den stattfindenden Diskussionsprozessen.?

Es gibt gerade innerhalb der Alternativpresse Leute, denen eure Kritik den ‚Wind aus den Segeln genommen hat' (berechtigterweise), ohne anzugeben, was ansonsten zu tun ist....

Ein Kasseler KB–Genosse

Anm. der Redaktion

Nein, wir haben uns n i c h t um die genannte Frage herumgedrückt, sondern haben klar gesagt, daß unserer Meinung nach heute (!) n i c h t die Möglichkeit für ein solches Projekt besteht. Daher könne wir auch keine Schritte dazu angeben. Trotzdem sind wir selbstverständlich bereit, uns an Diskussionen darüber zu beteiligen und uns gegebenenfalls auch überzeugen zu lassen. Leider ist zu fragen, ob nicht einige der Hauptbetreiber dieses Projektes zu jenen elitären Kreisen gehören, die demokratische Diskussionen und Konsultationen mit anderen Kräften schon nicht mehr nötig haben, und die statttdessen die „Politik der vollendeten Tatsachen" vorziehen.

schen teilnahmen, und in dieser Bro- 64 Seiten Format A4 DM 3,50

BRD-Alltag: Polizei schützt Nazi-Aufmärsche

Während die Bundesregierung mit Hilfe einer eigens gebildeten Propaganda-Zentrale am negativen Image der BRD im Ausland zu retuschieren versucht, vollzieht sich immer stärker eine Entwicklung, bei der offen nazistische Umtriebe nicht nur geduldet werden, sondern auch noch mit massiven Polizei-Aufgeboten und Knüppel-Einsätzen gegen Proteste aus der Bevölkerung geschützt werden. Bisheriger Höhepunkt war ein von der Polizei geschütztes bundesweites Treffen zur Neugründung der NSDAP in Hamburg-Lurup am 26. Februar. Dabei trafen sich u.a.: Hoffmann, der bei Nürnberg unbehelligt eine halbmilitärische Terrorbande unterhält, die über eigene Jeeps, Kettenfahrzeuge usw. verfügt; Rohwer, der eine ähnliche Gruppe auf seinem Bauernhof in Schleswig-Holstein aufbaut; Schönborn, Kontaktmann zur internationalen faschistischen Terror-Szene, Organisator mehrerer sogenannter „Ausschwitz-Kongresse"; Christophersen, Verfasser der kriminellen antisemitischen Hetzschrift „Ausschwitz-Lüge"; Kühnen und andere Mitglieder der Hamburger „Hansa"-Bande, von der inzwischen mehrere Mitglieder wegen Bankraub und Waffenraub in einem NATO-Posten in Untersuchungshaft sind. Alle diese Nazi-Verbrecher gehören von Rechts wegen hinter Schloß und Riegel, wenn nach den geltenden Gesetzen verfahren würde. Stattdessen wird ihnen auch noch durch massiven Polizei-Schutz ermöglicht, in aller Ruhe die nach 1945 verbotene NSDAP wieder aufzubauen und das Nazi-Reich öffentlich zu verherrlichen. Die Frechheit der Nazis geht inzwischen soweit, daß sich die Hamburger „Hansa"-Bande unter ihrem Tarnnamen ANS („Aktionsfront Nationaler Sozialisten") an den Hamburger Bürgerschaftswahlen Anfang Juni beteiligen will - und tatsächlich alle Aussichten hat, von den zuständigen Behörden bei diesem Vorhaben unterstützt zu werden!
Überall in der BRD sind in den letzten Monaten Aufmärsche der NPD massiv von der Polizei geschützt und Gegendemonstrationen zusammengeknüppelt worden. Dies wiegt umso schwerer, weil sich die NPD gegenüber ihren Anfangszeiten bei ständig schrumpfender Mitgliederzahl immer mehr „radikalisiert" hat und heute kaum noch mehr darstellt als eine legale Hülle für die kriminellen Umtriebe offen nazistischer Banden, die vor allem die NPD-Jugendorganisation JN („Junge Nationaldemokraten") vollständig in der Hand haben. Geschützt wird hier also nicht „nur" eine rechtsradikale Partei, sondern geschützt werden nazistische und rabiat antisemitische Banden, deren Übergänge zu kriminellen Handlungen wie bewaffnetem Raub fließend sind.
Was diese Entwicklung angeht, so ist unzweideutig festzustellen, daß man die Dinge im Ausland im allgemeinen ganz sicher keineswegs übertrieben gefährlich sieht, sondern daß es dort ganz im Gegenteil sogar noch an Informationen über das tatsächliche Ausmaß dieser ungeheuerlichen Komplizenschaft zwischen dem BRD-Staat und den NSDAP-Banden mangelt.
Es ist demgegenüber mehr als zynisch, wenn sich einzelne Regierungs-Politiker, verantwortliche SPD/FDP-Leute und ähnliche Schwätzer öffentlich hinstellen, und heuchlerisch ihre „Besorgnis" über die zunehmenden Nazi-Umtriebe in der BRD bekunden, denen angeblich wegen einer „Rechtsunsicherheit" nicht beizukommen sei, für die man also neue Gesetze machen müsse etc. Eines ist in diesem Land aber absolut klar: Wenn hier neue Gesetze gemacht werden, dann n u r gegen links, gegen links und nochmal gegen links! Wie denn auch bei den Berufsverboten auf 100 Linke höchstens ein oder zwei Faschisten und NPD'ler kommen, wenn überhaupt. Und absolut klar ist ebenso: Die bestehenden Gesetze reichen völlig aus, um dem ganzen braunen Spuk sofort ein Ende zu machen, w e n n , ja wenn nur die Bereitschaft der Verantwortlichen da wäre, diese Gesetze endlich a n z u w e n d e n ! Wir haben da beispielsweise: Verbot von NS-Symbolen (Hakenkreuze etc.), Verbot des Uniformtragens, Verbot der Bildung bewaffneter Banden, Verbot des Wiederaufbaus der NSDAP, Verbot der Verherrlichung des Nationalsozialismus, Verbot der Rassen-Hetze. ... Man könnte ja naiverweise meinen, daß die Polizei die E i n h a l t u n g der Gesetze zu sichern hat, statt deren Bruch zu schützen. Aber das ist eben eine naive Auffassung.

NPD-JN-Stand in Moers verhindert - Bullen schlagen auf Antifaschisten ein!

Für Samstag, den 18.3., hatte die NPD in Moers, Wesel und Kamp-Lintfort „Infostände" in der Innenstadt angemeldet. In Moers hatte sich nach Bekanntwerden der Sache eine antifaschistische Aktionseinheit (bestehend aus dem Jugendzentrum Utford, Unorganisierte, VVN und AWO-Leute, KBW, „KPD/ML", und KB) gegründet, um gegen das Auftreten der NPD zu protestieren.

Die Faschisten hatten den Stand in Moers für 10.00 Uhr angemeldet. Zu diesem Zeitpunkt standen aber schon über 100 Antifaschisten auf der Moerser Einkaufsstraße. Bis gegen 12.00 Uhr trauten sich die Faschisten, 8-10 „Junge Nationaldemokraten" und einige Altnazis, nicht, den Stand aufzubauen. Unter ihnen auch die in Moers bekannten Jungnazis Thomas Klement, derzeit noch „Junge Union"-Mitglied (!), und Frank Robertz, beide auf dem Moerser ‚Adolphinum' in der 13. Klasse, die im Unterricht auch schon in Nazi-Uniform aufgetreten sind. Die politische Polizei K 14, an ihrer Spitze der „einschlägig" bekannte Herr Schabronat, war mit ca. 12 Leuten anwesend. Gegen 12.30 Uhr versuchten die Faschisten, ihren Stand aufzubauen. Sie wurden sofort in den Eingang einer Einkaufspassage abgedrängt, wo sie ca. 1/2 Std. lang unschlüssig unseren Sprechchören zuhörten. Die von Schabronat herbeigeholten Bereitschaftsbullen bildeten dann gegen 13.00 Uhr dort einen festen Ring um die Faschisten, in dessen Schutz diese ih-

hörten. Die von Schabronat herbeigeholten Bereitschaftsbullen bildeten dann gegen 13.00 Uhr dort einen festen Ring um die Faschisten, in dessen Schutz diese ih-

ren Tisch aufbauen konnten. Sofort kreisten die Antifaschisten den Stand und die Bullen ein, viele umstehende Passanten stimmten uns zu. Nach ca. einer Viertel Stunde empfahlen dann die Bullen den Nazis, den Tisch abzubauen, woraufhin die Nazis tatsächlich zähneknirschend einpackten. Das wurde von uns lautstark begrüßt. Ein Bulle ließ dann plötzlich seinen scharfen Köter auf einen Antifaschisten los. Als sich der Genosse wehrte, jagten ihn sofort mehrere Bullen, und schlugen ihn brutal mit Knüppeln auf den Kopf und die Nieren. Insgesamt 4 weitere Antifaschisten, die helfend eingreifen wollten, wurden auch festgenommen.

In einem Zug mit etwa 50-60 Leuten marschierten wir zur nahegelegenen Bullenwache, wo 4 der 5 Festgenommenen nach Personalienfeststellung freigelassen wurden. Bedauerlicherweise weigerten sich einige VVN- und AWO-Kollegen, an dieser Aktion teilzunehmen, weil sie der Meinung waren, wir hätten die Bullen mit unseren Parolen „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" zu sehr „provoziert".

Schon am Vormittag hatten die Nazis erklärt, daß sie sich am selben Abend in einer Gaststätte in Moers treffen wollten. Daher zogen um 18.30 Uhr 30-40 Antifaschisten in diese Gaststätte, wo sich tatsächlich 15 Nazis versammelt hatten. Nachdem die Antifaschisten einige Parolen gerufen hatten, drohte der Wirt, die Bullen zu rufen, was er dann auch ohne große Umschweife tat. Binnen 10 Minuten waren 12 Bullen am Ort, die die Antifaschisten aufforderten, die Gaststätte zu verlassen - anderenfalls machten sie sich strafbar, während die Faschisten natürlich bleiben sollten. Die Antifaschisten forderten daraufhin: entweder gehen die Faschisten ebenfalls oder gar keiner! Diese Forderung setzten sie innerhalb der nächsten 10 Minuten tatsächlich durch: Die Nazis verließen im Marschschritt und unter Parolen der Antifaschisten die Gaststätte. Dabei ließen die Bullen es sich nicht nehmen, noch einmal zu zeigen, auf welcher Seite sie stehen: Sie nahmen einen Antifaschisten (Mitglied der „Falken") fest und schleppten ihn in einen Bullenwagen. Dort wurden seine Personalien festgestellt.

KB Duisburg

•••



Delmenhorst: Ein Antifaschist wird festgenommen

Hamburg: Polizei schützt „Bürgerschaftswahlkampf" von NPD und „Hansa"-Bande

Hamburg: Polizei schützt „Bürgerschaftswahlkampf" von NPD und „Hansa"-Bande

Ihren Auftakt zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen hatte die NPD am Wandsbeker Markt. Sie hatte dort einen Stand unter der Parole „JN-zerschlägt den Kommunismus!" aufgebaut. Mitglieder der berüchtigten „Hansa"-Bande waren wie üblich mit von der Partie!

Aufgrund der Agitation mehrerer Antifaschisten bildete sich schnell eine größere Menschentraube. Wegen der allgemeinen Stimmung, die sich deutlich gegen die Nazis richtete, zogen diese es vor, die Polizei zu holen. Die Polizei erschien auch prompt mit 5 Einsatzwagen, um den Menschenauflauf zu zerstreuen und so den Nazis die Fortführung ihrer Propaganda zu ermöglichen. Bei diesem Polizeieinsatz wurden zwei Antifaschisten festgenommen, angeblich zur „Personalienfeststellung".

Einige Wandsbeker Genossen

•••

Delmenhorst: Polizei mit Knüppeln und Maschinenpistolen für die NPD

Am Samstag, 18.3., führte die NPD in Delmenhorst (bei Bremen) eine „Kundgebung" durch. Nachdem diese „Kundgebung" anfänglich verboten worden war, wurde sie am Freitag doch noch per einstweiliger Anordnung genehmigt. Der dadurch entstandenen Unsicherheit und der Tatsache, daß die DKP breit propagiert hatte, während der Nazi-Provokation nicht in die Innenstadt zu gehen und die Nazis „unter sich zu lassen" (das berühmte „Erfolgsrezept" der SPD vor 1933!), ist es zuzuschreiben, daß sich lediglich 100 Antifaschisten versammelten, um an Ort und Stelle zu protestieren.

Die Nazis begannen, indem sie Hetzlieder über ihre starke Lautsprecheranlage abspielten und sich mit NPD-Schildern an etwa 1 1/2 m langen Kanthölzern um die Anlage aufstellten. Einige Gegendemonstranten warfen mit Eiern auf die Nazis, in Sprechchören wurde „Nazis raus" gefordert. Die Nazis begannen daraufhin eine Schlägerei: mit ihren langen Kanthölzern rannten sie auf die Antifaschisten los und prügelten mit voller Brutalität auf sie ein. Einige der Antifaschisten, die sich auf diesen Fall vorbereitet hatten und vorsorglich Helm und Knüppel mitgebracht hatten, ga-

prügelten mit voller Brutalität auf sie ein. Einige der Antifaschisten, die sich auf diesen Fall vorbereitet hatten und vorsorglich Helm und Knüppel mitgebracht hatten, ga-

ben den Nazis kräftig Paroli, während sich die Ungeschützten zurückziehen konnten. Bei den Antifaschisten gab es mehrere Verletzungen, einem wurde durch einen Kantholzschlag die Hand übel zugerichtet. Allerdings blieb ihr Überfall auch bei Nazis nicht ohne Folgen: mehrere von ihnen trugen Blessuren davon; für einen Jungnazi, der sich durch besonders brutales Prügeln hervorgetan hatte, holten seine Komplizen sogar einen Krankenwagen. Als die Nazis sich wieder zurückzogen, stellte sich die zahlreich anwesende Bereitschaftspolizei, ausgerüstet mit langen Knüppeln und sogar einigen Maschinenpistolen schützend vor die Nazis.

Über die Bullenreihen hinweg wurden die Nazis nun heftig mit Eiern bombardiert. Einer der NPD-Führer redete dauernd mit einem Polizisten mit Funkgerät und deutete auf verschiedene Genossen unter den Antifaschisten. Ein weiterer Zug Bereitschaftspolizei marschierte direkt in die Reihen der Demonstranten. Nach einer Weile liefen diese Bullen plötzlich los und versuchten, sich einzelne Demonstranten zu greifen. Völlig willkürlich wurden drei weggeschleppt, zur nächsten Wache gefahren und dort „erkennungsdienstlich behandelt". Für mehrere Stunden werden sie in Zellen gesperrt. Nach dieser Bullenaktion eröffneten die Nazis unter Polizeischutz ihre „Kundgebung". Die Sprecher Fritz U. Bund, Vorsitzender der JN, der NHB-Vorsitzende Drechsel aus Oldenburg und der JN-Vize Gerlach konnten auf diese Weise ihren braunen Mist verkünden.

Da es für die antifaschistischen Demonstranten angesichts der Bullen-Übermacht keine Möglichkeit mehr gab, hier noch weiter einzugreifen, hielten sie in der nahegelegenen Fußgängerzone eine kurze Gegenkundgebung ab und beendeten die antifaschistische Aktion.

Auf Initiative der Bremer Künstlergruppe „Kulturplatz" wurde mit dem vorhandenen Fotomaterial eine Tonbildschau erstellt, durch die das Geschehen breit dokumentiert wird. Sie wird einige Tage lang im linken Bremer Kino „Cinema" als Vorprogramm zum Hauptfilm gebracht. Ferner soll eine schriftliche Dokumentation mit viel Bildmaterial zusammengestellt werden.

KB/Bremen